

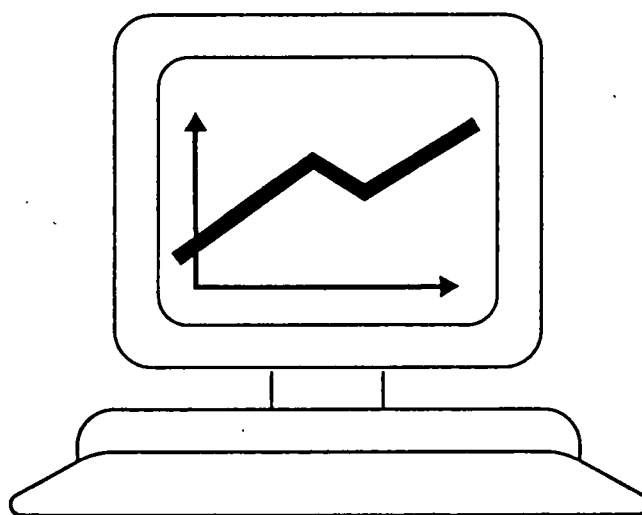


Statistisches Bundesamt

# Statistisches Informationssystem des Bundes

Definitionskatalog 1994

A – E



Statist. Bundesamt - Bibliothek



10-05093

— (10.1197) —

Statistisches Bundesamt

**Herausgeber**

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Postanschrift:**

Statistisches Bundesamt  
65180 Wiesbaden

Telefon	(0611) 75 1
Telefax	(0611) 724 000
Teletex	611 86 StBA
BTX	*48484#

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1994

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Statistischen Bundesamtes diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

---

## Register

---

A	Seite
Abendgymnasien	29
Abendrealschulen	29
Abgabe von Fernwärme/Wasser	29
Abgänge vom Anlagevermögen	30
Abgegebene Stimmen	30
Abgeordnete von Berlin (West)	30
Abgewinkelte Erlaßvergleiche	31
Abgewinkelte Konkursverfahren	31
Abitur	32
Abiturienten und Schüler der 12. Klassenstufe	32
Absatz (Nettoumsatz) von selbständigen Handwerksunternehmen	33
Abschreibungen	33
Abwasserbeseitigung	35
Abzüge	35
Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen	36
Ackerland	36
Agar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	38
AK-Einheiten	38
Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien	39
Akutkrankenhäuser	41
Alleinstehende	42
Allgemeine Dienste	42
Allgemeine Finanzwirtschaft	43
Allgemeine Lebenshilfen	43
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	44
Allgemein-medizinische Indikation	44
Alter	45
Altershilfe für Landwirte	45
Amts berechnete Fernsprechnebenanschlüsse	46
Anbau auf dem Ackerland	46
Anbaufläche	47
Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen	47
Anbauflächen von Erdbeeren	47
Anbauflächen von Zierpflanzen	48
Anbaufläche von Gemüse	48
Angelernte und ungelernte Arbeiter	49
Angestellte	49
Angestellte und Beamte	52
Anlageinvestitionen	53
Anlagevermögen	56
Anpassungshilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige	58
Anstalten	58
Anstaltsbevölkerung	59
Anstaltsgebäude	60
Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort an den Erwerbstätigen am Wohnort	60
Anteil des Auftragseingangs am Umsatz	61
Apotheken	61
Apotheker in Voll- und Zweigapotheken	62
Arbeiter	62
Arbeitgeberbeiträge	66
Arbeitgeberleistungen	67
Arbeitnehmer	67
Arbeitnehmerbeiträge	68
Arbeitsförderung	69
Arbeitslosigkeit	69

---

## Register

---

	Seite
Arbeitsstätten	70
Arbeitsunfall/Berufskrankheit	72
Ärzte	73
Ärzte mit hauptamtlicher Krankenhaus­tätigkeit	73
Aufenthaltsdauer	74
Aufgenommene Fremdmittel	74
Aufstellungsflächen von Topf- und Ballenpflanzen	74
Ausbauarbeiten	74
Ausbildung	75
Ausbildungsförderung	75
Ausbildungsspendler	77
Ausbildungsverträge	77
Ausflugsfahrten	77
Ausfuhr	78
Ausfuhr von Investitionsgütern	79
Ausfuhr von Verbrauchsgütern	80
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	80
Ausgaben	81
Ausgaben der Kapitalrechnung	85
Ausgaben der laufenden Rechnung	86
Ausgaben des Staates	86
Ausgaben für Beratungen in Fragen der Ehe, Familie und Jugend	87
Ausgaben für den privaten Verbrauch	87
Ausgaben für Erholungspflege	88
Ausgaben für freiwillige Erziehungshilfe	88
Ausgaben für Fürsorgeerziehung	89
Ausgaben für Hilfe durch Familienpflege	89
Ausgaben für Hilfe durch Heimpflege	89
Ausgaben für Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen	90
Ausgaben für Jugendhilfe in Einrichtungen	90
Ausgaben für Kindertagesstätten	90
Ausgewählte Länder	91
Ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	91
Ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien	92
Ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie insgesamt	93
Ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien	94
Ausgleichsforderungen und sonstige Altverbindlichkeiten	95
Ausländer	95
Ausländische Bevölkerung in Privathaushalten	97
Ausländische Schüler	98
Ausrüstungen	98
Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	98
Außenbeitrag	99
Ausstattung/Beheizung der Wohnung	99
Aussteiger vom Streckenzielflugplatz	100
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	100
Auswärtige Angelegenheiten	100
Auszubildende	101
<b>B</b>	
Bahnhöfe	102
Bahnübergänge	102
Bauabgang	102
Baualter / Baujahr	102



---

## Register

---

	Seite
Baufertigstellungen	103
Baugenehmigungen	103
Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	103
Baugewerblicher Umsatz	104
Bauhauptgewerbe	105
Bauherr	107
Bauindustrie	107
Bauleistungen	108
Baumaschinen	108
Baumaßnahmen	108
Bäume	109
Baumobstfläche	110
Baumschulbetriebe	110
Baumschulen	110
Baumschulflächen	111
Baureifes Land	111
Baustoff-, Keramik- und Glasmachines	111
Bauten	112
Bauten für Bundesbahn und Bundespost	112
Bauten für öffentliche Auftraggeber und Organisationen ohne Erwerbszweck	112
Bauüberhang	113
Bauvorrat	114
Bauwerke	114
Beamte	114
Beet- und Balkonpflanzen	117
Beförderte Güter	117
Beförderte Personen	120
Beförderungsteuer	121
Befreiung des Gewerbeertrages aus der Betreuung von Wohnungsbauten und Veräußerung von Eigenheimen usw. bei Grundstücksverwaltungsunternehmen	121
Beherbergungsgewerbe	122
Beheizung der Wohnung	122
Beihilfen	123
Beiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck	123
Bekleidung, Haus-, Bett- und Tischwäsche	123
Beobachtungsheime und Diagnosezentren	124
Bereinigte Ausgaben	124
Bereinigte Einnahmen	125
Bergbau	126
Bergbauliche Erzeugnisse	129
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	130
Berlinverkehr und Verkehr mit der ehem. DDR	132
Berufliche Ausbildung	133
Berufliche Bildung	133
Berufliche Gliederung	134
Berufliche Stellung des Vaters/der Mutter	134
Berufsaufbauschulen	134
Berufsfachschulen	135
Berufsfachschulen	135
Berufsfördernde Leistungen	135
Berufspendler	137
Berufsschulen	137
Berufssonderschulen	138
Berufsverkehr	138
Beschäftigte	139

---

## Register

---

	Seite
Beschäftigte Arbeitnehmer	143
Beschäftigte des mittelbaren öffentlichen Dienstes	143
Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes	144
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger	144
Besondere Finanzierungsvorgänge	144
Bestandene Abschlußprüfungen	145
Beteiligung am Erwerbsleben	146
Betriebe	146
Betriebe in der Hand von natürlichen und juristischen Personen	155
Betriebe mit Eigenfläche	157
Betriebe mit Erwerbseinkommen aus anderweitiger Erwerbstätigkeit	157
Betriebe mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften	158
Betriebe mit Pachtfläche	159
Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften	159
Betriebliche Altersversorgung	160
Betrieblicher Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben	160
Betriebsfläche	161
Betriebsgrundstücke	162
Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen	163
Betriebskapital	163
Betriebsleiter	164
Betriebssystematik	164
Betriebsvermögen	167
Betten	169
Betten in Fach- und Sonderkrankenhäusern bzw. deren Fachabteilungen	170
Bevölkerung	170
Bevölkerung (Einwohner)	172
Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige(Eltern, Ehegatten usw.)	172
Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit	174
Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe, Renten, Pensionen und dgl.	174
Bevölkerung in Privathaushalten	175
Bevölkerung mit Schulabschluß	176
Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit	176
Bevölkerungsstand	177
Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt)	178
Bezüge des Bundesgebietes	179
Bezugsperson	179
Bier	180
Biersteuer	180
Börsenumsatzsteuer	181
Branntweinabgaben	181
Branntwein zu Trinkzwecken	182
Brücken im Straßenbau	183
Bruttoanlagevermögen	183
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	183
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	185
Bruttoeinkommen aus Vermögen	185
Bruttogehaltssumme	186
Bruttoinlandsprodukt	188
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen	189
Bruttoinvestitionen	189
Bruttolohn	190

---

## Register

---

	Seite
Bruttolohnsumme	191
Bruttolohn- und -gehaltsumme	193
Brutto-/Nettoumsatz aus eigenen Erzeugnissen	194
Brutto-/Nettoumsatz aus Handelsware	194
Brutto-/Nettoumsatz aus handwerklichen Dienstleistungen	194
Brutto-/Nettoumsatz aus nichthandwerklicher Tätigkeit	195
Bruttoproduktionswert ohne Umsatzsteuer	195
Bruttosozialprodukt	197
Bruttowertschöpfung	198
Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen	199
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	200
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	200
Budgets je Haushalt und Monat	201
Bund	202
Bundesanstalt für Arbeit	203
Bundesautobahnen	203
Bundessteuern	203
Bundesstraßen	204
Bundeswasserstraßen	204
Bund-Länder-Heizenergieeinsparungsprogramm	205
Bund-Länder-Modernisierungsprogramm	205
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	206
Büro- und Verwaltungsgebäude	207
<b>C</b>	
Chemische Erzeugnisse	208
Chemische Verbrauchsgüter	208
Container	209
Curettage	209
<b>D</b>	
Dampflokomotiven	210
Darlehen	210
Darlehen an Kreditinstitute	211
Darlehen an Länder zur Förderung des Baues von Ersatzwohnungen und des Aus- und Umbaus im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen	211
Darlehen an Nichtbanken	212
Darlehensbestand	212
Darlehensrückflüsse	213
Darstellungseinheiten	214
Dauergrünland	214
Dauerkulturbetriebe	215
Dauerkulturen	216
Deutsche	217
Deutsche Bevölkerung in Privathaushalten	217
Deutsche Bundesbahn	218
Deutsche Bundespost	219
Dienstgutverkehr	219
Dienstleistungen und Reparaturen	219
Dienstleistungsentgelt aus Beitragseinnahmen der Versicherungsunternehmen	220
Diesellokomotiven	220
Dieseltriebwagen	221
Direkte Steuern	221

---

## Register

---

	Seite
Dorfgebiet	222
Druckereierzeugnisse	222
Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft	223
Durchgangsverkehr	223
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der Arbeiter	223
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten	224
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste der Arbeiter	225
Durchschnittliche Mehrarbeitsstunden (Arbeiter)	226
Durchschnittlicher postoperativer Aufenthalt ohne ambulante Fälle	227
Durchschnittlicher Säuregehalt	227
Durchschnittliches Mostgewicht	227
<b>E</b>	
EG-Anteil an Umsatzsteuer	228
EG-Anteil an Zöllen	228
EG-Länder	228
Ehegatten	229
Ehelich/nichtehelich Geborene	230
Ehescheidungen	230
Eheschließungen	230
Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen	230
Eigenerzeugung von Strom	231
Eigenfläche der Betriebe	231
Eigentümer (-haushalte)	231
Eigentümerwohneinheiten	231
Eigentumswohneinheiten	232
Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	232
Einbehaltene Umsatzsteuer	233
Einfamiliengebäude	233
Einfuhr	233
Einfuhrabgaben	235
Einfuhrumsatzsteuer	235
Einfuhr von Investitionsgütern	236
Einfuhr von Verbrauchsgütern	237
Eingelegte Bruteier	237
Eingliederungshilfe für Behinderte	237
Einheitswert (Betriebsvermögen)	239
Einkommen	240
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	243
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	244
Einkommen aus Wohnungsvermietung	244
Einkommen der Bezugsperson	245
Einkommensteuerpflichtige	245
Einkommensteuerschuld/Festgesetzte Einkommensteuer	245
Einkommen- und Körperschaftsteuer	247
Einkommen- und Vermögensteuern	247
Einkünfte aus Gewerbebetrieb	248
Einkünfte aus Kapitalvermögen	249
Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	249
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	250
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	250
Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	251
Einlagen und aufgenommene Gelder	251

---

## Register

---

	Seite
Einmalige und unregelmäßige Einkommensübertragungen	252
Einmalige Leistungen	253
Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung	254
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	254
Einnahmen der Kapitalrechnung	255
Einnahmen der laufenden Rechnung	256
Einnahmen des Staates	256
Einpersonenhaushalte	256
Einrichtungen der Jugendhilfe	257
Einrichtungen des Gesundheitswesens	258
Einwohner	258
Einzahlungen	259
Einzelhandel	259
Einzel- und Mehrfahrtenausweise	260
Einzig Niederlassung	260
Eisen-, Blech- und Metallwaren	261
Eisen und Stahl	261
Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	261
Elektrizitäts- und Gasversorgung	261
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	262
Elektrotechnische Erzeugnisse	262
Elektrotechnische Investitionsgüter	263
Elektrotechnische Verbrauchsgüter	264
E-Lokomotiven	265
Empfang aus dem Ausland	266
Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	266
Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes	266
Empfänger laufender Leistungen	267
Empfänger von Sozialhilfe	269
Enderzeugnisse	270
Energie- und Rohstoffversorgung	272
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	272
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	273
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	274
Energiewirtschaft, Montanindustrie	274
Entgeltfortzahlung	275
Entnahmen aus Rücklagen	275
Entschädigungen	275
Entwicklungsländer	276
Erbschaftsteuer	276
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	278
Ergänzungsabgabe	279
Erhaltungshilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige	280
Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wertvollen Gebäuden	280
Erhöhte Absetzungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden	281
Erholungsfläche	281
Erholungshilfe	282
Erholungs- und Ferienheime	282
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	283
Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs	287
Ernährungsgüter tierischen Ursprungs	287
Ernährungswirtschaft	288
Erntemenge	289
Erntemengen der Hauptfeldfrüchte und der Wiesen	289
Erntemengen von Erdbeeren	290

---

## Register

---

	Seite
Erntemengen von Gemüse	290
Erntemengen von Obst	290
Eröffnete Konkursverfahren	294
Eröffnete Vergleichsverfahren	291
ERP-Sondervermögen	292
Ersparnis	292
Erstabsatz	293
Erststimmen	293
Erwerbslose	294
Erwerbspersonen	294
Erwerbstätige	296
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	298
Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen (bzw. an die übrige) Welt	298
Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	299
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	299
Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen	300
Erzeugnisse der Fischerei	300
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	300
Erzeugnisse der Landwirtschaft	301
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	301
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	302
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	302
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	304
Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes	305
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	306
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	307
Erzeugung von Elektrizität	309
Erzeugung von Gas	309
Erziehungsbeihilfe	310
Erziehungsgeld	311
Erziehungsheime	311
Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	311
Essigsäuresteuer	312
Ethische (kriminologische) Indikation	312
E-Triebwagen	312
Eugenische Indikation	313
Expreßgutverkehr	313

## F

Fabrik- und Werkstattgebäude	314
Facharbeiter	314
Facheinzelhandelsunternehmen mit 1 bis 4 Verkaufsstellen (übrige Betriebsformen)	315
Facheinzelhandelsunternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen (Filialunternehmen)	316
Fachgymnasien	317
Fachhochschulen	317
Fachhochschulreife	317
Fachliche Betriebs-/Unternehmensteile	318
Fachoberschulen	318
Fachschulen	318
Fachschulreife	319
Fachsemester	319
Fachwerker und Werker	319
Fähr-, Förde- und Bäderschiffe	320
Fahrgastschiffe	320

---

## Register

---

	Seite
Fahrzeugbestand	322
Fahrzeuge	322
Familienarbeitskräfte	322
Familienfremde Arbeitskräfte	324
Familienmitglieder	325
Familienstand	326
Familienzuschläge	326
Fangergebnis	327
Feinkeramische Erzeugnisse	327
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	327
Feinschnittabak	328
Feldgemüse	328
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	328
Ferienziel-Reisen	329
Fernsehgenehmigungen	329
Fernsprechhauptanschlüsse	329
Fertige und unfertige Erzeugnisse aus eigener Produktion	330
Fertigteilbau	330
Fertigware	331
Fertigwaren	331
Feuerschutzsteuer	331
Fiktive Vermögensübertragungen	332
Finanzanlagen	332
Finanzhilfen aufgrund konjunktureller Sonderprogramme	333
Finanzhilfen des Bundes	335
Finanzanteile der Europäischen Gemeinschaften	337
Finanzierungssaldo	337
Fischverwendung	338
Flächen anderer Nutzung	338
Folgen politischer Ereignisse	338
Fonds "Deutsche Einheit"	339
Förderung des Bildungswesens	339
Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Rahmen des Regionalprogramms (bis 1984 einschl. Eigentumsprogramm)	339
Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit Bau- und Aufwendungsdarlehen (bis 1984 Sozialprogramm)	340
Förderung des Studentenwohnheimbaues	340
Forderungen	341
Forderungen/Verbindlichkeiten	341
Forstbetriebe	342
Forstpflanzen	343
Forstwirtschaft	343
Fortzüge	344
Frachteinnahmen des deutschen gewerblichen Güterfernverkehrs	345
Freie Berufe	345
Freifahrausweise	346
Freiflächen	346
Freigestellter Schülerverkehr	346
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	346
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	347
Freizeitwohneinheiten/ -wohnungen	347
Fremdenheime und Pensionen	347
Fremdenübernachtungen	348
Fremdwährungsschulden	348
Fundierte Schulden	349
Futterbaubetriebe	349

---

## Register

---

	Seite
Futterpflanzen	349
<b>G</b>	
Gartenbau	350
Gartengewächse	350
Gasabgabe an Letztverbraucher	350
Gästeübernachtungen	351
Gastgewerbe	351
Gastgewerbeleistungen	352
Gasthöfe	352
Gaststätten	352
Gaststättengewerbe	353
Gasverbrauch	353
Gasversorgungsunternehmen / fachliche Unternehmensteile	353
Gebäude	354
Gebäude mit Wohnraum	354
Gebäude- und Freifläche	355
Gebäude- und Hoffläche	355
Gebietskörperschaften	355
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	356
Gebühren, sonstige Entgelte	356
Gehaltene Tiere	357
Gehaltsumme	357
Geistes- und Sprachwissenschaften	358
Geldspenden, Übertragungen an andere private Haushalte, sonstige Ausgaben	359
Gelegenheitsverkehr	359
Geleistete Arbeiterstunden	359
Geleistete Arbeitsstunden	360
Geleistete Personenkilometer	361
Geleistete Tonnenkilometer (Effektiv-Tonnenkilometer)	362
Geleistete Tonnenkilometer (Tarif-Tonnenkilometer)	363
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	364
Gemeinden/Gemeindeverbände	365
Gemeindesteuern	366
Gemeinschaftsteuern	367
Gemeinschuldner	367
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	368
Gemischtgenutzte Gebäude	368
Generalhandel	368
Genußmittel	369
Gesamtbetrag der Einkünfte	369
Gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie)	372
Gesamthochschulen	373
Gesamtleistung	373
Gesamtproduktion	374
Gesamtschlachtmenge	374
Gesamtschulen	375
Gesamtumsatz	375
Gesamtvermögen	376
Geschäftsgebiet	377
Geschäftsgebiet und Wohngebiet gemischt	377
Geschlachtete Tiere	377
Geschlachtetes Geflügel	377
Geschlüpfte Küken	378



---

## Register

---

	Seite
Gesellen und sonstige Facharbeiter	378
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	379
Gesellschaftsteuer	380
Gestorbene	380
Gesundheit, Sport und Erholung	381
Getötete Personen	382
Getränkesteuer	383
Getreide	383
Gewbesteuer (Ertrag und Kapital)	384
Gewbesteuerumlage	385
Gewerbliche Auszubildende	386
Gewerbliche Betriebsgebäude	387
Gewerblicher Fernverkehr	387
Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen	388
Gewerblicher und industrieller Bau für Unternehmen sowie landwirtschaftlicher Bau	389
Gewerbliche Schlachtungen	389
Gewerbliche Wirtschaft	390
Gewerbliche Wirtschaft (ohne Verkehr)	390
Gezahltes Wohngeld (im Jahr) - Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen	394
Gießereierzeugnisse	396
Glas und Glaswaren	396
Globale Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen	396
Große Hochseefischerei	396
Großhandel	397
Grunderwerbsteuer	398
Grundkapital am 31.12.	399
Grundschulen	399
Grundsteuer A	400
Grundsteuer B	400
Grundstoff- und Produktionsgüter	401
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	402
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	403
Grundstücke ohne/ mit Bauten	405
Grundvermögen	406
Gültige Stimmen	407
Gummiwaren	407
Güterschiffe	408
Güterwagen	408
Gymnasien	409
Gymnasien mit/ohne Oberstufenreife	409
Gynäkologische Praxis	409

## H

Hackfrüchte	410
Halbfertigware	410
Halbwaren	410
Haltepunkte, Haltestellen	411
Halter von Tieren	411
Handelsschiffe	412
Handels- und Lagergebäude	412
Handelsvermittlung	413
Handelsware	413
Handwerk	413
Handwerkerleistungen (ohne Bauhandwerker)	414

---

## Register

---

	Seite
Hauptbahnen	414
Hauptmieter (-haushalte)	415
Hauptniederlassung	415
Hauptschulabschluß	415
Hauptschulen	416
Haushalte	416
Haushaltsbruttoeinkommen	416
Haushaltseinkommen	417
Haushaltsnettoeinkommen	418
Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	419
Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen der Bezugsperson	419
Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	420
Hausschlachtungen	420
Haus- und Nutzgärten (Gartenland)	421
Hauswirtschaft	421
Hebammen	421
Heilstätten und Sanatorien	422
Heime für behinderte Kinder und Jugendliche	422
Heime für Kinder und Jugendliche	422
Heime für Säuglinge und Kleinkinder	423
Heizölbestand/-verbrauch	423
Herstellungsländer	423
Herstellung von Maschinen für das Produktionsgütergewerbe	424
Herstellung von Maschinen für das Verbrauchsgüter Produzierende Gewerbe	424
Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft	425
Herstellung von Maschinen für die Landwirtschaft	425
Herstellung von Nachrichten- und Informationstechnischen Erzeugnissen	426
Herstellung von starkstromtechnischen Erzeugnissen	426
Hilfe in besonderen Lebenslagen	427
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	429
Hilfe zum Lebensunterhalt	430
Hilfe zur Pflege	432
Hinterbliebene	433
Hochbau	433
Hochschule	435
Hochschulreife	436
Hochschulreife / Fachhochschulreife	436
Hochschulsemester	437
Holzwaren	437
Hörfunkgenehmigungen	437
Horte	437
Hotels	438
Holzbe- und -verarbeitungsmaschinen	438
Hotels Garnis	439
Hühner	439
Humanmedizin	440
Human- und Veterinärmedizin	440
Hütten- und Walzwerkseinrichtungen	440
Hypothekarkredite	441
Hysterektomie	442
Hysterotomie, Abdominale	442

---

## Register

---

### Seite

#### I

Immobilienfonds	443
Index der Aktienkurse	443
Index der Arbeitsproduktivität	444
Index der Ausführpreise	445
Index der Bruttonproduktion	445
Index der durchschnittlich bezahlten Wochenstunden der Arbeiter	446
Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten	446
Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter	447
Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter	448
Index der Durchschnittswerte	448
Index der Einfuhrpreise	449
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	449
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	450
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	451
Index der Großhandelsverkaufspreise	453
Index der Grundstoffpreise	453
Index der industriellen Bruttonproduktion	454
Index der industriellen Nettoproduktion	455
Index der Nettoproduktion	455
Index der tatsächlichen Werte	456
Index der Verbraucherpreise (Einzelhandelsverkaufspreise)	456
Index des Auftragsbestands	457
Index des Auftragseingangs	458
Index des Umsatzes	460
Index des Volumens	460
Indirekte Steuern	461
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	462
Indizes der Außenhandelspreise	463
Industrialisierte westliche Länder	464
Industriegebiet	465
Industrieland	465
Industrie (ohne Montan- und Bauindustrie)	465
Industrie und Handel	466
Ingenieurwissenschaften	466
Inländer	466
Insolvenzen	467
Internationale private Übertragungen	467
Invalidität (allgemein)	468
Investitionsgüter	468
Investitionsgüterindustrien	470
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	471
Investitionszuschüsse	472

#### J

Jahresbauleistung	473
Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz	473
Jugendhilfe	474
Jugendwohnheime, Schülerheime, Wohnheime für Auszubildende	474
Jugendtagungsstätten, Jugendbildungsstätten	475
Jungpflanzen	475

---

## Register

---

### Seite

### K

Kaffeesteuer	476
Kapitalertragsteuer	476
Kapitalgesellschaften	477
Kassenmäßige Steuereinnahmen	478
Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen	478
Käufe abzüglich Verkäufe von Land	478
Käufe der inländischen privaten Haushalte	478
Käufe der privaten Haushalte im Inland	479
Kaufmännische und technische Angestellte	479
Kaufmännische und technische Auszubildende	480
Kaufwerte für Bauland	481
Kinder	481
Kindergärten	482
Kindergeld	482
Klassen/Klassenstufen	484
Kleine Hochsee- und Küstenfischerei	484
Knappschaftliche Rentenversicherung	484
Kohlenabgabe	485
Kollegs	486
Kombinationsbetriebe	486
Kombinationskraftwagen	487
Kommunaldarlehen	487
Kommunale Gemeinschaftsdienste	488
Kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	488
Kommunalverbürgte Hypotheken auf Wohngrundstücke	489
Konsumgenossenschaften	489
Korbweiden-, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen	490
Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	490
Körperschaftsteuer	491
Körperschaftsteuerpflichtige	492
Körperschaftsteuerschuld	493
Körperschafts- und Privatforsten	495
Kosten für Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen, Mieten und Pachten, sonstige Kosten, indirekte Steuern abzüglich Subventionen (ohne Umsatzsteuer)	496
Kraftfahrzeuganhänger	497
Kraftfahrzeuge	497
Kraftfahrzeugsteuer	497
Kraftomnibusse und Obusse	499
Kraftomnibusse und Personenkraftwagen	499
Krafträder	500
Krafträder, Fahrräder und Bereifungen	500
Krafträder und Fahrräder	501
Krankenhäuser	501
Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung	503
Krankenpflegepersonen	503
Krankenversicherung	504
Krankheit	505
Kreditabwicklungsfonds	506
Kredite von Sozialversicherungen	506
Kreditinstitute	507
Kreditmarktmittel im engeren Sinn	507
Kreditmarktschulden	508
Kreisstraßen	508

---

## Register

---

	Seite
Kriegsopferversorgung	509
Krippen	509
Kühlschiffe	509
Kulturelle Angelegenheiten/Kunst- und Kulturpflege	510
Kunsthochschulen	510
Kunst, Kunstwissenschaft	511
Kunststofferzeugnisse	511
Kur-, Genesungs- und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche	511
 <b>L</b>	
Lagerbestände	512
Länder	512
Landeslisten-Sitze	513
Landessteuern	514
Landes- und Bundesstraßen	514
Landes- und Staatsstraßen	514
Land für Verkehrszwecke	515
Land- und Forstwirtschaft	515
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	515
Landwirtschaft	517
Landwirtschaftliche Betriebe	518
Landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber einen oder mehrere Gewerbebetriebe betreiben	521
Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe	522
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	524
Landwirtschaftliche Gemischtbetriebe	524
Landwirtschaftliche Maschinen	525
Landwirtschaftliche Nutzfläche	526
Landwirtschaftlicher Bau	527
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	527
Landwirtschaftsfläche	530
Länge der benutzten Wasserstraßen	531
Länge der Rohrfernleitungen	531
Lastenausgleich	531
Lastenausgleichsabgaben	531
Lastenausgleichsfonds	532
Lastenzuschuß	532
Lastenzuschußempfänger	533
Lastkraftwagen	534
Laufende Ausgaben (Staat)	534
Laufende Einkommensübertragungen vom Staat	535
Laufende Einnahmen (Staat)	535
Laufender Sachaufwand	536
Laufende Übertragungen	537
Laufende Übertragungen an bzw. von Institutionen der EG	537
Laufende Übertragungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck	538
Laufende Übertragungen im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit	538
Laufende Übertragungen innerhalb des Staates	538
Laufende Zuschüsse an andere Bereiche	538
Laufende Zuschüsse und Schuldendiensthilfen von anderen Bereichen	539
Laufende Zuweisungen an Organisationen ohne Erwerbszweck	539
Laufende Zuweisungen an/vom öffentlichen Bereich	540
Lebende Tiere	540
Lebendgeborene	540
Lebendgeburten	541

---

## Register

---

	Seite
Leder	541
Lederwaren und Schuhe	541
Leerstehende Wohneinheiten	542
Legehennenhaltungen	542
Legerassen	542
Lehramtsprüfung für allgemeine Schulen/berufliche Schulen	542
Lehramtsstudenten	543
Lehrer	543
Leistungsgruppen	544
Letzte inländische Verwendung (von Gütern)	545
Letzter Verbrauch	545
Letzte Verwendung von Gütern	545
Leuchtmittelsteuer	546
Liefer-, Lastkraftwagen und sonstige Straßenfahrzeuge	547
Liefer- und Lastkraftwagen, Omnibusse und Straßenzugmaschinen	547
Lieferungen aus/nach Berlin (West)	548
Lieferungen des Bundesgebietes	548
Linienlänge	549
Linienverkehr	549
Löhne und Gehälter	550
Löhne und Gehälter je Beschäftigten	551
Löhne und Gehälter je Beschäftigtenstunde	551
Löhne und Gehälter je Produkteinheit	552
Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit	553
Lohnsteuer	553
Lohnsteuer der Lohnsteuerpflichtigen	554
Lohnsteuerfälle	555
Lohnsteuerpflichtige	556
Lohnsumme	557
Lohnsummensteuer	557
Luftfahrzeugbestand	558

## **A M**

Mangels Masse abgelehnte Konkursanträge	559
Marktfruchtbetriebe	559
Markt- und Theaterfahrten	559
Maschinenbauerzeugnisse	560
Maschinen für die Landwirtschaft	562
Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und verwandte Gebiete	563
Maschinen und ähnliche Anlagen	564
Maschinen und maschinelle Anlagen	564
Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	566
Massengut- und Mehrzweckschiffe	567
Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse ausländischer Arbeitnehmer und deren Familien	567
Mastrassen	568
Mastschweinehaltungen	568
Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Lohnarbeiten	569
Mathematik und Naturwissenschaften	569
Medikamentöser Abbruch	570
Medizinische Wissenschaften	570
Mehrfamiliengebäude	570
Mehrpersonenhaushalte	571
Metallbearbeitungsmaschinen	571
Miete	572

---

## Register

---

	Seite
Mietwohneinheiten	573
Mietzuschuß	573
Mietzuschußempfänger	574
Milchkuhhaltungen	574
Milchverwendungsarten	575
Mineralölerzeugnisse	575
Mineralölsteuer	576
Mithelfende Familienangehörige	577
Mittlere Reife	578
Möbel	578
Mobilität	579
Mostmenge	579
Mutterschaft	580
 <b>N</b>	
Nachrichten- und Informationstechnische Investitionsgüter	581
Nachwuchskräfte	581
Nahrungsmittel	582
Nahrungsmittelmaschinen und Maschinen für verwandte Gebiete der Nahrungsmittelherstellung	582
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	583
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	583
Nahrungs- und Genußmittel	584
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	585
Nahrungs- und Genußmittelindustrien	586
Nebenbahnen	587
Nebenbetriebe	587
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	588
Nettoanlagevermögen	588
Nettoausgaben	588
Nettoeinkommen	589
Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Nettowertschöpfung)	589
Nettoinvestitionen	590
Nettolohn- und -gehaltsumme	590
Nettoprämien für Schadenversicherungen	590
Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer	591
Nettosozialprodukt	591
Nettoumsatz	591
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	592
Neuausleihungen	592
Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge und -anhänger	593
Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer	593
Nichtbundeseigene Eisenbahnen	594
Nicht eingelöste Schecks (Rückschecks)	594
Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	595
Nichtentnommene Gewinne der Unternehmen (vor und nach der Einkommensumverteilung)	595
Nichterwerbspersonen	596
Nichterwerbstätige	597
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	598
Nichtöffentliche Bauherren	598
Nichtwohngebäude	599
Normalerweise geleistete Arbeitszeit je Woche	600
Notopfer Berlin	600
Nutzfläche	600
Nutz- und Zuchttiere	601

---

## Register

---

### Seite

#### O

Obstanlagen	602
Obstgehölze	602
Obusse	602
Öd- und Unland, unkultivierte Moore, Gewässer	603
Öffentliche Bauherren	603
Öffentliche Fernsprechstellen	603
Öffentlicher Dienst	604
Öffentliche Förderung	604
Öffentlicher Gesamthaushalt	605
Öffentlicher Gesundheitsdienst	606
Öffentlicher Hochbau	606
Öffentlicher Tiefbau	607
Öffentlicher und Verkehrsbau	607
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	607
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	608
Organisationen ohne Erwerbszweck	608
Ortsdurchfahrten	609

#### P

Pachtfläche der Betriebe	610
Pachtfläche, deren Verpächter natürliche Personen/ juristische Personen sind	610
Pädagogische Hochschulen	610
Paletten	611
Papier- und Druckereimaschinen	611
Papier und Pappe	611
Papier- und Pappwaren	611
Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze	612
Pauschalflugreiseverkehr (einschl. NAC-Charter)	612
Pendler	612
Pensionen	613
Personalausgaben	613
Personengesellschaften	614
Personenkraftwagen	614
Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen	615
Personenwagen	617
Pfeifentabak	617
Pferde	617
Pflanzenbestände	617
Pflanzliche Produkte	618
Pflegetage der stationär behandelten Kranken	618
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	619
Pharmazeutische und kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel	619
Postscheckguthaben	620
Postscheckgutschriften	620
Postschecklastschriften	620
Postsparkasseneinzahlungen	621
Postsparkassenguthaben	621
Postsparkassenrückzahlungen	621
Prämien für Kraftfahrzeugversicherung	621
Prämien für private Krankenversicherung	622
Prämien für sonstige Schaden- und Unfallversicherung	622
Prämien nach dem Wohnungsbauprämiengesetz zur Förderung des Wohnungsbaues	622



---

## Register

---

	Seite
Preisindex des Produzierenden Gewerbes für den Wareneingang	624
Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes	625
Preisindex für die Lebenshaltung	625
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	626
Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern	626
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	627
Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	628
Preisindizes für Instandhaltung	628
Preisindizes für Neubau in konventioneller Bauart	629
Private Haushalte	629
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	630
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	630
Private Unternehmen	631
Privater Verbrauch	631
Privatgleisanschlüsse	632
Privathaushalte	633
Privathaushalte mit ausländischer Bezugsperson	633
Privathaushalte mit deutschem Haushaltsvorstand/ deutscher Bezugsperson	634
Privatquartiere	634
Privatwaldbetriebe	635
Produktionsindex für das Baugewerbe	635
Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe	636
Produktionssteuern	637
Produktionsunternehmen	638
Produktionswert	638
Produktionswert der privaten Haushalte	639
Produktionswert der Unternehmen	640
Produktionswert des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	641
Produktivitäts-(Wachstums-)hilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige	642
Produzierendes Gewerbe	642
Psychiatrische Indikation	643
<b>Q</b>	
Qualitätswein	643
<b>R</b>	
Räume	644
Rauminhalt	644
Realschulen	644
Realschul- oder gleichwertiger Abschluß	645
Rebfläche im Ertrag	645
Rebland	645
Rebsorten	646
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	646
Rechtsschutz	646
Rechtswissenschaft	647
Regelmäßige oder unregelmäßige Tätigkeit	647
Regionale Strukturmaßnahmen	648
Regionales Mietenniveau	649
Reine Mietwohnungen	650
Religionszugehörigkeit	650
Rennwett- und Lotteriesteuer	651

---

## Register

---

### Seite

Renten der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung	652
Renten, Unterstützungen u.ä.	652
Rentenversicherung	652
Rentenversicherung der Angestellten	653
Rentenversicherung der Arbeiter	654
Rentner, Pensionäre	655
Reproduzierbares Sachvermögen	656
Richter	656
Rindvieh	656
Rindviehhaltungen	658
Rohbauarbeiten	658
Rohbauland	658
Rohertrag in v.H. des wirtschaftlichen Umsatzes	659
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	659
Rohstoffe	660
Rohvermögen	661
RO/RO-Schiffe einschl. Fährschiffe	662
Rotmost	662
Rückwaren/Ersatzlieferungen	662
Rundfunk-, Fernseh- und Phonotechnische Geräte	663

## S

Sachanlagen	664
Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen	664
Salzsteuer	665
Salz zu Speisezwecken	665
Schadenversicherungsleistungen	666
Schadenversicherungstransaktionen	666
Schafe	666
Schankerlaubnissteuer	667
Schaumwein	667
Schaumweinsteuer	667
Schienenfahrzeuge für die Personenbeförderung (Eigentumsbestand)	668
Schifffahrt	668
Schiffsbestand	669
Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf usw.	670
Schlachtmenge von Geflügel	670
Schlepper	671
Schlepp- und Schubfahrzeuge	671
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	671
Schönheitsreparaturen	672
Schuhe, Textilien und Bekleidung	672
Schulabgänger	673
Schulartspezifischer Abschluß	674
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	674
Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich	675
Schulden aus Kreditmarktmitteln	675
Schulden beim öffentlichen Bereich	676
Schuldendiensthilfen	676
Schuldenstand	677
Schuldentilgung am Kreditmarkt	678
Schulden und sonstige Abzüge	678
Schuldverschreibungen	681
Schulen des Gesundheitswesens	682

---

## Register

---

	Seite
Schulen und vorschulische Bildung	682
Schüler	683
Schülerfahrten	684
Schüler und Studierende	684
Schulgebäude	684
Schulkindergärten	685
Schuten und Leichter	685
Schwangerschaftsabbrüche	685
Schwangerschaftsabbrüche mit Komplikationen	686
Schweine	686
Schwerbehindertenausweise	687
Seefischereifahrzeuge	687
Seeschifffahrt	688
Seeschiffe	688
Selbständige	688
Selbständige Handwerksunternehmen	690
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	690
Selbsterstellte Anlagen	690
Sitze im Deutschen Bundestag	691
Sitzverteilung im Europaparlament	691
Sonderformen des Linienverkehrs	692
Sonderkraftfahrzeuge	692
Sonderkrankenhäuser	692
Sonderkulturerzeugnisse	693
Sonderprogramm zur Errichtung von Wohnungen in Berlin	693
Sonderschulen	694
Sonder- und Beobachtungsheime	694
Sonstige Darlehen einschließlich Landeskulturdarlehen	694
Sonstige Einkünfte	695
Sonstige Einnahmen	695
Sonstige Gebäude mit Wohnraum	696
Sonstige im Index erfaßte Investitionsgüter	696
Sonstige im Index erfaßte Verbrauchsgüter	698
Sonstige laufende Einkommensübertragungen, Untermiete	700
Sonstige laufende Einnahmen	701
Sonstige laufende Übertragungen	701
Sonstige Regelungen	702
Sonstiges Bildungswesen	703
Sonstige schwere Notlage	704
Sonstiges Vermögen	704
Sonstige Vermögensübertragungen	706
Sonstige Wohneinheiten	706
Sozialbeiträge	706
Soziale Leistungen	707
Sozialer Wohnungsbau, Modernisierung, Heizenergieeinsparung	708
Soziale Sachleistungen	709
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	709
Sozialhilfe	711
Sozialkosten	711
Sozialversicherung	711
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer	712
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht der Länder	713
Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Bundes	713
Spareinlagenbestand (einschl. verrechneter Bausparprämien)	714
Sparförderung	714

---

## Register

---

	Seite
Sparförderung und Vermögensbildung	715
Spargeldeinzahlungen	718
Spezialhandel	718
Spielkartensteuer	718
Spielwaren, Schmuck, Füllhalter u.ä.	719
Sport	719
Sprach- und Kulturwissenschaften	720
Staat	720
Staatsangehörigkeit ausländischer Arbeitnehmer	721
Staatsforsten	721
Staatshandelsländer	721
Staatsverbrauch	722
Stadtbahnen (einschl. Hoch-, U- und Schwebebahnen)	723
Stadtschnellbahnen	723
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	723
Stahlbauten	724
Stammkapital am 31.12.	725
Stationär behandelte Kranke	726
Steine und Erden, Asbestwaren	726
Sterbefälle	726
Steuerbarer Umsatz	727
Steuerbefreiung der gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsunternehmen	728
Steuerbefreiung der Organe der staatlichen Wohnungspolitik	728
Steuereinnahmen der Länder (nach der Steuerverteilung)	729
Steuereinnahmen des Bundes (nach der Steuerverteilung)	730
Steuerermäßigungen	730
Steuerliche Begünstigung von Beiträgen an Bausparkassen	731
Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch	731
Steuern ohne Einkommen- und Vermögensteuern	732
Steuern, Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinnahmen)	732
Steuern vom Umsatz	733
Steuerpflichtige	733
Steuerpflichtiges Vermögen	734
Steuervergünstigungen	735
Stimmabgabe	737
Straßen	737
Straßenbahnen	738
Straßenbau	738
Straßenbrücken	739
Straßen (einschl. Verwaltung)	739
Straßenfahrzeuge	740
Straßengüterverkehrssteuer	742
Straßenlänge	742
Straßenpersonenverkehr	742
Straßenverkehrsunfälle	743
Streckenlängen (Eigentumslänge am Jahresende)	743
Streckenzielland	743
Stromabgabe an Letztverbraucher	743
Strombilanz	744
Stückgutverkehr	745
Studenten	746
Studentenwohnheimplätze	746
Studienanfänger	746
Studienziel Lehrer	746
Subventionen	747

---

## Register

---

	Seite
Süßstoffsteuer	748
<b>T</b>	
Tabaksteuer	749
Tabakwaren	749
Tafelwein	750
Tanker	750
Tankschiffe	750
Tätige Inhaber	751
Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige	752
Tätige Personen	752
Tätige Personen im Schienenverkehr	756
Tätige Personen im Straßenpersonenverkehr	757
Tätige Personen in der Binnenschifffahrt	757
Tatsächliche Sozialbeiträge	758
Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden	759
Technologie- und Innovationsförderung, Hilfen für bestimmte Industriebereiche	760
Teesteuer	761
Teilnehmer an Abschlußprüfungen	762
Teilnehmer an Zwischenprüfungen	762
Teilstücke	763
Teilzeitbeschäftigte	763
Telexanschlüsse	765
Terms of Trade	765
Textilien	766
Textil- und Nähmaschinen, Maschinen für die Leder-, Schuh- und Lederwarenherstellung	766
Theologie	767
Theologische Hochschulen	767
Tiefbau	768
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand	769
Tiefbauten	769
Tierische Produkte	769
Tilgungen	770
Tilgungsausgaben an Öffentlichen Bereich	771
Topf- und Ballenpflanzen	771
Totgeborene	771
Träger der Zusatzversorgung	772
Triebfahrzeuge (Einsatzbestand am Jahresende)	772
Trinkwein	772
Trockenfrachtschiffe	773
Trockenladungsschiffe	773
<b>U</b>	
Übernachtungsumsatz	774
Überstundenentgelt	774
Übertragungen	774
Übertragungen der Gebietskörperschaften	774
Überwiegend benutztes Verkehrsmittel	775
Übrige Ausgaben	775
Umlauf (Neugeschäft)	776
Umlaufvermögen	776
Umsatz	777
Umsatz im Straßenpersonenverkehr	782

---

## Register

---

### Seite

Umsatzsteuer	783
Umsatzsteuerpflichtige	784
Umsatzsteuer (Vorauszahlungssoll)	785
Unbezahlt mithelfende Familienangehörige	786
Unfälle mit nur Sachschaden mit einer Schadenshöhe von 3 000 DM und mehr bei mindestens einem der Beteiligten	787
Unfälle mit Personenschaden	787
Unfälle mit schwerem Sachschaden	788
Unfallart	788
Unfallbeteiligte	789
Unfalltyp	789
Unfallursachen	790
Unfallversicherung	790
Ungültige Stimmen	791
Universitäten	791
Unregelmäßige Zahlungen	792
Unterkünfte	792
Untermieter (-haushalte)	792
Unternehmen	792
Unternehmen (einschl. freie Berufe)	800
Unternehmen, Selbständige und Organisationen ohne Erwerbscharakter	801
Unterricht und Kindergartenbesuch	802
Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen	802
Unterstellte Sozialbeiträge	802
Unverteilte Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	803

## V

Vaginale Hysterotomie	804
Vakuumaspiration	804
Veränderung (+/-) der Vermögens- und Finanzkonten (Ersparnis)	804
Veranlagte Einkommensteuer	805
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	806
Verarbeitende Industrie	806
Verarbeitendes Gewerbe	809
Veräußerung von Beteiligungen	813
Veräußerung von Sachvermögen	814
Verbrauchsgüter	814
Verbrauchsgüterindustrien	816
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	817
Verbrauchsländer	820
Verbrauchsmengen	820
Verbrauchs- und Gebrauchsgüter	821
Veredlungsbetriebe	822
Verfügbare Plätze	822
Verfügbares Einkommen	822
Vergnügungsteuer	823
Vergünstigungen im Wohnungswesen	823
Verkaufserlöse	824
Verkehr	824
Verkehr innerhalb des Bundesgebietes	825
Verkehr mit Mietomnibussen	826
Verkehrseinnahmen	826
Verkehrsfläche	827
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	828

---

## Register

---

	Seite
Verletzte Personen	829
Verlorene Arbeitstage	830
Verlustfälle	831
Vermehrungs- und Anzuchtflächen	831
Vermögensbildung	832
Vermögenseinkommen	833
Vermögenssteuer	833
Vermögenssteuerpflichtige (natürliche Personen)	835
Vermögenssteuerpflichtige (nichtnatürliche Personen)	836
Vermögenssteuerschuld	836
Vermögensübertragungen	837
Vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers	840
Verpackungsmaschinen	841
Verpflegungsumsatz	841
Versandhandelsunternehmen	841
Versand nach dem Ausland	842
Versicherungssteuer	843
Versicherungsunternehmen	843
Versorgungswerke	844
Verteidigung	844
Verteidigungsaufwand	845
Verunglückte Personen	845
Verwaltung	846
Veterinärmedizin	846
Volkseinkommen	846
Volks-/Hauptschulabschluß, Mittlere Reife (oder gleichwertige Schulbildung)	847
Volksschule, Hauptschule	847
Volkswirtschaft	847
Vollzeitbeschäftigte	848
Vorbeugung	850
Vorerzeugnisse	850
Vorleistungen (= Käufe von Gütern für die laufende Produktion)	851
Vorräte	852
Vorratsbestände	852
Vorratsveränderung	853
Vorratsvermögen	854
Vorschulische Einrichtungen (ohne Kindergärten)	854

## W

Wagenkilometer	855
Wagenladungsverkehr	855
Wahlberechtigte	855
Wahlen zum Europaparlament in der Bundesrepublik Deutschland	857
Wähler	857
Wahlkreis-Sitze	857
Wahlkreis- und Landeslistensitze	857
Wahl zum Deutschen Bundestag	858
Waldfläche	858
Warenausfuhr	860
Wareneinfuhr	861
Wareneingang	862
Warenhausunternehmen	862
Wasserfläche	863
Wasserversorgung des Gebäudes	863

---

## Register

---

	Seite
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	864
Wechselproteste	864
Wechselsteuer	865
Wegeland und Eisenbahnen	865
Weiden mit Almen, Hutungen, Streuwiesen	865
Weißmost	866
Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaues durch Studien und Untersuchungen sowie durch Modell-, Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben	866
Werkfernverkehr	867
Wiedergutmachung	867
Wiesen und Mähweiden	868
Wirtschaftliche Gliederung	868
Wirtschaftlicher Umsatz	868
Wirtschaftsbau	870
Wirtschaftsfläche	870
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	870
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	871
Wirtschaftsunternehmen	871
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	872
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	872
Wohnbaudarlehen	873
Wohnbauten	873
Wohnberechtigte Bevölkerung	874
Wohneinheit	874
Wohnen	875
Wohnfläche	875
Wohngebäude	876
Wohngebäude nur mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten	877
Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	878
Wohngebiet	878
Wohngeldanspruch	878
Wohngeldempfänger	880
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	882
Wohnheime	882
Wohnparteien	883
Wohnräume	884
Wohnungen	884
Wohnungsbau	886
Wohnungsbau für Bundesbedienstete u. a.	886
Wohnungsbauprämien	887
Wohnungs- und Garagennutzung	887
Wohnungswesen	888
Wohnungswesen, Raumordnung, Städtebauförderung	888
Wohnungswesen und Städtebau	889
<b>Z</b>	
Zahlungen von gleicher Ebene	890
Zahnärzte	890
Zehnjährige Grundsteuerbegünstigung für neugeschaffene Wohnungen, die eine bestimmte Wohnfläche nicht überschreiten	890
Zeitfahrausweise	891
Ziergehölze	891
Zigaretten	892
Zigarren/Zigarillos	892



---

## Register

---

	Seite
Zinsausgaben	893
Zinseinnahmen	893
Zinsen	894
Zinsen, Nettopachten u.ä.	894
Zins- und Tilgungsleistungen	894
Zölle	895
Zuchtsauenhaltungen	896
Zucker	896
Zuckersteuer	897
Zuführungen an Rücklagen	897
Zugänge zum Anlagevermögen	898
Zulassungspflichtige Zugmaschinen	898
Zum Absatz bestimmte Produktion	898
Zündwarenmonopol	899
Zündwarensteuer	899
Zur Weiterverarbeitung bestimmte Produktion	900
Zusätzliche Finanzierungsmittel	900
Zusatzversorgung	901
Zuschüsse an öffentliche Unternehmen zur Verbilligung von Darlehen zur Finanzierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaues	901
Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen an andere Bereiche	901
Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen von anderen Bereichen	902
Zuschüsse und Darlehen an die Deutsche Bau- und Bodenbank AG zur Verbilligung der Vor- und Zwischenfinanzierung des Baues von Familien- und Eigentumswohnungen	903
Zuschüsse zur Baulandbeschaffung und -erschließung	903
Zusteiger von Streckenherkunftsflugplätzen	903
Zuweisungen für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen an/vom öffentlichen Bereich	904
Zuzüge	904
Zweckverbände	905
Zweigniederlassung	906
Zweitstimmen	907
Zweitwohneinheiten	907
Zwischenkredite	907



## **Abendgymnasien**

### **Statistik des allgemeinen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Schulen, die Berufstätige im sog. zweiten Bildungsweg zur Hochschulreife führen.

Der Unterricht findet in Abendkursen statt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mindestens 3 Jahre. Die Schüler müssen während des Schulbesuchs mit Ausnahme der letzten 3 Semester berufstätig sein.

Voraussetzung für den Besuch eines Abendgymnasiums ist eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit. Ferner soll der Bewerber das 19. Lebensjahr vollendet und vor dem Eintritt in den Hauptkurs einen mindestens einsemestrigen Vorkurs absolviert haben.

Die Abendgymnasien rechnen zu den Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Eine Schulpflicht besteht demzufolge nicht.

Erfaßt werden öffentliche und private Abendgymnasien.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Sowohl Abendgymnasien als auch >>> Kollegs führen im sog. zweiten Bildungsweg zur Hochschulreife. Während Abendgymnasien jedoch als Teilzeitschulen geführt werden und eine Berufstätigkeit zumindest während eines Teils des Schulbesuchs vorgeschrieben ist, sind Kollegs Vollzeitschulen, für deren Besuch die Schüler in der Regel ihre Berufstätigkeit unterbrechen.

## **Abendrealschulen**

### **Statistik des allgemeinen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Schulen, die Berufstätige im sog. zweiten Bildungsweg zum Realschulabschluß führen.

Der Unterricht findet in Abendkursen statt. Die Schulbesuchsdauer beträgt in der Regel 2 Jahre bzw. 4 Semester.

Voraussetzung für den Besuch einer Abendrealschule ist der Hauptschulabschluß.

Die Abendrealschulen rechnen zu den Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Eine Schulpflicht besteht demzufolge nicht.

Erfaßt werden öffentliche und private Abendrealschulen.

## **Abgabe von Fernwärme/Wasser**

### **Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

Von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung an andere weitervertreibende Versorgungsunternehmen und an Letztverbraucher abgegebene Wärme- bzw. Wassermengen.

# Abgänge vom Anlagevermögen

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Bei der Fortschreibung des (Brutto-) >>> Anlagevermögens Anlagen, die innerhalb des Berichtszeitraums effektiv aus dem Bestand ausscheiden, bewertet mit dem Neuwert der entsprechenden Anlagen.

### Begriffsbeziehungen:

Im Gegensatz zu den Abgängen messen die >>> Abschreibungen die Wertminderung des Anlagevermögens innerhalb des Berichtszeitraums:

1. Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang  
+ Zugänge (= Bruttoanlageinvestitionen) während des Jahres  
- Abgänge während des Jahres  
= Bruttoanlagevermögen am Anfang des Folgejahres
2. Nettoanlagevermögen am Jahresanfang  
+ Zugänge (= Bruttoanlageinvestitionen) während des Jahres  
- Abschreibungen während des Jahres  
= Nettoanlagevermögen am Anfang des Folgejahres.

Bei der Darstellung zu Wiederbeschaffungspreisen ist in beiden vorstehenden Staffelnrechnungen noch die Position "Wertzunahme infolge von Preissteigerungen während des Jahres" hinzuzufügen.

# Abgegebene Stimmen

## Bundestagswahlstatistik

Datennachweis: ab 1976

### Begriffsinhalt:

Von Wählern bei der Bundestagswahl abgegebene >>> Erststimmen und >>> Zweitstimmen - unabhängig davon, ob sie gültig oder ungültig sind und unabhängig davon, ob sie persönlich oder brieflich abgegeben werden.

Persönlich abgegebene Stimmen können entweder im zuständigen Wahllokal abgegeben werden, oder mittels eines Wahlscheines in einem beliebigen Wahlbezirk des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist.

Brieflich abgegebenen Stimmen muß ebenfalls ein Wahlschein beigelegt sein.

Werden Wahlbriefe zurückgewiesen, so gelten die darin enthaltenen Stimmen als nicht abgegeben. Einzelheiten zur Zurückweisung von Wahlbriefen vgl. § 39 Abs. 4 Bundeswahlgesetz.

Die abgegebenen Erststimmen und Zweitstimmen werden - unabhängig davon, ob sie persönlich oder brieflich abgegeben wurden - danach unterschieden, ob sie gültig oder ungültig sind.

# Abgeordnete von Berlin (West)

## Bundestagswahlstatistik

Datennachweis: ab 1949 bis einschließlich der Bundestagswahl 1987

### Begriffsinhalt:

Abgeordnete, die das Abgeordnetenhaus von Berlin - entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus - in den Bundestag entsendet.

Die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages beträgt 518. Solange jedoch die Anwendung des Wahlgesetzes im Land Berlin nicht möglich ist, beträgt die tatsächlich zu wählende Zahl der Abgeordneten nur 496. Dazu kommen 22 Berliner Abgeordnete, die das Abgeordnetenhaus von Berlin entsprechend der Stärke der einzelnen Fraktionen wählt und in den Bundestag entsendet.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Seit der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag (erste gesamtdeutsche Wahl) beträgt die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages 656. Die Sonderregelung für Berlin (West) ist aufgehoben.

## **Abgewickelte Erlaßvergleiche**

### **Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Vergleichsverfahren mit dem Ergebnis eines Erlasses, die so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht.

Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner. Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung vom 26.2.1935 (RGBl. I S. 321) und Änderungsgesetze.

Als Erlaßvergleich gilt ein das Vergleichsverfahren abschließender Vergleich, in dem der Vergleichsschuldner den Vergleichsgläubigern Zahlung ihrer Forderungen zu einem bestimmten Prozentsatz verspricht (mindestens 35 %) und dem Vergleichsschuldner die Restschuld erlassen wird.

Die abgewickelten Erlaßvergleiche stellen einen Teil der >>> eröffneten Vergleichsverfahren dar: Einbezogen werden alle durch einen Erlaß beendeten Vergleichsverfahren, die bis zum Ende des auf das Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt werden. Dies gilt für einen Großteil der eröffneten Verfahren. Eröffnete Vergleichsverfahren sind Verfahren, deren Eröffnung vom Amtsgericht stattgegeben wurde. Ein eröffnetes Vergleichsverfahren kann außer durch einen Erlaßvergleich auch durch einen Stundungsvergleich beendet oder in einen Anschlußkonkurs übergeleitet werden.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die abgewickelten Erlaßvergleiche stellen einen Teil der eröffneten Vergleichsverfahren (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) dar. Zu den eröffneten Vergleichsverfahren, aber nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen zählen zum einen eröffnete Vergleichsverfahren, die nicht als Erlaßvergleiche, sondern als Stundungsvergleiche beendet oder in Anschlußkonkurse übergeleitet werden, zum anderen eröffnete Vergleichsverfahren, deren Abwicklung über das dem Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgende Jahr hinausreicht.

## **Abgewickelte Konkursverfahren**

### **Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Konkursverfahren, die so weit abgewickelt sind, daß der finanzielle Ausgang des Verfahrens feststeht.

Das Konkursverfahren ist in der Konkursordnung geregelt. Es bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten Schuldners (des Gemeinschuldners) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts. Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung vom 20.5.1898 (RGBl. S. 612) und Änderungsgesetze.

Die abgewickelten Konkursverfahren stellen den Teil der >>> eröffneten Konkursverfahren dar, der bis zum Ende des auf das Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt ist. Dies gilt für den Großteil der

eröffneten Verfahren. Eröffnete Konkursverfahren sind beantragte Konkursverfahren, deren Eröffnung vom Konkursgericht stattgegeben wurde. Ein beantragtes Konkursverfahren wird entweder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt.

Nachgewiesen werden hier Konkurse mit Masse und Konkurse ohne Masse. Abgewickelte Konkurse ohne Masse sind Konkursverfahren, die nach Eröffnung mangels Masse eingestellt werden.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Konkurse (abgewickelten Konkursverfahren) stellen einen Teil der eröffneten Konkursverfahren (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) dar und unterscheiden sich durch die Anzahl der Konkurse, deren Abwicklung über das dem Jahr der Eröffnung (Berichtsjahr) folgende Jahr hinausreicht. Diese zählen nur zu den eröffneten Konkursverfahren.

## **Abitur**

### **1. Volks- und Berufszählung 1970**

### **2. Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1977

#### **Begriffsinhalt:**

Als Abitur oder Hochschulreife gilt der Abschluß an >>> Gymnasien, der zum Hochschulstudium berechtigt.

Personen, die den Besuch an einer entsprechenden Schule des sogenannten Zweiten Bildungsweges (z.B. Abendgymnasium, Kolleg usw.) zur Erlangung der Hochschulreife beendet haben, zählen ebenfalls zur Rubrik Abitur/Hochschulreife.

Der Abschluß an einem Wirtschaftsgymnasium gilt als Abitur. Der Abschluß an einer Wirtschaftsoberschule gilt nur dann als Abitur, wenn damit wenigstens eine eingeschränkte Hochschul- bzw. Fakultätsreife erworben werden kann. Bei Abschluß einer Wirtschaftsoberschule mit dem Charakter einer >>> Berufsfachschule wird nur eine >>> Fachhochschulreife erreicht.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Abitur und >>> Hochschulreife (Statistik des allgemeinen Schulwesens, Statistik des beruflichen Schulwesens) sind gleich abgegrenzt.

## **Abiturienten und Schüler der 12. Klassenstufe**

### **Statistik der Studien- und Berufswünsche**

Datennachweis: ab 1972

#### **Begriffsinhalt:**

Schüler, die voraussichtlich im Verlauf des auf die Erhebung folgenden Jahres die Hochschulreife oder die Fachhochschulreife erlangen werden.

Die Hochschulreife kann an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Wirtschaftsgymnasien, Technischen Gymnasien, Hauswirtschaftsgymnasien, Abendgymnasien und Kollegs, Technischen und Berufsoberschulen erlangt werden. Zur Fachhochschulreife führen insbesondere die Fachoberschulen.

Die Abiturienten und Schüler der 12. Klassenstufe (Schuljahrgang) werden danach untergliedert, ob sie nach Erlangung der Hochschulreife bzw. der Fachhochschulreife die Absicht haben ein Hochschulstudium zu beginnen ("mit Studienabsicht") oder nicht ("ohne Studienabsicht") oder ob sie noch unentschlossen sind ("Unentschlossene"). Die Schüler mit Studienabsicht geben ferner an, welche Studienfachgruppe sie anstreben.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

1972 sind bei den Abiturienten und Schülern der 12. Klassenstufe auch die Studienberechtigten im Bereich der Bundeswehr und des Zivildienstes enthalten.

## **Absatz (Nettoumsatz) von selbständigen Handwerksunternehmen**

### **Handwerkszählung 1977**

#### **Begriffsinhalt:**

Aufteilung des >>> Nettoumsatzes von >>> selbständigen Handwerksunternehmen nach Abnehmergruppen.

Es werden drei Abnehmergruppen unterschieden:

- private Haushalte,
- öffentliche Auftraggeber; dazu zählen Bund (einschl. Bundeswehr), Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, (Zweckverbände), sonstige Personen des öffentlichen Rechts (Stiftungen, Anstalten, Körperschaften) und die Sozialversicherung, nicht jedoch Bundesbahn und Bundespost,
- gewerbliche Wirtschaft, Landwirtschaft sowie sonstige Abnehmer; zu dieser Gruppe rechnen auch die Bundesbahn und die Bundespost, ferner Verbände, Versicherungen und freie Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten u. dgl.), soweit die letzteren ihre Aufträge nicht für den eigenen privaten Haushalt erteilen.

## **Abschreibungen**

### **1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens im Lauf der Berichtsperiode durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten.

Vorzeitiges Ausscheiden von Anlagen durch Schadensfälle ist, soweit diese versicherbar sind, berücksichtigt. Straßen, Brücken, Wasserwege und ähnliche Güter des Staates mit schwer bestimmbarer Nutzungsdauer werden, internationalem Brauch folgend, nicht abgeschrieben. Bei diesen Gütern wird davon ausgegangen, daß ihr Nutzwert durch entsprechende Reparaturen erhalten bleibt.

Bewertet werden die Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Wiederbeschaffungspreisen der Anlagegüter in der Berichtsperiode. Als Einkommen wird somit nur angesehen, was nach Erhaltung des realen Vermögensbestandes übrig bleibt.

Bei der Berechnung der Abschreibungen wird von den >>> Anlageinvestitionen der einzelnen Jahre in konstanten Preisen ausgegangen, die entsprechend der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer der einzelnen Gütergruppen auf die Gesamtzeit ihrer Nutzung gleichmäßig verteilt werden (lineare Abschreibungsmethode). Die auf die einzelnen Jahre entfallenden Beträge werden anschließend mit jeweiligen Preisen der entsprechenden Investitionsgüter (Wiederbeschaffungspreisen) bewertet.

Die Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheiden sich von den entsprechenden Angaben in den Handels- und Steuerbilanzen u.a. hinsichtlich der Bewertung, der Berechnungsmethode und der zugrunde gelegten Nutzungsdauer. Diese Unterschiede wirken sich teils erhöhend, teils vermindern aus.

### **Begriffsbeziehungen:**

1. Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)
  - Abschreibungen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen
  - Indirekte Steuern
  - + Subventionen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
  - = Nettowertschöpfung
2. Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen)
  - Abschreibungen
  - = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
  - Indirekte Steuern
  - + Subventionen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - = Volkseinkommen
3. Bruttoanlageinvestitionen
  - Abschreibungen
  - = Nettoanlageinvestitionen
  - + Vorratsveränderung
  - = Nettoinvestitionen
4. Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen und Vorratsveränderung)
  - Abschreibungen
  - = Nettoinvestitionen (Nettoanlageinvestitionen und Vorratsveränderung)
  - + Finanzierungssaldo
  - = Vermögensbildung
5. Nettoanlagevermögen am Anfang des Jahres
  - + Zugänge
  - Abschreibungen
  - + Bewertungsänderung (nur zu Wiederbeschaffungspreisen)
  - = Nettoanlagevermögen am Anfang des Folgejahres

### **2.1 Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes**

Datennachweis: ab 1975

### **2.2 Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes**

Datennachweis: ab 1975; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **Begriffsinhalt:**

Wertminderung dauerhafter Produktionsmittel infolge des Verschleißes im Produktionsprozeß und wirtschaftlichen Veraltens.

Es werden Abschreibungen auf Sachanlagen und solche auf die Substanz unterschieden.

Abschreibungen auf die Substanz dürfen nur von Unternehmen durchgeführt werden, bei denen eine Absetzung für Substanzverringerung nach § 7 VI EStG für den Verbrauch der Substanz zulässig ist; dies sind z.B. Bergbauunternehmen, Steinbrüche, Kiesgruben.

Die steuerlichen Abschreibungen sind ohne folgende Sonderabschreibungen anzugeben:

Abschreibungen nach § 7e EStG (Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude), § 79 EStDV (Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Schädigungen durch Abwässer), § 81 EStDV (Bewertungsfreiheit für bestimmte Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Kohlen- und Erzbergbau), § 82 EStDV (Bewertungsfreiheit für Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung der Verunreinigung der Luft) sowie Sonderabschreibungen im Rahmen des Gesetzes zur



Förderung des Zonenrandgebietes (Zonenrandförderungsgesetz). Dies gilt auch für Sonderabschreibungen gemäß dem Fördergebietsgesetz in den neuen Bundesländern und Berlin.

Nicht einbezogen sind außerdem Abschreibungen nach § 6b EStG (Gewinn aus der Veräußerung von bestimmten Anlagegütern). Hinzu rechnen dagegen geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne von § 6 Abs. 2 EStG, soweit sie nicht in einer anderen Kostenposition schon enthalten sind, sowie Abschreibungen gemäß § 14 des Berlinförderungsgesetzes.

## **Abwasserbeseitigung**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: 1950 bis 1973

### **2. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für Abwasserableitung, Abwasserreinigung (Kläranlagen), Entwässerungsanlagen, Bedürfnisanstalten u. dgl.

In der Vierteljährlichen Kassenstatistik werden lediglich Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für >>> Baumaßnahmen nachgewiesen.

Nicht berücksichtigt sind i. d. R. Zuweisungen der Länder (ohne Stadtstaaten) für die Abwasserbeseitigung, die überwiegend im Aufgabenbereich >>> Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau nachgewiesen werden. Bei der Fachabteilung des StBA kann jedoch eine integrierte Fassung aller öffentlichen Ausgaben für Abwasserbeseitigung, die auch die Zuweisungen berücksichtigt, erfragt werden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1962 sind keine Angaben für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern sowie für Ämter enthalten, im Jahr 1963 fehlen Angaben für Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern.

## **Abzüge**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Summe aus Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen, vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage) und >>> tatsächlichen Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. Die Abzüge bilden die Differenz zwischen >>> Brutto- und >>> Nettolohn und >>> -gehaltsumme.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

1970 und 1971 einschließlich, 1972 nach Erstattung des rückzahlbaren Konjunkturzuschlages. 1973 und 1974 einschließlich Stabilitätzuschlag.

# Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen

## Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Datennachweis: ab 1953

### Begriffsinhalt:

Abzüge vom Roh(betriebs-)vermögen zur Ermittlung des >>> Einheitswertes des >>> Betriebsvermögens, wenn unmittelbare Beteiligungen inländischer Kapitalgesellschaften, inländischer Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, inländischer Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, bei denen die Geschäftsguthaben nicht nach § 104a Abs. 1 BewG. abzugsfähig sind, Sparkassen sowie von Betrieben inländischer Körperschaften des öffentlichen Rechts in Höhe von mindestens einem Zehntel am Grund- oder Stammkapital anderer inländischer Kapitalgesellschaften, anderer inländischer Kreditanstalten des öffentlichen Rechts oder an den Geschäftsguthaben einer anderen inländischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft, ggf. auch am Nennkapital einer Tochtergesellschaft (Enkelgesellschaft) mit Geschäftsleitung und Sitz außerhalb des Geltungsbereichs des Bewertungsgesetzes vorliegen.

Die Schachtelbeteiligungen werden nur dann von den Vermögensteilen des gewerblichen >>> Betriebes abgezogen, wenn sie u.a. ununterbrochen seit mindestens 12 Monaten vor dem maßgebenden Abschlußzeitpunkt bestanden haben. Für die Berechnung der Höhe der Beteiligung ist vom Nennwert der Anteile auszugehen.

Die Schachtelvergünstigung wird auch dann gewährt, wenn Untergesellschaften von der Vermögensteuer befreit oder nach dem Abschlußzeitpunkt untergegangen sind. Zu Einzelheiten siehe das Bewertungsgesetz sowie die Vermögensteuerrichtlinien in der jeweils geltenden Fassung.

Die Höhe des Abzugs hängt von dem Ansatz der Beteiligungen beim >>> Anlagevermögen ab.

Die Realisierung der Schachtelvergünstigung durch den "Abzug aufgrund von Schachtelbeteiligungen" setzt voraus, daß diese in den >>> Finanzanlagen enthalten sind.

### Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1972 galt das Schachtelprivileg nur bei Beteiligungen an inländischen Kapitalgesellschaften. Es galt auch, wenn Bund, Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände an inländischen Kapitalgesellschaften beteiligt waren. Inländische Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, bei denen die Geschäftsguthaben nicht nach § 104a Abs. 1 BewG. abzugsfähig sind sowie Sparkassen waren bis 1.1.1974 nicht in die Vergünstigungen mit einbezogen. Ab 1984 wurde die maßgebende Grenze für Beteiligungen von 25 v.H. auf 10 v.H. herabgesetzt und die inländischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den Kreis der Schachtel-Untergesellschaften einbezogen, bei Schachtelvergünstigung über die Grenze bei mehrfacher Verschachtelung auf das Erfordernis der sog. Durchschüttung verzichtet sowie die Freistellung von Schachtelbeteiligungen an ausländische Gesellschaften aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen ebenfalls bereits ab der Beteiligungsgrenze von 10 v.H. ermöglicht.

## Ackerland

### 1. Landwirtschaftszählung 1971

#### Begriffsinhalt:

Flächen, auf denen landwirtschaftliche Feldfrüchte angebaut werden.

Zum Ackerland rechnen alle Flächen, die in die Fruchtfolge einbezogen sind, d.h. alle in der Regel jährlich angebauten und/oder genutzten landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Kulturen. Hierzu zählen auch Blumen und sonstige Gartengewächse, Erdbeeren, Hopfen sowie die ein- und mehrjährigen Futterpflanzen auf dem Ackerland. Zum Ackerland rechnen ferner die Schwarzbrache innerhalb der Fruchtfolge und als Gründüngung zum Unterpflügen bestimmte Fruchtarten, soweit sie nicht als Zwischenfrüchte angebaut werden.

Zu den Feldfrüchten zählen:

- Weizen, Roggen, Gerste usw. (>>> Getreide),
- Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte (>>> Hackfrüchte),
- Gemüse, Spargel und Erdbeeren, die im Wechsel mit anderen Gartengewächsen angebaut werden, sowie Blumen, Zierpflanzen usw. (>>> Gartengewächse),
- Gemüse, Spargel und Erdbeeren, die im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen angebaut werden (>>> Feldgemüse),
- Klee, Klee gras, Kleebrache, Luzerne, Ackerwiesen und -weiden, Grün- und Silomais sowie andere zur Grünfütter-, Gärfutter- oder Heugewinnung bestimmte Pflanzen (>>> Futterpflanzen),
- zum Ausreifen bestimmte Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, einschließlich des gemischten Anbaus von Getreide und Hülsenfrüchten sowie der Hirse und des Buchweizens (Hülsenfrüchte),
- Ölfrüchte, Hopfen, Tabak, Rüben und Gräser zur Samengewinnung und andere Handelsgewächse wie Mohn, Körnersenf, Flachs, Hanf und Heil- und Gewürzpflanzen (Handelsgewächse).

Ackerflächen mit Obstbäumen rechnen ebenfalls zum Ackerland, sofern die Ackerfrüchte die Hauptnutzung darstellen; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obstanlagen und werden unter den >>> Dauerkulturen nachgewiesen.

Die Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen u.ä. Gründen brach liegen ("Sozialbrache"), rechnen zu der >>> nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche.

Nachgewiesen wird das Ackerland im Besitz >>> landwirtschaftlicher Betriebe. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

Das Ackerland wird nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die sowohl unter dem Ackerland als auch unter der >>> Anbaufläche (Bodennutzungshaupterhebung) im Jahr 1971 nachgewiesenen Flächen der Getreidearten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sowie der Kartoffeln sind miteinander vergleichbar, wenn man von der in der Bodennutzungshaupterhebung tieferen Abschneidegrenze absieht.

## **2. Bodennutzungshaupterhebung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Flächen der als Hauptfrucht angebauten Feldfrüchte einschl. Ackerwiesen und -weiden sowie Hopfen und Tabak, Gemüse, Erdbeeren, Zierpflanzen und sonstige Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas.

Zum Ackerland zählen auch Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte jedoch die Hauptnutzung darstellen sowie die zum Unterpflügen (zur Gründüngung) bestimmten Hauptfrüchte und Schwarzbrache innerhalb der Fruchtfolge.

Nicht erfaßt werden Ackerflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brach liegen (Sozialbrache).

Erfaßt werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1978 wurden die Flächen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche erfasst, sowie die übrigen Ackerflächen durch die Gemeinden festgestellt.

Bis einschl. 1969 waren die nicht beackerten und nicht bewirtschafteten Ackerflächen einbegriffen. Sie sind in der Position Gründung und Schwarzbrache enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Das bei den Landwirtschaftszählungen nachgewiesene Ackerland ist infolge höherer Abschneidegrenzen kleiner als das hier nachgewiesene.

## **Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften**

**1. Statistik der Studien- und Berufswünsche**

Datennachweis: ab 1976

**2. Statistik der Hochschulprüfungen**

Datennachweis: ab 1959

**Begriffsinhalt:**

Zusammenfassung folgender Studienbereiche an Hochschulen:

- Agrarwissenschaften,
- Gartenbau, Landespflege,
- Forstwissenschaften, Holzwirtschaft,
- Ernährungs- und Haushaltswissenschaften.

Nachgewiesen werden Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen der 12. Klassenstufe, die beabsichtigen, Agrar-, Forst- oder Ernährungswissenschaften zu studieren.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften entspricht der Fächergruppe >>> Land- und Forstwirtschaft (Statistik der Studien- und Berufswünsche, 1972 bis 1979).

## **AK-Einheiten**

**Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft**

Datennachweis: ab Wirtschaftsjahr 1964/65

**Begriffsinhalt:**

Maßeinheit für die Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person.

Diese Maßeinheit errechnet sich aus der je Arbeitskraft für den Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" angegebenen Arbeitsleistung, die an der Arbeitszeit (Zahl der Wochen, Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden) gemessen wird. Dabei wird die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft

im Alter von 16 Jahren bis unter 65 Jahren mit 1,0 AK-Einheiten,

im Alter von 15 Jahren mit 0,5 AK-Einheiten,

im Alter von 65 oder mehr Jahren mit 0,3 AK-Einheiten

bewertet. Der Betriebsinhaber selbst und die 65 Jahre und älteren ständig familienfremden Arbeitskräfte erhalten keinen altersabhängigen Abzug.

Entsprechend wird die Arbeitsleistung jeder mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Arbeitskraft an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten männlichen Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Siehe auch unter >>> Vollbeschäftigte, >>> Teilbeschäftigte.

Eine Arbeitskraft gilt in diesem Zusammenhang als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonates mindestens 42 (Familienarbeitskräfte) bzw. 38 (ständig familienfremde Arbeitskräfte) Stunden im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist. In den fünf neuen Bundesländern gilt für alle Personengruppen:  $\geq 40$  h/Woche und Person.

In den fünf neuen Ländern gilt für alle Personengruppen:  $> 40$  Stunden / Woche und Person.

Bei den nichtständigen familienfremden Arbeitskräften bei denen die Arbeitstage erfaßt werden, wird für eine AK-Einheit die Arbeitsleistung von 22 Arbeitstagen zugrunde gelegt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Familienarbeitskräfte:

Bis 1974 galt für vollzeitbeschäftigte Familienarbeitskräfte  $\geq 45$  Std./Woche und Person

1975 bis 1978:  $\geq 43$  Std./Woche und Person

Ab 1979:  $\geq 42$  Std./Woche und Person

Familienfremde Arbeitskräfte:

Bis 1974 galt für vollzeitbeschäftigte familienfremde Arbeitskräfte  $\geq 45$  Std./Woche und Person

1975 bis 1978:  $\geq 43$  Std./Woche und Person

1979 bis 1990:  $\geq 40$  Std./Woche und Person

Ab 1991:  $\geq 38$  Std./Woche und Person

Für die ab 1991 in den fünf neuen Ländern neu hinzugekommenen Erhebungen gilt folgende Regelung für alle Personengruppen:  $\geq 40$  Std./Woche und Person

Das Mindestalter für eine Arbeitskraft war bis 1978: 14 Jahre, ab 1979: 15 Jahre.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung der AK-Einheiten gegenüber dem >>> betrieblichen Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben (Landwirtschaftszählung 1971) siehe dort.

## **Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien**

### **1. Statistik der Kapitalgesellschaften**

Datennachweis: ab 1951

#### **Begriffsinhalt:**

Kapitalgesellschaften, die in den vom Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089) festgelegten Rechtsformen geführt werden.

Aktiengesellschaften sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen und bei denen die Gesellschafter mit Einlagen auf das in Aktien zerlegte Grundkapital beteiligt sind. Das Grundkapital besteht aus den Einlagen von mindestens fünf Gesellschaftern (Aktionären). In Ausnahmefällen können sich die Anteile im Besitz einer Person befinden (Einmanngesellschaft). Es ist ein Mindesthaftungsfonds (Mindestgrundkapital) von 100 000 DM erforderlich. Für die Verbindlichkeiten haftet den Gläubigern nur das Gesellschaftsvermögen. Die Aktiengesellschaft ist gesetzlich verpflichtet, ihren Jahresabschluß zu veröffentlichen.

Kommanditgesellschaften auf Aktien sind Handelsgesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die durch die Eintragung ins Handelsregister entstehen. Sie stellen eine Zwischenform zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften dar. Dabei bestimmt mindestens ein Gesellschafter (Komplementär) die Führung des Unternehmens und haftet unbeschränkt, d.h. persönlich, mit seinem gesamten Vermögen. Die Kommanditisten (Kommandit-Aktionäre) haften nur mit ihrer Einlage, die durch die Aktie verbrieft ist und die dem Unternehmen als Beteiligungs- und Finanzierungsmittel dient. Für die Komplementäre gilt das Recht der Personengesellschaft, für die Kommanditisten als Aktionäre das Aktienrecht.

Zum Bestand am 31. Dezember rechnen die Gesellschaften, die zu diesem Zeitpunkt in den Handelsregistern eingetragen sind. Nicht dazu rechnen Gesellschaften, deren Nennkapital nicht auf einen Betrag in Deutscher Mark lautet, sowie Gesellschaften, die aufgelöst sind. Dazu rechnen aber Gesellschaften, die sich in einem Vergleichsverfahren befinden.

Der Abgang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften mit anderen Gesellschaften verschmelzen, in andere Rechtsformen umgewandelt werden oder aufgelöst werden. Eine Gesellschaft wird u.a. aufgelöst durch Beschluß der Hauptversammlung (Eröffnung der Abwicklung) oder durch die Eröffnung eines Konkursverfahrens. Die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens wirkt sich nicht als Abgang aus.

Der Zugang zwischen dem 1.1. und dem 31.12. eines Jahres beruht im wesentlichen darauf, daß Gesellschaften gegründet, aus einer anderen Rechtsform in eine AG oder KGaA umgewandelt oder nach Auflösung fortgesetzt werden. Die Fortsetzung einer aufgelösten Gesellschaft ist in bestimmten Fällen möglich, solange noch nicht damit begonnen worden ist, das Vermögen auf die Aktionäre zu verteilen.

Als Gesellschaft gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat. Dazu zählen auch rechtlich selbständige Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften), auch wenn solche Tochtergesellschaften zusammen mit dem sie beherrschenden Unternehmen einheitlich geleitet werden (Konzerngesellschaften).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

### **2. Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Wie unter 1., jedoch nur solche Gesellschaften, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist.

In der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden die Aktiengesellschaften einschl. der Kommanditgesellschaften auf Aktien unter "Aktiengesellschaften" nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

### **3. Körperschaftsteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Wie unter 1., jedoch unter Einbeziehung der Kolonialgesellschaften.

Kolonialgesellschaften sind Kapitalgesellschaften besonderer Art, die ursprünglich zwecks Erschließung der deutschen Kolonien gegründet wurden. Sie sind mit Hoheitsrechten ausgestattet. Die Haftung ist auf das Gesellschaftskapital beschränkt. Rechte und Pflichten richten sich nach der gegebenen Satzung. Diese Gesellschaften bestehen heute noch in geringer Zahl. Zu Einzelheiten siehe Gesetz über die Auflösung, Abwicklung und Löschung von Kolonialgesellschaften vom 20.8.1975 (BGBl. I S. 2253).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien (Statistik der Kapitalgesellschaften) sowie Aktiengesellschaften (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) sind weitgehend gleich abgegrenzt; in der Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren werden Gesellschaften nachgewiesen, deren Vermögen Gegenstand eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens ist, im Gegensatz zur Statistik der Kapitalgesellschaften jedoch auch solche Gesellschaften, die bereits aufgelöst sind.

Die in der Statistik der Kapitalgesellschaften nachgewiesenen Gesellschaften entsprechen - soweit diese auch körperschaftsteuerpflichtig und nicht von der Zahlung der Körperschaftsteuer befreit sind und von der unterschiedlichen Berücksichtigung der Kolonialgesellschaften abgesehen - mit Ausnahme der aufgelösten Gesellschaften - den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, zu denen in der Körperschaftsteuerstatistik Daten nachgewiesen werden.

Die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zählen zu den >>> Kapitalgesellschaften (Statistik der Kapitalgesellschaften). Die Kapitalgesellschaften umfassen außerdem noch die >>> Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Statistik der Kapitalgesellschaften).

Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien und Unternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft bzw. KG auf Aktien (Arbeitsstättenzählung 1987) sind ähnlich abgegrenzt:

Nur in der Statistik der Kapitalgesellschaften werden Aktiengesellschaften (Kommanditgesellschaften auf Aktien) erfaßt, die zwar im Handelsregister eingetragen und nicht aufgelöst sind, aber keine eigenen Beschäftigten haben (ruhende oder Mantelgesellschaften). Nur in der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmen erfaßt, deren Eintragung in das Handelsregister als Aktiengesellschaft (Kommanditgesellschaft auf Aktien) vorgesehen, aber noch nicht erfolgt ist und die schon eigene Beschäftigte haben, sowie Aktiengesellschaften (Kommanditgesellschaften auf Aktien), die schon aufgelöst sind, aber noch über eigene Beschäftigte verfügen.

## **Akutkrankenhäuser**

### **Krankenhausstatistik**

Datennachweis: ab 1953

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Akutkrankenhäusern zählen Krankenhäuser der folgenden fachlichen Ausrichtungen:

Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen,  
Allgemeine Krankenhäuser mit abgegrenzten Fachabteilungen,  
Krankenhäuser für innere Krankheiten,  
Krankenhäuser für Infektionskrankheiten, Säuglings- und Kinderkrankenhäuser,  
Krankenhäuser für Chirurgie, Urologie, Neurochirurgie sowie Zahn- und Kieferkrankheiten,  
Unfallkrankenhäuser,  
Orthopädische Krankenhäuser,  
Gynäkologisch-geburtshilfliche Krankenhäuser,  
Entbindungsheime,  
Krankenhäuser für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten,  
Krankenhäuser für Augenkrankheiten,  
Krankenhäuser für Haut- und Geschlechtskrankheiten,  
Krankenhäuser für Röntgen- und Strahlenheilkunde und  
Sonstige Fachkrankenhäuser für Akut-Kranke.

Zu den Akutkrankenhäusern rechnen z. B. auch Bundeswehrkrankenhäuser mit entsprechender fachlicher Ausrichtung.

Fachabteilungen sind Abteilungen in Krankenhäusern, die nach Fachdisziplinen abgegrenzt sind, von Fachärzten dieser Disziplinen ständig verantwortlich geleitet werden und ständig mit besonderen Behandlungseinrichtungen ausgestattet sind.

Nicht als Fachabteilung rechnen Einrichtungen zur stationären Behandlung, die ständig für die gleiche Fachrichtung zur Verfügung stehen und räumlich gegen andere Krankenhauseinrichtungen abgeschlossen sind (sog. Fachstationen).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bundeswehrkrankenhäuser zählen erst seit 1971 zu den Akutkrankenhäusern.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Während zu den Akutkrankenhäusern vorwiegend Krankenhäuser rechnen, die auf die Behandlung kurzfristiger Krankheiten ausgerichtet sind, zählen zu den >>> Sonderkrankenhäusern (Krankenhausstatistik) vorwiegend Krankenanstalten für langfristig Kranke.

# Alleinstehende

## Wohngeldstatistik

Datennachweis: 1965-1990

### Begriffsinhalt:

- >>> Wohngeldempfänger, in deren Haushalt keine bei der Wohngeldgewährung zu berücksichtigenden
- >>> Familienmitglieder wohnen.

Wohngeldempfänger sind Personen, die im Berichtszeitpunkt einen bewilligten Anspruch auf die Gewährung von Wohngeld haben.

Antragberechtigt für die Gewährung von Wohngeld sind im allgemeinen Mieter und Nutzungsberechtigte von Wohnraum, Heimbewohner, in Beherbergungsbetrieben untergebrachte Personen mit mietähnlichem Nutzungsverhältnis sowie Eigentümer im eigenen Haus, Eigentümer von Eigentumswohnungen und Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts.

Als Familienmitglieder des Antragberechtigten gelten der Ehegatte, Verwandte und Verschwägte in gerader Linie, Verwandte und Verschwägte zweiten oder dritten Grades in der Seitenlinie, Pflegekinder ohne Rücksicht auf ihr Alter sowie Pflegeeltern.

Familienmitglieder rechnen zum Haushalt des Antragberechtigten, wenn sie mit ihm eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen, d.h. Wohnraum gemeinsam bewohnen und sich ganz oder teilweise gemeinsam mit dem täglichen Lebensbedarf versorgen. Dies gilt auch dann, wenn sie vorübergehend abwesend sind. Vorübergehend abwesend sind Familienmitglieder, wenn der Familienhaushalt auch während der Abwesenheit Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen bleibt, z.B. solange die abwesenden Angehörigen noch für ihre Lebenshaltung überwiegend von anderen zum Haushalt rechnenden Familienmitgliedern unterstützt werden.

### Begriffsbeziehungen:

Da Wohngeld nur dem jeweils antragberechtigten Haushalts-(Familien-)Mitglied gewährt werden kann, können Wohngeldempfänger auch als Haushalte aufgefaßt werden, die Wohngeld beziehen; sie können daher nach der Größe des Haushalts (Zahl der Familienmitglieder) untergliedert werden. Jedoch bestehen zwischen einem Alleinstehenden, der Wohngeld bezieht, und einem >>> Einpersonenhaushalt (Volks- und Berufszählung 1970) sowie einer >>> Einpersonenvohnpartei (Gebäude- und Wohnungszählung 1968) Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Als alleinstehender Wohngeldempfänger zählt eine Person, die Wohngeld bezieht, nur dann, wenn sie in einem Privathaushalt ohne solche Familienmitglieder wohnt, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen berücksichtigt werden, oder wenn sie Bewohner eines Heimes im Sinne des Heimgesetzes ist; in der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik rechnen dagegen als Einpersonenhaushalte bzw. -wohnparteien alle Personen, die allein - d.h. weder mit Familienangehörigen noch mit familienfremden Personen - wohnen und wirtschaften. Ein alleinstehender Wohngeldempfänger kann daher auch in einem Mehrpersonenhaushalt bzw. in einer Mehrpersonenvohnpartei wohnen.

Zu beachten ist jedoch, daß Wohngeld nur für jeweils eine Wohnung des Antragberechtigten gewährt werden kann, während zu den Personen in Privathaushalten auch Personen rechnen, für die der betreffende Haushalt ein zweiter Wohnsitz darstellt (z.B. bei Studenten mit zweiter Unterkunft am Studienort, bei Handlungsreisenden usw.).

# Allgemeine Dienste

## Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Zusammenfassung der Aufgabenbereiche

- >>> Politische Führung und zentrale Verwaltung,
- >>> Auswärtige Angelegenheiten,
- >>> Verteidigung,



>>> Öffentliche Sicherheit und Ordnung,

>>> Rechtsschutz.

Einzelheiten sind den jeweiligen Erläuterungen zu diesen Aufgabenbereichen zu entnehmen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Im kommunalen Bereich liegen Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

## **Allgemeine Finanzwirtschaft**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für

- Allgemeine Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs (Finanzausgleich zwischen den Ländern, Kommunalen Finanzausgleich); Bundeszuschuß an Berliner Haushalt; Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder, allgemeine Umlagen (Landesumlage, Bezirks-, Kreis-, Amts-, Samtgemeinde- und Verbandsgemeindeumlagen, sonstige allgemeine Umlagen);
- Zinsen, Tilgung von Schulden an Verwaltungen und andere Ausgaben in Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme (z.B. Disagio, An- und Rückkauf von Schuldurkunden, Geldbeschaffungskosten);
- Versorgung der Beamten, Richter, Soldaten der Bundeswehr, Angestellten und Arbeiter, Versorgung nach § 131 Grundgesetz; Emeritenbezüge der Hochschullehrer; Beiträge an Versorgungskassen (nicht Zuführungen an eigene Versorgungskassen ohne Sonderrechnung);
- Ausgaben für Beihilfen, Unterstützungen und Fürsorgeleistungen an Beamte, Richter, Soldaten, Angestellte, Arbeiter und Versorgungsempfänger (soweit nicht anderen Aufgabenbereichen zugeordnet);
- sonstige Zwecke verschiedener Art, die nicht einer Funktion zugeordnet werden können; global veranschlagte Mittel, Verstärkungsmittel u.ä.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

## **Allgemeine Lebenshilfen**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Leistungen, die bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher oder sozialer Notlagen zugewendet werden, z.B. Resozialisierung, Familienberatung, Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch.

Zu den Leistungen für die allgemeine Lebenshilfe, die in besonderen Notlagen gewährt werden oder die der sozialen Eingliederung dienen, zählen vor allem Leistungen der >>> Sozial- und >>> Jugendhilfe, ferner die sogenannten sonstigen Hilfen, die von der >>> Krankenversicherung als ärztliche Beratung und Hilfe zur Empfängnisregelung erbracht werden.

Im einzelnen gehören hierzu >>> Hilfen zum Lebensunterhalt, die freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung im Rahmen der Jugendhilfe, die Beratung in Fragen der Empfängnisregelung und Leistungen bei Schwangerschaftsabbruch sowie Hilfen bei besonderen sozialen Schwierigkeiten und Weihnachtsbeihilfen.

Zu den Leistungen der allgemeinen Lebenshilfe zählen ferner der in den Wintern 1973/74 und 1979/80 gewährte Heizölkostenzuschuß, Steuerermäßigungen und Leistungen der Freizeithilfe, der politischen Bildung sowie der internationalen Begegnung und Jugendschutz, Erstattung von Beiträgen zur Rentenversicherung an Rückwanderer aus Nicht-EG-Staaten.

## **Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1974

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben

- für Wohn- und Geschäftsgrundstücke, für unbebaute Grundstücke (Bauland, Einzelgrundstücke) und grundstücksgleiche Rechte (Erbbaurecht, Erbpachtrecht), soweit diese Ausgaben nicht anderen Aufgabenbereichen zugeordnet sind;
- für den eigenen Wohnungsbau der Gemeinden/Gemeindeverbände;
- von Bund und Ländern, die sich auf Geldvermögensbestände (Wertpapiere, Bankguthaben) beziehen;
- für den Erwerb von Beteiligungen, die nur der Kapitalanlage dienen;
- für Erbschaften des Fiskus;
- für rechtlich unselbständiges Stiftungsvermögen (soweit nicht anderen Aufgabenbereichen zugeordnet), Gemeindegliederungsvermögen, rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen der Gemeinden/Gemeindeverbände mit Sonderrechnung.

Der >>> Lastenausgleichsfonds und das >>> ERP-Sondervermögen sind eigene finanzstatistische Darstellungsebenen. Andere Sondervermögen des Bundes und der Länder mit Sonderrechnung sowie die öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sind entsprechend ihrer Aufgabenstellung den Ausgaben und Einnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände eingesetzt. Nicht nachgewiesen werden die Sondervermögen des Bundes (Bundesbahn, Bundespost), die als Wirtschaftsunternehmen behandelt werden. In den Datenreihen der Rechnungsstatistik bis 1973 sowie der Haushaltsansatzstatistik sind diese Ausgaben mit den Ausgaben für >>> Wirtschaftsunternehmen zusammengefaßt.

## **Allgemein-medizinische Indikation**

### **Schwangerschaftsabbruchstatistik**

Datennachweis: ab 1977

#### **Begriffsinhalt:**

Indikation nach § 218a Absatz 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches (StGB) als Begründung für einen >>> Schwangerschaftsabbruch.

Eine allgemein-medizinische Indikation nach § 218a Absatz 1 Nr. 2 liegt vor, wenn der Abbruch der Schwangerschaft unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse der Schwangeren nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden, und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann.

Schwerwiegende Beeinträchtigungen des körperlichen Gesundheitszustandes können z.B. Nieren-, Herzkrankheiten oder Krebs darstellen.

Aus statistischen Gründen werden die allgemein-medizinische Indikation, die hauptsächlich auf die körperliche Situation der Schwangeren abgestellt ist und die >>> psychiatrische Indikation, die am seelischen Gesundheitszustand orientiert ist, getrennt aufgeführt. Sie werden zusammen als medizinische Indikation bezeichnet.

## **Alter**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Altersruhegelder (unter Berücksichtigung der flexiblen Altersgrenze); ferner Renten und rentenähnliche Leistungen, die nicht Altersruhegelder sind, an Personen jenseits der für das Altersruhegeld geltenden Altersgrenze, unabhängig davon, aus welchem Anlaß die Leistungen ursprünglich zugebilligt wurden.

Bei den Leistungen für Alter handelt es sich im wesentlichen um Einkommensleistungen wie Altersrenten, Ruhegeld, Witwen- bzw. Witwerrenten, Invaliditätsrenten, Entschädigungsrenten, >>> Hilfe zum Lebensunterhalt sowie >>> Steuerermäßigungen. Dabei wird der größte Teil der Leistungen von den Versicherungsträgern und nach dem beamtenrechtlichen System durch die >>> Pensionen erbracht. Dazu zählen auch die Leistungen an >>> Hinterbliebene für Frauen, die das 60. und für Männer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben.

Familienzuschläge sind den Leistungen für >>> Kinder und für >>> Ehegatten zugeordnet, bei denen auch die entsprechenden Leistungen nach dem Beamten und Tarifvertragsrecht des öffentlichen Dienstes nachgewiesen werden.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen bei Alter gemeinsam mit den Leistungen für Hinterbliebene zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Alter und Hinterbliebene".

## **Altershilfe für Landwirte**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Landwirtschaftliches Altersgeld, das den landwirtschaftlichen Unternehmern, deren Ehegatten, Witwen und Witwern, eine Grundsicherung für das Alter und bei vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit bietet sowie die Landabgaberente und die Nachentrichtungszuschüsse als strukturwirksame Sozialmaßnahmen.

Nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte werden folgende Rentenleistungen erbracht:

- bei Aufgabe des Unternehmens Altersgelder und vorzeitige Altersgelder an ehemalige landwirtschaftliche Unternehmer und deren hinterbliebene Ehegatten, Hinterbliebenengelder und Waisengelder,
- bei Weiterbewirtschaftung des Unternehmens Übergangshilfe,
- seit dem 1. Januar 1986 Altersgelder an mitarbeitende Familienangehörige, deren hinterbliebene Ehegatten und Waisen.

Bei strukturverbessernder Abgabe des Unternehmens bis Ende 1983 wird Landabgabenrente gewährt, ab 1. Januar 1984 wird diese Leistung nicht mehr neu bewilligt. Außerdem werden bei Krankheit oder Behinderung Rehabilitationsmaßnahmen einschl. Betriebs- und Haushaltshilfe erbracht und bei Tod des Unternehmers zur Weiterführung des Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt. Bei Berufswechsel des Unternehmers werden Zuschüsse zur Nachentrichtung von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung aus Bundesmitteln gezahlt.

Träger der Altershilfe für Landwirte sind die landwirtschaftlichen Alterskassen. Eine Versicherungspflicht besteht für alle landwirtschaftlichen Unternehmer, sofern sie nicht anderweitig ihre soziale Sicherheit gefunden haben.

Die Geldleistungen der Altershilfe werden wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung angepaßt, wobei der Bundesanteil künftig nur noch etwa zwei Drittel betragen wird. Die Aufwendungen für die sozialen Maßnahmen zur Strukturverbesserung einschl. der erforderlichen Verwaltungskosten trägt der Bund; dabei werden die Zuschüsse berücksichtigt, die der Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) zahlt.

## **Amtsberechtigte Fernsprechnebenanschlüsse**

### **Statistik der Deutschen Bundespost**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Fernsprechstellen, die nicht unmittelbar, sondern über andere Fernsprechstellen (Hauptanschlüsse) mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes verbunden sind.

Ausgewiesen wird die Zahl der amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüsse am Jahresende.

Fernsprechnebenanschlüsse, die nicht mit den Vermittlungsstellen des öffentlichen Fernsprechnetzes verbunden sind, werden nicht erfaßt

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den amtsberechtigten Fernsprechnebenanschlüssen sind die >>> Fernsprechhauptanschlüsse (Statistik der Deutschen Bundespost) unmittelbar an das Fernsprechnetzt angeschlossen.

## **Anbau auf dem Ackerland**

### **Bodennutzungshaupterhebung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Vollständige Untergliederung der >>> Anbauflächen im Hauptanbau.

Bei der Untergliederung wird nach folgenden Pflanzengruppen unterschieden: >>> Getreide, Hülsenfrüchte, >>> Hackfrüchte, Gemüse einschl. Erdbeeren und andere Gartengewächse, Handelsgewächse, >>> Futterpflanzen, Gründüngung und Schwarzbrache.

Nachgewiesen werden Anbauflächen für Winterweizen, Sommerweizen, Roggen, Wintermenggetreide, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Sommermenggetreide, Körnermais, Ackerbohnen, Frühkartoffeln, mittelfrühe und späte Kartoffeln, Zuckerrüben, Runkelrüben, Winterraps, Sommerraps und Rüben, Hopfen, Rüben und Gräser zur Samengewinnung, Klee (einschl. Klee gras, Luzerne und Gemisch), Grasanbau, Grün- und Silomais, außerdem auch alle möglichen Sammelpositionen dieser Fruchtarten.

Erfaßt werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1978 Erfassung sämtlicher Anbauflächen durch Befragung der Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche und Feststellung der übrigen Flächen durch die Gemeinden.

Bis 1969 ist das nicht mehr beackerte und nicht mehr bewirtschaftete Ackerland in der Position Gründüngung und Schwarzbrache enthalten.

# Anbaufläche

## **Bodennutzungshaupterhebung**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

>>> Ackerland untergliedert nach angebauten Fruchtarten.

Die im Besitz von >>> landwirtschaftlichen Betrieben befindliche Anbaufläche wird nach der Fläche der folgenden Feldfrüchte unterschieden: Getreide, Hülsenfrüchte, Hackfrüchte, Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse (Feldgemüse und Gartengewächse), Handelsgewächse, Futterpflanzen (Anbau auf dem Ackerland) sowie Gründüngung und Schwarzbrache.

Nachgewiesen werden die Anbauflächen von Weizen (Winter- und Sommerweizen einschl. Spelz), Roggen (Winter- und Sommerroggen), Gerste (Winter- und Sommergerste), Hafer, Kartoffeln (frühe, mittelfrühe und späte), Zuckerrüben sowie von Klee, Klee gras, Luzerne, Klee-Luzerne-Gemisch.

### **Begriffsbeziehungen:**

Die sowohl unter der Anbaufläche im Jahre 1971 als auch unter dem Ackerland (Landwirtschaftszählung 1971) nachgewiesenen Flächen der Getreidearten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer sowie der Kartoffeln sind miteinander vergleichbar, wenn man von der in der Bodennutzungshaupterhebung tieferen Abschneidegrenze absieht.

## **Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen**

### **Gemüseanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1960

### **Begriffsinhalt:**

Jede Fläche, von der im Laufe des Erhebungsjahres Blumen und Ziergehölze (außer Rosen) für den Verkauf gewonnen werden.

Zu den "Anbauflächen von Blumen zum Schnitt in Unterglasanlagen" zählt jede Fläche unter Glas oder Kunststoff, von der Blumen für den Verkauf als Schnittware gewonnen werden.

Zu den "Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt auf dem Freiland" zählt jede Fläche auf dem Freiland, von der Blumen und Ziergehölze (außer Rosen) für den Verkauf gewonnen werden.

## **Anbauflächen von Erdbeeren**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Jede im Erhebungsjahr der Ernte von Erdbeeren für den Verkauf dienende und zur Neuanpflanzung vorgesehene Fläche auf dem Freiland.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1969 erstreckte sich die Erhebung auf den Anbau zu Erwerbszwecken, der den Anbau in Anstalten und Unternehmen, deren Erdbeeranbau eigenen Einrichtungen für Gemeinschaftsverpflegung diente sowie für Versuchszwecke an wissenschaftlichen Instituten einschloß. Seitdem werden nur noch die Erdbeerflächen erfaßt, deren Ernte für den Verkauf bestimmt ist, um eine genauere Vorstellung von der reinen Marktproduktion zu erhalten.

# **Anbauflächen von Zierpflanzen**

## **Gemüseanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Jede im Laufe des Erhebungsjahres dem Anbau von Blumen und Zierpflanzen für den Verkauf dienende Fläche unter Berücksichtigung der Mehrfachnutzung durch Vor-, Zwischen- und Nachkulturen.

Die dem Anbau von Zierpflanzen dienende Fläche auf dem Freiland wird unter "Anbauflächen von Zierpflanzen auf dem Freiland" nachgewiesen und untergliedert nach Vermehrungs- und Anzuchtflächen, Aufstellungsflächen von Topf- und Ballenpflanzen sowie Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt.

Die dem Anbau von Zierpflanzen dienende Fläche in festen oder beweglichen Gewächshäusern und Frühbeeten mit Eindeckung aus Glas oder Kunststoff wird unter "Anbauflächen von Zierpflanzen in Unterglasanlagen" nachgewiesen und untergliedert nach Vermehrungs- und Anzuchtflächen, Anbauflächen von Blumen zum Schnitt, Beet- und Balkonpflanzen sowie nach Stückzahlen in Topf- und Ballenpflanzen. Ermittelt werden jeweils nur die Flächen bzw. Stückzahlen, auf denen bzw. die als verkaufsfertige Erzeugnisse (außer Maiblumen) im Erhebungsjahr gewonnen werden.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1969 erstreckte sich die Erhebung auf den Anbau zu Erwerbszwecken, zu dem auch der Anbau für öffentliche, gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke, wie z. B. in Stadtgärtnereien und Instituten, rechnete. Seitdem werden nur noch die Flächen des Anbaus von Blumen und Zierpflanzen zum Zwecke des Verkaufs erfaßt, um eine genauere Vorstellung von der reinen Marktproduktion zu erhalten.

# **Anbaufläche von Gemüse**

## **Gemüseanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Jede im Laufe eines Kalenderjahres dem Anbau von Gemüse für den Verkauf dienende Fläche unter Berücksichtigung der Mehrfachnutzung durch Vor-, Haupt- und Nachanbau, untergliedert nach Gemüsearten.

Berücksichtigt sind nur Gemüsearten, deren Anbau auf Bundesebene von gewisser Bedeutung ist.

Die dem Anbau von Gemüse dienende Fläche auf dem Freiland wird unter "Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland", die den Anbau von Gemüse dienende Fläche in festen oder beweglichen Gewächshäusern und Frühbeeten mit Eindeckung aus Glas oder Kunststoff (ohne Freilandflächen mit Folienabdeckung) unter "Anbaufläche von Gemüse in Unterglasanlagen" nachgewiesen.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1969 erstreckte sich die Erhebung auf den Anbau zu Erwerbszwecken, der den Anbau in Anstalten und Unternehmen, deren Gemüsebau eigenen Einrichtungen für Gemeinschaftsverpflegung diente sowie für Versuchszwecke an wissenschaftlichen Instituten einschloß. Seitdem werden nur noch die Flächen des Anbaus von Gemüse zum Zwecke des Verkaufs erfaßt, um eine genauere Vorstellung von der reinen Marktproduktion zu erhalten.

# Angelernte und ungelernte Arbeiter

## Handwerkszählung 1977

### Begriffsinhalt:

Arbeiter ohne Facharbeitertätigkeit, einschließlich der >>> Fachwerker und Werker im Baugewerbe.

Zu den Fachwerkern und Werkern zählen Arbeiter, die angelernte Spezialtätigkeiten ausüben oder bestimmte Merkmale solcher Tätigkeiten erfüllen, ferner Kraftfahrer, die lediglich über Fahrpraxis verfügen, Baumaschinisten und Maschinenfachwerker sowie Arbeiter, die einfache Bauarbeiten verrichten.

### Begriffsbeziehungen:

Die angelernten und ungelernten Arbeiter entsprechen in der Qualifikation ihrer Tätigkeit weitgehend den Fachwerkern und Werkern (Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)).

## Angestellte

Alle folgenden Statistiken

### Begriffsinhalt:

Alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, die überwiegend eine kaufmännische, büro- bzw. verwaltungsmäßige, höhere technische oder überwiegend leitende oder sonst gehobene Tätigkeit ausüben.

#### 1.1 Volks- und Berufszählung 1987

#### 1.2 Gebäude- und Wohnungszählung 1987

#### 1.3 Mikrozensus

Datennachweis: ab 1972

### Begriffsinhalt:

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht oder Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend.

Zu den Angestellten zählen auch leitende Angestellte und Direktoren großer Betriebe, sofern sie nicht Miteigentümer sind. Ebenfalls zu den Angestellten rechnen Personen mit den Berufsbezeichnungen "Versicherungsbeamter", "Betriebsbeamter" oder "Bankbeamter", soweit sie nicht in einem öffentlich rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z.B. bei der Deutschen Bundesbank).

Angestellte mit Beamtenbesoldung, z.B. bei Sozialversicherungsträgern oder kommunalen Spitzenverbänden, gelten ebenfalls als Angestellte.

Werkmeister sind in der Regel Angestellte, auch wenn sie ihre Versicherung in der Rentenversicherung für Arbeiter beibehalten haben. Dasselbe gilt auch für Angestellte, die aufgrund ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Betrieb vom Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis übernommen wurden und weiterhin Beiträge zur >>> Rentenversicherung der Arbeiter zahlen.

Hausangestellte sind meistens in der Rentenversicherung für Arbeiter versichert und rechnen in der Regel zur Gruppe der >>> Arbeiter. In seltenen Fällen sind sie im Angestelltenverhältnis (meistens dann als Hausdame bezeichnet) und in der >>> Rentenversicherung für Angestellte versichert.

Gemeindeschwestern (Nonnen und Diakonissen), die von ihrem Mutterhaus versorgt werden, zählen wie die Nonnen und Ordensbrüder in ihren Häusern als Angestellte. Mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch katholischen Kirchen werden alle Geistlichen und Sprecher von Religionsgemeinschaften zu den Angestellten gezählt.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.

**2. Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

**Begriffsinhalt:**

für die Zuordnung von >>> sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Angestellten ist primär die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend.

Personen, die als >>> Auszubildende oder zu ihrer Ausbildung im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, werden ebenfalls den Angestellten zugeordnet. Zu diesem Personenkreis zählen neben den Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz vom 14.08.1969 auch Anlernlinge und Teilnehmer an den von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.

**3. Arbeitsstättenzählung 1970****Begriffsinhalt:**

für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Als Angestellte gelten auch Personen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung befreit sind.

Zu den Angestellten zählen auch leitende Angestellte, Direktoren, Betriebsleiter u.dgl., die nicht Inhaber oder Mit-eigentümer sind und im Angestelltenverhältnis stehen. Ebenfalls zu den Angestellten rechnen mithelfende Familienangehörige, die im Betrieb tätig sind und Gehalt beziehen, sowie Personen mit den Berufsbezeichnungen "Versicherungsbeamter", "Bankbeamter" oder "Betriebsbeamter", soweit sie nicht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen (z.B. bei der Deutschen Bundesbank).

Mit Ausnahme der Geistlichen der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen werden alle Geistlichen und Sprecher von Religionsgemeinschaften als Angestellte gezählt.

Nicht zu den Angestellten rechnen Auszubildende in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen, einschl. der Praktikanten und Volontäre.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.

**4. Wohngeldstatistik**

Datennachweis: 1965 - 1990

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Ferner ist vorausgesetzt, daß diese Personen aus ihrer Tätigkeit als Angestellte ihr hauptsächliches Einkommen beziehen. Zu den Angestellten zählen auch kaufmännische, technische und Verwaltungsauszubildende sowie Praktikanten und Volontäre. Nachgewiesen werden >>> Wohngeldempfänger, die zu den Angestellten rechnen. Wohngeldempfänger sind Personen, die für sich - und ggf. ihre bei der Gewährung von Wohngeld zu berücksichtigenden >>> Familienmitglieder Wohngeld beziehen. Insoweit können unter den Angestellten auch Haushalte verstanden werden, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Angestellte sind.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.



## **5. Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes**

Datennachweis: ab 1952

### **Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist grundsätzlich die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend. Als Angestellte gelten auch Personen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung befreit sind. Zu den Angestellten rechnen auch Auszubildende in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen, einschl. der Praktikanten und Volontäre. Nachgewiesen wird der >>> Fahrzeugbestand nach Fahrzeughaltern, darunter der Fahrzeugbestand der Angestellten. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Von 1952 bis 1967 wird der Bestand an >>> Lastkraftwagen der Angestellten im Lastkraftwagenbestand der >>> Beamten nachgewiesen. Im Jahre 1954 ist im Bestand an >>> Krafträdern der Angestellten auch der Krafträderbestand der >>> Arbeiter enthalten.

### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.

## **6. Studentenstatistik**

Datennachweis: ab Wintersemester 1976/77

### **Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden deutsche >>> Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Angestellte(r)" eingetragen haben. Die berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) wird auch berücksichtigt, wenn diese(r) bereits verstorben ist.

### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 7.

## **7. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

### **Begriffsinhalt:**

In einem privatrechtlichen Arbeitsvertragsverhältnis Beschäftigte, die regelmäßig in der >>> Rentenversicherung für Angestellte versicherungspflichtig und nicht Lohnempfänger sind.

Zu den Angestellten zählen auch angestelltenversicherungspflichtige Auszubildende, ferner Lernschwestern/-pfleger und Pflegehilfeschüler sowie Personen, die für eine Ausbildung im Beamtenverhältnis vorbereitet werden (z.B. Verwaltungspraktikanten, Verwaltungslehrlinge) und noch nicht mit Ernennungsurkunde zu Beamten auf Widerruf ernannt worden sind.

Im Bereich des mittelbaren öffentlichen Dienstes werden neben Tarifangestellten auch Dienstordnungs-Angestellte (DO-Angestellte), die nicht sozialversicherungspflichtig sind, beschäftigt.

### **Begriffsbeziehungen:**

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes werden keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Angestellten nachgewiesen; in der Wohngeldstatistik werden Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Angestellte sind; in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 werden Haushalte nachgewiesen, deren >>> Bezugsperson (Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt) Angestellte(r) ist; in der Studentenstatistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Angestellte(r)" eingetragen haben.

Während in der Volks- und Berufszählung sowie in der Gebäude und Wohnungszählung 1987, im Mikrozensus und in der Wohngeldstatistik für die Zuordnung zu den Angestellten die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die

Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend ist, ist für die Zuordnung zu den Angestellten in den anderen o.g. Statistiken die Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung entscheidend.

## **Angestellte und Beamte**

### **1. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

### **2. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

### **3. Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1977

### **4. Jahresherhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

Zusammenfassung der Angestellten, Beamten und der kaufmännisch, technisch und Verwaltungsauszubildenden.

Für die Zuordnung zu den Angestellten ist die Beitragspflicht zur bzw. die Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Unternehmen Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Zu den Beamten zählen Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden oder sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs-(Ernennungs-)Urkunde berufen worden sind. Einbezogen sind auch Beamtenanwärter und Beamte im Vorberereitungsdienst.

Kaufmännisch, technisch und Verwaltungsauszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsberufen ausgebildet werden.

Einbezogen werden auch Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Teilzeitbeschäftigte und Kurzarbeiter, das Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (z.B. Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten).

Nicht einbezogen werden die im Ausland Beschäftigten, zum Grundwehrdienst einberufene Personen, Zivildienstleistende, Strafgefangene sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Unternehmen im meldenden Unternehmen Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen. Nicht einbezogen werden außerdem Angestellte, Beamte und Auszubildende, die in keinem festen Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Schriftführer, Kassierer), ebenso Angestellte, Beamte und Auszubildende von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Angestellte, Beamte und Auszubildende in Angestelltenberufen, die in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig sind, werden auf diese anteilmäßig aufgegliedert.

In der Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen (1950 bis 1974) und der Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (1950 bis 1974) wurde die Zusammenfassung der Angestellten, Beamten sowie der kaufmännisch, technisch und Verwaltungsauszubildenden nicht mit "Angestellte und Beamte" sondern mit "Angestellte, Beamte, kaufmännisch und technisch Auszubildende" bezeichnet.

# Anlageinvestitionen

## 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Wert der Anlagen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie - länger als ein Jahr - im Produktionsprozeß einzusetzen.

Die Anlageinvestitionen stellen "Bruttoanlageinvestitionen" in dem Sinne dar, daß Abschreibungen nicht abgesetzt sind. Für die Anlageinvestitionen nach Abzug der Abschreibungen, wie sie der Darstellung der Vermögensbildung zugrunde liegen, wird die Bezeichnung "Nettoanlageinvestitionen" verwendet.

Zu den Anlageinvestitionen rechnen die von Unternehmen, vom Staat und von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck getätigten Käufe neuer Anlagen aus der inländischen Produktion und der Einfuhr (einschl. selbsterstellter Anlagen) sowie die Käufe abzüglich der Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Nicht dazu zählen die Käufe dauerhafter Güter, die für militärische Zwecke bestimmt sind oder die in den Privaten Verbrauch eingehen.

Die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land saldieren sich weitgehend in der Volkswirtschaft mit Ausnahme der Verkäufe von Anlageschrott sowie von gebrauchten Ausrüstungen an private Haushalte (z.B. Kraftwagen) und an die übrige Welt (Kraftwagen, Schiffe u.a.). Die privaten Haushalte haben ex definitione keine Anlageinvestitionen. Die Käufe von >>> Wohnungen durch private Haushalte sind, in Übereinstimmung mit der Behandlung der Wohnungsvermietung als unternehmerische Tätigkeit, in den Unternehmenssektor einbezogen.

Als Anlagen werden in diesem Zusammenhang alle dauerhaften, reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert werden. Ausgenommen sind geringwertige Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden, auch wenn sie eine längere Nutzungsdauer als ein Jahr haben (z.B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Nicht in den Wert der Anlagen gehen ferner die Aufwendungen für die normale Instandhaltung ein. Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen bzw. einen größeren Schaden ausgleichen, sind dagegen Bestandteil der Anlageinvestitionen. Der Wert der Dienstleistungen, die mit der Herstellung und dem Kauf von Investitionsgütern verbunden sind (Leistungen von Architekten, Rechtsanwaltskosten, öffentliche Gebühren usw.), wird gleichfalls einbezogen. Auch die Kosten im Zusammenhang mit der Befragung von gebrauchten Anlagen und Land sind in den Anlageinvestitionen enthalten. Sächliche Aufwendungen der Unternehmen für Forschung und Entwicklung, die erst in späteren Perioden genutzt werden, rechnen - soweit es sich nicht um dauerhafte Güter handelt - stets zu den Vorleistungen und nicht zu den Anlageinvestitionen.

Nach Anlagearten wird zwischen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen unterschieden.

Die Ausrüstungsinvestitionen beziehen sich auf Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind. Die Bauinvestitionen betreffen Gebäude und sonstige Bauten, wie Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Stahl- und Holzkonstruktionen (Montagebauten), Versorgungs- und Rohrfernleitungen, die Anlage von Sportplätzen, Parks u.ä., ferner Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstanlage von Forsten, Weinbergen, Obstplantagen und dergleichen. Einbezogen sind mit Bauten festverbundene Einrichtungen, wie Aufzüge, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageanlagen, außerdem gärtnerische Anlagen, die Umzäunung von Grundstücken u.ä.

Die Wertansätze für die Anlageinvestitionen schließen Umsatzsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

Die Anlageinvestitionen sind, soweit es sich um Käufe handelt, im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten nachzuweisen. Angefangene Bauten werden nach internationaler Übung bereits zum Zeitpunkt der Produktion den Anlageinvestitionen zugerechnet. Dagegen zählen angefangene Ausrüstungen zur >>> Vorratsveränderung der Produzenten.

### Begriffsbeziehungen:

1. Ausrüstungsinvestitionen + Bauinvestitionen = (Brutto-)Anlageinvestitionen + Vorratsveränderung = Bruttoinvestitionen
2. (Brutto-)Anlageinvestitionen - Abschreibungen = Nettoanlageinvestitionen

## **2.1 Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes**

Datennachweis: ab 1976

## **2.2 Investitionserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)**

Datennachweis: 1962 bis 1975

## **2.3 Investitionserhebung im Produzierenden Handwerk (ohne Bauhauptgewerbe)**

Datennachweis: 1967 bis 1975

## **2.4 Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

## **2.5 Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1962 bis 1975

### **Begriffsinhalt:**

Im Geschäftsjahr aktivierte Bruttozugänge an erworbenen und an für eigene Rechnung selbsterstellten

>>> Sachanlagen für betriebliche Zwecke (bzw. für Unternehmenszwecke) und Bruttozugänge an erworbenen Grundstücken ohne Bauten einschließlich der Grundstücksaufschließungskosten u.ä. sowie an erworbenen und selbsterstellten Bauten einschließlich der dazugehörigen Grundstücke.

Zu den Anlageinvestitionen als Sachanlagen rechnen alle Bruttozugänge, die nicht als Grundstücke mit oder ohne Bauten gelten. Namentlich dazu gehören Maschinen und maschinelle Anlagen, Baugeräte, Kräne und Förderanlagen, Baumaschinen aller Art, wie Betonmischer, Planiertrauben, Straßenbaumaschinen u.ä. ferner Werkzeuge, Gerüste und Schalungen, Fahrzeuge und Schiffe, Ausstattungen für die Baustelle, den Betrieb und das Geschäft. Ebenfalls dazu rechnen Ersatzinvestitionen, aktivierbare Großreparaturen und geringwertige Wirtschaftsgüter soweit aktiviert, ferner - generell ab 1972 - auch solche sogenannten Leasing-Güter, die beim Leasing-Nehmer zu aktivieren sind.

Auch im Bau befindliche Anlagen (angefangene Arbeiten für betriebliche Zwecke, soweit aktiviert) werden zu den Anlageinvestitionen gerechnet. Falls Unternehmen ein besonderes Sammelkonto "Anlagen im Bau" führen, werden die Bruttozugänge ohne die schon zu Beginn des Geschäftsjahres auf diesem Sammelkonto nachgewiesenen Bestände angesetzt. Anzahlungen sind nur einbezogen, soweit sie abgerechneten Teilen von im Bau befindlichen Anlagen entsprechen und aktiviert sind.

Grundstücke mit Bauten umfassen alle Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik-, Wohn- und anderen Bauten (einschl. Gleisanlagen, Kanalbauten, Parkplätze usw.) sowie alle Bauarbeiten auf noch nicht bebauten sowie auf bereits bebauten Grundstücken und allen Eigenbauten auf fremden Grundstücken.

Die Bruttozugänge an erworbenen Grundstücken ohne Bauten schließen auch die Grundstücksaufschließungskosten u.ä. mit ein.

Zugänge an Sachanlagen und Grundstücken mit und ohne Bauten werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

Bei selbsterstellten Anlagen wird der auf dem Anlagenkonto aktivierte Wert (Herstellungskosten) angesetzt, bei Unternehmen, die in ihrer Gewinn und Verlustrechnung "andere aktivierte Eigenleistungen" entsprechend den aktienrechtlichen Bestimmungen nachweisen, wird dieser Wert einbezogen.

Nicht einbezogen werden der Erwerb von Beteiligungen, Wertpapieren usw. (Finanzanlagen), der Erwerb von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. und der Erwerb von ganzen Unternehmen oder Betrieben, Investitionen in Zweigniederlassungen im Ausland (in der Statistik der Energie- und Wasserversorgung bei Grenzkraftwerken nur deutscher Anteil) sowie die bei Investitionen entstandenen Finanzierungskosten.

Deckt sich bei Unternehmen das Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, so ist das Geschäftsjahr zugrunde gelegt, das im Berichtsjahr endet.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Anlageinvestitionen generell enthalten.

### **3.1 Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

### **3.2 Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung**

Datennachweis: 1962 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Wie unter 2.

Die Anlageinvestitionen von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung werden fachlich untergliedert in

- Anlagen zur Erzeugung und Gewinnung
- Anlagen zur Speicherung
- Leitungs- und Rohrnetz
- Zähler und Meßgeräte
- sonstige Anlagen zur Fortleitung und Verteilung
- andere Anlagen.

"Anlagen zur Erzeugung und Gewinnung" sind Grundstücke, Bauten, Maschinen und maschinelle Anlagen, die der Erzeugung und Gewinnung von Elektrizität, Fernwärme, Gas oder Wasser dienen.

Hierzu rechnen z.B.

- in der Elektrizitäts- und Fernwärmeversorgung Anlageinvestitionen für Kraftwerke und Heizwerke einschl. der Brennstoff-, Wasserversorgungs- und Kesselanlagen, Generatoren und Reaktoranlagen;
- in der Gasversorgung Anlageinvestitionen für Gaserzeugungs- und -gewinnungsanlagen einschl. Misch-, Spalt-, Konvertierungs- und Karburationsanlagen, Brennstoff- und Gasaufbereitungsanlagen, Entschwefelungsanlagen und Einrichtungen zur Aufbereitung der Nebenprodukte wie Teer, Ammoniak, Benzol usw..
- in der Wasserversorgung Anlageinvestitionen für Wassergewinnungs- und -aufbereitungsanlagen.

"Anlagen zur Speicherung" sind Grundstücke, Bauten, Maschinen und maschinelle Anlagen, die der Speicherung von Gas und Wasser dienen.

Hierzu rechnen z.B.

- in der Gasversorgung Anlageinvestitionen für Gasbehälter, Untertagespeicher und sonstige Gasspeicheranlagen,
- in der Wasserversorgung Anlageinvestitionen für Roh- und Reinwasserbehälter.

Unter "Leitungs- und Rohrnetz" werden Maschinen und maschinelle Anlagen in der Energie- und Wasserversorgung für Leitungen und Rohre einschl. der Abnehmeranschlüsse nachgewiesen.

Zu "Zähler und Meßgeräte" rechnen Maschinen und maschinelle Anlagen für Schalt-, Meß- und Kontrollgeräte für Betrieb und Überwachung sowie für Zähler und Meßgeräte bei den Verbrauchern.

Grundstücke, Bauten, Maschinen und maschinelle Anlagen für Anlagen zur Umspannung, Umformung, Verdichtung, Druckregelung u.ä. (z.B. Straßenbeleuchtung) werden unter "sonstige Anlagen zur Fortleitung und Verteilung" nachgewiesen.

Zu den "anderen Anlagen" zählen Grundstücke, Bauten, Maschinen und maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen für Anlagen, die zum Teil gleichzeitig verschiedenen Bereichen dienen, wie z.B. Verwaltungsgebäude, Ausbildungswerkstätten, Sozialeinrichtungen (Werksküche, Kantine, Sanitätsdienst u.a.), Fernmeldeeinrichtungen, Laboratorien, Fuhrpark, Werkstätten, Lager.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe unter 2.

# Anlagevermögen

## 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Das (reproduzierbare) Anlagevermögen umfaßt das Ausrüstungs- und das Bauvermögen der >>> Unternehmen, des >>> Staates und der >>> privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Es hat die gleiche Abgrenzung wie die >>> Anlageinvestitionen. Danach zählen dazu alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter der privaten Haushalte. Wohngebäude zählen auch dann zum Anlagevermögen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden, da die Wohnungsvermietung sowie die Nutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch private Haushalte dem Unternehmenssektor zugeordnet sind. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Ausgenommen sind geringwertige Güter, die normalerweise nicht aktiviert werden. Das sind vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden, auch wenn sie eine längere Nutzungsdauer als ein Jahr haben (z.B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Das Anlagevermögen in der hier verwendeten Abgrenzung umfaßt somit weder Grund und Boden noch immaterielle Anlagewerte oder Finanzanlagen, die z.B. in den Handelsbilanzen zum Anlagevermögen gerechnet werden. Auch >>> Vorratsbestände sind nicht einbezogen. Bei bebauten Grundstücken wird nur der Gebäudewert, nicht auch der Wert des Grundstücks berücksichtigt.

Angaben über das Anlagevermögen liegen sowohl nach dem Netto- als auch nach dem Bruttokonzept vor. Brutto- und Nettoanlagevermögen unterscheiden sich durch die kumulierten >>> Abschreibungen, die für den Zeitraum von der Inbetriebnahme bis zum Berichtszeitpunkt auf alle noch im Bestand befindlichen Anlagegüter entfallen. Während beim Bruttokonzept die Anlagegüter für die ganze Dauer ihrer Nutzung mit ihrem Neuwert nachgewiesen werden, sinkt der (Zeit-)Wert der Güter beim Nettokonzept laufend um die jeweiligen Abschreibungen, bis diese beim Ausscheiden schließlich vollständig bzw. bis auf den Schrottwert abgeschrieben sind.

Das Anlagevermögen wird mit Wiederbeschaffungspreisen, Anschaffungspreisen und konstanten Preisen von 1980 bewertet. Bei dem Nachweis des Anlagevermögens zu Wiederbeschaffungspreisen wird der Betrag zugrunde gelegt, der hätte gezahlt werden müssen, wenn die Anlagen im Berichtsjahr, genauer im Berichtszeitpunkt, neu beschafft worden wären. Bei Anwendung des Nettokonzepts wird vom Neuwert die Summe der aufgelaufenen Abschreibungen, ebenfalls bewertet mit den im Berichtszeitpunkt geltenden Wiederbeschaffungspreisen, abgezogen. Unter dem Anschaffungspreis wird dagegen der Wert verstanden, den die Anlagen im Zeitpunkt der Anschaffung hatten. Dieser Wert wird - beim Nettokonzept nach Abzug der zu Anschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen - solange beibehalten, bis die entsprechenden Anlagen endgültig aus dem Bestand ausscheiden (>>> Abgänge vom Anlagevermögen). Soll die reale bzw. mengenmäßige Entwicklung des Anlagevermögens über mehrere Jahre vergleichbar dargestellt werden, so sind Einflüsse aus der Veränderung von Preisen möglichst vollständig auszuschalten. Das geschieht, indem die Anlagegüter unabhängig davon, wann sie angeschafft wurden bzw. wie lange sie sich im Bestand befinden, einheitlich mit den Preisen von 1980 bewertet werden. Das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen wird auch als "Kapitalstock" bezeichnet.

### Begriffsbeziehungen:

Vom >>> (reproduzierbaren) Sachvermögen unterscheidet sich das Anlagevermögen dadurch, daß der Wert der >>> Vorratsbestände (in den Abgrenzungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) nicht einbezogen ist.

## 2. Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Datennachweis: ab 1953

### Begriffsinhalt:

Wirtschaftsgüter, die dauernd dem Geschäftsbetrieb eines gewerblichen >>> Betriebes in Form von Sachanlagen oder >>> Finanzanlagen dienen.

Zu den Sachanlagen gehören die >>> Betriebsgrundstücke, für die die Einheitswerte mit Wertverhältnissen vom 1.1.1974 gelten, wobei Grundstücke, die losgelöst von ihrer Zugehörigkeit zu dem gewerblichen Betrieb zum Grundvermögen gehören würden, mit 140 v.H. des ermittelten Einheitswertes angesetzt sind, die >>> Maschinen

und ähnlichen Anlagen (Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebsvorrichtungen) sowie die sonstigen Sachanlagen (Fuhrpark einschl. Schiffe sowie Werkzeuge, Gerätschaften und die übrigen Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung). Die Finanzanlagen umfassen die Mineralgewinnungsrechte sowie das übrige Anlagevermögen, u.a. den Firmenwert und sonstige immaterielle Wirtschaftsgüter (z.B. Patente, nichtgeschützte Erfindungen und Urheberrechte, soweit sie nicht nach dem Bewertungsgesetz außer Ansatz bleiben, ferner Brennrechte, Verlagsrechte, Wassernutzungsrechte, Wettbewerbsverbote, Optionsrechte), Beteiligungen und Wertpapiere. Dies gilt für die immateriellen Wirtschaftsgüter jedoch nur dann, wenn sie entgeltlich erworben wurden oder wenn die selbständige Bewertungsfähigkeit durch die allgemeine Verkehrsanschauung oder durch Aufwendungen anerkannt wird, die auf das Wirtschaftsgut gemacht worden sind. Dabei kommt es nicht darauf an, ob eine Aktivierung in der Steuerbilanz erfolgte. Ein Geschäfts- oder Firmenwert dagegen ist nur dann zu erfassen, wenn er entweder in der DM-Eröffnungsbilanz angesetzt oder nach dem 20.7.1948 für seinen Erwerb ein Entgelt gezahlt worden ist. Auch langfristige Darlehens- und Hypothekenforderungen gehören in der Regel zu den Finanzanlagen.

Für den Bestand und die Bewertung des Anlagevermögens sind grundsätzlich die Verhältnisse im Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht. Der auf den Abschlußzeitpunkt ermittelte Wert gilt in diesen Fällen als Wert vom Feststellungszeitpunkt. Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Betriebsgrundstücke und die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheinen an Kapitalgesellschaften sowie Beteiligungen an einer Personengesellschaft. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt, sofern diese mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz zusammenhängt, ggf. ein Ausgleich.

Bewertungsmaßstab für die einzelnen zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ist in der Regel der Teilwert. Dabei handelt es sich um den Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens bei dessen Fortführung im Rahmen des Gesamtkaufpreises für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde.

Abweichend von diesem Grundsatz sind u.a. anzusetzen:

1. Wirtschaftsgüter, für die ein Einheitswert festzustellen ist (Betriebsgrundstücke, Mineralgewinnungsrechte und Beteiligungen an Personengesellschaften) mit dem Einheitswert;
2. Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an Kapitalgesellschaften in der Regel entweder
  - a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht,
    - aa) mit dem gemeinen Wert, soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen,
    - bb) mit dem Nennwert, soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen, oder
  - b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen;
3. Kapitalforderungen grundsätzlich mit dem Nennwert;
4. Rechte auf wiederkehrende Nutzungen und Leistungen mit dem Kapitalwert.

Der gemeine Wert stellt den Einzelveräußerungspreis dar, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt. (Zu Einzelheiten der Bewertung siehe das Bewertungsgesetz sowie die Vermögensteuerrichtlinien in der jeweils geltenden Fassung).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1972 erfolgte der Ansatz der Betriebsgrundstücke mit den nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 festgestellten, fortgeschriebenen oder nachfestgestellten Einheitswerten.

Bis einschl. 1960 wurden alle Gewerbeberechtigungen mit dem Einheitswert angesetzt. Dies gilt ab 1963 nur noch für die Mineralgewinnungsrechte. Der Wertansatz für die übrigen Gewerbeberechtigungen erfolgt seitdem innerhalb der Finanzanlagen gemeinsam mit den anderen immateriellen Wirtschaftsgütern des >>> Anlagevermögens.

Für die Mineralgewinnungsrechte wurde vor dem 1.1.1972 die letzte Hauptfeststellung - gemeinsam mit der für die übrigen o.g. Gewerbeberechtigungen - auf den 1.1.1935 durchgeführt. Bis dahin sind nur noch unter bestimmten Voraussetzungen Wertfortschreibungen oder Nachfeststellungen erfolgt; für diese waren jedoch anders als bei den Betriebsgrundstücken sowohl der Bestand als auch die Wertverhältnisse vom jeweiligen Bewertungsstichtag maßgebend. Ab 1972 werden die Einheitswerte der Mineralgewinnungsrechte für den Zeitraum zwischen den jeweili-

gen Hauptfeststellungszeitpunkten alle 6 Jahre neu festgestellt. Ferner galten vor 1963 insbesondere für die Festsetzung der Steuerkurse ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuerkurswerten" und gehörten u.a. Dienstleistungen - auch wenn sie nicht in Lizenz vergeben worden waren - noch zum Betriebsvermögen.

Ab 1980 ist die Restwertermittlung für bewegliches Anlagevermögen vom Zeitraum her kürzer bemessen und zugleich dynamisiert worden.

Bezüglich näherer Einzelheiten und weiterer Änderungen wird auf die im Zeitablauf ergangenen steuerrechtlichen Vorschriften und Richtlinien verwiesen. Dies gilt auch hinsichtlich der in bestimmten Fällen zulässigen Abzugsmöglichkeiten nach § 7 Abs. 2 des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes 1968 (BGBl. I S. 217), die für nach dem 31.12.1973 vorgenommene Kapitalanlagen inzwischen entfallen sind. Die entsprechenden Vergünstigungen nach dem Entwicklungsländer-Steuergesetz (BGBl. 1979, S.564) laufen ebenfalls aus.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum Anlagevermögen umfaßt das >>> Umlaufvermögen (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) die Wirtschaftsgüter, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen. Dazu rechnen das Betriebskapital (z.B. Barbestände, Bank- und Postscheckguthaben, Forderungen, Wechselbestände, ggf. auch Wertpapiere, Geschäftsanteile und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten) sowie das zur alsbaldigen Veräußerung oder Weiterverarbeitung vorhandene Vorratsvermögen (Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, unfertige und fertige Erzeugnisse sowie Waren).

Die Gliederung der Vermögensaufstellung entspricht nicht der Jahresbilanz gem. § 151 AktG 1965. Beide unterscheiden sich - abgesehen von den ohnehin steuerrechtlich bedingten Unterschieden - z.B. innerhalb des Anlagevermögens u.a. hinsichtlich der Zuordnung der immateriellen Anlagewerte zu den Sachanlagen oder Finanzanlagen.

## **Anpassungshilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige**

#### **Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Finanzhilfen und >>> Steuervergünstigungen des Bundes zur Veränderung bestehender Strukturen von Betrieben oder Wirtschaftszweigen.

Eine Finanzhilfe oder Steuervergünstigung wird dann als Anpassungshilfe bezeichnet, wenn die Inanspruchnahme der Hilfe strukturverändernde Wirkungen in Richtung eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftsvollzugs auslöst.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Gliederung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zugunsten von Betrieben oder Wirtschaftszweigen in Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen ist keineswegs immer eindeutig. Vor allem Erhaltungs- und Anpassungshilfen lassen sich oft nur schwer voneinander unterscheiden. Als maßgebliches Kriterium wird angesehen, ob die Inanspruchnahme von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen strukturverändernde Wirkungen in Richtung eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftsvollzugs auslöst oder nicht. Soweit finanzielle Hilfen mit strukturverändernder Zielsetzung in besonderem Maße für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von Bedeutung sind, sind sie als Produktivitätshilfen ausgewiesen.

## **Anstalten**

#### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Öffentliche oder private Einrichtungen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dienen und in der Insassen und/oder Personal ständig gemeinschaftlich wohnen.



In Anstalten wird i.d.R. eine Gemeinschaftsverpflegung angeboten bzw. eine gemeinschaftliche Kochgelegenheit oder Teeküche zur Benutzung überlassen.

Zu den Anstalten zählen z.B. Altenheime, Heil- und Pflegeanstalten, Krankenhäuser, Sanatorien, Erholungs- und Ferienheime, Kinderheime, Kindergärten, Kinderdörfer, Kindertagesstätten, Schüler-, Lehrlings-, Studentenwohnheime, Erziehungsheime, Strafanstalten, Durchgangs- und Wohnlager für Flüchtlinge, Vertriebene, Zuwanderer und Aussiedler, Wohnheime für Obdachlose und Wohnungslose, Wohnheime und Wohnbaracken für deutsche und ausländische Arbeiter, Kasernen, Klöster u.dgl.

Hotels, Pensionen und Gasthöfe werden nur dann als Anstalten erfasst, wenn mindestens 11 Personen des Personals (einschließlich der >>> Tätigen Inhaber und Mithelfenden Familienangehörigen) im Betriebsgebäude wohnen. In allen anderen Fällen werden die Betriebe als >>> Privathaushalte gezählt.

## **Anstaltsbevölkerung**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich einer >>> Anstalt wohnen und dort keinen eigenen >>> Privathaushalt führen.

Bei der Erfassung der Anstaltsbevölkerung sind Mehrfachzählungen möglich. Auf das Bundesgebiet bezogen gibt die Anstaltsbevölkerung die Zahl der belegten Wohnplätze in Anstalten an.

Anstalten sind öffentliche oder private Einrichtungen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dienen und in denen Insassen und/oder Personal ständig gemeinschaftlich wohnen.

Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Anstaltsbevölkerung ist, daß die erfaßten Personen in der Anstalt behördlich oder polizeilich gemeldet sind und ganz oder teilweise an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen oder irgendwelche gemeinschaftlichen Einrichtungen benutzen.

Nicht erfaßt werden Personen, die nur in der Anstalt arbeiten, ohne dort zu wohnen oder die dort nur vorübergehend untergebracht sind (z.B. Patienten in Krankenhäusern).

Ebenfalls nicht zur Anstaltsbevölkerung rechnen Personen, die innerhalb des Anstaltsbereichs einen eigenen Haushalt führen (z.B. Haushalt des Pfortners, Anstaltsleiters u.dgl.), also im allgemeinen so wirtschaften wie ein Privathaushalt außerhalb einer Anstalt. Wesentliches Merkmal hierfür ist das Vorhandensein einer eigenen Küche, Kochnische oder sonstigen Kochgelegenheit, die zur regelmäßigen Zubereitung von Mahlzeiten benutzt wird.

Bei der Zuordnung von Personen zur Anstaltsbevölkerung wird von der >>> wohnberechtigten Bevölkerung ausgegangen. Zur wohnberechtigten Bevölkerung zählen alle Personen, die in der jeweiligen Erfassungsgemeinde eine Wohnung oder Unterkunft besitzen, unabhängig davon, ob sie in einer anderen Gemeinde noch einen weiteren Wohnsitz haben und gleichgültig, von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten.

Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich eines Heimes wohnen, das den besonderen Bedürfnissen älterer Leute entspricht und die dort keinen eigenen Privathaushalt führen zählen zur "Anstaltsbevölkerung in Altenwohn-, Altenpflege- und Altenheimen".

Zu den Bewohnern von Altenwohnheimen rechnen Personen, die zwar vorwiegend die Gemeinschaftseinrichtungen (Gemeinschaftsküche, Betreuung usw.) in Anspruch nehmen, daneben aber auch die Möglichkeit haben, sich durch Zubereitung von Mahlzeiten selbst zu versorgen und Lebensmittel zu bevorraten. Altenwohnheime bestehen überwiegend aus in sich abgeschlossenen Ein- und Zweipersonenwohnungen.

In Altenheimen wohnen nicht mehr erwerbstätige alte Menschen, die keinen eigenen Privathaushalt führen, aber nicht pflegebedürftig sind und im Heim voll versorgt und betreut werden. In Altenpflegeheimen sind dauernd bettlägerige oder pflegebedürftige alte Leute untergebracht.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Während bei der Zuordnung von Personen zur Anstaltsbevölkerung von der wohnberechtigten Bevölkerung oder der Bevölkerung in Privathaushalten und Anstalten ausgegangen wird, sind die >>> Personen in Anstalten (Volks- und Berufszählung 1970) Teil der Wohnbevölkerung. Z.B. rechnet eine Person, die sowohl einen Privathaushalt führt als auch eine Unterkunft in einer Anstalt hat, sowohl zur Anstaltsbevölkerung der Anstaltsgemeinde als auch

zur wohn- berechtigten Bevölkerung derjenigen Gemeinde, in der ihr Privathaushalt liegt. Da bei der Wohnbevölkerung dagegen Mehrfacherfassungen ausgeschlossen werden, wird jemand nur dann zu den Personen in Anstalten gerechnet, wenn die Anstaltsgemeinde - und nicht die Gemeinde, in der der Privathaushalt liegt - den Mittelpunkt der Lebensverhältnisse darstellt.

## **Anstaltsgebäude**

### **1. Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **2. Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **3. Statistik des Bauabganges**

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Nichtwohngebäude, in denen ausschließlich oder überwiegend Personen untergebracht sind und die mit Einrichtungen für eine zentrale Haushaltsführung ausgestattet sind.

Zu den Anstaltsgebäuden zählen z.B. Krankenhäuser und Kliniken, Wohn-, Erholungs- und Ferienheime, Lager und Justizvollzugsanstalten.

Zum Anstaltskomplex gehörende freistehende Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude werden entsprechend ihrer Verwendung eingeordnet: die Verwaltungsgebäude z.B. bei den >>> Büro- und Verwaltungsgebäuden, die Werkstattgebäude bei den >>> gewerblichen Betriebsgebäuden, das Haus des Hausmeisters bei den >>> Wohngebäuden.

Gebäude, die überwiegend über abgeschlossene >>> Wohnungen verfügen, z.B. Schwesternwohnheime oder entsprechende Altenwohnheime, zählen nicht zu den Anstalts-, sondern zu den Wohngebäuden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1964 zählten Gebäude des Beherbergungsgewerbes (z.B. Hotels und Pensionen) zu den Anstaltsgebäuden, seit 1965 zählen sie hingegen zu den gewerblichen Betriebsgebäuden.

## **Anteil der Erwerbstätigen am Arbeitsort an den Erwerbstätigen am Wohnort**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Verhältnis aus der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort und der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort.

Zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort rechnen >>> Erwerbstätige, die in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben. Erwerbstätige am Wohnort sind Erwerbstätige, die in der Erfassungsgemeinde zur Bevölkerung zählen.

Die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort wird ermittelt, indem von den Erwerbstätigen am Wohnort die Berufsauspendler abgezogen und die Berufseinpender aus anderen Gemeinden des Inlands hinzugezählt werden. Bei den Berufseinpendlern werden jene Personen nicht erfaßt, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben (sog. Grenzgänger). Zu den Berufsauspendlern gehören jedoch auch die Erwerbstätigen, die im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben.

Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort bzw. Wohnort ist es also unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Bevölkerung zählen bzw. auch zur Arbeit gehen.

Zu beachten ist jedoch, daß für Erwerbstätige mit häufig wechselndem Arbeitsort (z.B. Monteure, Fernfahrer, Vertreter u.dgl.) sowie Landwirte als Arbeitsort ihr Wohnort gilt.

## **Anteil des Auftragseingangs am Umsatz**

### **1. Index des Auftragseingangs in der Industrie**

Datennachweis: 1962 bis 1976

### **2. Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes für das Verarbeitende Gewerbe**

Datennachweis: ab 1977

#### **Begriffsinhalt:**

Quotient aus Auftragseingang und Umsatz des Berichtszeitraums, bezogen auf die entsprechende Größe des Basiszeitraums.

Als Auftragseingang gilt die Summe der Werte aller im Berichtszeitraum eingegangenen und vom Betrieb akzeptierten Aufträge von anderen Firmen und sonstigen Kunden laut Auftragsbestätigung. Zu Einzelheiten siehe >>> Index des Auftragseingangs.

Der Umsatz ist gleich der Summe der abgerechneten Erlöse für Lieferungen von betriebseigenen Erzeugnissen und Leistungen ohne Umsatzsteuer. Zu Einzelheiten siehe >>> Index des Umsatzes.

Die Angaben über den Anteil des Auftragseingangs am Umsatz beziehen sich auf ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

## **Apotheken**

### **Statistik der Berufe des Gesundheitswesens**

Datennachweis: ab 1953

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Apotheken zählen alle öffentlichen Voll- und Zweigapotheken, nicht aber Krankenhausapotheken und Notapotheken.

Die öffentlichen Apotheken dienen der ordnungsgemäßen Arzneimittelversorgung aller Teile der Bevölkerung. Der Betrieb einer Apotheke bedarf der Erlaubnis durch die zuständige Verwaltungsbehörde. Bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen wird die Erlaubnis einem Apotheker für die in der Erlaubnisurkunde bezeichneten Räumlichkeiten erteilt.

Zweigapotheken sind Apotheken, deren Betrieb bei einem Notstand in der Arzneimittelversorgung erlaubt wird. Die Erlaubnis wird auf befristete Zeit dem Inhaber einer nahe gelegenen Apotheke zusätzlich zur Erlaubnis zum Betrieb seiner eigenen Apotheke erteilt, wenn er die dafür vorgeschriebenen Räume nachweist. Zweigapotheken müssen von einem Apotheker verwaltet werden.

Die Erlaubnis zum Betrieb einer Krankenhausapotheke wird dem Träger einer oder mehrerer Krankenanstalten erteilt, wenn ein Apotheker angestellt wird, der die notwendigen Voraussetzungen erfüllt, und die erforderlichen Räume vorhanden sind. Die Erlaubnis berechtigt zur Abgabe von Arzneimitteln für die Insassen der Krankenanstalten des Trägers, dem die Erlaubnis erteilt ist, und an die in den Anstalten beschäftigten Personen.

Wenn ein Notstand in der Arzneimittelversorgung der Bevölkerung vorliegt und innerhalb einer bestimmten Frist kein Antrag auf Betrieb einer Voll- oder Zweigapotheke gestellt wurde, kann die zuständige Behörde einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband die Erlaubnis zum Betrieb einer Notapotheke erteilen; vorausgesetzt ist, daß ein angestellter Apotheker die Leitung übernimmt und die erforderlichen Räume und Einrichtungen vorhanden sind. Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Apothekenwesen.

# **Apotheker in Voll- und Zweigapotheken**

## **Statistik der Berufe des Gesundheitswesens**

Datennachweis: ab 1953

### **Begriffsinhalt:**

In öffentlichen >>> Apotheken (Voll- und Zweigapotheken) tätige Apotheker, die entweder im Besitz einer Approbation bzw. Bestallung sind - sofern die Approbation bzw. Bestallung nicht ruht - oder die im Besitz einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des Apothekerberufs sind. Zu Einzelheiten siehe Bundes-Apothekerordnung. Nicht einbezogen werden die in Krankenhausapotheken und in Notapotheken beschäftigten Apotheker.

## **Arbeiter**

Alle folgenden Statistiken

### **Begriffsinhalt:**

Alle Lohnempfänger unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode.

#### **1.1 Volks- und Berufszählung 1987**

#### **1.2 Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

#### **1.3 Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Arbeitern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Zu den Arbeitern zählen neben den Facharbeitern auch die sonstigen Arbeiter, wie z.B. angelernte und ungelernte Arbeiter. Hilfsarbeiter, Heimarbeiter und Hausgehilfinnen werden ebenfalls zu den Arbeitern gerechnet.

Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode und der Qualifikation. Maßgebend ist die Vereinbarung im Arbeitsvertrag, die nicht in allen Fällen mit der Zugehörigkeit zur Arbeiterrentenversicherung übereinstimmt.

Hierzu zählen neben Facharbeitern auch die sonstigen Arbeiter, wie z.B. angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Hausgehilfinnen (sofern sie nicht in der Angestelltenversicherung pflichtversichert sind) und Heimarbeiter.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus wurden die >>> gewerblichen Auszubildenden bis einschl. 1971 ebenfalls bei den Arbeitern nachgewiesen.

### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

## **2. Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

### **Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung von >>> sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Gesellen, angelernte und ungelernte Arbeiter bzw. Hilfsarbeiter sowie der Sozialversicherungspflicht unterliegende Heimarbeiter. Personen, die als >>> Auszubildende oder zu ihrer Ausbildung im Arbeitsverhältnis beschäftigt sind, werden ebenfalls den Arbeitern zugeordnet. Zu diesem Personenkreis zählen neben den Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz v. 14.8.1969 auch Anlernlinge und Teilnehmer an den von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und betrieblichen Einarbeitung.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**3. Arbeitsstättenzählung 1970**

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung von Beschäftigten zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, angelernte und ungelernte Arbeiter bzw. Hilfsarbeiter. Mithelfende Familienangehörige rechnen ebenfalls zu den Arbeitern, soweit sie in einem Lohnverhältnis stehen.

Nicht zu den Arbeitern zählen die Heimarbeiter und die gewerblichen Auszubildenden einschl. der Praktikanten und Volontäre.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**4.1 Monatlicher Industriebericht**

Datennachweis: 1950 bis 1976

**4.2 Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung von Beschäftigten zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend.

Im Monatsbericht zählen allerdings zu den Arbeitern auch alle auf der Lohnliste geführten Lohnempfänger, die aufgrund besonderer Umstände von der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung befreit sind.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Saisonarbeiter sowie die gewerblichen Auszubildenden. Mithelfende Familienangehörige, die in der Arbeiterrentenversicherung pflichtversichert sind, rechnen ebenfalls zu den Arbeitern.

Nicht zu den Arbeitern zählen Heimarbeiter.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**5. Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Daher zählen zu den Arbeitern auch die angestelltenversicherungsspflichtigen Poliere und Meister. Ferner sind die gewerblich Auszubildenden einbezogen.

Nachgewiesen werden nur die Arbeiter mit überwiegend ausbaugewerblicher Tätigkeit.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**6.1 Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1977

**6.2 Jahreseerhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

**6.3 Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**6.4 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend.

In den Statistiken der Energie- und Wasserversorgung zählen zu den Arbeitern auch die >>> gewerblichen Auszubildenden. In den Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitäts- und den Gasversorgungsunternehmen werden die gewerblich Auszubildenden gesondert nachgewiesen.

In den Statistiken der Energie- und Wasserversorgung werden auch Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden einbezogen, ebenso Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Saison- und Aushilfsarbeiter, Teilzeitbeschäftigte, Kurzarbeiter, das Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (z.B. Fremdlöhner).

Nicht einbezogen werden die im Ausland Beschäftigten, zum Grundwehrdienst einberufene Personen, Zivildienstleistende, Strafgefangene sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Unternehmen im meldenden Unternehmen Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen.

In den Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitäts- und den Gasversorgungsunternehmen sind ebenfalls vorübergehend Abwesende, Erkrankte, Urlauber und Teilzeitbeschäftigte einbezogen, nicht aber die zum Grundwehrdienst Einberufenen.

Generell nicht einbezogen werden Arbeiter, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. Pumpenwärter), ebenso Arbeiter von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Arbeiter, die in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig sind, werden auf diese anteilmäßig aufgegliedert.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**7. Wohngeldstatistik**

Datennachweis: 1965 - 1990

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag und nicht die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Ferner ist vorausgesetzt, daß diese Personen aus ihrer Tätigkeit als Arbeiter ihr hauptsächliches Einkommen beziehen.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Heimarbeiter sowie gewerblich Auszubildende.

Nachgewiesen werden >>> Wohngeldempfänger, die zu den Arbeitern rechnen. Wohngeldempfänger sind Personen, die für sich - und ggf. ihre bei der Gewährung von Wohngeld zu berücksichtigenden >>> Familienmitglieder - Wohngeld beziehen. Insoweit können unter den Arbeitern auch Haushalte verstanden werden, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Arbeiter sind.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**8. Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes**

Datennachweis: ab 1952

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung zu den Arbeitern ist primär die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung und nicht die Art der ausgeübten Tätigkeit maßgebend.

Zu den Arbeitern zählen im einzelnen Facharbeiter, Gesellen, angelernte und ungelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Heimarbeiter sowie die gewerblichen Auszubildenden.

Nachgewiesen wird der >>> Fahrzeugbestand nach Fahrzeughaltern, darunter der Fahrzeugbestand der Arbeiter. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Von 1952 bis 1967 wird der Bestand an >>> Lastkraftwagen der Arbeiter im Lastkraftwagenbestand der >>> Beamten nachgewiesen. Im Jahre 1954 ist der Bestand an >>> Krafträdern der Arbeiter im Krafträderbestand der >>> Angestellten enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**9. Studentenstatistik**

Datennachweis: ab Wintersemester 1976/77

**Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden deutsche >>> Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Arbeiter(in)" eingetragen haben. Die berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) wird auch berücksichtigt, wenn diese(r) bereits verstorben ist.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 10.

**10. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

In einem privatrechtlichen Arbeitsvertragsverhältnis Beschäftigte, die regelmäßig in der Rentenversicherung für Arbeiter versicherungspflichtig sind.

Zu den Arbeitern zählen auch Auszubildende, die in der Rentenversicherung für Arbeiter versicherungspflichtig sind.

**Begriffsbeziehungen:**

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes werden keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Arbeitern nachgewiesen; in der Wohngeldstatistik werden Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Arbeiter sind; in der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 werden Wohnparteien nachgewiesen, deren Haushaltsvorstände Arbeiter sind; in der Studentensta-

tistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die bei der Immatrikulation als berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Arbeiter(in)" eingetragen haben.

In der Wohngeldstatistik spielt für die Zuordnung zu den Arbeitern auch der überwiegende Lebensunterhalt eine Rolle.

Während in der Volks- und Berufszählung 1987, im Mikrozensus, in der Wohngeldstatistik und in den Statistiken des Baugewerbes für die Zuordnung zu den Arbeitern die ausgeübte Tätigkeit bzw. die Vereinbarung im Arbeitsvertrag maßgebend ist, ist für die Zuordnung zu den Arbeitern in den anderen o.g. Statistiken die Beitragspflicht in der Arbeiterrentenversicherung entscheidend.

Heimarbeiter rechnen in der Volks- und Berufszählung 1987, im Mikrozensus, in der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes, in der Wohngeldstatistik und - soweit sie der Sozialversicherungspflicht unterliegen - in der Beschäftigtenstatistik zu den Arbeitern, aber z.B. nicht in der Arbeitsstättenzählung 1987, im Monatlichen Industriebericht und im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. Die gewerblichen Auszubildenden einschl. der Praktikanten und Volontäre zählen im Mikrozensus, in den Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitäts- und den Gasversorgungsunternehmen und in der Arbeitsstättenzählung 1987 nicht zu den Arbeitern.

Unterschiede in den Angaben über Arbeiter in der Volks- und Berufszählung 1987 und im Mikrozensus einerseits und in der Arbeitsstättenzählung 1987 und den Bereichsstatistiken andererseits ergeben sich u.a. auch daraus, daß Arbeiter in mehreren Arbeitsstätten, Betrieben oder Unternehmen beschäftigt sein können und deshalb in der Arbeitsstättenzählung und den Bereichsstatistiken mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können.

In der Volks- und Berufszählung 1987 und im Mikrozensus wird - soweit von der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung ausgegangen wird - jeder Arbeiter nur einmal nachgewiesen, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist. Außerdem können die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig machen als die befragten Unternehmen, Betriebe oder Arbeitsstätten.

## **Arbeitgeberbeiträge**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber an die >>> Sozialversicherung, an Lebensversicherungsunternehmen, Versorgungswerke, Pensionskassen und an die übrige Welt sowie >>> unterstellte Sozialbeiträge.

Die tatsächlichen Sozialbeiträge umfassen die gesetzlich vorgeschriebenen sowie die freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zu folgenden Einrichtungen:

- Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten,
- knappschaftliche Rentenversicherung,
- Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst,
- gesetzliche Krankenversicherung,
- gesetzliche Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung,
- Familienausgleichskassen (bis 1964; allerdings nur, soweit sie für Kinder von Arbeitnehmern bestimmt waren), ferner Beiträge für Einzel- und Gruppenversicherungen bei Lebensversicherungsunternehmen und selbständigen Pensionskassen zugunsten der Arbeitnehmer. Zu den Beiträgen an Versicherungsunternehmen werden auch die Beiträge für die Zusatzversorgung der inländischen Arbeitnehmer bei alliierten Streitkräften gerechnet.



Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören

- unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung,
- unterstellte Sozialbeiträge für Aufwendungen der Arbeitgeber aufgrund betrieblicher Ruhesgeldverpflichtungen,
- unterstellte Sozialbeiträge für Aufwendungen der Arbeitgeber im Fall von Krankheit, Unfall und besonderen Notlagen (z.B. Sterbefälle).

**Begriffsbeziehungen:**

Durch Abzug der Arbeitgeberbeiträge von den >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erhält man die >>> Bruttolohn- und -gehaltssumme.

## Arbeitgeberleistungen

### Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

**Begriffsinhalt:**

Zusammenfassung von Leistungen der >>> Entgeltfortzahlung, der >>> betrieblichen Altersversorgung; der >>> Zusatzversorgung und sonstigen Arbeitgeberleistungen.

Bei den sonstigen Arbeitgeberleistungen handelt es sich vor allem um

- Aufwendungen für Werks- und Dienstwohnungen sowie Miet- und Baukostenzuschüsse für Wohnungen von Arbeitnehmern,
- Beihilfen in Krankheitsfällen und Familienzulagen, die von privaten Arbeitgebern zugewendet werden,
- Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen, die der Unfallverhütung, der Ersten Hilfe, der gesundheitlichen Betreuung einschl. der Erholungsfürsorge dienen oder die für Familienangehörige bestimmt sind (z.B. Werkskindergärten).
- Vorruhestandsgeld für vorzeitig in den Ruhestand tretende Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und in den letzten fünf Jahren mindestens 1 080 Tage in einem beitragspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden haben.

Zum größten Teil sind die sonstigen Arbeitgeberleistungen tariflich oder freiwillig. Es werden aber auch gesetzliche Leistungen, z.B. nach dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit, mit erfaßt.

Einzelheiten zur Entgeltfortzahlung, zur betrieblichen Altersversorgung und zur Zusatzversorgung siehe jeweils dort.

## Arbeitnehmer

### 1. Statistik der Streiks und Aussperrungen

Datennachweis: ab 1950

**Begriffsinhalt:**

An Streiks beteiligte und/oder von Aussperrungen betroffene >>> Arbeiter, >>> Angestellte und >>> Auszubildende.

In die Statistik der Streiks und Aussperrungen werden nur diejenigen Arbeitskämpfe einbezogen, an denen mindestens 10 Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die - unter Berücksichtigung aller an der Arbeitseinstellung beteiligten bzw. von ihr betroffenen Arbeitnehmer - ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist.

## 2. Arbeitsstättenzählung 1970

### Begriffsinhalt:

Die Arbeitnehmer umfassen die >>> Beamten, >>> Angestellten, >>> Arbeiter und die >>> Nachwuchskräfte. Beamte sind Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernennungs-)urkunde berufen worden sind.

Zu den Angestellten rechnen Personen, die der Beitragspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder aufgrund gesetzlicher Vorschriften von dieser befreit sind.

Zu den Arbeitern zählen alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nachwuchskräfte sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz in einem anerkannten Ausbildungsberuf ausgebildet werden.

## 3. Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985

### Begriffsinhalt:

Personen, die in einem vertraglichen Gehalts-, Lohn- oder Ausbildungsverhältnis zu einem >>> Unternehmen stehen und deren Bezüge steuerrechtlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gelten.

Zu den Arbeitnehmern zählen z.B. auch die im Unternehmen angestellten Ehefrauen der Unternehmer.

# Arbeitnehmerbeiträge

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

>>> Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer an die >>> Sozialversicherung, an Pensionskassen, Versorgungswerke und an die übrige Welt.

Sie umfassen Beiträge der Arbeitnehmer zu den folgenden Sozialversicherungsträgern:

- Rentenversicherung der Arbeiter,
- Rentenversicherung der Angestellten,
- Knappschaftliche Rentenversicherung,
- Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst,
- Gesetzliche Krankenversicherung,
- Arbeitslosenversicherung,

ferner an Pensionskassen und an Versorgungswerke (soweit Arbeitnehmer von der Versicherungspflicht zu Versorgungswerken in berufsständischen Selbstverwaltungen betroffen sind) sowie an die übrige Welt (von Auspendlern, jedoch ohne beschäftigte Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften).

### Begriffsbeziehungen:

Die Arbeitnehmerbeiträge sind Bestandteil der >>> Abzüge (Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn- und -gehaltssumme).

# Arbeitsförderung

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Auftragsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit für Bund und Länder sowie besondere arbeitsmarktpolitische Hilfen des Bundes zur Beschäftigungssicherung.

Zu den Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz zählen im wesentlichen Maßnahmen der Förderung der beruflichen Bildung und der Förderung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitationsmaßnahmen, Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitslosengeld und Konkursausfallgeld sowie Maßnahmen der Berufsberatung und der Arbeitslosenvermittlung.

Die Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung haben das Ziel, insbesondere Arbeitslose, jugendliche und ältere Arbeitnehmer, Frauen und Ungelernte zu qualifizieren. Es handelt sich hier im wesentlichen um die Förderung der beruflichen Fortbildung und der Umschulung.

Die Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen umfassen neben der produktiven Winterbauförderung auch das Kurzarbeitergeld, das Schlechtwettergeld, allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, die vorrangig langfristig oder schwer vermittelbaren Arbeitslosen sowie Teilzeitarbeit suchenden Frauen zugute kommen und die Zuschüsse zum Vorruhestandsgeld.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat neben den Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz auch Auftragsleistungen für Bund und Länder zu erbringen. Hierzu zählt insbesondere die Arbeitslosenhilfe, ferner Maßnahmen zur Eingliederung von Aussiedlern, zur Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und zur sozialen Sicherung von Entwicklungshelfern sowie zur Förderung der Arbeitsaufnahme in Berlin, weiterhin Bergbauhilfen sowie Hilfen für die Eisen- und Stahlindustrie.

Zu den Arbeitsförderungsmaßnahmen gehören außerdem auch besondere arbeitsmarktpolitische Hilfen des Bundes zur Beschäftigungssicherung, wie z.B. Maßnahmen zur Förderung überregionaler Rehabilitationszentren für Behinderte und der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer sowie zeitlich befristete Sonderprogramme des Bundes und der Länder.

Anspruch auf Leistungen haben vor allem Arbeitnehmer aufgrund ihrer Beitragspflicht, wobei die Beiträge je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgebracht werden. Arbeitgebern werden Zuschüsse und Darlehen gewährt, die der Einarbeitung und Eingliederung von Arbeitnehmern dienen. Außerdem erhalten Unternehmen des Baugewerbes Leistungen im Rahmen der produktiven Winterbauförderung. Die Arbeitsvermittlung einschl. Arbeitsberatung und Berufsberatung kann von der gesamten Bevölkerung in Anspruch genommen werden.

### Änderungen im Zeitablauf:

Das Arbeitsförderungsgesetz trat am 1. Juli 1969 in Kraft. Bis einschl. Juni 1969 wurden die entsprechenden Leistungen aufgrund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewährt.

Vorruhestandsgeld wird erst seit dem 1. Mai 1984 gewährt (vgl. auch unter >>> Mobilität).

# Arbeitslosigkeit

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Leistungen bei vorübergehender unfreiwilliger Nichtteilnahme am Erwerbsleben.

Zu den Leistungen bei vorübergehender unfreiwilliger Nichtteilnahme am Erwerbsleben (Arbeitslosigkeit) zählen das Arbeitslosengeld, das Kurzarbeitergeld, die Arbeitslosenhilfe und das Konkursausfallgeld. Miteinbezogen sind auch Altersruhegelder, die wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit gezahlt werden.

Zu den Leistungen bei Arbeitslosigkeit zählen auch die Knappschaftsausgleichszahlungen, die ein in der knappschaftlichen Rentenversicherung Versicherter auf Antrag erhält, wenn er das 55. Lebensjahr vollendet hat und seine Tätigkeit im Bergbau aufgibt.

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind dagegen den Leistungen für Kinder und für Ehegatten zugeordnet.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen bei Arbeitslosigkeit gemeinsam mit den Leistungen für die >>> berufliche Bildung und den Leistungen zur Förderung der >>> Mobilität zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Beschäftigung".

## Arbeitsstätten

### 1. Arbeitsstättenzählung 1961, 1970

#### Begriffsinhalt:

Örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag der Erhebung mindestens eine Person (einschl. des Leiters oder Inhabers) oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.

Als Arbeitsstätte gilt demnach jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jede Filiale, jede Werkstatt, jede Praxis (auch wenn in der Wohnung gelegen), jede Geschäftsstelle, jedes Büro (auch von Verbänden und Vereinen), jede Dienststelle einer Behörde, jede Anstalt oder Einrichtung, sofern sie von anderen Teilen der gleichen Wirtschaftseinheit örtlich getrennt liegt und mindestens eine Person in ihr regelmäßig erwerbstätig ist.

Erfasst werden die örtlichen Einheiten in allen Wirtschaftszweigen, unter anderem im Produzierenden Gewerbe, im Handel, im Verkehr, bei den Banken und Versicherungen, im Gastgewerbe, bei Reinigung und Körperpflege (z.B. Friseure), in der Wissenschaft, Bildung (z.B. Schulen, Theater, selbständige Künstler, Schriftsteller), im Gesundheitswesen (z.B. Ärzte, Hebammen, Krankenhäuser), in der Rechtsberatung (Rechtsanwälte, Steuerberater), bei den Kirchen, Verbänden, sonstigen Organisationen, Behörden und Sozialversicherungen.

Nicht zu den Arbeitsstätten rechnen private Haushalte.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe wurden nur einbezogen, wenn sie in steuerlicher Hinsicht (Gewerbe-, Umsatz-, Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe und nicht als landwirtschaftliche Betriebe galten.

Als Arbeitsstätten gelten auch:

- örtlich getrennte Betriebsteile (z.B. Lagerplätze), auch wenn sie in der Nähe des Hauptbetriebes liegen. Wird ein Betriebsgrundstück aber nur von einer Straße oder Bahn durchquert, so gilt es als eine örtliche Einheit;
- jede Niederlassung (Mietpartei) von verschiedenen Firmen oder Dienststellen in einem Geschäfts- oder Bürohaus auf ein- und demselben Grundstück;
- jede einer Betriebs-, Büro-, Ladengemeinschaft oder einem Einkaufszentrum zugehörige Firma;
- Pachtbetriebe innerhalb anderer Arbeitsstätten (Kantinen, Garderoben);
- Verkaufsstände, sowohl mit festem als auch mit wechselndem Standort, aber nicht solche von Bauern oder Gärtnern für den Absatz eigener Erzeugnisse auf Wochenmärkten;
- vorübergehend stillgelegte, ruhende oder Saisonbetriebe (z.B. Zuckerfabriken, Badeanstalten), sofern am Stichtag mindestens eine Person in ihnen erwerbstätig war;
- selbständig Tätige, auch wenn bei ihnen eine Arbeitsstätte als ständige räumliche Einrichtung nicht vorlag (ambulante Gewerbetreibende, Hausierer, Schausteller);
- Arbeitsstätten von Heimarbeitern;
- Werkstätten in Anstalten, sofern diese dauernd oder überwiegend für den Markt arbeiten (z.B. Korbflechterei einer Blindenanstalt);
- bei Bundesbahn, Bundespost und Behörden aller Art sowohl örtlich getrennt liegende Teile von Dienststellen wie auch Dienststellen verschiedener Ämter und mitverwaltete unselbständige Stellen auf einem Grundstück bzw. in einem Gebäude; Dienststellen oder Teile von Dienststellen der Bundesbahn wurden in Gemeinden unter 100 000 Einwohner zu einer Arbeitsstätte zusammengefasst;

- Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes, jedoch nur hinsichtlich des zivilen Personals. Alle innerhalb derselben politischen Gemeinde gelegenen Dienststellen wurden zu je einer Arbeitsstätte zusammengefaßt;
- private Arbeitsstätten im Kasernenbereich (Friseur, verpachtete Kasinos);
- Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen und von Unternehmen aus der ehem. DDR und Berlin (Ost) im Bundesgebiet;
- land- und forstwirtschaftliche Betriebe, sofern sie steuerlich als Gewerbebetriebe gelten. Dazu gehören Betriebe der gewerblichen Gärtnerei (ohne bzw. mit geringer Bodennutzung, z.B. Einrichtung und Pflege gärtnerischer Anlagen, Friedhofs- und Landschaftsgärtnerei), Betriebe der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Tierhaltung (ohne bzw. mit nur geringer Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung, z.B. Schweinemästereien, Geflügelfarmen, Pelztierfarmen, Hundezüchtereien) sowie Dienstleistungsbetriebe für die Land- und Forstwirtschaft (z.B. Betriebe der Lohndrescherei, der Getreidetrocknung, Saatgutbeizung, Schädlingsbekämpfung, Schafschurbetriebe);
- Betriebe der Hochsee- und Küstenfischerei;
- gewerbliche Betriebe in der Hand von Personen, die auch Inhaber eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes sind.

Nicht als Arbeitsstätten gelten:

- land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die steuerlich nicht als Gewerbebetrieb gelten;
- Betriebe gewerblicher oder handwerklicher Art, die steuerlich als Neben oder Hilfsbetriebe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gelten;
- private Haushalte, auch wenn sie Dienstpersonal beschäftigen;
- Betriebe der Binnenfischerei;
- Baustellen;
- Schiffe (als Arbeitsstätte gilt der Sitz des Schiffsinhabers);
- Dienststellen der Stationierungstreitkräfte einschl. des zivilen Personals;
- Vertretungen fremder Staaten in der Bundesrepublik;
- sonstige inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter sowie von diesen unterhaltene deutsche Arbeitsstätten;
- Niederlassungen deutscher Firmen im Ausland;
- Personen, die in arbeitnehmerähnlicher Stellung Dienstleistungen einfacher Art verrichten (z.B. Aufwartefrauen, Koch- oder Waschfrauen);
- automatische Anlagen ohne Bedienungspersonal (Pumpwerke, Umformerstationen, Warenautomaten);
- örtliche Einheiten, in denen Personen ehrenamtlich tätig sind;
- Teile eines Betriebes auf dem gleichen Grundstück, auch in verschiedenen Gebäuden (Verkaufsbüros, Sozialeinrichtungen), es sei denn sie sind rechtlich selbständig.

Die Arbeitsstätten werden in drei Bereiche gegliedert:

- (a) Erwerbswirtschaftlicher Bereich (Unternehmen und freie Berufe) (Wirtschaftsabteilung 0 - 7),
- (b) Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter (Wirtschaftsabteilung 8 ohne private Haushalte),
- (c) Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherung (Wirtschaftsabteilung 9).

Zum erwerbswirtschaftlichen Bereich gehören die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe), Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen wie etwa Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen und Rechtsberatung, ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum von Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundespost (einschl. Postscheck- und Postsparkassenämter und dem Bundespostministerium) sowie Anstalten und Einrichtungen, deren Träger Organisationen ohne Erwerbscharakter oder Gebietskörperschaften sind, die aber dauernd und überwiegend erwerbswirtschaftlich tätig sind.

Zum Bereich Organisationen ohne Erwerbscharakter gehören u.a. die Arbeitsstätten der Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der politischen Parteien und der sonstigen Verbände und Vereinigungen.

Zum Bereich Gebietskörperschaften und Sozialversicherung gehören die Arbeitsstätten des Bundes, der Länder und der Gemeinden, der öffentlichen Zweckverbände, der Arbeitsverwaltung, der Sozialversicherung und verwandter Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Arbeitsstätten der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes.

Die Zuordnung einer Arbeitsstätte zu einem Wirtschaftszweig erfolgt nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt, den die Arbeitsstätten selbst angeben. Örtlich getrennte Hilfsbetriebe werden ihrem eigenen Wirtschaftszweig zugeordnet, örtlich getrennte Verwaltungsbetriebe dem Wirtschaftszweig des Unternehmens, zu dem sie gehören.

Die Zahl aller Arbeitsstätten ergibt sich aus der Summe der >>> Einzigsten Niederlassungen, der >>> Hauptniederlassungen, der >>> Zweigniederlassungen und der >>> Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Arbeitsstätten und >>> Unternehmen (Arbeitsstättenzählung) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit, in der am Stichtag mindestens eine Person - oder unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig erwerbstätig sind. Als Unternehmen gilt die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse zu erstellen hat. Ein Unternehmen kann aus einer Arbeitsstätte (Einzigste Niederlassung) oder aus mehreren Arbeitsstätten (Haupt- und Zweigniederlassung(en)) bestehen. Unternehmen werden nur im erwerbswirtschaftlichen Bereich gebildet, Arbeitsstätten bestehen dagegen auch in den Bereichen Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. Die Zahl der Unternehmen ergibt sich aus der Summe der Einzigsten Niederlassungen und der Hauptniederlassungen. Unterschiede zwischen den Arbeitsstätten des erwerbswirtschaftlichen Bereichs und den Unternehmen ergeben sich auch hinsichtlich der >>> Tätigen Personen. Die Unternehmensangaben gelten für das gesamte Unternehmen einschl. land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Besitz von Unternehmen; land- und forstwirtschaftliche Betriebe zählen aber in der Regel nicht zu den Arbeitsstätten.

Zur Abgrenzung gegenüber >>> Betrieben siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber >>> landwirtschaftlichen Betrieben und >>> Forstbetrieben siehe dort.

## **2. Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985**

#### **Begriffsinhalt:**

Räumlich voneinander getrennte Verkaufsfilialen, Werkstätten, Produktions-, Verwaltungs- und Hilfsbetriebe, Lager, Fuhrparks usw. eines Unternehmens, in denen mindestens eine Person regelmäßig (evtl. nur stundenweise) tätig ist.

Als räumlich getrennt gelten alle Arbeitsstätten, auch wenn sie in derselben Gemeinde liegen, falls sie untereinander nur über öffentliche Verkehrsflächen erreichbar sind. In der Handels- und Gaststättenzählung werden nur Arbeitsstätten von >>> Unternehmen des Handels oder >>> Gastgewerbes erfaßt. Nachgewiesen werden von diesen Arbeitsstätten jedoch nur die, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Handel oder Gastgewerbe liegt. Der Schwerpunkt wird gemessen an der Wertschöpfung oder ersatzweise an einem Schätzwert der Wertschöpfung, errechnet aus den Umsätzen multipliziert mit branchendurchschnittlichen Rohertragsquoten.

Nicht nachgewiesen werden demnach die von Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Handels oder Gastgewerbes (des Verarbeitenden Gewerbes, der Landwirtschaft oder anderer Wirtschaftsbereiche) betriebenen örtlichen Einheiten des Handels oder Gastgewerbes.

## **Arbeitsunfall/Berufskrankheit**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Leistungen zur Einschränkung von Arbeitsunfällen/Berufskrankheiten durch Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit, durch Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) und durch Erleichterung der Verletzungs-/Krankheitsfolgen.

Die >>> vertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie die Leistungen der Unfall-, Kranken- und Rentenversicherungen für Arbeits- und Wegeunfälle und für Berufskrankheiten umfassen im wesentlichen die Invaliditätsrente, Übergangs- und Krankengeld, die >>> Entgeltfortzahlung, die Leistungen für Heilbehandlung (ambulant und in Anstalten), zahnärztliche Leistungen und Zahnersatz, Heilmittel, Unterbringung und Verpflegung bei Anstaltsaufenthalten sowie Fahrtkosten.

Einbezogen in die Leistungen bei Arbeitsunfall bzw. Berufskrankheit sind aber auch Teile der Leistungen des betrieblichen Gesundheitswesens sowie Leistungen der Beratung und Betreuung.

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für >>> Kinder und für >>> Ehegatten, Rentenleistungen an Personen über 60 Jahre (Frauen) bzw. über 65 Jahre (Männer) den Leistungen bei >>> Alter zugeordnet.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen bei Arbeitsunfall/Berufskrankheit gemeinsam mit den Leistungen zur >>> Vorbeugung, bei Krankheit und bei Invalidität zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Gesundheit".

## Ärzte

### Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Datennachweis: ab 1953

#### Begriffsinhalt:

Ärzte ohne Facharztstätigkeit, Fachärzte mit abgeschlossener Facharztausbildung, Ärzte in freier Praxis und sonstige Ärzte sowie Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt und Fachärzte, deren Fachgebiet nicht erfaßt wird.

Zu den Ärzten ohne Facharztstätigkeit rechnen Ärzte für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte und Ärzte in der Weiterbildung zum Facharzt sowie Fachärzte, deren Fachgebiet nicht erfaßt wird.

Als Fachärzte gelten Ärzte mit abgeschlossener Facharztausbildung, die auf einem der erfaßten Fachgebiete tätig sind.

Ärzte in freier Praxis sind frei praktizierende Ärzte einschließlich der Ärzte mit nebenamtlicher Krankenhausstätigkeit (z.B. Belegärzte) und der Assistenzärzte bei frei praktizierenden Ärzten.

Zu den sonstigen Ärzten rechnen hauptamtlich tätige Ärzte bei Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, in der Bundeswehr, im Bundesgrenzschutz und Polizeidienst, in wissenschaftlich-theoretischen Instituten sowie Werkärzte und sonstige angestellte Ärzte in der Industrie und Privatwirtschaft.

Die Angaben über Ärzte in der Bundeswehr (Sanitätsoffiziere) sind unvollständig.

Erfaßt werden berufstätige Ärzte, die im Besitz einer Approbation (oder Bestallung nach altem Recht) sind, sofern die Approbation (bzw. Bestallung) nicht ruht, sowie Ärzte im Besitz einer Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs.

## Ärzte mit hauptamtlicher Krankenhausstätigkeit

### Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Datennachweis: ab 1953

#### Begriffsinhalt:

Zu den Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhausstätigkeit zählen die in >>> Krankenhäusern hauptamtlich beschäftigten leitenden Ärzte sowie die nachgeordneten Ärzte (Oberärzte und Assistenzärzte).

Hierzu rechnen z.B. auch ärztliche Direktoren, Inhaber konzessionierter Privatkliniken, Chefärzte und Oberärzte. Nicht erfaßt werden die Medizinalassistenten und sonstige in Krankenhäusern beschäftigte Ärzte (z.B. Gastärzte, hospitierende Ärzte); Belegärzte zählen zu den Ärzten in freier Praxis.

Die in Bundeswehrkrankenhäusern tätigen Ärzte rechnen teilweise zu den Ärzten mit hauptamtlicher Krankenhausstätigkeit, teilweise zu den sonstigen Ärzten.

Siehe auch unter >>> Ärzte.

## **Aufenthaltsdauer**

### **Ausländerstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Dauer des Aufenthalts der >>> Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Aufenthaltsdauer wird ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet ermittelt.

## **Aufgenommene Fremdmittel**

### **Statistik der Bausparkassen**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Verbindlichkeiten der Bausparkassen gegenüber Dritten, insbesondere gegenüber Kreditinstituten und sonstigen Kapitalsammelstellen.

Dazu rechnen z.B. aufgenommene Kredite, jedoch keine Bauspareinlagen.

## **Aufstellungsflächen von Topf- und Ballenpflanzen**

### **Gemüseanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Jede Fläche auf dem Freiland, von der im Laufe des Erhebungsjahres Blumen und Zierpflanzen aller Entwicklungsstufen, in Töpfen oder Ballen kultiviert, als verkaufsfertige Erzeugnisse gewonnen werden.

## **Ausbauarbeiten**

### **Preisindizes für Bauwerke**

Datennachweis: ab 1958

#### **Begriffsinhalt:**

Folgende in der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) erfaßte Bauarbeiten:

Klempnerarbeiten, Fliesen- und Plattenarbeiten, Estricharbeiten, Asphaltbelagarbeiten, Tischlerarbeiten, Parkettarbeiten, Rolladenarbeiten, Metallbauarbeiten, Schlosserarbeiten, Verglasungsarbeiten, Anstricharbeiten, Korrosionsschutzarbeiten an Stahl- und Aluminiumbauten, Bodenbelagarbeiten, Tapezierarbeiten, Lüftungstechnische Anlagen, Heizungs- und Brauchwassererwärmungsanlagen, Gas-, Wasser- und Abwasser-Installationsarbeiten innerhalb von Gebäuden, Elektrische Kabel- und Leitungsanlagen in Gebäuden, Blitzschutzanlagen und Förderanlagen (nicht in der VOB erfaßt).



# Ausbildung

## **Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1977

### **Begriffsinhalt:**

Als Ausbildung wird sowohl die erreichte allgemeine Schulbildung als auch die abgeschlossene Berufsausbildung der >>> sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer angesehen. Der Abschluß an einer >>> Fachhochschule und >>> Hochschule/>>> Universität gilt als abgeschlossene Berufsausbildung. Die Angaben beziehen sich auf den höchsten Abschluß, auch wenn diese Ausbildung für die derzeit ausgeübte Tätigkeit nicht vorgeschrieben oder verlangt ist.

# Ausbildungsförderung

## **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

### **Begriffsinhalt:**

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz mit dem Ziel, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende Ausbildung zu ermöglichen.

Ausbildungsförderung erhalten Schüler von weiterführenden Schulen und von Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, Schüler ab der 10. Klasse in allen schulischen Formen der beruflichen Grundbildung und den Berufsfachschulen sowie Schüler von Fachschulen und Studierende an Höheren Fachschulen, Akademien und an Hochschulen.

Ausbildungsförderung erhalten ferner Teilnehmer an Fernunterrichtslehrgängen, die unter denselben Zugangsvoraussetzungen auf denselben Abschluß vorbereiten wie die nach dem Gesetz geförderten Ausbildungsstätten, ferner Praktikanten, die ein Praktikum im Zusammenhang mit dem Besuch der vorstehend genannten Ausbildungsstätten und Fernunterrichtslehrgängen leisten müssen.

Auch Ausbildungen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland kommen als förderungswürdig in Betracht.

Durch Rechtsverordnungen sind auch die Ausbildungsgänge in Lehranstalten für Heilhilfskräfte, die nicht dem Schulrecht der Länder unterstehen sowie die Teilnahme an Vorkursen, die die Zulassung zu einem Kolleg oder zu einer Hochschule ermöglichen oder in geeigneter Weise vorbereiten und die Ausbildung in Ausbildungsstätten für landwirtschaftlich-technische, milchlandwirtschaftlich-technische und biologisch-technische Assistentinnen und Assistenten als förderungsfähig bestimmt.

Eine Ausbildung wird nur gefördert, wenn Schüler ausbildungsbedingt nicht bei ihren Eltern wohnen können oder sich im Zweiten Bildungsweg befinden; übergangsweise können zu Hause wohnende Schüler auch weiterhin Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz erhalten, wenn sie sich bereits vor dem 1. August 1983 in einem förderungsfähigen Teil der Ausbildung befunden haben. Außerdem müssen die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, daß er das angestrebte Ausbildungsziel erreicht. Ausbildungsförderung dagegen wird nicht geleistet, wenn der Auszubildende bei Beginn des Ausbildungsabschnitts, für den er Ausbildungsförderung beantragt, das 30. Lebensjahr vollendet hat, es sei denn, daß die Art der Ausbildung oder die Lage des Einzelfalles die Überschreitung der Altersgrenze rechtfertigt.

Außer Deutschen im Sinne des Grundgesetzes können auch heimatlose und asylberechtigte Ausländer sowie andere Ausländer, wenn sie selbst vor Beginn des förderungswürdigen Teils des Ausbildungsabschnitts insgesamt fünf Jahre ihren Aufenthalt im Bundesgebiet hatten und rechtmäßig erwerbstätig gewesen sind, oder wenn sich zumindest ein Elternteil in den letzten drei Jahren vor Beginn des Bewilligungszeitraums ständig im Bundesgebiet rechtmäßig aufgehalten hat und erwerbstätig gewesen ist, im übrigen von dem Zeitpunkt an, in dem im weiteren Verlauf des Ausbildungsabschnitts diese Voraussetzungen vorgelegen haben, gefördert werden.

Deutschen wird auch Ausbildungsförderung für den Besuch einer außerhalb des Bundesgebietes in Europa gelegenen Ausbildungsstätte gewährt, wenn es der Ausbildung nach dem Ausbildungsstand förderlich ist und zumindest

ein Teil dieser Ausbildung auf die vorgeschriebene oder übliche Ausbildungszeit angerechnet werden kann oder die Ausbildung im Bundesgebiet nicht durchgeführt werden kann.

Geleistet wird die Ausbildungsförderung für den Lebensunterhalt und die Ausbildung, wobei ein monatlicher Bedarf für Schüler, Studenten, Praktikanten und Auszubildende in verschiedener Höhe, jeweils nach Art der Ausbildungsstätte bzw. der Unterkunft des Auszubildenden zugrunde gelegt wird. Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, seines Ehegatten und seiner Eltern sind auf den Bedarf anzurechnen. Die Höhe der Freibeträge vom Einkommen des Auszubildenden und die Höhe der Freibeträge vom Einkommen der Eltern und des Ehegatten werden ebenso wie die Freibeträge vom Vermögen und der Bedarf für Schüler und Studierende in der Regel in zweijährigem Abstand den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt.

Die Ausbildungsförderung wird als Zuschuß gewährt. Bei Besuchern von Höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen sowie der Teilnahme an einem Praktikum, das im Zusammenhang mit dem Besuch dieser Ausbildungsstätte steht, wird ein Teil des monatlichen Förderungsbetrages, bei Studenten der Gesamtbetrag, als Darlehen geleistet. Wenn der Förderungsbetrag diesen Betrag nicht erreicht, wird er voll als Darlehen gezahlt. Das Darlehen ist nicht zu verzinsen, es ist in gleichbleibenden monatlichen Raten innerhalb von 20 Jahren zurückzuzahlen. Die erste Rate ist drei Jahre nach Beendigung der Ausbildung zu leisten.

Finanziert wird die Ausbildungsförderung zu 65 vom Hundert durch den Bund und zu 35 vom Hundert durch die Länder. Die bei der Durchführung entstehenden Verwaltungskosten werden von den Ländern getragen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis zum Inkrafttreten des ersten Ausbildungsförderungsgesetzes am 1. Juli 1970 sind für die einzelnen Jahre lediglich die Studienbeihilfen nach dem Honnefer Modell und den Vereinbarungen der Länder über die Förderung der Studierenden an Ingenieurschulen, Kunst- und Musikhochschulen sowie an Pädagogischen und Berufspädagogischen Hochschulen, Akademien und Instituten (sog. Rhöndorfer Modell) nachgewiesen.

Nach dem Ersten Ausbildungsförderungsgesetz wurden Schüler von Gymnasien und Fachoberschulen ab Klasse 11, von Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen, Abendgymnasien, Kollegs, Berufsfachschulen, soweit für deren Besuch der Realschulabschluß oder eine vergleichbare Vorbildung Voraussetzung ist, und von Fachschulen sowie Praktikanten während eines Praktikums im Zusammenhang mit einer dieser Ausbildungsstätten, gefördert. Die Ausbildungsförderung wurde gewährt unter Anrechnung von Einkommen und Vermögen des Auszubildenden, des Ehegatten und der Eltern.

Ab 1. Oktober 1971 sind die Studienbeihilfen nach dem Honnefer Modell und dem Rhöndorfer Modell zusammen mit dem Ersten Ausbildungsförderungsgesetz durch die bundeseinheitliche Regelung im Bundesausbildungsförderungsgesetz abgelöst worden, das neben der Zusammenfassung der einzelnen Förderungsmaßnahmen strukturelle und finanzielle Verbesserungen gebracht hat. Auf die Förderung besteht - anders als in den Richtlinien des Honnefer Modells für die Studienförderung - ein Rechtsanspruch.

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist seit Inkrafttreten mehrfach geändert worden. Durch diese Änderungen wurden nicht nur die Leistungen der Ausbildungsförderung und die Elternfreibeträge an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepaßt, sondern es wurde auch der Kreis der Geförderten ausgedehnt.

So sind erst ab Januar 1974 die Schüler (ab Klasse 11) von solchen Berufsfachschulen, für deren Besuch der Realschulabschluß oder eine vergleichbare Vorbildung nicht Voraussetzung ist, in den Förderungsbereich des Gesetzes einbezogen worden.

Bis einschl. 1975 wurde die Ausbildungsförderung, unter Berücksichtigung bestimmter Umstände im Einzelfall, ganz als Zuschuß gewährt.

Mit dem Fünften Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes von 1978 wurde die Förderung auf die Schüler der 10. Klasse in allen schulischen Formen der beruflichen Grundbildung und der 10. Klasse der Berufsfachschulen ausgedehnt. Die Förderung, die hier zunächst auf 3 Jahre befristet war, wurde mit dem Sechsten Änderungsgesetz von 1979 auf 5 Jahre verlängert.

Bis zum Sechsten Änderungsgesetz vom 16. Juli 1979 erhielten Auszubildende Ausbildungsförderung, wenn sie zu Beginn des Ausbildungsabschnitts, für den sie Ausbildungsförderung beantragt haben, das 35. Lebensjahr vollendet hatten.

# Ausbildungspendler

## Volks- und Berufszählung 1987

### Begriffsinhalt:

Nicht erwerbstätige >>> Schüler und Studierende, deren Ausbildungsstätte nicht auf dem Wohnungsgrundstück liegt. Befindet sich die Ausbildungsstätte in der gleichen Gemeinde, handelt es sich um innergemeindliche Ausbildungspendler, andernfalls um Pendler über die Gemeindegrenze. Liegt die Zielgemeinde in einem anderen Kreis, wird die Bezeichnung Pendler über die Kreisgrenze verwendet. Analog dazu gibt es Pendler über die Grenze des Bundeslandes oder ins Ausland.

Schüler und Studenten, die eine - wenn auch nur geringfügige - Tätigkeit ausüben, gelten als erwerbstätig und werden deshalb den >>> Berufspendlern und nicht den Ausbildungspendlern zugerechnet

Unterschieden wird zwischen "Ausbildungsauspendlern", bei denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Wohngemeinde und "Ausbildungseinpendlern", bei denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Zielgemeinde gesehen wird. Zu den Ausbildungsauspendlern zählen auch jene Schüler und Studierende, die im Ausland eine Ausbildungsstätte besuchen, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben, während Ausbildungseinpendlern, die im Inland eine Ausbildungsstätte besuchen, ihren Wohnsitz jedoch im Ausland haben, nicht erfaßt werden (sog. Grenzgänger).

# Ausbildungsverträge

## Berufsbildungsstatistik

Datennachweis: ab 1980

### Begriffsinhalt:

Ausbildungsverträge, die in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse einer zuständigen Stelle (Kammer) eingetragen worden sind.

Es werden nur die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gezählt, die im Berichtsjahr angetreten werden und am Jahresende noch bestehen.

Die im Ausbildungsbereich "Industrie und Handel" neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für die nächste Stufe einer Stufenausbildung (Anschlußverträge) werden miterfaßt.

Die im Ausbildungsbereich "Landwirtschaft" neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge für eine Fremdlehre, die im Anschluß an einen Ausbildungsabschnitt im elterlichen Betrieb angetreten werden, zählen nicht zu den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen dieses Bereichs.

# Ausflugsfahrten

## Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1980

### Begriffsinhalt:

Von zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen >>> Unternehmen durchgeführte Fahrten, die der Unternehmer mit Kraftomnibussen nach einem bestimmten, von ihm aufgestellten Plan und zu einem für alle Teilnehmer gleichen und gemeinsam verfolgten Ausflugszweck anbietet und ausführt, wobei die Fahrt wieder an den Ausgangsort zurückführen muß.

Die Fahrgäste müssen im Besitz eines für die gesamte Fahrt gültigen Fahrscheins sein, der die Beförderungsstrecke und das Beförderungsentgelt ausweist. Bei Ausflugsfahrten, die als Pauschalfahrten ausgeführt werden, genügt im Fahrschein die Angabe des Gesamtentgelts an Stelle des Beförderungsentgelts.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis September 1984 war >>> Gelegenheitsverkehr mit PKW in den drei Verkehrsformen Ausflugsfahrten, >>> Ferienziel-Reisen und >>> Verkehr mit Mietomnibussen eingeschlossen, soweit die PKW 8 Fahrgastplätze hatten und von Unternehmen des Kraftomnibusverkehrs eingesetzt wurden. Bis einschl. III. Quartal 1983 bzw. Berichtsjahr 1984 ist PKW-Verkehr in den Ergebnissen enthalten. Weitere Änderungen ergeben sich durch Änderungen des Berichtskreises der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).

## **Ausfuhr**

### **1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Alle Waren- und Dienstleistungsverkäufe von inländischen Wirtschaftseinheiten an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Bundesgebietes haben, einschl. gewisser unentgeltlicher Lieferungen und Leistungen des Staates.

Bei Darstellung nach dem Inländerkonzept (z.B. in der Verwendungsrechnung des Sozialprodukts) umfaßt die Ausfuhr auch die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer aus der übrigen Welt empfangen haben. Dazu rechnen neben den Arbeitsentgelten der Auspendler und den aus der übrigen Welt empfangenen Kapitalerträgen auch Gebühren für Patente, Urheberrechte u.ä.

Die Ausfuhr soll in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten nachgewiesen werden. Aus praktischen Erwägungen wird bei der Warenausfuhr allerdings vom Zeitpunkt des Grenzübergangs ausgegangen, der in der wesentlichen statistischen Quelle - der Außenhandelsstatistik - zugrunde liegt. Die Dienstleistungsverkäufe werden, wie in der Zahlungsbilanz, weitgehend im Zeitpunkt der Zahlung nachgewiesen.

Die Ausfuhr von Waren ist mit dem Wert frei Grenze, also fob (free on board) nachzuweisen. Die Werte enthalten bei der Warenausfuhr die Transport- und Versicherungskosten bis zur Grenze, nicht jedoch die Kosten für die entsprechenden Leistungen ab Grenze. Diese sind, soweit sie von deutschen Unternehmen erbracht werden, der Dienstleistungsausfuhr zugerechnet.

Die Berechnung der Warenverkäufe an das Ausland geht von den Zahlen des Generalhandels (Außenhandelsstatistik) aus, jedoch werden einige Positionen der Außenhandelsstatistik abgesetzt und einige Ergänzungen vorgenommen. Abgezogen werden u.a. der Lagerverkehr auf ausländische Rechnung, der nicht die Wirtschaftstätigkeit der inländischen Wirtschaftseinheiten betrifft. Außerdem wird die Ausfuhr zur passiven Lohnveredelung abgezogen, die Ausfuhr nach aktiver Lohnveredelung wird auf den Veredelungslohn reduziert. Dadurch wird der Veredelungsverkehr lt. Außenhandelsstatistik auf die marktrelevanten Ströme beschränkt. Ferner werden unentgeltliche Lieferungen von Unternehmen, wie Werbemittel, Muster, Proben, Kulanzlieferungen u.dgl., die in der Außenhandelsstatistik erfaßt werden, nicht berücksichtigt, da davon ausgegangen werden kann, daß sie in die Preiskalkulation der gegen Entgelt umgesetzten Güter eingegangen sind. Weitere Absetzungen betreffen Rückwaren, Preisnachlässe sowie Ersatz- und Rückzahlungen. Hinzugesetzt werden Fischenlandungen deutscher Fischereifahrzeuge im Ausland, Kleinsendungen u.ä.

Die Angaben über die Dienstleistungsverkäufe an das Ausland sind weitgehend aus der Zahlungsbilanz der Deutschen Bundesbank übernommen. Hierzu zählen u.a. die Einnahmen aus dem Reiseverkehr und dem Transportgeschäft. Zu den Dienstleistungsverkäufen rechnet ferner der Saldo (Verkäufe abzügl. Käufe) im Transithandelsgeschäft inländischer Wirtschaftseinheiten.

Die Waren- und Dienstleistungsvorgänge mit dem Ausland werden um Zahlen über entsprechende Transaktionen mit der ehem. DDR und Berlin (Ost) ergänzt.

**Begriffsbeziehungen:**

1.    Letzter Verbrauch  
    +    Bruttoinvestitionen  
    +    Ausfuhr (einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
    -    Einfuhr (einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
    =    Bruttosozialprodukt
  
2.    Letzter Verbrauch  
    +    Bruttoinvestitionen  
    +    Ausfuhr (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
    -    Einfuhr (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
    =    Bruttoinlandsprodukt
  
3.    Ausfuhr  
        Waren  
        Dienstleistungen  
        Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
    -    Einfuhr  
        Waren  
        Dienstleistungen  
        Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
    =    Außenbeitrag  
    +    Aus der übrigen Welt empfangene Übertragungen  
    -    An die übrige Welt geleistete Übertragungen  
    =    Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt

**2. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Lieferung von Gas aus dem Bundesgebiet ins Ausland und in die ehem. DDR einschließlich Berlin (Ost).

Dabei handelt es sich um Lieferungen der Ortsgasversorgungsunternehmen, Ferngasgesellschaften, Kokereien sowie Erdgas- und Erdölgewinnungsunternehmen.

**3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Lieferung von Elektrizität aus dem Bundesgebiet ins Ausland und in die ehem. DDR einschließlich Berlin (Ost)  
Dabei handelt es sich um Lieferungen der öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

## **Ausfuhr von Investitionsgütern**

**Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Ausfuhr von Gütern, die überwiegend von >>> Unternehmen als Anlagegüter gekauft werden; ausgenommen sind Güter für Bauinvestitionen.

Zu den Investitionsgütern rechnen >>> Stahlbauten, >>> Maschinen und maschinelle Anlagen, >>> Straßenfahrzeuge, >>> elektrotechnische Investitionsgüter u.a.

Nicht zu den Investitionsgütern gehören alle Fertigungsstoffe, Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht in den Bilanzen der Unternehmen aktiviert werden.

Ein Investitionsgut wird ausgeführt, wenn es aus dem Erhebungsgebiet ins Ausland verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe >>> Warenausfuhr (Außenhandelsstatistik).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Für den Begriff der Ausfuhr von Investitionsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Warenausfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## **Ausfuhr von Verbrauchsgütern**

### **Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Ausfuhr von Gütern, die überwiegend von >>> privaten Haushalten gekauft werden; ausgenommen sind Nahrungs- und Genußmittel.

Zu den Verbrauchsgütern rechnen >>> Schuhe, Textilien und Bekleidung, >>> Straßenfahrzeuge, >>> elektrotechnische Verbrauchsgüter, >>> Möbel, kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel u. a.

Den Verbrauchsgütern werden auch die Waren zugerechnet, die in privaten Haushalten noch weiter bearbeitet oder verarbeitet werden. Erfasst sind sowohl kurz- als auch langlebige Wirtschaftsgüter.

Ein Verbrauchsgut wird ausgeführt, wenn es aus dem Erhebungsgebiet ins Ausland verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe >>> Warenausfuhr (Außenhandelsstatistik).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Für den Begriff der Ausfuhr von Verbrauchsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Warenausfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## **Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen**

### **Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen je Haushalt und Monat stellen die Gesamtheit aller Einkommen und Einnahmen dar, die dem betreffenden Haushalt für seine Ausgaben zur Verfügung steht; nicht berücksichtigt werden hierbei Einnahmen aus Auflösung und Umwandlung von Vermögen und aus Kreditaufnahme einerseits und die Ausgaben für Vermögensbildung und Kreditrückzahlung andererseits.

Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen setzen sich aus dem >>> Haushaltsnettoeinkommen und den >>> sonstigen Einnahmen zusammen. Das Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe aus den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, aus Unternehmertätigkeit, aus Vermögen und den Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung (zusammen >>> Haushaltsbruttoeinkommen), vermindert um die >>> Einkommen- und Vermögensteuern und die >>> Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung. Zu den sonstigen Einnahmen rechnen Einnahmen aus dem Verkauf im Haushalt erzeugter sowie gebrauchter Waren, Nettoeinnahmen aus der Erstattung von Ausgaben für geschäftliche (dienstliche) Zwecke, Rückvergütungen auf Warenkäufe, Vermögensübertragungen sowie andere Einnahmen, die nicht dem Haushaltsbruttoeinkommen zugeordnet werden können.

Die hier nicht berücksichtigten Ausgaben für Sach- und Geldvermögensbildung und Kreditrückzahlung einerseits und die Einnahmen aus Verminderung des Sach- und Geldvermögens und aus Kreditaufnahme andererseits werden

nicht getrennt nachgewiesen, sondern gehen in Form eines Saldos in die >>> Veränderung (+/-) der Vermögens- und Finanzkonten (Ersparnis) des jeweiligen Haushalts ein.

## **Ausgaben**

### **1. Statistik der Sozialhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Laufende und einmalige Aufwendungen für Geld- und Sachleistungen der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz.

Die Sozialhilfe greift nur in denjenigen Notlagen ein, in denen der Hilfe bedürftige seine Notlage nicht aus eigenen Kräften und Mitteln beheben kann und die erforderliche Hilfe weder von anderen Personen, insbesondere von Angehörigen, erbracht noch von anderen Sozialleistungsträgern gewährt wird (Grundsatz des Nachrangs der Sozialhilfe). Auf die meisten Leistungen der Sozialhilfe besteht ein Rechtsanspruch. Die Hilfestellung ist nicht an die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Personenkreis oder an irgendwelche Vorleistungen gebunden; sie ist allein auf den Notstand des Hilfebedürftigen abgestellt. Hilfeart, Leistungsart und Maß der Hilfe richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles (Grundsatz der Individualisierung der Sozialhilfe).

Die Sozialhilfe soll dem Empfänger der Hilfe ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht und ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von der Hilfe als selbständig handelnder und wirtschaftender Mensch am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen; hierbei muß er nach seinen Kräften mitwirken (Hilfe zur Selbsthilfe).

Als Ausgaben der Sozialhilfe gelten die Leistungen nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes in der jeweiligen Fassung sowie nach den hierzu ergangenen Ausführungsvorschriften; aus erhebungstechnischen Gründen und zum Zwecke der Verwaltungsvereinfachung werden jedoch nur die Geld- und Sachleistungen erfaßt, nicht aber die in Form von persönlichen Hilfen und Beratungen erbrachten Leistungen. Die Ausgaben werden nach den Angaben für >>> Hilfe zum Lebensunterhalt und >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen untergliedert.

Nicht in den Sozialhilfeaufwand einbezogen sind sonstige Ausgaben der Sozialhilfeträger, wie z.B. der Zuschußbedarf der eigenen Einrichtungen und die Zuweisungen/Zuschüsse an fremde Einrichtungen der Sozialhilfe und an Verbände und Organisationen sowie allgemeine Kosten der Schaffung, Förderung und Erhaltung von Einrichtungen der Sozialhilfe. Nicht berücksichtigt sind ferner die Verwaltungskosten der Sozialhilfeträger und sonstiger Stellen; nur soweit Verwaltungskosten in den Leistungen der Sozialhilfe (z.B. in den Pflegesätzen von Einrichtungen) enthalten sind, werden diese unter den betreffenden Leistungen mit nachgewiesen und sind daher in den Ausgaben enthalten.

In den Sozialhilfeaufwand werden ebenfalls nicht einbezogen die von den Sozialhilfeträgern erbrachten Ausgaben für Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben (Sozialhilfe für Deutsche im Ausland) sowie die Ausgaben aufgrund anderer Bestimmungen als nach dem Bundessozialhilfegesetz; hierzu rechnen u.a. Leistungen nach landesrechtlichen Bestimmungen (z.B. Landesblindengesetze), Leistungen der Krankenversorgung gemäß dem Lastenausgleichsgesetz. Die Ausgaben für Geschlechtskrankenfürsorge werden in Hamburg mit erfaßt.

Nachgewiesen werden die Bruttoausgaben, d.h. die Ausgaben werden nicht mit den Einnahmen der Sozialhilfe (z.B. Ersatzleistungen, Erstattungen) saldiert.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Höhe der Ausgaben für Sozialhilfe ist nicht nur abhängig von der Häufigkeit und Dauer ihrer Gewährung und der Höhe der Aufwendungen für die individuellen Leistungen, sondern ist im Zeitablauf auch von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften beeinflusst worden. Diese haben u.a. den Kreis der anspruchsberechtigten Personen, den Umfang der Leistungen, die Voraussetzungen für ihre Gewährung, die Höhe der Regelsätze und Pflegegelder usw. betroffen. Zu Einzelheiten siehe unter >>> Hilfe zum Lebensunterhalt, >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen, >>> Eingliederungshilfe für Behinderte, >>> Hilfe zur Pflege und >>> Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung.

#### **Begriffsbeziehungen:**

siehe unter 3.

## 2. Statistik der Kriegsofferfürsorge

Datennachweis: ab 1963

### Begriffsinhalt:

Laufende und einmalige Aufwendungen für Geld- und Sachleistungen der Kriegsofferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Leistungen der Kriegsofferfürsorge erhalten Beschädigte und >>> Hinterbliebene zur Ergänzung der übrigen Versorgungsleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) als besondere Hilfen im Einzelfall. Aufgabe der Kriegsofferfürsorge ist es, sich der Beschädigten und ihrer Familienmitglieder sowie der Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen, um die Folgen der Schädigung oder des Verlustes des Ehegatten, Elternteils, Kindes oder Enkelkindes angemessen auszugleichen oder zu mildern.

Anspruchsberechtigt sind, soweit für einzelne Leistungen keine besonderen Bestimmungen gelten, Beschädigte, die Grundrente beziehen oder Anspruch auf Heilbehandlung haben, sowie Hinterbliebene, die Hinterbliebenenrente, Witwen- oder Waisenbeihilfe nach dem BVG beziehen. Eltern erhalten Leistungen auch dann, wenn ihnen wegen der Höhe ihres Einkommens Elternrente nicht zusteht und die Voraussetzungen der §§ 49 und 50 BVG erfüllt sind. Die Leistungen werden auch gewährt, wenn der Anspruch auf Versorgung ruht, der Anspruch auf Zahlung von Grundrente wegen Abfindung erloschen oder übertragen ist oder Witwenversorgung aufgrund Wiederverheiratung entfällt.

Beschädigte erhalten Leistungen auch für Familienmitglieder, soweit diese ihren anzuerkennenden Bedarf nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen decken können und auch nicht wegen Tuberkulose oder Behinderung Anspruch auf Leistungen nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften haben. Als Familienmitglieder gelten der Ehegatte, Kinder (eheliche, für ehelich erklärte, nichteheliche und an Kindes Statt angenommene Kinder sowie in den Haushalt des Beschädigten aufgenommene Stiefkinder) und sonstige Angehörige, die mit dem Beschädigten in häuslicher Gemeinschaft leben sowie ab 1983 auch solche Personen, deren Ausschluß eine offensichtliche Härte bedeuten würde. Vorausgesetzt wird in allen Fällen, daß der Beschädigte den Lebensunterhalt des Familienmitglieds überwiegend bestreitet, vor der Schädigung bestritten hat oder ohne die Schädigung wahrscheinlich bestreiten würde. Leistungen können auch gewährt werden, wenn mit der Anerkennung eines Versorgungsanspruchs zu rechnen ist.

Leistungen der Kriegsofferfürsorge werden gewährt, wenn und soweit die Beschädigten infolge der Schädigung und die Hinterbliebenen infolge des Verlustes des Ehegatten, Elternteils, Kindes oder Enkelkindes nicht den anzuerkennenden Bedarf aus den übrigen Leistungen nach dem BVG und dem sonstigen Einkommen und Vermögen decken können. Art, Ausmaß und Dauer der Leistungen richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalls, vor allem nach der Person des Hilfesuchenden, der Art des Bedarfs und den örtlichen Verhältnissen. Dabei werden Art und Schwere der Schädigung, Gesundheitszustand und Lebensalter sowie die Lebensstellung vor Eintritt der Schädigung oder vor Auswirkung der Folgen der Schädigung oder vor dem Verlust des Angehörigen besonders berücksichtigt. Wünschen des Hilfesuchenden, die sich auf die Gestaltung der Hilfe richten, wird entsprochen, soweit sie angemessen sind und keine unvertretbaren Mehrkosten erfordern.

Die Höhe der Geldleistungen bemißt sich nach dem Unterschied zwischen dem anzuerkennenden Bedarf und dem einzusetzenden Einkommen und Vermögen. In begründeten Fällen können Geldleistungen auch insoweit gewährt werden, als zur Deckung des Bedarfs Einkommen oder Vermögen des Hilfesuchenden einzusetzen oder zu verwerthen ist; in diesem Umfang hat der Hilfeempfänger dem Träger der Kriegsofferfürsorge die Aufwendungen zu erstatten. Einkommen ist insoweit nicht einzusetzen, als dies im Einzelfall unbillig wäre.

Grundsätzlich ist Einkommen nur einzusetzen, soweit es bestimmte festgelegte Grenzen übersteigt. Als Einkommen des Hilfesuchenden gilt auch das seines nicht getrennt lebenden Ehegatten. Bei minderjährigen unverheirateten Beschädigten ist zur Deckung des Bedarfs auch Einkommen der Eltern einzusetzen. Bei Aufenthalt in einer Anstalt, einem Heim o.ä. ist u.U. Einkommen in Höhe der ersparten Aufwendungen für den häuslichen Lebensunterhalt einzusetzen.

Zu den Ausgaben der Kriegsofferfürsorge zählen auch die Leistungen an andere als nach dem Bundesversorgungsgesetz anspruchsberechtigte Beschädigte (z.B. Soldaten der Bundeswehr und Zivildienstleistende) bzw. deren Hinterbliebene. Diese Leistungen basieren auf Gesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird.



In den Ausgaben sind auch die Leistungen der Sonderfürsorge enthalten, die Kriegsblinden, Ohnhändern, Querschnittsgelähmten, Hirnbeschädigten und ähnlich schwer Beschädigten gewährt werden.

Die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge umfassen >>> Hilfen zur beruflichen Rehabilitation, Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, >>> Erziehungsbeihilfe, >>> ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, >>> Erholungshilfe, Wohnungshilfe sowie >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Nachgewiesen werden nur Aufwendungen für Geld- und Sachleistungen, nicht aber für persönliche Hilfen (z.B. Beratungen). Geldleistungen werden als einmalige oder laufende Beihilfen oder als Darlehen gewährt.

Einbezogen sind nur die Aufwendungen für Hilfen an Berechtigte im Inland, nicht für solche an Deutsche und deutsche Volkszugehörige im Ausland.

Die nachgewiesenen Ausgaben enthalten keine Zuschüsse an eigene und fremde Einrichtungen, keine allgemeinen Kosten der Schaffung, Förderung und Erhaltung von Einrichtungen und auch keine Zuschüsse an Verbände und Organisationen. Verwaltungskosten sind nur insoweit einbezogen, als sie in einzelnen Leistungen (z.B. in den Pflegesätzen) enthalten sind.

Nachgewiesen werden die Bruttoausgaben, d.h. die Ausgaben sind nicht mit Einnahmen (z.B. Rückerstattungen von Leistungen, Tilgungen) saldiert.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Höhe der Ausgaben ist im Zeitablauf auch von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften betroffen worden. Siehe hierzu unter >>> Hilfen zur beruflichen Rehabilitation, Krankenhilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, >>> Erziehungsbeihilfe, >>> ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, >>> Erholungshilfe, Wohnungshilfe, >>> Hilfen in besonderen Lebenslagen.

1963 sind auch die pauschalierten Leistungen und die Leistungen der Träger der Kriegsofopferfürsorge aus Haushaltsmitteln der Länder einbezogen.

Von 1964 bis 1969 sind in Hamburg und Bremen nicht die Ausgaben für Leistungen nach § 80 Soldatenversorgungsgesetz einbezogen.

Die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gelten seit dem 12.5.1976 auch für Opfer von Gewalttaten.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

### **3. Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Laufende Aufwendungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Einzel-, Gruppen- und Pauschalhilfen der öffentlichen Jugendhilfe nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG).

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Hilfen und Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Jugendpflege und Jugendfürsorge).

Zu den Ausgaben zählen sämtliche Aufwendungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, einschl. der Pauschalzuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den laufenden Betriebskosten zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe sowie privater gewerblicher Träger.

Nicht einbezogen werden die Ausgaben für Bauinvestitionen (Neu- und Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, große Instandsetzungen), für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen einschl. Ersteinrichtung und für den Erwerb von Grundvermögen sowie die allgemeinen Verwaltungskosten der Jugendbehörden.

Nicht einbezogen sind ferner Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften für Maßnahmen der Jugendhilfe und Erstattungen an andere öffentliche Träger (gemäß § 83 JWG).

Nachgewiesen werden Bruttoausgaben, d.h. die Ausgaben werden nicht mit den Einnahmen der Jugendhilfe saldiert. Zu den Einnahmen rechnen Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche (gemäß §§ 81, 82 und 85 JWG) sowie sonstige Einnahmen (z.B. Teilnehmerbeiträge bei Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe, Gebühren für den Besuch öffentlicher Einrichtungen der Jugendhilfe, wie Kindertagesstätten, Jugendherbergen usw.).

Unter funktionalem Aspekt gliedern sich die Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe in Aufwendungen für folgende Hilfen und Maßnahmen:

- Hilfen für Mutter und Kind vor und nach der Geburt (einschl. Aufwendungen für Mütterberatung und Mütter-(Eltern-)Schulen),
- Hilfe durch Familienpflege (Aufwendungen für Pflegekinder und andere Minderjährige, die sich außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden, ohne die Minderjährigen in Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung),
- Hilfe durch Heimpflege (Kosten für die Pflege Minderjähriger in Heimen, soweit sie nicht im Rahmen anderer Hilfearten in Heimen untergebracht sind),
- Kindertagesstätten (Aufwendungen für die Unterbringung von Kindern in Kindergärten, Kinderhorten und Kinderkrippen),
- Erzieherische Betreuung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gesundheitshilfe (z.B. Kosten für sozialpädagogische Fachkräfte und erzieherische Maßnahmen in Einrichtungen der Gesundheitshilfe),
- Jugendberufshilfen (Aufwendungen für Jugendwohnheime, Ausgaben zur Förderung der Eingliederung Jugendlicher usw., soweit diese nach dem JWG aus Mitteln der Träger der öffentlichen Jugendhilfe geleistet werden, in der Regel aber ohne die aus dem Etat der obersten Landesjugendbehörden gezahlten Ausbildungsbeihilfen auf landesrechtlicher Grundlage),
- Vormundschaftswesen (z.B. Kosten der Schulung von Vormündern),
- Erziehungsbeistandschaft (z.B. Aufwendungen für ehrenamtliche Erziehungsbeistände und deren Schulung),
- Jugendgerichtshilfe (z.B. Kosten für die Schulung von ehrenamtlichen Jugendgerichtshelfern),
- Beratung in Fragen der Ehe, Familie und Jugend (Kosten der Erziehungs-, Ehe- und Jugendberatungsstellen usw.),
- Adoptionswesen (z.B. Kosten für die Fortbildung der Amtsvormünder im Adoptionswesen und für Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch von Adoptiveltern),
- Jugendschutz (insbesondere Aufwendungen für Jugendschutzwochen und -stellen),
- Fortbildung auf dem Gebiet der Jugendhilfe (Aufwendungen für Fortbildung außerhalb des üblichen Lehrplans),
- Erholungspflege (z.B. Aufwendungen für Wanderfahrten, Aufenthalt in Ferienlagern und Jugendherbergen),
- Freizeithilfen (Aufwendungen für Freizeitbetätigungen Jugendlicher),
- Internationale Jugendbegegnung (soweit die Ausgaben nach dem JWG aus Mitteln der Träger der öffentlichen Jugendhilfe geleistet werden),
- Außerschulische Bildung (Aufwendungen für Maßnahmen und Einrichtungen zur politischen, berufsbezogenen und kulturellen Bildung, gesamtdeutschen Begegnung usw.),
- Freiwillige Erziehungshilfe (Aufwendungen für Maßnahmen, die Minderjährigen bei Gefährdung oder Schädigung ihrer leiblichen, geistigen oder seelischen Entwicklung auf Antrag der Personensorgeberechtigten gewährt werden, wenn diese bereit sind, die Durchführung der Maßnahmen zu fördern),
- Fürsorgeerziehung (Aufwendungen für Maßnahmen, die bei Verwahrlosung oder drohender Verwahrlosung von Minderjährigen vom Vormundschaftsgericht angeordnet werden),
- Hilfe nach § 75a JWG (Aufwendungen für Maßnahmen zur schulischen oder beruflichen Bildung einschl. der Berufsvorbereitung, die im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe oder Fürsorgeerziehung über den Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit hinaus fortgesetzt werden),
- Sonstige Ausgaben,
- Führungs- und Leitungsaufgaben, Zentrale Förderung (z.B. nicht aufgliederbare Pauschalhilfen an die Träger der freien Jugendhilfe),
- Förderung privatgewerblicher Träger (Förderungsbeträge an privatgewerbliche Träger von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe, wie z.B. Pauschalzuschüsse zu den laufenden Betriebskosten, Renovierungskostenzuschüsse usw.).

Unter institutionellem Aspekt gliedern sich die Ausgaben in solche für die Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen, für die Jugendhilfe in Einrichtungen und in die Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die o.g. Hilfe nach § 75a JWG ist 1975 eingeführt worden; durch sie soll ermöglicht werden, daß Maßnahmen zur schulischen oder beruflichen Bildung einschl. der Berufsvorbereitung, die im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung begonnen werden, auf Antrag des Volljährigen über den Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit hinaus fortgesetzt werden können, welcher 1975 von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde. Seit 1975 ist die internationale Jugendbegegnung als selbständige Hilfeart im Nachweis enthalten.

### **Begriffsbeziehungen:**

Ebenso wie in den Statistiken der Sozialhilfe und der Kriegsofopferfürsorge werden grundsätzlich die Bruttoausgaben ohne die allgemeinen Verwaltungskosten der zuständigen Behörden und ohne Ausgaben für Investitionen (Neu- und Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, große Instandsetzungen) nachgewiesen.

In der Sozialhilfe- und der Kriegsofopferfürsorgestatistik werden Zuschüsse an Einrichtungen sowie an die Träger der freien Wohlfahrtspflege und die Kosten der Schaffung, Förderung und Erhaltung von Einrichtungen nicht einbezogen.

In der Jugendhilfestatistik werden auch Aufwendungen für den Betrieb und die Unterhaltung der eigenen Einrichtungen der Gebietskörperschaften sowie Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe und privatgewerbliche Träger erfaßt.

## **Ausgaben der Kapitalrechnung**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

### **Begriffsinhalt:**

Finanzstatistische Summe, aller Ausgaben, die eine Vermögensveränderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen dienen und keine besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen, bereinigt um >>> Zahlungen von gleicher (Haushalts-) Ebene.

Zu den Ausgaben der Kapitalrechnung zählen folgende Ausgabearten:

- >>> Baumaßnahmen,
- >>> Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen,
- >>> Erwerb von beweglichem Sachvermögen,
- >>> Zuweisungen für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich,
- >>> Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen an andere Bereiche,
- >>> Darlehen,
- >>> Erwerb von Beteiligungen und dergleichen,
- >>> Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe die Erläuterungen unter >>> bereinigte Ausgaben bzw. unter den oben genannten Ausgabearten.

# Ausgaben der laufenden Rechnung

## 1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

## 2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

## 3. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1974

### Begriffsinhalt:

Finanzstatistische Summe, aller Ausgaben, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten anfallen und nicht vermögenswirksam sind, bereinigt um >>> Zahlungen von gleicher (Haushalts-) Ebene.

Zu den Ausgaben der laufenden Rechnung zählen folgende Ausgabearten:

- >>> Personalausgaben,
- >>> Laufender Sachaufwand,
- >>> Zinsausgaben,
- >>> Laufende Zuweisungen und Erstattungen an öffentlichen Bereich,
- >>> Laufende Zuschüsse an andere Bereiche,
- >>> Schuldendiensthilfen.

### Änderungen im Zeitablauf:

Siehe die Erläuterungen unter >>> bereinigte Ausgaben bzw. unter den oben genannten Ausgabearten.

# Ausgaben des Staates

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Summe der folgenden vom >>> Staat (>>> Gebietskörperschaften und >>> Sozialversicherung) geleisteten Ausgabekategorien:

- Zinsen auf öffentliche Schulden
- >>> Laufende Übertragungen
  - >>> Subventionen
  - >>> Soziale Leistungen
  - >>> Sonstige laufende Übertragungen
- >>> Vermögensübertragungen
- >>> Staatsverbrauch
- >>> Bruttoinvestitionen.

### Begriffsbeziehungen:

- Einnahmen des Staates
- Ausgaben des Staates
- = Finanzierungssaldo des Staates

# **Ausgaben für Beratungen in Fragen der Ehe, Familie und Jugend**

**Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

## **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden insbesondere für Erziehungsberatungsstellen sowie für die Durchführung von Kursen für Mitarbeiter dieser Stellen jedoch ohne Ausgaben für Investitionen und ohne Kosten der allgemeinen Verwaltung.

## **Ausgaben für den privaten Verbrauch**

**Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1958

## **Begriffsinhalt:**

Käufe von Waren und Dienstleistungen je Haushalt und Monat für den Eigenverbrauch und für Geschenke an Dritte, einschließlich der unterstellten Käufe.

Die als Ausgaben für den Privaten Verbrauch nachgewiesenen Beträge je Haushalt und Monat beziehen sich auf die Marktentnahme der beobachteten Haushalte. Der Private Verbrauch wird an den von den Haushalten gezahlten bzw. abzuzahlenden Preisen für die gekauften Waren und Dienstleistungen sowie an dem Wert der unterstellten Käufe gemessen. Zu den unterstellten Käufen rechnen die zu Einzelhandelspreisen bewerteten Deputate der Arbeitnehmer sowie der fiktive Mietwert von Eigentümerwohnungen, der sich nach der Höhe der Miete von vergleichbaren Mietwohnungen richtet.

Es wird immer der volle Kaufpreis in Ansatz gebracht, auch wenn dieser (z.B. bei Teilzahlungskäufen) nicht vollständig entrichtet wurde.

Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch sind nicht identisch mit dem tatsächlichen Verbrauch der Haushalte. Nicht in die Ausgaben einbezogen sind der Wert von Sachgeschenken von Dritten, der Wert von Sachzugängen aus Eigenbewirtschaftung (z.B. Erzeugnisse aus eigenem Garten und aus Kleintierhaltung), die Vorratsveränderung und die Abschreibungen auf Gebrauchsgüter, der Verbrauch im Haushalt erzeugter Waren und Dienstleistungen, der Verbrauch auf Geschäftskosten und der Verbrauch von unentgeltlichen Staatsleistungen.

Die Ausgaben für den Privaten Verbrauch gliedern sich im einzelnen in die Hauptgruppen Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren(1), Bekleidung, Schuhe(2), Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)(3), Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung(4), Güter für die Gesundheits- und Körperpflege(5), Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung(6), Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes)(7) und Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art(8).

## **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1985 wurden folgende Hauptgruppen unterschieden: Nahrungs- und Genußmittel (einschl. fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten), Kleidung, Schuhe, Wohnungsmieten u.ä., Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä. übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung, ferner Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung, Körper- und Gesundheitspflege und für Bildungs- und Unterhaltungszwecke sowie persönliche Ausstattung und sonstige Waren und Dienstleistungen.

## **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Ausgaben für den Privaten Verbrauch werden unter den "sonstigen Ausgaben" solche Ausgaben zusammengefaßt, die nicht für Konsumzwecke getätigt werden. Hierzu zählen im einzelnen die gezahlten >>> Einkommen- und Vermögensteuern, die >>> Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung sowie die >>> übrigen Ausgaben.

# Ausgaben für Erholungspflege

## Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1963

### Begriffsinhalt:

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Kinder-, Jugend- und Familienerholungspflege, für Wandern, Fahrten und Lager (z.B. in Jugendherbergen), soweit sie nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz aus Mitteln der Träger der öffentlichen Jugendhilfe geleistet werden.

# Ausgaben für freiwillige Erziehungshilfe

## Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1963

### Begriffsinhalt:

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die in Freiwilliger Erziehungshilfe untergebrachten Minderjährigen.

Freiwillige Erziehungshilfe ist eine spezielle Erziehungshilfeleistung für Minderjährige unter 17 Jahren, deren leibliche, geistige oder seelische Entwicklung gefährdet oder geschädigt ist und für die andere Hilfen nicht ausreichen. Im Unterschied zur Fürsorgeerziehung wird Freiwillige Erziehungshilfe auf Antrag der Personensorgeberechtigten vom Landesjugendamt gewährt, wenn diese glaubhaft erkennen lassen, daß sie bereit sind, die Durchführung der Freiwilligen Erziehungshilfe zu fördern. Die Personensorgeberechtigten haben - ebenfalls im Unterschied zur Fürsorgeerziehung - bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Gewährung dieser Hilfe und können jederzeit deren Aufhebung verlangen.

Die Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe tragen die Landesjugendämter; die Unterhaltspflichtigen und - soweit möglich - auch der Minderjährige haben dabei einen Kostenbeitrag zu leisten.

Als Ausgaben werden in der Statistik die Bruttokosten der Unterbringung erfaßt. Die Kosten umfassen die dem Träger der Erziehungsmaßnahme in Rechnung gestellten Pflegesätze, Taschengeld und sonstige Kosten, zu denen die Kosten für die Unterbringung außerhalb von Heimen oder Familien, ferner Ausgaben des Trägers für Transport, Überführungen, Überwachung, Krankenbehandlung und besondere Ausstattung, Kosten der Bildungsfürsorge, Berufsförderung u.dgl. gehören. Soweit nicht nach Pflegesätzen abgerechnet wird, werden als Kosten die Ausgaben für die Verpflegung der Minderjährigen und jungen Volljährigen, für Gehälter und Löhne des Personals sowie für die Einrichtung des Hauses abzüglich eigener Einnahmen der Einrichtung (z.B. aus Werkstätten, Landwirtschaft, Gärtnerei u.dgl.) ermittelt.

### Begriffsbeziehungen:

Unter ähnlichen Voraussetzungen leisten die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Ausgaben für Minderjährige, für die Maßnahmen der Fürsorgeerziehung durchgeführt werden (siehe auch unter >>> Ausgaben für Fürsorgeerziehung).

## **Ausgaben für Fürsorgeerziehung**

### **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die in Fürsorgeerziehung untergebrachten Minderjährigen.

Die Kosten der Fürsorgeerziehung tragen die Landesjugendämter, wobei die Unterhaltsverpflichteten und - soweit möglich - auch der Minderjährige selbst einen Kostenbeitrag zu leisten haben. Als Ausgaben werden in der Statistik die Bruttokosten der Unterbringung erfaßt. Die Kosten umfassen die dem Träger in Rechnung gestellten Pflegesätze, Taschengeld und sonstige Kosten. Hierzu zählen die Kosten für die Unterbringung außerhalb von Heimen oder Familien, ferner Ausgaben des Trägers für Transport, Überführung, Überwachung, Krankenbehandlung und besondere Ausstattung, Kosten der Bildungsfürsorge, Berufsförderung u.dgl.

Falls nicht nach Pflegesätzen abgerechnet wird, werden als Kosten die Ausgaben für die Verpflegung der Minderjährigen und jungen Volljährigen, für Gehälter und Löhne des Personals, sowie für die Einrichtung des Hauses abzüglich eigener Einnahmen der Einrichtung (z.B. aus Werkstätten, Landwirtschaft, Gärtnerei u.dgl.) ermittelt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Unter ähnlichen Voraussetzungen leisten die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Ausgaben für Minderjährige, für die Maßnahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe durchgeführt werden (siehe auch unter >>> Ausgaben für Freiwillige Erziehungshilfe).

## **Ausgaben für Hilfe durch Familienpflege**

### **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Pflegekinder und alle Minderjährigen, die sich außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden.

Nicht zu den Ausgaben für Hilfe durch Familienpflege zählen Ausgaben für Minderjährige in Freiwilliger Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung.

## **Ausgaben für Hilfe durch Heimpflege**

### **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Unterbringung Minderjähriger in Heimen.

Nicht einbezogen sind die Kosten der Unterbringung für Zwecke der Jugendberufshilfe, Erholung, Freiwilligen Erziehungshilfe, Fürsorgeerziehung und Hilfen nach § 75a JWG (Maßnahmen, die im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe oder der Fürsorgeerziehung zur schulischen oder beruflichen Bildung einschl. der Berufsvorbereitung eingeleitet und über den Zeitpunkt des Eintritts der Volljährigkeit hinaus fortgesetzt wurden).

Für die Ermittlung dieser Kosten gelten die gleichen Grundsätze wie für den Nachweis der Kosten der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung.

# **Ausgaben für Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen**

## **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

### **Begriffsinhalt:**

Alle Ausgaben der Träger der Jugendhilfe aus öffentlichen Mitteln für Hilfen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, soweit diese Hilfen von den Jugendwohlfahrtsbehörden außerhalb von Einrichtungen gewährt werden.

Nicht zu den Ausgaben außerhalb von Einrichtungen zählen daher die Ausgaben für eine Unterbringung von Minderjährigen in Heimen oder sonstigen Einrichtungen der Jugendhilfe in Kindertagesstätten. Auch die Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe sowie die Ausgaben für Führungs- und Leitungsaufgaben, zentrale Förderung und die Förderung privater gewerblicher Träger zählen nicht zu den Ausgaben außerhalb von Einrichtungen.

# **Ausgaben für Jugendhilfe in Einrichtungen**

## **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

### **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Träger der Jugendhilfe aus öffentlichen Mitteln für Einzel-, Gruppen- und Pauschalhilfen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz, soweit diese Hilfen in Einrichtungen gewährt werden.

Nicht einbezogen sind die Ausgaben für Bauinvestitionen (Neu- und Wiederaufbau, Erweiterungs- und Umbauten, große Instandsetzungen), für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen einschl. Ersteinrichtung und für den Erwerb von Grundvermögen sowie die allgemeinen Verwaltungskosten der Jugendbehörden. Nicht zu den Ausgaben in Einrichtungen zählen die Pauschalzuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den laufenden Betriebskosten zur Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Träger der freien Jugendhilfe sowie privater gewerblicher Träger.

# **Ausgaben für Kindertagesstätten**

## **Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1963

### **Begriffsinhalt:**

Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Unterbringung von Kindern im Alter bis zu 15 Jahren in >>> Kinderkrippen, >>> Kindergärten und >>> Horten.

Kindertagesstätten bestehen sowohl als selbständige Einrichtungen als auch in verschiedenen Kombinationsformen; Kindergarten und Hort, Krippe und Kindergarten usw. Nicht eingeschlossen sind Ausgaben der Jugendwohlfahrtsbehörden für eigene Einrichtungen sowie für Institutionen.

In den Ländern Bremen und Nordrhein-Westfalen wird anstelle des Oberbegriffs Kindertagesstätte der Oberbegriff Tageseinrichtung für Kinder verwendet. Der Oberbegriff Kindertagesstätte umfaßt dagegen in Nordrhein-Westfalen nur Einrichtungen für Kinder, in denen eine ganztägige Betreuung einschl. Mittagessen möglich ist. In Bremen und Hamburg werden Einrichtungen mit Ganztagscharakter als Kindertagesheime und in Baden-Württemberg als Kindertagesheime bezeichnet.



## Ausgewählte Länder

### Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

Im folgenden sind alle Ländernamen aufgeführt, für die im Statistischen Informationssystem des Bundes Ergebnisse aus der Außenhandelsstatistik enthalten sind und für die Besonderheiten bei der regionalen Abgrenzung beachtet werden müssen:

Frankreich	umfaßt	Frankreich einschl. Monaco
Vereinigtes Königreich	"	Großbritannien, Nordirland, britische Kanalinseln und die Insel Man
Italien	"	Italien einschl. San Marino
Österreich	"	Österreich ausschl. der Zollausschlüsse Jungholz und Mittelberg
Schweiz	"	Schweiz einschl. Liechtenstein und Büsingen
Norwegen	"	Norwegen (einschl. Svalbard, Spitzbergen)
Portugal	"	Portugal (einschl. Azoren und Madeira)
Vereinigte Staaten	"	Vereinigte Staaten von Amerika einschl. Puerto Rico
Brit. Gebiet im Indischen Ozean	"	Brit. Gebiet im Indischen Ozean (Tschagosinseln)
Niederländische Antillen	"	Niederländische Antillen (Curacao, Aruba Antillen usw.)
Indien	"	Indien (einschl. Sikkim)
Malaysia	"	Malaysia (Malaiischer Bund, Sabah, Sarawak)
Neuseeländisch-Ozeanien	"	Neuseeländisch-Ozeanien (Tokelau- und Ozeanien Niue-Inseln); Cookinseln
Australisch-Ozeanien	"	Australisch-Ozeanien (Heard- und McDonaldinseln, Kokosinseln, Weihnachts- und Norfolkinseln)

## Ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien

### Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

#### Begriffsinhalt:

Teil der Industriegauptgruppe >>> Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, der die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr.	25
Stahl- und Warmwalzwerke	" T.a	2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	"	2910
Ziehereien und Kaltwalzwerke	"	3010
Papier und Pappe erzeugende Industrie	" T.a	55

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1972 ist die Industrie der Steine und Erden nicht einbezogen.

### Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und >>> Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Herstellung von Stahlrohren. Nur zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rechnen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest und die Hochofenwerke.

Ferner zählen zum Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien und Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien rechnen - neben den zu den ausgewählten Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige NE-Metallhalbzeugwerke, chemische Industrie, Kohlenwertstoffindustrie (nur 1976) und Holzschliff und Zellstoff erzeugende Industrie.

## Ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien

### Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

### Begriffsinhalt:

Teil der Industriebauptgruppe >>> Investitionsgüterindustrien, der die Industriebauptgruppen bzw. -zweige

Stahl- und Leichtmetallbau	IB-Nr.	31
Maschinenbau (ohne Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, einschl. Herstellung von Lokomotiven)	"	32
Straßenfahrzeugbau (nur Nutzfahrzeuge; Liefer- und Lastkraftwagen über 12 t zulässiges Gesamtgewicht, Kommunalfahrzeuge, Omnibusse und Obusse)	"	T.a. 3313
Schiffbau	"	34
Elektrotechnische Industrie (nur Investitionsgüter: Starkstromtechnische Investitionsgüter, nachrichten- und informationstechnische Investitionsgüter)	"	T.a. 36
Feinmechanische und optische Industrie (ohne Uhrenindustrie)	"	3710-3760

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien. Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Investitionsgüterindustrien.

## Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1972 ist die feinmechanische und optische Industrie nicht einbezogen.

## Begriffsbeziehungen:

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien und >>> Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien rechnet im wesentlichen die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen; nur zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe rechnet im wesentlichen die Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen.

Ferner zählen zum Investitionsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Investitionsgüterindustrien und Investitionsgüterindustrien (Index des Auftragsbestands in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Investitionsgüterindustrien rechnen - neben den zu den ausgewählten Zweigen der Investitionsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige Stahlverformung, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern sowie Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten.

# Ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie insgesamt

## Index des Auftragsbestands in der Industrie

Datennachweis: 1970 bis 1976

## Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der ausgewählte Industriegruppen und -zweige aus den

>>> Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien,

>>> Investitionsgüterindustrien und

>>> Verbrauchsgüterindustrien

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971 umfaßt. Im einzelnen rechnen dazu die Industriegruppen bzw. -zweige

Industrie der Steine und Erden	IB-Nr.	25
Stahl- und Warmwalzwerke	"	T.a. 2710
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	"	2910
Ziehereien und Kaltwalzwerke	"	3010
Stahl- und Leichtmetallbau	"	31
Maschinenbau (ohne Herstellung von Büromaschinen, Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung)	"	32
Straßenfahrzeugbau (nur Nutzfahrzeuge) (Liefer- und Lastkraftwagen über 12 t zulässiges Gesamtgewicht, Kommunalfahrzeuge, Omnibusse und Obusse)	"	T.a. 3313
Schiffbau	"	34
Elektrotechnische Industrie (nur Investitionsgüter) (ohne Herstellung von Büromaschinen, Geräten und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung)	"	T.a. 36
Feinmechanische und optische Industrie (ohne Uhrenindustrie)	"	3710-3760
Papier und Pappe erzeugende Industrie	"	T.a. 55
Schuhindustrie	"	6250

Textilindustrie	"	63
Bekleidungsindustrie	"	64

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie. Handwerksunternehmen, die in diesen Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zur Industrie.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1972 waren die Industrie der Steine und Erden sowie die feinmechanische und optische Industrie nicht einbezogen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Verarbeitenden Industrie und >>> Verarbeitende Industrie (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Die Verarbeitende Industrie ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien umfaßt neben den zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie rechnenden Industriezweigen auch die Industriezweige NE-Metallhalbzeugwerke, Stahlverformung, Herstellung von Personenkraftwagen, Kleinomnibussen, Kombinationskraftwagen, Krafträdern, Karosserien, Aufbauten, Anhängern und Fahrrädern, Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, chemische Industrie einschl. Kohlenwertstoffindustrie, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, feinkeramische Industrie, Glasindustrie, Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie, Holzschliff

und Zellstoff erzeugende Industrie, papier- und pappeverarbeitende Industrie, kunststoffverarbeitende Industrie und ledererzeugende Industrie.

Die ausgewählten Zweige der Verarbeitenden Industrie und das >>> Verarbeitende Gewerbe (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden, zum Verarbeitenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO. Nur zu den ausgewählten Zweigen der Verarbeitenden Industrie rechnen im wesentlichen Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau und Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen. Nur zum Verarbeitenden Gewerbe rechnen im wesentlichen die Wirtschaftszweige Herstellung von Schleifmitteln und Verarbeitung von Asbest sowie Steinbildhauerei und Steinmetzerei, Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen, Maßschneiderei, Maßanfertigung von Bekleidung und von Schuhen und Matratzenpolsterei.

Ferner rechnen zum Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie.

## **Ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien**

### **Index des Auftragsbestands in der Industrie**

Datennachweis: 1970 bis 1976

#### **Begriffsinhalt:**

Teil der Industriebauptgruppe >>> Verbrauchsgüterindustrien, der die Industriegruppen bzw. -zweige

Schuhindustrie	IB-Nr. 6250
Textilindustrie	" 63
Bekleidungsindustrie	" 64

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, Ausgabe 1971, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index des Auftragsbestands für ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien. Handwerksunternehmen, die in den genannten Industriegruppen bzw. -zweigen tätig sind, rechnen in der Regel nicht zu den Verbrauchsgüterindustrien.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien und >>> Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (Index des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zu den ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht, zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe dagegen Wirtschaftszweige nach der SYPRO zusammengefaßt werden. Nur zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe rechnen im wesentlichen Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung und Maßschneiderei.

Ferner zählen zum Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen, die in dieser Wirtschaftshauptgruppe tätig sind; dagegen zählen solche Unternehmen in der Regel nicht zur Industrie

Die Begriffe ausgewählte Zweige der Verbrauchsgüterindustrien und Verbrauchsgüterindustrien (Index des Auftragseingangs in der Industrie) sind unterschiedlich abgegrenzt. Zu den Verbrauchsgüterindustrien zählen - neben den zu den ausgewählten Zweigen der Verbrauchsgüterindustrien zusammengefaßten Industriezweigen - auch die Industriezweige feinkeramische Industrie, Glasindustrie, Holzmöbel- und Polstermöbelindustrie, papier- und papperarbeitende Industrie, kunststoffverarbeitende Industrie und ledererzeugende Industrie.

## **Ausgleichsforderungen und sonstige Altverbindlichkeiten**

**1. Vierteljährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

**2. Jährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1950

**Begriffsinhalt:**

Verpflichtungen des >>> Bundes und der >>> Länder, die im Zuge der Währungsreform entstanden sind sowie Deckungsforderungen an den >>> Lastenausgleichsfonds für Entschädigungsansprüche aus der Aufwertung von Spareinlagen.

Zu den Verpflichtungen des Bundes und der Länder rechnen die Ausgleichsforderungen und die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost. Ausgleichsforderungen sind Schuldbuchforderungen der Geld-, Kredit- und Versicherungsinstitute und der Bausparkassen, die nach der Währungsreform als Deckung für das zur Versorgung der Bevölkerung, der Wirtschaft und der öffentlichen Hand ausgegebene Geld entstanden sind. Die Ablösungs- und Entschädigungsschulden des Bundes, der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sind Entschädigungsverpflichtungen für Kapitalansprüche gegen das Deutsche Reich, die Reichsbahn und das Land Preußen gemäß dem Altsparger Gesetz in der Fassung vom 1.4.1959 (BGBl. I S. 169) und 14.7.1953 (BGBl. I S. 495) sowie dem Allgemeinen Kriegsfolgegesetz vom 5.11.1957 (BGBl. I S. 1747).

Zu den Deckungsforderungen an den Lastenausgleichsfonds rechnen u.a. die Forderungen der Geldinstitute und der Bundespost zur Deckung der Entschädigungsansprüche der Vertriebenen für Sparguthaben bei Kreditinstituten und bei der Postsparkasse ihres Heimatlandes.

## **Ausländer**

Alle unter 1. genannten Statistiken

**Begriffsinhalt:**

Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend anwesend sind.

Hierzu rechnen alle Personen, die nicht >>> Deutsche und auch nicht den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz) gleichgestellt sind. Im einzelnen zählen dazu Personen mit nur fremder Staatsangehörigkeit, die Inhaber des Nansen-Passes (Ausweis für Staatenlose) und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

Die in der Bundesrepublik Deutschland anwesenden nichtdeutschen Flüchtlinge, die den Status eines heimatlosen Ausländers oder ausländischen Flüchtlings besitzen, zählen auch zu den Ausländern.

Personen, die neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit angeben, rechnen nicht zu den Ausländern.

### **1.1 Volks- und Berufszählung 1987**

### **1.2 Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Nicht erfaßt werden die Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte, die im Bundesgebiet tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise.

### **1.3 Arbeitsstättenzählung 1970**

#### **Begriffsinhalt:**

Nicht erfaßt werden Personen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte usw. beschäftigt sind.

### **1.4 Ausländerstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Die Mitglieder der Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit statistisch nicht erfaßt.

Ausländer, die zum jeweiligen Erhebungsstichtag zwar bei der örtlichen Ausländerbehörde bereits registriert, von dieser aber noch nicht dem Ausländerzentralregister zur Aufnahme in die Hauptdatei gemeldet worden sind, fehlen im Nachweis. Umgekehrt dürfte der Bestand um Personen überhöht sein, die am Auszählungsstichtag das Bundesgebiet wieder verlassen haben oder verstorben sind.

Die Auszählung des Ausländerzentralregisters erfolgt jeweils zum 31.12.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Von 1974 bis 1984 war der 30. September Erhebungsstichtag.

### **1.5 Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Nicht erfaßt werden die Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte, die im Bundesgebiet tätigen Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten.

### **1.6 Studentenstatistik**

Datennachweis: ab Sommersemester 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden ausländische >>> Studenten und >>> Studienanfänger.

## **1.7 Statistik des allgemeinen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1976

## **1.8 Statistik des beruflichen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1976

### **Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden ausländische >>> Schüler.

## **2.1 Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr**

Datennachweis: ab 1981

## **2.2 Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten**

Datennachweis: 1960 bis 1980

### **Begriffsinhalt:**

Personen, die ihren ständigen Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West), der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) haben, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.

Als ständiger Wohnsitz gilt der überwiegende Aufenthaltsort. Beispielsweise gelten daher Angehörige der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte in ihrer Eigenschaft als Gäste von Beherbergungsstätten nicht als Ausländer, sondern als >>> Inländer.

# **Ausländische Bevölkerung in Privathaushalten**

## **Vorausschätzung der Privathaushalte**

Datennachweis: 1982 bis 2000

### **Begriffsinhalt:**

Alle in Privathaushalten lebenden Personen, soweit sie nicht >>> Deutsche sind.

Zur >>> Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben, sowie Personen mit mehreren >>> Wohnungen oder >>> Unterkünften.

Bei dieser Bevölkerungsgruppe kann es zu Mehrfachzählungen von Personen mit mehr als einer Wohnung im Bundesgebiet kommen. Diese Personen werden, soweit sie Mitglied eines Haushalts sind, sowohl in der einen als auch in der anderen Wohnung als Haushaltsmitglieder gezählt. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als >>> Untermieter(in) einen zweiten Wohnsitz hat, Angehörige von zwei Haushalten: Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter(in) einen >>> Einpersonenhaushalt.

Diese Regelung ist dadurch gerechtfertigt, daß Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Ausnahme:

Ledige Personen, die 25 Jahre und älter sind, zählen nicht mehr zum Haushalt der Eltern, wenn sie eine weitere Wohnung haben, sich dort überwiegend aufhalten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Sie können in diesem Fall nicht Bezugsperson im Haushalt der Eltern sein und müssen als Stellung zur 1. Person "Kind" oder "Enkel" angegeben haben.

Als >>> Ausländer gelten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG besitzen. Dazu zählen auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte und der diplomatischen und konsularischen Vertretungen - soweit sie nicht Deutsche sind, wie z.B. Honorarkonsuln - und ihre Familienangehörigen unterliegen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes und werden somit auch statistisch nicht erfaßt.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die für 1982 als Vergleichszahlen nachgewiesenen Daten beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus. Die Daten für 1985 und folgende Jahre stellen geschätzte Werte dar.

## **Ausländische Schüler**

### **Statistik des allgemeinen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die Schulen des allgemeinen Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland besuchen und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Zu den Schulen des allgemeinen Schulwesens rechnen >>> Schulkindergärten, >>> Grund- und Hauptschulen, >>> Sonderschulen, >>> Realschulen, >>> Gymnasien, >>> Gesamtschulen, >>> Abendrealschulen, >>> Abendgymnasien und >>> Kollegs.

## **Ausrüstungen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

In der Sozialproduktsberechnung synonym für Ausrüstungsinvestitionen, die zusammen mit den Bauinvestitionen die >>> Anlageinvestitionen bilden, in der Anlagevermögensrechnung Bestandteil des >>> Anlagevermögens.

## **Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Teil der >>> Vermögenseinkommen, die zusammen mit den Einkommen aus Unternehmertätigkeit die >>> Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bilden.

Dividenden und sonstige Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit werden im Prinzip vor Abzug von nichtveranlagten Steuern vom Ertrag und sonstigen direkten Steuern nachgewiesen. Auch solche Ausschüttungen sind einbezogen, die zur Kapitalerhöhung in den betreffenden Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit verwendet werden. Enthalten sind ferner die Ablieferungen und Überschüsse der öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Ausgenommen ist die Gewährung von Gratis- und Kapitalberichtigungsaktien.



# Außenbeitrag

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Saldo aus >>> Ausfuhr und >>> Einfuhr.

>>> Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen abzüglich >>> Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, einschließlich >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der bzw. an die übrige Welt.

## Ausstattung/Beheizung der Wohnung

### Gebäude- und Wohnungszählung 1968

#### Begriffsinhalt:

Grundmerkmale der Ausstattung und Beheizung sind:

##### - Bäder:

Als Bad gilt sowohl ein Badezimmer als auch ein Duschraum. Zum Badezimmer gehört eine Wanne (auch Sitzbadewanne) und eine Anlage zur Warmwasserbereitung oder -entnahme. Zum Duschraum gehört mindestens eine Brause mit Bodenwanne. Im Badezimmer bzw. Duschraum selbst muß eine Abflußmöglichkeit für das Wasser vorhanden sein.

##### - Toiletten:

Hierzu rechnen Toiletten mit oder ohne Wasserspülung. Als WC gelten nur Toiletten mit Wasserspülung, d.h. Toiletten, die über Spülkästen und Druckspüler an ein Wassernetz angeschlossen sind. Das WC kann innerhalb der Wohnung, außerhalb der Wohnung, aber innerhalb des Gebäudes oder außerhalb des Gebäudes liegen.

##### - Einzel- oder Mehrraumofenheizung:

Einzelöfen beheizen jeweils nur den Raum in dem sie stehen. Ein Mehrraumofen ist ein zwischen den Räumen eingebauter Ofen, der mehrere Räume gleichzeitig (auch durch Luftkanäle) heizt. Bei den Einzel- und Mehrraumofenheizungen wird danach unterschieden, mit welchem Brennmaterial die Öfen betrieben werden (Gas, Strom bzw. Kohle, Holz, Torf usw.).

##### - Etagenheizung:

Etagenheizung liegt vor, wenn die Räume der Etagenwohneinheit von einer einzigen, nur für die betroffene Einheit bestimmten Heizquelle über ein Röhrensystem beheizt werden.

##### - Fernheizung:

Bei Fernheizungen werden mehrere Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.

##### - Zentralheizung:

Bei einer Zentralheizung werden die Räume einer Wohneinheit über ein Röhrensystem von einer zentralen Heizquelle geheizt, die außerhalb der Einheit, in der Regel aber innerhalb des Gebäudes (meistens im Keller) liegt.

##### - Sammelheizung:

Zu den Sammelheizungen rechnen Etagen-, Zentral- und Fernheizungen.

# **Aussteiger vom Streckenzielflugplatz**

**Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen**

Datennachweis: ab 1972

## **Begriffsinhalt:**

Fluggäste, die am Streckenzielflugplatz das betreffende Luftfahrzeug verlassen.

Als "Streckenzielflugplatz" gilt der Aussteige- bzw. Ausladeplatz auf einer Flugstrecke, der sowohl Umsteige- als auch Endzielflugplatz sein kann.

# **Austauschverhältnis (Terms of Trade)**

**Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1952

## **Begriffsinhalt:**

Meßgröße für die Entwicklung der Austauschrelationen im Außenhandel. Das Austauschverhältnis gibt an, in welchem Maße der gewogene durchschnittliche Erlös je Mengeneinheit in der Ausfuhr sich günstiger oder ungünstiger entwickelt hat als der gewogene durchschnittliche Aufwand je Mengeneinheit in der Einfuhr.

Zur Berechnung des realen Austauschverhältnisses werden Durchschnittswertindizes der Ausfuhr und der Einfuhr zueinander ins Verhältnis gesetzt. Diese Durchschnittswertindizes werden nach der Formel von Paasche durch einen Vergleich der tatsächlichen Ausfuhr- bzw. Einfuhrwerte des Berichtszeitraumes mit den Ausfuhr- bzw. Einfuhrvolumina des Berichtszeitraumes ermittelt.

## **Änderungen im Zeitablauf:**

Für das Austauschverhältnis und die Durchschnittswertindizes gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die >>> Warenausfuhr bzw. die >>> Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## **Begriffsbeziehungen:**

Die Entwicklung der Austauschrelationen von Ausfuhr- und Einfuhrgütern kann auch gemessen werden durch das Verhältnis des Index der Ausfuhrpreise und des Index der Einfuhrpreise. Begrifflich bestehen jedoch zwischen diesen Preisindizes und den Durchschnittswertindizes erhebliche Unterschiede. Die Durchschnittswertindizes werden nach der Paasche-Formel (wechselnde Gewichtung), die Aus- und Einfuhrpreisindizes nach der Laspeyres-Formel (konstante Gewichtung) berechnet. Während bei den Preisindizes alle Veränderungen ausgeschaltet werden, die nicht reine Preisbewegungen sind, gehen in die Durchschnittswertindizes neben reinen Preisänderungen auch Veränderungen in der Zusammensetzung der Indexgruppen, Qualitätsänderungen gleichartiger Produkte, Verschiebungen zwischen Lieferländern usw. mit ein. Schließlich wird bei den Durchschnittswertindizes vom Zeitpunkt des Grenzübertritts der Waren, bei den Aus- und Einfuhrpreisindizes vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ausgegangen.

# **Auswärtige Angelegenheiten**

**Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

## **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für

- die diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Bundes im Ausland;

- Kostenbeteiligungen an internationalen Organisationen (Beitragsanteile an Europäische Gemeinschaften, Europarat, Westeuropäische Union, OECD u.ä.);
- die Förderung von >>> Entwicklungsländern durch technische, wirtschaftliche, finanzielle und sonstige Hilfsmaßnahmen (z.B. bilaterale Zusammenarbeit auf wirtschaftlich-technischen Gebieten, auf dem Gebiet des Erziehungswesens, der Sozialstruktur; Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer; Zuschüsse und Beiträge an nationale und internationale Organisationen und Einrichtungen der Entwicklungshilfe);
- die Förderung des Auslandschulwesens und der kulturellen Angelegenheiten im Ausland;
- sonstige Aufgaben im Rahmen internationaler Beziehungen.

## **Auszubildende**

### **Berufsbildungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen (früher: Lehrlinge)

Dabei handelt es sich um Personen, deren Ausbildung normalerweise in einen Angestellten- oder Arbeiterberuf einmündet. Einbezogen ist auch die Ausbildung zum Matrosen in der Seeschifffahrt bzw. Schiffsmechaniker, die in vergleichbaren betrieblichen Ausbildungsgängen außerhalb des Geltungsbereichs des Berufsbildungsgesetzes in Ausbildung stehen.

Nicht zu den Auszubildenden zählen Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich an berufsbildenden Schulen erfolgt (z.B. Lehre ersetzende >>> Berufsfachschulen oder >>> Schulen des Gesundheitswesens) sowie Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z.B. Beamte im Vorbereitungsdienst).

Nicht einbezogen sind ferner Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Auszubildenden umfassen die >>> Nachwuchskräfte (Arbeitsstättenzählung 1970) auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

Im Unterschied zu den Auszubildenden in der Statistik der beruflichen Bildung umfassen die >>> gewerblich Auszubildenden (Volks- und Berufszählung 1970, Monatlicher Baubericht, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) bzw. die >>> kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden (Volks- und Berufszählung 1970) außer den Personen, die in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen bzw. in anerkannten kaufmännischen, technischen oder Verwaltungsausbildungsberufen ausgebildet werden, auch die Praktikanten, Volontäre und Umschüler mit entsprechenden Tätigkeiten.

Zu beachten ist ferner, daß z.B. Praktikanten in mehreren Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten beschäftigt sind und daher in den Bereichsstatistiken und der Arbeitsstättenzählung 1970 mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1970 wird jeder Praktikant nur einmal erfaßt, da die Person selbst und nicht der Betrieb, das Unternehmen oder die Arbeitsstätte die Erhebungseinheit ist.

# **Bahnhöfe**

## **Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

### **Begriffsinhalt:**

Bahnanlagen mit mindestens einer Weiche, auf denen Züge beginnen, enden, kreuzen, überholen oder mit Gleiswechsel wenden können.

Selbständige Güter-, Verschiebe- und Werkstättenbahnhöfe zählen ebenfalls zu den Bahnhöfen.

### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Bahnhöfen liegen >>> Haltepunkte, Haltestellen (Eisenbahnstatistik) an der freien Strecke.

Sowohl Bahnhöfe als auch Haltepunkte und Haltestellen dienen der Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs.

# **Bahnübergänge**

## **Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

### **Begriffsinhalt:**

Kreuzungen der Eisenbahngleise mit Straßen und Wegen (auch Fußgängerwegen) in schienengleicher Höhe.

Bahnübergänge gelten dann als "mit technischer Sicherung" ausgestattet, wenn sie über Schranken oder über Blinklichter (mit oder ohne Halbschranken) verfügen. Alle übrigen Bahnübergänge gelten als Bahnübergänge "ohne technische Sicherung", auch solche, die durch Drehkreuze, Umlaufsperrern, Heckentore und andere bedienbare Abschlüsse ohne Antrieb abgeschlossen sind. Hörbare Signale von Eisenbahnfahrzeugen gelten ebenfalls nicht als technische Sicherung der Bahnübergänge.

# **Bauabgang**

## **Statistik des Bauabganges**

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **Begriffsinhalt:**

>>> Gebäude und Gebäudeteile, deren Nutzung geändert wird oder die durch bauaufsichtliche Maßnahmen, Schadensfälle oder Abbruch der Nutzung entzogen werden.

Nutzungsänderungen zwischen >>> Wohn- und >>> Nichtwohngebäuden sind eben falls mit einem Abgang verbunden.

# **Baualter / Baujahr**

## **Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

### **Begriffsinhalt:**

Das Baujahr der Wohneinheiten wird vom Baujahr des Gebäudes abgeleitet.

Als Baujahr eines Gebäudes gilt das Jahr der Bezugsfertigstellung. Bei Gebäuden, die durch Schäden teilweise unbenutzbar geworden waren und wiederhergestellt wurden, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung, bei total zerstörten und wiederaufgebauten Gebäuden das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr.

## **Baufertigstellungen**

### **Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **Begriffsinhalt:**

Bauvorhaben, bei denen die Bauarbeiten weitgehend abgeschlossen und die >>> Gebäude bzw. die >>> Wohnungen bezugsfertig oder bereits bezogen sind.

Entscheidend für den Zeitpunkt der Fertigstellung ist nicht die Gebrauchsabnahme (früher: baupolizeiliche Schlußabnahme) sondern die Möglichkeit des Beginns der Nutzung (Bezugsfertigkeit).

Sind lediglich noch Schönheitsarbeiten vorzunehmen oder ist noch der Verputz an einem Gebäude aufzutragen, so gilt ein Bauvorhaben als fertiggestellt.

Ein Gebäude, das bezugsfertig, aber noch nicht in Gebrauch genommen ist, gilt als fertiggestellt.

## **Baugenehmigungen**

### **1. Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **2. Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1968; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **3. Statistik des Bauüberhanges**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **Begriffsinhalt:**

Ermittlung einer Erlaubnis durch die örtlich und sachlich zuständige Behörde eine >>> Baumaßnahme durchzuführen, bei der Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird (z.B. die Errichtung eines neuen >>> Wohn- oder >>> Nichtwohngebäudes oder von >>> Fertigteilbauten sowie die Durchführung einer Baumaßnahme an einem bestehenden Gebäude).

Eine Baugenehmigung wird schriftlich in Form eines Bauscheines erteilt, wenn die Baumaßnahme den rechtlichen Vorschriften entspricht. Als Baugenehmigung gilt auch eine vorläufige, mit Auflagen versehene oder eine Teilgenehmigung.

Zu den erteilten Baugenehmigungen rechnen ferner Bauanzeigen, die nicht zurückgewiesen wurden, sowie Zustimmungen zu Baumaßnahmen des Bundes und der Länder.

## **Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

### **1. Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1962 bis 1975

### **2. Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

**Begriffsinhalt:**

Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Baugeräten, Maschinen und maschinelle Anlagen, Baustellen-, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Zu dieser Art der >>> Anlageinvestitionen rechnen alle Bruttozugänge an Sachanlagen, die nicht als >>> Grundstücke ohne bzw. mit Bauten gelten. Namentlich gehören dazu Kräne und Förderanlagen, Baumaschinen aller Art wie Betonmischer, Planiermaschinen, Straßenbaumaschinen u.ä., ferner Werkzeuge, Ausstattungen für die Baustelle, den Betrieb und das Geschäft, Gerüste und Schalungen sowie Fahrzeuge und Schiffe.

Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Wertansatz schließt Mehrwertsteuer aus, soweit der Investor die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs hat. Investitionssteuer ist, soweit sie erhoben wurde, einbezogen.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Position Baugeräte, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung ist direkt vergleichbar mit der Anlageinvestitionsart >>> Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung (Sonstige Investitionsanlagen im Produzierenden Gewerbe).

## Baugewerblicher Umsatz

**1. Monatlicher Baubericht**

Datennachweis: 1950 bis 1977

**2. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

**3. Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

**Begriffsinhalt:**

Entgelte für erbrachte Bauleistungen im Inland, die als steuerbare (steuerpflichtige und steuerfreie) Beträge zur Festsetzung der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) zu melden sind, einschl. Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Leistungen ab 10 000 DM.

Im Bauhauptgewerbe gelten als Bauleistungen die baugewerblichen Leistungen von Betrieben im >>> Wohnungsbau, im >>> landwirtschaftlichen Bau, im >>> gewerblichen und industriellen Bau sowie im >>> öffentlichen Hochbau und >>> öffentlichen Tiefbau.

Die Umsätze aus allen im Rahmen einer sonstigen Produktionstätigkeit dieser Betriebe entstandenen Erzeugnissen (z.B. Baustoffe, Betonwaren) - soweit nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet - oder industriellen und handwerklichen Dienstleistungen (z.B. Gerätereparaturen für Dritte) rechnen nicht zum baugewerblichen Umsatz. Auch Erlöse aus dem Verkauf von Handelsware und Entgelte für sonstige nichtindustrielle bzw. nichthandwerkliche Tätigkeiten (z.B. Verpachtung und Verkauf von betrieblichen Geräten, Anlagen und Einrichtungen, Architekten- und Ingenieurleistungen, Lohnfahren) gehören nicht zum baugewerblichen Umsatz.

Eine Bauleistung gilt in der Regel dann als erbracht, wenn sie endgültig abgerechnet ist ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang.

Zur Umsatzsteuer zu melden sind Bauleistungen, wenn sie gegen Entgelt im Inland ausgeführt werden. Weiterhin anzumelden ist der Eigenverbrauch. Bauleistungen, die zwischen Betrieben eines Mehrbetriebsunternehmens innerhalb einer Organschaft erbracht werden, und der Selbstverbrauch sind nicht zur Umsatzsteuer zu melden. Selbstverbrauch liegt vor, wenn Bauleistungen im Inland der Verwendung oder Nutzung als Anlagevermögen zugeführt werden.

Als Entgelte für erbrachte Bauleistungen werden Preise abzüglich gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti usw.) angesetzt. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in diesen Entgelten nicht enthalten.

Zahlenmäßige Unterschiede zwischen Monatlichem Baubericht und Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe ergeben sich durch die Einbeziehung zusätzlicher Wirtschaftszweige (Fertigteilbau, ehem. Bauhilfsgewerbe, Bergbauliche Tiefbohrung) im Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1967 wurden bezahlte Bauleistungen, ab 1968 werden in der Regel vereinbarte Entgelte zugrunde gelegt. Bis einschl. 1967 war die Umsatzsteuer in den Wertansätzen für erbrachte Bauleistungen enthalten.

Bis einschl. 1979 rechneten Anzahlungen für Teilleistungen und Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Leistungen nicht zum baugewerblichen Umsatz.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum baugewerblichen Umsatz umfaßt der >>> Gesamtumsatz (Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe) auch den nicht bauleistungsbezogenen Umsatz, d.h. den Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, den Umsatz aus Handelsware und den Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Der baugewerbliche Umsatz unterscheidet sich vom >>> wirtschaftlichen Umsatz (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe) bzw. von der >>> Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes) wie folgt:

baugewerblicher Umsatz

- + Endbestand an begonnenen und noch nicht abgerechneten Bauten, einschl. fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben
- Anfangsbestand an begonnenen und noch nicht abgerechneten Bauten, einschl. fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben
- + selbsterstellte Bauleistungen
- + nichtbauleistungsbezogene Umsätze (Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, Umsatz aus Handelsware und Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten)

---

= wirtschaftlicher Umsatz bzw. Jahresbauleistung, sonstiger Umsatz.

Baugewerblicher Umsatz und >>> steuerbarer Umsatz (Umsatzsteuerstatistik) bezeichnen jeweils steuerliche Umsatzgrößen, jedoch bezieht sich der baugewerbliche Umsatz in der Regel auf die steuerbaren Entgelte für Bauleistungen. Zum steuerbaren Umsatz rechnen daneben auch die nicht bauleistungsbezogenen Umsätze.

## **Bauhauptgewerbe**

### **1.1 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1967; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

### **1.2 Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

### **1.3 Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: ab 1977

### **1.4 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: ab 1977

**Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftsgruppen

Hoch- und Tiefbau	SYPRO-Nr.	72
Spezialbau	"	73
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	"	74
Zimmerei, Dachdeckerei	"	75

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die Wirtschaftszweige:

Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	SYPRO-Nr.	7210
Hochbau (ohne Fertigteilbau)	"	7220
Herstellung von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau	"	7231
Fertigmontage von Fertigteilbauten aus Beton im Hochbau	"	7233
Herstellung von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau	"	7235
Montage von Fertigteilbauten aus Holz im Hochbau	"	7237
Erdbewegungsarbeiten, Landeskulturbau	"	7241
Wasser- und Wasserspezialbau	"	7242
Straßenbau	"	7243
Brunnenbau, nichtbergbauliche Tiefbohrung	"	7244
Bergbauliche Tiefbohrung; Aufschließung, Schachtbau (ohne Erdölbohrung)	"	7245
Tiefbau, a.n.g.	"	7249
Gerüstbau	"	7251
Fassadenreinigung	"	7255
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	"	7301
Gebäudetrocknung	"	7302
Abdichtung gegen Wasser, Feuchtigkeit	"	7303
Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung	"	7304
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe	"	7305
Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei	"	7400
Zimmerei, Ingenieurholzbau	"	7510
Dachdeckerei	"	7550

Nachgewiesen werden, neben absoluten Werten und Meßzahlen zum Bauhauptgewerbe, auch der >>> Index des Auftragseingangs, der >>> Index des Auftragsbestands sowie der >>> Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe ab Basis 1980 gegliedert in Indizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile.

Das Bauhauptgewerbe wird in >>> Hochbau und >>> Tiefbau untergliedert.

Zur Herstellung und Montage von Fertigteilbauten rechnet vor allem der Bau von Fertighäusern. Ein Fertigteilbau ist ein Bauwerk, das aus vorgefertigten Bauteilen zusammengefügt ist oder von dem Teile der Konstruktion, die nach Art und Zahl bedeutend sind, aus Fertigteilen bestehen. Fertigteile in diesem Sinne sind tragende oder nichttragende, mit Anschlußmitteln versehene Bauteile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt sind. Sie müssen mit Hilfe ihrer Anschlußmittel und ohne weitere Bearbeitung zum Bauwerk zusammengefügt oder mit örtlich (am Bau) hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. In der Statistik gilt ein Bauwerk als Fertigteilbau, wenn geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile, z.B. großformatige Wandtafeln, für Außen- oder Innenwände verwendet werden.

Zum Wirtschaftszweig Wasser- und Wasserspezialbau rechnet die Ausführung von Kanälen, Schleusen, Häfen, Deichen, Talsperren, Be- und Entwässerungs- sowie Kläranlagen.

Zum Wirtschaftszweig Straßenbau rechnet die Ausführung von Straßen, Wegen (z.B. Vorbereitung des Planums, Herstellung des Unterbaus, Steinsetzerei, Pflasterei, Bau bituminösebefestigungen, Zementbetonstraßenbau) einschl. der Straßenausstattung (z.B. Fahrbahnmarkierungen, Anbringen von Leitplanken, Vergießen von Fugen, Fels-hangsicherung).

Zur Wirtschaftsgruppe Tiefbau, a.n.g. zählt die Ausführung anderweitig nicht genannter Tiefbauarbeiten, z.B. Brücken- und Tunnelbau, Eisenbahnoberbau, Kabel- und Rohrlegerei, der Bau von Wasserversorgungsanlagen, Sportanlagen und Flugplätzen.



**Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung gegenüber dem Bauhauptgewerbe in den unter 2. genannten Indizes des Auftragseingangs und Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe siehe dort.

**2.1 Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1971 bis 1976

**2.2 Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1971 bis 1976

**Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, der den Hoch- und Tiefbau, den Spezialbau, das Stukkateurgewerbe, die Gipserei und Verputzerei sowie die Zimmerei und Dachdeckerei umfaßt.

Nachgewiesen werden der >>> Index des Auftragseingangs und der >>> Index des Auftragsbestands. Das Bauhauptgewerbe wird in Hochbau und Tiefbau untergliedert. Nicht enthalten ist der Fertigteilbau.

**Begriffsbeziehungen:**

Im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe in den unter 1. genannten Statistiken rechnen zum Bauhauptgewerbe in den unter 2. genannten Indizes des Auftragseingangs und des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe nicht die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton und aus Holz im Hochbau (Herstellung und Montage von Fertighäusern usw.), die bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und der Schachtbau (ohne Erdölbohrung), der Gerüstbau, die Fassadenreinigung und die Gebäudetrocknung.

## **Bauherr**

**1. Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

**2. Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: 1955 bis 1984; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

**Begriffsinhalt:**

Rechtlich und wirtschaftlich verantwortlicher Auftraggeber bei der Ausführung von Bauvorhaben.

Als Bauherr gilt, wer im eigenen Namen oder für eigene oder fremde Rechnung Bauvorhaben durchführt oder durchführen läßt. Die Feststellung des Bauherrn bezieht sich auf den Zeitpunkt der >>> Baugenehmigung. Sie ist deshalb unabhängig von einer evtl. beabsichtigten späteren Veräußerung der Gebäude oder >>> Wohnungen.

## **Bauindustrie**

**Index der Aktienkurse**

Datennachweis: 1966 bis 1983

**Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, welcher dem Bauhauptgewerbe (in der Abgrenzung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, i.d.F. der Statistik der Aktienmärkte) entspricht, soweit dort Unternehmen in Form von Aktiengesellschaften tätig sind.

Zum Bauhauptgewerbe rechnen der Hoch- und Tiefbau, der Spezialbau, das Stukkateurgewerbe, die Gipserei und Verputzerei und die Zimmerei und Dachdeckerei.



### **1.3 Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgabeart mit den Ausgaben für folgende, im einzelnen aufgeführte Baumaßnahmen:

Erweiterungs-, Neu-, Um- und Ausbauten einschl. der mit diesen Maßnahmen in sachlichem und baulichem Zusammenhang stehenden Tiefbauten und Anlagen (Versorgungs- und Heizungsanlagen, Schutzeinrichtungen, Entwässerungsanlagen), Abbruchs- und Aufschließungskosten,

Tiefbaumaßnahmen (z.B. Straßen, Wasserstraßen, Brücken, Hafenanlagen, Kanäle, Sportplätze, Freibäder), Betriebsanlagen und sonstige technische Anlagen, dauerhafte Einbauten und Ausstattungen (z.B. Zentralheizungen, elektrische Anlagen, Öfen),

Hochbaumaßnahmen

Aufwendungen für Planung, Entwurf, Bauleitung, Baunebenkosten.

### **2.1 Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **2.2 Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **2.3 Statistik des Bauüberhanges**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **Begriffsinhalt:**

Errichtung neuer >>> Gebäude und bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden.

Unter Errichtung neuer Gebäude werden sowohl Neubauten als auch Wiederaufbauten verstanden. Als Wiederaufbau gilt der Aufbau zerstörter oder abgerissener Gebäude ab Oberkante des noch vorhandenen Kellergeschosses.

Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind bauliche Veränderungen durch Umbau, Ausbau, Erweiterungen oder Wiederherstellungen an bestehenden Gebäuden.

## **Bäume**

### **Obstanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1972

#### **Begriffsinhalt:**

Obstbäume, die auf einer Fläche in Hauptnutzung zur erwerbsmäßigen Erzeugung von Obst angepflanzt sind, sofern die mit diesen Bäumen bepflanzte Fläche je Betrieb mindestens 15 Ar beträgt.

Da sich die Obstanbauerhebung auf Betriebe beschränkt, die mindestens 15 Ar Baumobst zum Verkauf angebaut haben, sind Obstbäume bei Erzeugern mit einer >>> Baumobstfläche von weniger als 15 AR und Obstbäume in Haus- und Kleingärten sowie im Streuanbau auf Äckern und Wiesen in der Erhebung nicht enthalten.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

1972 betrug die Mindestgröße der einbezogenen Baumobstflächen zusammen 10 Ar je Betrieb, seit 1977 15 Ar.

# Baumobstfläche

## Obstanbauerhebung

Datennachweis: ab 1972

### Begriffsinhalt:

Mit Obstbäumen bepflanzte Fläche, deren Ernte vollständig oder überwiegend zum Verkauf bestimmt ist.

Die angegebene Baumobstfläche ist die Nettoanbaufläche; Anteile für Vorgewende, Wirtschaftswege, Bewässerungsgräben usw. sind nicht enthalten. Erfasst sind Flächen mit reinen oder gemischten Beständen folgender Obstarten: Äpfel, Birnen, Kirschen, Pflaumen/ Zwetschen, Renekloden, Mirabellen, Aprikosen, Pfirsiche, Walnüsse.

### Änderungen im Zeitablauf:

1972 betrug die Mindestgröße der einbezogenen Baumobstflächen zusammen 10 Ar je Betrieb, seit 1977 15 Ar.

# Baumschulbetriebe

## Baumschulerhebung

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Alle Betriebe und Personen, die sich mit der Anzucht von Baumschulerzeugnissen befassen, ausgenommen betriebseigene Anzuchtstätten in Forstbetrieben, die Forstpflanzen ausschließlich für den eigenen Bedarf heranziehen.

# Baumschulen

## Bodennutzungshaupterhebung

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Flächen zur Anzucht und Vermehrung von Gehölzen einschl. der für das Frühjahr vorbereiteten Neuanlagen sowie der Forstbaumschulen.

Nicht zu den Baumschulen rechnen die Rebschulen und Rebunterlagenschnittgärten sowie die Saat- und Pflanzgärten der Forstbetriebe.

Erfasst werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1978 Erfassung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche; Feststellung sonstiger Baumschulen durch die Gemeinden.

### Begriffsbeziehungen:

Die in der Erhebung über Pflanzenbestände in Baumschulen dargestellten >>> Baumschulflächen sind durch unterschiedliche Abschneidegrenzen und verschiedene Erhebungstermine mit denen der Bodennutzungshaupterhebung nicht voll vergleichbar.

# Baumschulflächen

## Baumschulerhebung

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Flächen, auf denen Anzucht von Baumschulerzeugnissen jeder Anzuchtstufe betrieben wird unabhängig davon, ob die auf den Flächen befindlichen Pflanzenbestände auch in der Baumschulerhebung zahlenmäßig zu erfassen sind oder nicht.

Flächen, die in der Regel als Anzuchtfläche für Baumschulerzeugnisse genutzt werden, im Zeitpunkt der Erhebung aber nicht bepflanzt sind, sind unter "Sonstige Baumschulflächen" nachgewiesen. Hauptsächlich zählen hierzu die im Zeitpunkt der Erhebung abgeräumten Quartiere sowie Brachflächen, die zur späteren Aufschulung vorgesehen sind.

# Baureifes Land

## Statistik der Kaufwerte für Bauland

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 3/1991

### Begriffsinhalt:

Unbebaute Grundstücke oder Grundstücksteile, die von der Gemeinde für die Bebauung vorgesehen sind, bei denen die baurechtlichen Voraussetzungen für die Bebauung vorliegen und deren Erschließungsgrad die sofortige Bebauung gestattet.

Baureifes Land liegt im allgemeinen an endgültig oder vorläufig ausgebauten Straßen und ist in der Regel bereits in passende Bauparzellen eingeteilt.

Zum baureifen Land rechnen in erster Linie Baulücken und der städtebautechnisch aufgeschlossene Grundbesitz, der mitunter nur eine geringe oder keine Bebauung zeigt. Auf die Größe des Grundstücks kommt es nicht an. Auch ein Trenngrundstück ist baureifes Land, wenn es durch Hinzunahme eines Nachbargrundstücks bebaut werden kann.

Nachgewiesen werden Kaufwerte für baureifes Land (zu Einzelheiten siehe >>> Kaufwerte für Bauland).

# Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen

## Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Güter (Güterarten) aus der Güterklasse

Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen                      Güterklasse 3237

des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, die zu den >>> Investitionsgütern zählen.

Als Investitionsgüter gelten Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Dazu rechnen alle Güterarten aus der Güterklasse Baustoff-, Keramik- und Glasmaschinen mit Ausnahme der dazugehörigen Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile.

Im wesentlichen zählen dazu:

Maschinen und Einrichtungen zur Herstellung von Bindemitteln und Zuschlagstoffen, Zerkleinerungs- und Siebmaschinen für andere Bereiche des Baustoff-, Keramik- und Glasgewerbes, Maschinen zur Herstellung zement-, kalk-, gips- und asphaltgebundener Bauelemente, Keramikmaschinen und Glasmaschinen.

# Bauten

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

In der Sozialproduktsberechnung synonym für Bauinvestitionen, die zusammen mit den Ausrüstungsinvestitionen die >>> Anlageinvestitionen bilden, in der Anlagevermögensrechnung Bestandteil des >>> Anlagevermögens.

## Bauten für Bundesbahn und Bundespost

### 1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1971; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

### 2. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

### 3. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

### 4. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

### 5. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

### Begriffsinhalt:

Hoch- bzw. Tiefbauten im Auftrag der Deutschen Bundesbahn/ Reichsbahn und der Deutschen Bundespost.

Zum Hochbau im Auftrag von Bundesbahn/ Reichsbahn und Bundespost gehören z.B. Bahnhöfe, Post- und Fernmeldeämter, Ausbesserungswerke, Verwaltungsgebäude von Bundesbahn/Reichsbahn und Bundespost.

Zum Tiefbau im Auftrag von Bundesbahn/ Reichsbahn und Bundespost zählen z.B. Gleisanlagen mit ihrem Unterbau, Tunnel- und Eisenbahnbrückenbauten, Fernsprech-, Telegraf- und technische Funkbetriebsbauten.

Zu den hier erfaßten Bauten rechnen nicht der >>> Wohnungsbau und der >>> Straßenbau im Auftrag der Bundesbahn/ Reichsbahn und Bundespost.

Nachgewiesen werden der >>> Index des Auftragseingangs und der >>> Index des Auftragsbestands für Bauten im Auftrag der Deutschen Bundesbahn/ Reichsbahn und Deutschen Bundespost.

## Bauten für öffentliche Auftraggeber und Organisationen ohne Erwerbszweck

### 1. Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)

Datennachweis: ab 1971; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

### 2. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: 1971 bis 1976

### 3. Index des Auftragseingangs für das Bauhauptgewerbe

Datennachweis: ab 1977

#### **4. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1971 bis 1976

#### **5. Index des Auftragsbestands für das Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: ab 1977

##### **Begriffsinhalt:**

Hoch- bzw. Tiefbauten im Auftrag von Bund, Ländern und Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, von Trägern der Sozialversicherung sowie von Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zum Hochbau im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen z.B. Gebäude für Finanzämter, Landratsämter, Arbeitsämter, Feuerschutz, Landwirtschafts- und Forstverwaltung, öffentliche Sozial- und Jugendhilfe, ebenso Gerichte, Gefängnisse, Kasernen, ferner - soweit sie von Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungsträgern betrieben werden - Schulen, Universitäten, Sporthallen, Krankenhäuser, Theater und Kindergärten. Nicht hierzu rechnet der >>> Wohnungsbau im Auftrag der genannten Auftraggeber.

Zum Tiefbau im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen z.B. Bauvorhaben zur Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Bauten zum Schutz vor Überschwemmungen, Häfen, Kanäle, Brücken, Tunnels, Schleusen, Wehre, Seilbahnen, Verkehrsregelungsanlagen, Untergrund- und Straßenbahnen und Flugplätze im Auftrag dieser Körperschaften. Nicht einbezogen ist der >>> Straßenbau im Auftrag der genannten Auftraggeber. Zu den Tiefbauten im Auftrag von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung rechnen auch - soweit zutreffend - die Errichtung von Tiefbauten im Auftrag von Organisationen ohne Erwerbszweck.

Zum Hochbau im Auftrag von Organisationen ohne Erwerbszweck rechnen z.B. Gebäude christlicher Kirchen, Orden, religiöser und weltanschaulicher Vereinigungen, der freien Wohlfahrtspflege, ebenso - soweit sie von solchen Organisationen betrieben werden - Schulen, Krankenhäuser, kulturelle Einrichtungen und Einrichtungen der Sport- und Jugendpflege, ferner Gebäude für Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen, Wirtschaftsverbände, politische Parteien sowie für Sport- und sonstige Vereine.

Nicht eingezogen sind >>> Bauten für Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost, die gesondert nachgewiesen werden.

Nachgewiesen werden der >>> Index des Auftragseingangs und der >>> Index des Auftragsbestands für Bauten im Auftrag der o.g. Bauherren.

## **Bauüberhang**

#### **Statistik des Bauüberhanges**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

##### **Begriffsinhalt:**

Genehmigte Bauvorhaben, die am Ende eines Kalenderjahres noch nicht fertiggestellt sind.

Zur Erfassung dieser Baumaßnahmen wird eine Erhebung durchgeführt, in der verschiedene Bauzustände unterschieden werden:

Die Gebäude können "bereits unter Dach", "noch nicht unter Dach" oder "noch nicht begonnen" sein. Ein Bauvorhaben gilt als begonnen, wenn mit der Aushebung der Baugrube begonnen worden ist. Als "unter Dach" wird jedes Gebäude erfaßt, das im Rohbau fertiggestellt ist, auch wenn Fenster, Türen und Verputz fehlen. Bei einem Rohbau muß von außen erkennbar sein, daß noch weitere Bauarbeiten auszuführen sind.

Zum Bauüberhang rechnen auch sog. Bauruinen, d.h. Gebäude, bei denen die Bauarbeiten vor Bezugsfertigkeit eingestellt wurden.

##### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum Bauüberhang werden im >>> Bauvorrat (Statistik des Bauüberhanges) ausschließlich genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen erfaßt. Der Bauüberhang wird ferner durch eine eigene Erhebung am Jahresende erfaßt, während der Bauvorrat durch eine monatliche Fortschreibung des Bauüberhanges mit Hilfe von erteilten Baugenehmigungen und Bäufertigstellungen rechnerisch ermittelt wird.

# Bauvorrat

## Statistik des Bauüberhanges

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### Begriffsinhalt:

Genehmigte >>> Wohnungen, die noch nicht fertiggestellt sind.

Der Bauvorrat wird rechnerisch ermittelt, indem zu den am 31.12. des vorangegangenen Berichtsjahres genehmigten aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen monatlich die neu genehmigten Wohnungen addiert und die fertiggestellten Wohnungen subtrahiert werden.

### Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zum Bauvorrat erfaßt der >>> Bauüberhang (Statistik des Bauüberhanges) nicht nur Wohnungen, sondern auch Gebäude, die genehmigt, aber noch nicht fertiggestellt sind. Der Bauüberhang wird durch eine eigene Erhebung am Jahresende erfaßt, während der Bauvorrat durch eine monatliche Fortschreibung des Bauüberhanges an Wohnungen mit Hilfe von Baugenehmigungen und Baufertigstellungen ermittelt wird.

# Bauwerke

## 1. Statistik der Baugenehmigungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

## 2. Statistik der Baufertigstellungen

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

## 3. Statistik des Bauüberhanges

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### Begriffsinhalt:

Mit dem Erdboden verbundene Sachen, die aus Baustoffen und Bauteilen hergestellt und/oder für die Bauleistungen erbracht werden.

Untergliedert werden die Bauwerke nach >>> Hochbauten und >>> Tiefbauten.

Nicht zu den Bauwerken zählen gärtnerische Bodenaufbereitungen, Anpflanzungen, Einsaaten u. dgl.

### Begriffsbeziehungen:

Während bei den Bautätigkeitsstatistiken die Hoch- und Tiefbauten zu den Bauwerken insgesamt zählen, werden die Tiefbauten bei der Tiefbaustatistik (1962 bis 1978) als "Tiefbauten" und "sonstige Tiefbauten" nachgewiesen.

In den Statistiken des Bauhauptgewerbes erfolgt der Nachweis für Bauwerke als >>> Bauten für Bundesbahn und Bundespost und >>> Bauten für öffentliche Auftraggeber und Organisationen ohne Erwerbszweck. Näheres siehe jeweils dort.

# Beamte

Alle unter 1. genannten Statistiken

### Begriffsinhalt:

Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts stehen, in das sie durch eine Anstellungs- (Ernennungs-) Urkunde berufen worden sind.



Als Beamte gelten u.a. auch Beamtenanwärter, Beamte im Vorbereitungsdienst, Wahlbeamte während ihrer Amtszeit, Angehörige der Polizei, Richter sowie Geistliche der zur evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden Kirchen und der römisch-katholischen Kirche. Den Beamten werden weiter der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten, Minister, Senatoren, Landräte, Bürgermeister und Stadträte zugeordnet.

Nicht zu den Beamten zählen u.a. Beamte im Ruhestand und Personen mit den Berufsbezeichnungen "Versicherungsbeamter", "Betriebsbeamter" oder "Bankbeamter", die in keinem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Es handelt sich nur dann um Beamte, wenn der Arbeitgeber eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist (z.B. Deutsche Bundesbank).

Unterschiede zwischen den einzelnen Statistiken ergeben sich bei der Einbeziehung der Soldaten und der Angehörigen des Bundesgrenzschutzes.

#### **1.1 Volks- und Berufszählung 1987**

#### **1.2 Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

#### **1.3 Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1972

##### **Begriffsinhalt:**

Als Beamte gelten auch Soldaten sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes.

Andere Geistliche als die der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften werden den >>> Angestellten zugeordnet.

##### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 5.

#### **1.4 Arbeitsstättenzählung 1970**

Datennachweis: 1970

##### **Begriffsinhalt:**

Nicht zu den Beamten zählen die Soldaten und die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (mit Ausnahme der beamteten Zivilbediensteten). Andere Geistliche als die der evangelischen und römisch-katholischen Kirchen sowie Sprecher von Religionsgemeinschaften werden den >>> Angestellten zugeordnet.

##### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 5.

#### **1.5 Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes**

Datennachweis: ab 1952

##### **Begriffsinhalt:**

Zu den Beamten zählen auch die Angehörigen der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes.

Nachgewiesen wird der >>> Fahrzeugbestand nach Fahrzeughaltern, darunter der Fahrzeugbestand der Beamten. Als Fahrzeughalter gilt derjenige, auf den das Fahrzeug zugelassen wird. Halter und Eigentümer eines Fahrzeuges müssen nicht identisch sein.

##### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Geistlichen wurden bis zum 30.6.1963 unter den >>> Unternehmen, Selbständigen und Organisationen ohne Erwerbscharakter nachgewiesen.

Von 1952 bis 1967 ist im Bestand an >>> Lastkraftwagen der Beamten auch der Lastkraftwagenbestand der >>> Angestellten, der >>> Arbeiter sowie der >>> Nichterwerbspersonen und ohne Angaben enthalten. Im Jahre 1954 umfaßt der Bestand an >>> Krafträdern der Beamten auch den Krafträderbestand der >>> Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 5.

**2. Wohngeldstatistik**

Datennachweis: ab 1965

**Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden >>> Wohngeldempfänger, die zu den Beamten rechnen und die aus ihrer Tätigkeit als Beamte ihr hauptsächlichliches Einkommen beziehen.

Wohngeldempfänger sind Personen, die für sich - und ggf. ihre bei der Gewährung von Wohngeld zu berücksichtigenden >>> Familienmitglieder - Wohngeld beziehen. Insoweit können unter den Beamten auch Haushalte verstanden werden, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Beamte sind.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 5.

**3. Studentenstatistik**

Datennachweis: ab Wintersemester 1976/77

**Begriffsinhalt:**

Nachgewiesen werden deutsche >>> Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als letzte berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Beamter (Beamtin)" eingetragen haben.

Die berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) wird auch berücksichtigt, wenn diese(r) bereits verstorben ist.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 5.

**4. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Alle Bediensteten, die - auf Lebenszeit, Zeit, Probe, Widerruf - durch eine Ernennungsurkunde ausdrücklich in das Beamtenverhältnis berufen worden sind (planmäßige Beamte, beamtete Hilfskräfte, Beamte in Ausbildung).

Bei den Beamten in Ausbildung handelt es sich um Bedienstete, die den vorgeschriebenen bzw. üblichen Vorbereitungsdienst ableisten (Referendare, Inspektor- und Assistentenanwärter sowie Anwärter für den einfachen Dienst).

Für die Zuordnung ist entscheidend, daß diese Bediensteten durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind.

Nicht zu den Beamten zählen wiederbeschäftigte Ruhestandsbeamte, die nach angestelltenrechtlichen Grundsätzen beschäftigt werden, Angestellte, die Bezüge nach einem Besoldungsgesetz erhalten, sowie Personen in einem Beschäftigungsverhältnis, das auf die Übernahme in den Vorbereitungsdienst abzielt (Dienstanfänger, Verwaltungslehrlinge). Dieses Personal wird bei den >>> Angestellten nachgewiesen.

Nicht zu den Beamten zählen ferner die >>> Richter und Soldaten, da es sich um eigenständige gesetzlich geregelte Dienstverhältnisse handelt.

**Begriffsbeziehungen:**

In der Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes werden keine Personenzahlen, sondern Fahrzeugbestände von Beamten nachgewiesen; in der Wohngeldstatistik werden Wohngeldempfängerhaushalte nachgewiesen, deren Antragberechtigte bzw. Haushaltsvorstände Beamte sind; in der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 werden Haushalte nachgewiesen, deren Bezugspersonen (Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt) Beamter/Beamtin ist; in der Studentenstatistik handelt es sich um deutsche Studienanfänger, die auf den Immatrikulationspapieren als berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) "Beamter (Beamtin)" eingetragen haben.

In der Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes rechnen zu den Beamten nicht die Richter, die Soldaten und die Geistlichen; in der Arbeitsstättenzählung 1987 zählen die Soldaten und die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes nicht zu den Beamten.

In der Wohngeldstatistik spielt für die Zuordnung zu den Beamten auch der überwiegende Lebensunterhalt eine Rolle.

Unterschiede in den Beamtenzahlen der Volks- und Berufszählung 1987 und des Mikrozensus einerseits und der Arbeitsstättenzählung 1987 andererseits ergeben sich u.a. daraus, daß Beamte in mehreren Arbeitsstätten beschäftigt sein und deshalb in der Arbeitsstättenzählung mehrfach erfaßt und nachgewiesen werden können. In der Volks- und Berufszählung 1987 und im Mikrozensus dagegen wird jeder Beamte nur einmal erfaßt, da die einzelne Person bzw. der Haushalt und nicht die Arbeitsstätte Erhebungseinheit ist.

## **Beet- und Balkonpflanzen**

### **Gemüseanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Gruppenpflanzen, die unter Glas oder Kunststoff vorkultiviert und zum Bepflanzen bunter Rabatten, wechselnder Blumenbeete und von Balkonkästen verwendet werden, untergliedert nach Begonia semperflorens und Sonstige Beet- und Balkonpflanzen (außer Pelargonien).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Beet- und Balkonpflanzen sind kulturtechnisch meist auch >>> Topf- oder Ballenpflanzen; im Sinne der Systematik der Zierpflanzenerhebung werden sie jedoch als eigene Gruppe aufgefaßt.

## **Beförderte Güter**

### **1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)**

Datennachweis: ab 1962.

#### **Begriffsinhalt:**

Güter, die von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs im >>> Wagenladungsverkehr, >>> Stückgutverkehr, >>> Dienstgutverkehr und >>> Expressgutverkehr befördert werden.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Ist dies nicht bekannt, wird das Frachtgewicht zugrunde gelegt. Grundsätzlich nicht in das Bruttogewicht bzw. Frachtgewicht einbezogen ist das Gewicht von La-dehilfsmitteln wie Paletten usw.

Zu den beförderten Gütern im Wagenladungsverkehr, im Stückgutverkehr und im Expressgutverkehr zählen alle Güter, deren Versandort bzw. deren Empfangsort im Bundesgebiet liegen oder die durch das Bundesgebiet durchgegangen sind. Im Dienstgutverkehr zählen dazu alle Güter, deren Versandort und Empfangsort im Bundesgebiet liegen oder deren Empfangsort im Bundesgebiet liegt.

Nicht zu den beförderten Gütern gehört das Gepäck >>> beförderter Personen.

Die beförderten Güter werden in der Eisenbahnstatistik z.T. auch als "Beförderte Güter (einschl. Stück- und Dienstgut)" nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. Dezember 1976 gilt im Stückgutverkehr ein Gut nur dann als befördert, wenn Versandort und Empfangsort im Bundesgebiet liegen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 6.

## **2. Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

Güter, die im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr befördert werden, d.h. aus dem Ausland ins Bundesgebiet einschl. Berlin (West) (>>> Empfang aus dem Ausland) oder aus dem Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ins Ausland (>>> Versand ins Ausland) oder im >>> Durchgangsverkehr aus Gebieten außerhalb des Bundesgebiets ins Ausland oder aus dem Ausland in Gebiete außerhalb des Bundesgebiets. Die ehem. DDR und Berlin (Ost) gehörten nicht zum Ausland, aber zu den Gebieten außerhalb des Bundesgebiets.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht einschl. der Verpackung und Umschließung erfaßt. Das Eigengewicht von Großcontainern zählt nicht zum Bruttogewicht.

Zum Güterverkehr rechnen der gewerbliche Güterkraftverkehr, das ist jede Beförderung von Gütern mit einem Kraftfahrzeug für andere gegen Entgelt, sowie der Werkverkehr, der jede Güterbeförderung mit einem Kraftfahrzeug für eigene Zwecke umfaßt.

Nicht zu den beförderten Gütern im grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr gehören Güter, die in Personenkraftfahrzeugen und sonstigen, nicht für die Lastenbeförderung bestimmten Fahrzeugen (z.B. Feuerwehrfahrzeugen, Arbeitsmaschinen) befördert werden. Ebenfalls nicht einbezogen sind die auf Militärfahrzeugen beförderten Güter.

### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 6.

## **3. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen**

Datennachweis: ab 1962

### **Begriffsinhalt:**

Güter, die im gewerblichen Luftverkehr nach Frachttarifen bzw. für Zwecke der Luftverkehrsunternehmen befördert werden.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Dazu rechnen grundsätzlich nicht die Gewichte von Ladehilfsmitteln wie Paletten, Iglus, Netze.

Güter gelten dann als befördert, wenn sie mit Luftfahrzeugen zwischen Flughäfen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, von Flughäfen innerhalb der Bundesrepublik nach Gebieten außerhalb, von Gebieten außerhalb nach Flugplätzen innerhalb der Bundesrepublik bzw. von Gebieten außerhalb der Bundesrepublik über Flugplätze innerhalb der Bundesrepublik nach Gebieten außerhalb der Bundesrepublik transportiert werden.

### **Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 6.

## **4. Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen**

Datennachweis: ab 1962

### **Begriffsinhalt:**

Güter, die im Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen sowie Güter, die im Binnen-See-Verkehr befördert werden.

Zum Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen rechnet der Güterverkehr zwischen Häfen südlich der Seegrenze. Zum Binnen-See-Verkehr rechnet der Güterverkehr, der die Seegrenzen überschreitet und bei dem mindestens ein Anschreibhafen südlich der Binnengrenze der Seeschifffahrt gelegen ist.

Erfaßt werden Güter, die die Grenzzollstellen bzw. die Übergangsstellen zur Deutschen Demokratischen Republik und nach Berlin (Ost) passieren sowie alle Güterbeförderungen innerhalb des Bundesgebietes.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Das Eigengewicht von Containern oder sonstigen Ladehilfsmitteln rechnet nicht zum Bruttogewicht.

Nachgewiesen werden die beförderten Güter insgesamt sowie die Güter, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden. Zu den Gütern, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden, rechnen alle Güter, die mit Schiffen befördert werden, die nicht unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Dazu zählen auch Güter, die mit Schiffen unter der Flagge der Deutschen Demokratischen Republik transportiert werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 6.

**5. Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Güter, die im >>> gewerblichen Fernverkehr und im >>> Werkfernverkehr befördert werden, einschl. Stückgut. Die beförderten Güter (einschl. Stückgutverkehr) werden mit ihrem Bruttogewicht, d.h. einschl. der Verpackung erfaßt.

Als befördert gilt ein Gut, wenn es auf einem Lastkraftfahrzeug transportiert wird, das im Bundesgebiet beheimatet ist. Im >>> grenzüberschreitenden Verkehr und im >>> Durchgangsverkehr werden auch Güter, die auf ausländischen Lastkraftfahrzeugen transportiert werden, einbezogen.

"Beförderte Güter (einschl. Stückgutverkehr)" werden für den gewerblichen Fernverkehr deutscher Fahrzeuge, für den Werkfernverkehr deutscher Fahrzeuge, für den gewerblichen Fernverkehr ausländischer Fahrzeuge und den Werkfernverkehr ausländischer Fahrzeuge nachgewiesen.

Die beförderten Güter werden einschl. Stückgut nachgewiesen. Darunter sind im gewerblichen Fernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge tarifliches Stückgut und beim Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg zu verstehen. Im grenzüberschreitenden Fernverkehr ausländischer Lastkraftfahrzeuge werden dagegen im gewerblichen Fernverkehr Sendungen bis 2 500 kg und im Werkfernverkehr Sendungen bis 500 kg als Stückgut bezeichnet.

"Beförderte Güter (ohne Stückgutverkehr)" werden nach Hauptverkehrsbeziehungen und Güterabteilungen nachgewiesen. Der Stückgutverkehr ist nicht einbezogen.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 6.

**6. Statistik des Güterverkehrs über See**

Datennachweis: ab 1969

**Begriffsinhalt:**

Güter, die im Seeverkehr zwischen den Küstenhäfen der Bundesrepublik Deutschland und Häfen außerhalb des Bundesgebiets wie auch zwischen den Küstenhäfen untereinander befördert werden. Außerdem gehören die im Binnen-See-Verkehr zwischen den Küstenhäfen und den Binnenhäfen des Bundesgebiets beförderten Güter hinzu.

Als Seeverkehr gelten alle Fahrten, die seewärts der Binnengrenze in Küstenhäfen des Bundesgebietes beginnen oder enden und die die Seegrenze überschreiten.

Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht erfaßt. Die Eigengewichte von beladenen oder unbeladenen Containern, Trailern und Trägerschiffsleichtern werden nicht einbezogen.

Ferner sind im Seeverkehr übergesetzte Reise- und Transportfahrzeuge nicht enthalten.

Nachgewiesen werden die beförderten Güter insgesamt sowie in der Gliederung nach der Flagge der sie befördernden Schiffe.

Zu den Gütern, die mit Schiffen fremder Flagge befördert werden, rechnen alle Güter, die mit Schiffen befördert werden, die nicht unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Dazu zählen auch Güter, die mit Schiffen unter der Flagge der Deutschen Demokratischen Republik transportiert werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Die beförderten Güter sind in den o.g. Statistiken vergleichbar abgegrenzt. Zu beachten ist, daß die Güter, die im Binnen-See-Verkehr zwischen Küsten- und Binnenhäfen innerhalb des Bundesgebietes befördert werden, sowohl in der Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen als auch in der Statistik des Güterverkehrs über See - also doppelt - erfaßt werden.

# Beförderte Personen

## 1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)

Datennachweis: ab 1966

### Begriffsinhalt:

Personenbeförderungsfälle bei Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs.

Die Personenbeförderungsfälle werden in aller Regel anhand des Verkaufs von Fahrausweisen ermittelt. Dabei werden Zeit- und Mehrfachkarten entsprechend ihrer Ausnutzung mehrfach gezählt. Umsteiger im Liniennetz einer Eisenbahn werden nur als ein Beförderungsfall gezählt.

Nicht zu den beförderten Personen gehören nicht zahlende Reisende sowie Militärpersonen.

### Begriffsbeziehungen:

Die beförderten Personen in der Eisenbahnstatistik sind vergleichbar abgegrenzt wie die beförderten Personen in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr.

Gegenüber dem Ausweis der beförderten Personen in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs ergeben sich in der Eisenbahnstatistik Unterschiede. In der Eisenbahnstatistik gelten als beförderte Personen nur zahlende Fahrgäste, in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs neben den zahlenden auch die nicht zahlenden Fluggäste, wenn sie älter als zwei Jahre sind.

## 2. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: ab 1952

### Begriffsinhalt:

Personenbeförderungsfälle bei zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Straßenverkehrsunternehmen.

Die Angaben werden von den auskunftspflichtigen >>> Unternehmen in der Regel aufgrund der verkauften Fahrausweise ermittelt. Bei den nachgewiesenen Angaben über die "beförderten Personen" handelt es sich grundsätzlich um Beförderungsfälle je Unternehmen. Dies bedeutet z.B.:

- a) Wenn eine Person auf einer Fahrt nacheinander verschiedene Verkehrsmittel ein- und desselben Unternehmens mit ein und demselben Fahrausweis benutzt, wird eine "beförderte Person" gezählt; wenn dagegen die auf einer Fahrt nacheinander benutzten Verkehrsmittel verschiedenen Unternehmen gehören, werden so viele "beförderte Personen" gezählt, wie Unternehmen an der Beförderung beteiligt waren. (Die Zahl der in Tabellen über die Beförderungsleistungen in Verkehrsverbünden nachgewiesenen Verbundbeförderungsfälle ist schon deswegen ungleich der Summe der Unternehmensbeförderungsfälle der dem Verbund angeschlossenen Unternehmen; außerdem werden bei den Verbundbeförderungsfällen auch die im Verbund ausschließlich von der S-Bahn der >>> Deutschen Bundesbahn und nicht im >>> Straßenpersonenverkehr beförderten Personen mitgezählt);
- b) Wenn von einem Unternehmen 25 Schüler im Monat je 22 mal zur Schule und 22 mal zur Wohnung zurück befördert werden, so werden  $25 \times 22 \times 2 = 1\ 100$  "beförderte Personen" gezählt.

### Änderungen im Zeitablauf:

Vor 1969 wurden Beförderungsfälle im >>> freigestellten Schülerverkehr nicht erfasst.

Mehrfach wurde der Berichtskreis der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen geändert.

### Begriffsbeziehungen:

Die beförderten Personen in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr sind vergleichbar abgegrenzt wie die beförderten Personen in der Eisenbahnstatistik. Gegenüber dem Ausweis der beförderten Personen in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs ergeben sich in der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr Unterschiede. In der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr gelten als beförderte Personen nur zahlende Fahrgäste, in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs neben den zahlenden auch nicht zahlende Fluggäste, wenn sie älter als zwei Jahre sind. Zudem wird in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs die Anzahl der beförderten Personen wegen unvermeidbarer Doppelzählungen zu hoch ausgewiesen.

### **3. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Personenbeförderungsfälle im gewerblichen Luftverkehr.

Ein Personenbeförderungsfall ist in der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs die Gesamtflugreise eines Fluggastes vom Herkunfts- zum Endzielflughafen. Aus erhebungstechnischen Gründen werden allerdings die Fluggäste, die aus Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf einem der ausgewählten Flugplätze innerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) ankommen und dort in ein Flugzeug nach Zielen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes umsteigen, doppelt erfaßt.

Zu den beförderten Personen zählen alle Fluggäste mit Ausnahme der Kinder unter zwei Jahren.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung zwischen den beförderten Personen in der Luftverkehrsstatistik sowie der Eisenbahnstatistik und der Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr siehe dort.

## **Beförderungsteuer**

### **Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen**

Datennachweis: 1950 bis 1967

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Bundessteuer, die verkehrslenkenden Zielen diene.

Die Beförderungsteuer betraf die gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Gütern durch Schienenbahnen und Kraftfahrzeuge. Sie diene zuletzt vornehmlich verkehrslenkenden Zielen, insbesondere der Eindämmung des Werkfernverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Der Güternahverkehr hingegen unterlag nicht dieser Steuer.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1951 waren der Werkfernverkehr und der Möbelfernverkehr von der Beförderungsteuer befreit.

Mit der Reform der Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) wurde die Beförderungsteuer am 1.1.1968 aufgehoben und 1969 teilweise durch die bis 1971 befristete >>> Straßengüterverkehrssteuer ersetzt.

## **Befreiung des Gewerbeertrages aus der Betreuung von Wohnungsbauten und Veräußerung von Eigenheimen usw. bei Grundstücksverwaltungsunternehmen**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: 1975 bis 1980

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Steuervergünstigung des Bundes durch Befreiung des Gewerbeertrages aus der Betreuung von Wohnungsbauten und der Veräußerung von Eigenheimen usw. bei Grundstücksverwaltungsunternehmen.

Unternehmen, die ausschließlich eigenen Grundbesitz oder neben eigenem Grundbesitz eigenes Kapitalvermögen verwalten und nutzen oder daneben Wohnungsbauten betreuen oder Kaufeigenheime, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen errichten und veräußern, können auf Antrag den Gewerbeertrag um den Teil kürzen, der auf die Verwaltung und Nutzung des eigenen Grundstücks entfällt.

Dies gilt auch, wenn in Verbindung mit der Errichtung und Veräußerung von Eigentumswohnungen Teileigentum im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes errichtet und veräußert wird und das Gebäude zu mehr als 66 2/3 v.H.

Wohnzwecken dient, jedoch nicht, wenn der Grundbesitz ganz oder zum Teil dem Gewerbebetrieb eines Gesellschafters oder Genossen dient.

## **Beherbergungsgewerbe**

### **Gastgewerbestatistik**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Zum Beherbergungsgewerbe rechnen >>> Hotels, >>> Gasthöfe, >>> Fremdenheime und Pensionen sowie >>> Erholungs- und Ferienheime, Ferienzentren, Ferienwohnungen, Hütten, Campingplätze und >>> Privatquartiere. Nicht einbezogen werden Schlaf- und Speisewagenbetriebe.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1969 (Basis 1962 = 100) waren Erholungs- und Ferienheime und bis einschl. 1979 Campingplätze sowie alle Heime, die nicht als >>> Unternehmen betrieben werden, jedoch nicht zu den o.g. Fremden-, Erholungs- und Ferienheimen rechnen, nicht einbezogen.

## **Beheizung der Wohnung**

### **Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Grundtypen der Beheizung sind:

- Blockheizung:  
Eine Blockheizung liegt vor, wenn ein Häuserblock von einem zentralen Heizsystem aus beheizt wird und die Heizquelle an einem Gebäude angebaut ist oder sich in unmittelbarer Nähe dieser Gebäude befindet.
- Einzel- oder Mehrraumofenheizung:  
Einzelöfen beheizen jeweils nur den Raum in dem sie stehen. Ein Mehrraumofen ist ein zwischen den Räumen eingebauter Ofen, der mehrere Räume gleichzeitig (auch durch Luftkanäle) heizt. Bei den Einzel- und Mehrraumofenheizungen wird danach unterschieden, mit welchem Brennmaterial die Öfen betrieben werden (Gas, Heizöl, Strom bzw. Kohle, Holz, Torf usw.).
- Etagenheizung:  
Etagenheizung liegt vor, wenn die Räume der Etagenwohneinheit von einer einzigen, nur für die betroffene Einheit bestimmten Heizquelle über ein Röhrensystem beheizt werden.
- Fernheizung:  
Bei der Fernheizung werden größere Wohnbezirke von einem entfernten, zentralen Heizwerk aus beheizt.
- Sammelheizung:  
Zu den Sammelheizungen zählen Fern-, Block-, Zentral- und Etagenheizung.
- Sonnenenergie:  
Zur Nutzung der Sonnenenergie werden in der Regel Sonnenkollektoren, die Sonnenlicht und solare Wärmestrahlung absorbieren und in Form nutzbarer Wärmeenergie an einen flüssigen Wärmeträger abgeben, selten auch Solarzellen eingesetzt.
- Wärmepumpe:  
Mit Hilfe der Wärmepumpe, die oftmals mit Sonnenkollektoren eingesetzt wird, kann Wärme aus der umgebenden Luft, dem Erdboden oder Wasser aufgenommen und genutzt werden.
- Zentralheizung:  
Bei einer Zentralheizung versorgt eine zentrale Heizquelle über ein Röhrensystem die Wohneinheiten nur eines Gebäudes.



# Beihilfen

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Leistungen nach den Beamtengesetzen, die Beamten, Richtern, Soldaten und deren Angehörigen in Form von Zuschüssen bei Krankheits-, Geburts- und Todesfällen gewährt werden.

Bei den Beihilfen handelt es sich um Zuschüsse, die der Dienstherr aufgrund seiner Fürsorgepflicht zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen zu leisten hat.

Anspruch auf Beihilfen haben Beamte (einschl. Richter) des Bundes, der Bundesbahn und Bundespost, der Länder und Gemeinden, Beamte sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften sowie die Hinterbliebenen von aktiven oder Ruhestandsbeamten, ferner gleichgestellte Bedienstete und ihre Hinterbliebenen der Träger der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, der landwirtschaftlichen Altershilfe und der Bundesanstalt für Arbeit, die unter Artikel 131 Grundgesetz fallenden Personen sowie die Angehörigen der Bundeswehr.

Mit einbezogen sind auch die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes mit der Einschränkung, daß Pflichtversicherte der gesetzlichen Krankenversicherung in der Regel keine Beihilfe erhalten und daß Angestellte, denen der Arbeitgeber einen Zuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag aufgrund gesetzlicher Vorschriften gewährt, Beihilfen nur zu solchen Krankheitskosten erhalten, die nicht durch Krankenversicherungsleistungen gedeckt sind.

Beihilfen werden auch von anderen Institutionen des Sozialbudgets, vor allem von Trägern der Sozialversicherung, an ihre Bediensteten und ehemaligen Bediensteten gezahlt.

Um die Leistungen des beamtenrechtlichen Systems - hierzu gehören neben den Beihilfen auch die >>> Familienzuschläge und die >>> Pensionen - vollständig darzustellen, werden die von diesen Institutionen gezahlten Beträge an das beamtenrechtliche System übertragen (unterstellte Verrechnungen).

## Beiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck

### Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Je Haushalt und Monat geleistete laufende Zahlungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter zählen z.B. Gewerkschaften, politische Parteien und Vereine (Schul-, Jugend-, Sport und gesellige Vereine), ferner kirchliche Organisationen und Organisationen der Wohlfahrtspflege (z.B. Arbeiterwohlfahrt, Rotes Kreuz).

Nicht erfaßt werden Beiträge an Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, Berufsvertretungen von Selbständigen (Industrie- und Handelskammern, Innungen usw.).

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1985 wurden die Beiträge an Organisationen ohne Erwerbszweck als "Beiträge an Vereine, Berufsvereinigungen, Parteien u.ä. nachgewiesen.

## Bekleidung, Haus-, Bett- und Tischwäsche

### Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

**Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 64 "Bekleidung" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnis für die Produktionsstatistik, Ausgabe 1982. Einbezogen sind Herren-, Damen- und Kinderoberbekleidung einschl. Arbeits- und Berufsbekleidung, Bekleidungszubehör, Haus-, Bett- und Tischwäsche sowie sonstige Bettwaren. Nicht berücksichtigt werden Herren-, Damen- und Kinderwäsche einschl. Miederwaren, Hüte und Mützen, Bettfedern, Sportbekleidung, veredelte Pelzfelle und Pelzbekleidung, Leder- und Regenschutzbekleidung, Uniformen sowie sonstige Bekleidung und verwandte Erzeugnisse.

## **Beobachtungsheime und Diagnosezentren**

**Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1982

**Begriffsinhalt:**

Einrichtungen, in denen Minderjährige mit Verhaltensauffälligkeiten und Anpassungsschwierigkeiten, die örtlich nicht diagnostiziert werden können, zwecks Sichtung und Feststellung der endgültig erforderlichen Pflege- und Erziehungsmaßnahmen vorübergehend aufgenommen werden.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1981 wurden Angaben über Beobachtungsheime zusammengefaßt mit Angaben über Sonderheime erhoben. (Siehe auch unter >>> Sonder- und Beobachtungsheime.) Ab 1982 werden Sonderheime als >>> Heime für behinderte Kinder und Jugendliche erfaßt.

## **Bereinigte Ausgaben**

**1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

**2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

**3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

**Begriffsinhalt:**

Finanzstatistische Summe aus den >>> Ausgaben der laufenden Rechnung und den >>> Ausgaben der Kapitalrechnung ohne die folgenden >>> besonderen Finanzierungsvorgänge: Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Rückzahlung innerer Darlehen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen.

Die bereinigten Ausgaben geben an, wieviel Mittel die einzelnen öffentlichen Haushalte zur Aufgabenerfüllung einsetzen, unabhängig davon, welche anderen öffentlichen Haushalte zu ihrer Deckung beigetragen haben (Erfüllungsprinzip).

**Änderungen im Zeitablauf:**

In früheren Darstellungen waren die "Bereinigten Ausgaben" als "Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)" bezeichnet.

In der Rechnungsstatistik ergaben sich ab 1974 durch haushaltsrechtliche, systematische und methodische Unterschiede folgende Änderungen im Nachweis bestimmter Finanzvorfälle:

Es sind fortgefallen

- Erstattungen (innere Verrechnungen) innerhalb des Verwaltungshaushalts der Gemeinden/Gemeindeverbände,

- Zinsausgaben für innere Darlehen der Gemeinden/Gemeindeverbände,
- Ausgaben im Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme für Eigenbetriebe (Darlehensgewährung an Eigenbetriebe) der Gemeinden/Gemeindeverbände;

es sind hinzugekommen

- Ausgaben der Gemeinden/Gemeindeverbände für Kreditbeschaffungskosten (Disagio),
- Tilgungsausgaben der Gemeinden an öffentlichen Bereich.

In der Haushaltsansatzstatistik ab 1974 gelten die angegebenen Änderungen im Nachweis bestimmter Finanzvorfälle - abgesehen von den zuletzt genannten Tilgungsausgaben an den öffentlichen Bereich - entsprechend.

Sowohl in der Haushaltsansatzstatistik als auch der Kassenstatistik sind, beginnend mit dem Jahr 1976, Finanzdaten derjenigen öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken nicht mehr enthalten, die ihr Rechnungswesen auf die kaufmännische Buchführung umgestellt haben (siehe unter >>> Länder, >>> Gemeinden/Gemeindeverbände).

## **Bereinigte Einnahmen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Finanzstatistische Summe aus den >>> Einnahmen der laufenden Rechnung und den >>> Einnahmen der Kapitalrechnung ohne die folgenden >>> besonderen Finanzierungsvorgänge: >>> Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt, >>> Entnahmen aus Rücklagen, Aufnahme innerer Darlehen, Überschüsse aus Vorjahren, Münzeinnahmen.

Die bereinigten Einnahmen geben an, wieviel Mittel den öffentlichen Haushalten in einer bestimmten Periode zur Deckung ihrer Ausgaben zur Verfügung standen, unabhängig davon, welche anderen öffentlichen Haushalte zur Finanzierung beigetragen haben.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Ab 1974 ergaben sich durch haushaltsrechtliche, systematische und methodische Unterschiede folgende Änderungen:

Es sind fortgefallen

- Erstattungen (innere Verrechnungen) innerhalb des Verwaltungshaushalts der Gemeinden/Gemeindeverbände,
- Zinseinnahmen für innere Darlehen (sofern nicht der Rücklage zugeführt) der Gemeinden/Gemeindeverbände,
- Einnahmen in Zusammenhang mit der Schuldenaufnahme für Eigenbetriebe (Rückflüsse der Mittel von Eigenbetrieben) der Gemeinden/Gemeindeverbände;

es sind hinzugekommen die Schuldenaufnahmen bei Zweckverbänden, die vor 1974 als Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt nachgewiesen werden.

In der Haushaltsansatzstatistik ab 1974 gelten die angegebenen Änderungen im Nachweis bestimmter Finanzvorfälle entsprechend. Sowohl in der Haushaltsansatzstatistik als auch der Kassenstatistik sind, beginnend mit dem Jahr 1976, Finanzdaten derjenigen öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken nicht mehr enthalten, die ihr Rechnungswesen auf die kaufmännische Buchführung umgestellt haben (siehe unter >>> Länder, >>> Gemeinden/Gemeindeverbände).

# Bergbau

## 1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe

Datennachweis: ab 1977

### Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftszweige

Steinkohlenbergbau und -brikettherstellung, Kokerei	SYPRO-Nr.	2111
Braunkohlenbergbau und -brikettherstellung	"	2114
Eisenerzbergbau	"	2130
NE-Metallerzbergbau	"	2141
Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	"	2145
Kali- und Steinsalzbergbau, Salinen	"	2150
Gewinnung von Erdöl, Erdgas	"	2160
Sonstiger Bergbau	"	2171
Torfgewinnung und -veredlung	"	2180

in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979, umfaßt und dort als Wirtschaftsgruppe 21 (Bergbau) bezeichnet wird.

### 2.1 Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

### 2.2 Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Wie unter 1., ab Basis 1980 = 100 ohne die Wirtschaftszweige

Sonstiger Bergbau	SYPRO-Nr.	2171
Torfgewinnung und -verarbeitung	"	2180
ab Basis 1985=100 nur noch ohne Gewinnung von spalt- und brutstoffhaltigen Erzen	"	2145

Nachgewiesen werden >>> Indizes der Nettoproduktion für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile und der >>> Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau.

### Änderungen im Zeitablauf:

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen. (Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff. und 3/1988, S. 182 ff.)

### 3.1 Index der industriellen Nettoproduktion

Datennachweis: 1962 bis 1976

### 3.2 Index der Arbeitsproduktivität

Datennachweis: 1962 bis 1976

### Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Industriezweige

Steinkohlenbergbau	IB-Nr.	2111
Braun- und Pechkohlenbergbau	"	2114
Eisenerzbergbau	"	2130
Metallerzbergbau	"	2140

Kali- und Steinsalzbergbau sowie Salinen	"	2150
Erdöl- und Erdgasgewinnung	"	2160
Flußspat-, Schwerspat-, Graphit- und sonstiger Bergbau	"	2170
Torfindustrie	"	2180

in der Abgrenzung nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industrierbericht, Ausgabe 1972, umfaßt und dort als Industriegruppe 21 (Bergbau) bezeichnet wird.

Nachgewiesen werden der >>> Index der industriellen Nettoproduktion und der >>> Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau.

#### 4. Subventionsberichte

Datennachweis: 1966

##### Begriffsinhalt:

>>> Finanzhilfen und >>> Steuervergünstigungen für den Bergbau.

##### 1. Finanzhilfen

An Finanzhilfen für den Bergbau werden gewährt

- seit 1969 die Erstattung von Erblasten des Steinkohlenbergbaus zur Entlastung der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus von den Kosten, die nach Zechenstilllegung von den verbleibenden Bergbauunternehmen zu tragen sind, insbesondere von Aufwendungen für Wasserhaltungsmaßnahmen und den Beiträgen zu Wasserwirtschaftsverbänden;
- seit 1971 Zuschüsse für Sicherungseinrichtungen gegen Bergschäden zur Unterstützung des Strukturwandels in den Steinkohlenbergbaugebieten; Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die Industriebetriebe auf bergschädengefährdeten Grundstücken errichten oder erweitern, erhalten Zuschüsse für die Finanzierung baulicher oder betrieblicher Einrichtungen gegen Bergschäden; an der Finanzierung beteiligen sich die Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland mit einem Drittel;
- seit 1973 Schuldbuchforderung der Ruhrkohle AG zur Verbesserung der Ertrags- und Liquiditätslage der Ruhrkohle AG; zu den Bedingungen für die Gewährung der Forderung gehören insbesondere die Bildung einer der Forderung entsprechenden Stabilisierungsrücklage in der Bilanz der Ruhrkohle AG, die nur mit Einwilligung des Bundes in Anspruch genommen werden kann, sowie eine vierteljährliche Berichtspflicht der Ruhrkohle AG; die Zins und Tilgungsleistungen laufen bis 1998 einschließlich;
- Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen des Steinkohlenbergbaus zur Steigerung ihrer Produktivität, Konzentration der Förderung auf die ertragsstärksten Zechen und zum Aufschluß neuer Kohlenfelder; ab 1984 werden hier auch Stilllegungsprämien berücksichtigt;
- Förderung der Entwicklung und Innovation im Steinkohlenbergbau durch den Bund; gefördert werden besonders zukunftssträchtige Projekte auf den Gebieten der Bergtechnik, Aufbereitung und konventionellen Verkokung, unter Einschluß von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Umwelt;
- Zuschüsse zur Erleichterung der Produktion von Koks- und Hochofenkoks sowie des Absatzes an die Eisen- und Stahlindustrie in revierfernen Gebieten und im innergemeinschaftlichen Austausch; dies sind Förderbeihilfen, die nach der Differenz zwischen dem Wettbewerbspreis für Drittlandskohle und den mittleren Erzeugungskosten der deutschen Steinkohlenbergbaureviere bemessen werden sowie Absatzbeihilfen, durch welche die hohen Transportkosten für Lieferungen von deutscher Koks- und Koks in revierferne Gebiete und im innergemeinschaftlichen Austausch durch Preisnachlässe verbilligt werden;
- seit 1982 Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus; ältere Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus, die aus Anlaß einer Stilllegungs- oder Rationalisierungsmaßnahme ab 30. Juni 1971, und vor dem 1. Januar 1990 ihren Arbeitsplatz im Bergbau verlieren, können vom Tag nach der Entlassung bis zur Erreichung einer Altersgrenze in der knappschaftlichen Rentenversicherung Anpassungsgeld sowie die für die freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlichen Beiträge erhalten; die Gewährung von Anpassungsgeld schließt im allgemeinen die Gewährung von Abfindungsgeld und von Anpassungsbeihilfen aus;
- soziale Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer der Kohle- und Stahlindustrie sowie des Eisenerzbergbaues zur Vermeidung sozialer Härten bei Stilllegungen, Teilstilllegungen oder Betriebseinschränkungen; die Anpassungsbeihilfen werden in Form von Lohnbeihilfen, Umschulungsbeihilfen, Trennungsentschädigungen, Wartegeld

und Abfindung gewährt; die Mittel werden in der Regel je zur Hälfte durch Bund und den EGKS aufgebracht; außerdem können Betriebe zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für entlassene Arbeitnehmer Darlehen aus Bundesmitteln erhalten.

## 2. Steuervergünstigungen

An Steuervergünstigungen für den Bergbau werden gewährt

- Bewertungsfreiheit für bestimmte Investitionen im Kohlen- und Erzbergbau nach § 81 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung, um den Bergbau die zur Anpassung an die veränderten Absatzverhältnisse und zur Verbesserung seiner Wettbewerbslage erforderlichen Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen zu erleichtern;
- nach § 36 des Gesetzes zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlenbergbau vom 29. Juli 1963 Befreiung des Rationalisierungsverbandes von der Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Gewerbesteuer mit dem Ziel, die zur Rationalisierung erforderlichen Mittel dem Verband ungeschmälert zu erhalten; dem Rationalisierungsverband ist u.a. die Aufgabe zugewiesen worden, alle Maßnahmen der Mitglieder zu fördern, die der Erfüllung der aus Anlaß der Gründung der Ruhrkohle AG übernommenen Reinvestitionsverpflichtungen zur Errichtung und Erweiterung von Produktionsstätten oder der Durchführung von Vorhaben gleicher Zielsetzung in den Steinkohlenbergbaugebieten dienen;
- seit 1967 nach dem Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken vom 11. April 1967 Steuerbefreiung der Aktionsgemeinschaft deutsche Steinkohlenreserve GmbH von der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Vermögensteuer, Gewerbesteuer und Gesellschaftsteuer sowie Begünstigung zur Stilllegung von Schachtanlagen und Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Bergbaugebiete zwecks geordneter Stilllegung von Steinkohlenbergwerken zur Anpassung der Steinkohlenförderung an veränderte Absatzmöglichkeiten;
- seit 1969 nach Artikel 8 § 4 Steueränderungsgesetz 1969 vom 18. August 1969 steuerliche Verlustausgleichsrücklage bei der Ruhrkohle AG sowie Stundung der Nachsteuer im Sinne des § 9 Abs. 3 Körperschaftsteuergesetz, Verzicht auf die Steuersenkung von Vergütungen für Sachübernahmen als Dauerschuldzinsen bzw. Dauerschulden bei der Ermittlung des Gewerbeertrags und des Gewerbekapitals der Ruhrkohle AG sowie Befreiung der Ruhrkohle AG von der Gesellschaftsteuer zur Förderung der Umstrukturierung des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet;
- nach § 1 des Gesetzes über Bergmannsprämien Gewährung von Bergmannsprämien an alle Arbeitnehmer im Bergbau, die unter Tage beschäftigt werden, aus Mitteln des Lohnsteueraufkommens (bis März 1973 2,50 DM, danach 5 DM, ab April 1980 10 DM für jede unter Tage verfahrenre volle Schicht) zur Anerkennung der besonderen Bedeutung des Bergarbeiterberufes; - seit 1969 nach § 8a Mineralölsteuergesetz Befreiung des für die Verkokung von Steinkohle verwendeten Petrolkoks zur Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen der saarländischen Kokserzeuger; Petrolkoks ist seit 1969 - als Substitutionsprodukt für schweres Heizöl - der Mineralölsteuer unterworfen worden; bei Verwendung als Magerungsmittel ist es steuerfrei; dies hat im wesentlichen für die Steinkohle Bedeutung, weil sich aus ihr Hüttenkoks nur herstellen läßt, wenn sie abgemagert wird.

### Änderungen im Zeitablauf:

zu 1.:

Bis einschl. 1976 wurde Abfindungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlenbergwerks und des Eisenerzbergbaus gezahlt, die infolge von Stilllegungsmaßnahmen ihren Arbeitsplatz im Bergbau verloren haben.

Bis einschl. 1980 erhielten die Muttergesellschaften des Ruhrkohlenbergbaus und der Saarkohlenbergbau Zinszuschüsse zur Unterstützung des Strukturwandels an der Ruhr und an der Saar.

Um den Betrieb der Schachtanlage Ibbenbüren aufrecht zu erhalten, gewährte der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1974 und 1975 einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß von insgesamt 90 Mill. DM.

Zur Entlastung der Ruhrkohle AG von Tilgungsraten aus den Einbringungsverbindlichkeiten, die die Ruhrkohle AG als Gegenleistung für die Übertragung des Bergbauvermögens von den Alteigentümern übernommen hatte, verbürgte die öffentliche Hand diese Tilgungsraten; der Gesamtbetrag der von der öffentlichen Hand von 1973 bis 1976 zu erbringenden Zahlungen belief sich auf 234 Mill. DM.

Bis einschl. 1973 wurden Beihilfen zur Förderung des Baus von Block- und Fernheizwerken zur Förderung des Kohleabsatzes in Form von Investitionszuschüssen bewilligt.

Bis 1974 wurden zum Ausgleich von Mehrkosten für den Betrieb von Kohlekraftwerken gegenüber Heizölkraftwerken Zuschüsse zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes bei der Elektrizitätswirtschaft gezahlt.

In den Jahren 1967 und 1968 wurden zur Erhaltung eines bestimmten Kohleabsatzes im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie Koks Kohlesubventionen gezahlt.

Im Zeitraum von 1966 bis 1969 wurden aufgrund eines Vertrags zwischen dem Bund und der Notgemeinschaft deutscher Kohlebergbau GmbH Zuschüsse zur dezentralen Einlagerung von Kohle, Leistungen zur Durchführung der Feier- und Nachholschichtenregelung im Steinkohlenbergbau sowie Leistungen des Bundes aus Anlaß des Tarifstreiks im Kohlenbergbau im Jahr 1966 gewährt.

Von 1969 bis einschl. Januar 1970 wurde eine Frachthilfe für die Beförderung von Steinkohle gewährt.

Bis einschl. 1981 verpflichtete sich der Bund aus der Übernahme der Vermögens- und Kreditgewinnabgabe bei der Stilllegung von Steinkohlenbergwerken Zuschüsse zu zahlen.

Von 1967 bis einschl. 1983 wurden Zuschüsse für die Stilllegung von Steinkohlenbergwerken (Stilllegungsprämien) gewährt, welche die Optimierung der Fördermöglichkeiten des Steinkohlenbergbaus durch Stilllegung von Bergwerken erleichtern sollten.

Von 1974 bis 1984 erhielten Unternehmen des Steinkohlenbergbaus für Maßnahmen, die nach dem 1. Januar 1973 zu einer dauerhaften Einschränkung der Steinkohlenförderung führten, Beihilfen zu den auf die verringerte Förderung entfallenden Lasten (Schrumpfungslasten).

Von 1974 bis 1981 erhielten Unternehmen des Steinkohlenbergbaus zu den Aufwendungen aus vor dem 1. Januar 1973 entstandenen Bergschadens-, Pensions- und Deputatverpflichtungen (Altlasten) einen Zuschuß.

Bis 1984 wurden dem Eschweiler-Bergwerks-Verein (EBV) bedingt rückzahlbare Zuschüsse als Sonderhilfe gewährt.

zu 2.:

Bis einschl. 1972 konnten Kraftwerke, die sich verpflichteten, mindestens zehn Jahre Stein- und Pechkohle zu verfeuern, nach dem Gesetz zur Förderung der Verwendung von Steinkohle in Kraftwerken vom 12. August 1965 steuerfreie Rücklagen in Höhe von 45 v.H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bilden, die nach zehn Jahren erfolgsneutral aufzulösen waren. Die zu Lasten des steuerlichen Gewinns gebildeten Rücklagen konnten von der Vermögensteuer abgezogen werden.

Bis einschl. 1970 galt der ermäßigte Mineralölsteuersatz für nachweislich aus Kohle hergestellte Leichtöle.

## **Bergbauliche Erzeugnisse**

### **1.1 Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Datennachweis: ab 1968

### **1.2 Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **1.3 Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

### **1.4 Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Warengruppe 21 des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (Ausgabe 1982).

Sie umfaßt:

Kohle, Briketts, Koks, Rohteer und -benzol,  
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine,  
Eisenerze,

NE-Metallerze und Schwefelkies,  
 Kalisalze und Rohphosphate,  
 Stein-, Hütten- und Salinensalz, Sole,  
 Flußspat, Schwerspat, Graphit, sonstige bergbauliche u.ä. Erzeugnisse,  
 Torf.

Nicht in allen Fällen sind sämtliche hier aufgeführten Waren im Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und in den Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise durch Preisrepräsentanten berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) bestehen geringfügige Abweichungen.

## **2. Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 21 "Bergbauliche Erzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Kohle, Briketts, Koks, Eisen- und NE-Metallerze, Kalisalze sowie Stein- und Hüttensalze.

Nicht berücksichtigt werden Erdöl und Erdgas, bituminöse Gesteine, Rohteer und -benzol, Schwefelkies, Rohphosphate, Salinensalz und Sole, Fluß- und Schwerspat, Graphit, Torf sowie sonstige bergbauliche u.ä. Erzeugnisse.

# **Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**

## **1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

### **Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, der die Hauptgruppen

>>> Bergbau,  
 >>> Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,  
 >>> Investitionsgüter produzierendes Gewerbe,  
 >>> Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe,  
 >>> Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

(= Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) in der Abgrenzung nach der SYPRO, Ausgabe 1979 umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die Wirtschaftsgruppen

Bergbau	SYPRO-Nr. 21
Mineralölverarbeitung	" 22
Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	" 24
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	" 25
Eisenschaffende Industrie	" 27
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	" 28
Gießerei	" 29



Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Mechanik, a.n.g.	"	30
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	"	31
Maschinenbau	"	32
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	"	33
Schiffbau	"	34
Luft- und Raumfahrzeugbau	"	35
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	"	36
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	"	37
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern;		
Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	"	39
Chemische Industrie	"	40
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten		
und -einrichtungen	"	50
Feinkeramik	"	51
Herstellung und Verarbeitung von Glas	"	52
Holzbearbeitung	"	53
Holzverarbeitung	"	54
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	"	55
Papier- und Pappeverarbeitung	"	56
Druckerei, Vervielfältigung	"	57
Herstellung von Kunststoffwaren	"	58
Gummiverarbeitung	"	59
Ledererzeugung	"	61
Lederverarbeitung	"	62
Textilgewerbe	"	63
Bekleidungsgewerbe	"	64
Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	"	65
Ernährungsgewerbe	"	68
Tabakverarbeitung	"	69

Zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschaftsgruppen tätig sind.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ist beim Wirtschaftsbereich >>> Verarbeitendes Gewerbe (Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) der Bergbau nicht einbezogen.

#### **2.1 Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

#### **2.2 Index der Arbeitsproduktivität für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, der Wirtschaftszweige aus den Hauptgruppen

- >>> Bergbau,
- >>> Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe,
- >>> Investitionsgüter produzierendes Gewerbe,
- >>> Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe,
- >>> Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

(= Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) in der Abgrenzung nach der SYPRO umfaßt.

Im einzelnen rechnen dazu die unter 1. genannten Wirtschaftsgruppen, mit den folgenden wesentlichen Ausnahmen:

- bis Basis 1980=100:

Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen

SYPRO-Nr. 24

Luft- und Raumfahrzeugbau

SYPRO-Nr. 35

Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)

SYPRO-Nr. 65

- ab Basis 1985=100

nur ohne SYPRO-Nr. 24.

Zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe rechnen auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesen Wirtschaftsgruppen bzw. -zweigen tätig sind. Nachgewiesen wird der >>> Index der Nettoproduktion für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile, der >>> Index der Arbeitsproduktivität sowie Meßgrößen über die Entwicklung der >>> Löhne und Gehälter je Beschäftigten/ je Beschäftigtenstunde/je Produkteinheit/je Umsatzeinheit, jeweils für den >>> Bergbau und das >>> Verarbeitende Gewerbe.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neugefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen. Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff. und 3/1988, S. 182 ff.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ist beim Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe der Bergbau nicht einbezogen.

Im Unterschied zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe umfaßt der Wirtschaftsbereich >>> Produzierendes Gewerbe zusätzlich die Wirtschaftsbereiche Bauhauptgewerbe und Elektrizitäts- und Gasversorgung.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und >>> gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) sind vergleichbar abgegrenzt. Unterschiede ergeben sich im wesentlichen daraus, daß zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Wirtschaftszweige nach der SYPRO, zur gesamten Industrie dagegen Industriezweige nach dem Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengefaßt werden.

Nur zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe rechnen im wesentlichen Steinbildhauerei, Steinmetzerei, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern, Lackierung von Straßenfahrzeugen, Möbel- und Matratzenpolsterei, Maßanfertigung von Schuhen und Bekleidung (einschl. Reparatur), Maßschneiderei, Bäckerei, Fleischerei, Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe) sowie Fabrikschiffe, die Fische und andere Meerestiere be- und verarbeiten, soweit sie als selbständige Einheiten anzusehen sind. Nur zum Wirtschaftsbereich gesamte Industrie (ohne öffentliche Energiewirtschaft und ohne Bauindustrie) rechnen im wesentlichen die Herstellung und Montage von Fertigteilbauten aus Beton sowie aus Holz im Hochbau und die Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen.

Ferner zählen zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auch Handwerksunternehmen und -betriebe, die in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind; dagegen rechnen solche Unternehmen und Betriebe in der Regel nicht zur Industrie.

## **Berlinverkehr und Verkehr mit der ehem. DDR**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1966

### **Begriffsinhalt:**

>>> Finanzhilfen des Bundes zur Erleichterung des Verkehrs zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet sowie des Verkehrs mit der ehem. DDR.

Im einzelnen handelt es sich um

- Förderung des Land- und Luftreiseverkehrs zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet durch pauschale Abgeltung der Transitgebühren und -abgaben sowie durch Flugpreissubventionierung;
- Erstattungen von Visagebühren für Reisen Westdeutscher im Alter von über 60 Jahren in die ehem. DDR;
- seit 1972 Erstattung von Einreisegenehmigungsgebühren für Reisen Westberliner in die ehem. DDR und nach Berlin (Ost); das Land Berlin bekommt die notwendigen finanziellen Mittel vom Bund erstattet;
- seit 1980 Pauschalsumme zur Abgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftwagen im Verkehr in und durch die ehem. DDR; die pauschale Abgeltung der früher individuell von den Reisenden erhobenen Straßenbenutzungsgebühren aus dem Bundeshaushalt dient der Förderung des Reiseverkehrs in die ehem. DDR.

## **Berufliche Ausbildung**

### **Beschäftigtenstatistik**

Datennachweis: ab 1977

#### **Begriffsinhalt:**

Als abgeschlossene Berufsausbildung wird die Ausbildung in einem anerkannten Lehr- oder Anlernberuf (Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes), Abschluß einer >>> Berufsfach- oder >>> Fachschule, Abschluß einer >>> Fachhochschule, >>> Hochschule bzw. >>> Universität angesehen.

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder berufsausbildende Schulen, deren freiwilliger Besuch ganz oder teilweise den Pflichtbesuch einer >>> Berufsschule ersetzen kann. Sie werden in der Regel im Vollzeitunterricht besucht. Fachschulen sind dagegen berufsbildende Schulen und können nach einer bereits erworbenen praktischen Berufsausbildung und -erfahrung nach vollendetem 18. Lebensjahr besucht werden.

Fachhochschulen umfassen größtenteils die früheren >>> Ingenieurschulen und höheren Fachschulen. Ihr Besuch setzt die >>> Fachhochschulreife voraus. Bei erfolgreichem Abschluß wird die allgemeine >>> Hochschulreife erworben. Schulen dieser Art sind z.B. Ingenieurschulen, Fachhochschulen, höhere Wirtschaftsfachschulen, Höhere Fachschulen für Sozialarbeit usw. Der Fachhochschulabschluß bzw. Ingenieurschulabschluß ist der graduierte Abschluß an einer Fachhochschule (Diplom FH) oder sonstigen Höheren Fachschule.

Als Hochschul- oder Universitätsabschluß gelten Staatsexamen, Diplom- oder Magisterprüfung und/oder Promotion an Universitäten oder Hochschulen verschiedener Art (z.B. Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, Musikhochschulen usw.). Ein Hochschulabschluß ist ebenfalls bei Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten gegeben.

## **Berufliche Bildung**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Leistungen bei Ausbildung, Fortbildung und Berufsberatung im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungs- und des Reichsknappschaftsgesetzes, des Bundesversorgungs-, Lastenausgleichs-, Bundessozialhilfe-, Jugendwohlfahrts- und Bundesausbildungsförderungsgesetzes.

Die Leistungen für die berufliche Bildung im Rahmen des Sozialbudgets beziehen sich im wesentlichen auf Maßnahmen der >>> Ausbildungsförderung und der Förderung der Arbeitsaufnahme. Da im Sozialbudget Vermögensübertragungen und Darlehen nicht enthalten sind, sind die hier nachgewiesenen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz mit der Umstellung auf Darlehensgewährung stark zurückgegangen.

Gewährt werden Übergangsgelder, Ausbildungszuschüsse und Ausbildungsbeihilfen sowie auch indirekte Leistungen in Form von >>> Steuerermäßigungen (insbesondere Ausbildungsfreibeträge).

Familienzuschläge zu Einkommensleistungen sind den Leistungen für >>> Kinder und für >>> Ehegatten zugeordnet.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen für die berufliche Bildung gemeinsam mit den Leistungen bei >>> Arbeitslosigkeit und den Leistungen zur Förderung der >>> Mobilität zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Beschäftigung".

## **Berufliche Gliederung**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Der Tabelle mit beruflicher Gliederung liegen das "Schlüsselverzeichnis der Berufsbenennungen für die Berufszählung 1987" und die "Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975" zugrunde. Das Schlüsselverzeichnis unterscheidet etwa 28 000 Berufsbenennungen, die entsprechend der Klassifizierung der Berufe zu 328 Berufsordnungen, 86 Berufsgruppen, 33 Berufsabschnitten und 6 Berufsbereichen zusammengefaßt sind.

## **Berufliche Stellung des Vaters/ der Mutter**

### **Studentenstatistik**

Datennachweis: ab Wintersemester 1976/77

#### **Begriffsinhalt:**

Angabe der beruflichen Stellung des Vaters (der Mutter) auf den Immatrikulationspapieren deutscher >>> Studienanfänger.

Als berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) werden folgende Fälle unterschieden: >>> Angestellter, >>> Arbeiter, >>> Beamter, >>> Mithelfender Familienangehöriger, >>> Selbständiger und "Nie erwerbstätig". Die berufliche Stellung des Vaters (der Mutter) wird auch berücksichtigt, wenn diese(r) bereits verstorben ist.

Nie erwerbstätig sind Personen, die nicht zu den Angestellten, Arbeitern, Beamten, mithelfenden Familienangehörigen oder Selbständigen rechnen.

Unter der Position "ohne Angabe" werden deutsche Studienanfänger nachgewiesen, die auf den Immatrikulationspapieren bei der Frage nach der letzten beruflichen Stellung des Vaters (der Mutter) keine Angabe gemacht haben.

## **Berufsaufbauschulen**

### **Statistik des beruflichen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Schulen, die neben oder im Anschluß an die >>> Berufsschule besucht werden und zur sog. >>> Fachschulreife führen.

Voraussetzung für den Besuch einer Berufsaufbauschule ist das Abschlußzeugnis der >>> Hauptschule oder ein gleichwertiges Zeugnis sowie ein mindestens halbjähriger Besuch der Berufsschule. Der Abschluß (Fachschulreife) ist dem >>> Realschulabschluß gleichgestellt.

Die Berufsaufbauschulen sind meist nach Fachrichtungen gegliedert. Sie werden sowohl als Vollzeitschulen als auch als Teilzeitschulen geführt. Bei Vollzeitschulen beträgt die Schulbesuchsdauer 1 - 1 1/2 Jahre, bei Teilzeitschulen 3 - 3 1/2 Jahre.

Zu den Berufsaufbauschulen rechnen auch die Berufsoberschullehrgänge in Baden-Württemberg.

Erfaßt werden öffentliche und private Berufsaufbauschulen.

# Berufsfachschulen

## Volks- und Berufszählung 1987

### Begriffsinhalt:

Berufsfachschulen sind berufsvorbereitende oder -ausbildende Schulen, deren freiwilliger Besuch ganz oder teilweise den Pflichtbesuch einer Berufsschule ersetzen kann.

Zu den Berufsfachschulen gehören u.a. Wirtschaftsschulen (Handelsschulen), Schulen für Hauswirtschaft und Kinderpflege, gewerbliche Berufsfachschulen (z.B. für Maschinenbau), Berufsfachschulen für Technische Assistenten, für Musik und für Fremdsprachen.

# Berufsfachschulen

## Statistik des beruflichen Schulwesens

Datennachweis: ab 1967

### Begriffsinhalt:

Schulen, die nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht besucht werden können und der Berufsvorbereitung dienen oder eine volle Berufsausbildung vermitteln.

Voraussetzung für den Besuch von Berufsfachschulen ist teils der >>> Hauptschulabschluß, teils der >>> Realschulabschluß, in einigen Fällen auch die >>> Hochschulreife. Eine vorherige praktische Berufsausbildung ist nicht erforderlich. Entsprechend gibt es auch keinen einheitlichen Abschluß für alle Berufsfachschulen.

Zu den Berufsfachschulen rechnen auch die Berufskollegs, die auf dem Realschulabschluß oder einem gleichwertigen Abschluß aufbauen. Sie führen zu einer beruflichen Erstqualifikation und können bei mindestens zweijähriger Dauer unter besonderen Voraussetzungen auch zur >>> Fachhochschulreife führen.

Berufsfachschulen und Berufskollegs werden in der Regel als Vollzeitschulen geführt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mindestens ein Jahr.

Erfaßt werden öffentliche und private Berufsfachschulen.

Das in Berlin bei den Berufsfachschulen geführte Berufsgrundbildungsjahr ist hier nicht einbezogen, sondern wird auf Bundesebene den Berufsschulen in Vollzeitform zugeordnet. Ebenfalls nicht einbezogen sind die Berufsfachschulen des Gesundheitswesens in Bayern; sie werden vielmehr den >>> Schulen des Gesundheitswesens zugeordnet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1976 war das Berufsgrundbildungsjahr in Schleswig-Holstein bei den Berufsfachschulen enthalten.

Die Kollegs in Nordrhein-Westfalen gibt es erst seit dem Schuljahr 1977/78.

# Berufsfördernde Leistungen

## Statistik der Kriegsopferfürsorge

Datennachweis: ab 1963

### Begriffsinhalt:

Hilfen, die erforderlich sind, um die Erwerbsfähigkeit von Beschädigten und z.T. auch ihrer Hinterbliebenen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten, zu bessern, herzustellen oder wiederherzustellen und sie hierdurch möglichst auf Dauer beruflich einzugliedern.

Die Hilfe wird in Form von Beihilfen und Darlehen gewährt und soll durch die Erlangung und Erhaltung einer der Eignung, Neigung und bisherigen Tätigkeit des Beschädigten entsprechenden beruflichen Tätigkeit die Folgen der Schädigung angemessen ausgleichen oder mildern.

Neben den berufsfördernden Leistungen im engeren Sinne kommt den Hilfen zur Beschaffung, Unterhaltung, zum Betrieb und zum Unter- und Abstellen eines Kraftfahrzeugs sowie der Hilfe zur Erlangung einer Fahrerlaubnis besondere Bedeutung zu; Voraussetzung für die Gewährung ist, daß der Beschädigte infolge der Schädigung auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist.

Als berufsfördernde Leistungen im engeren Sinne kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

- Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes einschl. Hilfen zur Förderung der Arbeitsaufnahme sowie Eingliederungshilfen an Arbeitgeber,
- Berufsfindung und Arbeitserprobung, Berufsvorbereitung einschl. einer wegen der Schädigung erforderlichen Grundausbildung,
- berufliche Anpassung, Fortbildung, Ausbildung und Umschulung, einschl. eines zur Teilnahme an diesen Maßnahmen erforderlichen schulischen Abschlusses sowie
- sonstige Hilfen der Arbeits- und Berufsförderung, durch die Beschädigten eine angemessene und geeignete Erwerbs- oder Berufstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in einer Werkstatt für Behinderte ermöglicht werden kann.

Im Rahmen der Hilfen zur Erhaltung oder Erlangung eines Arbeitsplatzes ist vor allem die Übernahme der Kosten für Arbeitsausrüstung, technische Arbeitshilfen und der Umzugskosten vorgesehen. Der Behinderte kann ferner eine befristete Beihilfe zu seinem Arbeitsverdienst erhalten. Arbeitgeber können Zuschüsse zu den Kosten der betrieblichen Ausbildung und Umschulung des Beschädigten, Eingliederungshilfe (befristete Zuschüsse zum Arbeitsentgelt), Hilfen zur Einrichtung und Unterhaltung eines beschädigtengerechten Arbeitsplatzes sowie Kostenerstattung für eine befristete Probebeschäftigung erhalten.

Sonstige berufsfördernde Maßnahmen sind alle Hilfen, die erforderlich sind, um Beschädigte beruflich einzugliedern oder ihre Eingliederung zu sichern, soweit dies durch andere Maßnahmen nicht oder nicht vollständig erreicht werden kann. Unter den entsprechenden Voraussetzungen können Beschädigte auch Hilfen zur Gründung und Erhaltung einer selbständigen Existenz erhalten. Berufsfördernde Maßnahmen können in begründeten Fällen auch Witwen und Witwern gewährt werden, die zur Erhaltung oder Erlangung einer angemessenen Lebensstellung erwerbstätig sein wollen.

Ferner werden als ergänzende Hilfen folgende Leistungen gewährt:

- Übergangsgeld und Unterhaltsbeihilfe,
- Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung,
- Übernahme der Kosten, die mit einer berufsfördernden Maßnahme in unmittelbarem Zusammenhang stehen,
- Haushaltshilfe, wenn unter bestimmten Voraussetzungen die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist,
- sonstige Hilfe, um das Ziel der Rehabilitation zu erreichen oder zu sichern sowie
- Übernahme der im Zusammenhang mit der Teilnahme an einer berufsfördernden Maßnahme erforderlichen Fahr-, Verpflegungs- und Übernachtungskosten.

Übergangsgeld erhalten Beschädigte, Witwen und Witwer, die wegen Teilnahme an einer berufsfördernden Maßnahme keine ganztägige Erwerbstätigkeit ausüben können. Die Höhe des Übergangsgeldes richtet sich nach der Höhe des entgangenen regelmäßigen Nettoarbeitsentgelts (Regellohn). Wer vor Beginn der Maßnahme beruflich nicht tätig gewesen ist, erhält Unterhaltsbeihilfe, für deren Bemessung die Vorschriften über Leistungen für den Lebensunterhalt bei Gewährung von Erziehungsbeihilfe entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz und der Verordnung zur Kriegsopferfürsorge angewendet werden.

Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge für die laufenden und einmaligen Leistungen, die Zahl der Personen zum jeweiligen Jahresende, die diese Hilfe als laufende Leistung erhalten sowie die Zahl der Fälle, in denen diese Hilfe als einmalige Leistung gewährt wird.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Empfänger von berufsfördernden Leistungen, die Zahl der Leistungsfälle sowie die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Kriegsopferfürsorge geltenden

Rechtsvorschriften (u.a. von der Höhe des an die Entwicklung des Regellohns gekoppelten Übergangsgeldes) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende weitere Änderungen ein:

Zum 1.10.1974 ist der Leistungsumfang grundsätzlich neu geregelt und insbesondere um Hilfen zur Berufsfindung, Arbeitserprobung und Berufsvorbereitung erweitert worden. Seitdem können auch ergänzende Hilfen, insbesondere Übergangsgeld, gewährt werden. Dagegen stand vor dem 1.10.1974 den Beschädigten und den Witwen und Witwern nur ein Unterhaltsbeitrag zur Sicherung des Lebensunterhalts zu, einschließlich des Lebensunterhalts der von ihnen überwiegend unterhaltenen Angehörigen.

Zum 1.1.1979 wurde die Unterhaltsbeihilfe eingeführt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Von den grundsätzlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, unterscheiden sich die berufsfördernden Leistungen der Kriegsopferversorgung von der >>> Eingliederungshilfe für Behinderte (Statistik der Sozialhilfe) auch in ihrer Leistungsstruktur und ihrem Leistungsumfang, da die Eingliederungshilfe für Behinderte neben den berufsfördernden u.a. auch medizinische Leistungen vorsieht.

## **Berufspendler**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Erwerbstätige, deren Arbeitsstätte nicht auf dem Wohngrundstück liegt. Befindet sich die Arbeitsstätte in der gleichen Gemeinde, handelt es sich um innergemeindliche Berufspendler, andernfalls um Berufspendler über die Gemeindegrenze. Liegt die Zielgemeinde in einem anderen Kreis, wird auch die Bezeichnung Pendler über die Kreisgrenze angewandt. Analog dazu gibt es Pendler über die Grenze des Bundeslandes oder ins Ausland.

Erwerbstätige, die neben der Ausübung einer Erwerbstätigkeit noch eine Schule besuchen (z.B. Erwerbstätige, die nach Dienstschaft eine Abendschule besuchen) rechnen grundsätzlich zu den Berufspendlern. Maßgebend ist dabei, daß die Arbeitsstätte nicht auf dem Wohngrundstück des Erwerbstätigen liegt. Zu den Berufspendlern rechnen weiter >>> Schüler und Studierende, die neben ihrer Ausbildung eine - wenn auch nur geringfügige - Erwerbstätigkeit außerhalb ihrer Wohngemeinde ausüben. Unterschieden wird zwischen "Berufsauspendlern", bei denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Wohngemeinde und "Berufseinpendlern", bei denen die Pendelwanderung aus der Sicht der Zielgemeinde gesehen wird. Zu den Berufsauspendlern zählen auch jene Personen, die im Ausland erwerbstätig sind, ihren Wohnsitz jedoch im Inland haben, während Berufseinpender, die im Inland erwerbstätig sind, aber im Ausland ihren Wohnsitz haben, nicht erfaßt werden (sog. Grenzgänger).

## **Berufsschulen**

### **Statistik des beruflichen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Schulen, die nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht von Jugendlichen besucht werden müssen, die nicht auf weiterführende Schulen (z.B. >>> Gymnasien, >>> Realschulen, >>> Berufsfachschulen) gehen.

Die Berufsschulen haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Unter bestimmten Voraussetzungen kann Schülern ohne >>> Hauptschulabschluß nach erfolgreichem Besuch der Berufsschule der Hauptschulabschluß bestätigt werden.

Berufsschulen werden z.T. in Vollzeitform und z.T. in Teilzeitform geführt.

Die Vollzeitschule umfaßt 1 Jahr (Berufsgrundbildungsjahr). Das Berufsbildungsjahr (in einigen Ländern: Berufsgrundschuljahr) hat die Aufgabe, allgemeine und auf der Breite eines Berufsfeldes (z.B. Wirtschaft, Verwaltung, Metall) fachtheoretische und fachpraktische Lehrinhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres wird großenteils auf die weitere Berufsausbildung in den dem jeweiligen Berufsfeld zugeordneten Berufen angerechnet.

Das Berufsvorbereitungsjahr (in Bayern: Berufsgrundschuljahr Zug J) ist ein besonderer einjähriger Bildungsgang der Berufsschule. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag, die sich noch nicht für einen Beruf entschieden haben oder die keine Berufsausbildung anstreben, auf eine berufliche Tätigkeit vorbereitet. Befähigte Schüler haben außerdem die Möglichkeit, im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres den Hauptschulabschluß nachzuholen.

Die Teilzeitschule wird von Auszubildenden und sonstigen berufsschulpflichtigen Jugendlichen besucht. Sie muß - nach der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht - bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres oder bis zum Abschluß der praktischen Berufsausbildung besucht werden.

Das o.g. Berufsgrundbildungsjahr gibt es auch in kooperativer Form; es wird auf Bundesebene den Berufsschulen in Teilzeitform zugeordnet.

Das Berufsgrundbildungsjahr, das in Berlin bei den Berufsfachschulen geführt wird, ist in der Bundesstatistik bei den Berufsschulen nachgewiesen.

Erfaßt werden öffentliche und private Berufsschulen.

## **Berufssoonderschulen**

### **Statistik des beruflichen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Schulen, die der beruflichen Förderung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Jugendlicher dienen.

Die Berufssoonderschulen (Berufsschulen für Behinderte) haben im großen und ganzen den gleichen Bildungsauftrag wie die >>> Berufsschulen, nämlich die Allgemeinbildung der Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln.

Berufssoonderschulen sind häufig Vollzeitschulen. Die Schulbesuchsdauer beträgt i.d.R. 3 Jahre.

Erfaßt werden öffentliche und private Berufssoonderschulen.

Hier nicht einbezogen sind andere Einrichtungen zur beruflichen Förderung behinderter Jugendlicher; wie Grundausbildungslehrgänge, Förderungslehrgänge oder Ausbildung in einem Berufsbildungswerk oder Jugendheim.

Die Berufsschulen, die ebenfalls einen großen Teil der behinderten Jugendlichen betreuen, werden gesondert ausgewiesen.

## **Berufsverkehr**

### **Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr**

Datennachweis: ab 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Regelmäßige Beförderung von Berufstätigen zwischen Wohnung und Arbeitsstelle unter Ausschluß anderer Fahrgäste durch zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtige >>> Unternehmen.

Nachgewiesen wird der Berufsverkehr ohne den Berufsverkehr, den Unternehmen mit eigenen oder angemieteten Kraftfahrzeugen zur Beförderung der Betriebsangehörigen für diese unentgeltlich betreiben.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Ab IV. Quartal 1984 bzw. ab Berichtsjahr 1985 ist Straßenpersonenverkehr mit Pkw nicht mehr enthalten. Weitere Änderungen ergeben sich durch Änderungen im Berichtskreis der zur Verkehrsstatistik auskunftspflichtigen Unternehmen (siehe auch unter: Unternehmen).



# Beschäftigte

Alle folgenden Statistiken

## Begriffsinhalt:

Personen, die in >>> Betrieben, >>> Unternehmen oder >>> Arbeitsstätten tätig sind und entweder in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder in einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Betrieb, Unternehmen oder zur Arbeitsstätte stehen.

Voll als Beschäftigte werden auch gezählt: Erkrankte, Urlauber sowie Personen, die Übungen bei der Bundeswehr ableisten und alle sonstigen vorübergehend Abwesenden, Streikende und von Aussperrung betroffene Personen, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst ist, ferner Saison- und Aushilfsarbeiter, Kurzarbeiter, Schlechtwettergeldempfänger, Teilzeitbeschäftigte, Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw. sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen gegen Entgelt zur Arbeitsleistung gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überlassen werden (Leiharbeiter wie Fremdlöhner, Zeitbeschäftigte für Bürotätigkeiten usw.).

Nicht zu den Beschäftigten rechnen die (längerfristig) im Ausland Beschäftigten, zum Grundwehrdienst einberufene Personen, Zivildienstleistende, Strafgefangene, ehrenamtlich Tätige sowie Arbeitskräfte, die als Beauftragte anderer Betriebe (Unternehmen, Arbeitsstätten) im meldenden Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte) Montage- oder Reparaturarbeiten durchführen.

Heimarbeiter rechnen ebenfalls nicht zu den Beschäftigten.

>>> Mithelfende Familienangehörige, d.h. Personen, die im Betrieb (im Unternehmen, in der Arbeitsstätte), der von einem Familienmitglied als >>> Tätigem Inhaber geleitet wird, mitarbeiten, ohne hierfür Lohn oder Gehalt zu beziehen, werden in den einzelnen Statistiken unterschiedlich berücksichtigt. Sie werden z.T.

- ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit erfaßt, z.T.
- nur dann erhoben, wenn sie mindestens ein Drittel der betrieblichen Arbeitszeit tätig sind, z.T.
- überhaupt nicht erfaßt.

Unter den Beschäftigten werden Beschäftigungsfälle nachgewiesen, so daß Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten auch mehrfach gezählt werden.

## Begriffsbeziehungen:

Der Begriff Beschäftigte ist - von den durch die einzelnen Erhebungsbereiche bedingten Besonderheiten abgesehen - gleich abgegrenzt wie der Begriff >>> Tätige Personen (verschiedene Bereichsstatistiken, Arbeitsstättenzählung 1970); soweit die Begriffe Beschäftigte und Tätige Personen in jeweils denselben Statistiken verwendet werden (z.B. in den Statistiken für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, in der Arbeitsstättenzählung, in den Handels- und Gaststättenzählungen und der Großhandels-, Einzelhandels- und Gastgewerbestatistik), stimmen sie inhaltlich voll überein.

Unterschiede zwischen dem Begriff Beschäftigte und dem Begriff >>> Erwerbstätige (Volks- und Berufszählung 1970, Mikrozensus) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen ist Erhebungseinheit das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils Gesamtangaben über ihre Beschäftigten melden; in der Volks- und Berufszählung 1970 bzw. im Mikrozensus ist dagegen die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner oder Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalt zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Beschäftigten.

Bei den Beschäftigten werden lediglich die Soldaten auf Wehrübungen, bei den Erwerbstätigen hingegen alle Soldaten berücksichtigt.

Die Mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Beschäftigten in den Bereichsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, dann können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die Bereichsstatistiken und die Arbeitsstättenzählungen weisen daher nur Beschäftigungsfälle nach und nicht die tatsächliche Zahl der dahinterste-

henden Individuen. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen - soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird - jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt Erhebungseinheit ist.

Unterschiede ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Beschäftigten werden i.d.R. Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept), bei den Erwerbstätigen dagegen Personen der Wohnbevölkerung (Inländerkonzept) gezählt.

Zur Abgrenzung der Beschäftigten gegenüber den >>> Tätigen Personen in der Binnenschifffahrt, im Straßenpersonenverkehr und im Schienenverkehr siehe unter Tätige Personen.

Zur Abgrenzung der Beschäftigten gegenüber den Arbeitskräften in der Landwirtschaft siehe unter >>> Familienarbeitskräfte und ständige familienfremde Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt) (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft).

Zur Abgrenzung der >>> Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes und der >>> Beschäftigten des mittelbaren öffentlichen Dienstes (beide Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes) siehe jeweils dort.

### **1.1 Arbeitsstättenzählung 1987**

Datennachweis: 1987

### **1.2 Arbeitsstättenzählung 1970**

Datennachweis: 1970

### **1.3 Arbeitsstättenzählung 1961**

Datennachweis: 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten umfassen die >>> Tätigen Inhaber, die >>> Beamten, die >>> Angestellten, die >>> Arbeiter und die >>> Nachwuchskräfte (Auszubildende) sowie die >>> (unbezahlt) Mithelfenden Familienangehörigen, unabhängig von der Arbeitszeit, die sie in der >>> Arbeitsstätte tätig sind.

## **2. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten (Tätige Personen) umfassen alle Personen, die einem vertraglichen Arbeits- oder Dienstverhältnis zum >>> Betrieb/>>> Unternehmen stehen (z.B. >>> Arbeiter, >>> Angestellte, >>> Auszubildende, Praktikanten); die Tätigen Inhaber und Mitinhaber, die den Betrieb/das Unternehmen wirtschaftlich und organisatorisch leiten; die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, sofern sie mindestens ein Drittel der branchenüblichen Arbeitszeit im Betrieb/Unternehmen tätig sind sowie Arbeitskräfte, die von anderen Unternehmen/Betrieben gegen Entgelt zur Arbeitsleistung überlassen werden, z.B. gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

Nicht zu den Beschäftigten rechnen die aufgrund einer tarifvertraglichen Vorruhestandsregelung vorzeitig ausgeschiedenen Mitarbeiter.

Erfasst wird die Zahl der Beschäftigten zum jeweiligen Monatsende; der Jahresdurchschnitt errechnet sich als arithmetisches Mittel aus den Monatswerten.

Die Zahl der Beschäftigten wird nachgewiesen für die Erhebungseinheiten Unternehmen und Betriebe sowie die Darstellungseinheiten fachliche Betriebsteile. Je nach der gewählten Erhebungs-/Darstellungseinheit können sich für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe unterschiedliche Beschäftigtenangaben ergeben (Auswirkung des Schwerpunktprinzips und/oder der systematischen Zuordnung von fachlichen Betriebsteilen).

Beim Nachweis nach fachlichen Betriebsteilen für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt sind deshalb die im Betrieb in den baugewerblichen Betriebsteilen (einschl. in Baukolonnen für den Eigenbedarf) und in den sonstigen Betriebsteilen (z.B. in Handels-, Transport- und landwirtschaftlichen Abteilungen) tätige Personen nicht enthalten (Seg.-Nr. 466, 468, 1180 und 1182). Zu Einzelheiten bezüglich des Nachweises von Betrieben und Betriebsteilen siehe unter Betriebe.

### **3.1 Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes**

Datennachweis: ab 1970

### **3.2 Jahresherhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten umfassen alle Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum >>> Unternehmen stehen (>>> Angestellte, >>> Arbeiter, >>> Auszubildende), die im Unternehmen tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie die >>> unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, sofern diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen tätig sind.

Einbezogen werden auch die in nichtproduzierenden Teilen des Unternehmens Beschäftigten.

Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Unternehmen Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit angesehen werden.

### **4. Monatlicher Industriebericht**

Datennachweis: 1970 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Der Begriff Beschäftigte entspricht dem Begriff >>> Tätige Personen. Zu Einzelheiten siehe dort.

### **5.1 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

### **5.2 Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

### **5.3 Jahresherhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

### **5.4 Jahresherhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes**

Datennachweis: ab 1975

### **5.5 Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

### **5.6 Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1979

#### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten umfassen alle Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum >>> Unternehmen bzw. Betrieb stehen (>>> Angestellte, >>> Arbeiter, >>> Auszubildende), die im Unternehmen bzw. >>> Betrieb tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, soweit diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen bzw. Betrieb tätig sind.

Zu den Angestellten zählen auch Gesellschafter, Vorstandsmitglieder und andere leitende Kräfte, soweit sie vom befragten Unternehmen bzw. Betrieb Bezüge erhalten, die steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit angesehen werden.

Im Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe werden die >>> Tätigen Inhaber, >>> Mithelfenden Familienangehörigen, die >>> kaufmännischen und technischen Angestellten einschl. Auszubildenden, die >>> Facharbeiter, die >>> Fachwerker und Werker und die >>> gewerblichen Auszubildenden nachgewiesen.

In den Jahresherhebungen werden auch die in nichtproduzierenden Teilen des Unternehmens Beschäftigten einbezogen.

Die Beschäftigten in den Jahresherhebungen umfassen neben den unmittelbar im Unternehmen Beschäftigten auch die an Arbeitsgemeinschaften abgestellten Personen. Arbeitskräfte, die unmittelbar von der Arbeitsgemeinschaft eingestellt wurden, werden in der Höhe des Arbeitsgemeinschaftsanteils des jeweiligen befragten Unternehmens zu den Beschäftigten dieses Unternehmens gerechnet.

## **6. Jahresherhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten umfassen die >>> Angestellten und Beamten (einschl. der kaufmännischen, technischen und Verwaltungsauszubildenden), die Arbeiter (einschl. der gewerblichen Auszubildenden), die tätigen Inhaber und Mitinhaber sowie die >>> unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, sofern diese Familienangehörigen mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Unternehmen tätig sind.

Nicht einbezogen sind, soweit nicht anders angegeben, Arbeitskräfte, die in keinem festen Lohn- oder Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur gegen eine Aufwands- oder Pauschalentschädigung regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Schriftführer, Kassierer, Pumpenwärter), ebenso Beamte, Angestellte und Arbeiter von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Beschäftigte, die in mehreren fachlichen Unternehmensteilen tätig sind, werden auf diese anteilmäßig aufgegliedert.

## **7. Handwerkszählung 1977**

Datennachweis: 1977

### **Begriffsinhalt:**

Die Beschäftigten umfassen die >>> Tätigen Inhaber (einschl. Mitinhaber), die >>> unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen, die >>> Betriebsleiter, >>> kaufmännischen und technischen Angestellten, die >>> Gesellen und sonstigen Facharbeiter, die >>> angelernten und ungelernten Arbeiter, die >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden sowie die >>> gewerblichen Auszubildenden.

Die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen werden erfaßt, sofern sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Nachgewiesen werden die Beschäftigten am 30. September 1976 und - ohne Untergliederung - am 31. März 1977.

## **8.1 Handels- und Gaststättenzählung 1968, 1979, 1985**

Datennachweis: ab 1964

## **8.2 Großhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1964

## **8.3 Einzelhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1963

## **8.4 Gastgewerbestatistik**

Datennachweis: ab 1963

### **Begriffsinhalt:**

Beschäftigte sind >>> Tätige Inhaber, >>> unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche >>> Arbeitnehmer. Dazu gehören auch vorübergehend Abwesende (z.B. Kranke, Urlauber) und >>> Teilzeitbeschäftigte.

In den Handels- und Gaststättenzählungen werden die Beschäftigten in absoluten Zahlen nachgewiesen.

In der Großhandelsstatistik werden Meßzahlen der Beschäftigten, in der Einzelhandelsstatistik und in der Gastgewerbestatistik werden Meßzahlen der Beschäftigten, Vollbeschäftigten und Teilzeitbeschäftigten nachgewiesen. Die Meßzahlen werden durch Division der Zahlen der Beschäftigten (Voll-, Teilzeitbeschäftigten) im jeweiligen Berichtszeitraum durch die entsprechenden Zahlen der Beschäftigten (Vollzeitbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte) im Basiszeitraum ermittelt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Großhandelsstatistik wurden bis einschl. 1979 lediglich die Meßzahlen für die Gesamtzahl der Beschäftigten bzw. tätigen Personen nachgewiesen.

### **9. Statistik der Luftfahrtunternehmen**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die in >>> Unternehmen mit Genehmigung oder Erlaubnis zur Durchführung von Flügen ausschließlich oder überwiegend im Unternehmensteil "Luftfahrt" tätig sind und in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder Eigentümer- bzw. Miteigentümerverhältnis zum Unternehmen stehen.

Vorübergehend Abwesende, Erkrankte, Urlauber und Teilzeitbeschäftigte werden vollständig einbezogen.

Nicht zu den Beschäftigten in der Luftfahrt rechnen Personen, die zwar in Luftfahrtunternehmen beschäftigt sind, jedoch nicht ausschließlich oder überwiegend im Unternehmensteil "Luftfahrt" tätig sind (z.B. Personen, die in Reisebüros arbeiten).

Nach dem Beschäftigungsverhältnis (der Stellung im Betrieb) werden >>> Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber, >>> Mithelfende Familienangehörige - unabhängig von der Arbeitszeit, die sie im Unternehmen tätig sind -, ferner >>> Angestellte, >>> Arbeiter und >>> Auszubildende unterschieden.

Nach dem betrieblichen Einsatz wird das fliegende Personal (Luftfahrzeugführer, Flugingenieure, Bordfunker, sonstiges fliegendes Personal) und das übrige Luftfahrt-(Boden-)Personal (z.B. Personen, die Wartungs- und Überholarbeiten an Luftfahrzeugen durchführen oder die in der Verwaltung oder in der Passagier- und Frachtabfertigung eingesetzt sind) unterschieden.

## **Beschäftigte Arbeitnehmer**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Als beschäftigter Arbeitnehmer zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter.

## **Beschäftigte des mittelbaren öffentlichen Dienstes**

### **Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Beamte, >>> Angestellte und >>> Arbeiter, die bei der >>> Bundesanstalt für Arbeit, den >>> Sozialversicherungsträgern unter Aufsicht des Bundes, den >>> Sozialversicherungsträgern unter Aufsicht der Länder und bei den >>> Trägern der Zusatzversorgung tätig sind.

Die ohne Bezüge beurlaubten Bediensteten werden nicht erfaßt.

Die Angestellten im Bereich der Sozialversicherungsträger und der Zusatzversorgungskassen lassen sich in die Tarifangestellten sowie die Dienstordnungsangestellten (DO-Angestellten) untergliedern.

Die Beschäftigten werden in >>> hauptberuflich Vollzeitbeschäftigte und in >>> Teilzeitbeschäftigte unterschieden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1979 sind die ohne Bezüge beurlaubten Bediensteten mit im Personalstand enthalten.

## **Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes**

### **Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Beamte, >>> Richter, >>> Angestellte und >>> Arbeiter, die bei Behörden, Gerichten, Einrichtungen (einschl. der >>> rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen) des >>> Bundes, der >>> Länder, der >>> Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen >>> Zweckverbände sowie der >>> Deutschen Bundesbahn und >>> Deutschen Bundespost tätig sind.

Zu den Beschäftigten des unmittelbaren öffentlichen Dienstes zählen auch die Vollzugsbeamten des Bundesgrenzschutzes und die Berufs- und Zeitsoldaten.

Die ohne Bezüge beurlaubten Bediensteten werden nicht erfasst.

Die Beschäftigten werden in >>> hauptberuflich Vollzeitbeschäftigte und in >>> Teilzeitbeschäftigte unterschieden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1979 sind die ohne Bezüge beurlaubten Bediensteten mit im Personalstand enthalten. Die Berufs- und Zeitsoldaten werden ab 1991 erfasst.

## **Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge und -anhänger**

### **Statistik des Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeuganhängerbestandes**

Datennachweis: ab 1952

#### **Begriffsinhalt:**

Übergang von gebrauchten >>> Kraftfahrzeugen bzw. >>> Kraftfahrzeuganhängern auf andere Fahrzeughalter.

Die Umschreibung erfolgt durch die Zulassungsstelle, die den Wechsel des Halters in den Fahrzeugbrief einträgt und einen neuen Kraftfahrzeugschein ausstellt.

Die Veräußerung eines Fahrzeugs, das endgültig abgemeldet oder mehr als 1 Jahr aus dem Verkehr gezogen war, zählt nicht als Besitzumschreibung. Da ein solches Fahrzeug als endgültig stillgelegt gilt und somit keinen Halter mehr hat, wird eine erneute Zulassung als Alterfassung gezählt und als solche hier nicht nachgewiesen. Ebenso gilt nicht als Besitzumschreibung, wenn ein Fahrzeug nach der Veräußerung im Ausland wieder zugelassen wird bzw. wenn ein gebrauchtes Fahrzeug aus dem Ausland eingeführt und im Bundesgebiet zugelassen wird.

## **Besondere Finanzierungsvorgänge**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

## **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

## **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

### **Begriffsinhalt:**

Zu den besonderen Finanzierungsvorgängen gehören die den Gesamthaushalt einer Körperschaft ausgleichenden periodenübergreifenden Finanztransaktionen.

Im einzelnen rechnen hierzu:

#### **Ausgaben**

- >>> Schuldentilgung am Kreditmarkt,  
Rückzahlung >>> innerer Darlehen,  
>>> Zuführungen an Rücklagen,  
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen;

#### **Einnahmen**

- >>> Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt,  
Aufnahme innerer Darlehen,  
>>> Entnahmen aus Rücklagen,  
Überschüsse aus Vorjahren,  
Münzeinnahmen.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe die Erläuterungen unter den obengenannten Ausgabe- und Einnahmearten.

# **Bestandene Abschlußprüfungen**

## **1. Statistik der Hochschulprüfungen**

Datennachweis: ab 1959

### **Begriffsinhalt:**

Die Abschlußprüfungen werden wie folgt unterteilt:

- Diplom(U)- und entsprechende Hochschulprüfungen (einschl. Magister- und Lizentiatprüfungen, kirchlichen Prüfungen sowie künstlerischen Abschlüssen)
- Staatsprüfungen einschl. Lehramtsprüfungen (1. Staatsprüfung, Staatsexamen bei einphasiger Ausbildung und Zusatzprüfungen)
- Doktorprüfungen (Promotion als erster Studienabschluß und nach anderer erster Abschlußprüfung)
- Diplom (FH)/Graduierung (Abschlußprüfungen in Fachhochschulstudiengängen, einschl. FH-Diplomprüfungen)

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1981 hieß es statt Diplom (FH)/Graduierung nur Graduierungen.

## **2. Berufsbildungsstatistik**

Datennachweis: ab 1980

### **Begriffsinhalt:**

Personen, die eine Abschlußprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bestanden haben.

Durch die Abschlußprüfung wird festgestellt, ob die in der Ausbildungsordnung geforderten Fertigkeiten und Kenntnisse vom Auszubildenden erworben wurden.

Zur Abschlußprüfung wird zugelassen, wer eine der Ausbildungsordnung entsprechende Berufsausbildung beendet hat. Darüber hinaus können unter bestimmten Voraussetzungen auch Berufstätige ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung, jedoch mit langjähriger Praxis, oder Personen, die in berufsbildenden Schulen oder sonstigen Einrichtungen ausgebildet worden sind, zur Abschlußprüfung zugelassen werden. Auch diese sogenannten "externen" Prüfungsteilnehmer werden bei den bestandenen Abschlußprüfungen erfaßt.

Die Abschlußprüfung kann zweimal wiederholt werden, wenn sie nicht bestanden wurde.

## **Beteiligung am Erwerbsleben**

### **Ausländerstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Gliederung der >>> Ausländer nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben zum Zeitpunkt ihrer polizeilichen Meldung.

Die unter dieser Gliederung nachgewiesenen Daten unterliegen keinem laufenden Veränderungsdienst, so daß sie kaum Rückschlüsse auf die jeweils aktuelle Beteiligung der Ausländer am Erwerbsleben erlauben.

Es werden die Positionen "nicht erwerbstätig", "selbständig", "unbekannte Erwerbstätigkeit" und "unselbständig" unterschieden.

## **Betriebe**

### **1. Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im >>> Bergbau oder im >>> Verarbeitenden Gewerbe gemäß der SYPRO.

Erfaßt und dargestellt wird jeweils die gesamte örtliche Einheit einschl. ihrer nichtproduzierenden Teile. Zu Ausnahmen von dieser Regel siehe unten.

Befragt werden sämtliche Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes soweit sie zu >>> Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 >>> tätigen Personen und mehr gehören sowie die Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr sofern sie zu Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes gehören. Für einige ausgewählte Wirtschaftszweige bezieht sich die vorgenannte Abschneidegrenze auf 10 tätige Personen und mehr.

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe;
- örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind (Betriebe des produzierenden Handwerks);
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);
- Reparaturwerkstätten der Deutschen Bundesbahn und Bundespost;
- Reparaturwerkstätten von Schifffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes.



In einigen Fällen wird statt der gesamten örtlichen Einheit nur der im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätige fachliche Teil der örtlichen Einheit erfaßt. Folgende fachliche Teile von örtlichen Einheiten werden als eigenständige Betriebe angesehen und erfaßt:

- Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Baubetrieb örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Sägewerke, Kiesgruben, Steinbrüche, Ziegeleien), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Produktionsstätten des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes, die mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden sind und für den Markt produzieren (z.B. Kohlengruben), unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit;
- Reparatur- und Montagewerkstätten, die den wirtschaftlichen Schwerpunkt eines Verkaufsbüros bilden;
- Druckereien, die mit einem Verlag örtlich verbunden sind (Verlagsdruckereien), aber nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmenseigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen (rechtlich selbständige Reparaturwerkstätten sowie die Reparaturwerkstätten der Deutschen Bundesbahn und Bundespost gelten dagegen als Betriebe);
- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- oder Montageabteilung (bei Büros, bei denen aber überwiegend Reparaturen und Montagen durchgeführt werden, gelten die Reparatur- oder Montageabteilungen dagegen als Betriebe).

Zum einzelnen Betrieb rechnet - unter Beachtung der o.g. Ausnahmen - die gesamte örtliche Einheit, einschl. der

- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Versandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumungskolonnen, Werkschutz, Werkfeuerwehr;
- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseur, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;
- Ausbildungsstätten;
- Forschungs- und Entwicklungslabors;
- Baukolonnen für den Eigenbedarf sowie der baugewerblichen Betriebsteile, die Leistungen für den Markt erbringen und nicht zur Bauberichterstattung melden;
- übrigen Betriebsteile wie Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten, landwirtschaftliche Betriebsteile u.ä.

### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung gegenüber den Betrieben im Monatlichen Industriebericht siehe unter 3.

Während die Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als Unternehmen (z.B. im Monatsbericht für Unternehmen und in der Investitionserhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes) die kleinsten rechtlich selbständigen Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen. Zu einem Unternehmen rechnen auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe hat. Die Unternehmen umfassen daher - soweit vorhanden - neben ihren industriellen und handwerklichen Betrieben auch nichtindustrielle/nichthandwerkliche örtliche Einheiten sowie solche Teile von örtlichen Einheiten. Dagegen zählen zu den Betrieben hier im allgemeinen nur die industriellen oder handwerklichen örtlichen Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch Industrie- und Handwerksbetriebe bzw. -betriebsteile von Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes haben.

Betriebe und >>> Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb. So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grund-

stück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätten.

In einigen Fällen unterscheiden sich Betriebe und Arbeitsstätten dadurch, daß als Arbeitsstätte die gesamte örtliche Einheit, als Betrieb dagegen nur ein fachlicher Teil der örtlichen Einheit gilt. Dies ist der Fall, wenn

- eine Produktionsstätte des Verarbeitenden Gewerbes und ein Baubetrieb örtlich verbunden sind oder
- eine Produktionsstätte des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes mit einem Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung örtlich verbunden ist,
- in einem Verkaufsbüro eines Unternehmens des Bergbaus oder des Verarbeitenden Gewerbes überwiegend Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden oder
- bei einer Verlagsdruckerei der Verlag den wirtschaftlichen Schwerpunkt bildet.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbe-  
reichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Pra-  
xen freier Berufe, Ämter von Behörden u. dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten mit wirt-  
schaftlichem Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe.

## **2. Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1977

### **Begriffsinhalt:**

Örtliche Niederlassungen der Energie- und Wasserversorgung.

Nachgewiesen werden Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im allgemeinen 20 Be-  
schäftigten und mehr sowie Betriebe der Energie- und Wasserversorgung mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und  
mehr von Unternehmen außerhalb der Energie- und Wasserversorgung.

Erfaßt und dargestellt wird jeweils die gesamte örtliche Niederlassung einschl. aller Betriebsteile, die nicht zur  
Energie- und Wasserversorgung gehören (z.B. Verkehr, Häfen, Bäder) sowie aller Verwaltungs-, Reparatur-,  
Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem Betrieb örtlich verbunden sind.

### **Begriffsbeziehungen:**

Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als Unternehmen (Jahreserhebung bei Unternehmen, Inve-  
stitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung) kleinste rechtlich selbstän-  
dige Einheiten, die eigene Bücher führen und Abschlüsse aufstellen müssen. Zu einem Unternehmen rechnen in der  
Jahres- und Investitionserhebung auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und  
Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Energie-  
und Wasserversorgung hat. Die Unternehmen umfassen daher - soweit vorhanden - auch örtliche Einheiten mit  
wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb der Energie- und Wasserversorgung. Dagegen zählen zu den Betrieben  
hier nur örtliche Niederlassungen der Energie- und Wasserversorgung. Darunter fallen allerdings auch solche von  
Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb der Energie- und Wasserversorgung haben.

Ferner ist zu beachten, daß dem Nachweis von Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung  
unterschiedliche Erhebungsbereiche und Abschneidegrenzen zugrunde liegen.

### **3.1 Monatlicher Industriebericht**

Datennachweis: 1950 bis 1976

### **3.2 Industriebericht-Totalerhebung-September**

Datennachweis: 1962 bis 1975

### **Begriffsinhalt:**

Örtliche Einheiten, in denen industrielle Tätigkeiten gemäß dem systematischen Verzeichnis zum monatlichen In-  
dustriebericht ausgeübt werden, unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit.

Erfaßt und dargestellt wird nur der industrielle Teil der örtlichen Einheit, wobei im monatlichen Industriebericht  
nur Industrie-Betriebe mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr, bei der Totalerhebung dagegen nicht nur die

Industrie-Betriebe des monatlichen Berichtskreises, sondern auch die nicht zum monatlichen Industriebericht meldenden Industrie-Betriebe mit im allgemeinen weniger als 10 Beschäftigten erfaßt und dargestellt werden.

Die Industrie umfaßt die Wirtschaftsabteilungen Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe. Das Handwerk rechnet im allgemeinen nicht zur Industrie. Die einzelnen Industriezweige sind im Systematischen Verzeichnis zum monatlichen Industriebericht zusammengestellt. Örtliche Einheiten, deren Inhaber in die Handwerksrolle eingetragen sind, werden daher in der Regel nicht erfaßt. Werden in solchen örtlichen Einheiten aber industrielle Tätigkeiten ausgeübt, wird nach den einzelnen Umständen fallweise entschieden, ob diese örtliche Einheit zu erfassen ist oder nicht. Als Anhaltspunkt für industrielle Tätigkeit dient die Serienfertigung von Gütern. Einzelanfertigung läßt dagegen auf handwerkliche Tätigkeit schließen. Sind in einer örtlichen Einheit ein abgrenzbarer industrieller Teil und ein handwerklicher Teil örtlich verbunden (z.B. Zimmerei mit Sägewerk), wird nur der industrielle Teil erfaßt. Handwerkliche Neben- oder Hilfsbetriebe von industriellen Betrieben rechnen dagegen zum industriellen Betrieb und werden dort erfaßt.

Zu den Betrieben zählen auch:

- Einbetriebsunternehmen (d.h. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen), die in der Industrie tätig sind;
- Betriebe, die nur Zulieferer für den Hauptbetrieb oder für einen anderen Betrieb des gleichen Unternehmens sind;
- Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die nicht mit ihrem Produktionswerk örtlich verbunden sind und auch nicht in dessen Nähe liegen (z.B. örtlich getrennter Hilfsbetrieb zur Herstellung von Verpackungsmitteln für den Eigenbedarf, örtlich getrennter Montagebetrieb der elektrotechnischen Industrie, örtlich getrennter Fermentier- und Sortierbetrieb der tabakverarbeitenden Industrie usw.);
- Reparaturwerkstätten von Schifffahrts- und Wasserbauunternehmen u.ä.;
- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von industriellen Unternehmen.

Nicht zu den Betrieben zählen:

- rechtlich unselbständige Reparatur- und Montageabteilungen von Unternehmen außerhalb der Industrie, soweit sie sich überwiegend mit der Instandsetzung von unternehmenseigenen Anlagen, Maschinen, Fahrzeugen und Geräten befassen;
- Reparaturwerkstätten des Handels;
- örtlich getrennte Verkaufsbüros ohne ständige Reparatur- und Montageabteilung.  
Zum einzelnen Betrieb rechnen nur die industriellen Teile der örtlichen Einheit. Mit einbezogen werden allerdings:
- Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen, z.B. Kraftzentralen, Reparatur- und Montagewerkstätten zur Herstellung von Maschinen und Werkzeugen für den Eigenbedarf, außerhalb des Werks gelegene Montagestützpunkte für Verteiler- und Leitungsanlagen (Strom, Gas, Wasser, Dampf), Verpackungs- und Versandbetriebe, Transporteinrichtungen, Fuhrparks, betriebliche Tankstellen, Lagerplätze, Aufräumkolonnen, Werkschutz, Werkfeuerwehr;
- Sozialeinrichtungen wie Kantinen, Werksfriseur, Heime für Auszubildende, Kindergärten usw.;
- Baukolonnen für den Eigenbedarf.

Nicht zum Betrieb rechnen:

- nichtindustrielle Teile der örtlichen Einheit wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb der eigenen Erzeugnisse trennbar), Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;
- baugewerbliche Abteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten;
- öffentliche Versorgungsbetriebe, die mit dem industriellen Betrieb örtlich verbunden sind;
- Verkaufsabteilungen von Verkaufsbüros, in denen ständig Reparaturen oder Montagen durchgeführt werden.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Betriebe im Monatlichen Industriebericht und Betriebe im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe sind unterschiedlich abgegrenzt. Wesentliche Unterschiede bestehen zum einen in der Abgrenzung des Betriebs selbst, zum anderen in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs.

Im Industriebericht rechnet zum Betrieb nur der industrielle Teil einer örtlichen Einheit, im Monatsbericht umfaßt der Betrieb dagegen - von einigen Ausnahmen abgesehen - jeweils die gesamte örtliche Einheit einschl. ihrer "nichtindustriellen" Teile. Solche "nichtindustriellen Teile" sind z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, reine Handelsabteilungen, Redaktions- und Verlagsabteilungen, Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten,

handwerkliche Abteilungen, die nicht handwerkliche Neben- oder Hilfsbetriebe sind u.ä. Eine der oben angesprochenen Ausnahmen besteht bei Verkaufsbüros, in denen überwiegend Reparatur- und Montagearbeiten durchgeführt werden. Erfasst wird nur die Reparatur- und Montageabteilung und nicht die gesamte örtliche Einheit. Zu weiteren Ausnahmen siehe unten.

In den Erhebungsbereich des Monatsberichts für Betriebe sind die Betriebe des produzierenden Handwerks mit Schwerpunkt im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe einbezogen. Im Industriebericht werden dagegen örtliche Einheiten, deren Inhaber in der Handwerksrolle eingetragen sind, im allgemeinen nicht erfasst. Ebenfalls nur im Monatsbericht für Betriebe werden die Reparaturwerkstätten der Bundesbahn und der Bundespost erfasst.

Modifikationen der o.g. grundlegenden Unterschiede zwischen den beiden Statistiken ergeben sich daraus, daß im Monatsbericht in einigen Fällen - entgegen der o.g. allgemeinen Regel und analog zum Industriebericht - nicht die gesamte örtliche Einheit, sondern nur fachliche Teile dieser Einheit, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder Verarbeitenden Gewerbe haben, erfasst werden. So verfahren wird bei Verbindungen zwischen Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes und Baubetrieben und zwischen Produktionsstätten des Bergbaus oder Verarbeitenden Gewerbes und der Energie- und Wasserversorgung, wobei jeweils der wirtschaftliche Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit keine Rolle spielt. Bei Verlagsdruckereien wird ebenso verfahren und nur der fachliche Teil Druckerei erfasst, allerdings nur, wenn er nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt des gesamten Betriebes bildet. Daraus ergeben sich in diesen Fällen folgende Übereinstimmungen und Unterschiede zwischen Industrie- und Monatsbericht:

- Bilden ein industrieller Betrieb und ein Baubetrieb oder ein industrieller Betrieb und ein Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerk für die öffentliche Versorgung eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht und in diesem Fall auch im Monatsbericht unabhängig vom wirtschaftlichen Schwerpunkt der gesamten örtlichen Einheit nur der industrielle Betrieb erfasst.
- Bilden eine Druckerei und ein Verlag (eine Redaktion) eine örtliche Einheit, so wird im Industriebericht, unabhängig vom Schwerpunkt, die Druckerei (industrieller Teil der örtlichen Einheit) als Betrieb erfasst; der Verlag/die Redaktion sind nicht einbezogen. Im Monatsbericht kommt es hier auf den wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Einheit an: Bildet der Verlag (die Redaktion) den Schwerpunkt, dann wird, obwohl der wirtschaftliche Schwerpunkt der örtlichen Einheit außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes liegt, die Druckerei als Betrieb erfasst, wie im Industriebericht ohne die Verlags-(Redaktions-)Abteilung. Bildet dagegen die Druckerei den Schwerpunkt, gilt der Regelfall und es wird, da die gesamte örtliche Einheit erfasst wird, der Verlag (die Redaktion) mit einbezogen.

Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als >>> Unternehmen (Unternehmenserhebung im Bergbau und in der Industrie (ohne Bauindustrie)) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen.

Zu einem Unternehmen rechnen in der Unternehmenserhebung auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens (mit Ausnahme seiner land- und forstwirtschaftlichen Teile), sofern das Unternehmen insgesamt seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bergbau oder in der Industrie hat. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren industriellen Betrieben auch nichtindustrielle örtliche Einheiten und nichtindustrielle Teile von industriellen örtlichen Einheiten. Dagegen zählen zu den Betrieben hier nur industrielle örtliche Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch Industriebetriebe von Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb des Bergbaus und der Industrie haben.

Betriebe und >>> Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb.

So rechnen zum Betrieb auch Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsabteilungen, die nicht auf dem Grundstück ihres Produktionsbetriebes, sondern nur in dessen Nähe liegen. Diese außerhalb des Betriebsgrundstücks liegenden Abteilungen gelten aber jeweils als eigenständige Arbeitsstätten.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich weiterhin dadurch, daß zum Betrieb nur der industrielle Teil der örtlichen Einheit rechnet und nicht- industrielle Teile (wie z.B. landwirtschaftliche Betriebsteile, Handelsabicht im Industriebericht erfasst werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelten die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbe-  
reichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Pra-  
xen freier Berufe, Ämter von Behörden u.dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten oder Teile

von örtlichen Einheiten mit wirtschaftlichen Tätigkeiten im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (ohne Handwerk).

#### **4. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

##### **Begriffsinhalt:**

Örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im >>> Bauhauptgewerbe gemäß der SYPRO.

Zum Bauhauptgewerbe gemäß SYPRO werden Institutionen gerechnet, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Hochbauten im Rohbau zu errichten (einschl. Fertigteilbauten), Tiefbauvorhaben auszuführen oder bestimmte Spezialbauarbeiten vorzunehmen. Dazu rechnen auch die Reparatur und Unterhaltung bestehender Hoch-, Tief- und Spezialbauten sowie das Abbrechen, Sprengen und Entrümmern.

Erfasst und nachgewiesen werden im einzelnen:

- Einbetriebsunternehmen (d.s. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) des Bauhauptgewerbes;
- örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen des

Bauhauptgewerbes gehören;

- örtliche Einheiten mit Schwerpunkt im Bauhauptgewerbe, die zu Unternehmen mit Schwerpunkt im übrigen Produzierenden Gewerbe oder in sonstigen Wirtschaftszweigen gehören, sofern sie Bauleistungen für den Markt erbringen;
- Baustellen und Bauhöfe mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung;
- Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes, soweit sich ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Nicht als Betrieb zählen:

- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Bauhauptgewerbes;
- örtlich getrennte reine Hilfsbetriebe ohne bauhauptgewerbliche Tätigkeit (Ziegelei, Sägewerk, Kiesgrube); wenn diese örtlichen Einheiten mit Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, werden sie im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe als Betriebe erfasst (vgl. unter 1.);
- Verkaufsbüros ohne bauhauptgewerbliche Tätigkeit;
- örtlich getrennte Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten einschl. Wohnungsvermietung ausüben.

Erhoben werden jeweils nur die im Bauhauptgewerbe tätigen Teile der Betriebe mit ihrer inländischen Bautätigkeit. Verwaltungs- und Hilfsabteilungen, die direkt mit der bauhauptgewerblichen Tätigkeit verbunden sind, sowie mit dem Betrieb verbundene Sozialeinrichtungen wie etwa Kantinen, Werkskindergärten u.ä. rechnen dagegen zum erfassten Betrieb.

Ist mit dem Baubetrieb eine Produktionsstätte verbunden, in der bauabhängige Produkte hergestellt werden (z.B. Kiesgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), so wird dieser Betriebsteil nur dann einbezogen, wenn die Produkte für den eigenen Bedarf bestimmt sind und mithin in der eigenen Bauleistung abgerechnet werden. Erfolgt die Produktion für den Absatz am Markt, so ist dieser Betriebsteil nicht einzubeziehen, er zählt dann zu den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Betrieben.

Nicht einbezogen werden ferner reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb eigener Erzeugnisse trennbar), Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten und sonstige Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten, wie etwa Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen, Wohnungsvermietung und Leasing, erbringen.

##### **Begriffsbeziehungen:**

Während Betriebe örtliche Einheiten darstellen, gelten als >>> Unternehmen (Statistiken des Baugewerbes) kleinste rechtlich selbständige Einheiten, die eigene Bücher führen und gesonderte Abschlüsse aufstellen müssen. Arbeitsgemeinschaften und Baustellen mit eigenem Lohnbüro gelten daher als Betriebe, aber nicht als Unternehmen. Die von einem Unternehmen unterhaltenen Baustellen sind vollständig, die Arbeitsgemeinschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist, anteilig in die Unternehmensergebnisse einbezogen.

Zu einem Unternehmen rechnen in den Jahreserhebungen im Baugewerbe auch außerhalb des wirtschaftlichen Schwerpunkts vorhandene Tätigkeiten und Teile des Unternehmens, sofern das Unternehmen seinen wirtschaftli-

chen Schwerpunkt im Baugewerbe hat. Die Unternehmen umfassen mithin - soweit vorhanden - neben ihren Baubetrieben auch örtlich getrennte Einheiten, die nicht im Baugewerbe tätig sind (z.B. Hauptverwaltungen, Hilfsbetriebe, Verkaufsbüros), und die nichtbaugewerblichen Teile der Betriebe. Dagegen zählen zu den Betrieben nur die baugewerblichen örtlichen Einheiten bzw. solche Teile derselben. Darunter fallen allerdings auch örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Baugewerbe, die zu Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des Baugewerbes gehören und für den Markt produzieren.

Betriebe und >>> Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählungen) bezeichnen unterschiedliche Tatbestände. Zwar gelten beide als örtliche Einheiten, die örtliche Einheit Arbeitsstätte ist aber im Prinzip enger gefaßt als die örtliche Einheit Betrieb.

Betriebe und Arbeitsstätten unterscheiden sich dadurch, daß zum Betrieb nur der baugewerbliche Teil der örtlichen Einheit rechnet und andere Teile (wie z.B. reine Handelsabteilungen, Transportabteilungen, die für den Markt arbeiten, Produktionsstätten des Verarbeitenden Gewerbes (Sandgrube, Ziegelei, Sägewerk, Betonwerk), die für den Markt arbeiten, Dienstleistungsabteilungen (Vermietung, Leasing)) nicht erfaßt werden. Als Arbeitsstätte gilt dagegen jeweils die gesamte örtliche Einheit.

Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes und Baustellen mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung zählen zu den Betrieben, gelten aber nicht als Arbeitsstätten.

Neben den genannten begrifflichen Unterschieden bestehen vor allem Unterschiede in der Abgrenzung des Erhebungsbereichs. Als Arbeitsstätten gelte die örtlichen Einheiten aller Wirtschaftseinheiten aus allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der privaten Haushalte, also z.B. auch Praxen freier Berufe, Ämter von Behörden u.dgl. Zu den Betrieben zählen dagegen nur örtliche Einheiten mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Baugewerbe.

Zur Abgrenzung von den Betrieben (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe) siehe unter 5.

## **5. Totalerhebung im Bauhauptgewerbe**

Datennachweis: 1955 bis 1976

### **Begriffsinhalt:**

Wie unter 4., aber mit Abgrenzung des >>> Bauhauptgewerbes nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961 und 1970.

Nicht zum Bauhauptgewerbe rechnen hier die gemäß SYPRO zusätzlich erfaßten Zweige Herstellung und/oder Montage von Fertigteilbauten aus Beton oder Holz im Hochbau; bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung und Schachtbau (ohne Erdölbohrung) und das ehemalige Bauhilfsgewerbe (Gerüstbau, Fassadenreinigung und Gebäudetrocknung).

### **Begriffsbeziehungen:**

Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe) und Betriebe (Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)) sind gleich abgegrenzt; unterschiedlich ist aber die Abgrenzung der Erhebungsbereiche aufgrund der Erweiterung der Systematik im Bereich des Bauhauptgewerbes. Im Juni 1976 liegt aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzung des Erhebungsbereichs die Zahl der Betriebe gemäß Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau) um 1 % über der Zahl der Betriebe gemäß Totalerhebung im Bauhauptgewerbe nach altem Konzept.

Bezüglich der Unterschiede zwischen Betrieben und >>> Unternehmen (Unternehmens- und Investitionserhebung im Bauhauptgewerbe) gilt - unter Berücksichtigung der o.g. Unterschiede - das unter 3. bezüglich der Abgrenzung zwischen Betrieben und Unternehmen (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)) Gesagte analog.

Bezüglich der Unterschiede zwischen Betrieben und >>> Arbeitsstätten (Arbeitsstättenzählungen) gilt - unter Berücksichtigung der o.g. Unterschiede - das unter 4. Gesagte analog.

## **6.1 Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

## **6.2 Jährliche Erhebung im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1979

**Begriffsinhalt:**

Örtliche Einheiten (in der Regel nicht Baustellen) mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Ausbaugewerbe gemäß der SYPRO.

Zum Ausbaugewerbe gemäß SYPRO werden Institutionen gerechnet, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, >>> Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vorzunehmen. Einbezogen sind auch Institutionen, die nicht oder nicht überwiegend an Bauten tätig sind (z.B. Autoglaser, Schiffsmaler).

Erfaßt und nachgewiesen werden:

- Einbetriebsunternehmen (d.s. Unternehmen, die nur aus einer örtlichen Einheit bestehen) des Ausbaugewerbes;
- Hauptniederlassungen und Zweigniederlassungen von Mehrbetriebsunternehmen;
- Baustellen und Bauhöfe mit eigenem Lohnbüro und selbständiger Abrechnung;
- Arbeitsgemeinschaften des Ausbaugewerbes, soweit sich ihre Tätigkeit auf inländische Baustellen bezieht.

Nicht als Betrieb zählen:

- örtlich getrennte Hauptverwaltungen von Unternehmen des Ausbaugewerbes;
- örtlich getrennte reine Hilfsbetriebe ohne ausbaugewerbliche Tätigkeit (z.B. Sägewerk); wenn diese örtlichen Einheiten mit Schwerpunkt im Bergbau oder im Verarbeitenden Gewerbe tätig sind, werden sie im Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe als Betriebe erfaßt (vgl. unter 1.);
- Verkaufsbüros ohne ausbaugewerbliche Tätigkeit;
- örtlich getrennte Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten ausüben.

Erhoben werden jeweils nur die im Ausbaugewerbe tätigen Teile der Betriebe mit ihrer inländischen Bautätigkeit.

Verwaltungs- und Hilfsabteilungen, die direkt mit der ausbaugewerblichen Tätigkeit verbunden sind, sowie mit dem Betrieb verbundene Sozialeinrichtungen wie etwa Kantinen, Werkskindergärten u.ä. rechnen dagegen zum erfaßten Betrieb.

Ist mit dem Betrieb eine Produktionsstätte verbunden, in der bauabhängige Produkte hergestellt werden (z.B. Sägewerk), so wird dieser Betriebsteil nur dann einbezogen, wenn die Produkte für den eigenen Bedarf bestimmt sind und mithin in der eigenen Bauleistung abgerechnet werden. Erfolgt die Produktion für den Absatz am Markt, so ist dieser Betriebsteil nicht einzubeziehen, er zählt dann zu den im Verarbeitenden Gewerbe tätigen Betrieben.

Nicht einbezogen werden ferner reine Handelsabteilungen (soweit vom Vertrieb eigener Erzeugnisse trennbar), Transportabteilungen, die überwiegend für Dritte arbeiten und sonstige Abteilungen, die Dienstleistungstätigkeiten, wie etwa Vermietung und Verpachtung betrieblicher Anlagen, Wohnungsvermietung und Leasing, erbringen.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 4.

**7. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten (Beherbergungskapazität)**

Datennachweis: 1960 bis 1980

**Begriffsinhalt:**

Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr, die von >>> Unternehmen, >>> Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften oder Sozialversicherungen getragen oder betrieben werden und in denen Personen geschäftsmäßig zum vorübergehenden Aufenthalt Unterkunft gewährt wird.

Als Beherbergungsstätten gelten auch Teile von örtlichen Einheiten mit anderem wirtschaftlichem Schwerpunkt, in denen Beherbergungsmöglichkeiten mit entsprechendem Bettenangebot vorhanden sind.

Die Beherbergungsstätten umfassen die >>> Hotels, >>> Gasthöfe, >>> Fremdenheime und Pensionen, >>> Hotels garnis, >>> Erholungs- und Ferienheime, >>> Heilstätten und Sanatorien sowie >>> Ferienhäuser und Ferienwohnungen. Ebenso hierzu zählen >>> Privatquartiere, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Angaben über die Zahl der Privatquartiere liegen nicht vor, wohl aber über deren Bettenkapazität (außer für Großstädte, d.h. Gemeinden mit mindestens 100 000 Einwohnern).

Hier nicht dargestellt werden Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. März 1971 wurden alle Beherbergungsstätten mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt. Ab 1972 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

## **8. Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe**

Datennachweis: ab 1953

### **Begriffsinhalt:**

Wirtschaftliche Einheiten, deren Vermögensteile dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dienen (Gewerbliche Betriebe).

Nachgewiesen werden Gewerbliche Betriebe mit einem nach dem Bewertungsgesetz festgestellten

>>> Einheitswert von mindestens DM 1 000,-.

Was als wirtschaftliche Einheit gilt, ist nach der herrschenden Verkehrsauffassung zu entscheiden. Dabei ist die örtliche Gewohnheit, die tatsächliche Übung, die Zweckbestimmung und die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der einzelnen Vermögensteile zu berücksichtigen. Mehrere Wirtschaftsgüter bilden nur insoweit eine wirtschaftliche Einheit, als sie demselben Eigentümer (ggf. auch dessen Ehegatten) gehören.

Unter einem Gewerblichen Betrieb ist in Anlehnung an die Gewerbesteuer- Durchführungsverordnung eine selbständige, nachhaltige Betätigung zu verstehen, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr äußert, sofern die Betätigung nicht in der Land- und Forstwirtschaft liegt.

Als Gewerblicher Betrieb gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung (z.B. Bergbau und Gewinnung von Torf, Steinen und Erden).

Dem Gewerblichen Betrieb gleichgestellt ist die Ausübung eines freien Berufes im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Ausgenommen ist jedoch die selbständig ausgeübte künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit, die sich im wesentlichen auf schöpferische oder forschende, Lehr-, Vortrags-, Prüfungs- oder schriftstellerische Tätigkeit beschränkt.

Alle Wirtschaftsgüter, die einer Kapitalgesellschaft (Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaft, bergrechtlichen Gewerkschaft), einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft, einem Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, einer Kreditanstalt des öffentlichen Rechts, einer Offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft oder einer ähnlichen Gesellschaft, in der die Gesellschafter als (Mit-)Unternehmer anzusehen sind, gehören, bilden, wenn diese ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben kraft Rechtsform einen Gewerblichen Betrieb, d.h. eine wirtschaftliche Einheit des

>>> Betriebsvermögens.

Bei den anderen Rechtsformen bilden nur die Wirtschaftsgüter eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens, die einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen.

Bei wirtschaftlichen Einheiten des Betriebsvermögens mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers im Geltungsbereich des Grundgesetzes oder in Berlin (West), die sich auch auf das Ausland erstrecken, werden auch die ausländischen Vermögensteile in den Einheitswert einbezogen, es sei denn, diese sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit. Auch Wirtschaftsgüter in erheblicher Entfernung von der Unternehmensleitung (auswärtige Zweigstellen oder Betriebsstätten) können in die wirtschaftliche Einheit mit einbezogen werden.

Für wirtschaftliche Einheiten mit Geschäftsleitung, Sitz bzw. Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt des Eigentümers außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes oder Berlins (West), die sich auch bzw. nur auf das Inland erstrecken, wird lediglich für den inländischen Teil ein Einheitswert festgestellt; sie zählen ebenfalls zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie sind im Rahmen eines Doppelbesteuerungsabkommens von der inländischen Besteuerung befreit.

Wirtschaftliche Einheiten, deren Hauptzweck die >>> Land- und Forstwirtschaft bildet, zählen nicht zu den Gewerblichen Betrieben, es sei denn, sie gelten kraft Gesetzes steuerlich als Gewerbebetrieb und werden zwar wie land- und forstwirtschaftliches Vermögen bewertet, jedoch als Untereinheit (Betriebsgrundstück) in den Einheitswert des Betriebsvermögens einbezogen.

Nicht als Gewerbliche Betriebe erfaßt werden wirtschaftliche Einheiten, bei denen kein steuerliches Interesse an der Feststellung eines Einheitswertes besteht, d.h. wenn eine gesetzliche Befreiung von der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer gegeben ist oder wenn für den Betrieb mit einem Gewerbekapital von weniger als 6 000 DM



(Besteuerungsgrenze für das Gewerbekapital) zu rechnen ist und der Einheitswert auch nicht für die Vermögenssteuer benötigt wird. Dazu zählen insbesondere die Deutsche Bundesbank, Deutsche Bundesbahn und Bundespost, Monopolverwaltungen des Bundes, staatliche Lotterieu Unternehmen, Kreditanstalt für Wiederaufbau u.ä., ferner Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Für die Erklärungspflicht für die Feststellung eines Einheitswertes des Betriebsvermögens gilt, daß bis 1980 das Gewerbekapital den Freibetrag nach § 13 Abs.1 GewStG in Höhe von 60 000 DM, ab 1981 in Höhe von 120 000 DM übersteigt oder der Betriebsinhaber nach § 19 UStG eine Vermögensteuererklärung über sein >>> Gesamtvermögen abzugeben hat.

## **9. Statistik der Streiks und Aussperrungen**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Örtliche Einheiten, die von einem Streik bzw. einer Aussperrung betroffen sind.

Erfast werden örtliche Einheiten mit Arbeitsstreitigkeiten, an denen mindestens 10 >>> Arbeitnehmer beteiligt waren und die mindestens einen Tag dauern oder die insgesamt einen Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen verursacht haben.

Werden bei einem Streik einzelne Teile einer örtlichen Einheit (z.B. eines Industriebetriebs) nacheinander in den Streik einbezogen, werden für den statistischen Nachweis die Meldungen für die einzelnen Teile einer örtlichen Einheit zusammengefaßt, und der Betrieb wird nur einmal nachgewiesen.

## **10. Obstanbauerhebung**

Datennachweis: ab 1972

### **Begriffsinhalt:**

Betriebe oder Personen, die auf einer Fläche von 15 oder mehr Ar Baumobst angebaut haben, das vollständig oder überwiegend für den Verkauf bestimmt ist.

Als Baumobst gelten folgende Obstarten: Äpfel, Birnen, Süßkirschen, Sauerkirschen, Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Pfirsiche, Aprikosen, Walnüsse.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

1972 wurden Betriebe mit einer Baumobstfläche von 10 und mehr Ar erfaßt; ab 1977 liegt die Abschneidegrenze bei 15 Ar Baumobstfläche je Betrieb.

# **Betriebe in der Hand von natürlichen und juristischen Personen**

## **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis: 1971

### **Begriffsinhalt:**

Betriebe, deren Inhaber entweder natürliche oder juristische Personen sind.

Als Betriebsinhaber gilt diejenige natürliche oder juristische Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen.

Zu den Betrieben in der Hand von natürlichen Personen rechnen landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber Einzelpersonen, Ehepaare, Erbengemeinschaften, Geschwister, BGB-Gesellschaften oder ähnliche Personengemeinschaften sind.

Können bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen mehrere Personen als Betriebsinhaber angesehen werden (z.B. bei Erbengemeinschaften), dann gilt als Betriebsinhaber diejenige Person, bei der in erster Linie die Verantwortung für den Betrieb liegt.

Zu den Betrieben in der Hand von juristischen Personen rechnen landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber juristische Personen des privaten Rechts (eingetragene Genossenschaften, eingetragene Vereine, Gesellschaften mit be-

schränkter Haftung, Aktiengesellschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten Rechts) oder juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirchen, kirchliche Anstalten, sonstige Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Bund, Länder, Bezirke, Kreise, Gemeinden, Bezirks-, Kreis- oder Gemeindeverbände) sind.

Nachgewiesen werden >>> landwirtschaftliche Betriebe in der Hand von natürlichen und juristischen Personen. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

"Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind", werden untergliedert in

- "Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, deren betriebliches Einkommen größer als das außerbetriebliche Einkommen ist, einschl. Betriebe ohne außerbetriebliche Einkommen" und
- "Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, deren betriebliches Einkommen kleiner als das außerbetriebliche Einkommen ist".

Zum betrieblichen Einkommen rechnen die Einkünfte aus dem Verkauf selbsterzeugter land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse einschl. der Erzeugnisse gewerblicher Tierhaltungen des Betriebes, Einkünfte aus gewerblichen Nebenbetrieben des Betriebes und Einkünfte aus Zimmervermietung an Ferien- oder Kurgäste. Einzubeziehen sind ferner der Wert des Eigenverbrauchs an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Mietwert der eigen-genutzten Wohnung.

Zu den außerbetrieblichen Einkünften des Betriebsinhabers und seines Ehegatten rechnen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit außerhalb des selbstbewirtschafteten Betriebes, Einkünfte aus eigenem Gewerbebetrieb, Einkünfte aus Rente, Pension, Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u.dgl. Dazu rechnen auch gelegentliche Einkünfte aus vorübergehender Tätigkeit (z.B. Waldarbeit in Staatsforsten, Arbeiten bei der Flurbereinigung). Nicht zu den außerbetrieblichen Einkünften rechnen Einkünfte, die aus betriebsbezogener Tätigkeit stammen. "Betriebe in der Hand von natürlichen Personen mit mindestens einer mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigten Familienarbeitskraft" sind Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind und in denen während des Erhebungsjahres Familienarbeitskräfte an mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren.

Zu den Familienarbeitskräften zählen Personen aus dem Personenkreis >>> Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen, die 14 Jahre und älter sind und im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt waren. Der Personenkreis "Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen" umfaßt den Betriebsinhaber und seinen Ehegatten (in jedem Fall), sowie Familienangehörige, Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers einschl. Kinder, die während des Berichtszeitraumes, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehörten; ferner

Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im vorgenannten Zeitraum einem anderen räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt (z.B. Altenteiler, Haushalt eines verheirateten Sohnes) angehörten, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wurde.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den Betrieb geleisteten Arbeiten, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transportarbeiten für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte bzw. für den Bezug von Betriebsmitteln, Betriebsführung, ferner Tätigkeit für die zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetriebe.

Nicht zu den mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Familienarbeitskräften rechnen Familienarbeitskräfte, die zwar im erweiterten Betriebsbereich Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers vollbeschäftigt waren, aber nicht im engeren Bereich der betrieblichen Arbeiten.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Betriebe in der Hand von natürlichen Personen mit mindestens einer mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigten Familienarbeitskraft sind eine Untergruppe der >>> Betriebe mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften (Landwirtschaftszählung 1971). Diese umfassen darüber hinaus noch

- landwirtschaftliche Betriebe in der Hand von juristischen Personen mit mindestens einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten ständigen familienfremden Arbeitskraft,
- landwirtschaftliche Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, auf denen ausschließlich ständige familienfremde Arbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt sind.

# Betriebe mit Eigenfläche

Landwirtschaftszählung 1971

Datennachweis: 1971

## Begriffsinhalt:

Betriebe, die eigene >>> landwirtschaftlich genutzte Flächen selbst bewirtschaften, unabhängig vom Anteil der Eigenfläche an der gesamten selbstbewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche rechnen Flächen, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden (als >>> Ackerland, >>> Dauergrünland, Dauerkulturen oder Gartenland).

Zur selbstbewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche der Betriebe, aber nicht zur Eigenfläche der Betriebe rechnen selbst bewirtschaftete zugepachtete Flächen, aufgeteiltes Dienstland, zur Bewirtschaftung unentgeltlich übernommene Flächen u.dgl.

Nachgewiesen werden >>> landwirtschaftliche Betriebe mit Eigenfläche. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

# Betriebe mit Erwerbseinkommen aus anderweitiger Erwerbstätigkeit

Landwirtschaftszählung 1971

Datennachweis: 1971

## Begriffsinhalt:

Betriebe, in denen der Betriebsinhaber und sein Ehegatte neben ihrem betrieblichen Einkommen auch Erwerbseinkommen aus außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit beziehen.

Zum betrieblichen Einkommen rechnen die Einkünfte aus dem Verkauf selbsterzeugter land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse einschl. der Erzeugnisse gewerblicher Tierhaltungen des Betriebes, Einkünfte aus gewerblichen Nebenbetrieben des Betriebes und Einkünfte aus Zimmervermietung an Ferien- oder Kurgäste. Einzu beziehen sind ferner der Wert des Eigenverbrauchs an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Mietwert der eigenen genutzten Wohnung.

Die Erwerbseinkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten aus außerbetrieblicher Erwerbstätigkeit umfassen Einkünfte aus Tätigkeit als >>> Arbeiter, >>> Angestellter, >>> Beamter oder >>> Auszubildender sowie Einkünfte aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit außerhalb des Betriebes.

Darüber hinaus kann der Betriebsinhaber und sein Ehegatte auch Einkünfte aus Rente, Pension, Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u.dgl. beziehen.

Einbezogen werden nur >>> landwirtschaftliche Betriebe mit Erwerbseinkommen aus anderweitiger Erwerbstätigkeit. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

Es werden hier von den landwirtschaftlichen Betrieben in der Hand von natürlichen Personen, deren betriebliches Einkommen größer als das außerbetriebliche Einkommen ist, einschl. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen nur solche Betriebe nachgewiesen, in denen der Betriebsinhaber oder sein Ehegatte Einkommen aus einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit erzielen; diese Betriebe werden nach der Größe der >>> landwirtschaftlich genutzten Fläche gegliedert. Nicht enthalten sind daher solche landwirtschaftlichen Betriebe, in denen der Betriebsinhaber oder sein Ehegatte ein betriebliches Einkommen beziehen, das kleiner als das außerbetriebliche ist oder in denen der Betriebsinhaber oder sein Ehegatte ein außerbetriebliches Einkommen beziehen, das nur aus Einkünften aus Rente, Pension, Vermietung, Kapitalvermögen u.dgl. besteht und nicht aus Einkünften aus Erwerbstätigkeit.

Als Betriebsinhaber gilt diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, unabhängig von den Eigentumsverhältnissen. Können bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen mehrere Personen als Betriebsinhaber angesehen werden (z.B. bei Erbengemeinschaften), dann gilt als Betriebsinhaber diejenige Person, bei der in erster Linie die Verantwortung für den Betrieb liegt.

Zu den Betrieben in der Hand von natürlichen Personen rechnen landwirtschaftliche Betriebe, deren Inhaber Einzelpersonen, Ehepaare, Erbengemeinschaften, Geschwister, BGB-Gesellschaften oder ähnliche Personengemeinschaften sind.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Betriebe mit Erwerbseinkommen aus anderweitiger Erwerbstätigkeit sind eine Untergruppe der Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, deren betriebliches Einkommen größer als das außerbetriebliche Einkommen ist, einschl. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen (Landwirtschaftszählung 1971). Diese umfassen aber zusätzlich

- landwirtschaftliche Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen
- landwirtschaftliche Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, das nur aus Nichterwerbseinkommen (Rente, Pension, Verpachtung, Vermietung, Kapitalvermögen u.dgl.) besteht.

## **Betriebe mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften**

### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis: 1971

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Betriebe, auf denen während des Erhebungsjahres Familienarbeitskräfte und/oder ständige familienfremde Arbeitskräfte an mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren.

Zu den Familienarbeitskräften rechnen hier Personen aus dem Personenkreis >>> Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen, die 14 Jahre und älter sind und im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt waren.

Der Personenkreis "Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen" umfaßt den Betriebsinhaber und seinen Ehegatten in jedem Fall sowie Familienangehörige, Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers einschl. Kinder, die während des Berichtszeitraumes, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehörten; ferner Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im vorgenannten Zeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt (z.B. Altenteiler, Haushalt eines verheirateten Sohnes) angehörten, sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wurde.

Zu den ständigen familienfremden Arbeitskräften rechnen hier vollbeschäftigte Arbeitskräfte im Alter von 14 Jahren und älter, die im Berichtszeitraum für den Arbeitsbereich Betrieb beschäftigt waren und in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen (einschl. im Betrieb beschäftigte Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben). Dazurechnen auch in gewerblichen Nebenbetrieben oder gewerblichen Tierhaltungen des Betriebes Beschäftigte. Nicht hierzu rechnen Arbeitskräfte, die ausschließlich in einem nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers (z.B. Schlachtereie, Gasthof) oder im Haushalt des Betriebsinhabers oder für fremde Rechnung im Betrieb beschäftigt waren (z.B. Arbeitskräfte von Lohnunternehmen).

Zu den betrieblichen Arbeiten zählen alle im Berichtszeitraum für den Betrieb geleisteten Arbeiten, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transportarbeiten für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte bzw. für den Bezug von Betriebsmitteln, Betriebsführung, ferner Tätigkeiten für die zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetriebe.

Nicht zu den mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften rechnen Familienarbeitskräfte, die zwar im erweiterten Betriebsbereich Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers vollbeschäftigt waren, aber nicht im engeren Bereich der betrieblichen Arbeiten.

Nachgewiesen werden >>> landwirtschaftliche Betriebe, auf denen Arbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt waren. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Betriebe mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften und die >>> Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften (Landwirtschaftszählung 1971) unterscheiden sich in der Zuordnung einiger Betriebe. So rechnen allein zu den Betrieben mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften solche Betriebe in der Hand von natürlichen Personen, auf denen ausschließlich Familienarbeitskräfte mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt sind.

Dagegen zählen allein zu den Betrieben mit ständigen familienfremden Arbeitskräften solche Betriebe, auf denen ständige familienfremde Arbeitskräfte zwar mit betrieblichen Arbeiten, aber nicht vollbeschäftigt sind. Zur Abgrenzung gegenüber den Betrieben in der Hand von natürlichen Personen mit mindestens einer mit betrieblichen

Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigten Familienarbeitskraft (Landwirtschaftszählung 1971) siehe unter >>> Betriebe in der Hand von natürlichen und juristischen Personen.

## **Betriebe mit Pachtfläche**

#### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis: 1971

#### **Begriffsinhalt:**

Betriebe, die zugepachtete >>> landwirtschaftlich genutzte Flächen bewirtschaften, unabhängig vom Anteil der Pachtfläche an der gesamten selbstbewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Zu den Betrieben mit Pachtfläche rechnen auch solche Betriebe, die andere Betriebe als Ganzes zugepachtet haben.

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche rechnen Flächen, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden (als >>> Ackerland, >>> Dauergrünland, >>> Dauerkulturen oder Gartenland).

Nachgewiesen werden >>> landwirtschaftliche Betriebe mit Pachtfläche. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

## **Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften**

#### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis: 1971

#### **Begriffsinhalt:**

Betriebe, bei denen im Berichtsjahr ständige >>> familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt waren.

Ständige familienfremde Arbeitskräfte sind solche familienfremde Arbeitskräfte im Alter von 14 Jahren und mehr, die im Berichtsjahr in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb standen und dort mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt waren, unabhängig von der Zahl der Wochenarbeitsstunden und der Zahl der Arbeitswochen.

Zu den familienfremden Arbeitskräften zählen

- bei Betrieben in der Hand von natürlichen Personen: im Betrieb beschäftigte Personen, die nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt oder verschwägert sind, sowie im Betrieb beschäftigte Familienangehörige des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb oder in einem mit dem Betrieb verbundenen Haushalt leben;

- bei Betrieben in der Hand von juristischen Personen: alle auf dem Betrieb beschäftigten Personen.

Zu den betrieblichen Arbeiten rechnen alle im Berichtszeitraum für den Betrieb geleisteten Arbeiten, z.B. Feld-, Hof-, Stallarbeiten (einschl. Melken), Transportarbeiten für den Absatz selbsterzeugter landwirtschaftlicher Produkte bzw. für den Bezug von Betriebsmitteln, Betriebsführung, ferner Tätigkeiten für die zum Betrieb gehörenden Waldflächen und verarbeitenden Nebenbetriebe.

Nachgewiesen werden >>> landwirtschaftliche Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften. Landwirtschaftliche Betriebe sind technischwirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung der Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften gegenüber den >>> Betrieben mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskräften (Landwirtschaftszählung 1971) siehe dort.

## **Betriebliche Altersversorgung**

### **Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Vertragliche und freiwillige Leistungen, die private Arbeitgeber für die betriebliche Altersversorgung aufbringen.

Bei den Leistungen handelt es sich um Betriebsrenten aus Direktzusagen und Unterstützungskassen, Zahlungen der Pensionskassen und Leistungen aus Direktversicherungen bei Versicherungsunternehmen.

## **Betrieblicher Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in den Betrieben**

### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis: 1971

#### **Begriffsinhalt:**

Maßeinheit für die Arbeitsleistung der im Berichtszeitraum mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen >>> Familienarbeitskräfte und ständigen >>> familienfremden Arbeitskräfte (>>> AK-Einheiten).

Diese Maßeinheit errechnet sich aus der je Arbeitskraft für den Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" angegebenen Arbeitsleistung, die an der Arbeitszeit (Zahl der Wochen, Zahl der wöchentlichen Arbeitsstunden, Zahl der Arbeitstage) gemessen wird. Dabei wird die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt des Betriebsinhabers) vollbeschäftigten Arbeitskraft

im Alter von 16 Jahren bis unter 65 Jahren  
mit 1,0 AK-Einheit,

im Alter von 14 bis unter 16 Jahren  
mit 0,5 AK-Einheiten,

im Alter von 65 oder mehr Jahren  
mit 0,3 AK-Einheiten

bewertet. Die Arbeitsleistung der Betriebsinhaber wird immer mit 1,0 bewertet.

Entsprechend wird die Arbeitsleistung jeder mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Arbeitskraft an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Eine Arbeitskraft gilt in der Landwirtschaftszählung 1971 als voll beschäftigt, wenn sie im Berichtszeitraum mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist.

Zu den Familienarbeitskräften rechnen die >>> Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen im Alter von 14 Jahren und darüber, die während des Berichtszeitraumes im o.g. Arbeitsbereich beschäftigt sind.

Als ständige familienfremde Arbeitskräfte gelten familienfremde Personen im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt sind und in einem unbefristeten oder auf mindestens drei Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen. Einbezogen sind auch die im Betrieb beschäftigten Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, sofern sie nicht im Haushalt des Betriebsinhabers leben.

Nicht einbezogen sind hingegen Arbeitskräfte, die ausschließlich in einem nichtlandwirtschaftlichen Gewerbebetrieb des Betriebsinhabers (z.B. einer Schlachtereier oder einem >>> Gasthof) oder im Haushalt des Betriebsinhabers bzw. für fremde Rechnung im Betrieb beschäftigt sind (z.B. Arbeitskräfte von Lohnunternehmen).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu dem in AK-Einheiten ausgedrückten "betrieblichen Arbeitsaufwand der Familienarbeitskräfte und der ständigen familienfremden Arbeitskräfte" in der Landwirtschaftszählung 1971 umfassen die >>> AK-Einheiten in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft auch die Arbeitsleistung von nichtständigen familienfremden Arbeitskräften. Dabei handelt es sich um die Arbeitsleistung von familienfremden Arbeitskräften, die im Berichtszeitraum für Rechnung des Betriebsinhabers nur gelegentlich mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt sind. Die Arbeitstage der nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte werden an der durchschnittlichen Arbeitsleistung der vollbeschäftigten Arbeitskräfte gemessen und mit Bruchteilen einer AK-Einheit bewertet.

Unterschiede zwischen den beiden Maßeinheiten für die Arbeitsleistung ergeben sich u.a. auch durch die unterschiedlichen Berichtszeiträume. Während in der Landwirtschaftszählung 1971 eine Arbeitskraft dann als

vollbeschäftigt gilt, wenn sie im Berichtszeitraum mindestens 47 Wochen mit durchschnittlich mindestens 45 Stunden je Woche im Arbeitsbereich "Betrieb (ohne Haushalt des Betriebsinhabers)" beschäftigt ist, gilt eine Arbeitskraft in der Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft als vollbeschäftigt, wenn sie in jeder der vier Wochen des Berichtsmonats mindestens 45 Stunden (1968 - 1973), 43 Stunden (1974 - 1978) bzw. 42 Stunden (ab 1979) im o.g. Arbeitsbereich tätig ist.

## **Betriebsfläche**

### **1. Landwirtschaftszählung 1971**

#### **Begriffsinhalt:**

Selbstbewirtschaftete Fläche eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes.

Die Betriebsfläche umfaßt die selbstbewirtschaftete Eigentumsfläche, die zugepachteten Flächen, die zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenen Flächen (z.B. Dienstland), die aufgeteilte Allmende sowie das Heuerlingsland und ähnliche vom Betrieb bewirtschaftete sonstige Flächen.

Nicht enthalten sind verpachtete und unentgeltlich zur Bewirtschaftung abgegebene Flächen.

Untergliedert nach der Nutzung, gehören zur Betriebsfläche die >>> landwirtschaftlich genutzte Fläche, >>> Waldfläche, >>> nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Fläche sowie die sonstigen vom Betrieb bewirtschafteten Flächen (Gebäude- und Hofflächen, Gewässer, Öd- und Unland, unkultivierte Moorflächen, Wegeland, Ziergärten, Rasenflächen usw.).

Nachgewiesen wird die Betriebsfläche >>> land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen sowie land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Die Begriffe Betriebsflächen und "Gesamtfläche der Betriebe" sind synonym.

## 2. Flächenerhebung

Datennachweis: ab 1979; für die neuen Länder und Berlin-Ost mit den Ergebnissen aus der Erhebung 1993 vorgesehen

### Begriffsinhalt:

Unbebaute Flächen, die vorherrschend gewerblich, industriell oder für Zwecke der Ver- und Entsorgung genutzt werden.

Zur Betriebsfläche zählen auch Flächen, die durch Abbau der Bodensubstanz genutzt werden oder die für den Abbau vorbereitet sind sowie die z.T. ausgebeuteten Flächen und Sicherheitsstreifen und Flächen, auf denen aufgeschüttetes Material dauernd gelagert wird.

Stillgelegtes Abbauland dagegen wird zum Unland gerechnet (siehe auch unter >>> Flächen anderer Nutzung).

## Betriebsgrundstücke

### Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Datennachweis: ab 1953

### Begriffsinhalt:

Betriebsgrundstück im Sinne des Bewertungsgesetzes ist der zu einem gewerblichen >>> Betrieb gehörende Grundbesitz, soweit er, losgelöst von seiner Zugehörigkeit zu dem gewerblichen Betrieb, entweder zum >>> Grundvermögen gehören oder einen Betrieb der >>> Land- und Forstwirtschaft bilden würde.

Für die Feststellung der Einheitswerte gelten die Wertverhältnisse vom 1.1.1974, wobei die losgelöst vom gewerblichen Betrieb zum Grundvermögen gehörigen Betriebsgrundstücke mit 140 v.H. ihres Einheitswertes angesetzt sind.

Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem gewerblichen Betrieb ist im ersteren Falle, daß das Grundstück zu mehr als der Hälfte seines Wertes dem gewerblichen Betrieb dient. Gehört das Grundstück jedoch mehreren Personen (Gesamthand- oder Bruchteilseigentum), so ist es, sofern an ihm eine fremde (außenstehende) Person beteiligt ist, ohne Rücksicht darauf, in welchem Umfang es dem gewerblichen Betrieb der Beteiligten dient, kein Betriebsgrundstück sondern Grundvermögen. Ehegatten der Beteiligten gelten dabei nicht als fremde Personen.

Stehen land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in engem wirtschaftlichen Zusammenhang mit einem gewerblichen Betrieb desselben Eigentümers, so gehören auch sie als Betriebsgrundstücke zum >>> Betriebsvermögen. Wird die Land- und Forstwirtschaft planmäßig im Interesse eines gewerblichen Hauptbetriebes (z.B. Gastwirtschaft) geführt, wobei diese Verbindung nicht ohne Nachteil für den Gesamtbetrieb gelöst werden kann, so liegt ebenfalls ein einheitlicher gewerblicher Betrieb vor, bei dem die Land- und Forstwirtschaft als Betriebsgrundstück zum Betriebsvermögen gehört. Bei Grundbesitz, der zum Teil land- und forstwirtschaftlichen Zwecken, zum Teil einem gewerblichen Betrieb dient, ist nur der gewerblich genutzte Teil ein Betriebsgrundstück.

Gehören der Grundbesitz oder Teile an ihm einer der in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (z.B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften), so ist dieser - gleichgültig ob er dem Betrieb der Gesellschaft dient oder nicht - stets Betriebsvermögen (Betriebsgrundstück).

Zu den losgelöst vom gewerblichen Betrieb zum Grundvermögen gehörigen Betriebsgrundstücken rechnen nicht Maschinen und sonstige Vorrichtungen aller Art, die zu einer Betriebsanlage gehören (Betriebsvorrichtungen), auch wenn sie wesentliche Bestandteile des Grundstücks sind.

Die Betriebsgrundstücke sind wie Grundvermögen bzw. land- und forstwirtschaftliches Vermögen zu bewerten. Sie sind Untereinheiten des Betriebsvermögens und als solche mit ihrem im Feststellungszeitpunkt (Statistik: Hauptfeststellungszeitpunkt) geltenden Einheitswert in der Vermögensaufstellung des gewerblichen Betriebs anzusetzen. Dies gilt auch, wenn wegen eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres ein anderer Bewertungsstichtag zugelassen ist. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt ein Ausgleich.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1972 erfolgte der Ansatz der Betriebsgrundstücke mit den nach den Wertverhältnissen vom 1.1.1935 festgestellten, fortgeschrieben oder nachfestgestellten Einheitswerten.



**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Betriebsgrundstücken handelt es sich beim Grundvermögen (Vermögensteuerstatistik) um Grundstücke, die nicht zu einem gewerblichen Betrieb gehören oder um solche, bei denen die Voraussetzungen für eine Feststellung als Betriebsgrundstück nicht erfüllt sind. In der Vermögensteuerstatistik wird nur das Grundvermögen für unbeschränkt >>> vermögenssteuerpflichtige natürliche Personen nachgewiesen.

## **Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen**

**Landwirtschaftszählung 1971****Begriffsinhalt:**

Personen, die >>> landwirtschaftliche Betriebe als Betriebsinhaber leiten, deren Ehegatten und Kinder sowie alle Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers, die während des Berichtszeitraums, wenn auch nur vorübergehend, dem mit dem Betrieb räumlich verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers angehören.

Betriebsinhaber ist diejenige natürliche Person, für deren Rechnung der Betrieb bewirtschaftet wird, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse. Bei landwirtschaftlichen Betrieben, die von mehreren natürlichen Personen (z.B. Ehepaaren, Geschwistern oder Erbgemeinschaften) geleitet werden, gilt jene Person als Betriebsinhaber, bei der überwiegend die laufende und tägliche Führung des Betriebes liegt.

Zu den auf dem landwirtschaftlichen Betrieb lebenden Familienangehörigen rechnen auch Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die im Berichtszeitraum einem anderen, räumlich mit dem Betrieb verbundenen Haushalt angehören (z.B. Haushalt eines Altenteilers oder des verheirateten Sohnes), sofern ihre Verpflegung überwiegend vom Betrieb bezogen wird.

Betriebsinhaber und ihre auf dem Betrieb lebenden Familienangehörigen im Alter von 14 Jahren und darüber, die im Berichtszeitraum eine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit außerhalb ihres landwirtschaftlichen Betriebes ausüben, gelten als "anderweitig erwerbstätig", gleichgültig ob es sich um eine regelmäßige oder nur gelegentliche Tätigkeit handelt und ob die anderweitige Erwerbstätigkeit als Selbständiger, Mithelfender oder Abhängiger ausgeübt wird.

Zu den anderweitigen Erwerbstätigkeiten rechnen auch die Tätigkeiten in gewerblichen Betrieben des Betriebsinhabers (z.B. in einer Gaststätte, in einer Metzgerei oder in einem Lohnmaschinenunternehmen), in Gemeinschaftsbetrieben, in Staats-, Körperschafts- oder fremden Privatforsten (z.B. als Waldarbeiter), ferner Tätigkeiten aufgrund eines Heimarbeitervertrags sowie ehrenamtliche Tätigkeiten (z.B. als Bürgermeister, Abgeordneter oder Schöffe).

Nicht als anderweitige Erwerbstätigkeit gilt hingegen die Nachbarschaftshilfe in einem anderen landwirtschaftlichen Betrieb sowie die Tätigkeit in der - in steuerlicher Sicht - "gewerblichen Viehhaltung" des eigenen Betriebes.

## **Betriebskapital**

**Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe**

Datennachweis: ab 1953

**Begriffsinhalt:**

Das Betriebskapital der gewerblichen >>> Betriebe rechnet zu den Wirtschaftsgütern, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen. Es ist Teil des >>> Umlaufvermögens und umfaßt die Kassenbestände, Bank- und Postscheckguthaben, Forderungen, Wechselbestände, ggf. auch Wertpapiere und Zero-Bonds, Geschäftsanteile sowie die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Für den Bestand und die Bewertung des Betriebskapitals sind grundsätzlich die Verhältnisse am Hauptfeststellungszeitpunkt maßgebend. Bei Betrieben, die regelmäßig jährliche Abschlüsse am Schluß des Kalenderjahres machen, ist dieser Abschlußtag zugrunde zu legen. Auf Antrag kann für Betriebe, die regelmäßig jährliche Abschlüsse auf einen anderen Tag machen (Betriebe mit einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahr), als Bewertungsstichtag der Schluß des Wirtschaftsjahres zugrunde gelegt werden, das dem Feststellungszeitpunkt vorangeht.

Die vorgenannten Ausnahmen gelten jedoch nicht für die Bewertung von Wertpapieren, Anteilen und Genußscheiden an Kapitalgesellschaften. Im Falle zwischenzeitiger Bestandsveränderung erfolgt, sofern dies mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Grundbesitz zusammenhängt, ggf. ein Ausgleich.

Bargeld, Bank- und Postscheckguthaben sowie Kapitalforderung werden grundsätzlich mit dem Nennwert bewertet. Für die Bewertung von Kapitalforderungen (ohne notierte Wertpapiere) sowie von Rückstellungen für Preisnachlässe und Wechselhaftungen sind die Grundsätze für die steuerliche Gewinnermittlung maßgebend, bei Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen sind dagegen die bewertungsrechtlichen Vorschriften anzuwenden.

Wertpapiere, Anteile und Genußscheine an >>> Kapitalgesellschaften werden in der Regel wie folgt angesetzt:

- a) mit dem niedrigsten im amtlichen Handel notierten Kurs oder aber, falls kein Kurs besteht
- aa) soweit die Wertpapiere Anteile an Kapitalgesellschaften verbriefen mit dem gemeinen Wert. (Der gemeine Wert ist der Einzelveräußerungspreis, der sich für das aus dem Betrieb herausgelöste Wirtschaftsgut im gewöhnlichen Geschäftsverkehr bei der Veräußerung erzielen läßt),
- bb) soweit die Wertpapiere Forderungsrechte verbriefen mit dem Nennwert oder
- b) mit dem Rücknahmepreis, sofern die Wertpapiere Rechte der Einleger gegen eine Kapitalanlagegesellschaft oder einen sonstigen Fonds verbriefen.

Zu Einzelheiten siehe das Bewertungsgesetz sowie die Vermögensteuerrichtlinien.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Vor 1963 galt insbesondere für die Festsetzung der Steuermärkte ein anderes Verfahren mit für den gesamten Bewertungszeitraum starr festgesetzten besonderen "Steuermärkten".

### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zum Betriebskapital werden in den >>> Finanzanlagen (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) u.a. die langfristigen Darlehens- und Hypothekenforderungen sowie Geschäftsanteile und Wertpapiere, die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, erfaßt. Finanzanlagen sind also Wirtschaftsgüter, die im Gegensatz zum Betriebskapital dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb des gewerblichen Betriebes zu dienen und deshalb >>> Anlagevermögen darstellen.

## **Betriebsleiter**

### **Handwerkszählung 1977,**

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Betriebsleitern zählen solche Personen, die als Leiter von >>> selbständigen Handwerksunternehmen oder handwerklichen >>> Nebenbetrieben nichthandwerklicher Unternehmen in einem Arbeitsverhältnis zum >>> Unternehmen stehen.

## **Betriebssystematik**

### **Landwirtschaftszählung 1991**

#### **Begriffsinhalt:**

Klassifizierungsschema für >>> landwirtschaftliche Betriebe und >>> Forstbetriebe. Die Betriebe werden nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt vorgegebenen Klassen (siehe unten) zugeordnet.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe ergibt sich aus dem Verhältnis der Standarddeckungsbeiträge ihrer Produktionszweige, -richtungen und -bereiche zueinander und zum Standarddeckungsbeitrag des Betriebes.

Die einzelnen Frucht- bzw. Vieharten eines Betriebes werden zu Produktionszweigen und diese wiederum zu Produktionsrichtungen und weiter zu Produktionsbereichen zusammengefaßt. Im einzelnen werden folgende Produkti-

onsbereiche (mit römischen Ziffern bezeichnet) und Produktionszweige (mit Versalien bezeichnet) mit den zugehörigen Frucht- bzw. Vieharten unterschieden:

I. Landwirtschaft

- A. Milchvieh:  
Milchkühe
- B. Rindermast:  
Pferde 3 Jahre und älter  
Pferde unter 3 Jahre und Ponys  
Kälber unter 6 Monate  
Männliche Jungrinder 6 Monate bis unter 1 Jahr  
Weibliche Jungrinder 6 Monate bis unter 1 Jahr  
Männliche Rinder 2 Jahre und älter  
Weibliche Rinder 2 Jahre und älter  
Ammen- und Mutterkühe  
Mast- und Schlachtkühe  
Schafe jeden Alters  
Runkelrüben  
Kohlrüben  
Alle anderen Hackfrüchte  
Klee, Klee gras, -luzerne  
Grasanbau (Ackerwiesen, -weiden)  
Grün- und Silomais  
Alle anderen Futterpflanzen  
Dauerwiesen  
Mähweiden  
Dauerweiden einschl. Almen  
Hutungen, Streuwiesen
- C. Schweine:  
Ferkel  
Andere Schweine unter 50 kg, Mastschweine, Eber  
Zuchtsauen mit 50 kg und mehr LG
- D. Geflügel:  
Legehennen 1/2 Jahr und älter  
Junghennen unter 1/2 Jahr, einschl. Küken  
Schlacht-, Masthähne und -hühner, sonstige Hähne, einschl. Küken  
Gänse  
Enten  
Truthühner
- E. Intensivfrüchte:  
Frühkartoffeln  
Mittelfrühe und späte Industrie- und Speisekartoffeln  
Zuckerrüben  
Tabak  
Gemüse, Erdbeeren im Wechsel mit landw. Kulturen  
Haus- und Nutzgarten  
Rüben und Gräser zur Samengewinnung  
Alle anderen Handelsgewächse
- F. Extensivfrüchte:  
Sommerweizen  
Hartweizen (Durum)  
Triticale  
Sommergerste  
Hafer  
Sommermenggetreide

- Ackerbohnen
- Alle anderen Hülsenfrüchte
- Brache (stillgelegte Flächen)
- Winterweizen, Dinkel
- Roggen
- Wintergerste
- Wintermenggetreide
- Winterraps
- Sommerraps, Rübsen
- Körnermais, Corn-Cob-Mix

- G. Hopfenbau:
  - Hopfen
- H. Obstbau
  - Obstanlagen
- J. Weinbau:
  - Im Ertrag stehende Rebfläche
  - Nicht im Ertrag stehende Rebfläche

## II. Gartenbau:

- K. Freilandgemüse:
  - Gemüse, Erdbeeren im Wechsel mit Gartengewächsen im Freiland
- L. Unterglasgemüse:
  - Gemüse, Erdbeeren im Wechsel mit Gartengewächsen unter Glas
- M. Freilandzierpflanzen:
  - Blumen und Zierpflanzen im Freiland
  - Gartenbausämereien auch unter Glas
- N. Unterglaszierpflanzen:
  - Blumen und Zierpflanzen unter Glas
- O. Baumschulen:
  - Baumschulen

## III. Forstwirtschaft

Korbweidenanlagen, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes;  
Waldflächen (einschl. forstwirtschaftliche Pflanzungen für Eigenbedarf)

Für jede einzelne dieser Frucht- bzw. Vieharten eines Betriebes wird (soweit im Betrieb vorhanden) ein Standarddeckungsbeitrag errechnet. Dieser ergibt sich aus dem monetären Ertrag je Einheit (ha Anbaufläche bzw. Stück Vieh), abzüglich der produktionsspezifischen variablen Kosten je Einheit, multipliziert mit der Anzahl der von dem Betrieb selbstbewirtschafteten bzw. gehaltenen Einheiten.

Der monetäre Ertrag und die produktionsspezifischen variablen Kosten sind standardisiert.

Der monetäre Ertrag je Einheit wird berechnet aus dem (standardisierten) naturalen Ertrag (z.B. kg Gewichtszunahme je Stück Vieh, in einem Zeitraum durchschnittlicher ha-Ertrag je ha Anbaufläche) und dem (standardisierten) Preis.

Zur Ermittlung der durchschnittlichen naturalen Erträge und der durchschnittlich erzielten Preise werden im wesentlichen die laufenden Produktions- und Preisstatistiken aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft herangezogen.

Den regional unterschiedlichen natürlichen und wirtschaftlichen Ertragsbedingungen wird Rechnung getragen durch eine Differenzierung der kreisfreien Städte und Landkreise nach fünf Leistungsklassen der Produktionszweige, denen die einzelnen Frucht- und Vieharten speziell für die Ermittlung der regionalen Leistungsunterschiede zugeordnet werden, mit der Folge, daß für alle in einem Landkreis ansässigen Betriebe, die z.B. Roggen anbauen, bei der Berechnung des Standarddeckungsbeitrags des Roggens für den einzelnen Betrieb die gleiche Leistungsklasse unterstellt wird.

Die produktionsspezifischen variablen Kosten je Einheit einer Frucht- bzw. Viehart werden unter Rückgriff auf die in Buchführungsbetrieben ermittelten monetären Beziehungen zwischen Aufwand und Ertrag, teilweise ergänzt

durch Schätzungen, berechnet, und bundeseinheitlich nach den fünf Leistungsklassen auf die jeweilige Frucht- bzw. Viehart aller Betriebe angewendet.

Zu den produktionsspezifischen variablen Kosten rechnen bei den Fruchtarten im wesentlichen Ausgaben für Saatgut, Dünger, Pflanzenschutz, variable Maschinenkosten sowie sonstige variable Kosten (z.B. Ernteversicherung, Trocknungskosten, Verbandsbeiträge, Verpackungs- und Vermarktungskosten), bei den Viehartarten im wesentlichen Ausgaben für Bestandsergänzung, Kraftfutter, Wirtschaftsfutter, Tierarzt, variable Maschinenkosten (Energie, Stallentmistung) und sonstige variable Kosten (z.B. Besamung, Tierversicherung, Verbandsbeiträge, Wassergeld, Kosten für Hilfsstoffe).

Die für die einzelnen Frucht- und Viehartarten eines Betriebes berechneten Standarddeckungsbeiträge werden nacheinander zusammengefaßt zu den Standarddeckungsbeiträgen der Produktionszweige (Milchvieh, Rindermast, Schweine, Geflügel, Intensivfrüchte, Extensivfrüchte, Hopfenbau, Obstbau, Weinbau, Freilandgemüse, Unterglasgemüse, Freilandzierpflanzen, Unterglaszierpflanzen, Baumschulen), diese zu den Standarddeckungsbeiträgen von Produktionsrichtungen Futterbau, Veredlung, Marktfrüchte, Dauerkulturen, Gemüse, Zierpflanzen, Baumschulen) und diese wiederum zu den Standarddeckungsbeiträgen der Produktionsbereiche (Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft). Die Summe der Standarddeckungsbeiträge der Produktionsbereiche ergibt den Standarddeckungsbeitrag für den Betrieb.

## Betriebsvermögen

### Vermögenssteuerstatistik

Datennachweis: ab 1953

#### Begriffsinhalt:

Alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber oder - im Falle der Zusammenveranlagung von Ehegatten zur >>> Vermögensteuer - seinem Ehegatten gehören.

Unter Gewerbebetrieb ist eine selbständige, nachhaltige Betätigung zu verstehen, die mit Gewinnabsicht unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt, sofern der Hauptzweck der Betätigung nicht die Ausübung von Land- und Forstwirtschaft ist. Die Gewinnabsicht braucht nicht der Hauptzweck der Betätigung zu sein.

Als Gewerbe gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung (z.B. Bergbau, Gewinnung von Torf, Steinen und Erden). Auch die Ausübung eines freien Berufes steht nach dem Bewertungsgesetz dem Betrieb eines Gewerbes gleich. Ausgenommen sind jedoch rein künstlerische und rein wissenschaftliche Tätigkeiten.

Grundsätzlich kann der >>> Steuerpflichtige mehrere >>> Betriebe besitzen und/oder an mehreren Personengesellschaften - die selbst nicht vermögenssteuerpflichtig sind - beteiligt sein. Eine Sonderstellung nehmen jedoch die in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes genannten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, sofern sie ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben (z.B. Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Kreditanstalten des öffentlichen Rechts), ein. Bei diesen nichtnatürlichen Personen rechnen alle Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen und bilden unabhängig davon, ob die Wirtschaftsgüter dem gewerblichen Betrieb auch tatsächlich dienen, einen Gewerbebetrieb (Gewerbebetrieb kraft Rechtsform).

Einen gewerblichen Betrieb bilden auch die Wirtschaftsgüter, die den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, den nichtrechtsfähigen Vereinen, Anstalten, Stiftungen und anderen >>> Zweckverbänden gehören, soweit sie einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen. Auch ein verpachtetes gewerbliches Unternehmen ist immer dann ein gewerblicher Betrieb des Verpächters, wenn die wesentlichen Betriebsgegenstände des Anlagevermögens mitverpachtet sind. Sind Wirtschaftsgüter dazu bestimmt sowohl einem gewerblichen Betrieb als auch einem Betrieb der >>> Land- und >>> Forstwirtschaft desselben Inhabers dauernd zu dienen, so werden sie beiden Betrieben anteilig zugerechnet.

Nicht zum Betriebsvermögen zählen die Wirtschaftsgüter, die nach dem Vermögensteuergesetz oder anderen Gesetzen von der Vermögensteuer befreit sind sowie Erfindungen, Urheberrechte u.ä., die nach dem Bewertungsgesetz auch nicht zum sonstigen Vermögen gehören.

Die Bewertung der zu einem gewerblichen Betrieb gehörenden Wirtschaftsgüter erfolgt in der Regel mit dem Teilwert. Der Teilwert ist der Betrag, den ein Erwerber des ganzen Unternehmens im Rahmen des Gesamtkaufpreises

für das einzelne Wirtschaftsgut ansetzen würde. Dabei ist davon auszugehen, daß der Erwerber das Unternehmen fortführt. Wirtschaftsgüter, für die ein Einheitswert festgestellt wird (Betriebsgrundstücke, Mineralgewinnungsrechte und Beteiligungen an Personengesellschaften), sind mit dem Einheitswert und die Wertpapiere, Anteile an >>> Kapitalgesellschaften, Kapitalforderungen und Rechte auf wiederkehrende Nutzungen und Leistungen sowie denen entsprechende Schuldposten mit dem Kurswert bzw. gemeinen Wert, Nennwert oder Kapitalwert anzusetzen. Für den Bestand und die Bewertung der Wirtschaftsgüter sind grundsätzlich die Verhältnisse zu den jeweiligen Feststellungszeitpunkten maßgebend.

Der Einheitswert des Betriebsvermögens wird ermittelt, indem die Wertsumme der Wirtschaftsgüter des gewerblichen Betriebes um die mit dem Betriebsvermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehenden Schulden und sonstigen Abzüge unter Berücksichtigung der Vergünstigung für Schachtelgesellschaften vermindert und auf volle 1 000 DM abgerundet wird. Erstreckt sich die wirtschaftliche Einheit eines Gewerbebetriebes ausschließlich auf das Ausland, so ist für die Bewertung dieses Betriebs der gemeine Wert maßgebend. Zu Einzelheiten siehe das Bewertungsgesetz sowie die Vermögensteuerrichtlinien.

Nachgewiesen wird im einzelnen das Betriebsvermögen der unbeschränkt >>> Vermögensteuerpflichtigen nach Abzug der Befreiungsbeträge für Krankenanstalten, Versorgungsunternehmen sowie Verkehrs-, Hafen- oder Flughafenbetriebe, und zwar beim natürlichen Steuerpflichtigen - ggf. saldiert - (nur) mit der positiven Summe, die sich aus den Einheitswerten seiner Betriebe sowie den Wertanteilen seiner Beteiligungen an Personengesellschaften und evtl. auch den gemeinen Werten seiner ausländischen Betriebe ergibt und bei den nichtnatürlichen Personen, sofern sie Körperschaften im Sinne des § 97 Abs. 1 Bewertungsgesetz sind, mit dem Betriebsvermögen, andernfalls mit einem diesem entsprechenden fiktiven Wert (dem Gesamtvermögen vor Berücksichtigung der auch bei den o.a. Körperschaften zugelassenen Abzüge - z.B. Vermögensabgabe).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

1953 sind beim Betriebsvermögen zahlenmäßig auch jene Fälle mit Betriebsvermögen erfaßt, die wegen Überschuldung Minusbeträge aufweisen und deshalb beim Wertnachweis des Betriebsvermögens nicht berücksichtigt sind. Siehe auch unter >>> Einheitswert (Betriebsvermögen).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Unterschiede zwischen dem Betriebsvermögen und dem >>> land- und forstwirtschaftlichen Vermögen (Vermögensteuerstatistik) ergeben sich im wesentlichen durch die unterschiedlichen Betriebszwecke, denen die Vermögensgüter dienen. Während das Betriebsvermögen alle Wirtschaftsgüter umfaßt, die einem gewerblichen Betrieb als Hauptzweck dienen, rechnen zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen alle Wirtschaftsgüter, die einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft dauernd zu dienen bestimmt sind. Prinzipiell können daher bei beiden Vermögensarten gleiche oder ähnliche Wirtschaftsgüter vorkommen. Bei den nichtnatürlichen Personen (z.B. Kapitalgesellschaften) sei jedoch auf die Sonderregelung kraft Rechtsform der Eigentümer hingewiesen, nach der unabhängig davon, ob die Wirtschaftsgüter auch tatsächlich einem gewerblichen Betrieb dienen, diese Betriebsvermögen darstellen.

Die >>> Betriebsgrundstücke (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) umfassen nur den zu den erfaßten gewerblichen Betrieben gehörigen Grundbesitz. Zum Betriebsvermögen rechnen hingegen alle Vermögensgüter, die einem gewerblichen Betrieb dienen einschl. der Betriebsgrundstücke; die Betriebsgrundstücke sind somit Untereinheiten des Betriebsvermögens.

Das Betriebsvermögen und der Einheitswert (Betriebsvermögen) (Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe) umfassen dieselben Begriffsmerkmale. Unterschiede ergeben sich jedoch aus den unterschiedlichen Erhebungs- bzw. Darstellungseinheiten. Während das Betriebsvermögen hier ausschließlich für unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche und nichtnatürliche Personen nachgewiesen wird, wird der Einheitswert (Betriebsvermögen) von allen gewerblichen Betrieben erfaßt, für die ein Einheitswert in Höhe von mindestens 1 000 DM festgestellt worden ist. Beim Einheitswert (Betriebsvermögen) ist es im Unterschied zum Betriebsvermögen somit unerheblich, ob der gewerbliche Betrieb einer unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen Person gehört oder nicht. In der Vermögensteuerstatistik ist (saldiert) negatives Betriebsvermögen enthalten nachgewiesen; es kann indirekt durch Abzug der Summe der vier nachgewiesenen Vermögensarten vom Rohvermögen errechnet werden. Das Betriebsvermögen umfaßt neben den Einheitswerten ggf. auch die gemeinen Werte für die Gewerbebetriebe, deren wirtschaftliche Einheit sich ausschließlich auf das Ausland erstreckt.

Wirtschaftsgüter, die einem gewerblichen Betrieb zu dienen bestimmt sind, tatsächlich aber einem derartigen Betrieb des Eigentümers nicht dienen, sowie Wirtschaftsgüter, die Gewerbetreibenden außerhalb ihres Gewerbebetriebes oder Nichtgewerbetreibenden gehören, soweit den Umständen nach anzunehmen ist, daß sie dazu bestimmt sind, zum Verkauf, zum Tausch oder zu ähnlichen Zwecken verwendet zu werden (nichtgewerbliches Vorratsver-

mögen), kommen, sofern ihr Wert jeweils insgesamt 1 000 DM übersteigt, als >>> sonstiges Vermögen (Vermögensteuerstatistik) in Betracht.

## **Betten**

### **1. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten**

Datennachweis: 1960 bis 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Gästebetten in Beherbergungsstätten in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 Übernachtungen von Reisenden im Jahr.

Zu den Gästebetten rechnen alle Betten, die am Stichtag (1.4.) ständig oder vorübergehend für die Beherbergung von Gästen zur Verfügung stehen.

Zu den Beherbergungsstätten rechnen >>> Hotels, >>> Gasthöfe, >>> Fremdenheime und Pensionen, >>> Hotels garnis, >>> Erholungs- und Ferienheime, >>> Heilstätten und Sanatorien, >>> Ferienhäuser und Ferienwohnungen. Ebenso zählen hierzu >>> Privatquartiere, in denen gegen Entgelt Unterkunft gewährt wird. Privatquartiere in Großstädten (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) werden jedoch nicht dargestellt.

Hier nicht dargestellt werden Betten in Jugendherbergen und Kinderheimen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. März 1971 wurde die Bettenkapazität in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Übernachtungen im Jahr erfaßt.

Ab 1972 werden die Hotels garnis aus den Hotels, Fremdenheimen und Pensionen ausgegliedert und als gesonderte Betriebsart dargestellt.

### **2. Krankenhausstatistik**

Datennachweis: ab 1953

#### **Begriffsinhalt:**

Die in Krankenhäusern tatsächlich betriebenen Betten, d.s. die planmäßigen Betten und die zusätzlich aufgestellten Betten.

Als planmäßig gelten solche Betten, die bestimmte, in den Richtlinien der Bundesländer für den Bau und die Einrichtung von Krankenhäusern festgelegte Anforderungen erfüllen, z.B. hinsichtlich der Raumgröße, der Ausstattung mit Installationen usw.

Die Betten für Neugeborene bei Anstaltsentbindungen werden nicht einbezogen.

Als Krankenhäuser gelten Anstalten, in denen Kranke untergebracht werden und in denen durch ärztliche Hilfeleistung erstrebt wird, Krankheiten, Leiden oder Körperschäden festzustellen, zu heilen oder zu lindern, sowie Entbindungsheime mit regelmäßiger ärztlicher Behandlung.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zu den Betten rechnen außer den >>> Betten in Fach- und Sonderkrankenhäusern bzw. deren Fachabteilungen (Krankenhausstatistik) auch die Betten in Allgemeinen Krankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen und die Betten außerhalb abgegrenzter Fachkrankenhäuser bzw. -abteilungen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschließlich 1984 wurden nicht die tatsächlich betriebenen Betten sondern nur die planmäßigen Betten nachgewiesen; die Differenz (= zusätzlich aufgestellte Betten) ist jedoch unbedeutend.

# **Betten in Fach- und Sonderkrankenhäusern bzw. deren Fachabteilungen**

## **Krankenhausstatistik**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

>>> Betten, die sich in Fachkrankenhäusern, >>> Sonderkrankenhäusern sowie in abgegrenzten Fachabteilungen von >>> Krankenhäusern befinden.

Planmäßige Betten sind solche Krankenhausbetten, die den Richtlinien der Bundesländer für den Bau und die Einrichtung von Krankenhäusern entsprechen.

Fachkrankenhäuser und Sonderkrankenhäuser sind Krankenhäuser, die auf besondere Fachdisziplinen spezialisiert sind und selbständige Wirtschaftseinheiten darstellen.

Fachabteilungen sind Abteilungen, die nach Fachdisziplinen abgegrenzt sind, von Fachärzten dieser Disziplinen ständig verantwortlich geleitet werden und ständig mit besonderen Behandlungseinrichtungen ausgestattet sind. Einrichtungen zur stationären Behandlung, die ständig für die gleiche Fachrichtung zur Verfügung stehen und räumlich gegen andere Krankenhauseinrichtungen abgeschlossen sind (sog. Fachstationen), gelten nicht als Fachabteilungen.

Nicht einbezogen sind Betten, die sich in >>> Akutkrankenhäusern befinden, die keine Fachabteilungen haben (Allgemeine Krankenhäuser ohne abgegrenzte Fachabteilungen) sowie Betten, die sich außerhalb von abgegrenzten Fachkrankenhäusern bzw. Fachabteilungen befinden.

### **Begriffsbeziehungen:**

Die Betten in Fach- und Sonderkrankenhäusern bzw. deren Fachabteilungen sind eine Teilmenge der Betten (Krankenhausstatistik) insgesamt; zu diesen zählen darüber hinaus auch die Betten in Allgemeinen Krankenhäusern ohne abgegrenzte Fachabteilungen und die Betten außerhalb abgegrenzter Fachkrankenhäuser bzw. -abteilungen.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschließlich 1984 wurden nicht die tatsächlich betriebenen Betten, sondern nur die planmäßigen Betten nachgewiesen; die Differenz (= zusätzlich aufgestellte Betten) ist jedoch unbedeutend.

## **Bevölkerung**

### **1. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Volks- und Berufszählung 1987**

### **3. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1972

### **Begriffsinhalt:**

Alle Personen, die in der jeweiligen (Erfassungs-)Gemeinde ihre alleinige Wohnung oder Hauptwohnung haben.

Personen mit weiterer Wohnung im Ausland (z.B. Arbeiter auf Montage, Deutsche, die im Ausland studieren) werden grundsätzlich der Bevölkerung ihrer im Bundesgebiet gelegenen Heimatgemeinde zugerechnet, in der ihre Hauptwohnung liegt.

Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung gehören zur Bevölkerung der Gemeinde vor ihrer Einberufung. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei rechnen, sofern sie in Gemeinschaftsunterkünften leben, zur Bevölkerung ihrer Standortgemeinde.



Patienten in Krankenhäusern zählen zur Bevölkerung ihrer Heimatgemeinde. Im Gegensatz dazu werden Dauerinsassen von Anstalten (z.B. Altenheimen) sowie das darin wohnende Personal der Bevölkerung der Anstaltsgemeinde zugerechnet.

Personen in Untersuchungshaft zählen zur Bevölkerung ihrer Heimatgemeinde, Strafgefangene dagegen zur Bevölkerung der Anstaltsgemeinde.

>>> Ausländer, die sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, werden mit Ausnahme der folgenden Personengruppen zur Bevölkerung gezählt:

Nicht erfasst werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und die Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen, das den ausländischen Truppen unterstellte zivile Gefolge mit Staatsangehörigkeit der Entsendestaaten und die Familienangehörigen dieser Personenkreise ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit (z.B. auch deutsche Ehefrauen dieser Personen).

Zur Bevölkerung werden dagegen alle Personen gerechnet, die nicht die Staatsangehörigkeit des betreffenden Entsendestaates haben, aber in den von den Streitkräften in Anspruch genommenen Gebäuden untergebracht sind oder in den privatrechtlich gemieteten Gebäuden und Wohnungen ausländischer Streitkräfte leben.

Ebenso zählen zur Bevölkerung die in den Gebäuden und Wohnungen der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen oder der ausländischen Angehörigen dieser Vertretungen wohnenden deutschen Staatsangehörigen (z.B. Hausangestellte) und auch die dort wohnenden Ausländer, die nicht im Besitz von Ausweisen des Auswärtigen Amtes oder der Staats- und Senatskanzleien des betreffenden Entsendestaates sind.

In der Volks- und Berufszählung 1987 zählen Personen zur "Bevölkerung", die in der Erfassungsgemeinde ihre Hauptwohnung, im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) aber mindestens zwei Wohnungen oder Unterkünfte haben, zur "Bevölkerung mit weiterer Wohnung oder Unterkunft".

Die weiteren Wohnungen oder Unterkünfte können innerhalb oder außerhalb der Erfassungsgemeinde liegen. In Frage kommen Zweitwohnungen, möblierte Zimmer, Baubaracken, Unterkünfte in Arbeiterwohnheimen, Bauzüge der Bundesbahn, Studentenwohnheime, Wochenendhäuser und u.U. auch Heilanstalten.

Eine polizeiliche bzw. behördliche Meldung der Personen am Ort der weiteren Wohnungen oder Unterkünfte ist für ihre Zuordnung zur Bevölkerung mit weiterer Wohnung oder Unterkunft in der Regel nicht erforderlich.

Die Kasernenunterkunft von Berufs- und Zeitsoldaten begründet einen weiteren Wohnsitz, nicht jedoch die entsprechende Unterkunft von Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung, da sie am Standort nicht meldepflichtig sind. Hotelzimmer, die kurzfristig auf der Durchreise bewohnt werden, Standquartiere von Handelsvertretern, Reisenden, Fernfahrern, Monteuren usw. gelten ebenfalls nicht als weitere Wohnung oder Unterkunft.

Auch Krankenhäuser, Sanatorien usw. sind keine weitere Unterkunft, wenn der Patient dort nur vorübergehend untergebracht ist.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Der Feststellung der Einwohnerzahlen lag bis April 1983 der Wohnbevölkerungsbegriff zugrunde. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgingen. Soweit sie weder berufstätig waren noch sich in Ausbildung befanden, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Mit der Einführung neuer Meldegesetze in fast allen Bundesländern haben die Statistischen Landesämter im April 1983 die Fortschreibung ihrer Einwohnerzahlen überwiegend auf den neuen Begriff der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung umgestellt. Bei Wanderungen zwischen den Bundesländern wird generell vom neuen Bevölkerungsbegriff ausgegangen. Der Begriff der Hauptwohnung wird in § 12 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429) wie folgt definiert:

Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

Die ab April 1983 festgestellten Einwohnerzahlen entsprechen somit - insbesondere wegen der anderen Zuordnung von verheirateten, nicht dauernd von ihrer Familie getrennt lebenden Personen mit mehreren Wohnungen im Bundesgebiet - nicht mehr voll dem bisherigen Wohnbevölkerungsbegriff. Aus diesem Grund wird die Bezeichnung Wohnbevölkerung generell durch Bevölkerung ersetzt.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Bevölkerung, >>> Bevölkerungsstand und >>> Bevölkerungsschnitt (im Jahresdurchschnitt) beschreiben den gleichen Personenkreis. Im Unterschied zur Bevölkerung, die für den Stichtag einer Zählung nachgewiesen wird, weist der Bevölkerungsstand die fortgeschriebene Zahl der zur Bevölkerung rechnenden Personen zu verschiedenen Zeitpunkten bzw. für verschiedene Zeiträume nach. Im Rahmen der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden jedoch nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich vor allem hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen haben.

Bei der Bevölkerung werden die Personen derjenigen Gemeinde zugeordnet, in der ihre vorwiegend benutzte Wohnung (Hauptwohnung) liegt. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt. Im Unterschied dazu werden bei der >>> wohnberechtigten Bevölkerung (Volks- und Berufszählung 1987) die Personen in jeder Gemeinde gezählt, in der sie über Wohnraum verfügen, d.h. wohnberechtigt sind. Im Nachweis der wohnberechtigten Bevölkerung, vor allem bei der Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen, sind daher Mehrfachzählungen enthalten, im Nachweis der Bevölkerung dagegen nicht.

Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung davon ausgeht, in welcher Gemeinde die Hauptwohnung einer Person liegt, geht die begriffliche Abgrenzung der >>> Bevölkerung in Privathaushalten (Volks- und Berufszählung 1987) davon aus, in welchen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften die Personen einer Gemeinde leben. Im Unterschied zur Bevölkerung werden bei der Bevölkerung in Privathaushalten Personen mit mehreren Wohnsitzen - von zwei Ausnahmeregeln abgesehen - in jeder Gemeinde, in der sie Wohnraum haben, gezählt, unabhängig davon, an welchem Wohnsitz sich diese Personen überwiegend aufhalten. (Zu den zwei Ausnahmeregeln siehe Bevölkerung in Privathaushalten.) Die Bevölkerung in Privathaushalten enthält im Unterschied zur Bevölkerung nicht die in Anstalten wohnenden Personen.

## **Bevölkerung (Einwohner)**

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Zur Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gehören alle Personen, die im Bundesgebiet ihren (ständigen) Wohnsitz haben.

Der Bevölkerungsbegriff ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein wichtiges Kriterium für Definitionen nach dem Inländer- oder Inlandskonzept (siehe >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt bzw. an die übrige Welt, Privater Verbrauch, Erwerbstätige) sowie für die Abgrenzung der >>> Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt.

## **Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige (Eltern, Ehegatten usw.)**

**1. Volks- und Berufszählung 1987****2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1964

**Begriffsinhalt:**

Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Einkünften oder Erträgen ihrer Familienangehörigen bestreiten.

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit, aus Rente, Pension, aus Arbeitslosengeld oder aus eigenem Vermögen). Zu den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus den Einkünften ihrer Ehegatten, Eltern usw. bestreiten und auch - sofern sie erwerbstätig und keine Auszubildenden sind - eine normale wöchentliche Arbeitszeit von weniger als 25 Stunden haben.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus ergaben sich Änderungen in der Altersgrenze für die Zuordnung zu den Erwerbs- bzw. Nichterwerbspersonen: Bis einschl. 1975 betrug das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen nur 13 Jahre.

**Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe****1. Volks- und Berufszählung 1987****2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1964

**Begriffsinhalt:**

Personen, die Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beziehen und ihren überwiegenden Lebensunterhalt daraus bestreiten.

Nachgewiesen werden in jedem Fall >>> Erwerbspersonen (>>> Erwerbslose oder >>> Erwerbstätige), die überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe leben.

Hierzu zählen Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die entweder eine auf Erwerb gerichtete, geringfügige Tätigkeit ausüben oder die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen; vorausgesetzt wird, daß diese Personen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus den Einkünften aus Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe bestreiten.

Arbeitslosengeld ist eine Zahlung an Arbeitslose, die der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen, die Anwartschaftszeit erfüllen, sich persönlich beim Arbeitsamt gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt haben. Arbeitslosenhilfe ist eine Zahlung an Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, da entweder die Anwartschaftszeit noch nicht erfüllt ist oder das Arbeitslosengeld bereits bis zur maximalen Leistungsdauer gewährt wurde. Die Arbeitslosenhilfe wird nur bei Bedürftigkeit gewährt.

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld bzw. -hilfe können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Einkünfte aus eigenem Vermögen oder aus anderen Sozialleistungen, Unterstützungen von Angehörigen). Zu den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld, -hilfe rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Arbeitslosengeld oder -hilfe bestreiten (z.B. eine Ehefrau, die überwiegend von der Arbeitslosenunterstützung aus einer früheren Erwerbstätigkeit lebt und nicht vom Einkommen ihres Ehemannes).

In der Volks- und Berufszählung 1987 wird die Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe und die Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Renten und dgl. zusammen unter "Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension usw." nachgewiesen.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Änderungen ergaben sich in der Altersgrenze für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen: Bis einschl. 1975 betrug das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen nur 13 Jahre.

# **Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit**

## **1. Volks- und Berufszählung 1987**

## **2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1972

### **Begriffsinhalt:**

Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Ertrag ihrer eigenen auf Erwerb gerichteten Tätigkeit bestreiten.

Nachgewiesen werden in jedem Fall ausschließlich >>> Erwerbstätige, die überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit leben.

Eine Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn eine Person im Alter von mindestens 15 Jahren in einem Arbeitsverhältnis steht oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreibt. Dauer und Regelmäßigkeit spielen bei der Frage, wann eine Erwerbstätigkeit vorliegt, keine Rolle. Auch Aushilfstätigkeiten, die regelmäßig oder unregelmäßig etwa am Wochenende oder nur stundenweise ausgeübt werden, z.B. als Kellner oder Musiker, gelten als Erwerbstätigkeit.

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit können durchaus noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Rente, Pension, Arbeitslosengeld, eigenes Vermögen). Zu den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestreiten (z.B. ein Rentner, der in der Hauptsache von einer Nebenbeschäftigung (Erwerbstätigkeit) und nicht von seiner Rente lebt).

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus wurden bis einschl. 1975 auch 13-jährige Personen einbezogen.

### **Begriffsbeziehungen:**

Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus) ist es im Unterschied zu den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit unerheblich, in welchem Umfang die Erwerbstätigkeit zu ihrem Lebensunterhalt beiträgt. So rechnen z.B. erwerbstätige Rentner, auch wenn sie überwiegend von Rente leben, zu den Erwerbstätigen.

# **Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe, Renten, Pensionen und dgl.**

## **1. Volks- und Berufszählung 1987**

## **2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

Personen, die Einkünfte aus Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialleistungen und/oder Erträge aus eigenem Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil oder sonstigen Unterstützungen beziehen und ihren überwiegenden Lebensunterhalt daraus bestreiten.

Sozialleistungen sind Arbeitslosengeld, -hilfe, Renten und Pensionen, Sozialhilfe sowie sonstige Unterstützungen. Erwerbslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, erhalten vom Arbeitsamt eine Unterstützung für eine gesetzlich festgelegte Zeit, die sich nach der Länge der vorherigen Arbeitsdauer richtet. Nach Ablauf dieser Zeit wird Arbeitslosenhilfe gezahlt. Zu den Renten und Pensionen zählen die Sozialversicherungsrenten einschl. der Witwen-

und Waisenrenten, Unfallrenten, Kriegsbeschädigtenrenten, Beamtenruhegehälter einschl. der Witwen- und Waisengelder, Rentenzahlungen aus dem Ausland usw. Zu den sonstigen Unterstützungen rechnen Unterhaltszahlungen des geschiedenen Ehemannes, Alimente, Ausbildungsförderung, Stipendien, private Zahlungen und Unterstützungen wie betriebliche Pensionen und die Altersversorgung der freien Berufe, Ausbildungsbeihilfen von nicht verwandten Personen usw.

Zu den Erträgen aus eigenem Vermögen rechnen u.a. Einkünfte aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und aus Altenteilen.

Die Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. können daneben noch weitere Unterhaltsquellen haben (z.B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Unterstützungen von Angehörigen, Arbeitslosengeld, -hilfe). Zu den Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. rechnen sie in diesen Fällen nur, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Sozialleistungen (ohne Arbeitslosengeld oder -hilfe) oder Erträgen aus eigenem Vermögen bestreiten (z.B. eine erwerbstätige Person, die in der Hauptsache von Vermögenseinkünften lebt und nicht vom Einkommen aus Erwerbstätigkeit).

In der Volks- und Berufszählung 1987 wird die Bevölkerung mit überwiegen dem Lebensunterhalt durch Renten und dgl. und die Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe zusammen unter "Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente, Pension, eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil usw." nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Änderungen ergaben sich in der Altersgrenze für die Zuordnung zu den Erwerbs- bzw. Nichterwerbspersonen: Bis einschl. 1975 betrug das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen nur 13 Jahre.

## **Bevölkerung in Privathaushalten**

### **1. Volks- und Berufszählung 1987**

### **2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1972

#### **Begriffsinhalt:**

Hierbei handelt es sich um die Gesamtheit der in Privathaushalten lebenden Personen. Sie unterscheidet sich von der wohnberechtigten Bevölkerung um Personen ohne eigene Haushaltsführung in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften und Personen in wohnberechtigten Haushalten, deren Haushaltsmitglieder am betreffenden Ort sämtlich nicht zur Wohnbevölkerung zählen.

Bei Personen mit mehreren Wohnsitzen gelten folgende Ausnahmeregeln:

- 1) Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen, im Bundesgebiet gelegenen Wohnung oder Unterkunft leben bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gehen, werden sie an dem Wohnsitz, an dem sie sich nur zeitweilig aufhalten, nicht gezählt. Hierdurch werden z.B. Wochenendwohnsitze u.ä. nicht berücksichtigt. (Volkszählung 1987)
- 2) Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren werden nicht zum Haushalt ihrer Eltern gerechnet, wenn sie eine weitere, im Bundesgebiet gelegene Wohnung oder Unterkunft besitzen, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten, und falls sie nicht überwiegend von Einkünften ihrer Eltern leben und auch nicht >>> Haushaltsvorstand im elterlichen Haushalt sind. (Mikrozensus)

Nicht erfaßt werden die im Bundesgebiet stationierten Angehörigen der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen.

Alle anderen >>> Ausländer, die in Privathaushalten wohnen und sich nicht nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten, rechnen dagegen zur Bevölkerung in Privathaushalten.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Feststellung der Bevölkerung geht grundsätzlich von der Wohngemeinde der Personen aus. Dementsprechend erfolgen auch die Darstellung und die verschiedenen begrifflichen Abgrenzungen der Bevölkerung vor allem aus der Sicht der Gemeinden bzw. sind insbesondere für regionale Einheiten unterhalb des Bundesgebietes von Bedeu-

tung. Unterschiede zwischen den verschiedenen Bevölkerungsbegriffen ergeben sich hinsichtlich der Einbeziehung der in Anstalten wohnenden Personen und bei der Zuordnung von Personen, die mehrere Wohnungen oder Unterkünfte haben.

Während die begriffliche Abgrenzung der Bevölkerung in Privathaushalten davon ausgeht, ob die Personen einer Gemeinde in selbständigen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaften leben oder nicht, geht die begriffliche Abgrenzung der >>> wohnberechtigten Bevölkerung (Volks- und Berufszählung 1987) davon aus, ob eine Person in der Erfassungsgemeinde über Wohnraum verfügt, d.h. dort wohnberechtigt ist. Die wohnberechtigte Bevölkerung enthält im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten auch die in Anstalts- und Gemeinschaftsunterkünften wohnenden Personen. Ferner werden in der wohnberechtigten Bevölkerung alle Personen mit mehreren Wohnungen oder Unterkünften im Unterschied zur Bevölkerung in Privathaushalten mehrfach gezählt, d.h. die oben unter Begriffsinhalt genannten Zuordnungs-(Ausnahme-)Regeln gelten nicht.

## **Bevölkerung mit Schulabschluß**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Nachweis der >>> Bevölkerung nach dem höchsten Schulabschluß in der Stufengliederung  
>>> Volksschule/Hauptschule, >>> Realschule oder gleichwertiger Abschluß, >>> Fachhochschul-/Hochschulreife bzw. >>> Berufsfach-/Fachschule, >>> Fachhochschule/Hochschule.

Als Schulabschluß gilt der Besuch einer Schule oder Hochschule während der vorgeschriebenen Zeit bzw. bis zum erfolgreichen Abschluß der erforderlichen Prüfungen. Bei Volksschulen gilt bereits die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht als Schulabschluß.

Da eine Person mehrere Schulabschlüsse haben kann, wird nur der höchste Abschluß innerhalb der angegebenen Gliederung berücksichtigt.

Zu den Personen mit Schulabschluß rechnen auch Personen, die nach Erreichen eines Abschlusses weiterhin eine Schule oder Hochschule besuchen.

## **Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit**

### **Volks- und Berufszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Bevölkerung, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Ertrag ihrer eigenen auf Erwerb gerichteten Tätigkeit bestreiten (Ernährer), sowie deren Familienangehörige, die im gleichen Privathaushalt wohnen und ebenfalls überwiegend von dieser Erwerbstätigkeit leben (Ernährte).

Eine Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn eine Person im Alter von mindestens 15 Jahren in einem Arbeitsverhältnis steht oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreibt. Dauer und Regelmäßigkeit spielen bei der Frage, wann eine Erwerbstätigkeit vorliegt, keine Rolle. Auch Aushilfstätigkeiten, die regelmäßig oder unregelmäßig etwa am Wochenende und nur stundenweise ausgeübt werden, z.B. als Kellner oder Musiker, gelten als Erwerbstätigkeit.

Die Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten bzw. die Personen, die überwiegend von Angehörigen ernährt werden, die ihrerseits überwiegend von Erwerbstätigkeit leben, können daneben noch Einkommen aus Sozialleistungen oder Vermögen haben. Zur "Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit" rechnen diese Personen aber nur dann, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten oder überwiegend von der Erwerbstätigkeit ihres Ernährers leben (z.B. ein Rentnerehepaar, das überwiegend von der Erwerbstätigkeit des Ehemannes und nicht überwiegend von einer Rente lebt).

**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zur Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit umfassen die >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus) nur die Personen, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch eigene Erwerbstätigkeit bestreiten, unabhängig davon, ob noch weitere Personen überwiegend durch diese Erwerbstätigkeit ernährt werden.

Für die Zuordnung zu den >>> Erwerbstätigen (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus) ist es im Unterschied zur Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt des Ernährers durch Erwerbstätigkeit unerheblich, in welchem Umfang die Erwerbstätigkeit zum Lebensunterhalt dieser Personen beiträgt. So rechnen z.B. erwerbstätige Rentner, auch wenn sie überwiegend von Rente leben, zu den Erwerbstätigen.

## Bevölkerungsstand

### 1. Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Datennachweis: ab 1950

**Begriffsinhalt:**

Zahl der Personen, die zur >>> Bevölkerung gehören, nachgewiesen zu verschiedenen Zeitpunkten.

Die in mehrjährigen Abständen durch Zählungen ermittelte Bevölkerung wird unter Verwendung der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsstatistik laufend fortgeschrieben. Als Zugänge zur Bevölkerung rechnen die >>> Lebendgeborenen und die >>> Zuzüge, als Abgänge die >>> Gestorbenen und die >>> Fortzüge.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Grundlage für die Fortschreibung der Wohnbevölkerung war bis zum 24.9.56 die Volks- und Berufszählung 1950, dann bis zum 5.6.61 die Bestandsaufnahme der Bevölkerung in der Wohnungsstatistik vom 25.9.56 und vom 6.6.61 bis zum 26.5.70 die Volks- und Berufszählung 1961 und vom 27.5.70 bis zum 25.5.1987 die Volks- und Berufszählung 1970. Seit dem 26.5.1987 dient die Volks- und Berufszählung 1987 als Ausgangspunkt. Für das Beitrittsgebiet wird als Ausgangsbasis ein Abzug des Zentralen Einwohnerregisters (ZER) zum 3.10.1990 verwendet. Für das Beitrittsgebiet z.Zt. noch keine Angaben in STATIS-BUND.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 2.

### 2.1 Bevölkerungsvorausschätzung

Datennachweis: 1972 bis 2000

### 2.2 Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen

Datennachweis: 1972 bis 2000

**Begriffsinhalt:**

Wie unter 1., jedoch werden geschätzte Daten über Personen nachgewiesen, die zur >>> Bevölkerung gerechnet werden. (Zu Einzelheiten der Methodik der Bevölkerungsvorausschätzung siehe Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 1, Gebiet und Bevölkerung, Sonderbeitrag Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972 bis 2000 (4. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung) bzw. C. Höhn und W. Linke: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990, Erster und Zweiter Teil, in Wirtschaft und Statistik 12/1975, S. 793-798 und 6/1976, S. 337-340 (5. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung) bzw. Bundestags-Drucksache 8/4437 v. 8.8.80: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland Erster Teil, S. 42-54 und Bundestags-Drucksache 10/863 v. 5.1.84, Zweiter Teil, Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft.)

In der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung werden Bevölkerungsstände jeweils zum Jahresanfang errechnet und nachgewiesen.

In der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung werden für jedes Kalenderjahr Bevölkerungsstände zum 1.1. und zum 31.12. (ohne Wanderungen bzw. einschl. Wanderungen) errechnet und nachgewiesen.

Bei dem Bevölkerungsstand zum 31.12. handelt es sich um eine reine Rechengröße, da für jedes Kalenderjahr die noch nicht gealterte Bevölkerung ohne Berücksichtigung der >>> Lebendgeburten, jedoch unter Berücksichtigung der >>> Sterbefälle und ggf. der Außenwanderung geschätzt wird.

Bei der Errechnung des Bevölkerungsstandes ohne Wanderungen wird die Bundesaußenwanderung vernachlässigt, d.h. es wird unterstellt, daß keine Zuzüge und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes stattfinden. Bei der Errechnung des Bevölkerungsstandes einschl. Wanderungen wird dagegen die Bundesaußenwanderung mit berücksichtigt.

In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden Jahresdurchschnittszahlen nachgewiesen.

In der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie in der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Bevölkerungsstand, >>> Bevölkerung, >>> Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt) beschreiben den gleichen Personenkreis.

Im Unterschied zur Bevölkerung, die für den Stichtag einer Zählung nachgewiesen wird, weist der Bevölkerungsstand die fortgeschriebene Zahl der zur Bevölkerung rechnenden Personen zu verschiedenen Zeitpunkten bzw. für verschiedene Zeiträume nach. Im Rahmen der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung sowie der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden jedoch nur Daten über die deutsche Bevölkerung geschätzt und nachgewiesen.

## **Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt)**

### **Fortschreibung des Bevölkerungsstandes**

Datennachweis: ab 1952

#### **Begriffsinhalt:**

Um die monatlichen Schwankungen bereinigter durchschnittlicher >>> Bevölkerungsstand eines Jahres.

Der Bevölkerungsstand gibt die Zahl der Personen an, die zur >>> Bevölkerung gehören, nachgewiesen zu verschiedenen Zeitpunkten.

Der Bevölkerungsstand im Jahresdurchschnitt insgesamt ist das arithmetische Mittel aus zwölf Monatswerten, die wiederum Durchschnitte aus dem Bevölkerungsstand am Anfang und Ende jeden Monats sind.

Zur Berechnung des durchschnittlichen Bevölkerungsstandes nach Altersjahren und Geschlecht wird ein vereinfachtes Verfahren angewendet: Es werden lediglich die arithmetischen Durchschnittswerte aus dem Bevölkerungsstand jeder Gruppe zum Jahresanfang und -ende gebildet und mit einem Korrekturfaktor multipliziert. Dieser Korrekturfaktor ist der Quotient aus dem durchschnittlichen Bevölkerungsstand insgesamt und der Summe aller vereinfacht berechneten Durchschnittswerte des Bevölkerungsstandes in den einzelnen Altersjahren.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In den Jahren 1961, 1970 und 1987 wurden keine Durchschnittswerte gebildet, sondern die Ergebnisse der jeweiligen Volks- und Berufszählungen ausgewiesen.

Bezüglich der verschiedenen Grundlagen der Berechnung des Bevölkerungsstandes im Jahresdurchschnitt vgl. unter Bevölkerungsstand.

Bis 1953 und von 1956 bis 1960 wurde zur Berechnung des Bevölkerungsstandes im Durchschnitt insgesamt das arithmetische Mittel aus jeweils vier Vierteljahreswerten gebildet; dagegen wurde der Bevölkerungsstand von 1953 bis 1955, von 1962 bis 1969 und wird seit 1971 - wie oben beschrieben - als Durchschnitt aus Monatswerten berechnet.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Bevölkerungsstand (im Jahresdurchschnitt), Bevölkerung, Bevölkerungsstand erfassen begrifflich die gleichen Personenkreise.



# Bezüge des Bundesgebietes

## Statistik des Warenverkehrs mit der ehem. DDR und Berlin (Ost)

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Verbringen von Waren aus der ehem. Deutschen Demokratischen Republik einschließlich Berlin (Ost) in das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West).

Die Bezüge umfassen im wesentlichen alle Waren, die zum Ge- oder Verbrauch, zur Bearbeitung oder Verarbeitung bezogen werden, sowie >>> Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Nicht zu den Bezügen rechnen die Durchfuhr, d.h. die Lieferung von Waren aus dem Ausland durch das Gebiet der ehem. DDR und die Bundesrepublik unmittelbar ins Ausland, der Durchgang, der die Warenlieferungen aus der ehem. DDR durch die Bundesrepublik in das Ausland umfaßt, und Warenlieferungen aus dem Ausland durch das Gebiet der ehem. DDR in die Bundesrepublik, die Teil der >>> Wareneinfuhr sind.

Waren sind alle beweglichen Sachen. In den Ergebnissen sind nicht enthalten: Bezüge von Energie sowie alle Sendungen, für die nach den Verfahrensvorschriften für den Warenverkehr mit der ehem. DDR keine Erklärungen, Genehmigungen oder Begleitscheine zum Verbringen der Waren erforderlich sind. Dies sind u.a. mit der Post oder der Eisenbahn in das Bundesgebiet verbrachte Briefe, Päckchen, Pakete und Expressgutsendungen sowie Wertpakete mit einer Wertangabe bis zu 500 DM soweit alle diese vorgenannten Sendungen bestimmte Gewichtsgrenzen nicht überschreiten und keine zum Handel bestimmte Waren enthalten.

Die Warenwerte beziehen sich im allgemeinen auf Rechnungswerte. Bei den Bezügen nach Veredelung ist der volle Warenwert einschließlich Veredelungskosten angesetzt.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1969 wurden die Rückwaren und Ersatzlieferungen nicht erfaßt.

### Begriffsbeziehungen:

Die Bezüge des Bundesgebietes sind kein Bestandteil der Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik). In die >>> Einfuhr (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sind die Bezüge des Bundesgebietes dagegen einbezogen.

## Bezugsperson

### 1. Volks- und Berufszählung 1987

### 2. Gebäude- und Wohnungszählung 1987

### 3. Mikrozensus

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Hierbei handelt es sich um die Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt. Bei der Bestimmung der Bezugsperson wird davon ausgegangen, daß die überwiegend zum Unterhalt eines Haushalts beitragende Person in der Regel auch diejenige ist, die den sozialen Status und die Lebensverhältnisse des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder bestimmt und daher sich als Bezugsperson für die sozioökonomische Zuordnung des Haushalts eignet. Diese Definition der Bezugsperson, die den bei früheren Volkszählungen sowie Gebäude- und Wohnungszählungen üblichen Begriff des Haushaltvorstandes ersetzt, ist international üblich.

Die überwiegend zum Lebensunterhalt des Haushalts beitragende Person wurde insbesondere aufgrund der Angaben über Alter, Geschlecht, Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts, Erwerbsbeteiligung, Vollzeit-/Teilzeiterwerbstätigkeit und Stellung im Beruf bestimmt.

# Bier

## Verbrauchssteuerstatistiken

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Getränk, das durch Anstellen einer Würze gebraut wird. Beim Bier unterscheidet man entsprechend den zur Vergärung eingesetzten Hefen zwei Bierarten: Obergärige und untergärige Biere. Letztere dürfen nur aus Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser bestehen; beim obergärigen Bier sind außerdem noch anderes Malz, technisch reiner Rohr-, Rüben- oder Invertzucker sowie Stärkezucker und Farbstoffe zulässig.

Nach dem Stammwürzegehalt werden die Biergattungen Einfachbier, Schankbier, Vollbier und Starkbier unterschieden. Zu weiteren Einzelheiten siehe Biersteuergesetz.

# Biersteuer

## 1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

## 2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Verbrauchssteuer, der >>> Bier unterliegt, das im Geltungsbereich des Biersteuergesetzes mit Ausnahme der Zollausschlüsse und Zollfreigebiete hergestellt oder in das Erhebungsgebiet eingeführt wird.

Der Biersteuer unterliegen ferner Getränke, die als Ersatz für Bier in den Handel gebracht oder genossen zu werden pflegen (bierähnliche Getränke).

Bier, das von Brauereien an ihre Angestellten und Arbeiter als Hastrunk abgegeben wird, ist von der Biersteuer befreit; ebenso Bier, das ausgeführt oder an ausländische Streitkräfte geliefert wird.

Die Biersteuerschuld entsteht, wenn das Bier aus der Brauerei entfernt oder innerhalb der Brauerei getrunken wird.

Die Versteuerung von Bier erfolgt nach Staffelsätzen, die von der im Jahr erzeugten Biermenge und der Biergattung abhängig sind. Letztere wird nach dem Stammwürzegehalt unterschieden: Einfachbier ist Bier mit einem Stammwürzegehalt bis 5,5%, Schankbier von mehr als 5,5% bis 8%, Vollbier von mehr als 8% bis 14% und Starkbier von mehr als 14%. Die auf Vollbier bezogenen Staffelsätze schwanken zwischen 12 DM/hl bei einem Jahresausstoß bis 2 000 hl und 15 DM/hl bei einem Jahresausstoß über 120 000 hl. Die Steuersätze ermäßigen sich für Schankbier um ein Viertel und für Einfachbier um die Hälfte. Sie erhöhen sich für Starkbier um die Hälfte. Ein um 40 v.H. ermäßigter Steuertarif gilt für Hausbrauer, die je nach Größe ihres landwirtschaftlichen Betriebes nicht mehr als 10 hl bzw. 15 hl im Jahr für den Eigenbedarf herstellen. Zu weiteren Einzelheiten siehe Biersteuergesetz.

Die Biersteuer ist bis zum 20. des auf die Entstehung der Steuerschuld folgenden Monats zu entrichten, so daß das Biersteueraufkommen dem Bierausstoß mit einmonatiger Verzögerung folgt.

Bei der Biersteuer handelt es sich um eine >>> Landessteuer, die von Bundesfinanzbehörden (Zollverwaltung) verwaltet wird.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. Mai 1968 war die Biersteuer bis zum 15. Tage des zweiten Monats nach Entstehung der Steuerschuld zu entrichten. Ein Zahlungsaufschub war unzulässig. Das Biersteueraufkommen folgte somit dem Bierausstoß mit zweimonatiger Verzögerung. Ab 1.4.1978 wurden die Steuersätze für eingeführtes Bier denen im Inland angepaßt.

# Börsenumsatzsteuer

## Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

>>> Bundessteuer, die Wertpapierumsätze ohne Rücksicht auf die Person der Beteiligten erfaßt (vgl. Kapitalverkehrsteuergesetz).

Die Börsenumsatzsteuer gehört mit der >>> Gesellschaftsteuer zu den Kapitalverkehrsteuern. Gegenstand der Besteuerung ist der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über inländische oder ausländische Wertpapiere (Schuldverschreibungen, Dividendenwerte und Anteilscheine an Kapitalanlagegesellschaften).

Berechnet wird die Börsenumsatzsteuer regelmäßig von dem bei Geschäftsabschluß vereinbarten Preis. Fehlt es an einer Preisvereinbarung, ist der mittlere Börsen- oder Marktpreis, hilfsweise der Wert des Wertpapiers, Besteuerungsgrundlage.

Die Steuer beträgt bei bestimmten >>> Schuldverschreibungen, z.B. solche inländischer Gebietskörperschaften, bestimmter Kreditinstitute und gemeinnütziger Wohnungsunternehmen 1 v.T., bei Geschäften über Anteilscheine an Kapitalanlagegesellschaften 2 v.T. und bei Geschäften über andere Schuldverschreibungen und über Dividendenwerte 2,5 v.T. Händlergeschäfte (mit Ausnahme der Geschäfte über Anteile an Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und Neuemissionen (Geschäfte, die die Zuteilung von Wertpapieren an den ersten Erwerber zum Gegenstand haben) sind u.a. von der Besteuerung ausgenommen.

Die Börsenumsatzsteuer wird, falls an einem Anschaffungsgeschäft ein Händler beteiligt ist, von diesem im Abrechnungsverfahren an das Finanzamt (Kapitalverkehrsteueramt) abgeführt. Händler sind insbesondere die Kreditinstitute. Ist kein Händler beteiligt, muß die Steuer durch Verwendung von Börsenumsatzsteuermarken entrichtet werden. Bei Geschäften über GmbH-Anteile wird die Börsenumsatzsteuer durch Steuerbescheid festgesetzt.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis zur Finanzreform 1969 stand das Aufkommen aus der Börsenumsatzsteuer den Ländern zu.

Zur Beseitigung der Wettbewerbsnachteile der deutschen Finanzmärkte wurde die Börsenumsatzsteuer zum 1. Januar 1991 abgeschafft.

# Branntweinabgaben

## 1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

## 2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Zum Aufkommen gehören die Branntweinsteuer (für den von der Monopolverwaltung übernommenen Branntwein), der Branntweinaufschlag (für den nicht übernommenen Branntwein) und der Monopolausgleich (für eingeführten Branntwein). Zu Einzelheiten siehe Gesetz über das Branntweinmonopol und Verbrauchsteueränderungsgesetz.

Die Steuersätze betragen - je nach Verwendungszweck - zwischen 0 und 2 550 DM/hl Alkohol; sie gelten entsprechend für den Branntweinaufschlag und den Monopolausgleich. Branntweinaufschlag und Monopolausgleich (siehe auch unter Änderungen im Zeitablauf) vermindern sich unter den in § 79 Abs. 2 bzw. § 151 Abs. 1 Satz 3 des Branntweinmonopolgesetzes näher bezeichneten Voraussetzungen (u.a. Erzeugungsgrenze). Der höchste Steuersatz gilt für Trinkbranntweine; ermäßigte Sätze gelten für unvergällten Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln und zur Verwendung zu medizinischen Zwecken durch Ärzte und Krankenhäuser (1 200 DM/hl A) bzw. für vergällten Alkohol zur Herstellung von Heilmitteln und Kosmetika (600 DM/hl A). Denselben Steuersatz (600 DM/hl A) unterliegen auch die Alkoholarten Propanol-1 und Propanol-2 sowie Methanol, wenn sie zu Riech- und Schön-

heitsmitteln verarbeitet werden. Alkohol zur Herstellung von Branntweinerzeugnissen, die ausgeführt werden, zur Herstellung von Treibstoff, zu Putz-, Heizungs-, Koch- und Beleuchtungszwecken oder zu besonderen gewerblichen Zwecken sowie zur Herstellung von Speiseessig ist steuerfrei.

Die Branntweinsteuer wird vom Bezieher des Branntweins im Kaufgeld an die Bundesmonopolverwaltung gezahlt, die den Steueranteil an die Bundeskasse abführt. Der Branntweinaufschlag ist für den unter Abfindung hergestellten Branntwein (Abfindungsbrennereien) binnen einer Woche nach Schluß des Monats, in dem der Branntwein hergestellt worden ist, zu entrichten, sonst (Verschlußbrennereien) binnen einer Woche nach Bekanntgabe des Betrags an den Schuldner. Der Monopolausgleich wird bei der Einfuhr von Branntwein erhoben; für seine Entrichtung gelten die Vorschriften des Zollgesetzes sinngemäß.

Die Zahlung der Branntweinabgaben, die beim Übertritt des Branntweins in den freien Verkehr fällig werden, wird gegen Sicherheitsleistung bis zum 15. des dritten auf die Fälligkeit folgenden Monats aufgeschoben. Bei den im Oktober fällig werdenden Zahlungen wird die Schuld bis zum 27.12. aufgeschoben. Bei Direktverkäufen der Bundesmonopolverwaltung greift die Stundung (statt des Aufschubs) mit gleicher wirtschaftlicher Wirkung ein.

Die Branntweinabgaben (bis April 1977: Einnahmen aus dem Branntweinmonopol) rechnen zu den  
>>> Bundessteuern.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Der Steuersatz für den von der Monopolverwaltung bezogenen Branntwein wurde seit 1949 mehrfach erhöht. Der Satz für Trinkbranntwein betrug bis zum 31.12.1965 für das Bundesgebiet ohne Berlin (West): 1 000 DM/hl Alkohol, für Berlin (West): 250 DM/hl A; von 1966 bis 1971 (für das gesamte Bundesgebiet): 1 200 DM/hl A, von 1972 bis 17.3.1976: 1 500 DM/hl A, vom 18.3.1976 bis 31.12.1976: 1 650 DM/hl A, vom 1.1.1977 bis 31.3.1981: 1 950 DM/hl A, vom 1.4.1981 bis 31.3.1982: 2 250 DM/hl A und ab 1.4.1982: 2 550 DM/hl A.

Aufgrund der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs vom 3. und 17. Februar 1976, wonach u.a. Einfuhrverbote für Alkohol aus EG-Mitgliedstaaten vertragswidrig sind, und eine Diskriminierung eingeführter Spirituosen vorliegt, wenn sie einer einheitlichen Steuer (Monopolausgleich) unterworfen, vergleichbare inländische Erzeugnisse aber nach gestaffelten Sätzen (Branntweinaufschlag) besteuert werden, erfolgte ab 18.3.1976 eine Erhöhung der Branntweinsteuer auf 1 650 DM/hl A und damit gleichzeitig eine Festlegung eines einheitlichen Steuersatzes für in- und ausländischen Alkohol. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Branntweinaufschlag und der Monopolausgleich (dieser seit 1.4.1966 auch für aufgespritzte Weine) in veränderlicher Höhe erhoben; sie entsprachen etwa der Belastung des von der Monopolverwaltung bezogenen Trinkbranntweins.

Als Folge des Wegfalls des Einfuhrverbotes wurde kein Reingewinn mehr erzielt. Zum 1.1.1977 wurde die Branntweinsteuer auf 1 950 DM/hl Alkohol erhöht. Ab 1.4.1967 konnte die Zahlung der Branntweinabgaben auf den fünften, ab 1.7.1973 auf den dritten des auf den Übergang in den freien Verkehr folgenden Monats (jeweils mit Übergangsregelung) aufgeschoben werden.

Durch Artikel 2 des Gesetzes zur Abschaffung der Spielkarten-, Zündwaren- und Essigsäuresteuer ist der Steuersatz von Speiseessig mit Wirkung vom 1.1.1981 auf 0 DM (früher 50DM/hl A) gesenkt worden.

Durch Artikel 2 des Mineralöl- und Branntweinsteuer-Änderungsgesetzes 1981 vom 20.3.1981 (BGBl. I S. 301) sind der Propanol- und Methanol-Alkohol mit Wirkung vom 1.4.1981 der Steuerpflicht unterworfen worden, wenn sie zu kosmetischen Erzeugnissen verwendet werden, Steuersatz: 600 DM/hl A. Der Branntweinsteuer wurde ebenfalls unterworfen "Likörwein und dem Weine ähnliche Getränke mit einem Alkoholgehalt von 14% Volumen und weinhaltige Getränke mit über 10,5% Volumen". Ab 1981 können Zahlungen der im Oktober fälligen Abgaben nur bis zum 27. Dezember aufgeschoben werden.

## **Branntwein zu Trinkzwecken**

### **Verbrauchssteuerstatistiken**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Durch Gärung oder Destillation gewonnener Äthylalkohol, der zu Trinkzwecken verwendet wird.

Als Ausgangsstoffe dienen Getreide, Kartoffeln, Obst, Wein und Melasse.

# Brücken im Straßenbau

## Preisindizes für Bauwerke

Datennachweis: ab 1958

### Begriffsinhalt:

Überführungen einer Straße oder eines Weges über einen anderen Verkehrsweg, über ein Gewässer oder eine Erdmulde mit einer lichten Weite zwischen den beiden Widerlagern von zwei Metern und mehr.

Hierzu rechnen u.a. Stützpfeiler, Widerlager, die Tragekonstruktion, der Unterbau (Fundament) und die Brückendecke.

Einbezogen werden Brücken mit einer Tragekonstruktion (Überbau) in

- Spannbeton
- Stahlbeton
- Stahl
- Stahlverbundbauweise.

# Bruttoanlagevermögen

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Bestände an Anlagegütern, die nach dem Bruttokonzept berechnet sind.

Die Anlagegüter werden dabei vom Zeitpunkt ihrer Anschaffung bis zu ihrem effektiven Ausscheiden aus dem Bestand (>>> Abgänge vom Anlagevermögen) mit ihrem Neuwert nachgewiesen (im Gegensatz zum Nettokonzept, bei dem die Güter während der gesamten Nutzungsdauer laufend abgeschrieben werden, also im Bestand jeweils mit ihrem Zeitwert enthalten sind).

Das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen wird auch als "Kapitalstock" bezeichnet.

# Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

## 1. Jahreserhebung (Kostenstrukturserhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes

Datennachweis: ab 1975

## 2. Jahreserhebung (Kostenstrukturserhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes

Datennachweis: ab 1975; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### Begriffsinhalt:

Zusammenfassung der >>> Bruttolohn- und -gehaltsumme, der gesetzlich vorgeschriebenen >>> Sozialkosten und der sonstigen Sozialkosten.

Die Bruttolohn- und -gehaltsumme ist die Summe der lohnsteuerpflichtigen Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der >>> Arbeiter, >>> Angestellten sowie der >>> kaufmännischen, technischen und gewerblichen Auszubildenden ohne u.a. die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Zur Bruttogehalt- und -lohnsumme gehören z.B. die an Beschäftigte in eigenen Sozialeinrichtungen (z.B. Werksarzt) gezahlten Beträge, die Beträge, die an andere Unternehmen für die entgeltliche Überlassung von Arbeitskräften gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (Leiharbeitnehmer) gezahlt werden, Bezüge von Gesell-

schaftern, Vorstandsmitgliedern und anderen leitenden Kräften, soweit sie steuerlich als >>> Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit anzusehen sind.

In die Bruttolohn- und -gehaltsumme einbezogen sind sämtliche Zuschläge (z.B. für Akkord-, Band-, Montage-, Schicht- und Sonntagsarbeit sowie Leistungs-, Schmutz- und Lästigkeitszulagen), Vergütungen für Feiertage, Urlaub, Arbeitsausfälle u.dgl., soweit sie ohne Erstattung getragen werden, Gehalt- und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einschl. Zuschüsse zum Krankengeld, Gratifikationen, zusätzliche Monatsgehälter, Gewinnbeteiligungen, Urlaubsbeihilfen und sonstige einmalige Gehalt- und Lohnzahlungen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Mietbeihilfen und Wohnungszuschüsse, tarif- oder einzelvertraglich vereinbarte Kindergelder und sonstige Familienzuschläge sowie Erziehungsbeihilfen, Essengeld, Wegezeitentschädigungen, Fahrtkostenersatz und -zuschüsse für Fahrten von und zur Arbeitsstätte, sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wurde, Auslösungen, sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wurde, Leistungen des Arbeitgebers im Sinne von § 2 des Dritten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer, an Angestellte gezahlte Provisionen und Tantiemen.

Im >>> Bauhauptgewerbe gehören zur Bruttolohn- und -gehaltsumme auch die Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

Der kalkulatorische Unternehmerlohn ist stets nicht einbezogen.

Zu den gesetzlich vorgeschriebenen Sozialkosten zählen die Arbeitgeberanteile zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie Winterbauumlage, Berufsgenossenschaftsbeiträge, Aufwendungen und Zuschüsse zur Betriebskrankenkasse nach der RVO, gesetzlich vorgeschriebene Beiträge zur Krankenversicherung nichtversicherungspflichtiger Angestellter.

Zu den sonstigen Sozialkosten rechnen insbesondere direkte Zuwendungen an die Arbeitnehmer oder deren Familienangehörige bei besonderen Anlässen, wie z.B. Weihnachtsgeschenke, Jubiläumsgelder, Treueprämien, Zuwendungen aus Anlaß von Familienereignissen, Baraufwendungen anlässlich von Betriebsfeiern, Belegschaftsausflügen usw., Beihilfen und Zuschüsse im Krankheitsfalle, zu Erholungs- und Kuraufenthalten und für sonstige Zwecke, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung), wie unmittelbare Versorgungszahlungen an frühere Arbeitnehmer oder deren Hinterbliebene, sofern sie nicht aus Pensionsrückstellungen geleistet werden, Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen im Sinne von § 6a Einkommensteuergesetz, Zuwendungen an Pensions- und Unterstützungskassen, einmalige oder laufende Beiträge zu für die betriebliche Altersversorgung abgeschlossenen Lebensversicherungen (Direktversicherungen), unmittelbare Zahlungen an Bezieher von Vorruhestandsgeld, sofern sie nicht aus Rückstellungen für Vorruhestandsleistungen getätigt werden, sowie Rückstellungen für Vorruhestandsleistungen, anstelle von laufenden Versorgungsleistungen gewährte Kapitalabfindungen, Beiträge an den Träger der Insolvenzversicherung gegen die Nichterfüllung von Versorgungsansprüchen, Beiträge oder Beitragsteile zu Weiter-, Über- bzw. Zusatzversicherungen und an private

Krankenkassen, soweit die Leistung den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag übersteigt, Beiträge zur Ausbildung und Fortbildung (Zahlung von Handelsschulgeld, Umlagebeiträge für Berufs- und Fachschulen), Geldzuweisungen für Lehrlingsheime, Kantinen sowie für den Gesundheitsdienst, die Betriebsfürsorge u.dgl. Hierzu gehören nicht Kosten, die im Rahmen von betrieblichen Sozialeinrichtungen (wie Gesundheitsdienst, Betriebsfürsorge u. dgl.) für Gehälter und Löhne, Material usw. entstanden sind sowie Kosten, die als Spesenersatz anzusehen sind.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1984 waren die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes und die Winterbauumlage in die Bruttolohn- und Gehaltsumme einbezogen.

### **3. Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Haushalt und Monat umfassen die empfangenen Bruttolöhne und -gehälter einschließlich aller Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit; enthalten sind auch >>> einmalige Zahlungen des Arbeitgebers, >>> Überstundenentgelt und die >>> vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers.

Zu den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern aus hauptberuflicher Tätigkeit rechnen auch alle Zulagen und Zuschüsse, die dem Arbeitnehmer laufend vom Arbeitgeber gezahlt werden, vor Abzug der >>> Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und an Pensionskassen sowie vor Abzug der Lohn- und Kirchensteuer. Einbezogen sind daher z.B. auch Familienzuschläge, Wohnungsgeld, Tantiemen, Bergmannsprämien, Lohnausgleichszahlungen im Baugewerbe (nicht aber Schlechtwettergeld), Lohn- und Gehaltsfortzahlung durch

den Arbeitgeber im Krankheitsfall, Essensgeldzuschüsse, Lohn- und Gehaltsnachzahlungen, Abfindungen beim Ausscheiden aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis sowie Zuschüsse des Arbeitgebers zur befreienden Lebensversicherung, soweit diese den gesetzlichen Arbeitnehmeranteil zur Rentenversicherung übersteigen. Zum Einkommen zählen auch Sachleistungen des Arbeitgebers, wie Deputate, freie Kost und Wohnung.

Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit sind z.B. Vergütungen für nebenberufliche Hausmeistertätigkeit, Provisionen aus unselbständiger Vertretertätigkeit, Verdienste aus der Tätigkeit als Aushilfskellner, Stundenbuchhalter, Organist usw.

Zum Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit der Kinder (sofern im jeweiligen Haushalt vorhanden) rechnen ggf. auch >>> Erziehungsbeihilfen, die Arbeitgeber für >>> Auszubildende zahlen.

Nicht erfaßt werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Ferner sind nicht enthalten Zahlungen von Krankengeld, Arbeitslosengeld, Werksrenten, Beihilfen, Reisekostenerstattung, Tagegelder, Trennungsentschädigungen, Ersatz von Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sowie Vergütungen für gelegentliche bzw. geringfügige Tätigkeiten, die nicht als abhängige, sondern als selbständige Arbeit ausgeführt werden (z.B. bei Vorliegen eines Werkvertrages).

## **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit**

### **Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit je Haushalt und Monat handelt es sich bei den hier erfaßten Haushalten im wesentlichen um Einnahmen aus selbständiger Arbeit.

Zu diesen Einnahmen rechnen solche aus freiberuflicher, wissenschaftlicher, künstlerischer, schriftstellerischer, unterrichtender oder erzieherischer Tätigkeit, soweit es sich nicht um Verdienste aus einem Arbeits-(Dienst-) Verhältnis handelt. Einbezogen sind auch Einnahmen von nicht selbständigen Personen aus selbständiger Arbeit als Testamentsvollstrecker, Vermögensverwalter, Aufsichtsratsmitglied u.ä.

Einbezogen sind auch Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen und Gewerbebetrieben.

Enthalten sind auch Entgelte für die Führung der Haushaltsbücher, für gelegentliche Näh-, Reinigungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie andere gelegentliche Tätigkeiten, die nicht als abhängige Arbeit, sondern z.B. im Rahmen eines Werkvertrages ausgeführt werden, ferner auch Trinkgelder für Gefälligkeitsleistungen.

## **Bruttoeinkommen aus Vermögen**

### **Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Bruttoeinkommen aus Vermögen je Haushalt und Monat zählen empfangene Zinsen, Dividenden u.ä. sowie die Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung (ohne Untervermietung), einschließlich einer unterstellten Nettomiete für Eigentümerwohnungen.

Einbezogen sind ausgezahlte oder gutgeschriebene Zinsen für Spar- und sonstige Guthaben bei Kreditinstituten, für Einlagen bei Bausparkassen, für festverzinsliche Wertpapiere wie Kommunal- und Industrieobligationen, Pfandbriefe und Anleihen des Staates, auch Zinsen für gewährte Hypotheken, Darlehen u.ä., ausgezahlte oder gutgeschriebene Dividenden auf Aktien, Kuxe u.ä., ferner sonstige Einnahmen aus Beteiligungen u.ä., wie ausgezahlte oder gutgeschriebene Ausschüttungen auf Investmentzertifikate, Genossenschaftsanteile usw.

Nicht enthalten sind Einnahmen aus dem Verkauf von Bezugsrechten.

Die Nettoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung errechnen sich als Bruttoeinnahmen aus Vermietung und Verpachtung (ohne Untervermietung), abzüglich der Aufwendungen für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden. Ist der Haushalt Eigentümer der von ihm bewohnten Wohnung (Eigentumswohnung, Einfamilienhaus

oder Wohnung in einem eigenen Mehrfamilienhaus), wird ein unterstellter Mietwert angesetzt. Die unterstellte Miete entspricht der Miete einer vergleichbaren Mietwohnung; auch in diesem Fall werden Aufwendungen für die Unterhaltung der Wohnung, für Schönheitsreparaturen usw. abgesetzt.

Die Einnahmen aus Untervermietung rechnen nicht hierzu, sondern zu den >>> Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung.

## **Bruttogehaltssumme**

Alle folgenden Statistiken

### **Begriffsinhalt:**

Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der >>> Angestellten (und ggf. der >>> Beamten) sowie der >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden (und ggf. der Verwaltungsauszubildenden) einschl. der Arbeitnehmeranteile, jedoch ohne die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

In die Bruttogehaltssumme einbezogen sind u.a. sämtliche Zuschläge (z.B. für Mehrarbeit, Leistungszulagen), Vergütungen für Urlaub und Feiertage, Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, Gratifikationen, Provisionen und Tantiemen, Gewinnbeteiligungen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Mietbeihilfen und Wohnungszuschüsse, tarifrechtlich oder vertraglich vereinbartes Kindergeld oder Familienzuschläge, Essensgeld, Fahrtkostenersatz und -zuschüsse (sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird), Auslösungen (sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird), vermögenswirksame Leistungen, an Beschäftigte in eigenen Sozialeinrichtungen (z.B. Werksarzt) gezahlte Beträge sowie an andere Unternehmen für die entgeltliche Überlassung von Arbeitskräften gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (Leiharbeitnehmern) gezahlte Beträge. Außerdem werden zur Bruttogehaltssumme die Bezüge von Gesellschafter-Geschäftsführern, Vorstandsmitgliedern und anderen leitenden Angestellten gerechnet, soweit die Bezüge steuerlich als Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind.

Nicht einbezogen werden u.a. der kalkulatorische Unternehmerlohn, allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z.B. Trennungsentschädigungen, Reise- und Umzugskosten), Zahlungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (z.B. Pensionsrückstellungen, gezahlte Ruhegelder und Betriebspensionen) und Vergütungen für mit Montage- und Reparaturarbeiten Beauftragte anderer Unternehmen.

Die Zuordnung von Personen zu den Angestellten erfolgt in den einzelnen Statistiken unterschiedlich. Entweder ist die Art der ausgeübten Tätigkeit oder die Beitragspflicht in der Rentenversicherung der Angestellten maßgebend.

### **1.1 Monatlicher Baubericht**

Datennachweis: 1950 bis 1977

### **1.2 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991/92

### **1.3 Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

### **Begriffsinhalt:**

In die Bruttogehaltssumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes (Lohnausgleichs-, Urlaubs- und Zusatzversorgungskasse).

Nicht einbezogen sind Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurückerstattet werden (z.B. Kurzarbeitergeld).

Für die Zuordnung von Personen zu den Angestellten ist die Art der ausgeübten Tätigkeit (Tätigkeitsmerkmal) maßgebend. Deshalb rechnen die Entgelte der Poliere, Schachtmeister und Meister grundsätzlich zur Bruttolohnsumme und nicht zur Bruttogehaltssumme.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966 und die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes ab 1976 im Monatsbericht im Ausbaugewerbe bis 1985, in der Bruttogehaltssumme enthalten.



**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

**2. Handwerkszählung 1977**

Datennachweis: 1977

**Begriffsinhalt:**

In die Bruttogehaltssumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes (Lohnausgleichs-, Urlaubs- und Zusatzversorgungskasse).

Nicht einbezogen sind Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurück-erstattet wurden (z.B. Kurzarbeitergeld).

Zur Bruttogehaltssumme zählen die Bezüge der >>> Angestellten (ohne Auszubildende), einschl. >>> Betriebsleiter im Arbeitnehmerverhältnis und der >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden.

Im Baugewerbe rechnen die Entgelte der Poliere, Schachtmeister und Meister grundsätzlich zur >>> Bruttolohnsumme und nicht zur Bruttogehaltssumme, da diese Personen zu den >>> Facharbeitern gezählt werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

**3.1 Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1977

**3.2 Jahrerhebung bei Unternehmen, Investitionerhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

**3.3 Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**3.4 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Bei den Angestellten ist für ihre Zuordnung zur Gruppe der >>> Angestellten und Beamten (bzw. zur Gruppe der >>> Angestellten, >>> Beamten, >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden) die Beitragspflicht zur bzw. Mitgliedschaft in der Angestelltenrentenversicherung maßgebend. Zur Bruttogehaltssumme rechnen hier - neben den Entgelten der Angestellten und der kaufmännischen und technischen Auszubildenden - auch die Bruttobezüge der Beamten und Verwaltungsauszubildenden.

Nicht zur Bruttogehaltssumme zählen Entgelte der Arbeitskräfte, die in keinem festen Gehaltsverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Schriftführer, Kassierer), ebenso der Beschäftigten von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Sind Angestellte, Beamte und Auszubildende in Angestelltenberufen in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig, wird die Bruttogehaltssumme anteilmäßig auf diese aufgegliedert.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die vermögenswirksamen Leistungen sind erst seit 1966 in der Bruttogehaltssumme enthalten.

### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Bruttogehaltssumme sowie >>> Gehaltssumme (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bezeichnen annähernd gleiche Tatbestände. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den Angestellten bei der Ermittlung der Gehaltssumme die Beitragspflicht zur Angestelltenrentenversicherung maßgebend ist und nicht - wie bei der Ermittlung der Bruttogehaltssumme in den Statistiken des Baugewerbes und in der Handwerkszählung 1977 - auch die Art der ausgeübten Tätigkeit. Außerdem ist zu beachten, daß die Bruttogehaltssumme in den Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung auch die Bruttogehälter der Beamten und Verwaltungsauszubildenden umfaßt.

Die entsprechende Summe der Bruttobezüge der Arbeiter einschl. der gewerblichen Auszubildenden wird je nach Statistik als >>> Bruttolohnsumme (Statistiken im Baugewerbe, im Handwerk und in der Energie- und Wasserversorgung) oder als >>> Lohnsumme (Statistiken im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe bzw. in der Industrie) bezeichnet. Besonderheiten ergeben sich insofern, als in den Statistiken im Baugewerbe und im Handwerk auch die Gehälter der in der >>> Rentenversicherung der Angestellten versicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister in der Bruttolohn- und nicht in der Bruttogehaltssumme enthalten sind.

Die Zusammenfassungen der Bruttolohnsumme und Bruttogehaltssumme bzw. der Lohnsumme und Gehaltssumme entsprechen jeweils weitgehend dem Begriff >>> Bruttolohn- und -gehaltssumme (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)).

## **Bruttoinlandsprodukt**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

### **Begriffsinhalt:**

Zusammenfassendes Maß für den Wert der wirtschaftlichen Leistung, die aus der Produktionstätigkeit im Inland in der Berichtsperiode resultiert.

In gütermäßiger Sicht entspricht das Bruttoinlandsprodukt dem Geldwert aller in der Berichtsperiode im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen nach Abzug des Wertes der im Produktionsprozeß als >>> Vorleistungen verbrauchten Güter. Es wird - ausgehend von der (bereinigten) >>> Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche - durch Addition der >>> nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer und der >>> Einfuhrabgaben ermittelt.

Das Bruttoinlandsprodukt ist gleich der Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die in der Berichtsperiode im Zuge der Produktion im Inland entstanden sind, zuzüglich der >>> Abschreibungen und der (um die >>> Subventionen verminderten) >>> indirekten Steuern.

Das Bruttoinlandsprodukt kann sowohl nach dem Marktpreis- als auch nach dem Faktorkostenkonzept ermittelt und dargestellt werden, wobei die Werte zu Faktorkosten rechnerisch durch Abzug der indirekten Steuern und Hinzufügen der Subventionen aus den Werten zu Marktpreisen abzuleiten sind. Wird der Begriff

"Bruttoinlandsprodukt" ohne Zusatz verwendet, so ist es zu Marktpreisen bewertet.

Ferner kann das Inlandsprodukt auch "netto" nachgewiesen werden; in diesem Fall ist die infolge von Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten im Produktionsprozeß einer Berichtsperiode am eingesetzten Anlagevermögen eingetretene Wertminderung in Form von Abschreibungen abgesetzt (Nettoinlandsprodukt).

Vom >>> Bruttosozialprodukt unterscheidet sich das Bruttoinlandsprodukt dadurch, daß es die im Inland entstandene wirtschaftliche Leistung mißt, unabhängig davon, in welchem Umfang inländische oder ausländische Wirtschaftseinheiten dazu beigetragen haben (Inlandskonzept), wogegen das Bruttosozialprodukt als Maßstab für die von Inländern erbrachte wirtschaftliche Leistung dient, wobei es unerheblich ist, ob diese Leistung im Inland oder in der übrigen Welt erfolgt ist (Inländerkonzept). Rechnerisch besteht die Differenz zwischen Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt aus dem Saldo der >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der bzw. an die übrige Welt.

Zur Beobachtung der mengenmäßigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts werden nach dem Marktpreiskonzept auch vergleichbare Zeitreihen in konstanten Preisen (durch Bewertung mit den Preisen eines Jahres, Preisbasisjahr z.Z. 1980) berechnet. Das in konstanten Preisen ausgedrückte Bruttoinlandsprodukt wird auch als "reales" Bruttoinlandsprodukt bezeichnet (im Gegensatz zu der entsprechenden "nominellen", d.h. zu Preisen der Berichtsperiode ausgedrückten Größe).

Beim Preisindex für das Bruttoinlandsprodukt handelt es sich um einen Index mit jährlich wechselnder Gewichtung (Paasche-Formel), der die Verteuerung der wirtschaftlichen Leistung des Berichtsjahres gegenüber dem Basisjahr 1980 mißt. Ein Vergleich der Preisentwicklung mit dem unmittelbar vorangehenden Zeitraum ist nur mit Einschränkungen möglich, da der Indexabstand u.a. durch Änderungen in der Gewichtung beeinflusst werden kann.

#### **Begriffsbeziehungen:**

1. Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (unbereinigt)
  - Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
  - = Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (bereinigt)
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Bruttoinlandsprodukt
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Bruttosozialprodukt
  - Abschreibungen
  - = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
  
  - Indirekte Steuern
  - + Subventionen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - = Volkseinkommen
2. Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
  - + Indirekte Steuern
  - Subventionen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen
  - + Abschreibungen
  - = Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)

## **Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen**

#### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Gesamtwirtschaftliche Leistung im Inland in konstanten Preisen bezogen auf die Zahl der im Inland >>> Erwerbstätigen.

Die Darstellung dieser Größe in Form von Meßzahlen wird vielfach als Maßstab für die Entwicklung der "Produktivität" in der Volkswirtschaft verwendet; sie ist jedoch nicht unproblematisch und kann nur als grobes Orientierungsmittel dienen. Es ist zu beachten, daß bei dieser Berechnung der gesamte "reale" Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird, obgleich das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren (also auch des Kapitals und der unternehmerischen Leistung) entsteht. Außerdem ist die Zahl der Erwerbstätigen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige und beschäftigte Arbeitnehmer bei inländischen Institutionen) nur ein sehr grober Maßstab für die aufgewendete Arbeit.

## **Bruttoinvestitionen**

#### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Summe aus (Brutto-) >>> Anlageinvestitionen und >>> Vorratsveränderung.

Die Anlageinvestitionen stellen "Bruttoanlageinvestitionen" in dem Sinne dar, daß >>> Abschreibungen nicht abgesetzt sind. Für die Anlageinvestitionen nach Abzug der Abschreibungen, wie sie der Darstellung der Vermögensbildung zugrunde liegen, wird die Bezeichnung "Nettoanlageinvestitionen" verwendet. Die Summe aus Nettoanlageinvestitionen und Vorratsveränderung wird als >>> Nettoinvestitionen bezeichnet.

**Begriffsbeziehungen:**

- Ausrüstungsinvestitionen
- + Bauinvestitionen
- = (Brutto-)Anlageinvestitionen
- + Vorratsveränderung
- = Bruttoinvestitionen
- Abschreibungen
- = Nettoinvestitionen

## Bruttolohn

**Lohnsteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

**Begriffsinhalt:**

Summe der auf der Lohnsteuerkarte vom Arbeitgeber eingetragenen Lohnbeträge vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben.

Zum Bruttolohn gehören alle einmaligen und laufenden Einnahmen, die einem >>> Arbeitnehmer aus einem gegenwärtigen oder einem früheren Dienstverhältnis zufließen; dabei gelten als Einnahmen alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen, also auch Sachbezüge (z.B. Kost und Logis) und andere geldwerte Vorteile (z.B. private Benutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs). Es ist hierbei gleichgültig, ob ein Rechtsanspruch auf diese Einnahmen besteht und unter welcher Bezeichnung oder Form sie gewährt werden.

Zum Arbeitslohn gehören z.B. Löhne, Gehälter, Provisionen, Gratifikationen und Tantiemen. Zu den Einnahmen aus früheren Dienstverhältnissen rechnen vor allem Pensionen, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder.

Die vermögenswirksamen Leistungen sind ebenfalls in den Bruttoarbeitslohn einbezogen.

Nicht zum Bruttolohn gehören alle durch steuerrechtliche Vorschriften von der >>> Lohnsteuer befreiten Einnahmen z.B. Leistungen aus einer Krankenversicherung, aus der gesetzlichen Unfallversicherung, Kindergeld, bestimmte Renten, Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Schlechtwettergeld. Zu Einzelheiten siehe insbesondere §§ 3, 3b und 19 Einkommensteuergesetz sowie §§ 2 bis 4 Lohnsteuer-Durchführungsverordnung und Abschn. 1 bis 16 der Lohnsteuerrichtlinien.

Zu den Sozialabgaben gehören die Arbeitnehmeranteile zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

Der Bruttolohn ist nicht um den Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag gekürzt.

Nachgewiesen werden der Bruttolohn der Lohnsteuerfälle sowie der Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen. Sowohl unter den >>> Lohnsteuerfällen als auch unter den >>> Lohnsteuerpflichtigen sind natürliche Personen zu verstehen, die als unbeschränkt oder beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer der Einkommensteuer (hier: Lohnsteuer) unterliegen.

Als Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen werden bei Arbeitnehmer - Ehegatten jeweils die zusammengerechneten Lohnbeträge, als Bruttolohn der Lohnsteuerfälle die individuell eingetragenen Lohnbeträge und nicht die zusammengerechneten Lohnbeträge beider Ehegatten nachgewiesen.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die vermögenswirksamen Leistungen werden erst seit 1971 in den Bruttolohn einbezogen; in den früheren Jahren rechneten sie nur dann zum Bruttolohn, wenn sie bestimmte Höchstgrenzen überstiegen. Der Umfang der nicht steuerpflichtigen Einnahmen ist im Zeitablauf wiederholt aufgrund neuerer rechtlicher Bestimmungen geändert worden.

**Begriffsbeziehungen:**

Zwischen dem Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen und den >>> Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (Einkommensteuerstatistik) der >>> Einkommensteuerpflichtigen bestehen die folgenden wesentlichen Unterschiede: Der Bruttolohn stellt die Summe der lohnsteuerpflichtigen Einnahmen dar, die vermindert um den Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag, den steuerfreien Teil von Versorgungsbezügen sowie die Werbungskosten die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ergeben

## Bruttolohnsumme

Alle folgenden Statistiken

**Begriffsinhalt:**

Summe der Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der >>> Arbeiter und der >>> gewerblichen Auszubildenden, einschl. der Arbeitnehmeranteile, jedoch ohne die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

In die Bruttolohnsumme einbezogen sind u.a. sämtliche Zuschläge (z.B. für Akkord-, Schichtarbeit, Leistungs-, Schmutzzulagen), Vergütungen für Feiertage und Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Entschädigungen für nicht gewährten Urlaub, Mietbeihilfen und Wohnungszuschüsse, tarifrechtlich oder vertraglich vereinbartes Kindergeld oder Familienzuschläge, Essensgeld, Fahrtkostenersatz und -zuschüsse (sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird), Auslösungen (sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird), vermögenswirksame Leistungen, an Beschäftigte in eigenen Sozialeinrichtungen (z.B. Werksarzt) gezahlte Beträge sowie an andere Unternehmen für entgeltliche Überlassung von Arbeitskräften gemäß dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (Leiharbeitnehmern) gezahlte Beträge.

Nicht einbezogen werden u.a. allgemeine soziale Aufwendungen (z.B. Zuschüsse für Kantinen), Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind (z.B. Trennungsentschädigungen, Reise- und Umzugskosten), Zahlungen nach dem Bundeskindergeldgesetz, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (z.B. Pensionsrückstellungen, gezahlte Ruhegelder und Betriebspensionen) und Vergütungen für mit Montage- und Reparaturarbeiten Beauftragte anderer Unternehmen.

Die Zuordnung von Personen zu den Arbeitern erfolgt in den einzelnen Statistiken unterschiedlich. Entweder ist die Art der ausgeübten Tätigkeit oder die Beitragspflicht in der >>> Rentenversicherung der Arbeiter maßgebend.

**1.1 Monatlicher Baubericht**

Datennachweis: 1950 bis 1977

**1.2 Monatsbericht einschl. Auftragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1977; für die neuen Länder und Berlin-Ost 1991/92

**1.3 Monatsbericht im Ausbaugewerbe**

Datennachweis: ab 1978

**Begriffsinhalt:**

In die Bruttolohnsumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes Lohnausgleichs-, Urlaubs- und Zusatzversorgungskasse) und die Winterbauumlage.

Nicht einbezogen sind Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurück-erstattet werden (z.B. Wintergeld, Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld).

Für die Zuordnung von Personen zu den >>> Arbeitern ist die Art der ausgeübten Tätigkeit (Tätigkeitsmerkmal) maßgebend. Deshalb rechnen die Entgelte der Poliere, Schachtmeister und Meister grundsätzlich zur Bruttolohnsumme und nicht zur Bruttogehaltsumme.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die vermögenswirksamen Leistungen sind seit 1966, die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfalle ab 1970 und die Winterbauumlage vom 1.7.1972 bis 31.12.1985 in der Bruttolohnsumme enthalten und vor 1986 die Beiträge zu den Sozialkosten des Baugewerbes (Monatsbericht im Bauhauptgewerbe und im Ausbaugewerbe).

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

**2. Handwerkszählung 1977**

Datennachweis: 1977

**Begriffsinhalt:**

In die Bruttolohnsumme einbezogen sind auch die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes (Lohnausgleichs-, Urlaubs- und Zusatzversorgungskasse) sowie die Winterbauumlage.

Nicht einbezogen sind Vergütungen, die von der Lohnausgleichs-, der Urlaubskasse oder dem Arbeitsamt zurück-erstattet werden (z.B. Wintergeld, Schlechtwettergeld, Kurzarbeitergeld).

Zur Bruttolohnsumme zählen die Bezüge der >>> Facharbeiter der ungelernten Arbeiter sowie der >>> gewerblichen Auszubildenden. Die Heimarbeiterlöhne sind nicht enthalten.

Im Baugewerbe rechnen die Entgelte der Poliere, Schachtmeister und Meister ebenfalls grundsätzlich zur Bruttolohnsumme, da diese Personen zu den Facharbeitern gezählt werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

**3.1 Monatsbericht bei Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1977

**3.2 Jahreserhebung bei Unternehmen, Investitionserhebung bei Unternehmen und Betrieben der Energie- und Wasserversorgung**

Datennachweis: ab 1975

**3.3 Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**3.4 Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Für die Zuordnung von Personen zu den >>> Arbeitern ist die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend.

Nicht zur Bruttolohnsumme zählen Entgelte der Arbeitskräfte, die in keinem festen Lohnverhältnis zum befragten Unternehmen stehen und nur regelmäßig zeitweise bestimmte Arbeiten durchführen (z.B. als Pumpenwärter), ebenso Beschäftigte von sog. Bruttounternehmen, die im Unternehmen nur nebenbei stundenweise tätig sind. Bruttounternehmen sind Versorgungsunternehmen, die nicht in eigener Rechtsform betrieben und mit allen ihren Einnahmen und Ausgaben brutto in der gemeindlichen Haushaltsrechnung geführt werden.

Sind Arbeiter und >>> gewerblich Auszubildende in mehreren fachlichen Unternehmensteilen bzw. in mehreren Betrieben oder fachlichen Betriebsteilen tätig, wird die Bruttolohnsumme anteilmäßig auf diese aufgegliedert.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die vermögenswirksamen Leistungen sind erst seit 1966 und die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfalle seit 1972 in der Bruttolohnsumme enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Bruttolohnsumme sowie >>> Lohnsumme (Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bezeichnen annähernd gleiche Tatbestände. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß für die Zuordnung zu den Arbeitern bei der Ermittlung der Lohnsumme die Beitragspflicht zur Arbeiterrentenversicherung maßgebend ist und nicht - wie bei der Ermittlung der Bruttolohnsumme in den Statistiken des Baugewerbes und in der Handwerkszählung 1977 - auch die Art der ausgeübten Tätigkeit.

Die entsprechende Summe der Bruttobezüge der >>> Angestellten einschl. der >>> kaufmännischen und technischen Auszubildenden und ggf. der >>> Beamten und Verwaltungsauszubildenden wird je nach Statistik als >>> Bruttogehaltssumme (Statistiken im Baugewerbe, im Handwerk und in der Energie- und Wasserversorgung) oder als >>> Gehaltssumme (Statistiken im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe bzw. in der Industrie) bezeichnet. Besonderheiten ergeben sich insofern, als in den Statistiken im Baugewerbe und im Handwerk die Gehälter der in der >>> Rentenversicherung der Angestellten versicherungspflichtigen Poliere, Schachtmeister und Meister in der Bruttolohn- und nicht in der Bruttogehaltssumme enthalten sind.

Die Zusammenfassungen der Bruttolohnsumme und Bruttogehaltssumme bzw. der Lohnsumme und Gehaltssumme entsprechen jeweils weitgehend den Begriffen >>> Bruttolohn- und -gehaltssumme (Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)).

## **Bruttolohn- und -gehaltssumme**

### **1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Die Bruttolohn- und -gehaltssumme enthält die Löhne und Gehälter - vor Abzug der >>> Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer -, die den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Soldaten (einschl. Wehrpflichtigen), Auszubildenden, Volontären und ähnlichen Arbeitnehmergruppen aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zugeflossen sind.

Einbezogen sind Akkord-, Bandarbeits- und Prämienzuschläge, Leistungs-, Schmutz- und Lästigkeitszulagen, Montagezuschläge, Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit, sonstige tariflich oder frei vereinbarte Vergütungen und Zulagen, wie Familien- und Kinderzuschläge (bis 1974 auch Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst) sowie Wohnungszuschüsse, Essengeld und Fahrtkostenzuschüsse. Weiter sind enthalten Naturalvergütungen, Vergütungen für die durch Fest- und Feiertage, Urlaub, Krankheit usw. ausgefallene Arbeitszeit (Lohnfortzahlung), gesetzliche Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld, Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgs- und Treueprämien, Leistungen der Arbeitgeber nach den Vermögensbildungsgesetzen, Abfindungen beim Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis und ähnliche Leistungen. Auch Einkommen aus nebenberuflicher unselbständiger Tätigkeit sind einbezogen, wie Vergütungen an nebenberufliche Hausmeister und Heizer, Aushilfskellner, Stundenbuchhalter usw., ferner Provisionen für unselbständige Versicherungsvertreter. Zum Einkommen der Soldaten rechnen die Geldbezüge, die Verpflegungskosten und der Wert der Bekleidung; der Wert der Unterkunft wird nicht als Naturalentgelt angesehen. Der Lohnbegriff umfaßt auch Heimarbeiterlöhne.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Bruttolohn- und -gehaltssumme und Sozialbeiträge der Arbeitgeber addieren sich zum >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

### **2. Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)**

Datennachweis: ab 1976

#### **Begriffsinhalt:**

Summe der lohnsteuerpflichtigen Bruttobezüge (Bar- und Sachbezüge) der Arbeiter, Angestellten sowie der kaufmännisch, technisch und gewerblich Auszubildenden ohne die Pflichtanteile des Arbeitgebers zur Sozialversicherung, ohne Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes, ohne Winterbauumlage, ohne Aufwendungen für die betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung und ohne gezahltes Vorruhestandsgeld.

In die Bruttolohn- und -gehaltssumme einbezogen sind u.a. Lohn- und Gehaltszuschläge (z.B. Akkord-, Schichtzuschläge), Vergütungen für Feiertage, Urlaub u. dgl., Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfalle, vermögenswirksame Leistungen, ferner Gratifikationen, Provisionen, Tantiemen sowie die Bezüge von leitenden Angestellten, Gesellschaftern und Vorstandsmitgliedern, soweit sie steuerlich als >>> Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit anzusehen sind. Einbezogen sind ferner die Bezüge von Beschäftigten in eigenen Sozialeinrichtungen (z.B.

Werksarzt) sowie die an andere Unternehmen für die entgeltliche Überlassung von Arbeitskräften (Leiharbeitnehmer) gezahlten Beträge.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1984 waren die Beiträge zu den Sozialkassen des Baugewerbes und die Winterbauumlage in die Brutto-lohn- und -gehaltsumme einbezogen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Bildet man die Summen aus der >>> Lohnsumme und >>> Gehaltsumme (jeweils Monatlicher Industriebericht, Monatsbericht für Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe) bzw. aus der >>> Bruttolohnsumme und >>> Bruttogehaltsumme (jeweils Monatlicher Baubericht, Monatsbericht einschl. Auf-tragseingangserhebung im Bauhauptgewerbe, Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen, Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen), so sind diese vergleichbar abgegrenzt wie die Bruttolohn- und Gehaltsumme und die >>> Löhne und Gehälter für 1969 (Arbeitsstättenzählung 1970). Zu beachten ist jedoch u.a., daß die Löhne und Gehälter für 1969 auch die Dienstbezüge der Beamten umfassen.

## **Brutto-/Nettoumsatz aus eigenen Erzeugnissen**

#### **Handwerkszählung 1977**

##### **Begriffsinhalt:**

Der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen umfaßt die Umsätze aus dem Verkauf von allen im Rahmen der Produkti-onstätigkeit von selbständigen Handwerksunternehmen und handwerklichen Nebenbetrieben nichthandwerklicher Unternehmen entstandenen Erzeugnissen, die vollen Erlöse aus dem Verkauf eigener Erzeugnisse, die unter Ver-wendung von Fremdbauteilen hergestellt wurden, sowie die Umsätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnar-beit bei anderen Unternehmen hergestellt wurden.

Dazu rechnen auch Umsätze aus dem Verkauf von Elektrizität, Fernwärme, Gas, Dampf, Wasser und Umsätze aus dem Verkauf von Nebenerzeugnissen sowie Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände (z.B. bei der Produk-tion anfallender Schrott u.ä.).

Der Bruttoumsatz versteht sich dabei einschließlich, der >>> Nettoumsatz ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

## **Brutto-/Nettoumsatz aus Handelsware**

#### **Handwerkszählung 1977**

##### **Begriffsinhalt:**

Als Umsatz aus Handelsware gilt der Umsatz von fremden Erzeugnissen, auch wenn mit dem Absatz derartiger Waren geringfügige handwerkliche Dienstleistungen verbunden sind (z.B. Anschließen elektrischer Geräte an vor-handene Leitungen).

Der Bruttoumsatz versteht sich dabei einschließlich, der >>> Nettoumsatz ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

## **Brutto-/Nettoumsatz aus handwerklichen Dienstleistungen**

#### **Handwerkszählung 1977**

##### **Begriffsinhalt:**

Der Umsatz aus handwerklichen Dienstleistungen umfaßt im wesentlichen Erlöse für Reparaturen, Instandhaltun-gen, Installationen, Montagen u.ä.



Ferner rechnen dazu Erlöse aus der Tätigkeit als Schornsteinfeger, Friseur, Färber, Chemischreiniger, Wäscher und Plätter, Gebäudereiniger und Fotograf sowie der Wert der für Dritte geleisteten Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredelung).

Der Bruttoumsatz versteht sich dabei einschließlich, der >>> Nettoumsatz ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

## **Brutto-/Nettoumsatz aus nichthandwerklicher Tätigkeit**

### **Handwerkszählung 1977**

#### **Begriffsinhalt:**

Umsatz aus nichthandwerklichen Tätigkeiten ohne Umsatz aus Handelsware.

Zum Umsatz aus nichthandwerklichen Tätigkeiten zählen im wesentlichen Erlöse aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Gaststättenumsatz, Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing) sowie Erlöse aus Wohnungsvermietung (von betrieblich und nichtbetrieblich genutzten Wohngebäuden), Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen, Provisionseinnahmen und Erlöse aus Transportleistungen für Dritte.

Der Bruttoumsatz versteht sich einschließlich, der >>> Nettoumsatz ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

## **Bruttoproduktionswert ohne Umsatzsteuer**

Alle folgenden Statistiken

#### **Begriffsinhalt:**

Der Bruttoproduktionswert ohne >>> Umsatzsteuer ist die im Geschäftsjahr erbrachte Gesamtleistung des >>> Unternehmens im betriebswirtschaftlichen Sinne.

Der Bruttoproduktionswert setzt sich zusammen aus dem Gesamtumsatz des Unternehmens ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer,

plus/ minus der Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion, plus den >>> selbsterstellten Anlagen.

Bei vom Kalenderjahr abweichendem Geschäftsjahr wird das Geschäftsjahr zugrunde gelegt, das im Berichtsjahr endet.

### **1. Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden**

#### **Gewerbes**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

Die Gesamtleistung setzt sich aus dem Gesamtumsatz, der Bestandsveränderung und den >>> selbsterstellten Anlagen zusammen.

Im >>> Gesamtumsatz sind der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen, der Wert der für Dritte geleisteten Lohnarbeiten (einschl. Lohnveredelung), Erlöse für Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen u.ä. (einschl. Materialien), der Umsatz aus Handelsware und der Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten zusammengefaßt.

Als >>> Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte. Einbezogen werden auch Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an mit dem Unternehmen verbundene rechtlich selbständige Konzern- und Verkaufsgesellschaften sowie getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackung. Abgesetzt werden Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti, Abzüge wegen begründeter Beanstandungen usw.) sowie Retouren. Nicht enthalten sind außerordentliche und betriebsfremde Erträge wie Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen, aus der Verpachtung von Grundstücken, Zinsen, Dividenden und dgl.

Der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen umfaßt auch Umsätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei anderen Unternehmen hergestellt werden, Umsätze aus dem Verkauf von Elektrizität, Fernwärme, Gas, Dampf, Wasser und aus dem Verkauf von Nebenerzeugnissen und Produktionsrückständen. Die Erlöse für Reparaturen, Montagen, Instandhaltungen usw. enthalten auch die bei diesen Leistungen verbrauchten Materialien.

Als Umsatz zur Handelsware gilt der Umsatz von fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden.

Zum Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten zählen im wesentlichen Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing), Erlöse aus Wohnungsvermietung (jedoch nicht Erlöse aus Grundstücksverpachtung), Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen, Provisionseinnahmen, Erlöse aus Transportleistungen für Dritte, Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. einer vom Unternehmen auf eigene Rechnung betriebenen Kantine), Erlöse aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Erlöse aus Redaktions- und Verlagstätigkeit und aus Beratungs- und Planungstätigkeit.

Die Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion (einschl. geleisteter und noch nicht abgerechneter Lohnarbeiten, Reparaturen, Installationen, Montagen u.ä.) werden zu Herstellungskosten bewertet. Anzahlungen und Abschlagszahlungen (z.B. im Stahlbau, Schiffsbau, Großapparatebau) werden nicht abgesetzt.

Die selbsterstellten Anlagen, zu denen die im Geschäftsjahr mit eigenen Arbeitskräften (einschl. Leiharbeitnehmer) selbsterstellten Anlagen (einschl. in Bau befindlicher Anlagen) zählen, werden mit dem auf dem Anlagenkonto aktivierten Wert (Herstellungskosten) angesetzt. Weisen Unternehmen in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung "Andere aktivierte Eigenleistungen" entsprechend den aktienrechtlichen Bestimmungen nach, wird dieser Wert zugrunde gelegt. Abschreibungen auf die selbsterstellten Anlagen sind nicht abgesetzt. Zu den selbsterstellten Anlagen zählen auch selbsthergestellte Sachanlagen, die an Dritte vermietet oder verpachtet werden, selbsthergestellte Maschinen, Werkzeuge, Modelle für das eigene Unternehmen, Versuche usw., soweit diese aktiviert wurden.

## **2. Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes**

Datennachweis: ab 1975

### **Begriffsinhalt:**

Die Gesamtleistung setzt sich aus der >>> Jahresbauleistung, sowie - soweit nicht schon in der Jahresbauleistung berücksichtigt - aus dem sonstigen Umsatz, der Veränderung der Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus sonstiger eigener Produktion und den sonstigen selbsterstellten Anlagen zusammen.

In der Jahresbauleistung sind die Summe der im Geschäftsjahr abgerechneten Bauleistungen, die Veränderung der Bestände an angefangenen und noch nicht abgerechneten >>> Bauleistungen, teilsfertigen und fertigen Arbeiten (einschl. fertiggestellter Bauten, die noch keinen Käufer gefunden haben) und die >>> selbsterstellten Anlagen (soweit es sich um Bauleistungen handelt) enthalten.

Der sonstige Umsatz umfaßt ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang, den Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und aus industriellen/handwerklichen Dienstleistungen, den Umsatz aus Handelsware und den Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten.

Zum Umsatz aus sonstigen eigenen Erzeugnissen zählt der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen aus allen im Rahmen einer sonstigen Produktionstätigkeit des Unternehmens entstandenen Erzeugnissen (Baustoffe, Betonwaren, Kies, Zimmereierzeugnisse usw.), die nicht in der eigenen Bauleistung abgerechnet sind; zum Umsatz aus industriellen/handwerklichen Erzeugnissen rechnen z.B. Gerätereparaturen für Dritte. Einbezogen werden auch Umsätze aus dem Verkauf von Waren, die in Lohnarbeit bei anderen Unternehmen hergestellt wurden, sowie Erlöse für verkaufsfähige Produktionsrückstände und ähnliche Materialien.

Als Umsatz aus Handelsware gilt der Umsatz von fremden Erzeugnissen, die im allgemeinen unbearbeitet und ohne fertigungstechnische Verbindung mit eigenen Erzeugnissen weiterverkauft werden.

Zum Umsatz aus sonstigen nichtindustriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten zählen im wesentlichen Umsätze aus der Vermietung und Verpachtung von Geräten, betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (einschl. Leasing), Erlöse aus Wohnungsvermietung (jedoch nicht Erlöse aus Grundstücksverpachtung), Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen sowie für Gutachterstätigkeit, Erlöse aus der Veräußerung von Patenten und der Vergabe von Lizenzen, Provisionseinnahmen, Erlöse aus Transportleistungen für Dritte (Lohnfahren), Erlöse aus Belegschaftseinrichtungen (z.B. einer vom Unternehmen auf eigene Rechnung betriebene Kantine).

Die Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus sonstiger eigener Produktion werden zu Herstellungskosten bewertet. Anzahlungen und Abschlagszahlungen werden nicht abgesetzt.

Ferner werden die im Geschäftsjahr mit eigenen Arbeitskräften (einschl. Leiharbeitnehmer) selbsterstellten Anlagen (einschl. im Bau befindlicher Anlagen) einbezogen, soweit es sich hierbei nicht um schon in der Jahresbauleistung berücksichtigte Bauleistungen handelt; sie werden mit dem auf dem Anlagenkonto aktivierten Wert (Herstellungskosten) angesetzt. Weisen Unternehmen in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung "Andere aktivierte Eigenleistungen" entsprechend den aktienrechtlichen Bestimmungen nach, wird dieser Wert zugrunde gelegt. Abschreibungen auf die selbsterstellten Anlagen sind nicht abgesetzt. Zu den selbsterstellten Anlagen zählen z.B. selbsterstellte Maschinen, Werkzeuge, Modelle für das eigene Unternehmen, Versuche usw., soweit diese aktiviert wurden, auch selbstergestellte Sachanlagen, die an Dritte vermietet oder verpachtet wurden.

Leistungen eines Unternehmens, das an einer Arbeitsgemeinschaft beteiligt ist, rechnen in Höhe seines Arbeitsgemeinschaftsanteils zum Bruttoproduktionswert.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Während der Bruttoproduktionswert die Gesamtleistung des Unternehmens im Geschäftsjahr darstellt, ist in der Jahresbauleistung (Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes, Jahreserhebung einschl. Investitionserhebung bei Unternehmen des Bauhauptgewerbes (einschl. Fertigteilbau)) nur der Wert der vom Unternehmen im Geschäftsjahr erbrachten Bauleistungen zusammengefaßt.

## **Bruttosozialprodukt**

#### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Umfassender Ausdruck für den Wert der wirtschaftlichen Leistung der inländischen Wirtschaftseinheiten in der Berichtsperiode.

Es enthält - ebenso wie das >>> Bruttoinlandsprodukt - >>> Abschreibungen und >>> indirekte Steuern (>>> Produktionssteuern, >>> nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und >>> Einfuhrabgaben) abzüglich >>> Subventionen, mißt die wirtschaftliche Leistung aber - anders als das Bruttoinlandsprodukt - an den >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländischen Wirtschaftseinheiten letztlich zugeflossen sind (Inländerkonzept). Im Inland entstandene Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die an die übrige Welt geleistet wurden, werden folglich nicht mitgerechnet, dagegen sind diejenigen Erwerbs- und Vermögenseinkommen einbezogen, die inländische Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt empfangen haben. Das Bruttosozialprodukt hängt eng mit dem >>> Volkseinkommen zusammen, von dem es sich dadurch unterscheidet, daß es noch die Abschreibungen und indirekten Steuern (abzüglich Subventionen) enthält.

Von der Güterseite gesehen entspricht das Bruttosozialprodukt dem Geldwert aller Waren und Dienstleistungen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten in der Berichtsperiode letztlich verbraucht, investiert oder exportiert wurden, nach Abzug der in der gleichen Zeit importierten Güter; in die Aus- und Einfuhr sind dabei Erwerbs- und Vermögenseinkommen eingeschlossen.

Das Bruttosozialprodukt kann sowohl nach dem Marktpreis- als auch nach dem Faktorkostenkonzept ermittelt und dargestellt werden, wobei die Werte zu Faktorkosten rechnerisch durch Abzug der indirekten Steuern und Hinzufügen der Subventionen aus den Werten zu Marktpreisen abzuleiten sind. Wird der Begriff "Bruttosozialprodukt" ohne Zusatz verwendet, so ist es zu Marktpreisen bewertet.

Ferner kann das Sozialprodukt auch "netto" nachgewiesen werden; in diesem Fall ist die infolge von Verschleiß und wirtschaftlichem Veralten im Produktionsprozeß einer Berichtsperiode eingetretene Wertminderung am eingesetzten Anlagevermögen in Form von Abschreibungen abgesetzt (Nettosozialprodukt).

Das Bruttoinlandsprodukt mißt die im Inland erbrachte wirtschaftliche Leistung (Inlandskonzept), es enthält also nicht, wie das Bruttosozialprodukt, die an Inländer geflossenen Einkommen aus der übrigen Welt, wohl aber die an die übrige Welt geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen (siehe auch die Erläuterungen unter Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der bzw. an die übrige(n) Welt und >>> Volkswirtschaft). Zur Beobachtung der mengenmäßigen Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten werden nach dem Marktpreiskonzept

auch vergleichbare Zeitreihen in konstanten Preisen (durch Bewertung mit den Preisen eines Jahres, Preisbasisjahr z.Z. 1980) berechnet. Das in konstanten Preisen ausgedrückte Bruttosozialprodukt wird auch als "reales" Bruttosozialprodukt bezeichnet (im Gegensatz zu der entsprechenden "nominellen", d.h. zu Preisen der Berichtsperiode ausgedrückten Größe).

Beim Preisindex für das Bruttosozialprodukt handelt es sich um einen Index mit jährlich wechselnder Gewichtung (Paasche-Formel), der die Verteuerung der wirtschaftlichen Leistung des Berichtsjahres gegenüber dem Basisjahr (1980) mißt. Ein Vergleich der Preisentwicklung mit dem unmittelbar vorangehenden Zeitraum ist nur mit Einschränkungen möglich, da der Indexabstand u.a. durch Änderungen in der Gewichtung beeinflusst werden kann.

#### **Begriffsbeziehungen:**

1. Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
  - = Nettowertschöpfung
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Summe der Inländern letztlich zugeflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - = Volkseinkommen
  - + Abschreibungen
  - = Bruttosozialprodukt zu Faktorkosten
  - + Indirekte Steuern
  - Subventionen
  - = Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen)
2. Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (bereinigt)
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Bruttoinlandsprodukt
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Bruttosozialprodukt
3. Letzter Verbrauch (Privater Verbrauch und Staatsverbrauch).
  - + Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen und Vorratsveränderung)
  - + Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr von Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen)
  - = Bruttosozialprodukt

## **Bruttowertschöpfung**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Maßstab für die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft bzw. - in tieferer Gliederung - ihrer Sektoren und der einzelnen Wirtschaftsbereiche.

Bei der Bruttowertschöpfung ist die im Zuge der Produktion eingetretene Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens noch nicht abgesetzt; hierfür sind entsprechende >>> Abschreibungen zu berücksichtigen. Die Bruttowertschöpfung enthält außer Abschreibungen die zu zahlenden >>> Produktionssteuern (abzüglich >>> Subventionen) und die entstandenen >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen.

Im Unternehmenssektor wird die Bruttowertschöpfung durch Abzug der >>> Vorleistungen von den >>> Produktionswerten ermittelt. Ebenso ergibt sich die Bruttowertschöpfung der einzelnen Unternehmensbereiche durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten.

Für die Institutionen des Staatssektors und für die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gilt zwar derselbe rechnerische Zusammenhang, aus praktisch-statistischen Gründen wird die Bruttowertschöpfung dieser Sektoren jedoch durch Addition der von ihnen gezahlten Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Produktionssteuern sowie von Abschreibungen auf das von ihnen eingesetzte reproduzierbare Sachvermögen (außer Straßen, Brücken, Wasserwegen u.ä.) berechnet. Die Bruttowertschöpfung der privaten Haushalte entspricht den Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Bar- und Naturalverdienste sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) der bei privaten Haushalten gegen Entgelt beschäftigten Personen.

Die Addition der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche enthält zunächst noch die >>> unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen. Dieser überwiegend aus der Differenz zwischen Ertrags- und Aufwandszinsen der Kreditinstitute bestehende Betrag ist zwar im Produktionswert der Kreditinstitute enthalten, bei den Vorleistungen aber nicht den tatsächlichen Verbrauchern der entsprechenden Bankdienstleistungen gegen unterstellte Entgelte zugeordnet. Aus Vereinfachungsgründen ist er vielmehr global einer fiktiven Einheit im Unternehmenssektor zugeordnet. Die Summe der Produktionswerte aller Wirtschaftsbereiche ist deshalb um diesen Posten zu vermindern (Übergang von der "unbereinigten" zur "bereinigten" Bruttowertschöpfung; die Bruttowertschöpfung des Bereichs "Kreditinstitute" weist - da dieser Bereich gedanklich mit der "fiktiven Einheit" zusammengefaßt ist - nach der Bereinigung in der Regel einen negativen Betrag auf).

Die Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft enthält keine Umsatzsteuer und keine Einfuhrabgaben; die Einfuhrabgaben sind in den Wert der Vorleistungen der Sektoren einbezogen. Um das >>> Bruttoinlandsprodukt zu berechnen, müssen die >>> nichtabzugsfähige Umsatzsteuer und die >>> Einfuhrabgaben zur Bruttowertschöpfung der Volkswirtschaft hinzugefügt werden.

#### **Begriffsbeziehungen:**

1. Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (unbereinigt)
  - Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
  - = Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (bereinigt)
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Bruttoinlandsprodukt
  - Abschreibungen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Marktpreisen
  - Indirekte Steuern
  - + Subventionen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Nettowertschöpfung)
2. Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (unbereinigt)
  - Unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen
  - = Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (bereinigt)
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Bruttoinlandsprodukt
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Bruttosozialprodukt (zu Marktpreisen)
  - Abschreibungen
  - = Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
  - Indirekte Steuern
  - + Subventionen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - = Volkseinkommen

## **Bruttowertschöpfung in Preisen von 1980 je Erwerbstätigen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Gesamte wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche in konstanten Preisen bezogen auf die Zahl der in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen Erwerbstätigen.

Die Darstellung dieser Größe in Form von Meßzahlen wird vielfach als Maßstab für die Entwicklung der "Produktivität" in den Wirtschaftsbereichen verwendet; sie ist jedoch nicht unproblematisch und kann nur als grobes Orientierungsmittel dienen. Es ist zu beachten, daß bei dieser Berechnung der gesamte "reale" Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird, obgleich das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren (also auch des Kapitals und der unternehmerischen Leistung) entsteht. Außerdem ist die Zahl der Erwerbstätigen (Selbständige, mithelfende Familienangehörige und beschäftigte Arbeitnehmer bei inländischen Institutionen) nur ein sehr grober Maßstab für die aufgewendete Arbeit. Einschränkungen in der Aussagefähigkeit als Produktivitätskennzahlen - insbesondere in der Darstellung nach Wirtschaftsbereichen - resultieren u.a. auch aus der Zuordnung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftsbereiche nach ihrer Haupttätigkeit - wobei weitere Tätigkeiten einer Person unberücksichtigt bleiben - und aus dem teilweise sehr unterschiedlichen Anteil von Teilzeitarbeit in einzelnen Bereichen. Diese Angaben sollten deshalb für Niveauvergleiche der "Arbeitsproduktivität" zwischen den einzelnen Bereichen nicht verwendet werden. Bei der Beurteilung der Entwicklung der Meßzahlen ist zu beachten, daß sie auch durch Änderungen der Struktur in der Volkswirtschaft beeinflusst wird. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die besonderen theoretischen und praktischen Schwierigkeiten der Berechnung preisbereinigter Angaben für bestimmte Dienstleistungsbereiche Aussagen über den Produktivitätsverlauf erheblich beeinträchtigen können. Aus diesen Gründen werden Angaben über die Produktivitätsentwicklung u.a. für den Staat und die privaten Haushalte (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nicht gesondert ausgewiesen.

## **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten**

### **1. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden**

#### **Gewerbes**

Datennachweis: ab 1975

### **2. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes**

Datennachweis: ab 1975; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

**Begriffsinhalt:**

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ist der >>> Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer, vermindert um die >>> Kosten für Reparaturen, Instandhaltungen, Installationen, Montagen, Mieten und Pachten, sonstige Kosten, indirekte Steuern abzüglich Subventionen (ohne Umsatzsteuer).

Der Nettoproduktionswert ohne Umsatzsteuer ist eine Nettoleistungsgröße und entspricht dem Rohertrag in der betriebswirtschaftlichen Terminologie. Vom Nettoproduktionswert werden hier sämtliche noch enthaltene Vorleistungsgrößen abgesetzt (Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (Fremdleistungen), Mieten und Pachten, sonstige Kosten, Verbrauchsteuern sowie der Saldo aus den sonstigen indirekten Steuern und den Subventionen für die laufende Produktion).

Die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten stellt die insgesamt produzierten Güter und Dienstleistungen zu den am Markt erzielten Preisen dar, allerdings nach Abzug des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen. Sie ist somit der Wert, der den Vorleistungen durch Bearbeitung hinzugefügt worden ist.

## **Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen**

### **1. Jahreserhebung (Kostenstrukturhebung) bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden**

#### **Gewerbes**

Datennachweis: ab 1975

## 2. Jahreserhebung (Kostenstrukturerhebung) bei Unternehmen des Baugewerbes

Datennachweis: ab 1975; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### Begriffsinhalt:

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen ist die >>> Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, erhöht um die >>> indirekten Steuern abzüglich der >>> Subventionen.

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen ergibt sich auch, indem man den Bruttoproduktionswert einschl. >>> Umsatzsteuer um sämtliche Vorleistungen (einschl. Vorsteuer) vermindert.

Die Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen enthält - nach Abzug aller Vorleistungen - die insgesamt produzierten Güter und Dienstleistungen zu den am Markt erzielten Preisen und ist somit der Wert, der den Vorleistungen durch Bearbeitung hinzugefügt worden ist.

Indirekte Steuern sind Steuern und ähnliche Abgaben, die von öffentlichen Haushalten bei Unternehmen und öffentlichen Haushalten erhoben werden und vor Ermittlung des einkommensteuerpflichtigen Gewinns von den Erlösen abgesetzt werden dürfen.

Zu ihnen gehören die Umsatzsteuer minus Vorsteuer (ohne Vorsteuer auf den Käufen von Sachanlagen) sowie Kostensteuern ohne >>> Vermögensteuer.

Unter Subventionen sind Zuwendungen zu verstehen, die Bund, Länder und Gemeinden oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften ohne Gegenleistung an das Unternehmen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (soweit nicht spezielle Auftragsforschung für den Staat) oder für laufende Produktionszwecke gewähren, um die Produktionskosten zu verringern und/oder die Verkaufspreise der Erzeugnisse zu senken und/oder eine hinreichende Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ermöglichen.

Hierzu zählen z.B. Zinszuschüsse, gleichgültig für welche Zwecke sie gewährt werden (auch dann, wenn sie an den Kreditgeber direkt gezahlt werden), Frachthilfen, Zuwendungen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, soweit nicht spezielle Auftragsforschung für den Staat, Lohnkostenzuschüsse für ältere Arbeitnehmer nach § 97 AFG.

Nicht zu den Subventionen zählen Steuererleichterungen, Investitionszuschüsse sowie Ersatzleistungen für Katastrophenschäden und sonstige außerordentliche bzw. außerhalb des Verantwortungsbereichs des Unternehmens liegende Verluste.

## Budgets je Haushalt und Monat

### Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Budget des Einzelhaushalts mit der laufenden Verbuchung seiner Einnahmen und Ausgaben im Laufe eines Monats (Familienbudget).

Das Familienbudget gliedert sich in die folgenden Hauptgruppen der Einkommenserzielung und -verwendung:

- >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + >>> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit
- + >>> Bruttoeinkommen aus Vermögen
- + >>> Einnahmen aus Einkommensübertragungen, Untervermietung
- = >>> Haushaltsbruttoeinkommen
- >>> Einkommen- und Vermögensteuern
- >>> Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = >>> Haushaltsnettoeinkommen
- + >>> Sonstige Einnahmen
- = >>> ausgabefähige Einkommen und Einnahmen
- >>> Ausgaben für den Privaten Verbrauch
- >>> Übrige Ausgaben
- = >>> Veränderung (+/-) der Vermögens- und Finanzkonten.

Von den Einnahmen in nicht-geldlicher Form (unterstellte Einnahmen und Käufe) werden nur die Deputate von >>> Arbeitnehmern und die Nutzung von >>> Eigentümerwohnungen berücksichtigt, die unter den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. den Bruttoeinkommen aus Vermögen nachgewiesen werden. Nicht einbezogen sind dagegen Menge und Wert der Sachgeschenke und Tauschgegenstände von Dritten und der Sachzugänge aus der Eigenbewirtschaftung (z.B. Erzeugnisse aus eigenem Garten und aus Kleintierhaltung).

## **Bund**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **4. Jährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **5. Vierteljährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

### **6. Tiefbaustatistik**

Datennachweis: 1962 bis 1978

### **7. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Zentrale Gebietskörperschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Nicht zum Bund rechnen die Sozialversicherung, der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Fonds "Deutsche Einheit" des Kreditabwicklungsfonds, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Reichsbahn und die Bundespost sowie Unternehmen in der Sonderrechtsform des öffentlichen Rechts und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts, an denen der Bund maßgeblich beteiligt ist.

In den Finanzstatistiken werden außerdem die Betriebe des Bundes nach § 26 BHO nicht einbezogen, in der Personalstandstatistik wurden diese rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen dagegen berücksichtigt.

Nachgewiesen werden in der Rechnungsstatistik, in den Haushaltsansatzstatistiken und in der Kassenstatistik Ausgaben und Einnahmen des Bundes nach seinen Jahresrechnungen, Haushaltsplänen und vierteljährlichen Kassenabschlüssen, in den Schuldenstatistiken der >>> Schuldenstand des Bundes, soweit von der Bundesschuldenverwaltung verwaltet, in der Tiefbaustatistik die Tiefbauaufträge des Bundes und in der Personalstandstatistik der Personalstand des Bundes.

In der Rechnungsstatistik werden abweichend von Haushaltsansatz- und Kassenstatistik auch die Ausgaben und Einnahmen einiger Sondervermögen des Bundes erfaßt.

Ausgaben, Einnahmen und Schulden der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG (Öffa) sind in den Rechnungsergebnissen sowie den Datenreihen der Kassen- und der Haushaltsansatzstatistik für den gesamten Zeitraum, für den Daten nachgewiesen werden, in die Bundesebene integriert, obwohl sie erst seit dem Rechnungsjahr 1974 Bestandteil des Bundeshaushalts sind. Nicht in den Finanzen des Bundes enthalten sind die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Einnahmen und Ausgaben der >>> Europäischen Gemeinschaften. In der Rechnungsstatistik werden sie ab dem Rechnungsjahr 1974 als eigene Ebene des >>> Öffentlichen Gesamthaushalts gezeigt.



# **Bundesanstalt für Arbeit**

## **Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1974

### **Begriffsinhalt:**

Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung, die der Rechtsaufsicht des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung untersteht.

Zur Bundesanstalt für Arbeit rechnen auch ihre Untergliederungen (Landesarbeitsämter, Arbeitsämter und sonstige Dienststellen).

Nachgewiesen wird der Personalstand dieser Körperschaft.

# **Bundesautobahnen**

## **1. Preisindizes für Bauwerke**

Datennachweis: ab 1960

### **Begriffsinhalt:**

Kreuzungsfreie, künstlich angelegte, befestigte Verkehrswege mit mehrspurigen Fahrbahnen in beiden Richtungen.

Neben den Fahrbahnen gehören dazu:

Überführungen bis 2 m lichte Weite, Dämme, Gräben, Böschungsbefestigungen, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, aber auch Leitpfähle, -planken und -steine, Fahrbahnmarkierungen und Notrufsäulen.

## **2. Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs**

Datennachweis: ab 1953

### **Begriffsinhalt:**

Fernstraßen, die ausschl. für den Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen bestimmt sind. Sie sind frei von höhengleichen Kreuzungen, mit besonderen Anschlußstellen ausgestattet und verfügen über getrennte Fahrbahnen für den Richtungsverkehr. Träger der Baulast ist der Bund.

Die >>> Straßenlänge ergibt sich aus der einfachen Länge zwischen Anfang und Ende der Autobahn, unabhängig von der Zahl der Fahrbahnen oder der Zahl der Fahrspuren.

### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Bundesautobahnen sind Bundesstraßen (Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs) Fernstraßen, die im allgemeinen auch für andere Fahrzeuge und nicht ausschl. für den Schnellverkehr bestimmt sind.

# **Bundessteuern**

## **1. Statistik über den Steuerhaushalt**

Datennachweis: ab 1972

## **2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 Grundgesetz dem Bund zusteht.

Die Bundessteuern umfassen >>> Zölle, Verbrauchsteuern, ohne >>> Biersteuer (>>> Mineralölsteuer, >>> Branntweinabgaben, >>> Tabak-, >>> Kaffee-, >>> Schaumwein-, >>> Zucker-, >>> Leuchtmittelsteuer,

>>> Teesteuer, >>> Salzsteuer), >>> Kapitalverkehrsteuern, >>> Versicherungssteuer, >>> Wechselsteuer, >>> Lastenausgleichsabgaben (nur nachrichtlich nachgewiesen).

In den Finanzberichten besteht aufgrund der Rundung der Angaben für die Steuereinnahmen aus den einzeln nachgewiesenen Bundessteuern auf Mill. DM eine statistische Differenz zwischen den unter der Position >>> Bundessteuern in den Finanzberichten nachgewiesenen Steuereinnahmen und der Summe der bei den einzelnen Bundessteuern nachgewiesenen Steuereinnahmen. Diese statistische Differenz wird unter "Sonstige Bundessteuern" nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1969 rechneten die >>> Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer zu den Bundessteuern; ab 1970 (Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes vom 12.5.1969 (BGBl. I S. 359)) sind diese Steuern >>> Gemeinschaftsteuern. Kapitalverkehr-, Versicherungs- und Wechselsteuer waren bis einschl. 1969 >>> Landessteuern.

Zu den Bundessteuern zählte von 1968 bis 1976 auch die >>> Ergänzungsabgabe, die bis einschl. 1974 auf die >>> Einkommen- und Körperschaftsteuer und in den Jahren 1975 und 1976 auf die Körperschaftsteuer erhoben wurde. Bis einschl. 1957 wurde eine Sondersteuer >>> Notopfer Berlin, bis 1967 die >>> Beförderungssteuer, von 1969 bis 1971 die >>> Straßengüterverkehrsteuer als Bundessteuern erhoben. Im Aufkommen der Bundessteuern sind z.T. noch heute Restbeträge der auslaufenden Steuern mitenthalten.

In den Finanzberichten unter "Sonstige Bundessteuern" nachgewiesen ist die von 1971 bis 1976 als Preisausgleich zwischen inländischem und eingeführtem Branntwein erhobene Ausgleichsabgabe auf eingeführten Branntwein. Durch Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom 17.2.1976 ist diese Ausgleichsabgabe als vertragswidrig weggefallen.

Ab 1989 werden die Zölle nicht mehr unter den Bundessteuern, sondern als eigene Einnahmekategorie nachgewiesen.

## **Bundesstraßen**

### **Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs**

Datennachweis: ab 1953

#### **Begriffsinhalt:**

Fernstraßen, die in erster Linie dem weiträumigen Verkehr dienen. Träger der Baulast ist der Bund.

Die >>> Ortsdurchfahrten in größeren Gemeinden werden von diesen gebaut und unterhalten.

Bei der Ermittlung der >>> Straßenlänge werden Kreuzungen der jeweils höherwertigen Straße zugeordnet, also der Bundesstraße bei einer Kreuzung mit einer >>> Landes- oder >>> Kreisstraße oder der vorfahrtberechtigten gegenüber der vorfahrtbeachtenden Straße. Bei gleichwertigen Straßen erfolgt die Zuordnung zur breiteren, bei gleicher Breite zur längeren Straße. Die Länge der Ortsdurchfahrten rechnet zur Gesamtlänge der Bundesstraßen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Bundesstraßen sind >>> Bundesautobahnen (Statistik der Straßen des überörtlichen Verkehrs) Fernstraßen, die ausschließlich dem Schnellverkehr mit Kraftfahrzeugen dienen.

## **Bundeswasserstraßen**

### **Tiefbaustatistik**

Datennachweis: 1962 bis 1978

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Tiefbauten von bzw. an Kanälen, Häfen und schiffbaren Flüssen im Bundesgebiet.

Zu den Tiefbauten an den Bundeswasserstraßen zählen neben Deichen, Stützmauern, Uferbefestigungen u.ä. auch Schleusen, Schiffshebewerke sowie Bagatellhochbauten, die im Zusammenhang mit diesen Tiefbauten errichtet werden, wie Schalt-, Pumpen- oder Maschinenhäuser.

Tiefbauten an nicht schiffbaren Flüssen und Bächen rechnen nicht zu den Tiefbauten an Bundeswasserstraßen, sondern zu den >>> wasserwirtschaftlichen Tiefbauten.

## **Bund-Länder-Heizenergieeinsparungsprogramm**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: 1978 bis 1982

#### **Begriffsinhalt:**

Bundesmittel im Rahmen des Programms zur Förderung von Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie in Wohnungen und bestimmten sonstigen Räumen.

Die Durchführung des Heizenergieeinsparungsprogramms erfolgte grundsätzlich nach denselben Regelungen wie das >>> Bund-Länder-Modernisierungsprogramm. Investitionszuschüsse wurden auf Antrag für bauliche Maßnahmen bewilligt, die nachhaltig Einsparungen von Heizenergie bewirken.

Dies sind insbesondere Maßnahmen zur wesentlichen Verbesserung der Wärmedämmung von Fenstern, Außentüren, Außenwänden, Dächern, Kellerdecken und obersten Geschosdecken, zur wesentlichen Verminderung des Energieverlustes und des Energieverbrauchs der zentralen Heizungs- und Warmwasseranlagen, zur Änderung von zentralen Heizungs- und Warmwasseranlagen innerhalb des Gebäudes für den Anschluß an die Fernwärmeversorgung, die überwiegend aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, zur Verbrennung von Müll oder zur Verwertung von Abwärme gespeist wird, zur Gewinnung von Wärme und zur Nutzung von Energie durch Wärmepumpen- und Solaranlagen.

Der Einbau einer zentralen Heizungsanlage sollte nur gefördert werden, wenn die bei der Errichtung von Wohngebäuden einzuhaltenden öffentlich-rechtlichen Anforderungen an den Wärmeschutz von Fenstern und Fenstertüren erfüllt sind oder im Zusammenhang mit dem Einbau erfüllt werden. Die Verbesserung des Wärmeschutzes sollte nur gefördert werden, wenn die Heizungsanlage dem verminderten Energiebedarf angepaßt ist oder im Zusammenhang mit der Verbesserung des Wärmeschutzes angepaßt wird.

Der Einbau von Thermostatventilen und von Steuerungs- und Regelungseinrichtungen in zentrale Heizungs- und Warmwasseranlagen wurde nur gefördert, wenn auch der Einbau der zentralen Anlagen gefördert wurde.

Bei Gebäuden, die nach dem 31. Dezember 1977 bezugsfertig geworden sind oder bezugsfertig werden, wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Wärmedämmung sowie zur Verminderung des Energieverlustes und des Energieverbrauchs der zentralen Heizungs- und Warmwasseranlagen nicht gefördert.

## **Bund-Länder-Modernisierungsprogramm**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

Bundesmittel im Rahmen des Programms zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen, durch die die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit guten und preiswürdigen Wohnungen verbessert und dadurch zur Erhaltung von Städten und Gemeinden beigetragen werden soll.

Das Modernisierungsprogramm ist damit auf wohnungs- und sozialpolitische wie auch auf städtebaupolitische Ziele gerichtet. Es gibt Anreize für die Durchführung von Maßnahmen dort, wo Modernisierungsinvestitionen den Eigentümern auf absehbare Zeit nicht rentierbar erscheinen, Mieter nicht in der Lage sind die aufgrund der Modernisierung erhöhte Miete voll zu tragen oder wo städtebauliche Entwicklungen ein gesamtwirtschaftliches Interesse an privaten Investitionen entstehen lassen.

Modernisierungsmaßnahmen sind bauliche Maßnahmen, die den Gebrauchswert der Wohnungen erhöhen. Hierzu zählen insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung des Zuschnitts der Wohnung, der Belichtung und Belüftung, des Schallschutzes, der Energieversorgung, der Wasserversorgung und der Entwässerung, der sanitären Einrichtungen, der Beheizung und der Kochmöglichkeiten, der Funktionsabläufe in Wohnungen, der Sicherheit vor Diebstahl und Gewalt, ebenso der Anbau, soweit er zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen oder zum Einbau eines notwendigen Aufzugs erforderlich ist, sowie bauliche Maßnahmen für Behinderte und alte Menschen, wenn die Wohnungen auf Dauer für sie bestimmt sind.

Modernisierungen i.S. des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes sind auch die allgemeine Wohnverhältnisse verbessernde bauliche Maßnahmen, wie die Anlage und der Ausbau von nicht öffentlichen Gemeinschaftsanlagen (z.B. Kinderspielflächen, Grünanlagen, Stellplätze und andere Verkehrsanlagen) sowie Instandsetzungsmaßnahmen zur Behebung baulicher Mängel, insbesondere von Mängeln, die infolge Abnutzung, Alterung, Witterungseinflüssen oder Einwirkungen Dritter entstanden sind.

Die Durchführung des Modernisierungsprogramms ist Aufgabe der Länder. Der Bund stellt die Hälfte der einzusetzenden Förderungsmittel als Finanzhilfen zur Verfügung.

Die Mittel werden als Zuschüsse zur Deckung von laufenden Aufwendungen oder als Zuschüsse zur Deckung der Kosten der Modernisierung bewilligt. Sie sind der Höhe nach so zu bemessen, daß die Erhöhung der Mieten oder Belastungen tragbar ist und in einem angemessenen Verhältnis zu den Vorteilen aus der Modernisierung steht.

Die Mittel können auch als Darlehen zur Deckung der Kosten der Modernisierung bewilligt werden, wenn eine umfangreiche Modernisierung durchgeführt wird.

Eine Förderung nach dem Modernisierungsprogramm ist ausgeschlossen, wenn eine bauliche Maßnahme schon mit anderen Mitteln, mit Steuervergünstigungen durch erhöhte Absetzungen und durch den Abzug von Aufwendungen aufgrund von § 51 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe q Satz 6 des EStG oder mit Investitionszulagen gefördert wird.

Die Modernisierung ist mit Vorrang zu fördern, wenn

1. Mißstände in solchen Wohnungen beseitigt werden, die den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse nicht entsprechen oder
2. das Gebäude wegen seiner städtebaulichen, insbesondere geschichtlichen oder künstlerischen Bedeutung zu erhalten ist oder
3. soziale Härten, die sich aus den Wohnverhältnissen ergeben, durch die Modernisierung beseitigt werden oder
4. durch die Förderung untragbare Erhöhungen der Mieten oder Belastungen vermieden werden oder
5. die Modernisierung im Interesse der städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde liegt.

## **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen**

### **1. Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe

Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen      Waren-/Gütergruppe 50

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den >>> Investitionsgütern zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen rechnen im wesentlichen folgende Waren/Güter:

Schreibmaschinen ohne Rechenwerk

Textautomaten (soweit Einplatzmaschinen)

Rechenmaschinen

Abrechnungsmaschinen

Adressiermaschinen

Sonstige Büromaschinen

Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung (der digitalen Technik). Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

### **2. Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Im wesentlichen wie unter 1. Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe unter 1.

### **3. Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe

Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen

Warengruppe 50

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982. Einbezogen sind Schreibmaschinen und Rechenmaschinen, Vervielfältigungs- und Adressiermaschinen sowie Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung. Nicht berücksichtigt sind elektrische Diktiergeräte sowie Abrechnungsmaschinen, Registrierkassen und sonstige Büromaschinen.

## **Büro- und Verwaltungsgebäude**

### **1. Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **2. Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

### **3. Preisindizes für Bauwerke**

Datennachweis: ab 1958

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Nichtwohngebäude, die überwiegend Büro- und Verwaltungszwecken dienen.

Dazu zählen u.a. die Büro- und Verwaltungsgebäude der gewerblichen Wirtschaft, darunter auch Bank- und Versicherungsgebäude, ferner Bürogebäude der öffentlichen Hand wie Ministerien, Stadtverwaltungen, Postämter, Bahnverwaltungen, ebenso Rundfunkhäuser, Verwaltungsgebäude der Kirchen, der Arbeiterwohlfahrt oder ähnlicher Organisationen.

# Chemische Erzeugnisse

## Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 40 "Chemische Erzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien, Düngemittel, Kunststoffe, Farben und Lacke, pharmazeutische Erzeugnisse sowie sonstige chemische Erzeugnisse für verschiedene Verwendungszwecke.

Nicht berücksichtigt werden Saaten- und Pflanzenschutzmittel sowie Schädlingsbekämpfungsmittel, Farbstoffe, synthetischer Kautschuk und Chemiefasern.

### Begriffsbeziehungen:

Die chemischen Erzeugnisse umfassen neben einer Vielzahl von anderen Waren auch einen Teil der >>> chemischen Verbrauchsgüter (Außenhandelsstatistik).

# Chemische Verbrauchsgüter

## 1.1 Index der Industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

## 1.2 Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe

Chemische Erzeugnisse                      Waren-/Gütergruppe 40

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den >>> Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden.

Zu den chemischen Verbrauchsgütern rechnen im wesentlichen:

- Unbespielte Magnettonbänder, -filme und andere unbespielte Magnettonträger Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel Duft- und Rasierwasser, Hautpflegemittel, Mundpflegemittel, Haarpflegemittel, Badezusatzmittel, andere Körperpflegemittel
- Blei-, Farb- und Kopierstifte, selbstglänzendes Fußbodenpflegemittel, Rohr- und WC-Reiniger
- Kerzen, Zündhölzer.

### Änderungen im Zeitablauf:

Die Auswahl der zu den chemischen Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken unterscheidet sich erheblich von der o.g. Güterauswahl.

### Begriffsbeziehungen:

Siehe unter 2.

## 2. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1970

**Begriffsinhalt:**

Im wesentlichen wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach >>> Verbrauchsgütern und >>> Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttoproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe unter 1.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe chemische Verbrauchsgüter und >>> pharmazeutische und kosmetische Artikel, Wasch- und Putzmittel (Außenhandelsstatistik) sind ähnlich abgegrenzt. Im wesentlichen bestehen folgende Unterschiede: Nur zu den pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, Wasch- und Putzmitteln rechnen die Pharmazeutika (Arzneiwaren, Sera, Transplantate, Desinfektionsmittel u. .). Nur zu den chemischen Verbrauchsgütern rech-

nen Schüler-Farbkästen, Möbel- und Autopflegemittel, Schmal- und Rollfilme, unbespielte Magnettonbänder, Blei-, Farb- und Kopierstifte und Feuerwerksartikel. Die >>> chemischen Erzeugnisse (Statistik der Großhandelsverkaufspreise) umfassen einen Teil der chemischen Verbrauchsgüter, darüber hinaus aber eine Vielzahl anderer Waren, wie anorganische und organische Grundstoffe und Chemikalien, Düngemittel, Kunststoffe, synthetischer Kautschuk, Chemiefasern u.a.

## Container

**Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

**Begriffsinhalt**

Transportgefäße, in denen Güter lose oder wenig verpackt befördert werden und die das Umladen von einem zum anderen Verkehrsmittel erleichtern.

Container, die über 1 - 3 cbm Fassungsvermögen und eine Ladekapazität von 1 t verfügen rechnen zu den Kleincontainern, Container mit mehr als 3 cbm Rauminhalt, aber kleiner als 20-Fuß-Container sind, werden zu den Mittelcontainern gerechnet. Großcontainer haben eine Größe von 20 Fuß oder mehr.

Der Eigentumsbestand erfaßt die Zahl der Container, die sich im Eigentum des jeweiligen Eisenbahnunternehmens befinden.

## Curettage

**Schwangerschaftsabbruchstatistik**

Datennachweis: ab 1977

**Begriffsinhalt:**

Eingriffsart, die neben anderen in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt wird.

Die Curettage ist ein medizinischer Eingriff, bei dem mittels einer Curette (Instrument in der Form eines Löffels) die Gebärmutter ausgeräumt wird.

Nicht einbezogen in die Schwangerschaftsabbruchstatistik werden Nachcurettagen nach anderen Eingriffen.

Neben der Curettage werden außerdem die >>> Vakuumaspiration, die >>> vaginale Hysterotomie, die >>> abdominale Hysterotomie, die >>> Hysterektomie und der >>> medikamentöse Abbruch als Eingriffsarten in der Schwangerschaftsabbruchstatistik erfaßt.

# Dampflokomotiven

## Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)

Datennachweis: 1966 bis 1976

### Begriffsinhalt:

Lokomotiven, deren Antriebskraft Dampf ist, ohne Rücksicht auf die Art der verwendeten Brennstoffe. Die Kraftübertragung kann durch Zylinder oder Turbinen erfolgen.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Dampflokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Dampflokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Dampflokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Dampflokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die Dampflokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

### Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (>>> Dieseltriebwagen, >>> E-Triebwagen - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/ oder Gütern ausgerüstet.

# Darlehen

## 1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

## 2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

## 3. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1974

### Begriffsinhalt:

Ausgabeart mit den Ausgaben für

- die Gewährung von Darlehen an Verwaltungen und sonstige Bereiche (z.B. für Wohnungsbau, Schulbau, Krankenhausbau, Arbeitgeberdarlehen, Darlehen im Sozialbereich, an Wirtschaftsunternehmen usw.),

- Inanspruchnahme aus Gewährleistungen.

Es werden unterschieden:

Darlehen an öffentlichen Bereich

an Bund

an Lastenausgleichsfonds

an ERP-Sondervermögen

an Länder

an Gemeinden/Gemeindeverbände

an Zweckverbände

an die Sozialversicherung;

Darlehen an andere Bereiche

an Unternehmen und Sonstige im Inland sowie aus dem Ausland.

>>> Innere Darlehen der Gemeinden/Gemeindeverbände gelten finanzstatistisch als >>> besondere Finanzierungsvorgänge.



In der Kassenstatistik sind bei den Gemeinden/ Gv. die Darlehen an den öffentlichen Bereich nicht getrennt, sondern zusammen mit den Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Rechnungsstatistik werden bis 1973 nur die Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.

Darlehen, die kommunale Eigenbetriebe bei Dritten aufnehmen, sind in der Rechnungsstatistik ab 1974 und in der Haushaltsansatzstatistik ab 1974 - entsprechend der haushaltsmäßigen Regelung - bei den Gemeinden/ Gv. nicht mehr enthalten. Bis 1973 dagegen wurden diese Finanzvorfälle von den Gemeinden/ Gv. als Darlehen an andere Bereiche (Unternehmen) nachgewiesen. Darlehen an Zweckverbände und die Sozialversicherung sind in der Rechnungsstatistik und in der Haushaltsansatzstatistik jeweils bis 1973 in den Darlehen an andere Bereiche und nicht in den Darlehen an den öffentlichen Bereich enthalten.

Im kommunalen Bereich wurden in den Rechnungsjahren bis 1973 die Darlehen an den öffentlichen Bereich nicht gesondert erhoben; sie sind zusammen mit den Darlehen an andere Bereiche nachgewiesen.

## **Darlehen an Kreditinstitute**

### **Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute**

Datennachweis: 1962 bis März 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Die Darlehen an >>>> Kreditinstitute umfassen reine >>>> Kommunaldarlehen an öffentlich-rechtliche Kreditinstitute, ferner kommunalverbürgte Darlehen und Hypotheken an sonstige Kreditinstitute sowie alle übrigen Ausleihungen im Boden- und Kommunalkreditgeschäft an sonstige Kreditinstitute.

Zu den Darlehen an Kreditinstitute rechnen auch die nicht verbürgten Teile von kommunalverbürgten Darlehen, sofern deren Schuldner ein Kreditinstitut ist.

Die Darlehen von Kreditinstituten umfassen auch die von Boden- und Kommunalkreditinstituten an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute gegebene Darlehen.

Zu den Kreditinstituten rechnen Banken und Geldinstitute im Sinne des § 1, Abs. 1 des Gesetzes über das Kreditwesen sowie rechtlich selbständige und unselbständige Bausparkassen, Teilzahlungskreditinstitute, Postscheck- und Postsparkassenämter, >>> Kapitalanlagegesellschaften (ohne deren Fonds), Bürgschaftsbanken, Wertpapiersammelbanken und inländische Niederlassungen ausländischer Banken.

Die >>>> Neuausleihungen umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Kreditinstitute.

Der >>>> Darlehensbestand gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Kreditinstitute am Monatsende an.

## **Darlehen an Länder zur Förderung des Baues von Ersatzwohnungen und des Aus- und Umbaus im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: 1977 bis 1984

#### **Begriffsinhalt:**

Darlehen des Bundes an Länder im Rahmen des Programms der Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden. Gefördert wurden als Ersatzwohnungsbau der sanierungs- und entwicklungsbedingte Neubau von Wohnungen sowie der Aus- und Umbau von Wohngebäuden.

Sanierungsmaßnahmen umfassen die Behebung städtebaulicher Mißstände insbesondere durch Beseitigung baulicher Anlagen und Verbesserung in von den Gemeinden förmlich festgelegten Sanierungsgebieten.

Entwicklungsmaßnahmen sind Maßnahmen, durch die entsprechend den Zielen der Raumordnung und Landesplanung neue Orte geschaffen oder vorhandene Orte zu neuen Siedlungseinheiten entwickelt oder vorhandene Orte um neue Ortsteile erweitert werden. Die Maßnahmen müssen die Strukturverbesserung in den Ver-

verdichtungsräumen, die Verdichtung von Wohn- und Arbeitsstätten im Zuge von Entwicklungsachsen oder den Ausbau von Entwicklungsschwerpunkten außerhalb der Verdichtungsräume, insbesondere in den hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleibenden Gebieten, zum Gegenstand haben.

Wohnungsbau durch Ausbau eines bestehenden Gebäudes ist das Schaffen von Wohnraum durch Ausbau des Dachgeschosses oder durch eine unter wesentlichem Bauaufwand durchgeführte Umwandlung von Räumen, die nach ihrer baulichen Anlage und Ausstattung bisher anderen als Wohnzwecken dienten. Als Wohnungsbau durch Ausbau eines bestehenden Gebäudes gilt auch der unter wesentlichem Bauaufwand durchgeführte Umbau von Wohnräumen, die infolge Änderung der Wohngewohnheiten nicht mehr für Wohnzwecke geeignet sind, zur Anpassung an die veränderten Wohngewohnheiten.

## **Darlehen an Nichtbanken**

### **Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute**

Datennachweis: 1962 bis März 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Die Darlehen an Nichtbanken umfassen >>> Hypothekarkredite, >>> Kommunalдарlehen ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunalverbürgte Hypotheken), Landeskulturdarlehen und sonstige Darlehen an öffentliche Haushalte, private und öffentliche Unternehmen (ohne Kreditinstitute), Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Die öffentlichen Haushalte umfassen im wesentlichen Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände soweit sie nicht zu den Unternehmen rechnen, Sozialversicherungen und ausländische öffentliche Haushalte, die durch Rechtsverordnung den inländischen öffentlichen Haushalten gleichgestellt sind (z.B. Montanunion).

Zu den öffentlichen Unternehmen rechnen dabei Bundesbahn, Bundespost, rechtlich unselbständige Versorgungs- und Verkehrsbetriebe von Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände mit Wirtschaftsaufgaben.

Als Organisationen ohne Erwerbscharakter gelten Verbände, Vereine und Institute, die ihre Leistungen vorwiegend Unternehmen ohne spezielles Entgelt erbringen und von diesen finanziert werden bzw. deren Leistung vorwiegend privaten Haushalten dienen und die sich zu einem wesentlichen Teil aus freiwilligen Zahlungen von privaten Haushalten und nur zu einem geringen Teil aus öffentlichen Zuwendungen finanzieren. Im einzelnen rechnen dazu z.B. Kirchen, kulturelle und karitative Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, Industrie- und Handelskammern sowie Innungen.

Die >>> Neuausleihungen umfassen die während des Berichtsmonats tatsächlich neu gewährten (ausbezahlten) Darlehen an Nichtbanken.

Der >>> Darlehensbestand gibt den tatsächlichen Umfang der Forderungen aus Darlehen an Nichtbanken am Monatsende an.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis Ende 1968 wurden bei den zu den Darlehen an Nichtbanken rechnenden Hypothekarkrediten auf Wohngrundstücke und bei den >>> kommunalverbürgten Hypotheken auf Wohngrundstücke die Hypotheken für Wohnungsbauten (Wohnbauten, die vor dem 8.5.1945 errichtet wurden) nicht einbezogen.

## **Darlehensbestand**

### **Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute**

Datennachweis: 1962 bis März 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Bestand an langfristigen Darlehen, die von Boden- und Kommunalinstituten gewährt wurden.

Langfristige Darlehen umfassen Hypothekarkredite auf Grundstücke und Schiffe, >>> Kommunalдарlehen ("reine" kommunalverbürgte Darlehen und kommunal verbürgte Hypotheken), Landeskulturdarlehen und sonstige Darlehen.

Neben den Darlehen für eigenen Namen und eigene Rechnung der Boden- und Kommunalkreditinstitute werden auch Darlehen im eigenen Namen und für fremde Rechnung (durchlaufende Kredite) nachgewiesen.

Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen die unter das Hypothekendarlehensgesetz, das Pfandbriefgesetz und das Schiffsdarlehensgesetz fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank) und die Bayerische Landesbodenkreditanstalt (seit 1.7.1972 rechtlich-unselbständige Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale).

Der Darlehensbestand setzt sich zusammen aus dem Bestand an >>> Darlehen an Nichtbanken und dem Bestand an >>> Darlehen an Kreditinstitute. Zum Bestand an Darlehen an Kreditinstitute rechnen dabei auch Darlehensbestände an andere Boden- und Kommunalkreditinstitute.

Der Darlehensbestand wird am Monatsende ermittelt.

Erfasst wird sowohl der Bestand an Darlehen aus dem Alt- als auch aus dem Neugeschäft, d.h. die vor und nach dem 20.6.1948 gewährten Darlehen.

Nicht zum Darlehensbestand zählen Kontokorrentkredite, Schuldscheindarlehen an Industrieunternehmen in privater Rechtsform, Industriekredite an Industrieunternehmen in privater Rechtsform gegen Übereignung bzw. Verpfändung von Waren oder Inventar sowie die für fremden Namen und fremde Rechnung gewährten Kredite (Verwaltungskredite).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis Ende 1968 wurden Darlehensbestände aus dem Altgeschäft (vor dem 20.6.1948 gewährte Darlehen) nicht einbezogen.

Ebenso wurden bis Ende 1968 ein Teil der für Wohnungsbauten (vor dem 8.5.1945 errichtete Wohnbauten) gewährten Darlehen nicht erfasst.

## **Darlehensrückflüsse**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Einnahmeart mit Einnahmen aus Darlehensforderungen und der Inanspruchnahme von Bürgschaften, Gewährverträgen u.ä.

Es werden unterschieden:

**Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich**

- vom Bund
- vom Lastenausgleichsfonds
- vom ERP-Sondervermögen
- von Ländern von Gemeinden/Gemeindeverbänden
- von Zweckverbänden
- von der Sozialversicherung;

**Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen**

- von Unternehmen und Sonstigen im Inland sowie aus dem Ausland.

In der Kassenstatistik sind bei den Gemeinden/Gv. die Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich nicht getrennt, sondern zusammen mit den Darlehensrückflüssen von anderen Bereichen nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Rechnungsstatistik sind bis 1973 nur die Darlehensrückflüsse von anderen Bereichen nachgewiesen.

Darlehensrückflüsse von Zweckverbänden und der Sozialversicherung sind in der Rechnungsstatistik und der Haushaltsansatzstatistik jeweils bis 1973 als Zahlungen von anderen Bereichen klassifiziert, da diese Körperschaften erst ab 1974 finanzstatistisch erfasst werden.

Im kommunalen Bereich wurden in den Rechnungsjahren bis 1973 die Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich nicht gesondert erhoben. Sie sind zusammen mit den Darlehensrückflüssen von anderen Bereichen nachgewiesen.

## **Darstellungseinheiten**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Die Wahl der zweckmäßigsten Darstellungseinheit bildet eines der schwierigsten Probleme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird von analytischen und statistisch-technischen Gesichtspunkten bestimmt. Die Wirtschaftseinheiten können in verschiedener Form und Abgrenzung erfaßt werden. Als Einheiten kommen z.B. im Bereich der gewerblichen Wirtschaft in Betracht: Unternehmenszusammenschlüsse (Konzerne, Organschaften usw.), Unternehmen, örtliche Einheiten und fachliche Einheiten (fachliche Unternehmensteile oder fachliche Betriebsteile).

In den "traditionellen" Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegt die institutionelle Zuordnung zugrunde, die sich für die Erfassung der Marktvorgänge am besten eignet. Darstellungseinheiten sind die kleinsten Institutionen, die selbst bilanzieren (Unternehmen) bzw. die eine eigene Haushalts und ggf. Vermögensrechnung aufstellen (z.B. Gebietskörperschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, private Haushalte). Landwirtschaftliche Betriebe gelten, auch wenn sie zusammen mit gewerblichen Betrieben einem einzigen Eigentümer gehören, stets als selbständige Einheit. Eine wesentliche Ausnahme von dieser allgemeinen Regel bildet die Wohnungsvermietung. Die hiermit verbundenen Tätigkeiten werden, durch das statistische Ausgangsmaterial bedingt, stets isoliert von den übrigen Tätigkeiten der Unternehmen, des Staates, der privaten Haushalte usw. betrachtet und in einem besonderen Bereich im Sektor Unternehmen zusammengefaßt (funktionale Zuordnung). Die Darstellungseinheiten werden nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit zu Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt, die ihrerseits - nach der Art ihres wirtschaftlichen Verhaltens gruppiert - die großen Sektoren der Volkswirtschaft bilden. Es wird dabei davon ausgegangen, daß das wirtschaftliche Verhalten der Wirtschaftseinheiten weitgehend von zwei Faktoren bestimmt wird, nämlich einerseits von der Art der von ihnen vorwiegend ausgeübten bzw. von der besonderen Kombination der bei ihnen vereinigten Tätigkeiten und andererseits von ihrer Stellung zum Markt und den daraus resultierenden Finanzierungsmöglichkeiten. Aus dieser Sicht wird zwischen >>> Unternehmen, >>> Staat, >>> privaten Haushalten und >>> privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unterschieden. (Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Juni 1985.)

Die Darstellungseinheiten der Input-Output-Tabellen sind dagegen, da die Beschreibung von Produktionsvorgängen im Vordergrund steht, nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzt. Sie werden unter streng fachlichen Gesichtspunkten zu Produktionsbereichen zusammengefaßt. Ein Produktionsbereich umfaßt alle Produktionseinheiten, die jeweils ausschließlich und in ihrer Gesamtheit vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren. (Systematik der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen, Ausgabe 1982.)

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die "homogenen Produktionseinheiten" der Input-Output-Rechnung beziehen sich auf fachliche Unternehmensteile, während die Darstellungseinheiten in der Sozialproduktsberechnung - wie oben dargestellt - institutionelle Einheiten sind.

## **Dauergrünland**

### **1. Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis:

#### **Begriffsinhalt:**

Grünlandflächen, die ohne Unterbrechung durch andere Kulturen zur Futter oder Streugewinnung oder zum Abweiden bestimmt sind.

Zum Dauergrünland zählen >>> Wiesen und Mähweiden >>> Weiden mit Almen, Hutungen, Streuwiesen. Bei Mähweiden wechseln Schnitt und Beweidung in kürzeren oder längeren Zeiträumen regelmäßig. Hutungen

sind nur gelegentlich durch Beweidung genutzte Flächen (Nutzung ohne nennenswerten Aufwand an Düngung und Pflege). Der Aufwuchs von Streuwiesen ist nur für Streuzwecke verwendbar.

Zum Dauergrünland rechnen auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, sofern das Obst nur die Nebennutzung, die Gras- oder Heugewinnung aber die Hauptnutzung darstellt; andernfalls zählen diese Flächen zu den Obstanlagen und werden unter den >>> Dauerkulturen nachgewiesen.

Nicht zum Dauergrünland rechnen die Ackerwiesen und -weiden (Grasanbau auf dem >>> Ackerland), auch wenn sie mehrere Jahre genutzt werden.

Ferner zählen Grünlandflächen, die aus sozialen, wirtschaftlichen o.ä. Gründen nicht mehr genutzt werden ("Sozialbrache") nicht zum Dauergrünland, sondern werden unter der >>> nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche erfaßt.

Nachgewiesen wird das Dauergrünland im Besitz >>> landwirtschaftlicher Betriebe. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

Das Dauergrünland wird nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.

## **2. Bodennutzungshaupterhebung**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Grünlandflächen, die dauernd, d.h. ohne Unterbrechung durch andere Kulturen zur Futtergewinnung durch Abmähen oder Abweiden oder zur Streugewinnung genutzt werden. Dazu gehören auch Grünlandflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, das Gras oder Heu aber die Hauptnutzung darstellen.

Zum Dauergrünland zählen >>> Wiesen und Mähweiden, >>> Weiden mit Almen, Hutungen, Streuwiesen.

Grünlandflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst die Hauptnutzung darstellt, zählen nicht zum Dauergrünland. Ebenso zählen Ackerwiesen und Ackerweiden (Grasanbau zum Abmähen oder Abweiden), auch wenn sie mehrere Jahre genutzt werden, nicht zum Dauergrünland.

Nicht erfaßt wird das Dauergrünland, das aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brach liegt (Sozialbrache).

Erfaßt werden land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, land- und forstwirtschaftliche Betriebe unter 1 ha Betriebsfläche und Gesamtflächen unter 1 ha mit bestimmten Mindesterzeugungseinheiten sowie sonstige Flächen auf denen Reben, Obst, Gemüse, Zierpflanzen oder Baumschulerzeugnisse für den Verkauf angebaut werden.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1969 waren die Mähweiden infolge anderer Abgrenzungen in den Positionen Wiesen und Weiden enthalten. Ebenfalls bis 1969 waren die aus sozialen, wirtschaftlichen oder anderen Gründen brachliegenden Grünlandflächen (Sozialbrache) im Dauergrünland enthalten.

Bis einschl. 1978 wurden die Flächen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche erfaßt und die übrigen Dauergrünlandflächen durch die Gemeinden festgestellt.

## **Dauerkulturbetriebe**

### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis:

### **Begriffsinhalt:**

>>> Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Produktionsbereich  
>>> Landwirtschaft, die in ihren Produktionszweigen Obstbau, Weinbau und Hopfenbau Standarddeckungsbei-

träge erwirtschaften, die zusammengekommen gleich oder größer als 50 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes sind.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe liegt im Produktionsbereich Landwirtschaft, wenn sie im Produktionsbereich Landwirtschaft einen Standarddeckungsbeitrag erwirtschaften, der gleich oder größer als 75 % des Standarddeckungsbeitrages des Betriebes ist.

Der Produktionsbereich Landwirtschaft umfaßt die Produktionszweige Intensivfrüchte, Extensivfrüchte, Milchvieh, Rindermast, Schweine, Geflügel, Weinbau, Hopfenbau und Obstbau.

Landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen.

Zu Einzelheiten der Zuordnung von Frucht- bzw. Vieharten zu den Produktionszweigen und -bereichen sowie zur Berechnung der Standarddeckungsbeiträge siehe unter >>> Betriebssystematik.

## **Dauerkulturen**

### **Landwirtschaftszählung 1971**

Datennachweis:

#### **Begriffsinhalt:**

Die Dauerkulturen umfassen >>> Obstanlagen, >>> Baumschulen, >>> Rebland sowie >>> Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Obstanlagen sind ertragfähige und noch nicht ertragfähige Anlagen von Obstbäumen und -sträuchern ohne Unterkultur oder als Hauptnutzung mit Unterkultur. Eine Hauptnutzung mit Unterkultur (auf >>> Ackerland oder >>> Dauergrünland) liegt vor, wenn die Pflegemaßnahmen und die sonstigen Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind. Als Anlagen werden alle Flächen angesehen, auf denen Bäume oder Sträucher nach einem bestimmten Pflanzsystem gepflanzt sind. Eine einzelne Baumreihe kann als Obstanlage angesehen werden, wenn wenigstens zehn Bäume nur einer Art in gleichmäßigen Abständen von höchstens zehn Metern gepflanzt sind. Weitere Voraussetzung ist, daß die Pflegemaßnahmen und die sonstigen Arbeiten hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Obstkulturen ausgerichtet sind, auch wenn diese noch nicht im Ertrag stehen.

Das mit Obstbäumen bestandene Ackerland, dessen Hauptnutzung in der Gewinnung von Ackerfrüchten besteht, rechnet zum Ackerland, entsprechend zählen mit Obstbäumen bestandene Wiesen und Weiden zum Dauergrünland, wenn sie hauptsächlich der Erzeugung von Gras oder Heu dienen. Nicht genutzte Obstanlagen werden zur >>> nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche gerechnet.

Nicht erfaßt werden Obstbäume und -sträucher in Haus-, Nutz- und Kleingärten und verstreut oder vereinzelt stehende Obstbäume sowie der Anbau von Erdbeeren für den Eigenbedarf. Die Flächen der zum Erwerb angebauten Erdbeeren rechnen gleichfalls zum Ackerland.

Baumschulen umfassen die Flächen zur Aufzucht und Vermehrung von Gehölzen, einschl. der für das Frühjahr vorbereiteten Neuanlagen sowie der Forstbaumschulen. Die Saat- und Pflanzgärten der Forstbetriebe zählen dagegen zur >>> Waldfläche.

Zum Rebland zählen die mit Reben bestockten Flächen, auch wenn sie nicht im Ertrag stehen, einschl. der Rebschulen, Rebschnittgärten und Jungfelder sowie der zeitweilig brachliegenden Flächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden (Rebbrache).

Vorübergehend anderweitig genutzte Flächen werden unter der jeweiligen Nutzungsart erfaßt. Ehemalige Rebflächen, die nicht mehr bestockt werden sollen, werden zu der nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Fläche gerechnet.

Zu den Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen zählen die Flächen mit geschlossenen Beständen an Korbweiden und Pappeln sowie die Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes.

Nachgewiesen werden die Dauerkulturen im Besitz von >>> landwirtschaftlichen Betrieben. Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren >>> landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer Waldfläche beträgt.

Die Dauerkulturen werden nach dem Betriebsprinzip erhoben und nachgewiesen, d.h. jeweils nach dem Ort des Betriebssitzes. Die Flächennachweisungen - vor allem für kleinere Gebietseinheiten (Gemeinde, Kreis) - lassen

daher keinen unmittelbaren Rückschluß auf die tatsächliche Nutzung der Katasterfläche der jeweiligen Gebietseinheit zu. Aufgrund der Verwendung des Betriebsprinzips werden auch die in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland belegenen Flächen einbezogen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Inland bewirtschaftet werden, nicht aber im Inland belegene Flächen, die von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland bewirtschaftet werden.

## **Deutsche**

### **1. Volks- und Berufszählung 1987**

### **2. Arbeitsstättenzählung 1987**

### **3. Studentenstatistik**

Datennachweis: ab 1967

### **4. Statistik der Hochschulprüfungen**

Datennachweis: ab 1959

### **5. Statistik des allgemeinen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

### **6. Statistik des beruflichen Schulwesens**

Datennachweis: ab 1967

#### **Begriffsinhalt:**

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie Personen, die nach dem Grundgesetz den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind.

Den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ist nach Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz gleichgestellt, wer als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat.

Personen, die die deutsche und zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen zu den Deutschen.

In der Volks- und Berufszählung 1987 sind die Familienmitglieder von Angehörigen ausländischer Stationierungstreitkräfte und von Mitgliedern der diplomatischen und konsularischen Vertretungen auch dann nicht einbezogen worden, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (z.B. deutsche Ehefrauen solcher Personen).

In der Arbeitsstättenzählung 1987 sind alle Deutschen, die bei Vertretungen fremder Staaten oder bei Dienststellen der Stationierungstreitkräfte usw. beschäftigt waren, nicht erfaßt worden.

In der Studentenstatistik und der Statistik der Hochschulprüfungen werden deutsche >>> Studenten und >>> Studienanfänger nachgewiesen.

In der Statistik des allgemeinen Schulwesens und der Statistik des beruflichen Schulwesens werden deutsche >>> Schüler nachgewiesen.

## **Deutsche Bevölkerung in Privathaushalten**

### **1.1 Vorausschätzung der Privathaushalte**

Datennachweis: 1961 bis 1990

### **1.2 Vorausschätzung der Privathaushalte**

Datennachweis: 1982 bis 2000

#### **Begriffsinhalt:**

Alle in >>> Privathaushalten lebenden Personen, soweit sie >>> Deutsche sind.

Zur >>> Bevölkerung in Privathaushalten gehören Personen, die in der Erfassungsgemeinde ihren alleinigen Wohnsitz haben, sowie Personen mit mehreren >>> Wohnungen oder >>> Unterkünften.

Bei dieser Bevölkerungsgruppe kann es zu Mehrfachzählungen von Personen mit mehr als einer Wohnung im Bundesgebiet kommen. Diese Personen werden, soweit sie Mitglied eines Haushalts sind, sowohl in der einen als auch in der anderen Wohnung als Haushaltsmitglieder gezählt. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als >>> Untermieter(in) einen zweiten Wohnsitz hat, Angehörige von zwei Haushalten: Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter(in) einen >>> Einpersonenhaushalt.

Diese Regelung ist dadurch gerechtfertigt, daß Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Ausnahme:

Ledige Personen, die 25 Jahre und älter sind, zählen nicht mehr zum Haushalt der Eltern, wenn sie eine weitere Wohnung haben, sich dort überwiegend aufhalten und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Sie können in diesem Fall nicht Bezugsperson im Haushalt der Eltern sein und müssen als Stellung zur Bezugsperson "Kind" oder "Enkel" angegeben haben.

Als Deutsche gelten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sowie Personen, die nach dem Grundgesetz den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die in der Vorausschätzung der Privathaushalte 1961 bis 1990 für 1961 und 1970 als Vergleichszahlen nachgewiesenen Daten beruhen auf Ergebnissen der jeweiligen Volks- und Berufszählungen, die Daten für 1978 auf Ergebnissen des Mikrozensus. Die Daten für 1980 und folgende Jahre stellen geschätzte Werte dar.

1961 wird die >>> wohnberechtigte Bevölkerung (ohne Anstaltsbevölkerung) und 1970 die Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt, jeweils ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, nachgewiesen.

Die Angabe für 1978 stellt allein die Zahl der Deutschen dar, die zur Bevölkerung in Privathaushalten rechnen. Für 1980 und folgende Jahre werden geschätzte Daten über die deutsche Bevölkerung in Privathaushalten nachgewiesen.

Die in der Vorausschätzung der Privathaushalte 1982 bis 2000 für 1982 als Vergleichszahlen nachgewiesenen Daten beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus. Die Daten für 1985 und folgende Jahre stellen geschätzte Werte dar.

## **Deutsche Bundesbahn**

### **1. Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

### **2. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)**

Datennachweis: ab 1966

### **3. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr**

Datennachweis: ab 1980

### **4. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Sondervermögen des Bundes mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung, das dem öffentlichen Verkehr dienende Eisenbahnen und Busverkehr betreibt.

Eisenbahnen dienen dann dem öffentlichen Verkehr, wenn sie jedermann zur Personen- und Güterbeförderung benutzen kann.

In den Eisenbahnstatistiken werden im wesentlichen Einrichtungen und Verkehrsleistungen der Deutschen Bundesbahn nachgewiesen.

In der Statistik des Straßenpersonenverkehrs werden im wesentlichen Fahrzeuge, Beschäftigte und Verkehrsleistungen des Bahnbusverkehrs nachgewiesen.

In der Personalstandstatistik wird der Personalstand der Deutschen Bundesbahn nachgewiesen.



# Deutsche Bundespost

## 1. Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes

Datennachweis: ab 1960

## 2. Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr

Datennachweis: 1980 bis 1985

### Begriffsinhalt:

Sondervermögen des Bundes mit eigener Haushalts- und Wirtschaftsführung. Die wesentlichen Aufgabengebiete sind die Nachrichtenübermittlung, der Postscheck- und Postsparkassendienst und der Kleingutverkehr.

In der Personalstandstatistik wird der Personalstand der Deutschen Bundespost nachgewiesen.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. Mitte 1985 gehörte der Postreisedienst zu den Aufgabengebieten der Deutschen Bundespost. Der Postreisedienst wurde ab 1982 nach und nach auf die >>> Deutsche Bundesbahn übergeleitet. Mitte 1985 ist dieser Prozeß abgeschlossen, so daß ab dann die Deutsche Bundespost nicht mehr zu den Unternehmen mit Straßenpersonenverkehr gehört.

# Dienstgutverkehr

## Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)

Datennachweis: ab 1966

### Begriffsinhalt:

Frachtfreie Beförderung von Gütern für eigene Zwecke der Eisenbahnunternehmen >>> (Deutsche Bundesbahn, >>> Nichtbundeseigene Eisenbahnen).

Erfaßt werden alle von Eisenbahnunternehmen transportierten Dienstgüter, bei denen Versand- und Empfangsort im Bundesgebiet liegen, sowie Gütertransporte, bei denen nur der Empfangsort im Bundesgebiet liegt.

### Begriffsbeziehungen:

Dienstgutverkehr ist im Unterschied zum >>> Stückgutverkehr, zum >>> Wagenladungsverkehr und zum >>> Expregutverkehr (alle Eisenbahnstatistik) nicht frachtpflichtig.

# Dienstleistungen und Reparaturen

## Preisindizes für die Lebenshaltung

Datennachweis: ab 1962

### Begriffsinhalt:

Ausgaben privater Haushalte für Dienstleistungen, die von Unternehmen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und vom Staat erbracht werden.

Zu den Dienstleistungen werden die in den Gliederungspositionen der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983, jeweils enthaltenen Dienstleistungen zusammengefaßt. Im einzelnen zählen dazu:

Gastgewerbeleistungen (Verzehr von Speisen und Getränken in Gaststätten, Übernachtungen mit Frühstück), Bauhandwerkliche Leistungen (Schönheitsreparaturen, Tischler-, Klempner- und Elektrikerarbeiten), andere Handwerkerleistungen (Schneider- und Schusterarbeit, Kfz-Pflege und -Reparatur, Friseurleistungen, Reparatur von Fernsehgeräten und Uhren),

Verkehrstarife (Fahrten mit Straßenbahn, Bahn, Linienbus, Flugzeug, Taxi),

Öffentliche Gebühren (Post- und Telefongebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Kfz-Steuer),

Honorare für Ärzte und Anwälte,

Kultur- und Sportveranstaltungen (Kino, Theater, Oper, Fußball, Hallenbad),  
Unterricht und Kindergartenbesuch (Fahrschulunterricht, Volkshochschulunterricht, Kindergartenbesuch, Tennis- und Tanzunterricht),  
Urlaubsreisen (Pauschalreisen u.a.),  
Versicherungen (Kranken-, Kfz-, Hausratversicherung),  
sonstige Leistungen (Bankgebühren, Wäscherei und Reinigung, Putz- und Waschlöhne, Entwickeln von Filmen u.a.).

## **Dienstleistungsentgelt aus Beitragseinnahmen der Versicherungsunternehmen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Das in den Bruttoprämien enthaltene Entgelt für die Dienstleistungen der >>> Versicherungsunternehmen. Dieser Dienstleistungsanteil wird ermittelt, indem von den Beitragseinnahmen im Erstversicherungsgeschäft für das Geschäftsjahr und den Erträgen aus der Verzinsung der Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen (einschl. Kursgewinnen bzw. -verlusten) die in der gleichen Periode fälligen Leistungen abgezogen werden. Die Erträge aus der Verzinsung umfassen neben den Zinseinnahmen aus Kapitalanlagen (bei der Lebensversicherung) auch die gezahlte und zurückgestellte Gewinnbeteiligung der Versicherten. Nicht einbezogen ist der Teil der Vermögenserträge, der auf die "eigenen Mittel" der Versicherungsunternehmen entfällt (entsprechend ist dieser Teil der Vermögenserträge auch nicht in der >>> Bruttowertschöpfung und in den "entstandenen" Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Versicherungsunternehmen enthalten). Die erwähnten Leistungen umfassen sowohl Zahlungen als auch Rückstellungen für das Geschäftsjahr.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Das Dienstleistungsentgelt aus Beitragseinnahmen ist der wesentliche Bestandteil des Produktionswertes der Versicherungsunternehmen, der außerdem Erlöse aus dem aktiven Rückversicherungsgeschäft, der Vermietung von gewerblich genutzten Grundstücken u.ä. enthält (>>> Produktionswert der Unternehmen).

## **Diesellokomotiven**

### **Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

#### **Begriffsinhalt:**

Lokomotiven, die durch einen Dieselmotor angetrieben werden, ohne Rücksicht auf die eingebaute Kraftübertragungsanlage. Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Zu den Diesellokomotiven rechnen auch Lokomotiven besonderer Bauart, wie Kleinlokomotiven oder Lokomotiven, die mit Druckluft, Gas oder Benzin betrieben werden.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Diesellokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Diesellokomotiven. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Diesellokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Diesellokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die Diesellokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen >>> (Dieseltriebwagen, >>> E-Triebwagen - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/ oder Gütern ausgerüstet.

# Dieseltriebwagen

## Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)

Datennachweis: ab 1966

### Begriffsinhalt:

Triebwagen, die durch einen Dieselmotor angetrieben werden.

Triebwagen sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zum Bewegen von Schienenfahrzeugen und zugleich für die Beförderung von Personen und/oder Gütern bestimmt sind.

Zu den Dieseltriebwagen werden auch die Triebwagen besonderer Bauart gezählt, wie Schienenomnibusse oder durch Benzin, Methan o.ä. angetriebene Triebwagen.

Als Bestand an Triebwagen wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen Dieseltriebwagen, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten Dieseltriebwagen. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige Dieseltriebwagen sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen Dieseltriebwagen.

Nicht berücksichtigt werden die Dieseltriebwagen, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

### Begriffsbeziehungen:

Im Unterschied zu den Triebwagen sind Lokomotiven (>>> Diesellokomotiven, >>> E-Lokomotiven) nicht für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

# Direkte Steuern

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Alle vom >>> Staat erhobenen Steuern, die das Einkommen derjenigen Wirtschaftseinheiten belasten, die diese Abgaben zu leisten haben.

Nicht hierzu rechnen die bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen Steuern (indirekte Steuern) und die als Vermögensübertragungen gebuchten Steuern und steuerähnlichen Abgaben, wie die Erbschaftsteuer und - bis 1974 - die Ablösungsbeträge im Rahmen des Lastenausgleichs. Letztere werden ab 1975 ebenfalls zu den direkten Steuern gerechnet.

Die direkten Steuern umfassen

- Steuern auf das Einkommen und Vermögen, nämlich
  - Einkommensteuer,
  - Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (bis 1974),
  - Lohnsteuer,
  - Körperschaftsteuer,
  - Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer,
  - nichtveranlagte Steuern vom Ertrag,
  - Vermögensteuer,
  - Lastenausgleichsabgaben;
- Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie z.B.
  - Kraftfahrzeugsteuer der privaten Haushalte (also nicht die von Unternehmen, von staatlichen Behörden und Einrichtungen sowie von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gezahlte Kraftfahrzeugsteuer, die als indirekte Steuer gebucht wird),
  - Hundesteuer,
  - Jagd- und Fischereisteuer u.ä.

Einbezogen ist außerdem der 1970 und 1971 einbehaltene rückzahlbare Konjunkturzuschlag zur veranlagten Einkommensteuer, zur Lohnsteuer und zur Körperschaftsteuer. Er stellt nach der Abgabenordnung zwar keine Steuer dar, wirkt ökonomisch jedoch wie eine besondere Art Steuervorauszahlung. Seine Rückzahlung, die

hauptsächlich im Jahr 1972 erfolgte, wurde in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechend als verminderte Steuerzahlung seitens der Empfänger des zurückgezählten Konjunkturzuschlages behandelt.

In den Angaben über die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer ist der von Mitte 1973 bis 1974 erhobene Stabilitätzuschlag enthalten.

Eine weitere Besonderheit im Nachweis von Steuern in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besteht darin, daß - abweichend von den kassenmäßigen Steuerzahlen - die Einnahmen aus der Lohnsteuer nicht um die ab 1971 aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Arbeitnehmersparzulagen und die Einnahmen aus der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht um die aus dem Aufkommen der genannten Steuern ab 1969 geleisteten Investitionszulagen gekürzt sind.

Bei den vom Unternehmenssektor (Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit) gezahlten direkten Steuern handelt es sich um die Körperschaftsteuer, die Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer und die auf Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit entfallenden Teile der nichtveranlagten Steuern vom Ertrag, der Vermögensteuer und der laufenden Lastenausgleichsabgaben. - Die aus der übrigen Welt an den Staat fließenden direkten Steuern betreffen die Lohnsteuer der Einpendler in das Bundesgebiet, die Einkommensteuer sowie die von 1965 bis 1984 erhobene Kuponsteuer auf Kapitalerträge der Ausländer.

Die direkten Steuern sollen grundsätzlich im Zeitpunkt der Fälligkeit nachgewiesen werden. Bei der Lohnsteuer wird dies dadurch zu erreichen versucht, daß dem jeweiligen Berichtsjahr die Kassenzahlen für die Monate Februar des Berichtsjahres bis Januar des folgenden Jahres zugerechnet werden (entsprechend wird auch bei Halbjahren vorgegangen). Bei der Einkommen und Körperschaftsteuer sowie auch bei den sonstigen direkten Steuern muß aus Mangel an entsprechenden Unterlagen von einer Umrechnung abgesehen werden.

Veranlagte Einkommensteuer, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer 1970 und 1971 einschl., 1972 nach Erstattung des rückzahlbaren Konjunkturzuschlages, 1973 und 1974 einschl. Stabilitätzuschlag. - Ab 1975 einschl. der Ablösungsbeträge im Rahmen des Lastenausgleichs.

## **Dorfgebiet**

### **Statistik der Kaufwerte für Bauland**

Datennachweis: ab 1962; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 03/1991

#### **Begriffsinhalt:**

Gebiete, die vorwiegend der Unterbringung der Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und dem dazugehörigen Wohnen dienen.

Dorfgebiete dienen darüber hinaus auch dem sonstigen Wohnen.

Nachgewiesen werden >>> Kaufwerte für Bauland in Dorfgebieten.

## **Druckereierzeugnisse**

### **Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 57 "Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sowie Kunstdruckblätter und -karten.

Nicht berücksichtigt werden Geschäftspapiere, Druckereierzeugnisse für Verpackungszwecke und Werbungs-material, Kalender, Noten- und Liederbücher, Lichtpaus- und verwandte Waren sowie sonstige Druckereierzeugnisse.

# **Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft**

## **Düngemittelstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Lieferungen von mineralischen Düngemitteln, die zum Verbrauch in der Landwirtschaft des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) bestimmt sind, durch Unternehmen (Erzeuger und Importeure), die Düngemittel erstmalig in Verkehr bringen.

Erfaßt wird der Absatz der Nährstoffe Stickstoff, Phosphat, Kali und Kalk.

## **Durchgangsverkehr**

### **1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)**

Datennachweis: ab 1966

### **2. Statistik des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

### **3. Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

### **4. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen**

Datennachweis: ab 1962

### **5. Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen**

Datennachweis: ab 1962

### **Begriffsinhalt:**

Verkehr von Gebieten außerhalb des Bundesgebietes nach Gebieten außerhalb des Bundesgebietes durch das Bundesgebiet.

In der Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen wird der Durchgangsverkehr ohne Umladungen nicht erfaßt.

In der Eisenbahnverkehrsstatistik, in der Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs und in der Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen werden auch Gütertransporte von der ehem. DDR (einschließlich Berlin (Ost)), durch das Bundesgebiet in dritte Länder und umgekehrt erfaßt.

Dabei wird in der Eisenbahnverkehrsstatistik der nur durch Berlin (West) führende Durchgangsverkehr nicht berücksichtigt.

In der Statistik des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs wird der Durchgangsverkehr mit im Bundesgebiet beheimateten und mit ausländischen Lastkraftfahrzeugen erfaßt, nicht jedoch Durchgangsverkehr mit in der ehem. DDR und Berlin (Ost) beheimateten Fahrzeugen.

## **Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der Arbeiter**

### **Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)**

Datennachweis: ab 1950

### **Begriffsinhalt:**

Durchschnittliche bezahlte wöchentliche Arbeitszeit je Arbeiter.

Als bezahlte Arbeitszeit gelten die effektiv geleisteten Stunden (dies sind in der Regel die "hinter der Stechuhr", d.h. innerhalb der Arbeitsstätte bzw. auf der Arbeitsstelle verbrachten Zeiten abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen, wie z.B. die Mittagszeit) zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden, z.B. für

bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, bezahlte Arbeitspausen, bezahlte Freizeit aus betrieblichen oder persönlichen Gründen (Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u.ä.).

In die effektiv geleisteten Stunden sind auch die Mehrarbeitsstunden einbezogen (das sind Arbeitsstunden, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht).

Im Falle eines Arbeitskampfes werden die vor seinem Beginn bezahlten Wochenstunden zugrunde gelegt. Die bezahlten Wochenstunden stellen also gleichzeitig die vom Arbeitgeber "angebotene Arbeitszeit" dar.

Werden wegen gesundheitsgefährdender Arbeit oder besonderer Erschwernisse mehr Stunden bezahlt als geleistet worden sind, so wird nur die Zahl der tatsächlich geleisteten Stunden berücksichtigt. Die im Zuge der Arbeitszeitverkürzung gewährten "Ruhetage" gelten weder als Arbeitstage noch als bezahlte Ausfallzeit.

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nicht einbezogen werden Teilzeitbeschäftigte, Auszubildende, Praktikanten und Volontäre, ferner Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden, Arbeiter, die aus persönlichen Gründen während des Erhebungszeitraums länger als drei Tage unbezahlt gefehlt haben und Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen, außerdem Mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter und Zwischenmeister.

Einbezogen sind hingegen von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer. In den neuen Ländern sind Kurzarbeiter mit mehr als 3 Tagen bzw. 24 Stunden Kurzarbeit im Monat nicht einbezogen.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlich bezahlten Wochenstunden werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlich bezahlten Wochenstunden in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnittlich bezahlten Wochenstunden als einfaches arithmetisches Mittel aus den durchschnittlich bezahlten Wochenstunden in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

## **Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten**

### **Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Angestellte)**

Datennachweis: ab 1957

#### **Begriffsinhalt:**

Durchschnittliche Bruttoverdienste je Angestellten während eines Monats.

Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) gezahlt werden.

Dies sind normalerweise das tarifliche oder frei vereinbarte Gehalt einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge.

Zu den laufenden Zahlungen gehören z.B. auch

- vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohnsteuerbeiträge und Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,
- der auf den Erhebungsmonat entfallende Provisionsanteil, sofern Angestellte neben einem festen Gehalt (Umsatz-) Provision erhalten,
- in monatlichen Teilbeträgen gezahlte Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligungen u.ä.,
- monatlich gezahlte vermögenswirksame Leistungen,
- der steuerliche Wert gewährter freier Kost und/oder Unterkunft, sofern durch diese Leistungen Teile des Bruttogehalts oder das ganze Bruttogehalt abgegolten werden,
- im Erhebungszeitraum einbehaltene Abzüge zur Rückzahlung von Darlehen, Gehaltsvorschüssen u.ä.

Nicht zu den laufenden Zahlungen rechnen z.B.

- die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,

- der Arbeitgeberzuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag für nicht versicherungspflichtige Angestellte,
- einmalig oder in unregelmäßigen Abständen gezahlte Gratifikationen, Gewinnanteile und -beteiligungen, Prämien, vermögenswirksame Leistungen,
- Jahresabschlußprämien, 13. Monatsgehalt,
- Abgeltung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub,
- zusätzlich gezahltes Urlaubsgeld,
- Arbeitnehmer-Sparzulage,
- Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen (soweit nicht lohnsteuerpflichtig),
- Zahlungen aus betriebseigenen oder fiskalischen Mitteln als Unterstützungen oder Beihilfen für betriebsbedingte Arbeitszeiteinschränkungen (z.B. Kurzarbeit; in den neuen Ländern für Kurzarbeiter, die nicht mehr als 3 Tage oder 24 Stunden im Monat kurzgearbeitet haben),
- das gesetzliche Kindergeld, auch wenn es vom Arbeitgeber ausgezahlt wird,
- im Erhebungszeitraum gewährte Vorschüsse, Darlehen, ausgezahlte Nach- und Rückzahlungen,
- Naturalleistungen (außer freier Kost und/oder Unterkunft).

Als Angestellte gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Angestelltenrentenversicherung unterliegen oder die von der Versicherungspflicht aufgrund besonderer Vorschriften befreit sind. Außertarifliche Angestellte werden auch einbezogen.

Nicht einbezogen werden leitende Angestellte mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis (Leistungsgruppe I), die gesetzlichen Vertreter von Körperschaften (z.B. Geschäftsführer einer GmbH), die hauptamtlich angestellten Mitarbeiter des Werbeaußen- und Prämieneinzugsdienstes im privaten Versicherungsgewerbe, ferner Teilzeitbeschäftigte, Auszubildende, Praktikanten und Volontäre, Mithelfende Familienangehörige, Angestellte, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen sowie Angestellte, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat Gehalt beziehen.

Kaufmännische (technische) Angestellte sind Angestellte, die gemäß ihrer tariflichen Gehaltsgruppe überwiegend im kaufmännischen (technischen) Bereich des Betriebes tätig sind. Wenn die Tarifverträge eine derartige Unterteilung nicht vorsehen, werden sämtliche Angestellte als kaufmännische gezählt.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste als einfaches arithmetisches Mittel aus den durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten in den vier Erhebungsmonaten ermittelt. Ab 1973 werden Meister im Angestelltenverhältnis einbezogen und zu den technischen Angestellten gerechnet.

## **Durchschnittliche Bruttowochenverdienste der Arbeiter**

### **Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Durchschnittliche Bruttoverdienste je Arbeiter während einer Woche. Der Bruttoverdienst umfaßt alle Beträge, die dem Arbeitnehmer laufend (regelmäßig) gezahlt werden. Dies sind normalerweise der tarifliche oder frei vereinbarte Lohn einschl. tariflicher und außertariflicher Leistungs-, Sozial- und sonstiger Zulagen und Zuschläge. Zu den laufenden Zahlungen gehören z.B. auch

- vom Arbeitgeber freiwillig übernommene Lohnsteuerbeträge und Arbeitnehmeranteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,
- der auf den Erhebungsmonat entfallende Provisionsanteil, sofern Arbeiter neben einem festen Lohn (Umsatz-) Provision erhalten,
- in monatlichen Teilbeträgen gezahlte Gratifikationen, Jahresabschlußprämien, 13. Monatslohn, Gewinnbeteiligungen u.ä.,

- monatlich gezahlte vermögenswirksame Leistungen,
- das Urlaubsentgelt der Bauarbeiter, auch soweit es von den Urlaubskassen erstattet wird,
- der steuerliche Wert gewährter freier Kost und/oder freier Unterkunft, sofern durch diese Leistungen Teile des Bruttolohns oder der ganze Bruttolohn abgegolten werden,
- im Erhebungszeitraum einbehaltene Abzüge zur Rückzahlung von Darlehen, Lohnvorschüssen u.ä.

Nicht zu den laufenden Zahlungen rechnen z.B.

- die Arbeitgeberanteile an den Beiträgen zur Sozialversicherung,
- einmalig oder in unregelmäßigen Abständen gezahlte Gratifikationen, Gewinnanteile und -beteiligungen, Prämien, vermögenswirksame Leistungen,
- Jahresabschlußprämien, 13. Monatslohn,
- Abgeltung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub,
- zusätzlich gezahltes Urlaubsgeld,
- Arbeitnehmer-Sparzulage,
- die im Bergbau gewährte Bergmannsprämie und der Wert des Kohlendeputats,
- die an die Zusatzversorgungskasse des Baugewerbes vom Arbeitgeber abzuführenden Beiträge,
- Wintergeld und Schlechtwettergeld im Baugewerbe,
- Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen (soweit nicht lohnsteuerpflichtig),
- Zahlungen aus betriebseigenen oder fiskalischen Mitteln als Unterstützungen oder Beihilfen für betriebsbedingte Arbeitszeiteinschränkungen (z.B. Kurzarbeit; in den neuen Ländern für Kurzarbeiter, die nicht mehr als 3 Tage oder 24 Stunden im Monat kurzgearbeitet haben),
- das gesetzliche Kindergeld, auch wenn es vom Arbeitgeber ausgezahlt wird,
- im Erhebungszeitraum gewährte Vorschüsse, Darlehen, ausgezahlte Nach und Rückzahlungen,
- Naturalleistungen (außer freier Kost und/oder Unterkunft).

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.

Nicht einbezogen werden Teilzeitbeschäftigte, Auszubildende, Praktikanten und Volontäre, ferner Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden, Arbeiter, die aus persönlichen Gründen während des Erhebungszeitraums länger als drei Tage unbezahlt gefehlt haben und Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen, außerdem Mithelfende Familienangehörige, Heimarbeiter und Zwischenmeister.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttowochenverdienste werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Bruttowochenverdienste als einfaches arithmetisches Mittel aus den durchschnittlichen Bruttowochenverdiensten in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

## **Durchschnittliche Mehrarbeitsstunden (Arbeiter)**

### **Verdiensterhebung in Industrie und Handel (nur Arbeiter)**

Datennachweis: ab 1951

#### **Begriffsinhalt:**

Bezahlte Arbeitsstunden je Arbeiter, die über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet und nicht durch Gewährung von Freizeit an anderen Tagen ausgeglichen werden, unabhängig davon, ob für diese Stunden ein Zuschlag bezahlt wird oder nicht.

Die durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden (Arbeiter) stellen einen Teil der >>> durchschnittlich bezahlten Wochenstunden (Arbeiter) dar.

Als Arbeiter gelten alle Personen in abhängiger Stellung, die der Versicherungspflicht in der Arbeiterrentenversicherung unterliegen.



Nicht einbezogen werden >>> Teilzeitbeschäftigte, >>> Auszubildende, Praktikanten und Volontäre, ferner Arbeiter, die wegen Krankheit, Einstellung oder Entlassung nicht für den ganzen Erhebungsmonat entlohnt werden, Arbeiter, die aus persönlichen Gründen während des Erhebungszeitraums länger als drei Tage unbezahlt gefehlt haben und Arbeiter, die als Empfänger von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ein vermindertes Arbeitsentgelt beziehen, außerdem Heimarbeiter und Zwischenmeister. Einbezogen sind hingegen von Kurzarbeit betroffene Arbeitnehmer.

Die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter werden auf der Basis eines linearen Regressionsansatzes aus den durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1956 wurden auch Mehrarbeitsstunden einbezogen, die durch Gewährung von Freizeit ausgeglichen werden konnten. Seit 1957 gilt die oben genannte Regelung, wonach nur solche Mehrarbeitsstunden einbezogen werden, die nicht durch Gewährung von Freizeit ausgeglichen werden.

Bis einschl. 1963 wurden die jährlich nachgewiesenen durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter als einfaches arithmetisches Mittel aus den durchschnittlichen Mehrarbeitsstunden je Woche und Arbeiter in den vier Erhebungsmonaten ermittelt.

## **Durchschnittlicher postoperativer Aufenthalt ohne ambulante Fälle**

### **Schwangerschaftsabbruchstatistik**

Datennachweis: ab 1977

#### **Begriffsinhalt:**

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer im >>> Krankenhaus nach einem stationär durchgeführten Schwangerschaftsabbruch.

Durchschnittliche Anzahl der Tage, die eine Schwangere nach einem stationär durchgeführten Schwangerschaftsabbruch in einem Krankenhaus verbleibt. Der Tag des Eingriffs ist bei der Berechnung der Aufenthaltsdauer nicht mitgerechnet. Unberücksichtigt bleibt auch die Aufenthaltsdauer, die nicht durch den Schwangerschaftsabbruch oder hierdurch entstandene Komplikationen bedingt ist.

Nicht berücksichtigt sind Fälle, bei denen der Schwangerschaftsabbruch ambulant vorgenommen wird, d.h. die Frauen bereits am Tag des Eingriffs wieder entlassen werden können.

## **Durchschnittlicher Säuregehalt**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Alle im Wein oder Most vorkommenden, sauer reagierenden Stoffe, wie Wein-, Äpfel-, Milch-, Essigsäure sowie saure Salze (Weinstein). Die Bestimmung des Säuregehaltes erfolgt durch Titration mit Lauge. Die Gehalte werden in Deutschland als Weinsäure berechnet. Die Durchschnitte werden als "gewogene", mit der jeweiligen Menge im Einklang stehenden Durchschnitte ermittelt.

## **Durchschnittliches Mostgewicht**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Durchschnittliches Mostgewicht ist das spezifische Gewicht eines Liters Most und wird sowohl durch Dichtemessungen als auch durch optische Meßmethoden festgestellt. Das durchschnittliche Mostgewicht bezieht sich in erster Linie auf die Inhalte von Zucker und zuckerfreien Extrakten, die ihrerseits das wichtigste Maß für die Qualität darstellen. Der Durchschnitt wird mengenbezogen gebildet.

# EG-Anteil an Umsatzsteuer

## 1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1962

## 2. Finanzberichte des Bundesministers der Finanzen

Datennachweis: ab 1975

### Begriffsinhalt:

Anteil am Umsatzsteueraufkommen der Bundesrepublik Deutschland, der den Europäischen Gemeinschaften als eigene Einnahme zusteht.

Der Haushalt der EG wird seit 1.1.1975 aus eigenen Mitteln finanziert, zu denen im Prinzip auch Mehrwertsteuereinnahmen gehören.

Der EG-Anteil an Umsatzsteuer wird aus dem Bundesanteil an der >>> Umsatzsteuer geleistet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Die Umsatzsteuer-Zahlungen an die EG wurden von 1975 - 1979 aufgrund einer Übergangsregelung (Bruttosozialproduktsschlüssel) geleistet, von 1980 bis 1985 nach Maßgabe eines bestimmten Prozentsatzes (höchstens 1 v.H.) der - auf EG-Ebene vereinbarten - "gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer". Mit dem Beitritt von Spanien und Portugal zur EG am 1.1.1986 wurde auch der

Finanzrahmen der Gemeinschaft angehoben: der Höchstsatz der Mehrwertsteuer-Eigenmittel wurde von 1 v.H. auf 1,4 v.H. der Bemessungsgrundlage erhöht.

# EG-Anteil an Zöllen

## 1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1972

## 2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1971

### Begriffsinhalt:

Anteil am Aufkommen aus >>> Zöllen der Bundesrepublik Deutschland, der den Europäischen Gemeinschaften als eigene Einnahme zusteht.

### Änderungen im Zeitablauf:

Ab 1.1.1971 ist ein in der Folgezeit jährlich wachsender Anteil an Zöllen, der ab 1975 100 % beträgt, an die Europäischen Gemeinschaften abzuführen (mit Ausnahme der Zölle der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS); ab 1988 fließen auch die EGKS-Zölle voll den Gemeinschaften zu).

### Begriffsbeziehungen:

Die >>> dem Bund verbleibenden Steuern (nach der Steuerverteilung) (Statistik über den Steuerhaushalt) sind um die EG-Anteile an Steuern gekürzt.

# EG-Länder

## 1.1 Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

## 1.2 Ausländerstatistik

Datennachweis: ab 1974

**Begriffsinhalt:**

Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich (einschl. Monaco)

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien (einschl. San Marino)

Vereinigtes Königreich (Großbritannien, Nordirland, Brit. Kanalinseln und Insel Man)

Irland

Dänemark

Griechenland

Spanien

Portugal

**2. Statistik der ausländischen Arbeitnehmer**

Datennachweis: 1959 - 1972

**Begriffsinhalt:**

Zu den EG-Ländern rechnen:

Frankreich

Belgien

Luxemburg

Niederlande

Italien

Alle nicht-hier aufgeführten europäischen Länder werden unter "übriges Europa" und alle Länder außerhalb Europas unter "Außereuropäische Länder" nachgewiesen.

## **Ehegatten**

**Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland**

Datennachweis: ab 1965

**Begriffsinhalt:**

Leistungen (einschl. Zuschläge), die wegen des Unterhalts von Ehegatten gezahlt werden.

Leistungen für Ehegatten sind überwiegend systembedingte >>> Steuerermäßigungen, die sich aus der Möglichkeit des Splittings bei der Einkommensteuer ergeben. Außerdem zählen hierzu auch die >>> Familienzuschläge zu Löhnen und Gehältern für Ehegatten in Form des erhöhten Ortszuschlags für Verheiratete im öffentlichen Dienst.

Im Sozialbudget rechnen die Leistungen für Ehegatten mit den Leistungen für >>> Kinder und den Leistungen bei >>> Mutterschaft zu den Leistungen im Rahmen der Funktion "Ehe und Familie".

Im Sozialbudget werden nur solche Leistungen als Familienleistungen bezeichnet, die unmittelbar und allein der Förderung und Unterstützung von Familien dienen. Dazu gehören auch entsprechende Leistungen mit sozialer Wirkung aus dem eigenständigen Sicherungssystem des Beamtenrechts und des Tarifvertragsrechts des öffentlichen Dienstes, die ihrer Rechtsqualität nach keine Sozialleistungen sind.

Nicht im Sozialbudget enthalten sind Familienleistungen nach Programmen und Gesetzen der Bundesländer (z.B. Familienferienprogramm) und bestimmte Leistungen karitativer Organisationen, die statistisch nicht bekannt sind, sowie von Wirtschaftsunternehmen (z.B. Bundesbahn).

Über die im Sozialbudget als Leistungen für Ehe und Familie ausgewiesenen Leistungen hinaus sind auch Leistungen der >>> Krankenversicherung für mitversicherte Familienangehörige, Leistungen der >>> Ausbildungsförderung, Witwenrenten, Leistungen aufgrund von Kindererziehungszeiten, aber auch Leistungen beim >>> Wohngeld, für das >>> Wohnen und Leistungen der >>> Sparförderung als Familienleistungen anzusehen.

## **Ehelich/ nichtehelich Geborene**

### **Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Geborene, die während bestehender Ehe ihrer Mütter oder innerhalb von 302 Tagen nach Auflösung oder Nichtigerklärung der Ehe ihrer Mütter oder innerhalb von 302 Tagen nach dem in der Todeserklärung oder gerichtlichen Feststellung der Todeszeit festgestellten Todestag des Ehemannes geboren werden gelten als ehelich Geborene.

Unter den genannten Voraussetzungen gilt ein Kind auch dann als ehelich, wenn es aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse nicht von dem Ehemann der Mutter abstammen kann. Die Möglichkeit einer späteren Legitimation nicht-ehelicher und einer erfolgreichen Anfechtung der Ehelichkeit ehelicher Kinder ist für die statistische Erfassung ohne Belang.

In allen anderen Fällen gelten Geborene als nichtehelich Geborene.

## **Ehescheidungen**

### **Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Als Ehescheidungen gelten durch Gerichtsurteil aufgelöste Ehen.

Erfasst werden alle Scheidungen von Ehen zwischen Personen der >>> Bevölkerung. Berücksichtigt werden daher auch Ehescheidungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben. Einbezogen werden auch die Fälle, in denen deutsche Gerichte Ehescheidungen nach fremdem Recht aussprechen.

Unberücksichtigt bleiben die Fälle, in denen beide Ehepartner Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

## **Eheschließungen**

### **Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Als Eheschließungen gelten standesamtliche Trauungen.

Erfasst werden alle Eheschließungen von Personen der >>> Bevölkerung, soweit sie vor einem deutschen Standesamt erfolgen. Berücksichtigt werden daher auch Eheschließungen von Ausländern, die im Bundesgebiet ihren Wohnsitz haben. Unberücksichtigt bleiben nur diejenigen Fälle, in denen beide Ehegatten Mitglieder der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte sind.

## **Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Von Empfängern >>> sozialer Leistungen geleistete >>> tatsächliche Sozialbeiträge an den >>> Staat (>>> Sozialversicherung). Seit 1983 aufgrund gesetzlicher Verpflichtung von Empfängern sozialer Leistungen aufzubringende Beiträge bzw. Beitragsanteile an folgende Träger der Sozialversicherung: Rentenversicherung

der Arbeiter, Rentenversicherung der Angestellten, knappschaftliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung.

## **Eigenerzeugung von Strom**

### **Monatlicher Industriebericht**

Datennachweis: 1950 bis 1976

#### **Begriffsinhalt:**

Brutto-Stromerzeugung aus Wasserkraft, Kohle und sonstigen Kraftquellen in betriebseigenen Stromerzeugungsanlagen.

Die Brutto-Stromerzeugung wird gemessen an der Generatorklemme. Sie umfaßt auch den Verlust und den Eigenverbrauch der Stromerzeugungsanlagen.

## **Eigenfläche der Betriebe**

### **Landwirtschaftszählung 1971**

#### **Begriffsinhalt:**

Die von den Betriebsinhabern selbstbewirtschaftete und auch in ihrem Eigentum befindliche >>> landwirtschaftlich genutzte Fläche der Betriebe.

Zugepachtete landwirtschaftlich genutzte Flächen zählen nicht zur Eigenfläche, sondern zur Pachtfläche. Ebenso ist die vom Betrieb verpachtete bzw. unentgeltlich abgegebene landwirtschaftlich genutzte Fläche im Eigentum im Nachweis nicht enthalten.

Landwirtschaftlich genutzte Flächen sind Flächen, die zur Erzeugung pflanzlicher landwirtschaftlicher Produkte genutzt werden (als >>> Ackerland, >>> Dauergrünland, >>> Dauerkulturen oder Gartenland).

Nachgewiesen wird nur die Eigenfläche der >>> landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftliche Betriebe sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung eines Inhabers (des Betriebsinhabers) bewirtschaftet werden, einer einzigen Betriebsführung unterstehen, land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbringen und deren landwirtschaftlich genutzte Fläche mindestens 10 % ihrer >>> Waldfläche beträgt.

## **Eigentümer (-haushalte)**

### **Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, denen das Eigentum an dem >>> Gebäude mit Wohnraum / der >>> Unterkunft oder der >>> Wohneinheit rechtlich zusteht oder die die Eintragung im Grundbuch schon beantragt haben.

Nachgewiesen werden Eigentümerhaushalte in >>> Wohneinheiten. Zu den Eigentümerhaushalten rechnen >>> Haushalte, bei denen mindestens ein Mitglied des Haushalts Eigentümer oder Miteigentümer der von ihr bewohnten Wohneinheit ist und Haushalte, bei denen mindestens ein Mitglied Eigentümer oder Miteigentümer des Gebäudes ist, in dem die von ihr bewohnte Wohneinheit liegt.

Beim Nachweis von Eigentümerhaushalten in der Gliederung nach Staatsangehörigkeit, Alter und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts wird von der >>> Bezugsperson ausgegangen (Person, die überwiegend zum Unterhalt des Haushalts beiträgt).

## **Eigentümerwohneinheiten**

### **Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

**Begriffsinhalt:**

Das sind >>> Wohneinheiten, die vom Eigentümer des Gebäudes / der Unterkunft oder der Wohneinheit selbst genutzt werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Eigentümerwohneinheiten und >>> Eigentumswohneinheiten (Gebäude- und Wohnungszählung 1987) unterscheiden sich wie folgt:

Während bei den Eigentümerwohneinheiten darauf abgestellt wird, inwieweit Wohneinheiten von den Eigentümern selbst bewohnt werden, wird bei den Eigentumswohneinheiten nur auf die besondere Form des Eigentums ("Sondereigentum") abgestellt.

## **Eigentumswohneinheiten**

### **1. Gebäude- und Wohnungszählung 1987**

**Begriffsinhalt:**

Eigentumswohneinheiten sind >>> Wohneinheiten, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist. Sie befinden sich in Gebäuden, die im Eigentum einer Gemeinschaft von Wohnungseigentümern sind.

**Begriffsbeziehungen:**

Eigentumswohneinheiten und >>> Eigentümerwohneinheiten (Gebäude- und Wohnungszählung 1987) unterscheiden sich wie folgt:

Während bei den Eigentumswohneinheiten auf die besondere Form des Eigentums ("Sondereigentum") abgestellt wird - und zwar unabhängig davon, wer die Wohneinheit bewohnt (Eigentümer, Mieter, leerstehende Wohnung) - wird bei den Eigentümerwohneinheiten darauf abgestellt, inwieweit Wohnungen von den Eigentümern selbst bewohnt werden.

#### **2.1 Statistik der Baugenehmigungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **2.2 Statistik der Baufertigstellungen**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

#### **2.3 Statistik des Bauüberhanges**

Datennachweis: ab 1955; für die neuen Länder und Berlin-Ost ab 1991

**Begriffsinhalt:**

>>> Wohneinheit, an der durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach den Vorschriften des Wohnungseigentumsgesetzes vom 30.7.1973 (BGBl. I S. 910) begründet worden ist oder werden soll.

Eine >>> Wohnung gilt nur dann als Eigentumswohnung, wenn sich in dem Gebäude, entsprechend des Wohnungseigentumsgesetzes, ausschließlich Eigentumswohnungen befinden.

## **Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Derjenige Teil des >>> Produktionswertes der >>> privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, der nicht gegen Entgelt oder Gebühr verkauft, sondern bestimmten Gruppen der Bevölkerung ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt wird.

**Begriffsbeziehungen:**

1. Produktionswert der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck  
- Verkäufe der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck  
= Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
2. Käufe der inländischen privaten Haushalte  
+ Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck  
= Privater Verbrauch.

## Einbehaltene Umsatzsteuer

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Umsatzsteuerbeträge, die bei der Anwendung der Normalregelung laut Umsatzsteuergesetz (UStG) hätten gezahlt werden müssen, infolge von Sonderregelungen jedoch ganz oder teilweise nicht an den Staat abzuführen waren. Solche Sonderregelungen enthalten § 24 und § 24a in Verbindung mit § 28 UStG für die Besteuerung der Landwirtschaft, § 26 Abs.4 UStG in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift hierzu vom 16. Mai 1973 für die Berechtigung zur Umsatzsteuerkürzung für Waren- und Dienstleistungsbezüge aus der ehemaligen DDR und Berlin (Ost), Artikel I des Berlinförderungsgesetzes für die Besteuerung der Lieferungen Berliner Unternehmen an Unternehmen im übrigen Bundesgebiet, die ab 1980 geltende Neufassung des § 19 UStG, der die Besteuerung von Unternehmen mit niedrigem Gesamtumsatz regelt, sowie § 28 UStG von 1967 für die einmalige Entlastung der Altvorräte im Jahr 1968.

Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesene >>> nichtabzugsfähige Umsatzsteuer enthält neben dem Kassenaufkommen des Staates an Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer auch die "einbehaltene Umsatzsteuer". Zum Ausgleich dieser in die >>> indirekten Steuern einbezogenen Umsatzsteuerervergünstigungen werden Beträge in Höhe der einbehaltenen Umsatzsteuer als >>> Subventionen vom Staat an die begünstigten Unternehmen gebucht.

## Einfamiliengebäude

**Preisindizes für Bauwerke**

Datennachweis: ab 1958

**Begriffsinhalt:**

Zu den Einfamiliengebäuden rechnen freistehende und eingebaute >>> Wohngebäude mit einer Hauptwohnung, wobei untergeordnete Einliegerwohnungen zulässig sind.

Hierzu gehören u.a. individuelle Häuser, Typenhäuser und Bungalows.

>>> Wohnheime und >>> Unterkünfte dagegen zählen nicht zu den Einfamilienhäusern.

## Einfuhr

**1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Alle Waren- und Dienstleistungskäufe inländischer Wirtschaftseinheiten von Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Bundesgebietes haben.

Bei Darstellungen nach dem Inländerkonzept (z.B. in der Verwendungsrechnung des Sozialprodukts) umfaßt die Einfuhr auch die >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen an die übrige Welt. Dazu rechnen neben den Arbeitsentgelten der Einpendler und den an die übrige Welt geleisteten Kapitalerträgen auch Gebühren für Patente, Urheberrechte u.ä.

Die Einfuhr soll in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Prinzip im Zeitpunkt des Entstehens von Forderungen und Verbindlichkeiten nachgewiesen werden. Aus praktischen Erwägungen wird bei der Wareneinfuhr allerdings vom Zeitpunkt des Grenzübergangs ausgegangen, der in der wesentlichen Quelle - der Außenhandelsstatistik - zugrunde liegt. Die Dienstleistungskäufe werden, wie in der Zahlungsbilanz, weitgehend im Zeitpunkt der Zahlung nachgewiesen.

Da die Einfuhr von Waren in der Außenhandelsstatistik mit dem Wert beim Übergang über die deutsche Grenze, also cif (cost, insurance, freight) erfaßt wird, stellt sich hinsichtlich der Abgrenzung der Waren- und Dienstleistungseinfuhr die Frage, wie die Versicherungs- und Transportleistungen im Zusammenhang mit der Wareneinfuhr zu verbuchen sind. Diese Werte können der Wareneinfuhr zugerechnet werden (dann ergibt sich die Wareneinfuhr cif) oder sie werden getrennt dargestellt; das bedeutet den Nachweis der Wareneinfuhr frei Grenze des exportierenden Landes, also fob (free on board). Anders als in der Außenhandelsstatistik wurde in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dieses Darstellungskonzept gewählt.

Die Berechnung der Warenkäufe aus dem Ausland geht von den Zahlen des Generalhandels (Außenhandelsstatistik) aus. Hiervon wird der Teil der Einfuhr auf Lager für ausländische Rechnung abgesetzt, der vom Lager (auf ausländische Rechnung) wieder ausgeführt wird. Ferner werden unentgeltliche Bezüge (Geschenke, Muster, Proben, Werbemittel usw.), die in der Außenhandelsstatistik erfaßt werden, nicht berücksichtigt, da unterstellt werden kann, daß sie in die Preiskalkulation der gegen Entgelt umgesetzten Güter eingegangen sind. Weitere Absetzungen betreffen Rückwaren, Preisnachlässe, Ersatz- und Rückzahlungen usw. Außerdem wird die Einfuhr zur aktiven Lohnveredelung abgezogen, die Einfuhr nach passiver Lohnveredelung wird auf den Veredelungslohn reduziert. Dadurch wird die Darstellung des Veredelungsverkehrs - anders als in der Außenhandelsstatistik - auf die marktrelevanten Ströme begrenzt. Hinzugesetzt werden Kleinsendungen u.ä. Die Wareneinfuhr wird - wie oben bereits erwähnt - in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem fob-Konzept bewertet. Aus diesem Grund wird der Wert der über See eingeführten Waren vom Grenzwert schätzungsweise auf den Wert frei Grenze des exportierenden Landes umgerechnet. Dabei werden von den cif-Werten der Außenhandelsstatistik die Fracht- und Versicherungsleistungen abgesetzt, um die fob-Werte zu errechnen. Soweit es sich um Transport- und Versicherungsleistungen von Ausländern handelt, wird hierdurch die Gesamtsumme der Einfuhr nicht vermindert, da die entsprechenden Beträge von der Wareneinfuhr zu den Dienstleistungskäufen umgesetzt werden.

Die Angaben über die Dienstleistungskäufe aus dem Ausland sind weitgehend aus der Zahlungsbilanz der Deutschen Bundesbank übernommen. Hierzu zählen u.a. die Ausgaben inländischer Wirtschaftseinheiten im Reiseverkehr und im Transportgeschäft.

Die Waren- und Dienstleistungsvorgänge mit dem Ausland werden um entsprechende Transaktionen mit der ehem. DDR und Berlin (Ost) ergänzt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

1.      Letzter Verbrauch  
         + Bruttoinvestitionen  
         + Ausfuhr (einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
         - Einfuhr (einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
         = Bruttosozialprodukt
2.      Letzter Verbrauch  
         + Bruttoinvestitionen  
         + Ausfuhr (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
         - Einfuhr (ohne Erwerbs- und Vermögenseinkommen)  
         = Bruttoinlandsprodukt
3.      Ausfuhr  
             Waren  
             Dienstleistungen  
             Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
         - Einfuhr  
             Waren  
             Dienstleistungen  
             Erwerbs- und Vermögenseinkommen  
         = Außenbeitrag  
         + Aus der übrigen Welt empfangene Übertragungen  
         - An die übrige Welt geleistete Übertragungen  
         = Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt

## **2. Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974



**Begriffsinhalt:**

Bezüge von Gas aus dem Ausland und der ehem. DDR einschließlich Berlin (Ost).

Dabei handelt es sich um Bezüge der Ortsgasversorgungsunternehmen, Ferngasgesellschaften, Kokereien sowie Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen.

**3. Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

**Begriffsinhalt:**

Bezüge von Elektrizität aus dem Ausland und der ehem. DDR einschließlich Berlin (Ost).

Dabei handelt es sich um Bezüge der öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

## **Einfuhrabgaben**

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Bei der Einfuhr von Gütern an den Staat oder an Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften zu leistende Abgaben.

Die Einfuhrabgaben umfassen

- Zölle,
- Verbrauchsteuern auf Einfuhren,
- Abschöpfungen und Währungsausgleichsbeträge bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen,
- bis 1967 auch Ausgleichsteuer auf Einfuhren.

Die Einfuhrabgaben, die den Europäischen Gemeinschaften ab 1971 als eigene Einnahmen zustehen (Zölle bzw. Zollanteile bis 1974, Abschöpfungen und Währungsausgleichsbeträge), werden als Einfuhrabgaben an den Staat verbucht. Sie werden - diesem Vorgehen entsprechend - außerdem als laufende Übertragungen des Staates an die übrige Welt nachgewiesen.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Ab 1968, dem Jahr des Übergangs auf das Mehrwertsteuersystem, ist an die Stelle der Ausgleichsteuer auf Einfuhren die Einfuhrumsatzsteuer getreten. Diese ist nicht in den Einfuhrabgaben, sondern in der >>>nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

1. Produktionssteuern
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Indirekte Steuern
2. Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (bereinigt)
  - + Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
  - + Einfuhrabgaben
  - = Bruttoinlandsprodukt

## **Einfuhrumsatzsteuer**

**1. Statistik über den Steuerhaushalt**

Datennachweis: ab 1972

**2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen**

Datennachweis: ab 1950

**Begriffsinhalt:**

Umsatzsteuer, die auf die Einfuhr von Gegenständen in das Zollgebiet erhoben wird.

Die Einfuhrumsatzsteuer ist eine Verbrauchsteuer im Sinne der Abgabenordnung und eine Eingangsabgabe im Sinne des Zollrechts. Für sie gelten von geringen Ausnahmen abgesehen die Vorschriften für >>> Zölle.

Bemessungsgrundlage der Einfuhrumsatzsteuer ist grundsätzlich der Zollwert oder - wenn der Gegenstand nicht dem Wertzoll unterliegt - das Entgelt.

Der allgemeine Steuersatz beträgt wie bei der Umsatzsteuer 14 v.H. ; er ermäßigt sich für eine Reihe von Umsätzen auf die Hälfte, u.a. für Lebensmittel und Waren des Buchhandels.

Im Inland steuerfrei gelieferte Gegenstände (z.B. Seeschiffe, Luftfahrzeuge) sind auch bei der Einfuhrumsatzsteuer steuerfrei (>>> Umsatzsteuer).

Auf Antrag wird die Zahlung der Einfuhrumsatzsteuer bis zum 15. des auf die Entstehung der Einfuhrumsatzsteuerschuld folgenden Monats aufgeschoben, so daß das Aufkommen aus der Einfuhrumsatzsteuer der Einfuhrentwicklung mit einmonatiger Verzögerung folgt.

Bei der Einfuhrumsatzsteuer handelt es sich um eine >>> Gemeinschaftsteuer von Bund und Ländern. Erhoben wird sie von der Bundeszollverwaltung

**Änderungen im Zeitablauf:**

Bis zum 31.12.1967 wurde die sog. Umsatzausgleichsteuer zum allgemeinen Steuersatz von 4 v.H. des Wertes erhoben; für bestimmte Einfuhren ermäßigte bzw. erhöhte sich dieser Steuersatz auf 1 bis 3 v.H. bzw. 5 bis 9 v.H.

Mit dem am 1.1.1968 in Kraft getretenen Umsatzsteuergesetz wurde der Übergang von der Allphasenbruttoumsatzsteuer zur Nettoumsatzsteuer (Mehrwertsteuer), deren wesentliches Merkmal der Vorsteuerabzug ist, vollzogen; gleichzeitig erfolgte der Wechsel von der Umsatzausgleichsteuer zur Einfuhrumsatzsteuer. Sie ist für Gegenstände, die ein Unternehmer für sein Unternehmen eingeführt hat, ebenfalls als Vorsteuer abzugsfähig.

Der allgemeine (ermäßigte) Regelsteuersatz betrug

vom 1.1.1968 - 30. 6.1968:	10 v.H. (5 v.H.)
vom 1.7.1968 - 31.12.1977:	11 v.H. (5,5 v.H.)
vom 1.1.1978 - 30. 6.1979:	12 v.H. (6 v.H.)
vom 1.7.1979 - 30. 6.1983:	13 v.H. (6,5 v.H.)
vom 1.7.1983	14 v.H. (7 v.H.).

Die Einfuhrumsatzsteuer rechnete bis einschl. 1969 zu den >>> Bundessteuern. Ab 1970 ist sie eine Gemeinschaftsteuer, deren Aufkommen zu bestimmten Anteilen dem Bund und den Ländern zusteht.

(Aufteilungsverhältnis wie bei Umsatzsteuer (>>> Steuereinnahmen des Bundes bzw. >>> Steuereinnahmen der Länder)).

**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zur Einfuhrumsatzsteuer wird die Umsatzsteuer (Statistik über den Steuerhaushalt) auf Lieferungen und sonstige Leistungen, die Unternehmer im Inland erbringen sowie auf den Eigenverbrauch der Unternehmer erhoben.

## **Einfuhr von Investitionsgütern**

**Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Einfuhr von Gütern, die überwiegend von Unternehmen als Anlagegüter gekauft werden; ausgenommen sind Güter für Bauinvestitionen.

Zu den Investitionsgütern rechnen >>> Stahlbauten, >>> Maschinen und maschinelle Anlagen, >>> Straßenfahrzeuge, >>> elektrotechnische Investitionsgüter u.a.

Nicht zu den Investitionsgütern gehören alle Fertigstellungsstoffe, Energie-, Brenn- und Kraftstoffe, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren für die laufende Instandhaltung von Anlagen und geringwertige Wirtschaftsgüter, die nicht in den Bilanzen der Unternehmen aktiviert werden.

Ein Investitionsgut wird eingeführt, wenn es aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe >>> Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik).

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Für den Begriff der Einfuhr von Investitionsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## **Einfuhr von Verbrauchsgütern**

### **Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

#### **Begriffsinhalt:**

Einfuhr von Gütern, die überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden; ausgenommen sind >>> Nahrungs- und Genußmittel.

Zu den Verbrauchsgütern rechnen >>> Textilien, Bekleidung und Schuhe, >>> Straßenfahrzeuge, >>> elektrotechnische Verbrauchsgüter, >>> Möbel, kosmetische Artikel, Wasch- sowie Putzmittel u.a.

Den Verbrauchsgütern werden auch die Waren zugerechnet, die in privaten Haushalten noch weiter bearbeitet oder verarbeitet werden. Erfasst sind sowohl kurz- als auch langlebige Wirtschaftsgüter.

Ein Verbrauchsgut wird eingeführt, wenn es aus dem Ausland in das Erhebungsgebiet verbracht wird. Zu Einzelheiten siehe >>> Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Für den Begriff der Einfuhr von Verbrauchsgütern gelten alle Änderungen im Zeitablauf, die für die Wareneinfuhr (Außenhandelsstatistik) nachgewiesen werden.

## **Eingelegte Bruteier**

### **Geflügelstatistik**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Eier von Hausgeflügel, die zur Erzeugung von Küken bestimmt sind, unterschieden nach Art, Kategorie und Sorte.

Einbezogen sind Brütereien, deren Tätigkeit im Einlegen und Bebrüten von Bruteiern sowie in der Lieferung von Küken besteht. Brütereien mit einem Fassungsvermögen von weniger als 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes sind nicht einbezogen.

Erfasst wird die größtmögliche Zahl Bruteier, die gleichzeitig in die Brutschränke ausschließlich der Schlupfräume eingelegt werden kann.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Nicht nachgewiesen wurden vor 1973 eingelegte Bruteier zur Erzeugung von Gänsen und Perlhühnern, vor 1972 von Enten und Truthühnern und vor 1970 von Legehennen und Schlachthühnern zur Zucht und Vermehrung.

## **Eingliederungshilfe für Behinderte**

### **Statistik der Sozialhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Hilfe, die Personen gewährt wird, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert oder die von einer Behinderung bedroht sind; sie kann auch Personen mit einer anderen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung gewährt werden.

Die Eingliederungshilfe für Behinderte hat die Aufgabe, eine drohende Behinderung zu verhüten, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und ihn in die Gesellschaft einzugliedern. Hierdurch soll ihm vor allem die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglicht oder erleichtert, die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit ermöglicht werden, oder ihn so weit wie möglich unabhängig von Pflege machen.

Maßnahmen der Eingliederungshilfe sind vor allem:

- ambulante oder stationäre Behandlung oder sonstige ärztliche oder ärztlich verordnete Maßnahmen zur Verhütung, Beseitigung oder Milderung der Behinderung,
- Versorgung mit Körperersatzstücken, orthopädischen oder anderen Hilfsmitteln,
- heilpädagogische Maßnahmen für noch nicht schulpflichtige Kinder,
- Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung, vor allem im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschl. der Vorbereitung hierzu,
- Hilfe zur Ausbildung für einen angemessenen Beruf oder für eine sonstige angemessene Tätigkeit,
- Hilfe zur Fortbildung oder zur Umschulung für einen angemessenen Beruf oder eine sonstige angemessene Tätigkeit, evtl. auch zum Aufstieg im Berufsleben,
- Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben,
- Hilfe bei der Beschaffung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung,
- nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen oder ärztlich verordneten Maßnahmen und der Eingliederung des Behinderten in das Arbeitsleben sowie
- Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft.

Wenn die Behinderung eine Gewährung der Hilfe in einer Anstalt, einem Heim einer Tageseinrichtungen für Behinderte oder ärztliche oder ärztlich angeordnete Maßnahmen erfordert, wird auch dann in vollem Umfang Hilfe gewährt, wenn den in § 28 BSHG genannten Personen die Aufbringung der Mittel zu einem zuzumuten ist (§ 43 Erweiterte Hilfe). In Höhe dieses Teils haben sie zu den Kosten der Hilfe beizutragen.

Nachgewiesen werden die Ausgaben für diese Hilfeart und die Empfänger. Zu den Empfängern zählen alle Personen, die im Laufe des Berichtsjahres Eingliederungshilfe für Behinderte erhalten haben, unabhängig davon, ob ihnen noch eine weitere Hilfeart und/oder >>> Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Empfänger von Eingliederungshilfe für Behinderte und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen, von Leistungsverbesserungen, Heraufsetzungen der für diese Hilfeart geltenden Einkommensgrenzen) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein: Zum 1.9.1965 wurde die besondere Einkommensgrenze nach § 81 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) heraufgesetzt, zum 1.10.1969 wurden die Höhe der gewährten Leistungen der Sozialhilfe an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenzen erhöht. Zum 1.4.1974 traten weitere Verbesserungen ein, indem vor allem die Leistungen der Sozialhilfe wiederum an die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung angepaßt und die Einkommensgrenzen nach § 81 BSHG weiter angehoben wurden. Ferner wurden der anspruchsberechtigte Personenkreis erweitert und einzelne Leistungen der Sozialhilfe verbessert (z.B. Aufnahme der heilpädagogischen Maßnahmen für Kinder und der Hilfen bei der Beschaffung und Erhaltung einer behindertengerechten Wohnung); außerdem wurden weitere Möglichkeiten der erweiterten Hilfe eingeführt. Auch die seit diesem Zeitpunkt erschwerte Heranziehung Unterhaltsverpflichteter hat sich statistisch auf die Zahl der Empfänger und die Höhe der Aufwendungen ausgewirkt.

Um Einsparungen bei den Aufwendungen zu erreichen, wurde das BSHG durch das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Dezember 1981 wiederum geändert. Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, die bis 1981 im Rahmen der Eingliederungshilfe für Behinderte gewährt wurden, wurden dem Abschnitt 2 BSHG zugeordnet.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Von den grundsätzlichen Unterschieden zwischen den verschiedenen sozialen Leistungssystemen abgesehen, unterscheiden sich die Eingliederungshilfe für Behinderte von den >>> berufsfördernden Leistungen, der >>> Erziehungsbeihilfe (Statistik der Kriegsofferfürsorge) auch in ihren jeweiligen Leistungsstrukturen und dem Umfang ihrer Leistungen, da die Eingliederungshilfe für Behinderte neben den berufsfördernden Hilfen und den Schulbildungshilfen u.a. auch Wohnungshilfen sowie medizinische Leistungen vorsieht.

# Einheitswert (Betriebsvermögen)

## Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe

Datennachweis: ab 1953

### Begriffsinhalt:

Einheitlicher Wert, der für eine wirtschaftliche Einheit des Betriebsvermögens gewerblicher >>> Betriebe für steuerliche Zwecke von der Finanzverwaltung in einem gesonderten Verfahren als Besteuerungsgrundlage für mehrere Steuern nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes festgestellt wird.

Zum >>> Betriebsvermögen gehören alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb eines Gewerbes als Hauptzweck dient, soweit die Wirtschaftsgüter dem Betriebsinhaber oder im Falle der Zusammenveranlagung zur Vermögensteuer seinem Ehegatten gehören (gewerblicher Betrieb). Ein Wirtschaftsgut gehört dann dem Betriebsinhaber, wenn es rechtlich sein Eigentum ist. Hierbei müssen jedoch auch die Vorschriften der Abgabenordnung beachtet werden; so sind z.B. Wirtschaftsgüter, die jemand im Eigenbesitz (wirtschaftlichem Eigentum) hat, nicht dem Eigentümer, sondern dem zuzurechnen der die tatsächliche Sachherrschaft ausübt. Als Gewerbe gilt auch die gewerbliche Bodenbewirtschaftung z.B. der Bergbau und die Gewinnung von Torf, Steinen und Erden. Die Ausübung eines freien Berufes steht in der Regel dem Betrieb eines Gewerbes gleich, es sei denn, es handelt sich um eine selbständig ausgeübte rein künstlerische oder wissenschaftliche Tätigkeit.

Die Einbeziehung von Wirtschaftsgütern in das Betriebsvermögen setzt voraus, daß sie dem Betrieb tatsächlich zugeführt bzw. nicht entnommen sind. Wird ein Wirtschaftsgut nur teilweise betrieblich genutzt, so ist es stets zum Betriebsvermögen zu rechnen, wenn es mehr als 50 v.H. dem Betrieb dient. Wirtschaftsgüter, die dazu bestimmt sind, sowohl einem gewerblichen Betrieb als auch einem Betrieb der Land- und Forstwirtschaft desselben Inhabers dauernd zu dienen, sind den beiden Betrieben anteilig zuzurechnen. Auch ein verpachtetes gewerbliches Unternehmen ist immer dann ein gewerblicher Betrieb des Verpächters, wenn die wesentlichen Betriebsgegenstände des >>> Anlagevermögens mitverpachtet sind.

Eine Sonderstellung nehmen die in § 97 Abs. 1 des Bewertungsgesetzes genannten Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen ein, wenn sie ihre Geschäftsleitung oder ihren Sitz im Inland haben (z.B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften). Alle Wirtschaftsgüter, die diesen Körperschaften usw. gehören, bilden einen gewerblichen Betrieb, wobei unerheblich ist, ob die Wirtschaftsgüter dem gewerblichen Betrieb tatsächlich dienen; d.h. das gesamte Vermögen ist ein Betriebsvermögen (Gewerbebetrieb kraft Rechtsform). Einen gewerblichen Betrieb bilden auch die Wirtschaftsgüter, die den Sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts, den nichtrechtsfähigen Vereinen, Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckvermögen gehören, soweit sie einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (ausgenommen Land- und Forstwirtschaft) dienen.

Bei den Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die weder ihre Geschäftsleitung noch ihren Sitz im Inland haben, bilden nur die Wirtschaftsgüter einen gewerblichen Betrieb, die zum inländischen Betriebsvermögen gehören.

Nicht zum Betriebsvermögen zählen die Wirtschaftsgüter, die nach dem Vermögensteuergesetz oder anderen Gesetzen von der Vermögensteuer befreit sind sowie Erfindungen, Urheberrechte u.ä., die nach dem Bewertungsgesetz auch nicht zum sonstigen Vermögen gehören.

Die materiell-rechtlichen Vorschriften zur Bewertung des Betriebsvermögens ergeben sich aus dem Bewertungsgesetz, die verfahrensrechtlichen auch aus der Abgabenordnung.

Der Einheitswert (Betriebsvermögen) des gewerblichen Betriebs wird ermittelt, indem sein Roh-(betriebs-)vermögen um die >>> Schulden und sonstigen Abzüge, die >>> Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen sowie den Schuldenüberhang bei Schachtelbeteiligungen vermindert und auf volle 1 000 DM abgerundet wird. Aus aufbereitungstechnischen Gründen wird in der Statistik das unabgerundete Reinvermögen als Betriebsvermögen erfaßt. Das >>> Rohvermögen umfaßt dabei das Anlagevermögen (>>> Betriebsgrundstücke, >>> Maschinen und ähnliche Anlagen, sonstige Sachanlagen und >>> Finanzanlagen) und das >>> Umlaufvermögen (>>> Betriebskapital und >>> Vorratsvermögen). Bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen galten bis 1982 niedrigere Ansätze. Die Befreiungen für Staatsbanken und die Deutsche Genossenschaftsbank sind 1977 ausgelaufen.

Bei einer Reihe von Positionen (Rückstellungen für Preisnachlässe und für Wechselhaftung, Kapitalforderungen, versicherungstechnische Rückstellungen) gelten die ertragssteuerlichen Ansätze.

Aus aufbereitungstechnischen Gründen ist in der Statistik das unabgerundete Reinvermögen als Betriebsvermögen und nicht der auf volle Tausend nach unten abgerundete Einheitswert erfaßt worden.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1968 gehörten bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen nur die Wirtschaftsgüter zum Betriebsvermögen, die nicht der Pflege des eigentlichen Sparverkehrs dienten. Zu diesem Zweck wurden von dem wie im Regelfall ermittelten Wert 1953 pauschal nur 25 vom Hundert und 1957 bis 1968 aus Vereinfachungsgründen der sich aus dem Einzelfall bei der Körperschaftsteuer festgesetzten Hundertsatz ergebende Wert angesetzt. Ab 1974 sind 85, ab 1982 100 v.H. des Gesamtwertes als Wert des Betriebsvermögens anzusetzen. Bei den bis 1973 steuerbefreiten Staatsbanken galten bis zum 1.1.1976 50 % des ermittelten Wertes als Einheitswert.

Vor 1963 bildeten unter bestimmten Voraussetzungen alle Wirtschaftsgüter der sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts sowie der nichtrechtsfähigen Vereine, Anstalten, Stiftungen und anderen Zweckvermögen kraft Gesetzes einen gewerblichen Betrieb. Ab 1974 wurden die allgemeinen Bewertungsvorschriften für Wertpapiere, GmbH-Anteile u.a. Kapitalwerte enger gefaßt.

Wegen der Erweiterung der Schachtelvergünstigung ab 1974 und der Änderungen ab 1984 siehe unter Abzüge aufgrund von Schachtelbeteiligungen. Änderungen der Bewertung von Betriebsgrundstücken siehe dort.

### **Begriffsbeziehungen:**

Der Einheitswert (Betriebsvermögen) in der Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe umfaßt dieselben Begriffsmerkmale wie das Betriebsvermögen in der Vermögensteuerstatistik. Während in der Statistik der Einheitswerte der gewerblichen Betriebe alle Betriebe für die ein Einheitswert von 1 000 DM und mehr festgestellt worden ist erfaßt sind, weist das Betriebsvermögen der Vermögensteuerstatistik hier die Summe aus positiven und ggf. negativen abgerundeten Einheitswerten (ggf. Anteilen daran) und sofern sich die wirtschaftliche Einheit eines Gewerbebetriebes nur auf das Ausland erstreckt, ggf. dessen gemeinen Wert aus. Dabei sind die ab 1984 geltenden Begünstigungen für das >>> Betriebsvermögen zu berücksichtigen.

## **Einkommen**

### **1. Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Gesamtbetrag der Einkünfte, vermindert um den Freibetrag für freie Berufe, Sonderausgaben einschl. der steuerbegünstigten nicht entnommenen Gewinne, der Verlustabzüge, außergewöhnlichen Belastungen und Abzugsbeträge nach §10e EStG, soweit sich im errechneten Ergebnis ein positiver Betrag ergibt.

Als Freibetrag für freie Berufe können 5 % der Einnahmen aus freier Berufstätigkeit, maximal jedoch 1 200 DM, abgesetzt werden (gemäß § 18 Abs. 4 EStG). Voraussetzung ist, daß die Einkünfte aus freier Berufstätigkeit die anderen Einkünfte überwiegen.

Zu den Sonderausgaben zählen u.a. folgende Aufwendungen, sofern sie weder Betriebsausgaben noch Werbungskosten sind (gemäß §§ 10 bis 10d EStG):

- Auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhende Renten und dauernde Lasten, die nicht mit den bei der Veranlagung außer Betracht bleibenden Einkünften in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen, ferner bezahlte Kirchensteuer, bezahlte Vermögensteuer, abzugsfähige Teile der Lastenausgleichsabgaben sowie Steuerberatungskosten (unbeschränkt abzugsfähige Sonderausgaben),
- Beiträge zu Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, zu den gesetzlichen Rentenversicherungen und zur Arbeitslosenversicherung, zu Versicherungen auf den Erlebens- oder Todesfall sowie zu Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekassen, ferner Bausparbeiträge (sofern weder eine Prämie nach dem Spar-Prämiengesetz noch eine nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz beantragt worden ist), jeweils bis zu einer bestimmten Höhe (beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben),
- Aus- und Weiterbildungskosten bis zu einer bestimmten Höhe,
- Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten sowie Ausbildungs- und Weiterbildungskosten, jeweils bis zu einer bestimmten Höhe,
- Ausgaben zur Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser, wissenschaftlicher und staatspolitischer und der als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke sowie Spenden an politische Parteien, jeweils bis zu einer bestimmten relativen bzw. absoluten Höhe,
- steuerbegünstigte nicht entnommene Gewinne bis zu einer bestimmten Höhe (§ 10a EStG),
- Verlustabzüge (§ 10d EStG).

Werden keine höheren Sonderausgaben nachgewiesen, werden bestimmte Pauschbeträge abgezogen.

Nach § 33 EStG können zwangsläufig größere Aufwendungen, die einem Steuerpflichtigen gegenüber der Mehrzahl der Steuerpflichtigen gleichen Familienstandes sowie gleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse entstehen, unter Berücksichtigung der zumutbaren Eigenbelastung vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden.

Die Aufwendungen müssen dem Grunde und der Höhe nach zwangsläufig sein.

Diese außergewöhnlichen Belastungen können Krankheitskosten, Ausgaben bei der Geburt von Kindern, Prozeßkosten und Aufwendungen in Todesfällen sein. Die zumutbare Belastung wird nach § 33 Abs. 3 EStG in einem Prozentsatz vom Gesamtbetrag der Einkünfte berechnet.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. Erhebungsjahr 1974 wurde das Einkommen ermittelt, in dem der >>> Gesamtbetrag der Einkünfte um die ausländischen Steuern vom Einkommen (§§ 68f und 68g EStDV) und um den Freibetrag für freie Berufe und die Sonderausgaben einschl. der steuerbegünstigten nicht entnommener Gewinne und der Verlustabzüge aus den fünf vorangegangenen Veranlagungszeiträumen vermindert wurde. Zu den Sonderausgaben zählten bis zum Statistikjahr 1971 auch Schuldzinsen.

Den weiteren Erhebungsjahren lagen die nachfolgenden Berechnungen zugrunde:

#### **Berichtsjahr 1977**

Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

- ausländische Steuern vom Einkommen (§§ 68f, 68g Abs. 3 EStDV)
- Sonderausgaben (§§ 10, 10b, 10c Abs. 1 EStG)
- steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG)
- Freibetrag für freie Berufe (§ 18 Abs. 4 EStG)
- außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 bis 33b EStG, § 33a EStG 1953 in Verbindung mit § 52 Abs. 26 EStG)
- Verlustabzug (§ 10d EStG, § 2 Abs. 1 Satz 2 des Auslandsinvestitionsgesetzes)

= Einkommen (§ 2 Abs. 4 EStG)

#### **Berichtsjahre 1980 bis 1986**

Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG)

- Sonderausgaben (§§ 10, 10b, 10c EStG)
- steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG)
- Freibetrag für freie Berufe (§ 18 Abs. 4 EStG)
- außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 bis 33b EStG, § 33a EStG 1953 in Verbindung mit § 52 Abs. 23 EStG)
- Verlustabzug (§ 10d EStG, § 2 Abs. 1 Satz 2 Auslandsinvestitionsgesetz)

= Einkommen (§ 2 Abs. 4 EStG)

#### **Berichtsjahr 1989**

Gesamtbetrag der Einkünfte

- Sonderausgaben (§§ 10, 10b, 10c EStG)
- steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG)
- Freibetrag für freie Berufe (§ 18 Abs. 4 EStG)
- außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 bis 33c EStG, § 33a EStG in Verbindung mit § 52 Abs. 23 EStG)
- Steuerbegünstigung der zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung im eigenen Haus (§ 10e EStG)
- Verlustabzug (§ 10d EStG, § 2 Abs. 1 Satz 2 Auslandsinvestitionsgesetz)

= Einkommen (§ 2 Abs. 4 EStG)

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zum Einkommen zählen nur positive Einkommensbeträge der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen, zu den >>> Verlusten (Einkommensteuerstatistik) die negativen Einkommensbeträge.

## **2. Körperschaftsteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

### **Begriffsinhalt:**

>>> Gesamtbetrag der Einkünfte, vermindert um die Verlustabzüge und die abzugsfähigen Spenden und Beiträge, bei Organgesellschaften erhöht um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen.

Der Gesamtbetrag der Einkünfte ist die Summe der Einkünfte der >>> Steuerpflichtigen (bei buchführungspflichtigen Körperschaftsteuerpflichtigen der Bilanzgewinn), erhöht und vermindert um verschiedene Beträge. Zu Einzelheiten siehe unter Gesamtbetrag der Einkünfte.

Verlustabzüge gem. § 8 Abs. 1 u. 4, § 10d EStG, § 2 Abs. 1 S. 2 Auslandsinvestitionsgesetz sind Verluste, die bei der Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte bestimmter folgender bzw. vorausgegangener Veranlagungsjahre nicht ausgeglichen werden konnten.

Hierbei handelt es sich:

- Zum einen um den Verlustrücktrag bei dem im Veranlagungsjahr nicht ausgeglichenen Verluste aus den beiden folgenden Veranlagungsjahren abgezogen werden (bis zu 10 Millionen DM).
- Zum anderen um Verlustvorträge aus den fünf vorausgegangenen Veranlagungsjahren, die im Veranlagungsjahr abgezogen werden.

Die abzugsfähigen Beiträge und Spenden sind in § 9 Nr. 3 KStG festgelegt. Danach sind abzugsfähig:

- Ausgaben zur Förderung mildtätiger, religiöser und als besonders förderungswürdig anerkannter gemeinnütziger Zwecke, weiterhin Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher und als besonders förderungswürdig anerkannter kultureller Zwecke.
- Spenden an politische Parteien.
- Beiträge und Spenden an Vereine ohne Parteicharakter, die jedoch politisch aktiv sind (§ 9 Nr. 3 Buchst. c).

Das Einkommen ist für dasjenige Kalenderjahr/Wirtschaftsjahr zu ermitteln, in dem für die Körperschaft die Steuerpflicht besteht. Bei Steuerpflichtigen, die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches verpflichtet sind, Bücher zu führen, gilt der Gewinn in demjenigen Kalenderjahr bezogen, in dem das Wirtschaftsjahr endet, für das sie regelmäßig Abschlüsse erstellen; diese Regelung ist gesetzlich vorgeschrieben. Bei nichtbuchführungspflichtigen Steuerpflichtigen wird der Gewinn anteilig, sofern er für ein Wirtschaftsjahr ermittelt werden darf, auf die entsprechenden Kalenderjahre aufgeteilt.

Außer Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit können alle übrigen Einkunftsarten des Einkommensteuergesetzes vorkommen. Bei buchführungspflichtigen Steuerpflichtigen sind jedoch alle Einkünfte als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu behandeln.

Was als Einkommen gilt und wie das Einkommen zu ermitteln ist, bestimmt sich nach den Vorschriften des Einkommen- und des Körperschaftsteuergesetzes. Die Vorschriften des Einkommensteuergesetzes gelten nur insoweit, als sie ihrer Natur nach auf Körperschaftsteuerpflichtige anwendbar sind. Für die Ermittlung des Einkommens ist es ohne Bedeutung, ob das Einkommen verteilt (z.B. in Form von Dividenden ausgeschüttet) wird oder nicht.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Es sind im Zeitablauf häufige Änderungen des Körperschaft- und Einkommensteuergesetzes eingetreten, die sich auf die Berechnung des Einkommens ausgewirkt haben, insbesondere auf den Ansatz von Zu- und Abschlägen, die auf den bzw. vom errechneten Gesamtbetrag der Einkünfte des Steuerpflichtigen vorgenommen werden.

Die Regelung des auf ein Jahr begrenzten Verlustrücktrags ist erstmals für nicht ausgeglichene Verluste des Veranlagungszeitraums 1975 anzuwenden, d.h. er schlägt erstmals mit max. 5 Millionen DM im Veranlagungsjahr 1974 zu Buche.

Ab dem Veranlagungszeitraum 1983 wurde der Verlustrücktrag auf zwei Jahre erweitert und die Höchstgrenze auf 10 Millionen DM erhöht.

Der Verlustvortrag war bis 1974 auf Gewinneinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit begrenzt. Seit 1975 ist er für alle Einkunftsarten anwendbar.

Die von einem Dritten zugunsten des Steuerpflichtigen bewirkten Leistungen auf die Vermögensabgabe werden seit 1968 bereits bei der Errechnung des Gesamtbetrags der Einkünfte hinzugerechnet, vorher dagegen wurden sie erst bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens berücksichtigt.

Seit 1974 bestehen verbesserte Befreiungsvorschriften für Nutzungs- und Verwertungsgenossenschaften, was sich auf die Erfassung des Einkommens ausgewirkt hat.

Die für den Erhebungszeitraum 1971 erstmals durch Gesetz geregelte Erfassung der Einkommen von Organgesellschaften hat sich insofern ausgewirkt, als seit 1971 mit Ausnahme von Ausgleichszahlungen das gesamte Einkommen dem Organträger zuzurechnen ist.



Seit 1977 ist im Bereich des Körperschaftsteuerrechts die Anwendung eines Freibetrags für Veräußerungs- und Aufgabengewinne möglich.

Bei der Ermittlung des Einkommens können erst seit 1977 "ausländische Steuern vom Einkommen" vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden.

Ab dem Veranlagungszeitraum 1988 werden die Spenden und Beiträge nach § 9 Nr. 3 KStG neu gegliedert.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zum Einkommen zählen nur positive Einkommensbeträge der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen, zu den Verlusten (Körperschaftsteuerstatistik) die negativen Einkommensbeträge.

## **Einkommen aus unselbständiger Arbeit**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen

- Bruttolöhne und -gehälter und
- Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesene >>> Bruttolohn- und -gehaltssumme enthält die Löhne und Gehälter - vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer -, die den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Soldaten (einschl. Wehrpflichtigen), Auszubildenden, Volontären und ähnlichen Arbeitnehmergruppen aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis zugeflossen sind.

Einbezogen sind Akkord-, Bandarbeits- und Prämienzuschläge, Leistungs-, Schmutz- und Lästigkeitszulagen, Montagezuschläge, Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit, sonstige tariflich oder frei vereinbarte Vergütungen und Zulagen, wie Familien- und Kinderzuschläge (bis 1974 auch Kinderzuschläge im öffentlichen Dienst) sowie Wohnungszuschüsse, Essengeld und Fahrtkostenzuschüsse.

Weiter sind enthalten Naturalvergütungen, Vergütungen für die durch Fest- und Feiertage, Urlaub, Krankheit usw. ausgefallene Arbeitszeit (Lohnfortzahlung), gesetzliche Zuschüsse des Arbeitgebers zum Krankengeld, Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, Gewinnbeteiligungen, Erfolgs- und Treueprämien, Leistungen der Arbeitgeber nach den Vermögensbildungsgesetzen, Abfindungen beim Ausscheiden des Arbeitnehmers aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis und ähnliche Leistungen.

Auch Einkommen aus nebenberuflicher unselbständiger Arbeit bzw. geringfügiger abhängiger Tätigkeit sind einbezogen, wie Vergütungen an nebenberufliche Hausmeister und Heizer, Aushilfskellner, Stundenbuchhalter usw., ferner Provisionen für unselbständige Versicherungsvertreter.

Zum Einkommen der Soldaten rechnen die Geldbezüge, die Verpflegungskosten und der Wert der Bekleidung; der Wert der Unterkunft wird nicht als Naturalentgelt angesehen.

Der Lohnbegriff umfaßt auch Heimarbeiterlöhne. Zu den >>> Sozialbeiträgen der Arbeitgeber gehören >>> tatsächliche Sozialbeiträge an die Sozialversicherung, an Lebensversicherungsunternehmen, Versorgungswerke, Pensionskassen und an die übrige Welt sowie >>> unterstellte Sozialbeiträge.

Nicht als Einkommen aus unselbständiger Arbeit, sondern als >>> Vorleistungen der Arbeitgeber werden Trennungsentschädigungen, Umzugskostenvergütungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Ersatz von Reisekosten, Auslösungen im Baugewerbe, Kleider- und Werkzeuggelder, Aufwendungen für die Ausbildung von Arbeitskräften, für das Personalbüro, für den Betriebsrat, für betriebseigene Unfallstationen, Kantinen, Kindergärten, Erholungsheime und ähnliche, zum Teil von den Unternehmen unter den Personalkosten gebuchte Aufwendungen betrachtet.

Aufwendungen der Arbeitnehmer aus ihren Verdiensten, z.B. für spezielle Berufskleidung, Werkzeug usw., werden nur dann zu den Vorleistungen gerechnet, wenn die Arbeitnehmer hierzu vertraglich verpflichtet sind. Alle übrigen Ausgaben der Arbeitnehmer aus ihren Verdiensten im Zusammenhang mit ihrer Erwerbstätigkeit gelten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dagegen als Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Der überwiegende Teil der "Werbungskosten" des deutschen Einkommensteuerrechts (z.B. Fahrtkosten zur Arbeitsstelle) wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Einkommen aus unselbständiger Arbeit angesehen (diese Regelung ist allerdings im Hinblick auf den Vergleich der Einkommen aus unselbständiger Arbeit mit den Einkommen der Selbständigen nicht unproblematisch).

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit werden im Prinzip im Zeitpunkt der Fälligkeit nachgewiesen.

### **Begriffsbeziehungen:**

1. Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
  - Sozialbeiträge der Arbeitgeber
  - = Bruttolohn- und -gehaltsumme
  - Abzüge
    - Sozialbeiträge der Arbeitnehmer
    - Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen)
  - = Nettolohn- und -gehaltsumme
  
2. Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
  - + Von Inländern empfangene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - = Volkseinkommen
  
3. Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
  - + Im Inland entstandene Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
  - = Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
  - = Nettowertschöpfung

## **Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Als Differenz zwischen >>> Nettowertschöpfung (Inlandskonzept, entstandene Einkommen) bzw. >>> Volkseinkommen (Inländerkonzept, empfangene Einkommen) und >>> Einkommen aus unselbständiger Arbeit ermittelte Einkommensgröße, die in der Gliederung nach Arten auf den Nachweis folgender Ströme zielt:

Einkommen aus Unternehmertätigkeit:

>>> Entnommene Gewinne der privaten Haushalte aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie >>> nichtentnommene Gewinne der Unternehmen mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Vermögenseinkommen:

>>> Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten (Gebühren für Patente, Lizenzen, Urheberrechte u.ä.), Dividenden und sonstige >>> Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Nachgewiesen werden die geleisteten bzw. empfangenen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Sektoren und der übrigen Welt.

Im Unternehmenssektor wird dargestellt, welche Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen den Unternehmen - außer den bei ihnen entstandenen Einkommen zugeflossen sind und welche Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die Unternehmen geleistet (verteilt) haben.

Die unverteilten Einkommen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit stellen den Anteil der Unternehmen am Volkseinkommen dar.

Bei den übrigen Sektoren - Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck - entstehen ex definitione keine Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Diese Sektoren sind hauptsächlich Empfänger von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, leisten aber auch Vermögenseinkommen. Bei den geleisteten Vermögenseinkommen handelt es sich beim Staat um die Zinsen auf öffentliche Schulden, bei den privaten Haushalten und den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck um Zinsen auf Konsumentenschulden.

## **Einkommen aus Wohnungsvermietung**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Die gewerbliche Wohnungsvermietung ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit der Vermietung und mit der Eigennutzung von Wohnungen und Wohngebäuden durch private Haushalte zu dem funktional abgegrenzten Wirtschaftsbereich "Wohnungsvermietung" zusammengefaßt. Dieser Bereich ist dem Unternehmenssektor zugeordnet. Einkommen aus Wohnungsvermietung (einschl. des Mietwertes selbstgenutzter Wohnungen und Wohngebäude im Eigentum von privaten Haushalten) werden infolgedessen als Einkommen aus Unternehmertätigkeit nachgewiesen.

## **Einkommen der Bezugsperson**

**Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

**Begriffsinhalt:**

Monatliches Bruttoeinkommen der Bezugsperson aus unselbständiger Arbeit.

Das >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit umfaßt die empfangenen Bruttolöhne und -gehälter, einschl. aller Einkommen aus nebenberuflicher Tätigkeit. Enthalten sind auch >>> einmalige Zahlungen des Arbeitgebers (z.B. Urlaubs-, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt, Prämien u.ä.), das >>> Überstundenentgelt und die >>> vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers.

Bezugsperson ist beim >>> Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalt von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen dasjenige Haushaltsmitglied, das - i.d.R. alleiniger - Einkommensbezieher ist; beim >>> Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen ist Haushaltsvorstand derjenige, der Hauptverdiener in der Familie ist.

## **Einkommensteuerpflichtige**

**Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

**Begriffsinhalt:**

Alle natürlichen Personen, die unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind. Dazu zählen alle Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich im Inland befindet. Sie unterliegen mit sämtlichen in- und ausländischen Einkünften der Einkommensteuer.

Als Einkommensteuerpflichtiger wird jeder Veranlagungsfall gezählt, bei dem die Veranlagung zu einem positiven >>> Einkommen geführt hat. Entsprechend dem Veranlagungsverfahren kann es sich dabei um Einzelpersonen (Ledige, Geschiedene, Verwitwete, getrennt veranlagte Ehegatten) oder um zusammenveranlagte Ehegatten handeln; die Zahl der erfaßten Einkommensteuerpflichtigen ist deshalb nicht identisch mit der Zahl der tatsächlich besteuerten natürlichen Personen.

Gesondert nachgewiesen sind natürliche Personen ohne einen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland; sie sind mit ihren inländischen Einkünften beschränkt einkommensteuerpflichtig. Ebenfalls nicht in der Zahl der Einkommensteuerpflichtigen enthalten sind die sog. >>> Verlustfälle. Verlustfälle sind jene unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen, bei denen die Veranlagung zur Einkommensteuer zu einem negativen Einkommen (= Verlust) geführt hat; sie sind in einer eigenen Tabelle nachgewiesen.

Im einzelnen werden Einkommensteuerpflichtige mit >>> Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, mit >>> Einkünften aus Gewerbebetrieb, mit >>> Einkünften aus selbständiger Arbeit, mit >>> Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, mit >>> Einkünften aus Kapitalvermögen, mit >>> Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und mit >>> Sonstigen Einkünften nachgewiesen.

## **Einkommensteuerschuld/Festgesetzte Einkommensteuer**

**Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

### **Begriffsinhalt:**

Jahressteuerschuld der unbeschränkt >>> Einkommensteuerpflichtigen, die sich aufgrund der Veranlagung zur Einkommensteuer aus dem zu versteuernden Einkommen ergibt.

Diese Jahressteuerschuld ergibt sich nach Berücksichtigung bestimmter Steuerermäßigungen (z.B. ermäßigte Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften, Steuerermäßigungen bei ausländischen Einkünften) aus der Einkommensteuertabelle (Grund- oder Splittingtabelle). Während sich aus der Grundtabelle die Einkommensteuerschuld für die Einzelveranlagungen errechnet, enthält die Splittingtabelle die Steuerbeträge für Fälle von Zusammenveranlagungen (Ehegatten) und Veranlagungen in besonderen Fällen.

Die Einkommensteuer ist eine Jahressteuer (§ 2 Abs. 7 EStG). Entsprechend sind die Grundlagen für ihre Festsetzung regelmäßig für ein Jahr zu ermitteln. Sind nur während eines Teils des Kalenderjahrs Einkünfte bezogen worden, so werden diese Einkünfte als Bemessungsgrundlage für das Kalenderjahr angesetzt.

Das zu versteuernde Einkommen der Einkommensteuerpflichtigen wird wie folgt berechnet (Stand: 1989):

>>> Einkommen

- Altersfreibetrag
- Haushaltsfreibetrag
- Kinderfreibetrag
- sonstige vom Einkommen abzuziehende Beträge

---

= zu versteuerndes Einkommen

Nachfolgend näheres zu den Abzugsbeträgen:

Altersfreibetrag (1989: 720 DM) für Steuerpflichtige, die vor Beginn des Veranlagungsjahrs das 64. Lebensjahr vollendet hatten (§ 32 Abs. 8 EStG).

Haushaltsfreibetrag (1989: 4 752 DM) für alleinstehende Steuerpflichtige, wenn ihnen im Veranlagungszeitraum mindestens 1 Kind zugeordnet worden ist (§ 32 Abs. 7 EStG).

Kinderfreibetrag (1989: 2 484 DM je Kind - § 32 Abs. 6 EStG); die Altersgrenze für die uneingeschränkte Berücksichtigung eines Kindes ist ab 1983 vom 18. auf das 16. vollendete Lebensjahr heruntergesetzt worden (§ 32 Abs. 3 u. 4 EStG); leben die Eltern nicht zusammen, kann der Kinderfreibetrag unter bestimmten Bedingungen geteilt werden.

Sonstige vom Einkommen abzuziehende Beträge

- freibleibender Betrag nach § 46 Abs. 3 § 70 EStDV.

Auf die Jahressteuerschuld werden die durch Steuerabzug einbehaltenen Beträge angerechnet, soweit sie auf die im Veranlagungszeitraum bezogenen Einkünfte entfallen. Solche Steuerabzüge werden bei den unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen für die Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer vorgenommen. Die Lohnsteuer bzw. Kapitalertragsteuer sind besondere Erhebungsformen der Einkommensteuer, die bei den >>> Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit durch Abzug vom Arbeitslohn bzw. bei bestimmten im Einkommensteuergesetz aufgeführten inländischen Kapitalerträgen durch Abzug vom Kapitalertrag erhoben werden. Zur Ermittlung der verbleibenden Steuerschuld der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen sind diese Steuerabzugsbeträge von der Einkommensteuerschuld abzuziehen.

Eine Veranlagung zur Einkommensteuer wird bei Arbeitnehmern, bei denen >>> Lohnsteuer einbehalten wird, nur dann durchgeführt, wenn z.B. das >>> Einkommen von Ehegatten 48 000 DM, in den übrigen Fällen 24 000 DM übersteigt oder wenn noch andere Einkünfte von mehr als 800 DM bezogen worden sind, die nicht der Lohnsteuer zu unterwerfen waren.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Das Einkommensteuerrecht wurde im Zeitablauf häufig geändert; von den Änderungen waren u.a. der Einkommensteuertarif und die Freibeträge der Einkommensteuerpflichtigen betroffen.

### **Begriffsbeziehungen:**

Die in der Einkommensteuerstatistik nachgewiesene Einkommensteuerschuld ist zu unterscheiden von der >>> veranlagten Einkommensteuer (Statistik über den Steuerhaushalt). Als Einkommensteuerschuld/Festgesetzte Einkommensteuer wird die aufgrund der Veranlagung zur Einkommensteuer festgesetzte Jahressteuerschuld nachgewiesen. Die veranlagte Einkommensteuer der Statistik über den Steuerhaushalt rechnet dagegen zu den kassenmäßigen Steuereinnahmen des Bundes und der Länder (Gemeinschaftsteuern) und damit zu den Steuereinnahmen, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums in die Kassen von Bund und Ländern fließen, unabhängig davon, für welches Jahr sie geleistet wurden oder wann die Einkommensteuerschuld entstanden ist. Zu beachten ist außerdem, daß die Einkommensteuerschuld lediglich für unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige nachgewiesen wird.

# Einkommen- und Körperschaftsteuer

## 1. Statistik über den Steuerhaushalt

Datennachweis: ab 1962

## 2. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Dem Bund bzw. den Ländern nach der Steuerverteilung tatsächlich zugeflossene Anteile an >>> Lohnsteuer, >>> veranlagter Einkommensteuer, >>> Kapitalertragsteuer und >>> Körperschaftsteuer.

### Änderungen im Zeitablauf:

Die Anteile des Bundes/der Länder an der Einkommen- und Körperschaftsteuer betrugen

1962	: 35 bzw. 65 v.H.
1963	: 38 bzw. 62 v.H.
1964 - 1966	: 39 bzw. 61 v.H.
1967 - 1968	: 37 bzw. 63 v.H.
1969	: 35 bzw. 65 v.H.

Ab 1.1.1970 (Inkrafttreten des Finanzreformgesetzes in Verbindung mit dem Gemeindefinanzreformgesetz) fließen dem Bund bzw. den Ländern je

- 50 v.H. der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer, jeweils abzüglich des halben Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und
- 50 v.H. der Kapitalertragsteuer und der Körperschaftsteuer zu.

Nach dem Gemeindefinanzreformgesetz erhalten die Gemeinden ab 1.1.1970 14 v.H., ab 1.1.1980 15 v.H. der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer (= Gemeindeanteil an der Einkommensteuer).

# Einkommen- und Vermögensteuern

## Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte

Datennachweis: ab 1958

### Begriffsinhalt:

Die Einkommen- und Vermögensteuern je Haushalt und Monat umfassen die geleisteten Lohnsteuern, Einkommensteuern, Vermögensteuern, die laufenden Lastenausgleichsabgaben und die Kirchensteuern.

Die Lohnsteuer ist eine besondere Erhebungsform der Einkommensteuer, die bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben wird. Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit rechnen alle Einnahmen, die einem Arbeitnehmer aus seinem Dienstverhältnis oder einem früheren Dienstverhältnis in Form von Geld oder Sachleistungen zufließen. Dazu gehören z.B. Löhne, Gehälter, Gratifikationen, Tantiemen u.ä.

Die Einkommensteuer ist eine Steuer, die auf das Einkommen von Einkommensteuerpflichtigen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, erhoben wird. Der Einkommensteuer unterliegen die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Einkünfte aus Kapitalvermögen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie die sonstigen Einkünfte.

Die Vermögensteuer ist eine Steuer, die auf das Vermögen von Vermögensteuerpflichtigen erhoben wird. Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer bei unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen (Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland) ist das Gesamtvermögen. Das Gesamtvermögen wird als Summe aus dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen, dem Grundvermögen, dem Betriebsvermögen und dem sonstigen Vermögen abzüglich der Schulden und sonstigen Abzüge ermittelt.

Lastenausgleichsabgaben sind die nach dem Lastenausgleichsgesetz zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Abgaben. Sie dienen dem Ausgleich von Schäden und Verlusten, die durch Vertreibungen und kriegsbedingte Zerstörung sowie im Zusammenhang mit der Neuordnung des Geldwesens durch die Währungsreform 1948 entstanden sind.

Die Kirchensteuer ist eine zur Deckung des allgemeinen Kirchenbedarfs von steuerberechtigten Religionsgemeinschaften erhobene Steuer. Die Höhe und die Bemessungsgrundlage der Kirchensteuer weichen in den einzelnen Bundesländern voneinander ab, in der Regel besteht sie jedoch in einem Prozentsatz der Einkommen- bzw. Lohnsteuer. Nicht berücksichtigt werden Steuerrückzahlungen durch das Finanzamt und die Ablösungsbeträge von Lastenausgleichsabgaben. Verrechnungen bei Überzahlungen, z.B. im Rahmen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs, werden dagegen abgesetzt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den >>> Ausgaben für den privaten Verbrauch (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) zählen zu den "sonstigen Ausgaben" alle Ausgaben, die nicht für Konsumzwecke getätigt werden; dies sind neben den Einkommen- und Vermögensteuern die >>> Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und die >>> übrigen Ausgaben (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte).

## **Einkünfte aus Gewerbebetrieb**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15 bis 17 EStG) sind

- Einkünfte aus gewerblichen Unternehmen. Dazu gehören auch Einkünfte aus gewerblicher Bodenbewirtschaftung, z.B. aus Bergbauunternehmen und aus Betrieben zur Gewinnung von Torf, Steinen und Erden, soweit sie nicht land- oder forstwirtschaftliche Nebenbetriebe sind;
- die Gewinnanteile der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und einer anderen Gesellschaft, bei der der Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen ist, und die Vergütungen, die der Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat;
- die Gewinnanteile der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, soweit sie nicht auf Anteile am Grundkapital entfallen, und die Vergütungen, die der persönlich haftende Gesellschafter von der Gesellschaft für seine Tätigkeit im Dienst der Gesellschaft oder für die Hingabe von Darlehen oder für die Überlassung von Wirtschaftsgütern bezogen hat.

Es handelt sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Gewerbetreibenden als Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen ergibt. Bei nicht buchführungspflichtigen Steuerpflichtigen, die auch keine Bücher führen, wird als Gewinn der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben angesetzt.

Zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb gehören auch Gewinne aus Betriebsveräußerungen und aus Veräußerungen von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft, wenn der Veräußerer innerhalb der letzten fünf Jahre am Kapital der Gesellschaft wesentlich beteiligt war. Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind u.a. zu unterscheiden von den >>> Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft und den >>> Einkünften aus selbständiger Arbeit (jeweils Einkommensteuerstatistik).

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft sind Einkünfte aus der planmäßigen Nutzung des Bodens und der Verwertung der dadurch gewonnenen Erzeugnisse. Beschränkt sich ein Betrieb nicht auf den Absatz selbstgegener Erzeugnisse, sondern kauft er dauernd und nachhaltig fremde Erzeugnisse über den betriebsnotwendigen Umfang hinaus hinzu, so ist ein solcher Betrieb als Gewerbebetrieb zu behandeln.

Als fremde Erzeugnisse gelten nur solche Erzeugnisse, die nicht im eigenen Betrieb im Wege des Erzeugungsprozesses bearbeitet werden, sondern für Zwecke der Weiterveräußerung zugekauft werden. Daher gelten Erzeugnisse, die für die Weiterzucht im Rahmen des Erzeugungsprozesses im eigenen Betrieb verwendet werden (z.B. Saatgut, Jungpflanzen), nicht als fremde Erzeugnisse.

Im Unterschied zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb, bei denen die Einkünfte einen Betrieb (Gewerbebetrieb) voraussetzen, ergeben sich die Einkünfte aus selbständiger Arbeit aus bestimmten selbständig ausgeübten Tätigkeiten, die in der Regel keinen Betrieb voraussetzen.

Bei den Einkünften aus selbständiger Arbeit handelt es sich überwiegend um Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, die im Einkommensteuergesetz nur durch die Aufzählung der wesentlichsten Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte) beschrieben wird. Danach können auch Tätigkeiten unter den Begriff der selbständigen Arbeit fallen, die im Einkommensteuergesetz nicht ausdrücklich bezeichnet sind. Voraussetzung ist jedoch, daß diese Tätigkeiten tatsächlich einer der in § 18 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Tätigkeiten ähnlich sind.

## **Einkünfte aus Kapitalvermögen**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Einkünften aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG) gehören

- Gewinnanteile (Dividenden), Ausbeuten und sonstige Bezüge aus Aktien, Kuxen, Genußscheinen, Anteilen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung, an Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Kolonialgesellschaften und an bergbautreibenden Vereinigungen, die die Rechte einer juristischen Person haben;
- Einkünfte aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter;
- Zinsen aus Hypotheken und Grundschulden und Renten aus Rentenschulden. Bei Tilgungshypotheken und Tilgungsgrundschulden ist nur der Teil der Zahlung steuerpflichtig, der als Zins auf den jeweiligen Kapitalrest entfällt;
- Zinsen aus sonstigen Kapitalforderungen jeder Art, z.B. aus Darlehen, Anleihen, Einlagen und Guthaben bei Sparkassen, Banken und anderen Kreditanstalten;
- Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel.

Einbezogen sind u.a. auch Einkünfte aus der Veräußerung von Dividendenscheinen, Zinsscheinen und sonstigen Ansprüchen, wenn die dazugehörigen Aktien, Schuldverschreibungen oder sonstigen Anteile nicht mitveräußert werden.

Die Einkünfte aus Kapitalvermögen ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten unter Berücksichtigung des Sparerfreibetrags (600/1 200 DM). Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen.

Zu weiteren Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

## **Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§§ 13 bis 14 EStG) sind

- Einkünfte aus dem Betrieb von Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Weinbau, Gartenbau, Obstbau, Gemüsebau, Baumschulen und aus allen Betrieben, die Pflanzen und Pflanzenteile mit Hilfe der Naturkräfte gewinnen. Zu diesen Einkünften gehören unter bestimmten Voraussetzungen auch die Einkünfte aus Tierzucht und Tierhaltung;
- Einkünfte aus Binnenfischerei, Teichwirtschaft, Fischzucht für Binnenfischerei und Teichwirtschaft, Imkerei und Wanderschäfferei;
- Einkünfte aus Jagd, wenn diese mit dem Betrieb einer Landwirtschaft oder einer Forstwirtschaft im Zusammenhang steht;
- Einkünfte von Hauberg-, Wald-, Forst- und Laubgenossenschaften und ähnlichen Realgemeinden im Sinne des § 3 Abs. 2 des Körperschaftsteuergesetzes.

Es handelt sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Land- und Forstwirten als Unterschiedsbetrag zwischen dem Betriebsvermögen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Betriebsvermögen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Einnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen, ergibt. Der Gewinn nichtbuchführungspflichtiger Land-

und Forstwirte wird nach Durchschnittssätzen (§ 13a Einkommensteuergesetz) ermittelt. Bei Land- und Forstwirten, die zur Buchführung verpflichtet sind, aber keine ordnungsgemäßen Bücher führen, ist der Gewinn zu schätzen (Einkommensteuer-Richtlinien 1987 Abschnitt 127, Abs. 2). Eine Schätzung des Gewinns wird auch bei den in Abschnitt 127 Abs. 4 der Einkommensteuer-Richtlinien 1987 aufgeführten Land- und Forstwirten vorgenommen.

Zu den land- und forstwirtschaftlichen Einkünften gehören auch Einkünfte aus einem land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieb, der Nutzungswert der Wohnung des Steuerpflichtigen sowie Gewinne, die bei der Veräußerung eines Betriebs oder Teilbetriebs oder eines Anteils an einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen erzielt werden. Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zu Unterschieden zwischen den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, den >>> Einkünften aus Gewerbebetrieb und den >>> Einkünften aus selbständiger Arbeit (jeweils Einkommensteuerstatistik) siehe unter Einkünfte aus Gewerbebetrieb.

## **Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Zu den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG) gehören

- Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und Vorteile, die für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst gewährt werden;
- Wartegelder, Ruhegelder, Witwen- und Waisengelder und andere Bezüge und Vorteile aus früheren Dienstleistungen.

Es ist gleichgültig, ob es sich um laufende oder um einmalige Bezüge handelt und ob ein Rechtsanspruch auf sie besteht. Die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ergeben sich als Überschuß der Einnahmen (>>> Bruttolohn) über die Werbungskosten und abzüglich des Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrages sowie des steuerfreien Teils von Versorgungsbezügen. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (z.B. Aufwendungen des Arbeitnehmers für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Aufwendungen aus Anlaß einer doppelten Haushaltsführung, Aufwendungen für Arbeitsmittel). Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

## **Einkünfte aus selbständiger Arbeit**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG) sind

- Einkünfte der Gewinner einer staatlichen Lotterie, wenn sie nicht Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind;
- Einkünfte aus sonstiger selbständiger Arbeit (z.B. Vergütungen für die Vollstreckung von Testamenten, für Vermögensverwaltung und für die Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied.);
- Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit.

Zu der freiberuflichen Tätigkeit gehören die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, künstlerische, schriftstellerische, unterrichtende oder erzieherische Tätigkeit, die selbständige Berufstätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte, Vermessungsingenieure, Ingenieure, Architekten, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratenden Volks- und Betriebswirte, vereidigten Buchprüfer (vereidigten Bücherrevisoren), Steuerbevollmächtigten, Heilpraktiker, Dentisten, Krankengymnasten, Journalisten, Bildberichterstatter, Dolmetscher, Übersetzer, Lotsen und ähnlicher Berufe. Ein Angehöriger eines freien Berufes ist auch dann freiberuflich tätig, wenn er sich der Mithilfe fachlich vorgebildeter Arbeitskräfte bedient; Voraussetzung ist, daß er aufgrund eigener Fachkenntnisse leitend und eigenverantwortlich tätig wird.



Eine Vertretung im Falle vorübergehender Verhinderung steht der Annahme einer leitenden und eigenverantwortlichen Tätigkeit nicht entgegen.

Bei den Einkünften aus selbständiger Arbeit handelt es sich um den Gewinn, der sich bei buchführungspflichtigen oder freiwillig Bücher führenden Steuerpflichtigen als Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen der Selbständigen am Schluß des Wirtschaftsjahres und dem Vermögen der Selbständigen am Schluß des vorangegangenen Wirtschaftsjahres, vermehrt um den Wert der Entnahmen und vermindert um den Wert der Einlagen, ergibt. Bei nichtbuchführungspflichtigen Steuerpflichtigen, die auch keine Bücher führen, wird als Gewinn der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben angesetzt.

Einbezogen ist auch der Gewinn, der bei der Veräußerung des Vermögens oder eines selbständigen Teils des Vermögens oder eines Anteils am Vermögen erzielt wird, das der selbständigen Arbeit dient. Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zu Unterschieden zwischen den Einkünften aus selbständiger Arbeit, den >>> Einkünften aus Gewerbebetrieb und den >>> Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft (jeweils Einkommensteuerstatistik) siehe unter Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 18 EStG).

## **Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung**

### **Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: ab 1961

#### **Begriffsinhalt:**

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§§ 21, 21a EStG) sind

- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von unbeweglichem Vermögen, insbesondere von Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen, Schiffen, die in ein Schiffsregister eingetragen sind, und Rechten, die den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen (z.B. Erbbaurecht, Erbpachtrecht, Mineralgewinnungsrecht);
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Sachinbegriffen, insbesondere von beweglichem Betriebsvermögen;
- Einkünfte aus zeitlich begrenzter Überlassung von Rechten, insbesondere von schriftstellerischen, künstlerischen und gewerblichen Urheberrechten, von gewerblichen Erfahrungen und von Gerechtigkeiten und Gefällen;
- Einkünfte aus der Veräußerung von Miet- und Pachtzinsforderungen, auch dann, wenn die Einkünfte im Veräußerungspreis von Grundstücken enthalten sind und die Miet- oder Pachtzinsen sich auf einen Zeitraum beziehen, in dem der Veräußerer noch Besitzer war.

Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung ergeben sich als Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten. Einnahmen sind dabei alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen. Werbungskosten sind Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (z.B. Steuern vom Grundbesitz).

Einbezogen ist auch der Nutzungswert der Wohnung im eigenen Haus oder der Nutzungswert einer dem Steuerpflichtigen ganz oder teilweise unentgeltlich überlassenen Wohnung einschl. der zugehörigen sonstigen Räume und Gärten. Zu Einzelheiten siehe Einkommensteuergesetz.

## **Einlagen und aufgenommene Gelder**

### **Statistik der Bausparkassen**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Die Einlagen und aufgenommenen Gelder umfassen den Bestand an Spareinlagen sowie den Bestand an aufgenommenen Fremdmitteln bei den Bausparkassen.

Als >>> Spareinlagenbestand (einschließlich verrechneter Bausparprämien) gilt der Bestand an Bauspareinlagen (einschl. Zinsgutschriften) und verrechneten Bausparprämien.

Als >>> aufgenommene Fremdmittel gelten Verbindlichkeiten der Bausparkassen gegenüber Dritten.

**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Einlagen und aufgenommenen Geldern stellen die >>> Einzahlungen (Statistik der Bausparkassen) keine Bestands-, sondern eine Stromgröße dar. Zudem umfassen die Einzahlungen keine aufgenommenen Fremdmittel.

## Einmalige und unregelmäßige Einkommensübertragungen

**Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

**Begriffsinhalt:**

Einmalige oder unregelmäßige Einkommensübertragungen von unter 2 000 DM je Einzelfall an die privaten Haushalte je Haushalt und Monat.

Die einmaligen Einkommensübertragungen gliedern sich in die Übertragungen vom Staat (Übertragungen der gesetzlichen Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften), die Übertragungen der privaten Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen, die Übertragungen von anderen privaten Haushalten und in die Übertragungen aus anderen Quellen.

Zu den einmaligen Einkommensübertragungen rechnen im einzelnen:

- Einmalige (unregelmäßige) Übertragungen der gesetzlichen Krankenversicherung (auch Ersatzkrankenkassen), wie Erstattungen von Arzt-, Krankenhaus- und Apothekenrechnungen, Zuschüsse für Kuraufenthalte, Wochengeld, Stillgeld, Entbindungskostenbeiträge, Sterbegeld usw., nicht aber Krankengeld u.ä.;
- einmalige (unregelmäßige) Übertragungen der sonstigen Sozialversicherung, wie Beitragserstattungen, Witwenabfindungen, Kapitalabfindungen, Übergangsgeld bei Heilbehandlung und bei Berufsförderung u.ä. aus den gesetzlichen Rentenversicherungen (einschl. Zahlungen aus Zusatzversorgungskassen des öffentlichen Dienstes, wie Beitragserstattungen bei Ausscheiden aus der Versicherung) sowie einmalige (unregelmäßige) Zahlungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wie Abfindungen an Verletzte und Erkrankte, Hinterbliebene, Sterbegeld u.ä.;
- einmalige (unregelmäßige) Übertragungen aus Rückerstattungen von Einkommen- und Vermögensteuern (Rückzahlungen von Lohn-, Einkommen-, Vermögen- oder Kirchensteuer) durch das Finanzamt;
- sonstige einmalige (unregelmäßige) Übertragungen der Gebietskörperschaften, wie einmalige Zahlungen im Rahmen der Kriegsopferversorgung (kapitalisierte Kriegsbeschädigtenrenten, Abfindungen bei Wiederheirat), des Lastenausgleichs (z.B. Hauptentschädigungen), der Sozialhilfe, der Wiedergutmachung usw., ferner Spar- und Wohnungsbauprämien, Rückzahlungen von Kraftfahrzeug- und anderen Steuern der privaten Haushalte (mit Ausnahme der Lohn-, Einkommen-, Vermögen- und Kirchensteuer) sowie einmalige (unregelmäßige) Beihilfen und Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln in besonderen Notfällen (z.B. Beihilfen im öffentlichen Dienst, in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen);
- einmalige (unregelmäßige) Übertragungen der privaten Kranken-, Unfall- und Schadenversicherungen, wie Erstattungen der Kosten für ärztliche Behandlung, Krankenhausaufenthalt, Zahnbehandlung, Heilmittel u.ä. Übertragungen aus privater Krankenversicherung, einmalige (unregelmäßige) Zahlungen aus der Kraftverkehrsversicherung sowie aus privater Unfall- und sonstiger Schadenversicherung für Personen- und Sachschäden (auch Abfindungen); einbezogen werden auch zurückerstattete Prämien, sofern sie nicht verrechnet werden;
- einmalige (unregelmäßige) Übertragungen von anderen privaten Haushalten, wie Geldgeschenke, Erbschaften, Aussteuer in Bargeld, Abfindungen vom geschiedenen Ehepartner, Schadenersatz, Spielgewinne u.ä.;
- einmalige (unregelmäßige) Übertragungen aus sonstigen Quellen (im wesentlichen von Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbscharakter); zu diesen Übertragungen rechnen z.B. Spielgewinne aus Lotto, Toto, Lotterie, Turf, Spielbank usw., Unterstützungen von Kirchen und karitativen Einrichtungen, Gewerkschaft usw., Beihilfen (Unterstützungen), die von privaten Arbeitgebern unter Beachtung der Lohnsteuer-richtlinien als Heiratsbeihilfen oder Geburtsbeihilfen gezahlt werden, ferner Finderlohn u.ä.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Beihilfen (Unterstützungen) privater Arbeitgeber waren von 1965 bis einschl. 1968 in der Position >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit enthalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Einmalige Übertragungen von unter 2 000 DM je Einzelfall gelten als Einkommensübertragungen, während einmalige Übertragungen von 1 000 DM und mehr als >>> Vermögensübertragungen (Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte) nachgewiesen werden.

## Einmalige Leistungen

**Statistik der Kriegsofferfürsorge**

Datennachweis: ab 1963

**Begriffsinhalt:**

Fälle, in denen im Laufe des Berichtsjahres Beschädigten oder >>> Hinterbliebenen einmalige Leistungen der Kriegsofferfürsorge gewährt werden.

Als einmalige Leistung gilt auch die Gewährung eines Darlehens. Erstrecken sich die Darlehenszahlungen über mehrere Haushaltsjahre, wird für jedes Berichtsjahr ein Fall gezählt. Wird eine Leistung für denselben Zweck teils als Beihilfe, teils als Darlehen gewährt, wird sie zum einen als einmalige Leistung gezählt, der Empfänger zum anderen unter den >>> Empfängern laufender Leistungen erfaßt und nachgewiesen. So ist z.B. eine Beihilfe zur Unterhaltung eines Kraftfahrzeugs eine laufende, ein Darlehen zu seiner Beschaffung eine einmalige Leistung. Außerdem ist zu beachten, daß nur Beschädigte und deren Hinterbliebene anspruchsberechtigt sind, nicht aber Familienmitglieder dieser Personen. Daher werden Fälle, in denen Beschäftigte auch einmalige Hilfe für Familienmitglieder erhalten, nur jeweils einmal gezählt; dagegen werden dann, wenn z.B. eine Kriegerwitwe und eine mit ihr wohnende Waise beide einmalige Hilfe der Kriegsofferfürsorge erhalten, zwei Fälle gerechnet.

Einbezogen werden auch die Fälle, in denen Sonderfürsorgeberechtigte (Kriegsblinde, Ohnhänder, Querschnittsgelähmte, Hirngeschädigte und ähnliche schwer Beschädigte) einmalige Leistungen erhalten.

Ferner werden auch Fälle einbezogen, in denen Personen, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen als dem Bundesversorgungsgesetz anspruchsberechtigt sind (z.B. Soldaten der Bundeswehr, Zivildienstleistende), Leistungen gewährt werden. Diese Leistungen basieren auf Gesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird (z.B. Verordnung zur Kriegsofferfürsorge, Soldatenversorgungsgesetz, Zivildienstgesetz, Häftlingshilfegesetz, Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen sowie Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten und die jeweiligen Änderungsgesetze).

Die Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigungen für Opfer von Gewalttaten werden allerdings nicht nach einzelnen Hilfearten aufgegliedert, sondern sind nur in der Summe global enthalten.

Zu den einmaligen Leistungen zählen alle nicht regelmäßig vorgesehenen Bar- und Sachleistungen, nicht aber persönliche Hilfen (z.B. Beratungen).

Der Nachweis umfaßt auch Leistungen an Deutsche und deutsche Volkszugehörige im Ausland.

Als einmalige Leistungen können die folgenden Hilfearten gewährt werden: >>> berufsfördernde Leistungen, >>> ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, >>> Erholungshilfe, Wohnungshilfe sowie >>> Hilfen in besonderen Lebenslagen. Siehe auch die allgemeinen Erläuterungen unter >>> Ausgaben.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Fälle einmaliger Leistungen ist im Zeitablauf auch von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften (hier u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen) beeinflusst worden. Vgl. hierzu unter berufsfördernde Leistungen, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt, Erholungshilfe sowie Hilfen in besonderen Lebenslagen.

1963 sind auch die Fälle einbezogen, in denen pauschalisierte Leistungen gewährt wurden sowie Leistungen der Träger der Kriegsofferfürsorge aus Haushaltsmitteln der Länder.

Die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gelten seit dem 12.5.1976 auch für Opfer von Gewalttaten.

**Begriffsbeziehungen:**

Unter den einmaligen Leistungen werden nur einmalig gewährte Hilfen nachgewiesen, unter den Empfängern laufender Leistungen (Statistik der Kriegsofferfürsorge) die laufend gewährten Hilfen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß unter den einmaligen Leistungen alle Fälle gezählt werden in denen diese Leistungen im Laufe eines Jahres erbracht wurden (Stromgröße), während zu den Empfängern laufender Leistungen nur solche laufenden Leistungen rechnen, die am jeweiligen Jahresende (noch) erbracht werden (Bestandsgröße).

Gemeinsam ist beiden Begriffen, daß es sich um Fallzählungen handelt, da auch bei den Empfängern laufender Leistungen Mehrfachzählungen nicht ausgeschlossen werden.

## **Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung**

### **Wirtschaftsrechnungen ausgewählter privater Haushalte**

Datennachweis: ab 1965

#### **Begriffsinhalt:**

Die Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung je Haushalt und Monat umfassen die Einkommensübertragungen vom Staat (einschl. der Sozialversicherung), von Unternehmen, privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie von anderen privaten Haushalten, soweit es sich entweder jeweils um laufende Übertragungen oder um einmalige Übertragungen von weniger als 2 000 DM im Einzelfall handelt.

Die Einnahmen aus Einkommensübertragungen und Untervermietung gliedern sich in die >>> laufenden Einkommensübertragungen vom Staat, die >>> sonstigen laufenden Einkommensübertragungen, Untermiete und die >>> einmaligen Einkommensübertragungen.

Zu den laufenden Einkommensübertragungen vom Staat rechnen die Einnahmen aus laufend gewährten Übertragungen der >>> Sozialversicherung und der >>> Gebietskörperschaften, wie Renten und Pensionen, Krankengeld, Arbeitslosengeld und -hilfe, Wohngeld, >>> Kindergeld, >>> Sozialhilfe, >>> Ausbildungsförderung usw.

Zur Position sonstige laufende Einkommensübertragungen, Untermiete zählen z.B. Werksrenten, Leistungen privater Versicherungen, Streikunterstützungen, laufende Übertragungen von Organisationen ohne Erwerbscharakter und von privaten Haushalten, ferner die Einnahmen aus Untervermietung.

Die einmaligen Einkommensübertragungen umfassen einmalige Übertragungen der Sozialversicherung (z.B. der Krankenversicherung), Einnahmen aus der Rückerstattung von Einkommen- und Vermögensteuern, Erstattungen der Gebietskörperschaften, privater Versicherungen, von anderen privaten Haushalten und aus sonstigen Quellen, soweit diese einmaligen Einkommensübertragungen jeweils weniger als 2 000 DM im Einzelfall betragen. Übertragungen von 2 000 DM und mehr werden als >>> Vermögensübertragungen nachgewiesen und sind in der Hauptgruppe >>> sonstige Einnahmen enthalten.

Kinderzuschläge zum Lohn und Gehalt, wie sie z.B. im öffentlichen Dienst gezahlt werden, rechnen zum >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Der besonders hohe Anstieg der Einnahmen aus Einkommensübertragungen im Jahre 1975, besonders bei den Haushaltstypen 2 und 3, erklärt sich in erster Linie durch das seit 1975 unabhängig vom Einkommen des Haushalts gezahlte Kindergeld, das unter der Untergruppe laufende Einkommensübertragungen vom Staat erfaßt und nachgewiesen wird.

Die Einnahmen aus Untervermietung sind seit 1976 hier enthalten, während diese Einnahmen bis einschl. 1975 zur Hauptgruppe sonstige Einnahmen zählten.

## **Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Einnahmeart mit den Einnahmen aus

- Gewinnen aus Unternehmen und Beteiligungen Ablieferung eigener Unternehmen sowie Einnahmen aus Beteiligungen an Unternehmen (z.B. Dividenden, Gewinnanteile, Ausschüttungen aus Beteiligungen), Rückvergütungen, Anteile am Bilanzgewinn der Sparkassen;
- Konzessionsabgaben Vertragsmäßige, periodisch wiederkehrende Zahlungen von Unternehmen für die Einräumung eines bevorzugten Nutzungsrechts an öffentlichem Eigentum (z.B. Ablieferung der Deutschen Bundespost);
- Lotterie, Lotto und Toto Gewinnablieferungen aus den staatlichen Lotterien, dem Zahlenlotto und dem Fußballtoto;
- Mieten und Pachten Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Wohn- und Geschäftsräumen, von Betriebsanlagen, Garagen, Standplätzen an Märkten und Messen, Reklameflächen; Entgelte für die Überlassung von Inventar in vermieteten Räumen; Erbpacht u.ä.;
- sonstiger wirtschaftlicher Tätigkeit Erlös aus dem Verkauf von erwirtschafteten Gütern und Diensten in Wirtschaftsunternehmen sowie in Betriebszweigen der Verwaltung, der Anstalten und Einrichtungen; Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung an Bedienstete und Gäste u.ä.

In der Kassenstatistik werden diese Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände nur zusammen mit den Einnahmen aus dem Ersatz sozialer Leistungen durch Angehörige oder sonst. Verpflichtete nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Rechnungsstatistik sind für die Gemeinden/Gv. in den Rechnungsjahren bis 1973 und für Bund und Länder in den Rechnungsjahren bis 1969 unter den Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit auch alle übrigen laufenden Einnahmen (ohne Zuweisungen) der >>> Wirtschaftsunternehmen (z.B. auch Benutzungsgebühren und sonstige Entgelte für Leistungen dieser Wirtschaftsunternehmen) nachgewiesen.

Dies gilt aber nicht für sonstige Erlöse aus dem Verkauf von erwirtschafteten Gütern und Diensten (außerhalb der Wirtschaftsunternehmen), die auch für diese Jahre nicht hier, sondern bei den Einnahmen aus >>> Gebühren, sonstigen Entgelten nachgewiesen werden.

In der Haushaltsansatzstatistik sind bis 1973 bei den Gemeinden/Gv. unter Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit nur die Gewinnablieferungen und die Konzessionsabgaben der Unternehmen nachgewiesen.

## **Einnahmen der Kapitalrechnung**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Finanzstatistische Summe aller Einnahmen, die eine Vermögensveränderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen dienen und keine >>> besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen, bereinigt um >>> Zahlungen von gleicher (Haushalts-) Ebene.

Zu den Einnahmen der Kapitalrechnung zählen folgende Einnahmearten:

- >>> Veräußerung von Sachvermögen,
- >>> Zuweisungen für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen vom öffentlichen Bereich,
- >>> Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen von anderen Bereichen,
- >>> Darlehensrückflüsse,
- >>> Veräußerung von Beteiligungen,
- >>> Schuldenaufnahmen vom öffentlichen Bereich.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe die Erläuterungen unter >>> bereinigte Einnahmen bzw. unter den obengenannten Einnahmearten.

# Einnahmen der laufenden Rechnung

## 1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

## 2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

## 3. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1974

### Begriffsinhalt:

Finanzstatistische Summe aller Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten anfallen und nichtvermögenswirksam sind, bereinigt um >>> Zahlungen von gleicher (Haushalts-) Ebene.

Zu den Einnahmen der laufenden Rechnung zählen folgende Einnahmearten:

- >>> Steuern und steuerähnliche Abgaben,
- >>> Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit,
- >>> Zinseinnahmen,
- >>> sonstige laufende Einnahmen (Gebühren, sonstige Entgelte),
- >>> laufende Zuweisungen und Erstattungen vom öffentlichen Bereich,
- >>> laufende Zuschüsse und Schuldendiensthilfen von anderen Bereichen.

### Änderungen im Zeitablauf:

Siehe die Erläuterungen unter >>> bereinigte Einnahmen bzw. unter den obengenannten Einnahmearten.

Im kommunalen Bereich sind die Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen u.ä. Abgaben in den Rechnungsjahren bis 1973 als laufende Einnahmen, ab 1974 aber in der Kapitalrechnung nachgewiesen.

# Einnahmen des Staates

## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Summe der folgenden vom >>> Staat (>>> Gebietskörperschaften und >>> Sozialversicherung) empfangenen Einnahmekategorien:

- >>> Vermögenseinkommen
- >>> Laufende Übertragungen
  - Steuern
  - >>> Sozialbeiträge
  - >>> Sonstige laufende Übertragungen
- >>> Vermögensübertragungen
- >>> Abschreibungen.

### Begriffsbeziehungen:

- Einnahmen des Staates
- Ausgaben des Staates
- = Finanzierungssaldo des Staates

# Einpersonenhaushalte

## 1. Volks- und Berufszählung 1987

## 2. Gebäude- und Wohnungszählung 1987

**Begriffsinhalt:**

>>> Privathaushalte, die aus nur einer Person bestehen.

Privathaushalte sind normalerweise Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen. Jedoch bildet auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person einen eigenen Privathaushalt (z.B. auch ein >>> Mieter). Entscheidendes Merkmal ist das selbständige Wirtschaften.

Bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten wird von der >>> Bevölkerung in Privathaushalten ausgegangen, wodurch Mehrfachzählungen von Personen mit mehr als einem Wohnsitz - und damit auch von "Zweitwohnsitzen" nur zum Teil ausgeschlossen werden.

Zu Einzelheiten siehe unter Bevölkerung in Privathaushalten.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Einpersonenhaushalte und >>> Haushalte in Gebäuden mit 1 Person (Gebäude- und Wohnungszählung 1987) bezeichnen etwa die gleichen Personenkreise. Zu beachten ist jedoch, daß bei der Ermittlung der Einpersonenhaushalte in der Bevölkerungsstatistik von der sog. Bevölkerung in Privathaushalten ausgegangen wird, wodurch z.T. auch Privathaushalte einbezogen sein können, die für die dort wohnenden Personen Zweitwohnsitze darstellen (z.B. Unterkünfte von Studenten am Studienort, von Handlungsreisenden usw.). Dagegen sind im Nachweis der Haushalte in Gebäuden mit 1 Person alle Haushalte der wohnberechtigten Bevölkerung enthalten. Reine Wochenendwohnsitze sind weder in den Einpersonenhaushalten noch den Haushalten in Gebäuden mit 1 Person enthalten.

**1.1 Vorausschätzung der Privathaushalte**

Datennachweis: 1961 bis 1990

**1.2 Vorausschätzung der Privathaushalte**

Datennachweis: 1982 bis 2000

**Begriffsinhalt:**

>>> Deutsche, die allein in einem Privathaushalt wohnen.

Aus der deutschen Bevölkerung in Privathaushalten werden alle Personen, die allein leben, zu den Einpersonenhaushalten zusammengefaßt.

Privathaushalte sind normalerweise Personengemeinschaften, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen. Jedoch bildet auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person einen eigenen Privathaushalt (z.B. auch ein Mieter). Entscheidendes Merkmal ist das selbständige Wirtschaften.

Bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten wird von der >>> deutschen Bevölkerung in Privathaushalten ausgegangen, wobei es zu Mehrfachzählungen bei Personen mit mehr als einer Wohnung kommen kann. Zu Einzelheiten siehe unter deutsche Bevölkerung in Privathaushalten.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die in der Vorausschätzung der Privathaushalte 1961 bis 1990 für 1961 und 1970 als Vergleichszahlen nachgewiesenen Daten beruhen auf Ergebnissen der jeweiligen Volks- und Berufszählungen, die Daten für 1978 auf Ergebnissen des Mikrozensus.

Die Daten für 1980 und folgende Jahre stellen geschätzte Werte dar.

Die für 1961 und 1970 nachgewiesenen Vergleichsdaten umfassen alle Einpersonenhaushalte, also auch solche mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand.

1961 wurde bei der Zuordnung von Personen zu Privathaushalten von der >>> wohnberechtigten Bevölkerung (ohne >>> Anstaltsbevölkerung) ausgegangen.

Die in der Vorausschätzung der Privathaushalte 1982 bis 2000 für 1982 als Vergleichszahlen nachgewiesenen Daten beruhen auf Ergebnissen des Mikrozensus.

Die Daten für 1985 und folgende Jahre stellen geschätzte Werte dar.

## **Einrichtungen der Jugendhilfe**

**Statistik der Jugendhilfe**

Datennachweis: ab 1967

**Begriffsinhalt:**

Eine auf Dauer angelegte Kombination von sachlichen und personellen Mitteln zu Zwecken der Erziehung, Jugendfürsorge oder Jugendarbeit unter der Verantwortung eines Trägers.

Zu den Einrichtungen der Jugendhilfe gehören die folgenden stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen: >>> Heime für Säuglinge und Kleinkinder, Heime für Kinder und Jugendliche, Heime für behinderte Kinder und Jugendliche, Aufnahme- und Übergangsheime, Jugendschutzstellen, >>> Beobachtungsheime und Diagnosezentren, Pädagogisch betreute selbständige Wohngemeinschaften, Pädagogisch betreute Wohngruppen, Heime für werdende Mütter und Heime für Mutter und Kind, >>> Kur-, Genesungs- und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche, >>> Jugendwohnheime, Schülerheime, Wohnheime für Auszubildende, >>> Krippen, >>> Kindergärten, >>> Horte, kindergartenähnliche Einrichtungen, Tagesstätten für behinderte Kinder und Jugendliche, Großpflegestellen, Einrichtungen der Stadtranderholung, Kinder- und Jugendferien-/erholungsstätten, Familienferienstätten, Pädagogisch betreute Spielplätze u.ä., Jugendheime, Jugendzentren, Jugendfreizeitheime, Häuser der offenen Tür, Jugendzeltplätze, Jugendherbergen und Jugendgästehäuser, Jugendübernachtungshäuser, >>> Jugendtagungsstätten, Jugendbildungsstätten, >>> Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen, Drogen- und Suchtberatungsstellen, Einrichtungen der Mitarbeiterfortbildung, Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung.

In der Statistik werden bei Einrichtungen, die aus verschiedenartigen Abteilungen bestehen (Mehrzweckeinrichtungen) die einzelnen Abteilungen jeweils als selbständige Einrichtungen erfaßt.

Soweit eine Trennung nach einzelnen Abteilungen nicht möglich ist, wird die gesamte Einrichtung jeweils nach ihrer überwiegenden Zweckbestimmung erfaßt.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Die Einrichtungen der Jugendhilfe werden bis einschließlich 1981 jährlich in der Gliederung nach Einrichtungstypen und Fördergruppen erfaßt.

Ab 1982 wird die Statistik alle vier Jahre durchgeführt und ist mit einer Erhebung des in der Jugendhilfe tätigen Personals verbunden.

Bis einschl. 1985 waren Jugendräume einbezogen, wurden jedoch nicht erfaßt.

## **Einrichtungen des Gesundheitswesens**

**Vierteljahresstatistik der Finanzwirtschaft**

Datennachweis: ab 1974

**Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit Ausgaben für >>> Baumaßnahmen für

- Krankenhäuser, Sanatorien sowie Wirtschaftseinheiten und Hilfsbetriebe, die Krankenhäusern angeschlossen sind (z.B. Wäschereien, Schwesternwohnheime und -schulen, Apotheken);
- sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens (z.B. bakteriologische, chemische oder medizinische Untersuchungsämter);
- Einrichtungen der Arznei- und Lebensmittelkontrolle, Beratungsstellen und Gesundheitsbehörden.

Nicht enthalten sind die Ausgaben für Baumaßnahmen für Hochschulkliniken, die im Aufgabenbereich Hochschulen nachgewiesen werden.

Da das Rechnungswesen der Mehrzahl aller öffentlichen Krankenhäuser nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und ergänzender Vorschriften seit 1976 sukzessive auf kaufmännisches Rechnungswesen umgestellt worden ist, werden die Ausgaben und Einnahmen dieser Einrichtungen nicht mehr in der Kassenstatistik erfaßt (>>> Länder, >>> Gemeinden/Gemeindeverbände).

## **Einwohner**

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960



**Begriffsinhalt:**

Alle Personen, die im Bundesgebiet ihren (ständigen) Wohnsitz haben (= Inländer). Die im Bundesgebiet wohnenden ausländischen Arbeitnehmer sind in dem Begriff enthalten, die Angehörigen der ausländischen Streitkräfte bleiben dagegen unberücksichtigt. Es handelt sich um Jahresdurchschnittszahlen.

Für die nach dem Inländerkonzept abgegrenzten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z.B. >>> Volkseinkommen, >>> Bruttosozialprodukt, >>> Privater Verbrauch) lassen sich mit Hilfe der Einwohnerzahl Angaben "je Einwohner" errechnen.

Siehe auch >>> Bevölkerung (Einwohner) und >>> Volkswirtschaft.

## **Einzahlungen**

**Statistik der Bausparkassen**

Datennachweis: ab 1954

**Begriffsinhalt:**

Zahlungen, die im Berichtszeitraum an die Bausparkassen fließen und die für die Zuteilung an die Bausparer bestimmt sind.

Im einzelnen umfassen die Einzahlungen >>> Spargeldeinzahlungen, >>> Wohnungsbauprämien sowie >>> Zins- und Tilgungsleistungen.

**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Einzahlungen stellen die >>> Einlagen und aufgenommenen Gelder (Statistik der Bausparkassen) keine Strom-, sondern eine Bestandsgröße dar, zudem werden bei den Einlagen und aufgenommenen Geldern auch die >>> aufgenommenen Fremdmittel erfaßt.

## **Einzelhandel**

**1. Handels- und Gaststättenzählung 1979, 1985****2. Einzelhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1963

**Begriffsinhalt:**

Einzelhandel betreibt, wer Handelsware in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) an >>> private Haushalte absetzt.

Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Form (stationärer Einzelhandel, Versandhandel, Markt-, Straßen- und Hausierhandel) die Handelsware abgesetzt wird.

Handelswaren sind bewegliche Sachgüter, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d.h. nicht mehr als handelsübliche Be- oder Verarbeitung weiterveräußert werden.

Wird Handelsware an andere Abnehmer als private Haushalte in einer für den Einzelhandel typischen Form und in verhältnismäßig kleinen Mengen verkauft, so wird dieser Umsatzanteil bei Bruttopreisauszeichnung (einschl. Umsatz(Mehrwert-)steuer) dem Einzelhandel, bei Nettopreisauszeichnung (ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer) dem >>> Großhandel zugeordnet.

Der Absatz der Apotheken an private Haushalte ist Einzelhandel, auch wenn über eine gesetzliche Krankenkasse oder eine Ersatzkasse abgerechnet wird.

Nicht zum Einzelhandel, sondern zum Umsatz aus >>> Gastgewerbe rechnet der Verkauf von Lebensmitteln, Getränken und Genußmitteln in gastgewerblichen Nebenbetrieben wie z.B. in Speisewirtschaften, Cafés und Eisdielen.

Der Erlös aus dem Verkauf von Eigenerzeugnissen, z.B. von selbstgezogenen Blumen in einem Blumengeschäft, zählt zum Umsatz aus Herstellung, Reparatur und Verarbeitung.

Absatzformen des Einzelhandels sind der ambulante Einzelhandel, der Versandhandel sowie der stationäre Einzelhandel.

Beim ambulanten Einzelhandel, der den Markt-, Straßen- und Hausierhandel umfaßt, erfolgt der Verkauf von Waren überwiegend außerhalb einer festen Betriebsstätte.

Versandhandel findet statt, wenn die Ware überwiegend nicht im Ladengeschäft verkauft, sondern mittels Katalog, Prospekt, Anzeige, Muster usw. oder durch Versandhandelsvertreter angeboten und dem Besteller zugestellt wird.

Beim stationären Einzelhandel erfolgt der Verkauf von Waren überwiegend innerhalb einer festen Betriebsstätte. Diese Absatzform umfaßt neben den verschiedenen Erscheinungsformen von Ladengeschäften (z.B. Kaufhäuser, SB-Warenhäuser, Nahrungs- und Genußmittelgeschäfte) auch eine Reihe anderer Vertriebsformen, wie Kiosk, Handel vom Lager oder Tankstelle.

Bei den Bedienungsformen des Einzelhandels wird danach unterschieden, ob überwiegend im Wege der herkömmlichen Bedienung oder der Selbstbedienung verkauft wird.

## **Einzel- und Mehrfahrtenausweise**

### **Statistik der Personenbeförderung im Straßenverkehr**

Datennachweis: ab 1980

#### **Begriffsinhalt:**

Fahrausweise für eine einzelne Fahrt, Rückfahrt-, Mehrfahrten- und Streifenkarten sowie Fahrausweise, die eine Gültigkeitsdauer von weniger als drei Tagen haben (z.B. 24-Stunden-Ausweise).

Auch Beförderungen zu einem erhöhten Beförderungsentgelt bei Fahrten ohne gültigen Fahrausweis sind hier einbezogen.

>>> Freifahrausweise sind dagegen nicht einbezogen.

## **Einziges Niederlassung**

### **Arbeitsstättenzählung 1970**

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Arbeitsstätte eines >>> Unternehmens, das nur aus dieser einen Arbeitsstätte besteht.

Obgleich Arbeitsstätte und Unternehmen hier identisch sind, liegen den einzelnen Begriffsabgrenzungen verschiedene Konzepte zugrunde.

Als Arbeitsstätte gilt eine örtliche Einheit (Grundstück oder abgegrenzte Räumlichkeit), in der am Stichtag mindestens eine Person oder - unter einheitlicher Leitung - mehrere Personen regelmäßig haupt- oder nebenberuflich erwerbstätig waren.

Als Unternehmen wird die kleinste rechtlich selbständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat, aufgefaßt.

In der Arbeitsstättenzählung werden Unternehmensergebnisse nur für den erwerbswirtschaftlichen Bereich ausgewiesen. Zu diesem rechnen die Wirtschaftszweige Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, Produzierendes Gewerbe (Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe), Handel, Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen (Gastgewerbe, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitswesen, Rechtsberatung), ferner die wirtschaftlichen Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften einschl. der staatlichen und kommunalen Regiebetriebe und der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

Für die Bereiche Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Gebietskörperschaften und Sozialversicherung werden keine Unternehmensergebnisse ausgewiesen, dort bestehen keine Einziges Niederlassungen.

Zu den Einziges Niederlassungen, d.h. als selbständige Unternehmen werden auch >>> Zweigniederlassungen von ausländischen Unternehmen und von Unternehmen aus der ehem. DDR und Berlin (Ost) im Bundesgebiet gezählt.

# Eisen-, Blech- und Metallwaren

## Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 38 "Eisen-, Blech- und Metallwaren" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Werkzeuge, Heiz- und Kochgeräte, Blechwaren, Blechkonstruktionen und Feinblechpackungen, Schneidwaren und Bestecke sowie sonstige Metallwaren und Metallkurzwaren.

Nicht berücksichtigt werden Handelswaffen und deren Munition, blanke Waffen, sowie Schlösser u. Beschläge.

# Eisen und Stahl

## Index der Großhandelsverkaufspreise

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 27 "Eisen und Stahl" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Erzeugnisse der Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke (einschließlich der Kaltblechwalzwerke und Walzstahlweiterverarbeiter) sowie Erzeugnisse der Stahlrohrwerke.

Nicht berücksichtigt sind Erzeugnisse der Hochofen- und Ferrolegierungswerke sowie unlegierte und legierte Erzeugnisse der Schmiede-, Preß- und Hammerwerke.

# Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser

## Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Sammelposition, die die Abgabe von Elektrizität in das öffentliche Versorgungsnetz, die Versorgung mit Erdgas durch Gasversorgungsunternehmen und Ferngasgesellschaften und die Wasserversorgung sowie die Versorgung mit Fernwärme umfaßt.

Bei der Abgabe von Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt.

Zu Einzelheiten siehe drittes Verstromungsgesetz v. 13.12.1974 (BGBl. I S. 3473).

# Elektrizitäts- und Gasversorgung

## Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Wirtschaftszweige

Elektrizitätsversorgung	SYPRO-Nr.	1010
-------------------------	-----------	------

Gasversorgung	"	1030
---------------	---	------

in der Abgrenzung nach der SYPRO umfaßt.

Nachgewiesen werden >>> Indizes der Nettoproduktion für Unternehmen und für fachliche Unternehmensteile für die Elektrizitäts- und Gasversorgung.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1980 wurde ein methodisch völlig neu gefaßtes System von Produktionsindizes eingeführt. Hinsichtlich der Datenbasis und dem Berechnungsverfahren ist dieses Indexsystem für Produktionsindizes für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile grundlegend neu gestaltet und unterscheidet sich deshalb wesentlich von früheren Indexberechnungen. Zu Einzelheiten der Methodik siehe Wirtschaft und Statistik 12/1983, S. 931 ff. und 3/1988, S. 182 ff.

## **Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

### **Investitionserhebung in der öffentlichen Energieversorgung**

Datennachweis: 1962 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Unternehmen, die entsprechend dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten.

Als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung gelten nach den gesetzlichen Bestimmungen Unternehmen, die andere Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Haushalte u.a.) mit Elektrizität versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben.

Sie stehen hinsichtlich ihrer Investitionen und der Gestaltung der Tarife und der allgemeinen Geschäftsbedingungen unter staatlicher Aufsicht und unterliegen der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht.

Unternehmen, die nur teilweise oder im Nebenbetrieb öffentliche Elektrizitätsversorgung betreiben, gelten mit ihrem fachlichen Unternehmensteil als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn der wirtschaftliche Schwerpunkt des gesamten Unternehmens außerhalb der Elektrizitätsversorgung liegt.

Die vorwiegend zur Deckung des Eigenbedarfs betriebenen Elektrizitätsversorgungsanlagen der Industrie und der Deutschen Bundesbahn rechnen nicht zur öffentlichen Elektrizitätsversorgung, auch wenn sie zeitweise Elektrizität an das öffentliche Netz abgeben. Der Bundeswirtschaftsminister entscheidet endgültig darüber, ob und inwieweit ein Unternehmen als Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung im Sinne der gesetzlichen Regelung zu gelten hat.

Die Versorgung mit Elektrizität umfaßt die Erzeugung, die Fortleitung und die Abgabe von Elektrizität.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Seit 1972 werden einige Wärmekraftwerke des Steinkohlebergbaus, die vorher zur Industrie zählten, zur öffentlichen Energieversorgung gerechnet.

## **Elektrotechnische Erzeugnisse**

### **Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 36 "Elektrotechnische Erzeugnisse" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Geräte und Einrichtungen der Elektrizitätserzeugung, -umwandlung und -verteilung, elektrische Geräte für Gewerbe und Haushalt, elektrische Leuchten, Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnische Geräte und Einrichtungen sowie sonstige elektrotechnische Erzeugnisse.

Nicht berücksichtigt sind nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen sowie elektrische Meß-, Prüf-, Regel- und Steuerungsgeräte und -einrichtungen.

# Elektrotechnische Investitionsgüter

## 1. Index der industriellen Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

## 2. Index der Bruttonproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Waren-/Gütergruppe

Elektrotechnische Erzeugnisse                      Waren-/Gütergruppe 36

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den >>> Investitionsgütern zählen.

Als Investitionsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (Investitionsreif) angesehen werden und die überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden.

Zu den elektrotechnischen Investitionsgütern rechnen im wesentlichen folgende Waren/Güter:

Stromerzeugungsaggregate  
Hochspannungsschaltfelder  
Elektrowerkzeuge bis 2 kW Geräte und Einrichtungen der Draht- und Funknachrichtentechnik  
Elektrische und elektronische Meßgeräte  
Elektrizitätszähler  
Elektromedizinische Geräte und Einrichtungen  
Elektrische Signal- und Sicherheitsgeräte  
Montagen (einschl. Installation).

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

### Änderungen im Zeitablauf:

Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Investitionsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI, unterscheidet sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl.

## 3. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1960

### Begriffsinhalt:

Im wesentlichen wie unter 1., jedoch ohne Montagen, aber zusätzlich mit elektrischen Ausrüstungen für vollständige Fabrikationseinrichtungen.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach >>> Verbrauchsgütern und >>> Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

### Änderungen im Zeitablauf:

Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Investitionsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des GP unterscheidet sich von der o.g. Auswahl.

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes vom Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten Gefrierschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rohrpostanlagen, Elektro-Heizgeräte, Mikrophone, Verstärker, Niederspannungs- Schalttafeln, -Schaltgeräte, -Sicherungen, -Stecker, Verbund-, Bogenlampen, Fotoblitzlichtlampen, Kabel, Kabelgarnituren, elektronische Musikinstrumente, Diktiergeräte, Schallplatten-Tonabnehmer. Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten Leuchtkörper als Glas, Brutapparate, Elektromotoren und -generatoren bis 10 kW, Halbleiter-

gleichrichter, Ventilatoren, Rohrheizkörper, Akku-betriebene elektrische Lokomotiven, Scheinwerfer, Röntgenröhren, elektrische Zählwerke, Registrier- und Stempeluhren, Video-Recorder.

## Elektrotechnische Verbrauchsgüter

### 1. Index der industriellen Bruttoproduktion für Investitions und Verbrauchsgüter

Datennachweis: 1962 bis 1976

### 2. Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter

Datennachweis: ab 1970

#### Begriffsinhalt:

Ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus der Warengruppe

Elektrotechnische Erzeugnisse                      Waren-/Gütergruppe 36

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), die zu den >>> Verbrauchsgütern zählen.

Als Verbrauchsgüter gelten Waren/Güter, die von der "Industrie" hergestellt werden, als technisch fertig (Verbrauchsreif) angesehen werden und überwiegend von den privaten Haushalten gekauft werden.

Zu den elektrotechnischen Verbrauchsgütern zählen im wesentlichen:

Elektrowärmegeräte und -einrichtungen für den Haushalt (Herde, Backöfen, elektrische Haushalts-Kaffee- und Teebereiter bis 2 l, elektrische Speicherheizgeräte, Bügeleisen u. dgl.)

Elektromotorische Wirtschaftsgüter für den Haushalt (Staubsauger, Küchengeräte, Geschirrspülmaschinen, Rasierapparate, Luftduschen und Haartrockner)

Elektrische Haushaltskühlmöbel (Haushaltskühlschränke und Gefrierschränke)

Haushaltswaschmaschinen und -geräte (auch Wäschetrockner)

Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Glühlampen

Rundfunkempfangsgeräte (Tischgeräte, Stereogeräte, Koffer-, Autoradios)

Farbfernsehgeräte (Koffer-, Tisch-, Standgeräte)

Phonotechnische Geräte (Video-Recorder, bespielte Schallplatten).

Bei allen Waren/Gütern werden Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile nicht mit einbezogen.

Von den elektrotechnischen Verbrauchsgütern sind gesondert nachgewiesen:

>>> Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte und "Sonstige elektrotechnische Verbrauchsgüter".

Sonstige elektrotechnische Verbrauchsgüter sind ausgewählte Waren/Güter (Waren-/Güterarten) aus den Waren-/Güterklassen

Elektrische Leuchten	Waren-/Güterklasse	3641
Elektrische Glühlampen	"	3644

Im wesentlichen rechnen dazu:

Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Strahler, Allgebrauchslampen (ohne Halogenleuchtstofflampen).

#### Änderungen im Zeitablauf:

Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Verbrauchsgütern und zu den sonstigen elektrotechnischen Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik unterscheidet sich wesentlich von der o.g. Güterauswahl nach dem Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

### 3. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1960

#### Begriffsinhalt:

Im wesentlichen wie unter 1.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen

(materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Aufteilung der Waren nach Verbrauchsgütern und Investitionsgütern erfolgt in Anlehnung an die Warenauswahl, die zur Berechnung des Index der (industriellen) Bruttonproduktion für Investitionsgüter und Verbrauchsgüter getroffen wurde.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Auswahl der zu den elektrotechnischen Verbrauchsgütern rechnenden Waren auf der Grundlage des WI und des GP unterscheidet sich von der o.g. Warenauswahl.

Ebenso wurden bei der Umstellung der Außenhandelsindizes von Basisjahr 1962 auf Basisjahr 1970 bei der Warenauswahl eine Reihe von Änderungen vorgenommen.

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1962 sind im wesentlichen enthalten

- bei den elektrotechnischen Verbrauchsgütern:  
Dunstabzugshauben, Ventilatoren, Taschenlampen, Hörgeräte, Tonaufnahmegeräte, kommerzielle Tonbandgeräte, Magnetbandkopieranlagen, Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte für das Fernsehen und Tonfilmgeräte
- bei den sonstigen elektrotechnischen Verbrauchsgütern:  
Dunstabzugshauben, Ventilatoren, Taschenlampen und Hörgeräte

Nur in der Warenauswahl auf Basis 1970 sind im wesentlichen enthalten

- bei den elektrotechnischen Verbrauchsgütern:  
Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Tiefkühlschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rundzellenbatterien, Haushalts-Haartrockenhauben, Heizlüfter und Fotoblitzbirnen
- bei den sonstigen elektrotechnischen Verbrauchsgütern:  
Wohnraum- und Repräsentativleuchten, Tiefkühlschränke und -truhen mit weniger als 250 l Kühlrauminhalt, Rundzellenbatterien, Haushalts-Haartrockenhauben, Heizlüfter und Fotoblitzbirnen.

## **E-Lokomotiven**

### **Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

#### **Begriffsinhalt:**

Lokomotiven, die durch Elektromotoren angetrieben werden, unabhängig davon, ob die elektrische Energie von Oberleitungen, Stromschienen oder Akkumulatoren, die von der Lokomotive mitgeführt werden, bezogen wird. Lokomotiven, die mit einem nicht elektrisch angetriebenen Zusatzmotor ausgerüstet sind, zählen ebenfalls zu den E-Lokomotiven.

Lokomotiven sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich zum Bewegen von Schienenfahrzeugen bestimmt sind.

Als Bestand an Lokomotiven wird der Einsatzbestand angegeben.

Dazu zählen E-Lokomotiven, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemieteten E-Lokomotiven.

Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige E-Lokomotiven sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen E-Lokomotiven.

Nicht berücksichtigt werden die E-Lokomotiven, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu Lokomotiven sind Triebwagen (>>> Dieseltriebwagen, >>> E-Triebwagen - Eisenbahnstatistik) auch für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

# **Empfang aus dem Ausland**

## **1. Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

## **2. Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Ausladeorten in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West).

Als Auslandsgrenzen gelten alle Grenzen der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) mit Ausnahme ihrer Grenzen zur ehemaligen DDR und Berlin (Ost).

Während in der Statistik des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs nur die Beförderung von Gütern im Fernverkehr nachgewiesen wird, umfaßt der Empfang aus dem Ausland in der Statistik des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs sowohl den Fern- als auch den Nahverkehr.

Zum Fernverkehr rechnen der >>> gewerbliche Fernverkehr und der >>> Werkfernverkehr mit in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) zugelassenen Fahrzeugen.

Im Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge werden nur Gütertransporte von Fahrzeugen mit mehr als 1 t Nutzlast erfaßt.

### **Begriffsbeziehungen:**

Der Empfang aus dem Ausland ergibt zusammen mit dem >>> Empfang aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) (Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs) den >>> Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes einschl. Berlin (West).

# **Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)**

## **Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs**

Datennachweis: ab 1964

### **Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern im Fernverkehr von einem Ort in der Deutschen Demokratischen Republik oder von Berlin (Ost) nach einem Ort im Bundesgebiet (einschließlich Berlin (West)).

Zum Fernverkehr rechnen der >>> gewerbliche Fernverkehr und der >>> Werkfernverkehr mit in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) zugelassenen Fahrzeugen.

Im Werkfernverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge werden nur Gütertransporte von Fahrzeugen mit mehr als 1 t Nutzlast erfaßt.

### **Begriffsbeziehungen:**

Der Empfang aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) ergibt zusammen mit dem >>> Empfang aus dem Ausland (Statistiken des gewerblichen Fernverkehrs und des Werkfernverkehrs) den >>> Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes.

# **Empfang aus Gebieten außerhalb des Bundesgebietes**

## **1. Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)**

Datennachweis: ab 1966



**Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern im >>> Wagenladungsverkehr von Bahnhöfen außerhalb des Bundesgebietes nach Bahnhöfen im Bundesgebiet (einschließlich Berlin (West)).

Zu den Gebieten außerhalb des Bundesgebietes gehören auch die ehemalige DDR und Berlin (Ost).

**2. Statistik des gewerblichen Luftverkehrs auf ausgewählten Flugplätzen**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern durch Luftfahrzeuge von Flughäfen außerhalb des Bundesgebietes nach Flughäfen im Bundesgebiet (einschließlich Berlin (West)).

Zu den Flughäfen außerhalb des Bundesgebietes zählen auch Flughäfen in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost).

Bezüglich der Luftfahrzeuge ist es gleichgültig, wo diese beheimatet sind; entscheidend ist, daß es sich um gewerblichen Luftverkehr handelt.

**3. Statistik des Schiffs- und Güterverkehrs auf den Binnenwasserstraßen**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern durch Schiffe unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland wie auch fremden Flaggen auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes zu Häfen im Bundesgebiet und umgekehrt.

Zu den Gebieten außerhalb des Bundesgebietes rechnen auch die ehemalige Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost).

**4. Statistik des Güterverkehrs über See**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Beförderung von Gütern durch Handelsschiffe von Häfen außerhalb des Bundesgebietes zu Küstenhäfen im Bundesgebiet.

Zu den Häfen außerhalb des Bundesgebietes rechnen auch Häfen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost).

**5. Rohrfernleistungsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Beförderung von rohem Erdöl durch Rohrfernleitungen von allen Gebieten außerhalb des Bundesgebietes, zu denen Rohrfernleitungsverbindungen bestehen, in das Bundesgebiet.

## **Empfänger laufender Leistungen**

**Statistik der Kriegsoferfürsorge**

Datennachweis: ab 1963

**Begriffsinhalt:**

Beschädigte und >>> Hinterbliebene, die am Ende des Berichtszeitraums laufende >>> Beihilfen der Kriegsoferfürsorge bezogen haben.

Einbezogen werden nur Personen, die laufende Beihilfen erhalten, nicht aber Personen, die einmalige Leistungen bezogen haben. Als laufende Leistungen sind die regelmäßig vorgesehenen Beihilfen anzusehen, ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Gewährung; so ist auch die zunächst als regelmäßig vorgesehene, aber schon nach einem Monat wieder eingestellte Beihilfe eine laufende Leistung. Andererseits werden nur Personen einbezogen, die am Jahresende eine laufende Leistung bezogen haben, nicht dagegen Personen, die während eines Zeitabschnitts innerhalb des Berichtszeitraums diese Hilfe erhielten, aber vor dem Jahresende aus dem Empfängerkreis ausgeschieden sind.

Im Nachweis sind aus verschiedenen Gründen auch Doppelzählungen enthalten. Jemand kann z.B. eine Leistung für den gleichen Zweck teils als Beihilfe, teils als Darlehen erhalten; in diesem Fall wird die betreffende Leistung auch unter den >>> einmaligen Leistungen erfaßt. So ist z.B. eine Beihilfe zur Unterhaltung eines Kraftfahrzeuges eine laufende, ein Darlehen zu seiner Beschaffung eine einmalige Leistung. Ferner kann jemand verschiedene Hilfearten als laufende Leistungen beziehen (z.B. ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und eine Hilfe in besonderen Lebenslagen) sowie verschiedene Formen der gleichen Hilfeart (z.B. als Hilfe zur beruflichen Rehabilitation eine Hilfe zur beruflichen Fortbildung zusammen mit einer Hilfe zur Unterhaltung und zum Betrieb eines Kraftfahrzeugs). Daher ist eine Aussage über die Zahl der Empfänger laufender Leistungen nicht ohne weiteres möglich.

Außerdem ist zu beachten, daß nur Beschädigte und deren Hinterbliebene anspruchsberechtigt sind, nicht aber Familienmitglieder dieser Personen. Daher wird in den Fällen, in denen ein Beschädigter auch laufende Hilfe für Familienmitglieder erhält, nur ein Empfänger gezählt; dagegen werden z.B. eine Kriegerwitwe und eine mit ihr wohnende Waise, die beide laufende Hilfe der Kriegsopferversorge erhalten, als zwei Empfänger gerechnet.

Einbezogen werden auch die Sonderfürsorgeberechtigten (Kriegsblinde, Ohnhänder, Querschnittsgelähmte, Hirngeschädigte und ähnlich schwer Beschädigte).

Ferner zählen zu den Empfängern auch Personen, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen als dem Bundesversorgungsgesetz anspruchsberechtigt sind und entsprechende Leistungen erhalten (z.B. Soldaten der Bundeswehr, Zivildienstleistende bzw. deren Hinterbliebene). Die entsprechenden Leistungen basieren auf Gesetzen, in denen das Bundesversorgungsgesetz für anwendbar erklärt wird. Die Empfänger laufender Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten werden allerdings nicht nach Hilfearten aufgegliedert, sondern sind nur in der Summe global enthalten.

Zu den Empfängern zählen nur die Empfänger von regelmäßig vorgesehenen Bar- und Sachleistungen, nicht aber die von persönlichen Hilfen (z.B. Beratungen).

Der Nachweis umfaßt auch Deutsche und deutsche Volkszugehörige im Ausland, die Leistungen der Kriegsopferversorge und entsprechende Leistungen nach anderen Bestimmungen beziehen.

Als laufende Leistungen können die folgenden Hilfearten gewährt werden: >>> Hilfen zur beruflichen Rehabilitation, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, >>> Erziehungsbeihilfe, >>> ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt sowie >>> Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Siehe auch allgemeine Erläuterungen unter >>> Ausgaben.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Empfänger laufender Leistungen ist im Zeitablauf auch von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften (hier u.a. von Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen) beeinflusst worden. Vgl. hierzu unter Hilfen zur beruflichen Rehabilitation, Erziehungsbeihilfe, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt sowie Hilfen in besonderen Lebenslagen.

1963 sind auch die Empfänger pauschalierter Leistungen sowie die Empfänger der von den Trägern der Kriegsopferversorge aus den Haushaltsmitteln der Länder gewährten Leistungen enthalten.

Die Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gelten seit dem 12.5.1976 auch für Opfer von Gewalttaten.

Durch Artikel 1.2 des Gesetzes über die 15. Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz vom 23. Juni 1986 sind mehrere Hilfearten, die bisher als "Hilfen in besonderen Lebenslagen" nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt wurden, im BVG gesondert geregelt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Unter den Empfängern laufender Leistungen werden die laufend gewährten Hilfen ausgewiesen, unter den einmaligen Leistungen (Statistik der Kriegsopferversorge) nur die einmalig gewährten Hilfen. Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß bei den Empfängern laufender Leistungen nur solche laufenden Leistungen einbezogen werden, die am jeweiligen Jahresende (noch) erbracht werden (Bestandsgröße), während unter den einmaligen Leistungen alle Fälle gezählt werden, in denen diese Leistungen im Laufe eines Jahres erbracht wurden (Stromgröße). Gemeinsam ist beiden Begriffen, daß es sich um Fallzählungen handelt, da auch bei den Empfängern laufender Leistungen Mehrfachzählungen nicht ausgeschlossen werden.

Zwischen den Begriffen Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopferversorge und >>> Empfänger von Sozialhilfe (Statistik der Sozialhilfe) bestehen nicht nur sachliche Unterschiede, sondern auch Unterschiede in der statistischen Abgrenzung und Erfassung: Unter den Empfängern von Kriegsopferversorge werden Fälle nachgewiesen, in denen laufende Leistungen der Kriegsopferversorge gewährt werden, so daß Mehrfachzählungen von Fürsorgeempfängern auftreten. Andererseits werden hier nur solche Fälle gezählt, in denen diese Leistungen am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums (noch) gewährt werden, nicht aber Fälle, in denen wäh-

rend einer Zeitspanne innerhalb des Berichtszeitraums Leistungen erbracht wurden. Zu den Sozialhilfeempfängern dagegen zählt jede Person, die im Laufe des Berichtszeitraums wenigstens eine Form der Sozialhilfe bezogen hat (mit Ausnahme der Empfänger nur einmaliger Hilfen zum Lebensunterhalt und nur soweit die erbrachten Leistungen in der Statistik der Aufwendungen berücksichtigt werden); Mehrfachzählungen von Personen, die eine Hilfeart wiederholt oder die verschiedene Hilfearten bezogen haben, sind hierbei nach Möglichkeit ausgeschlossen.

Weiterhin ist zu beachten, daß in der Statistik der Kriegsopferversorge - da stets nur die Beschädigten und deren Hinterbliebene anspruchsberechtigt sind - in den Fällen, in denen auch Hilfe für Familienmitglieder gewährt wird, nur ein Empfänger gezählt wird, während in der Sozialhilfestatistik jedes begünstigte Familienmitglied grundsätzlich als je ein Empfänger gerechnet wird.

## **Empfänger von Sozialhilfe**

### **Statistik der Sozialhilfe**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die im Berichtszeitraum Geld- oder Sachleistungen der >>> Sozialhilfe bezogen haben.

Einbezogen werden alle Empfänger individueller Leistungen der Sozialhilfe nach den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes,

- die im Laufe des Berichtsjahres wenigstens einmal Sozialhilfe bezogen haben, mit Ausnahme derjenigen Hilfeempfänger, denen lediglich einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde, und
- soweit für diese Empfänger von den Sozialhilfeträgern solche Aufwendungen erbracht wurden, die in der Jahresstatistik der Sozialhilfaufwendungen enthalten sind.

Die Empfänger von Sozialhilfe werden sowohl insgesamt nachgewiesen als auch nach den Empfängern von >>> laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und von >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen gegliedert. Nachgewiesen wird also zum einen die Zahl der Personen, die während des Berichtsjahres Leistungen der einzelnen Hilfearten erhielten, zum anderen die Gesamtzahl der Empfänger im Berichtsjahr, wobei Mehrfachzählungen von Personen, die während des Berichtsjahres mehrere Hilfearten erhielten, nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.

Der zahlenmäßige Unterschied zwischen der Summe der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen einerseits und der Empfänger von Sozialhilfe insgesamt andererseits ergibt daher denjenigen Personenkreis, der beide Hilfen bezieht.

Einbezogen werden nur die Empfänger von Geld- und Sachleistungen, nicht aber Empfänger persönlicher Hilfen (z.B. Beratungen) und von Pauschalleistungen (z.B. an Verbände der freien Wohlfahrtspflege).

Nicht einbezogen sind die Sozialhilfeempfänger mit deutscher Staatsangehörigkeit, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland haben (Empfänger von Sozialhilfe und Kostenersatz für Deutsche im Ausland), Empfänger von Sozialhilfe für Flüchtlinge aus Ungarn mit Ausnahme der Aussiedler sowie die Personen, die aufgrund anderer Bestimmungen als nach dem Bundessozialhilfegesetz Leistungen erhalten; hierzu rechnen u.a. die Empfänger von Leistungen nach landesrechtlichen Bestimmungen (z.B. Landesblinden- und -pflegegesetze), von Leistungen der Krankenversorgung gemäß Lastenausgleichsgesetz, der Geschlechtskrankenfürsorge und der Weihnachtsbeihilfen. Auch die Empfänger von Krankenhilfe, soweit diese durch Zahlung von Pauschalvergütungen z.B. an die gesetzliche Krankenversicherung erbracht wird und im Einzelfall eine Inanspruchnahme nicht nachgewiesen werden kann, werden ebenfalls nicht einbezogen.

Nicht einbezogen werden ferner Personen, die an Gruppenverschickungen im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe teilnehmen; sowie die nichtseßhaften Empfänger. Zu Einzelheiten siehe Bundessozialhilfegesetz. Siehe auch die allgemeinen Erläuterungen unter >>> Ausgaben.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist im Zeitablauf auch von verschiedenen Änderungen der für die Sozialhilfe geltenden Rechtsvorschriften (hier u.a. durch Änderungen der Anspruchsvoraussetzungen) beeinflusst worden. Vgl. hierzu unter >>> Hilfe zum Lebensunterhalt, >>> Hilfe in besonderen Lebenslagen, >>> Eingliederungshilfe für Behinderte, >>> Hilfe zur Pflege und >>> Krankenhilfe, Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung.

1963 wurden die Empfänger von Maßnahmen der Gruppenverschickung teilweise mitgezählt; außerdem wurden 1963 in Bremen die nichtseßhaften Personen, die Sozialhilfe außerhalb von Anstalten erhielten, ebenfalls zu den Empfängern gerechnet.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zwischen den Begriffen Empfänger von Sozialhilfe und >>> Empfänger laufender Leistungen (Statistik der Kriegsopferfürsorge) bestehen nicht nur sachliche Unterschiede, sondern auch Unterschiede in der statistischen Abgrenzung und Erfassung: Zu den Sozialhilfeempfängern zählt jede Person, die im Laufe des Berichtszeitraums wenigstens einmal eine Form der Sozialhilfe bezogen hat (mit Ausnahme der Empfänger nur einmaliger Hilfen zum Lebensunterhalt und nur soweit die erbrachten Leistungen in der Statistik der Aufwendungen be-

rücksichtigt werden); Mehrfachzählungen von Personen, die eine Hilfeart wiederholt oder die verschiedene Hilfearten bezogen haben, werden nach Möglichkeit ausgeschlossen. Unter den Empfängern von Kriegsopferfürsorge werden dagegen Fälle nachgewiesen, in denen laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge gewährt wurden, so daß Mehrfachzählungen von Fürsorgeempfängern auftreten. Andererseits werden hier nur solche Fälle gezählt, in denen diese Leistungen am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums (noch) gewährt wurden, nicht aber Fälle, in denen während einer Zeitspanne vor Ablauf des Berichtszeitraums Leistungen erbracht wurden.

Weiterhin ist zu beachten, daß in der Sozialhilfestatistik jedes begünstigte Familienmitglied grundsätzlich als je ein Empfänger gezählt wird, während in der Statistik der Kriegsopferfürsorge - da stets nur die Beschädigten und deren Hinterbliebene anspruchsberechtigt sind - in den Fällen, in denen Beschädigte auch Hilfe für Familienmitglieder beziehen, nur ein Empfänger gezählt wird.

## **Enderzeugnisse**

#### **Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Erzeugnisse, die im gewerblichen Produktionsprozeß stärker bearbeitet wurden und die endgültige Verwendungsreife erlangt haben.

Die Enderzeugnisse umfassen ausgewählte Waren (Warennummern) des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Im wesentlichen zählen dazu:

Strick-, Wirkwaren u. dgl. aus: Seide oder Chemiefasern, Wolle und anderen Tierhaaren, Baumwolle; sonstige Kleidung u. dgl. aus: Seide oder Chemiefasern, Wolle und anderen Tierhaaren, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Hartfasern u. dgl.;

Hüte;

sonstige Spinnstoffwaren;

Pelzwaren;

Schuhe aus Leder;

andere Lederwaren;

Papierwaren;

Bücher, Karten, Noten, Bilder;

Holzwaren;

Kautschukwaren;

Steinwaren;

Steinzeug-, Ton-, Steingut- und Porzellanwaren;

Glaswaren;

Messerschmiedewaren;

Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte;

sonstige Eisenwaren;

Waren aus Kupfer und Kupferlegierungen;

Edelmetallwaren;

vergoldete und versilberte Waren;

sonstige Waren aus unedlen Metallen;

Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerksanlagen;

Maschinen für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie;

landwirtschaftliche Maschinen einschl. Ackerschlepper;

Dampflokomotiven;  
 Kraftmaschinen;  
 Pumpen, Druckluftmaschinen u. dgl. Fördermittel;  
 Papier- und Druckmaschinen;  
 Büromaschinen;  
 Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie;  
 sonstige Maschinen;  
 elektrotechnische Erzeugnisse (auch elektrische Maschinen);  
 feinmechanische und optische Erzeugnisse;  
 Uhren;  
 Waren aus Wachs oder Fetten, Seifen;  
 Waren aus Kunststoffen;  
 Spielfilme und andere belichtete Filme und Platten;  
 photochemische Erzeugnisse;  
 Bleistifte und chemischer Bürobedarf;  
 pharmazeutische Erzeugnisse (auch unzubereitet);  
 kosmetische Erzeugnisse;  
 sonstige chemische Erzeugnisse;  
 Musikinstrumente;  
 Kinderspielzeug;  
 Christbaumschmuck;  
 Kraftfahrzeuge;  
 Wasserfahrzeuge;  
 Luftfahrzeuge;  
 Fahrräder;  
 sonstige Fahrzeuge;  
 sonstige Enderzeugnisse.

Die Enderzeugnisse abzüglich der Güter der Bundesregierung werden unter "Enderzeugnisse (ohne Güter der Bundesregierung)" gesondert nachgewiesen. Als Güter der Bundesregierung gelten im wesentlichen militärische Ausrüstungsgüter.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Enderzeugnisse und die Summe der >>> Investitionsgüter und der >>> Verbrauchsgüter (beide Außenhandelsstatistik) unterscheiden sich in vielen Waren. Nur zu den Investitions- und Verbrauchsgütern rechnen im wesentlichen:

Briketts aus Steinkohle und Braunkohle, Motorenbenzin, leichtes Heizöl, Torf,  
 Garne aus Wolle, Baumwolle, Seide, synthetischen oder künstlichen Spinnfasern in Aufmachung für den Einzelverkauf,  
 Teppiche, Gardinstoffe, Taschentücher, Tüll, Drehergewebe (teilweise), Decken aus verschiedenen Materialien,  
 ungerahmte Spiegel, gefüllte Farbkästen, pyrotechnische Artikel, Zündhölzer, Jagd- und Sportpatronen, bearbeitete natürliche Schnitz- und Formstoffe (Schildpatt, Perlmutter, Elfenbein, Bein, Korallen, Meerscham).

Nur zu den Enderzeugnissen rechnen:

- Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile von Waren verschiedener Art, insbesondere von Maschinen und Kraftfahrzeugen;
- Waren, die überwiegend von Unternehmen gekauft werden, aber keine Anlage(Investitions-)güter sind, z.B. Bedarfsartikel für kaufmännische und technische Büros, Werkzeuge, Armaturen, Kugellager, Meß- und Regelgeräte, Gußformen u.ä., Metallkurzwaren, Verpackungsmittel, technische Bedarfsartikel, chemische Hilfsmittel und Bedarfsartikel, Laborbedarf, Zubehör für Textilien, Bekleidung und Schuhe, Werbedrucke, Kataloge u.ä.;
- Waren, die überwiegend von den Sozialversicherungen gekauft werden und keine Anlagegüter sind, z.B. Pharmazeutika, Prothesen, Krankenhausbedarf;
- Waren, die in Bauten eingebaut werden, z.B. Sanitär- und Heizungsinstallation, Bodenbeläge;
- Waffen;
- Kunst- und Sammlergegenstände,
- belichtetes und unbelichtetes Fotomaterial.

# Energie- und Rohstoffversorgung

## Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1966

### Begriffsinhalt:

Finanzhilfen des Bundes zur Energie- und Rohstoffversorgung.

Im einzelnen handelt es sich um:

- Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Energieversorgung; zu diesem Zweck erhält die DEMINEX - Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH - bedingt rückzahlbare Darlehen für den Aufschluß neuer Erdölfelder und verlorene Zuschüsse für den Erwerb fündiger Rohölfelder und den Erwerb von Anteilen an erdölfördernden Gesellschaften;
- seit 1978 Förderung der Beratung privater Verbraucher sowie kleiner und mittlerer Unternehmen über Möglichkeiten der Energieeinsparung; kleine und mittlere Unternehmen erhalten Zuwendungen für Einzelberatungen sowie für Schulungs- und Informationsveranstaltungen, Anschaffung von Demonstrationsobjekten und Mietkosten für Veranstaltungsräume; für die Beratung privater Energieabnehmer erhalten die Stiftung Warentest Zuwendungen für energiesparspezifische Tests und Publikationen sowie die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher für gezielte Aktionen zur individuellen Verbraucherberatung;
- seit 1971 Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Versorgung mit mineralischen Rohstoffen; gefördert werden das Aufsuchen und die Vorbereitung zur Nutzbarmachung solcher Rohstoffe, die auf lange Sicht für die Wirtschaft von erheblicher Bedeutung sind oder bei denen mittel- oder langfristig mit zeitweiligen Versorgungsschwierigkeiten zu rechnen ist; das Programm erstreckt sich auf Projekte im Ausland ab 1971 und im Inland ab 1973;
- seit 1981 Zuschüsse zum Bau großtechnischer Koksveredelungsanlagen zur Verminderung der Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von importiertem Erdöl und Erdgas durch erhöhten Kohleeinsatz in bislang Erdöl und Erdgas vorbehaltenen Bereichen und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie durch neues technisches Wissen;
- seit 1981 Zuschüsse zum Bau von Kohleheizkraftwerken und zum Ausbau der Fernwärmeversorgung; die Investitionszuschüsse bis zu 35 v.H. werden für den beschleunigten Ausbau der Fernwärme auf Basis Kraft-Wärme-Kopplung unter verstärkter Nutzung der industriellen Abwärme gewährt;
- seit 1985 Investitionszuschüsse an kleine und mittlere Tankstellenunternehmen zur Umstellung auf bleifreies Benzin.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis 1969 wurden Unternehmen der Erdölgewinnungsindustrie Hilfen gewährt, um die Anpassung für die Erdölgewinnungsindustrie an die durch den Wegfall des Zollschatzes ab 1. Januar 1964 geänderte Wettbewerbslage zu erleichtern.

Von 1978 bis 1982 erhielten Unternehmen zur beschleunigten Markteinführung energiesparender Technologien und Produkte Zuwendungen.

In den Jahren 1977 bis 1981 wurden Zuschüsse zum Ausbau der Fernwärmeversorgung in städtischen Schwerpunktbereichen gewährt.

Von 1979 bis 1983 wurde der Bau regionaler Erdgasleitungen in strukturschwachen Gebieten gefördert.

# Energie- und Wasserversorgung, Bergbau

## Index der Aktienkurse

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Wirtschaftsbereich, der die Zweige

Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme,

Bergbau

in der Abgrenzung der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, i.d.F. für die Statistik der Aktienmärkte umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index der Aktienkurse für ausgewählte Aktiengesellschaften in diesem Wirtschaftsbereich.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Der Index Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, auf der Basis 30.12.1980 = 100 wird laufend ab Anfang 1984 nachgewiesen und ab Ende 1976 rückwirkend berechnet. Die Indexwerte vor dem 30.12.1976 wurden durch Verknüpfung der bisherigen langen Reihe auf Basis 29.12.1972 = 100, die der neuen Gliederung angepaßt wurde, mit der neuen Reihe gewonnen.

Der Index Energie- und Wasserversorgung, Bergbau auf der Basis 29.12.1972 = 100 schloß zusätzlich die Eisen- und Stahlindustrie ein.

## **Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

#### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben

- für die Verwaltung der Bereiche Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen (z.B. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, Deutsches Patentamt, Bundeskartellamt, Eichamt, Gewerbeamt, Bergamt, Wasserwirtschaftsverwaltung, Amt für Preisbildung und -überwachung);
- zur Förderung der Energiewirtschaft (z.B. Förderung der Atomtechnik, der Reaktorsicherheit, der Kern-, Radium- und Strahlenchemie; Entwicklung von Kernbrennstoffen, Apparaten und Geräten für Kernreaktoren und andere atomtechnische Anlagen; Projektierung von Versuchsreaktoren und -kraftwerken; Förderung der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft; Beiträge an internationale Atomenergie-Organisationen);
- für Wasserwirtschaft und Kulturbau (z.B. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, Neulandkultivierung, Drainagen, Regulierung von Wasserläufen, Hydrographischer Dienst, Gewässerschutz);
- für Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken und den Küstenschutz;
- für Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung mit Erdöl und sonstigen Energieformen, mineralischen Stoffen und sonstigen Rohstoffen;
- zur Förderung von Rationalisierungs- und Umstellungsmaßnahmen im Kohlenbergbau und dem sonstigen Bergbau (z.B. Gewinnung von Erdöl, Erdgas, NE-Metallen und Eisenerzen);
- zur Förderung der verarbeitenden Industrie, des Handwerks und Kleingewerbes, des Baugewerbes und sonstigen verarbeitenden Gewerbes;
- zur Förderung des Handels, des Exports, der Messen und Ausstellungen im In- und Ausland ;
- zur Förderung des Fremdenverkehrs und des Hotel- und Gaststättengewerbes;
- für das Geld- und Versicherungswesen (z.B. für das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen und das Versicherungswesen, Finanzvorfälle im Zusammenhang mit internationalen Währungsabkommen);
- für sonstige Dienstleistungen und nicht aufteilbare Maßnahmen (z.B. Institut für Bautechnik, Material- und Baustoffprüfämter, wirtschaftlicher Erfahrungsaustausch, Verbraucherberatung, Inanspruchnahme aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen);
- für globale oder überregionale Förderungsprogramme des Bundes und der Länder zur Steigerung der Wirtschaftskraft (soweit nicht bei den entsprechenden Aufgabenbereichen nachgewiesen) durch Rationalisierung, Modernisierung, Erweiterung und Ansiedlung gewerblicher Betriebe; Erschließung von Industriegelände; Ausbau von Häfen und Verkehrsverbindungen, der öffentlichen Einrichtungen des Fremdenverkehrs, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung; Zonenrandförderung;
- der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Fremdenverkehrs, der sonst. Wirtschaft und des Verkehrs.

Nicht einbezogen sind Ausgaben

- für eigene oder mit Mehrheitsbeteiligung (mehr als 50 % des Nennkapitals) erworbene Versorgungsunternehmen (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgungsunternehmen), Verkehrsunternehmen, kombinierte

Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, Bergbau- und Gewerbeunternehmen, Fremdenverkehrsunternehmen u.ä., die beim Aufgabenbereich >>> Wirtschaftsunternehmen nachgewiesen werden;

- der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Stadtstaaten für die Abwasserbeseitigung, die beim Aufgabenbereich >>> Kommunale Gemeinschaftsdienste, Einzelfunktion >>> Abwasserbeseitigung, nachgewiesen werden.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1969 sind hier auch Ausgaben für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen zur Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit und Strahlenschutz enthalten, die ab 1970 im Aufgabenbereich >>> Gesundheit, Sport und Erholung nachgewiesen werden.

Bis 1962 sind die Ausgaben der >>> Gemeinden/Gemeindeverbände für das Ausstellungs- und Messewesen nicht hier, sondern im Aufgabenbereich Kommunale Gemeinschaftsdienste nachgewiesen. Außerdem liegen bis 1973 keine gesonderten Angaben für Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern vor.

Bis 1973 sind die Ausgaben der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände für die Förderung des Nahverkehrs, der Schifffahrt und des Luftverkehrs nicht hier, sondern im Aufgabenbereich >>> Verkehrs- und Nachrichtenwesen nachgewiesen.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

## **Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau**

### **Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben für >>> Baumaßnahmen für

- Energiewirtschaft (z.B. Förderung der Atomtechnik, der Reaktorsicherheit, der Kern-, Radium- und Strahlenchemie; Entwicklung von Kernbrennstoffen, Apparaten und Geräten für Kernreaktoren und andere atomtechnische Anlagen; Projektierung von Versuchsreaktoren und -kraftwerken);
- Wasserwirtschaft und Kulturbau (z.B. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, Neulandkultivierung, Drainagen, Regulierung von Wasserläufen, Hydrographischer Dienst, Gewässerschutz, Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken und Küstenschutz).

Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bau von Abwasserbeseitigungsanlagen werden gesondert beim Aufgabenbereich >>> Abwasserbeseitigung nachgewiesen.

## **Energiewirtschaft, Montanindustrie**

### **Index der Aktienkurse**

Datennachweis: 1966 bis 1983

#### **Begriffsinhalt:**

Wirtschaftsbereich, der die Zweige

Energiewirtschaft und Wasserversorgung,

Steinkohlenbergbau,

Übriger Bergbau (Braunkohlen-, Erz-, Kali-, Steinsalzbergbau, Gewinn von Erdöl und Erdgas usw.),

Eisen- und Stahlerzeugung (einschl. -halbzeugwerke),

Ziehereien und Kaltwalzwerke,

Stahlverformung, Oberflächenveredelung und Härtung

in der Abgrenzung der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1961, umfaßt.

Nachgewiesen wird der >>> Index der Aktienkurse für ausgewählte Aktiengesellschaften in diesem Wirtschaftsbereich.



# Entgeltfortzahlung

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Geldleistungen, die öffentliche und private Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen zu zahlen haben. Bei der Entgeltfortzahlung handelt es sich um die Lohnfortzahlung an Arbeiter und die Gehaltsfortzahlung an Angestellte und der Dienstbezüge an Beamte, die die öffentlichen und privaten Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtung bei >>> Krankheit, >>> Mutterschaft und Heilverfahren an Beamte und Arbeitnehmer zahlen.

Die Entgeltfortzahlung wird durch die Arbeitgeber unmittelbar finanziert.

Nicht enthalten sind Leistungen, die bei Mutterschaft von der gesetzlichen Krankenversicherung gezahlt werden.

### Änderungen im Zeitablauf:

Für Arbeiter wurde die Entgeltfortzahlung erst durch das Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juli 1969 eingeführt.

# Entnahmen aus Rücklagen

## 1. Rechnungsstatistik

Datennachweis: ab 1950

## 2. Haushaltsansatzstatistik

Datennachweis: ab 1970

## 3. Kassenstatistik

Datennachweis: ab 1974

### Begriffsinhalt:

Einnahmeart mit Einnahmen aus Entnahmen aus allgemeinen und zweckgebundenen Rücklagenbeständen, Fonds und Stöcken.

Soweit zweckgebundene Rücklagen der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände vorübergehend für einen anderen als bei der Zuführung zur Rücklage vorgesehenen Zweck verwendet werden, handelt es sich um >>> Innere Darlehen.

### Änderungen im Zeitablauf:

In der Rechnungsstatistik sind bis 1973 hier auch die Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen der Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern enthalten.

# Entschädigungen

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1965

### Begriffsinhalt:

Zusammenfassung von Leistungen für soziale Entschädigung (>>> Kriegsopferversorgung), für den >>> Lastenausgleich, die >>> Wiedergutmachung und die sonstigen Entschädigungen im Rahmen des Sozialbudgets.

"Sonstige Entschädigungen" sind Leistungen zur Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen, Leistungen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz und dem Allgemeinen Kriegsfolgenengesetz.

Der größte Teil der Leistungen im Rahmen der sonstigen Entschädigungen sind Leistungen, die der Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen dienen.

Zu den sonstigen Entschädigungen gehören außerdem auch Entschädigungen für ehemalige deutsche Kriegsgefangene, Leistungen und Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden sowie Leistungen zur Regelung der durch Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandenen Schäden.

Einzelheiten zur Kriegsopferversorgung, zum Lastenausgleich und zur Wiedergutmachung siehe jeweils dort.

## Entwicklungsländer

### Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1950

#### Begriffsinhalt:

Zu den Entwicklungsländern rechnen

- in Afrika: alle Länder außer Republik Südafrika und Namibia,
- in Amerika: alle Länder außer den Vereinigten Staaten und Kanada,
- in Asien: alle Länder außer Japan, Vietnam, Mongolei, China und Nordkorea,
- die Länder Ozeaniens.

Außer den bereits genannten Ländern rechnen nicht zu den Entwicklungsländern: die Länder Europas (einschl. Türkei und Sowjetunion) sowie Australien und Neuseeland.

## Erbschaftsteuer

### Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen

Datennachweis: ab 1950

#### Begriffsinhalt:

Den Ländern zustehende Steuer, die auf den Erwerb von Todes wegen oder als Schenkungsteuer auf Schenkungen unter Lebenden erhoben wird.

Siehe hierzu auch Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz.

Die Erbschaftsteuer wird als Erbanfallsteuer erhoben. Steuerpflichtig ist demnach nicht - wie bei einer Nachlaßsteuer - der Nachlaß einer Person, sondern das, was einer natürlichen oder juristischen Person aus dem Nachlaß eines Erblassers anfällt.

Eine Ergänzung zur Erbschaftsteuer stellt ihrem Wesen nach die Schenkungsteuer dar. Sie ist notwendig, damit die Erbschaftsteuer für den künftigen Erbübergang nicht durch Schenkungen unter Lebenden umgangen werden kann. Dem entspricht es, daß Schenkungen unter Lebenden nach denselben Maßstäben der Besteuerung unterworfen werden, wie Erwerbe von Todes wegen.

**E r b s c h a f t s t e u e r p f l i c h t i g** ist der Erwerb von Todes wegen, sofern der Erblasser zur Zeit seines Todes oder der Erwerber zur Zeit der Entstehung der Steuer >>> Inländer war. Für den Erwerb eines Nichtinländers aus dem Nachlaß eines Nichtinländers tritt Steuerpflicht ein, soweit der Erwerb aus Inlandsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes besteht.

Als Erwerb von Todes wegen gelten

- der Erwerb durch Erbanfall,
- der Erwerb durch Vermächtnis und vermächtnisähnliche Erwerbe,
- der Erwerb aufgrund eines geltend gemachten Pflichtteilsanspruchs,
- der Erbersatzanspruch eines des ehelichen Kindes,
- der Erwerb durch Schenkung auf den Todesfall und

- der Erwerb aufgrund eines vom Erblasser geschlossenen Vertrages, insbesondere der Anfall einer Lebensversicherungssumme.

Außerdem sind bestimmte weitere im Erbschaftsteuergesetz besonders aufgeführte Vermögensanfälle steuerpflichtig.

Bei Eintritt der Nacherbfolge haben diejenigen, auf die das Vermögen übergeht, den Erwerb als vom Vorerben stammend zu versteuern. Tritt die Nacherbfolge nicht durch den Tod des Vorerben ein, so gilt die Vorerbfolge als auflösend bedingter, die Nacherbfolge als aufschiebend bedingter Anfall. Nachvermächtnisse und beim Tode des Beschwerten fällige Vermächtnisse stehen den Nacherbschaften gleich.

**Schenkungsteuerpflichtig** ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern der Schenker oder der Beschenkte Inländer ist. Für die Schenkung eines Nichtinländers an einen Nichtinländer tritt Steuerpflicht ein, soweit sie aus Inlandsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes besteht.

Der Erbschafts-/Schenkungsteuer unterliegen des weiteren auch die sog. Zweckzuwendungen, die jedoch im allgemeinen steuerfrei sind, wenn es sich um Anfälle an den Bund, ein Land oder eine inländische Gemeinde (Gemeindeverband) oder um solche Anfälle, die ausschließlich deren Zwecken dienen, sowie um Zuwendungen, die ausschließlich kirchlichen, gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken gewidmet sind, sofern die Verwendung zu dem bestimmten Zweck gesichert ist, handelt.

Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Entgelts wird zunächst das Rohvermögen, das dem Erwerber angefallen ist, ermittelt. Die einzelnen Vermögensgegenstände werden mit dem Wert angesetzt, der sich für sie nach dem Bewertungsgesetz ergibt (vgl. >>> Vermögensteuer). Von dem so ermittelten und bewerteten Roherwerb werden alle Schulden und Lasten abgezogen, die die Bereicherung des Erwerbers mindern. Dazu gehören in Erbfällen auch die Bestattungskosten des Erblassers (einschl. Grabdenkmal und Grabpflege) sowie die Kosten der Abwicklung, Regelung, Verteilung und Erlangung des Erwerbs, für die ohne Nachweis insgesamt ein Pauschbetrag von 10 000 DM abgezogen werden kann. Der Reinwert des Erwerbs wird alsdann um die dem Erwerber zustehenden Befreiungen gekürzt.

Welche Befreiung dem jeweiligen Erwerber zusteht, richtet sich nach der Steuerklasse, in die er fällt. Das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz unterscheidet dabei nach dem Verwandtschaftsverhältnis des Erwerbers zum Erblasser (Schenker) vier Steuerklassen. Die Steuerklasse I gilt für den Ehegatten und für Kinder und Stiefkinder des Erblassers sowie für Kinder verstorbener Kinder und Stiefkinder; Steuerklasse II für Enkelkinder, die nicht in Steuerklasse I fallen, sowie für Eltern und Voreltern bei Erwerben von Todes wegen; Steuerklasse III für Eltern und Voreltern bei Erwerben durch Schenkung, Geschwister (auch Halbgeschwister), Geschwisterkinder, Stiefeltern, Schwiegerkinder, Schwiegereltern und den geschiedenen Ehegatten; Steuerklasse IV für alle übrigen Erwerber und für Zweckzuwendungen. Jedem Erwerber steht zunächst ein persönlicher Freibetrag zu.

- Er beträgt:
- 250 000 DM für den Ehegatten
  - 90 000 DM für jede andere Person der Steuerklasse I
  - 50 000 DM für Personen der Steuerklasse II
  - 10 000 DM für Personen der Steuerklasse III und
  - 3 000 DM für Personen der Steuerklasse IV.

Daneben wird dem überlebenden Ehegatten und den Kindern bis zum vollendeten 27. Lebensjahr noch ein besonderer Versorgungsfreibetrag, der nur für Erwerbe von Todes wegen gilt und um steuerfreie Versorgungsbezüge nach dem Erblasser zu kürzen ist, gewährt.

Der Versorgungsfreibetrag beträgt:

- 250 000 DM für den überlebenden Ehegatten
- zwischen 50 000 DM für Kinder bis zu 5 Jahren und 10 000 DM für Kinder zwischen 20 und 27 Jahren.

Des weiteren wird jedem Erwerber ein besonderer Freibetrag für den Erwerb von Hausrat, Kunstgegenständen und Sammlungen gewährt.

Er beträgt:

- 40 000 DM für Personen der Steuerklasse I und II
- 10 000 DM für Personen der übrigen Steuerklassen
- 10 000 DM für Personen der übrigen Steuerklassen

Daneben wird noch ein besonderer Freibetrag für den Erwerb anderer beweglicher körperlicher Gegenstände gewährt, der jedoch nicht für Zahlungsmittel, Wertpapiere, Münzen, Edelmetalle, Edelsteine und Perlen gilt.

Er beträgt:

- 5 000 DM für Personen der Steuerklasse I und II
- 2 000 DM für Personen der übrigen Steuerklassen

Die für Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden gleichermaßen geltenden Steuersätze sind nach der Höhe des Erwerbs und nach der Steuerklasse des Erwerbers abgestuft. Die Steuersätze für die jeweils 25 Wertstufen jeder Steuerklasse betragen:

- in Steuerklasse I zwischen 3 v.H. (für steuerpflichtige Erwerbe bis 50 000 DM) und 35 v.H. (für steuerpflichtige Erwerbe über 100 Mio. DM)
- in Steuerklasse II zwischen 6 v.H. und 50 v.H.
- in Steuerklasse III zwischen 11 v.H. und 65 v.H. und
- in Steuerklasse IV zwischen 20 v.H. und 70 v.H.

Festgesetzt und erhoben wird die Steuer von den Finanzämtern. Um eine lückenlose Besteuerung aller Erwerbe zu gewährleisten, sieht das Gesetz verschiedene Anzeigepflichten vor. Damit die Freibeträge für einen Zeitraum von 10 Jahren nur einmal in Anspruch genommen werden können, werden alle Zuwendungen, die einer Person von ein und derselben Person anfallen, zum Zwecke der Berechnung der Steuer zusammengerechnet, also im Ergebnis wie eine Zuwendung behandelt.

Für den Erwerb von Betriebsvermögen oder land- und forstwirtschaftlichem Vermögen sieht das Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz einen besonderen Stundungsanspruch für den Erwerber vor. Diesem ist die auf diese Vermögen entfallende Erbschaftsteuer auf Antrag bis zu 7 Jahren insoweit zu stunden, als dies zur Erhaltung des Betriebs notwendig ist.

Bei mehrfachem Erwerb desselben Vermögens innerhalb von 10 Jahren durch Personen der Steuerklasse I oder II wird die Steuer für den letzten Erwerb, soweit sie auf dasselbe Vermögen entfällt, je nach dem Zeitabstand zum vorhergehenden Erwerb zwischen 50 v.H. und 10 v.H. ermäßigt.

## **Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt**

### **Statistik der Kriegsofferfürsorge**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

Leistungen an Beschädigte und deren >>> Hinterbliebene zur Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts.

Die Hilfe wird in Form von >>> Beihilfen und >>> Darlehen gewährt, wenn Beschädigte oder deren Hinterbliebene ihren Lebensunterhalt nicht aus den übrigen Leistungen der >>> Kriegsofferversorgung und dem einzusetzenden Einkommen und Vermögen bestreiten können. Es gelten im wesentlichen die für die im Rahmen der >>> Sozialhilfe gewährte >>> Hilfe zum Lebensunterhalt maßgeblichen Bestimmungen (siehe im einzelnen dort), wobei die besondere Lage der Beschädigten und ihrer Hinterbliebenen zu berücksichtigen ist. Beschädigte erhalten unter den notwendigen Voraussetzungen auch Leistungen für Familienmitglieder.

Die Regelungen über den Einsatz des Einkommens und Vermögens orientieren sich weitgehend auch an den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes.

Der notwendige Lebensunterhalt umfaßt im wesentlichen Ernährung, Unterkunft, Kleidung usw.; ferner können u.a. Krankenversicherungsbeiträge und die Kosten für eine angemessene Alterssicherung übernommen werden.

Für erwerbstätige Beschädigte und deren Hinterbliebene, vor allem, wenn sie trotz beschränkten Leistungsvermögens einem Erwerb nachgehen, wird im besonderen ein Mehrbedarf anerkannt, dessen Höhe sich vor allem nach der Höhe des Erwerbseinkommens und nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit und den familiären Verhältnissen richtet (vgl. Bundesversorgungsgesetz und Verordnung zur Kriegsofferfürsorge).

Die Hilfe kann sowohl als laufende als auch als einmalige Leistung gewährt werden.

Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsofferfürsorge für die laufenden und einmaligen Leistungen, die Zahl der Personen am jeweiligen Jahresende, die diese Hilfe als laufende Leistung erhalten, sowie die Zahl der Fälle, in denen diese Hilfe im Berichtsjahr als einmalige Leistung gewährt wurde.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Empfänger von ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt, die Zahl der Leistungsfälle und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften (z.B. von Änderungen der Regelsätze für den Lebensunterhalt) beeinflusst worden. Ferner haben sich Änderungen von Bestimmungen über die Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe aufgrund der engen Verflechtung der beiden Sozialleistungen auch auf die entsprechenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge ausgewirkt. Zu solchen Änderungen im Zeitablauf siehe dort. Weiterhin traten u.a. die folgenden Änderungen ein:

Der Rückgang der Ausgaben von 1966 bis 1968 ist auf den Schadensausgleich für besondere berufliche und wirtschaftliche Schäden im Rahmen der Neuordnung zum Kriegsofferrecht zurückzuführen.

Der Mehrbedarf bei Erwerbstätigkeit wurde 1979 neu geregelt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Von den allgemeinen Unterschieden zwischen den verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, stellen die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt der Kriegsofferfürsorge und die Hilfe zum Lebensunterhalt (Statistik der Sozialhilfe) vergleichbare Leistungen dar.

## **Ergänzungsabgabe**

Alle folgenden Steuerstatistiken

#### **Begriffsinhalt:**

Zusätzliche Abgabe zur Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer der veranlagten unbeschränkt Steuerpflichtigen (Ergänzungsabgabeschuld).

Die Ergänzungsabgabe beträgt 3 v.H. der Bemessungsgrundlage; bei der Ermittlung der Ergänzungsabgabeschuld werden bestimmte Beträge angerechnet. Zu Einzelheiten siehe Ergänzungsabgabegesetz vom 21.12.1967 (BGBl. I S. 1254) und vom 17.10.1974 (BGBl. I S. 2887).

#### **1. Einkommensteuerstatistik**

Datennachweis: 1968 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Die Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer wurde von 1968 bis 1974 erhoben. Sie betrug 3 v.H. der für den Veranlagungszeitraum festgesetzten >>> Einkommensteuerschuld (Bemessungsgrundlage) der unbeschränkt >>> Einkommensteuerpflichtigen. Diese Abgabe war bei veranlagten unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen nur zu erheben, wenn das zu versteuernde Einkommen bei zusammenveranlagten Ehegatten mindestens 32 040 DM, bei Einzelveranlagten mindestens 16 020 DM betrug.

Die Einkommensteuerschuld ergab sich - nach Berücksichtigung des ermäßigten Steuersatzes und verschiedener Ermäßigungen - aus dem zu versteuernden Einkommensbetrag. Zu Einzelheiten der Berechnung des zu versteuernden Einkommensbetrags siehe unter Einkommensteuerschuld.

Die Ergänzungsabgabeschuld ergab sich, indem die Ergänzungsabgabe, die wie oben beschrieben errechnet wurde, um den Kürzungsbetrag nach § 3 Nr. 1 Satz 2 Ergänzungsabgabegesetz i.d.F. vom 23.12.1970 (BGBl. I S. 1856) bei Einkünften aus Berlin (West) und um den Betrag der auf die Erstattung von Einkommensteuer nach § 11 Abs. 2 und 3 Außensteuergesetz entfallenden Ergänzungsabgabe vermindert wurde; ferner wurden die Ergänzungsabgabe zur >>> Lohnsteuer und zur >>> Kapitalertragsteuer angerechnet, die im Veranlagungszeitraum in Form von Steuerabzugsbeträgen einbehalten worden waren.

Die Ergänzungsabgabe zur Lohnsteuer war nur zu erheben, wenn der Jahresarbeitslohn Beträge erreichte, die unter Berücksichtigung der Kinderfreibeträge und der sonstigen vom Einkommen abzuziehenden Beträge den oben genannten zu versteuernden Einkommensbeträgen entsprachen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Der Kürzungsbetrag nach § 3 Nr. 1 Satz 2 Ergänzungsabgabegesetz wurde 1971 und 1974 berücksichtigt, der Betrag der auf die Erstattung von Einkommensteuer nach § 11 Abs. 2 und 3 Außensteuergesetz entfallenden Ergänzungsabgabe nur 1974.

#### **2. Körperschaftsteuerstatistik**

Datennachweis: 1968 bis 1976

#### **Begriffsinhalt:**

Die Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer wurde von 1968 bis 1976 erhoben. Sie betrug 3 v.H. der für den Veranlagungszeitraum festgesetzten >>> Körperschaftsteuerschuld (Bemessungsgrundlage) der unbeschränkt >>> Steuerpflichtigen.

Auf die Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer wurde die von den unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen im Veranlagungszeitraum mit der Kapitalertragsteuer entrichtete Ergänzungsabgabe zur Kapitalertragsteuer angerechnet, soweit die Kapitalertragsteuer 25 v.H. betragen hat.

### **3. Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen**

Datennachweis: 1968 bis 1976

Siehe unter 1. und 2.

## **Erhaltungshilfen für Betriebe oder Wirtschaftszweige**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1975

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Finanzhilfen und >>> Steuervergünstigungen des Bundes für Betriebe und Wirtschaftsbereiche, deren Gewährung nicht mit strukturverändernden Umstellungen gekoppelt ist.

Die Klassifizierung einer Finanzhilfe oder Steuervergünstigung als Erhaltungshilfe bedeutet lediglich, daß die Hilfe nicht imstande ist strukturverändernde Umstellungen auszulösen. Sie läßt aber nicht den Umkehrschluß zu, daß ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung wäre, vorhandene Wirtschaftsstrukturen zu konservieren. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen mit einer solchen ausdrücklichen Zielsetzung gibt es nicht. Vielmehr spielen die Erhaltungshilfen vor allem als flankierende Maßnahmen für solche Betriebe und Wirtschaftszweige eine große Rolle, die sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel befinden und gleichzeitig

>>> Anpassungshilfen erhalten.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Gliederung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen zugunsten von Betrieben oder Wirtschaftszweigen in Erhaltungs-, Anpassungs- und Produktivitätshilfen ist keineswegs immer eindeutig. Vor allem Erhaltungs- und Anpassungshilfen lassen sich oft nur schwer voneinander unterscheiden. Als maßgebliches Kriterium wird angesehen, ob die Inanspruchnahme von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen strukturverändernde Wirkungen in Richtung eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftsvollzugs auslöst oder nicht. Soweit finanzielle Hilfen mit strukturverändernder Zielsetzung in besonderem Maße für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von Bedeutung sind, sind sie als Produktivitätshilfen ausgewiesen.

## **Erhöhte Absetzungen bei kulturhistorisch wertvollen Gebäuden**

### **Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1979

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Steuervergünstigung in Form erhöhter Absetzungen zur Förderung der Erhaltung von Gebäuden, die nach landesrechtlichen Vorschriften Baudenkmäler sind.

Der Steuerpflichtige kann bei einem Gebäude oder einem Gebäudeteil, das nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften ein Baudenkmal ist, von den Herstellungskosten für Baumaßnahmen, die nach Art und Umfang zur Erhaltung des Gebäudes bzw. Gebäudeteils als Baudenkmal und zu seiner sinnvollen Nutzung erforderlich sind und die nach Abstimmung mit der nach Landesrecht zuständigen oder von der Landesregierung bestimmten Stelle durchgeführt worden sind, für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den neun folgenden Jahren jeweils bis zu 10 v.H. absetzen (vgl. § 82i EStDV).

Bei einem Gebäude, das für sich allein nicht die Voraussetzungen für ein Baudenkmal erfüllt, aber Teil einer Gebäudegruppe oder Gesamtanlage ist, die nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften als Einheit geschützt ist, können die erhöhten Absetzungen von den Herstellungskosten der Gebäudeteile und Maßnahmen vorgenommen werden, die nach Art und Umfang zur Erhaltung des schützenswerten Erscheinungsbildes der Gruppe oder Anlage erforderlich sind. Nach Ablauf von zehn Jahren ist ein etwa noch vorhandener Restwert den Anschaffungs- und Herstellungskosten des Gebäudes oder dem an deren Stelle tretenden Wert hinzuzurechnen; die weiteren Absetzungen für Abnutzung sind einheitlich für das gesamte Gebäude nach dem sich hiernach ergebenden Betrag und dem für das Gebäude maßgebenden Hundertsatz zu bemessen.

# Erhöhte Absetzungen für bestimmte Energiesparmaßnahmen an Gebäuden

## Subventionsberichte

Datennachweis: ab 1975

### Begriffsinhalt:

>>> Steuervergünstigung in Form erhöhter Absetzungen zur Erleichterung der Finanzierung von bestimmten Energiesparmaßnahmen an Gebäuden.

Gefördert werden bestimmte Energiesparmaßnahmen unter Einbeziehung von Windkraft- und Biogasanlagen an Gebäuden durch erhöhte Absetzungen im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Der Steuerpflichtige kann bei einem vor dem 1. Januar 1961 hergestellten Gebäude nach § 82a Abs. 1 EStDV von den Herstellungskosten für den Einbau der folgenden Anlagen und Einrichtungen für Abnutzung im Jahr der Herstellung und in den folgenden neun Jahren jeweils bis zu 10 v.H. absetzen:

- für den Einbau von Wärmepumpenanlagen; Solaranlagen und Anlagen zur Wärmerückgewinnung in einem im Inland belegenen Gebäude einschließlich der Anbindung an das Heizsystem,
- für die Errichtung von Windkraftanlagen, wenn die mit diesen Anlagen erzeugte Energie überwiegend entweder unmittelbar oder durch Verrechnung mit Elektrizitätsbezügen des Steuerpflichtigen von einem Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Versorgung eines im Inland belegenen Gebäudes des Steuerpflichtigen verwendet wird, einschließlich der Anbindung an das Versorgungssystem des Gebäudes,
- für die Errichtung von Anlagen zur Gewinnung von Gas, das aus pflanzlichen oder tierischen Abfallstoffen durch Gärung unter Sauerstoffabschluß entsteht, wenn dieses Gas zur Beheizung eines im Inland belegenen Gebäudes des Steuerpflichtigen oder zur Warmwasserbereitung in einem solchen Gebäude des Steuerpflichtigen verwendet wird, einschließlich der Anbindung an das Versorgungssystem des Gebäudes.
- für Maßnahmen, die für den Anschluß eines im Inland gelegenen Gebäudes an eine Fernwärmeversorgung einschließlich der Anbindung an das Heizsystem erforderlich sind, wenn die Fernwärmeversorgung überwiegend aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, zur Verbrennung von Müll oder zur Verwertung von Abwärme gespeist wird, wenn das Gebäude vor dem 1. Juli 1983 fertiggestellt ist; die Voraussetzung entfällt, wenn der Anschluß nicht schon im Zusammenhang mit der Errichtung des Gebäudes möglich war.

Die erhöhten Absetzungen können nicht vorgenommen werden, wenn für dieselbe Maßnahme eine Investitionszulage gewährt wird.

Für den Einbau der genannten Anlagen und Einrichtungen werden die erhöhten Absetzungen auch dann gewährt, wenn der Einbau nach dem 30. Juni 1983 und vor dem 1. Januar 1988 abgeschlossen wird. Das Förderungsprogramm ist bis 31. Dezember 1987 befristet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Erhöhte Absetzungen nach § 82a Abs. 1 EStDV waren nicht möglich:

- von 1977 bis zum Ende des ersten Halbjahres 1983 für Baumaßnahmen, die ausschließlich dem Wärme- und Lärmschutz dienen,
- vor dem 1. Juli 1978 für den Einbau von Wärmepumpenanlagen, Solaranlagen, Anlagen zur Wärmerückgewinnung einschl. der Anbindung an das Heizsystem,
- vor dem 1. Juli 1983 für Windkraft- und Biogasanlagen.

## Erholungsfläche

### Flächenerhebung

Datennachweis: ab 1979; für die neuen Länder und Berlin-Ost mit den Ergebnissen aus der Erhebung 1993 vorgesehen

### Begriffsinhalt:

Unbebaute Flächen, die vorherrschend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen.

Zur Erholungsfläche zählen u.a. Grünanlagen und Campingplätze. Hierzu gehören auch Kleingärten und Wochenendplätze, die der Freizeitgestaltung und Erholung dienen sowie parkähnlich angelegte Friedhöfe.

Innerhalb von Grünanlagen befindliche Einrichtungen wie Spielplätze sowie untergeordnete bauliche Anlagen (z.B. Nebenanlagen wie Kioske, Umkleieräume und Gartenlauben) werden nicht gesondert ausgewiesen, sondern zählen zur Erholungsfläche.

## **Erholungshilfe**

### **Statistik der Kriegsopferfürsorge**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Beihilfen zu Erholungsaufenthalten für Beschädigte, deren Ehegatten und deren >>> Hinterbliebene.

Erholungshilfe wird gewährt, wenn der Erholungsaufenthalt zur Erhaltung der Gesundheit oder Arbeitsfähigkeit notwendig, die beabsichtigte Form des Aufenthalts zweckmäßig und, soweit es sich um Beschädigte handelt, die Erholungsbedürftigkeit durch die anerkannten Schädigungsfolgen bedingt ist. Bei Schwerbeschädigten wird der Zusammenhang zwischen den anerkannten Schädigungsfolgen und der Erholungsbedürftigkeit stets angenommen.

Die Dauer des Erholungsaufenthalts darf in der Regel drei Wochen nicht übersteigen. Die Erholungshilfe soll zum wiederholten Male in der Regel nicht vor Ablauf von zwei Jahren gewährt werden.

Aufwendungen, die während des Erholungsaufenthaltes für den häuslichen Lebensunterhalt erspart werden, werden als Einkommen des Hilfesuchenden eingesetzt. Zusätzliche kleinere Aufwendungen, die dem Erholungssuchenden durch den Erholungsaufenthalt entstehen, werden als besonderer Bedarf berücksichtigt und können durch Pauschbeträge abgegolten werden. Bedarf der Erholungssuchende einer ständigen Begleitung, gelten auch die Aufwendungen für die Mitnahme der Begleitperson als notwendiger Bedarf. Zu Einzelheiten siehe Bundesversorgungsgesetz und Verordnung zur Kriegsopferfürsorge.

Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge für diese Leistung sowie die Zahl der Fälle, in denen diese Hilfe als einmalige Leistung gewährt wurde.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Leistungsfälle und die Höhe der Ausgaben für Erholungshilfe sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende Änderungen ein: Vor 1976 sollte die Dauer eines Erholungsaufenthalts mindestens drei Wochen betragen, während seit 1976 die Dauer umgekehrt auf in der Regel drei Wochen beschränkt ist. Seitdem werden ferner Einsparungen für den häuslichen Lebensunterhalt des Erholungssuchenden während des Erholungsaufenthalts bei der Bemessung der Leistungen als Einkommen angerechnet.

Bis einschl. 1975 konnte Erholungshilfe unter den notwendigen Voraussetzungen auch den Familienmitgliedern von Beschädigten gewährt werden; seit 1976 ist die Gewährung auf die Ehegatten von Beschädigten beschränkt.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Von den allgemeinen Unterschieden zwischen verschiedenen Sozialleistungssystemen abgesehen, stellen die Erholungshilfe und die >>> Erholungspflege (Statistik der Jugendhilfe) vergleichbare Leistungen dar.

## **Erholungs- und Ferienheime**

### **1. Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr**

Datennachweis: ab 1981

#### **Begriffsinhalt:**

Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Zu den bestimmten Personenkreisen, für die Erholungs- und Ferienheime zugänglich sind, gehören im wesentlichen Mitglieder eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigte eines Unternehmens, Kinder, Mütter und andere Betreute sozialer Einrichtungen sowie Kinder, die von ihren Angehörigen untergebracht werden.



Erfaßt werden nur Erholungs- und Ferienheime, mit mindestens 9 Gästebetten und mehr unabhängig davon, ob sie gewerblich oder nicht gewerblich betrieben werden und ob die Beherbergung Hauptzweck oder Nebenzweck des Betriebes ist.

## **2. Statistik des Fremdenverkehrs in Beherbergungsstätten**

Datennachweis: 1960 bis 1980

### **Begriffsinhalt:**

Wie unter 1., jedoch Erholungs- und Ferienheime, unabhängig von der Anzahl der Gästebetten und nur in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 5 000 >>> Gästeübernachtungen im Jahr.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. März 1971 wurden Betriebe in Gemeinden mit im allgemeinen mindestens 3 000 Gästeübernachtungen im Jahr erfaßt.

# **Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

## **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

## **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **Begriffsinhalt:**

Aufgabenbereich mit den Ausgaben

- für die Verwaltung (z.B. Bundesamt für Ernährung und Forstwirtschaft, Bundessortenamt, Landesamt für Ernährungswirtschaft, Landwirtschaftsamt, Pflanzenschutzamt, Kulturamt, Siedlungsbehörde, Veterinärverwaltung, Forstschulen, Forstverwaltung (soweit nicht Teil des Forstbetriebes), Jagdverwaltung);
- für Maßnahmen (insbesondere Zuschüsse) zur Verbesserung der Agrarstruktur wie (Flurbereinigung, einzelbetriebliche Maßnahmen (Investitionshilfen an landwirtschaftliche Betriebe, Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung), Verbesserung der Marktstruktur z.B. der Molkereien, der Struktur der Zuckerfabriken, der Seefischmärkte, Ausbau der Wirtschaftswege, Beitrag zum Europäischen Ausrichtungsfonds und sonstige Maßnahmen, wie z.B. Schlachtpremien, Zuschüsse für Leistungsprüfungen, Umstellung im Weinbau;
- für einkommenstabilisierende Maßnahmen (z.B. Beitrag an Europäischen Garantiefonds, Erstattung der Kosten für die Vorratshaltung an die Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung, Schulmilchverbilligung, Ausfuhrerstattungen, für Marktordnungen und Nahrungsmittelhilfen der europäischen Gemeinschaft (soweit erstattet), Förderung der Milchwirtschaft nach dem Milch- und Fettgesetz, Gasölverbilligung, Aufwertungsausgleich, Milderung von Hochwasser-, Witterungs- und Ernteschäden);
- für Versuchsgüter und -felder, Landesanstalten für Bodenkultur, milchwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalten, Saatzuchtanstalten u.ä. (soweit nicht der Forschung zugeordnet oder mit Hochschulen verbunden);
- zur Förderung der Fischerei, der Tierzucht, des Jagdwesens, der Verbraucher- und Ernährungsaufklärung.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis 1973 sind hier auch Ausgaben der Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft (z.B. Beschaffung von Industriegelände, Fremdenverkehr) nachgewiesen.

Die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Ausgabeanteile der EG sind erst ab 1974 enthalten.

In der Haushaltsansatzstatistik liegen im kommunalen Bereich Angaben nur für Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und die Gemeindeverbände in den Jahren 1970 bis 1973 vor.

## **3. Subventionsberichte**

Datennachweis: ab 1966

### **Begriffsinhalt:**

>>> Finanzhilfen und >>> Steuervergünstigungen, um die Leistungskraft der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der Europäischen Gemeinschaften zu erhalten und zu verbessern.

#### **1. Finanzhilfen**

Bei den Finanzhilfen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten handelt es sich im wesentlichen um

- Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung; die Zuschüsse sind zur Gewährung von Schwerverletztenzulagen und zur Senkung der Beiträge zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung bestimmt;
- Zuschüsse zur Gewährung einer Rente an ältere Kleinlandwirte bei Landabgabe (Landabgaberente); sie ist für Neubewilligungen bis 31. Dezember 1983 befristet; bewilligte Renten werden lebenslanglich gezahlt;
- seit 1971 Zuschüsse zur Sicherung der späteren Altersversorgung als Arbeitnehmer bei Abgabe landwirtschaftlicher Unternehmen (Nachentrichtungszuschüsse) aus Bundesmitteln für Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung; begünstigt sind landwirtschaftliche Unternehmer, die eine Dauerbeschäftigung als Arbeitnehmer aufnehmen, pflichtversichert sind und ihr landwirtschaftliches Unternehmen abgeben oder von der Beitragspflicht zur Altershilfe für Landwirte wegen anderweitiger sozialer Sicherung als Arbeitnehmer oder Handwerker befreit werden;
- Gasölverbilligung zur Angleichung der Mineralölsteuer für das in landwirtschaftlichen Betrieben verbrauchte Gasöl an das System der Steuerbefreiung bzw. -entlastung für die Landwirtschaft in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften;
- niedrig verzinsliche Darlehen für die Kutterfischerei (Kutterdarlehen) zur Mitfinanzierung der Erneuerung und Rationalisierung der Fischkutterflotte;
- Strukturmaßnahmen für die Seefischerei, u.a. Abwrackhilfen für Kutter, Zuschüsse für Neu- und Umbauten sowie Ankäufe der Kutterfischerei und zur Modernisierung von Fahrzeugen der Großen Hochseefischerei;
- seit 1973 Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen (u.a. Hofkredite, Aussiedlungen, Aufstockungen, Landarbeiterwohnungen, Binnenwasserwirtschaft) nach den Förderungsgrundsätzen des jeweils gültigen Rahmenplans gemäß Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes";
- Vergütung an Banken für die Verwaltung von Bundesmitteln aus verschiedenen vor dem 1. Januar 1973 (bei der ländlichen Siedlung vor dem 1. Januar 1977) durchgeführten Förderungsmaßnahmen;
- Vergütung wegen Aufgabe der Milcherzeugung; den Milcherzeugern, die auf ihre Referenzmengen im Rahmen der Garantiemengenregelung Milch verzichten und die Milchproduktion für den Markt aufgeben wollen, wird auf Antrag eine Vergütung (Milchrente) gewährt; durch diese Maßnahme sollen Referenzmengen freigesetzt werden, um Betrieben in besonderen Situationen (Härtefall- und Vertrauensschutzregelung) zusätzliche Mengen zuweisen zu können;
- Zuschüsse an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und die Monopolverwaltung für Branntwein Berlin, um die Wettbewerbsfähigkeit des an die Bundesmonopolverwaltung abgelieferten Alkohols gegenüber dem Alkohol zu erreichen, der in anderen EG-Mitgliedstaaten aus anderen Rohstoffen und in industriell ausgerichteten Großbetrieben hergestellt wird; - Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (ohne Ausgaben für den Küstenschutz, Zukunftsinvestitionen und ohne 50 v.H. der Ausgaben für Wasserwirtschaft);
- seit 1973 Zuweisungen für agrarstrukturelle Vorplanung gemäß Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", als Grundlage für den Einsatz von agrarstrukturellen Förderungsmitteln um durch eine überörtliche Entwicklungsplanung im ländlichen Raum mögliche Fehlinvestitionen beim Einsatz öffentlicher Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur zu vermeiden;
- seit 1984 Agrarkreditprogramm für Haupt- und Nebenerwerbslandwirte zur Unterstützung bei Investitionen zur Rationalisierung oder Arbeitserleichterung im landwirtschaftlichen Betrieb;
- seit 1973 Mittel für die Durchführung von Flurbereinigungsverfahren, beschleunigten Zusammenlegungsverfahren, freiwilligem Landtausch sowie für allgemeine Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Flurbereinigung;
- seit 1971 einzelbetriebliche Förderung (ohne Siedlung, Ausgleichszulage für Berggebiete); seit 1973 wird die Maßnahme nach den Förderungsgrundsätzen des jeweils gültigen Rahmenplans gemäß Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" durchgeführt; die Förderung erfolgt durch eine Zinsverbilligung für Kapitalmarktdarlehen sowie durch Darlehen und Zuschüsse; neben der Förderung der entwicklungsfähigen Betriebe können auch die Betriebe eine Förderung erhalten, die die Kriterien der Entwicklungsfähigkeit nicht erfüllen, aber für den Inhaber die einzige Existenzgrund-

lage darstellen; die Überbrückungshilfe soll diesen Betrieben Anpassungsinvestitionen mittels zinsverbilligter Kapitalmarktmittel ermöglichen; der Begünstigte muß angemessene Agrarleistungen erbringen;

- seit 1973 Förderung der ländlichen Siedlung, und zwar Förderung von Auffangbetrieben, der Vergrößerung bestehender Vollerwerbsbetriebe und des Bodenzwischenerwerbs;
- seit Oktober 1974 erhalten landwirtschaftliche Betriebe in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten Zuweisungen zur Gewährung einer Ausgleichszulage, um die Fortführung der Ausübung landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeiten und somit die Erhaltung eines Minimums an Bevölkerungsdichte oder die Erhaltung der Landschaft in diesen Gebieten sicherzustellen; Voraussetzung für die Gewährung der Ausgleichszulage ist, daß der Betrieb mindestens 3 ha groß ist und sich der Betriebsleiter verpflichtet, seinen Betrieb noch mindestens fünf weitere Jahre zu bewirtschaften; die Maßnahme wird gemäß dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" durchgeführt;
- seit 1973 Rationalisierungsmaßnahmen im Erzeugungsbereich; gefördert werden nach den Förderungsgrundsätzen der Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" Milchleistungsprüfungen, Kontrollringe für Mastschweine, Ferkel, Mastrinder, Mastlämmer und Jungmasthammel, Leistungsprüfungsanstalten für Rinder, Schweine und Schafe sowie die Beschaffung von Rebpfanzgut für Umstellung im Weinbau.

Ebenso werden nach den Förderungsgrundsätzen der Rahmenpläne der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" seit 1973 gefördert

- waldbauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Forstwirtschaft sowie zur Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes;
- Maßnahmen, die der Vitalitätsstärkung gefährdeter und Stabilisierung beschädigter Waldbestände dienen, wie Düngung, Vor- und Unterbau, einschließlich Naturverdünnung in lückigen oder verlichteten Beständen und Bestandsrändern, Wiederaufforstung von Waldflächen, deren gegenwärtige Bestände aufgrund der neuartigen Waldschäden nicht mehr lebensfähig sind;
- ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer, um diesen das Ausscheiden aus dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß zu erleichtern, wenn Betriebe oder Betriebsteile aufgelöst werden;
- Landarbeiterwohnungen; die Mittel sind für landwirtschaftliche Arbeitnehmer bestimmt zur Förderung des Baues und Kaufes von eigengenutzten Familienheimen und Eigentumswohnungen sowie zur baulichen Verbesserung solcher Objekte, sofern das Gebäude oder die Wohnung erhaltenswürdig ist;
- wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und der Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande;
- der Wirtschaftswegebau;
- die Verbesserung der Marktstruktur; angestrebt wird eine wirksamere Beteiligung der Landwirtschaft am Vermarktungsprozeß durch horizontale (Erzeugerzusammenschlüsse) und vertikale Integration (langfristige Lieferverträge mit Unternehmen des Handels und der Industrie);
- seit 1983 Maßnahmen zur Anpassung der Kapazitäten in der Seefischerei zur Förderung der Neuorientierung der Fischereitätigkeit und Anpassungserleichterung der Produktionskapazität der Seefischerei an die veränderten Fangmöglichkeiten;

## 2. Steuervergünstigungen

An Steuervergünstigungen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurden gewährt

- seit 1974 nach § 13a des Einkommensteuergesetzes bei nichtbuchführungspflichtigen Land- und Forstwirten die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen;
- nach § 7e EStG die Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude bei Vertriebenen, Flüchtlingen und Verfolgten;
- Steuererleichterung bei der Veräußerung oder Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe: nach § 14 EStG Freibetrag von 30 000 DM für Veräußerungsgewinne bis 100 000 DM (mit Härteklausel) und seit 1970 nach § 14a Abs. 1-3 EStG Freibetrag bis zu 60 000 DM für Gewinne aus der Veräußerung bestimmter land- und forstwirtschaftlicher Betriebe; ebenfalls seit 1970 nach § 14a Abs. 4 EStG einen Freibetrag bis zu 60 000 DM bei der Veräußerung oder Entnahme einzelner land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke zur Abfindung weichender Erben;
- nach §§ 76 bis 78 EStDV Begünstigung bestimmter Investitionen für Modernisierung, Rationalisierung und Eingliederung in die EWG;
- Körperschaftsteuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 14 KStG sowie Vermögensteuerbefreiung nach § 3 Abs. 1 Nr. 7 VStG von Nutzungs- und Verwertungsgenossenschaften, von Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften sowie von Vereinen, sofern deren Tätigkeit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft liegt,

um die rationellere Ausführung landwirtschaftlicher Arbeiten zu fördern und die Absatzmöglichkeiten mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu verbessern,

- nach § 3 Nr. 7 GewStG Gewerbesteuerbefreiung kleiner Hochsee- und Küstenfischereiunternehmen;
- nach § 3 Nr. 8, 12 und 14 GewStG Befreiung landwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften und Vereine, bestimmter Tierhaltungskooperationen und bestimmter landwirtschaftlicher Produktions-genossenschaften und Vereine von der Gewerbesteuer;
- Befreiung von der Versicherungssteuer nach § 4 Abs. 9 VersStG für Viehversicherungen, bei denen die Versicherungssumme 7 500 DM nicht übersteigt;
- nach § 3 Nr. 7 KraftStG Befreiung der Zugmaschinen (ausgenommen Sattelzugmaschinen), Sonderfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger hinter Zugmaschinen oder Sonderfahrzeugen und der einachsigen Kraftfahrzeuganhänger (ausgenommen Sattelanhänger) von der Kraftfahrzeugsteuer;
- nach § 7 SalzStG Steuerbefreiung für Salz, das zum Salzen von Heringen und ähnlichen Fischen verwendet wird;
- nach § 79 Abs. 2 Branntweinmonopolgesetz und § 124 Brennereiverordnung Steuerermäßigung für Brenne-reien bis 4 hl Alkohol und für Stoffbesitzer.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

zu 1.:

Bis Mitte 1975 wurden Zuschüsse zur Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung des Neu- und Umbaus von Fahrzeugen der Seefischerei gewährt; seit 1976 wurden Neubauvorhaben der Großen Hochseefischerei ausschließlich durch Zuschüsse gefördert, so daß insoweit Zinsverbilligungszuschüsse für Neubewilligungen entfielen; die von 1976 bis 1978 gewährten Zuweisungen für Neubauten der Hochseefischerei in Form von Zuschüssen zur Mitfinanzierung der Modernisierung der Großen Hochseefischerei im Rahmen des Strukturprogramms für die Seefischerei dienten der Modernisierung der überalterten Frischfischfängerflotte.

Von 1978 bis 1980 zahlte der Bund einen Zuschuß an den zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft.

Von 1978 bis 1983 bewilligte der Bund Mittel für Sofortmaßnahmen zur Erleichterung der Anpassung der Produktionskapazitäten in der Hochsee- und Küstenfischerei (ohne Verbraucheraufklärung) an die Fangmöglichkeiten, die sich aus der Einführung der 200-Seemeilen-Fischereizone und aus den Maßnahmen zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischbestände ergeben.

Bis einschließlich 1980 zahlte der Bund Zuschüsse an Gartenbaubetriebe um existenzbedrohende Wettbewerbsnachteile im Energiebereich, die den deutschen Gartenbaubetrieben mit Unterglasanlagen durch bestimmte Stützungsmaßnahmen der Nachbarstaaten entstanden, auszugleichen sowie 1980 eine einmalige Anpassungshilfe für Gartenbaubetriebe mit Unterglasanlagen.

In den Jahren 1973 bis 1978 gewährte der Bund Zuschüsse für Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Sturmschäden vom 13. November 1972 in der Forstwirtschaft.

1976 und 1977 wurden Darlehen und Zuschüsse insbesondere zur Verbilligung von Zinsen für Betriebsmittelkredite an land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die von der langanhaltenden Trockenheit im Sommer 1976 besonders stark betroffen und dadurch in ihrer Existenz gefährdet waren, gezahlt.

Bis einschließlich 1976 wurden Zuschüsse an die Träger der Krankenversicherung der Landwirte gezahlt.

1976 und 1977 beteiligte sich der Bund an den Entschädigungen für im Januar 1976 sturmflutgeschädigte Betriebe der Landwirtschaft (einschl. Kleine Hochsee- und Küstenfischerei).

zu 2.:

Von 1970 bis einschl. 1980 wurde Landwirten ein Kürzungsanspruch von der Umsatzsteuer in Höhe von 3 v.H. des Entgelts nach § 24 Abs. 1 UStG i.V. mit Artikel 4 des Aufwertungsausgleichsgesetzes als aufwertungsbedingter Einkommensausgleich für die Landwirtschaft gewährt.

Von 1950 bis zum Ende des Wirtschaftsjahres 1976/77 wurden Einkommensteuervergünstigungen zur Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen gewährt.

Von 1961 bis einschl. 1974 wurden Einkommensteuervergünstigungen für Vollblutzüchtbetriebe nach § 82c EStDV gewährt.

Von 1952 bis 1. Juli 1973 wurde die Schaumweinsteuer bei Verarbeitung von mehr als 75 v.H. inländischen Grundweins zu Schaumwein nach § 10 SchaumwStG erstattet.

# Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs

## 1. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

## 2. Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

### Begriffsinhalt:

Zusammenfassung der Positionen >>> Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und >>> Genußmittel.

Zu den Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs rechnen Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, die überwiegend zur Ernährung von Menschen, zur Fütterung von Tieren oder zu Zierzwecken dienen. Hierzu zählen im wesentlichen:

Getreide,  
Reis, Müllereierzeugnisse, nichtölhaltige Sämereien,  
Hülsenfrüchte zur Ernährung,  
Grünfutter,  
Kartoffeln, andere Hackfrüchte,  
Frischgemüse,  
Obst, Südfrüchte,  
Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte u. dgl.,  
Rohkakao, Kakaoerzeugnisse, Gewürze, Zucker,  
Ölfrüchte zur Ernährung, pflanzliche Öle und Fette zur Ernährung, Margarine und ähnliche Speisefette,  
Ölkuchen, Kleie, sonstige Abfallerzeugnisse zur Viehfütterung,  
Blumen, Zierpflanzen.

Zu den Genußmitteln zählen im wesentlichen:

Hopfen, Kaffee, Tee, Rohtabak, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein und Wein.

Die Zuordnung zur Warengruppe der Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs erfolgte anhand der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

# Ernährungsgüter tierischen Ursprungs

## 1. Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1950

## 2. Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

### Begriffsinhalt:

Zusammenfassung der Positionen >>> Nahrungsmittel tierischen Ursprungs und >>> lebende Tiere.

Zu den Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs rechnen Erzeugnisse tierischen Ursprungs, die überwiegend zur Ernährung von Menschen oder zur Fütterung von Tieren dienen. Hierzu zählen im wesentlichen:

Milch, Butter, Käse,  
Fleisch und Fleischwaren, Därme,  
Fische und Fischzubereitungen,  
Schmalz, Talg, andere tierische Fette und Öle zur Ernährung,  
Eier  
Honig,  
Fischmehl.

Zu den lebenden Tieren zählen im wesentlichen:

Pferde, Rinder, Schweine, Schafe.

Die Zuordnung zur Warengruppe der Ernährungsgüter tierischen Ursprungs erfolgte anhand der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

## **Ernährungswirtschaft**

### **1. Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

### **2. Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1950

### **3. Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Warenposition, die Lebende Tiere, Nahrungsmittel tierischen Ursprungs, Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und Genußmittel umfaßt.

Zu den lebenden Tieren zählen Pferde, Rindvieh, Schweine und Schafe.

Die Nahrungsmittel tierischen Ursprungs umfassen im wesentlichen Milch, Milch- und Molkepulver, Butter, Käse, Eier, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, tierische Fette und Öle zur Ernährung sowie Fischmehl für Futterzwecke.

Die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs umfassen im wesentlichen Getreide (einschl. Mais und Reis), Kartoffeln, andere Hackfrüchte, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst und Südfrüchte, Säfte und Konserven, Ölfrüchte zur Ernährung, Ölkuchen und sonstige Futtermittel sowie lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei.

Zu den Genußmitteln zählen Hopfen, Kaffee, Tee, Rohtabak, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein und Wein.

Die Zuordnung zur Warengruppe Ernährungswirtschaft erfolgt anhand der Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Zu Einzelheiten siehe Fachserie 7, Reihe 3, Außenhandel nach Ländern und Warengruppen, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

Beim Index der Ein- und Ausfuhrpreise werden die Daten unter "Güter der Ernährungswirtschaft" nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Ernährungswirtschaft rechnen im wesentlichen die gleichen Waren wie zur Zusammenfassung nach Teil I des Systematischen Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) "Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" (Außenhandelsstatistik, Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise) und der Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (Außenhandelsstatistik, Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise, Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte).

Im Unterschied zur Warenposition Ernährungswirtschaft enthalten die beiden anderen Erzeugnisgruppen auch solche land- und forstwirtschaftlichen Produkte, wie etwa Rohholz, rohe Häute und Felle, Federn, Wolle, Baumwolle, sonstige Spinnstoffe, Flechtstoffe, Latex, Stärke und Kleber.

Güter der Ernährungswirtschaft und landwirtschaftliche Produkte (Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte) unterscheiden sich in einigen Waren.

Nur zu den landwirtschaftlichen Produkten rechnet Wolle; umgekehrt zählen zur Ernährungswirtschaft aber Waren, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht angebaut werden, Waren die die landwirtschaftliche Erzeugerstufe überschritten haben sowie der größte Teil der Genußmittel.

Dies sind im wesentlichen Malz, Südfrüchte, Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte, Kakao und Kakaoerzeugnisse, Gewürze, Zucker, pflanzliche Öle und Fette, Margarine und ähnliche Speisefette, Ölkuchen, Butter, Käse, Fleisch und Fleischwaren, Fische und Fischzubereitungen, tierische Öle und Fette zur Ernährung, Eier, Fischmehl, Kaffee, Tee, Tabakerzeugnisse, Bier, Branntwein, Wein.

# Erntemenge

## Ernteberichterstattung

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Eingebrachte Ernte bei landwirtschaftlichen Feldfrüchten und Grünland ohne Berücksichtigung des Verwendungszwecks.

Erntemengen werden berechnet auf der Basis der durch die Bodennutzungserhebungen ermittelten >>> Anbauflächen und der durch die Ernteberichterstattung festgestellten durchschnittlichen Hektarerträge.

Für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gilt als Erntemenge die auf 14 % Feuchtigkeitsgehalt umgerechnete, eingebrachte Ernte.

Bei Klee, Klee gras, Luzerne und Klee-Luzernegemisch wird die Erntemenge in Heu angegeben; dazu wird die geerntete Grünmasse im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Bis einschl. 1968 wurde die Fruchtart "Klee, Klee gras, Luzerne und Klee-Luzernegemisch" ohne das Klee-Luzernegemisch nachgewiesen.

Für sämtliche in die Erhebung einbezogenen Anbauflächen wurde 1979 eine untere Erfassungsgrenze eingeführt, so daß die auf der Grundlage dieser Flächen errechneten Erntemengen mit denen bis 1978 nicht voll vergleichbar sind.

## Erntemengen der Hauptfeldfrüchte und der Wiesen

## Ernteberichterstattung

Datennachweis: ab 1950

### Begriffsinhalt:

Eingebrachte Ernte der wichtigsten landwirtschaftlichen Feldfrüchte im Hauptanbau und der Dauerwiesen und Mähweiden, gleichgültig für welchen Zweck sie verwendet wird.

Es werden Erntemengen folgender Feldfrüchte nachgewiesen: sämtliche Getreidearten (einschl. Körnermais), Ackerbohnen, Frühkartoffeln, mittelfrühe und späte Kartoffeln, Zuckerrüben, Runkelrüben, Winterraps, Sommerraps und Rübsen, Hopfen, Grün- und Silomais, Klee (einschl. Klee gras, Luzerne und Gemisch), Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden).

Die >>> Erntemenge ist das Produkt aus den für die einzelnen Fruchtarten ermittelten Anbauflächen und den durch die Ernteberichterstattung, die Besondere Erntermittlung oder die Ergänzende Erntermittlung festgestellten Hektarerträge.

Die Erntemenge von Getreide ist auf einen Feuchtigkeitsgehalt von 14 % umgerechnet, Raps und Rübsen auf 9 %.

Grün- und Silomais wird in Grünmasse angegeben.

Bei Klee (einschl. Klee gras, Luzerne und Gemisch), Grasanbau, Dauerwiesen und Mähweiden wird die Erntemenge in Heu angegeben; Grünfutter und Weidenutzung wird im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Für sämtliche in die Erhebung einbezogenen Anbauflächen wurde 1979 eine untere Erfassungsgrenze eingeführt, so daß die auf der Grundlage dieser Flächen errechneten Erntemengen mit denen bis 1978 nicht voll vergleichbar sind.

In Hessen wird ab 1981 Roggen einschl. Wintermenggetreide nachgewiesen.

Bei Zuckerrüben erfolgt ab 1978 die Feststellung der Erntemengen in den Ländern und im Bundesgebiet aus unterschiedlichen Quellen.

Bei Runkelrüben sind ab 1968 wegen grundlegender Änderungen der Ertragsfeststellung die Ergebnisse mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Die Erntemenge bei Grasanbau wird bis 1973 nur von Ackerwiesen festgestellt.

Bei Dauerwiesen und Mähweiden bestehen bis 1969 teilweise andere Abgrenzungen der Flächen.

Ab 1984 werden aufgrund der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. Sept. 1984 in den Ländern Bremen und Berlin keine Ernteberichterstattungen mehr durchgeführt.

Erntemengen für beide Stadtstaaten werden seitdem anhand der dort ermittelten Anbauflächen und den gewogenen Hektarerträgen aller übrigen Bundesländer errechnet und in das Bundesergebnis einbezogen.

## **Erntemengen von Erdbeeren**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Erntemenge von Erdbeeren, errechnet als Produkt aus Anbaufläche und geschätztem Hektarertrag.

Gegenstand der Schätzung ist die marktfähige Ware, unabhängig davon, ob sie tatsächlich auf den Markt gelangt oder nicht.

Die festgestellte Erntemenge bezieht sich auf den Anbau zum Verkauf; Anbau für private Nutzung wird nicht erfaßt.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Ab 1984 werden aufgrund der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. Sept. 1984 in den Ländern Bremen und Berlin keine Ernteberichterstattungen mehr durchgeführt. Erntemengen für beide Stadtstaaten werden seitdem anhand der dort ermittelten Anbauflächen und den gewogenen Hektarerträgen aller übrigen Bundesländer errechnet und in das Bundesergebnis einbezogen.

## **Erntemengen von Gemüse**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950

#### **Begriffsinhalt:**

Die Menge einer Gemüseart, die im Laufe eines Kalenderjahres als marktfähige Ware zum Zwecke des Verkaufs geerntet wird.

Nachgewiesen wird die geerntete Menge, unabhängig davon, ob sie tatsächlich auf den Markt gelangt oder nicht. Die >>> Erntemenge ist das Produkt der Berechnung aus Anbaufläche und zum Erntezeitpunkt geschätztem Hektarertrag.

Zu den "Erntemengen von Gemüse auf dem Freiland" zählt die Menge einer Gemüseart, die beim Anbau auf dem Freiland geerntet wird.

Zu den "Erntemengen von Gemüse in Unterglasanlagen" zählt die Menge einer Gemüseart, die beim Anbau unter Glas oder Kunststoff geerntet wird.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Ab 1984 werden aufgrund der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. Sept. 1984 in den Ländern Bremen und Berlin keine Ernteberichterstattungen mehr durchgeführt.

Erntemengen für beide Stadtstaaten werden seitdem anhand der dort ermittelten Anbauflächen und den gewogenen Hektarerträgen aller übrigen Bundesländer errechnet und in das Bundesergebnis einbezogen.

## **Erntemengen von Obst**

### **Ernteberichterstattung**

Datennachweis: ab 1950



**Begriffsinhalt:**

Nach Arten getrennt festgestellte >>> Erntemengen.

Errechnet werden die Erntemengen als Produkt aus Erzeugungseinheiten (Bäumen, Flächen) und geschätzten Erträgen je Erzeugungseinheit.

Gegenstand der Schätzung ist der Ertrag zum Zeitpunkt der Ernte, gleichgültig ob die Ernte voll verwendet werden kann oder nicht.

Die nachgewiesenen Erntemengen beziehen sich auf die gesamte Produktion, d.h. sowohl auf den Anbau zum Verkauf (Marktobstbau) als auch den privaten Anbau.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Ab 1984 werden aufgrund der Statistikbereinigungsverordnung vom 14. Sept. 1984 in den Ländern Bremen und Berlin keine Ernteberichterstattungen mehr durchgeführt. Erntemengen für beide Stadtstaaten werden seitdem anhand der dort ermittelten ertragfähigen Bäumen und den gewogenen Baumerträgen aller übrigen Bundesländer errechnet und in das Bundesergebnis einbezogen.

## **Eröffnete Konkursverfahren**

**Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Vom zuständigen Amtsgericht eröffnete Konkursverfahren, einschließlich der Anschlußkonkurse.

Das Konkursverfahren ist in der Konkursordnung geregelt. Es bezweckt eine gleichzeitige und gleichmäßige Verteilung des Vermögens eines zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten Schuldners (Gemeinschuldners) an die Gläubiger unter Leitung des Konkursgerichts. Zu Einzelheiten siehe Konkursordnung vom 20. 5. 1898 (RGBl. S. 612) und Änderungsgesetze.

Als beantragt gilt ein Konkursverfahren, wenn beim zuständigen Amtsgericht ein begründeter Konkursantrag gestellt und nicht zurückgenommen wurde. Ein beantragtes Konkursverfahren wird entweder eröffnet oder mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Teilungsmasse abgelehnt (>>> mangels Masse abgelehnte Konkursanträge).

Anschlußkonkurse sind Konkursverfahren, die zuvor schon als Vergleichsverfahren eröffnet wurden und die als >>> eröffnete Vergleichsverfahren auch erfaßt und nachgewiesen werden.

Der Großteil der eröffneten Konkursverfahren wird bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt und als Konkurse (>>> abgewickelte Konkursverfahren) erfaßt und nachgewiesen. Im Verlauf der Abwicklung kann ein eröffnetes Konkursverfahren nachträglich mangels Masse eingestellt werden.

**Begriffsbeziehungen:**

Die eröffneten Konkursverfahren und die Konkurse (abgewickelten Konkursverfahren) (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) unterscheiden sich durch die Anzahl der Konkurse, deren Abwicklungsdauer über das dem Jahr der Eröffnung (Berichtsjahr) folgende Jahr hinausreicht. Diese Konkurse zählen nur zu den eröffneten Konkursverfahren.

## **Eröffnete Vergleichsverfahren**

**Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren**

Datennachweis: ab 1962

**Begriffsinhalt:**

Vom zuständigen Amtsgericht eröffnete Vergleichsverfahren.

Ein Vergleichsverfahren ist ein in der Vergleichsordnung geregeltes Verfahren zur Abwendung des Konkurses bei einem zahlungsunfähigen und/oder überschuldeten würdigen Schuldner. Zu Einzelheiten siehe Vergleichsordnung vom 26. 2. 1935 (RGBl. I S. 321) und Änderungsgesetze.

Zwischen Gläubigern und Schuldern zustande kommende außergerichtliche Vergleiche sowie Anträge auf Eröffnung von Vergleichsverfahren, die vom Gericht abgelehnt werden, rechnen nicht zu den eröffneten Vergleichsverfahren.

Ein eröffnetes Vergleichsverfahren wird durch einen Erlaßvergleich bzw. einen Stundungsvergleich beendet oder in ein Anschlußkonkursverfahren übergeleitet. Der Großteil der eröffneten Vergleichsverfahren wird bis zum Ende des dem Eröffnungsjahr (Berichtsjahr) folgenden Jahres finanziell abgewickelt und, soweit es sich um Erlaßvergleiche handelt, als >>> abgewickelte Erlaßvergleiche erfaßt und nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die abgewickelten Erlaßvergleiche (Statistik der Konkurs- und Vergleichsverfahren) stellen einen Teil der eröffneten Vergleichsverfahren dar. Zu den eröffneten Vergleichsverfahren, aber nicht zu den abgewickelten Erlaßvergleichen rechnen zum einen eröffnete Vergleichsverfahren, die nicht durch einen Erlaßvergleich, sondern durch einen Stundungsvergleich beendet oder in einen Anschlußkonkurs übergeleitet werden, zum anderen eröffnete Vergleichsverfahren, deren Abwicklung über das dem Jahr der Eröffnung (Berichtsjahr) folgende Jahr hinausreicht.

## **ERP-Sondervermögen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1962

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1973

### **4. Jährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1960

### **5. Vierteljährliche Schuldenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Nicht rechtsfähiges Sondervermögen des Bundes, das nach dem 2. Weltkrieg dem Wiederaufbau diente und danach zur gezielten regionalen und sektoralen Förderung der deutschen Wirtschaft, des Umweltschutzes sowie verschiedener anderer, öffentlicher Aufgaben eingesetzt wurde.

Die ersten Einlagen dieses Sondervermögens stammen aus den DM-Gegenwerten des Europäischen Wiederaufbau-Programms (European Recovery Program). Mit dem Auslaufen der ERP-Sonderhilfe wurden die aus Tilgungs- und Zinszahlungen zurückfließenden sowie zusätzlich am Kreditmarkt aufgenommene Mittel zur Finanzierung der genannten neuen Aufgaben eingesetzt.

Die Mittel des Sondervermögens werden in der Regel als verzinsliche, in besonderen Fällen auch als unverzinsliche Darlehen oder/und verlorene Zuschüsse vergeben. Mit Zustimmung des Bundesministers der Finanzen können auch Garantien oder sonstige Gewährleistungen übernommen (z.B. für Ausfuhrgeschäfte) und Beteiligungen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis von Unternehmen (z.B. im Rahmen der Berlinförderung) erworben werden.

Nachgewiesen werden in der Rechnungsstatistik, der Haushaltsansatzstatistik und der Kassenstatistik die Ausgaben und Einnahmen des ERP-Sondervermögens nach seinen Jahresrechnungen, vierteljährlichen Kassenabschlüssen und Wirtschaftsplänen und in den Schuldenstatistiken der >>> Schuldenstand des ERP-Sondervermögens, seine Struktur und seine Veränderung.

## **Ersparnis**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Die Ersparnis stellt den Teil des nach der Umverteilung verfügbaren Einkommens eines Sektors oder der gesamten Volkswirtschaft dar, der nicht für den >>> letzten Verbrauch verwendet wurde. Mit ihr schließt die laufende Rechnung eines Sektors oder der gesamten Volkswirtschaft ab. Zugleich bildet sie eine zentrale Größe zur Beschreibung der >>> Vermögensbildung. Ersparnis und Saldo der >>> Vermögensübertragungen (empfangene abzüglich geleistete Vermögensübertragungen) messen die Vermögensbildung der Sektoren bzw. der gesamten Volkswirtschaft, die außer der Sachvermögensbildung (Nettoanlageinvestitionen und Vorratsveränderung) den >>> Finanzierungssaldo der Sektoren bzw. der gesamten Volkswirtschaft gegenüber der übrigen Welt (Veränderung der Forderungen abzüglich Veränderung der Verbindlichkeiten) umfaßt.

Die Höhe der Ersparnis hängt von der Definition, Abgrenzung, sektoralen Zuordnung usw. der laufenden Einnahmen und Ausgaben ab; sie enthält keine Kapitalgewinne bzw. -verluste.

**Begriffsbeziehungen:**

Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (= Volkseinkommen)

- + Empfangene laufende Übertragungen
- Geleistete laufende Übertragungen
- = Verfügbares Einkommen
- Letzter Verbrauch
- = Ersparnis
- + Empfangene Vermögensübertragungen
- Geleistete Vermögensübertragungen
- = Vermögensbildung
- Nettoinvestitionen (Sachvermögensbildung)
- = Finanzierungssaldo

Diese Beziehungen gelten sowohl für die gesamte Volkswirtschaft (gegenüber der übrigen Welt) als auch für jeden Sektor (gegenüber den anderen inländischen Sektoren und der übrigen Welt).

## Erstabsatz

**Statistik der Boden- und Kommunalkreditinstitute**

Datennachweis: Jan. 1962 bis März 1980

**Begriffsinhalt:**

Nominalbetrag von erstmals verkauften neu aufgelegten Wertpapieren.

Erfaßt werden die von den Boden- und Kommunalkreditinstituten erstmals abgesetzten Inhaber- und Namensschuldverschreibungen.

Die erstmals verkauften Wertpapiere umfassen auch Wertpapiere, die aus drucktechnischen oder anderen Gründen noch nicht ausgefertigt bzw. ausgehändigt wurden, deren Gegenwert aber bereits eingezahlt ist (Vorverkäufe). Nicht zum Erstabsatz zählen hingegen Verkäufe solcher Wertpapiere, die vorher - z.B. zu Kursstützungszwecken - angekauft worden waren (Wiederverkäufe).

Zu den Boden- und Kommunalkreditinstituten zählen alle unter das Hypothekendarlehenbankgesetz, das Pfandbriefgesetz und das Schiffsbankgesetz fallenden Institute sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank, die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank (bis 1965: Deutsche Landesrentenbank) und einige andere Institute, die das längerfristige Realkreditgeschäft betreiben.

## Erststimmen

**1. Bundestagswahlstatistik**

Datennachweis: ab 1976

**Begriffsinhalt:**

Von >>> Wählern bei der Bundestagswahl abgegebene Stimmen für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten.

Die abgegebenen Erststimmen können gültig oder ungültig sein. Ungültig sind sie z.B., wenn der Stimmzettel sich nicht in einem amtlichen Wahlumschlag befindet, wenn er für einen anderen Wahlkreis gilt, wenn für die

Wahl eines Wahlkreisabgeordneten auf einem Stimmzettel keine oder mehrere Stimmen abgegeben wurden usw.

## **2. Repräsentative Bundestagswahlstatistik**

Datennachweis: ab 1972

### **Begriffsinhalt:**

Von >>> Wählern in den Auswahlbezirken abgegebene Stimmen ohne Briefwähler für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten.

# **Erwerbslose**

## **1. Volks- und Berufszählung 1987**

## **2. Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1972

### **Begriffsinhalt:**

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und im Berichtszeitpunkt bzw. -raum nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sind.

Erwerbslose sind einmal solche Personen, die normalerweise erwerbstätig und nur vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, zum anderen Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen (z.B. Hausfrauen, Rentner, Studenten), aber gegenwärtig eine Arbeitsstelle suchen.

Nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den >>> Erwerbstätigen rechnen Personen, die keine ihren Vorstellungen und ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit finden, aber kurzfristig eine Aushilfstätigkeit ausüben, auch wenn sie nur eine Stunde pro Woche arbeiten.

Die Erwerbslosen werden im Mikrozensus auch nach ihrem überwiegendem Lebensunterhalt gegliedert, wobei als überwiegende Unterhaltsquelle Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und dgl. sowie Angehörige in Frage kommen. Zu Einzelheiten siehe >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Arbeitslosengeld/-hilfe bzw. >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. bzw. >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige.

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus betrug bis einschl. 1975 das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbslosen 13 Jahre.

### **Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose (Statistik der Arbeitsvermittlung) sind nicht unmittelbar vergleichbar, weil für die Zuordnung einer Person zu den Erwerbslosen die aktive Suche einer Arbeitsstelle und nicht ihre Meldung beim Arbeitsamt maßgebend ist. Andererseits zählen Personen, die im Berichtszeitraum als Arbeitslose beim Arbeitsamt gemeldet sind und gleichzeitig geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus).

Erwerbstätige sind alle Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete bzw. zu leistende wöchentliche Arbeitszeit.

Die Zusammenfassung der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen stellen die >>> Erwerbspersonen dar (Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus). Zur Abgrenzung der Erwerbslosen gegenüber den sonstigen >>> Nichterwerbstätigen (Wohngeldstatistik) siehe dort.

# **Erwerbspersonen**

## **1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

**Begriffsinhalt:**

Zu den Erwerbspersonen rechnen >>> Erwerbstätige und Arbeitslose.

**2.1 Volks- und Berufszählung 1987****2.2 Mikrozensus**

Datennachweis: ab 1964

**2.3 Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen**

Datennachweis: 1972 bis 1999

**Begriffsinhalt:**

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und entweder eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete bzw. zu leistende Arbeitszeit, oder die nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen.

Die Erwerbspersonen gliedern sich in die >>> Erwerbstätigen und die >>> Erwerbslosen.

In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über deutsche Erwerbspersonen geschätzt und nachgewiesen; es handelt sich um Jahresdurchschnittswerte.

Die Erwerbspersonen werden im Mikrozensus auch nach ihrem überwiegenden Lebensunterhalt gegliedert, wobei als überwiegende Unterhaltsquelle Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente und dgl. sowie Angehörige in Frage kommen. Zu Einzelheiten siehe unter >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit bzw. >>> Bevölkerung/Erwerbspersonen/Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dgl. bzw. überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus werden die Soldaten erst ab 1972 einbezogen. Ferner betrug im Mikrozensus das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbspersonen bis einschl. 1975 13 Jahre.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 3.

**3. Wanderungsstatistik**

Datennachweis: 1957 bis 1984

**Begriffsinhalt:**

Personen, die bei >>> Zuzügen bzw. >>> Fortzügen im An- bzw. Abmeldeschein der Einwohnermeldeämter eine Berufsbezeichnung angegeben haben.

Als Berufsbezeichnung gilt eine Eintragung wie z.B. "Angestellter", "Beamter", "Selbständiger" oder "Arbeiter".

Ab April 1984 werden in der Wanderungsstatistik statt der Erwerbspersonen >>> Erwerbstätige nachgewiesen (Erwerbstätige = Erwerbspersonen - Erwerbslose).

**Begriffsbeziehungen:**

Unterschiede zwischen dem Begriff Erwerbspersonen in den genannten Statistiken ergeben sich bei der Einbeziehung erwerbstätiger Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre u. dgl.: Geben diese Personengruppen im An- bzw. Abmeldeschein die Berufsbezeichnungen "Schüler", "Student", "Rentner" oder "Pensionär" an, so rechnen sie in der Wanderungsstatistik in keinem Fall zu den Erwerbspersonen, auch wenn sie nebenbei z.B. geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben.

In der Volks- und Berufszählung 1987, im Mikrozensus und in der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen hingegen zählen Personen, auch wenn sie nur geringfügig oder aushilfsweise erwerbstätig sind, in jedem Fall zu den Erwerbspersonen. In der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen werden ferner nur Daten über deutsche Erwerbspersonen geschätzt und nachgewiesen.

Im Unterschied zu den Erwerbspersonen handelt es sich bei den >>> Nichterwerbspersonen in der Volks- und Berufszählung 1987, im Mikrozensus und in der Vorausschätzung der deutschen Erwerbspersonen um Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben und auch keine Erwerbstätigkeit suchen; in der Voraus-

schätzung der deutschen Erwerbspersonen werden nur Daten über deutsche Nichterwerbspersonen geschätzt und nachgewiesen.

## Erwerbstätige

### 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Datennachweis: ab 1960

#### Begriffsinhalt:

Alle Personen, die einer Erwerbstätigkeit oder auch mehreren Erwerbstätigkeiten nachgehen, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden wöchentlichen Arbeitszeit.

Für die Zuordnung als Erwerbstätiger ist es unerheblich, ob aus dieser Tätigkeit der überwiegende Lebensunterhalt bestritten wird oder nicht.

Zu den Erwerbstätigen gehören auch Soldaten (einschl. der Wehr- und Zivildienstleistenden). Nicht zu den Erwerbstätigen rechnen Personen in ihrer Eigenschaft als Grundstücks-, Haus-, und Wohnungseigentümer oder als Eigentümer von Wertpapieren und ähnlichen Vermögenswerten.

Im Fall mehrerer (gleichzeitiger) Tätigkeiten ist sowohl für die Zuordnung nach der Stellung im Beruf als auch für die Zuordnung auf Wirtschaftsbereiche die zeitlich überwiegende Tätigkeit zugrundegelegt.

Nach der Stellung im Beruf wird unterschieden zwischen >>> Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen sowie >>> beschäftigten Arbeitnehmern. Eine weitere Unterscheidung bezieht sich auf Erwerbstätige nach dem Inlands (Arbeitsorts)- bzw. Inländer (Wohnorts)-konzept ( >>> Volkswirtschaft).

#### 2.1 Volks- und Berufszählung 1987

#### 2.2 Mikrozensus

Datennachweis: ab 1964

#### Begriffsinhalt:

Personen, die mindestens 15 Jahre alt sind und eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Bedeutung des Ertrags dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete oder vertragsmäßig zu leistende Arbeitszeit.

Zu den Erwerbstätigen rechnen Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen oder selbständig ein Gewerbe, einen freien Beruf oder eine Landwirtschaft betreiben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen. Personen, die nur geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben, wie z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind oder arbeitende Studenten und Schüler, zählen ebenfalls zu den Erwerbstätigen.

Einbezogen sind ferner Berufssoldaten, Soldaten im Grundwehrdienst/auf Wehrübung, Soldaten auf Zeit sowie Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei, Zivildienstleistende, ferner Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter und Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, in und außerhalb der Anstalt Arbeiten zu verrichten.

Nicht zu den Erwerbstätigen werden Personen gezählt, die ehrenamtliche Tätigkeiten, z.B. als Vereinsvorstand oder Abgeordneter, ausüben.

Zu den Erwerbstätigen rechnen im einzelnen >>> Selbständige, >>> mithelfende Familienangehörige, >>> Beamte, >>> Angestellte, >>> Arbeiter, Auszubildende in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen, gewerbliche Auszubildende sowie Praktikanten und Volontäre (>>> kaufmännische, technische und Verwaltungs-Auszubildende bzw. >>> kaufmännische und technische Auszubildende, >>> gewerbliche Auszubildende).

In der Volks- und Berufszählung 1987 werden - sofern nicht näher bestimmt - "Erwerbstätige am Ort der Hauptwohnung" nachgewiesen. Bei der Darstellung der >>> Berufspendler "Erwerbstätige am Wohnort" und "Erwerbstätige am Arbeitsort" gesondert nachgewiesen.

Zu den Erwerbstätigen am Wohnort zählen alle Erwerbstätigen, die in der Gemeinde ihre alleinige Wohnung haben; Erwerbstätige, die eine weitere Wohnung oder Unterkunft in einer anderen Gemeinde haben, werden derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie normalerweise zur Arbeit gehen.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Ort der Hauptwohnung ist es unerheblich, ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur Arbeit gehen.

Im Unterschied zu den Erwerbstätigen am Wohnort umfassen die >>> Erwerbstätigen am Arbeitsort alle Erwerbstätigen, die in der jeweiligen Gemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben. Werden von der Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort die Berufsauspendler abgezogen und die Berufseinpendler aus anderen Gemeinden des Inlandes hinzugefügt, so erhält man die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort spielt die Zugehörigkeit zur Bevölkerung der Erfassungsgemeinde also keine Rolle.

Für Erwerbstätige mit häufig wechselndem Arbeitsort (z.B. Monteure, Fernfahrer, Vertreter u. dgl.) sowie Landwirte gilt als Arbeitsort ihr Wohnort. Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, erfolgt die Zuordnung nach der Arbeitsstätte, an der der Erwerbstätige überwiegend arbeitet.

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den Erwerbstätigen am Arbeitsort ist es unerheblich (mit Ausnahme der Erwerbstätigen mit wechselndem Arbeitsort und der Landwirte), ob diese Erwerbstätigen in der Erfassungsgemeinde auch zur >>> Bevölkerung zählen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Im Mikrozensus werden bis einschl. 1971 die Erwerbstätigen ohne die Soldaten nachgewiesen. Ferner betrug im Mikrozensus bis einschl. 1974 das Mindestalter für die Zuordnung zu den Erwerbstätigen 13 Jahre.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Unterschiede zwischen dem Begriff Erwerbstätige und den Begriffen >>> Tätige Personen und >>> Beschäftigten sowie den Begriffen >>> Beschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes und >>> Beschäftigte des mittelbaren öffentlichen Dienstes (beide Statistik über den Personalstand des öffentlichen Dienstes) sind vor allem durch die unterschiedliche Wahl der Erhebungseinheiten bedingt. In der Volks- und Berufszählung 1987 und im Mikrozensus ist die einzelne Person bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit, in den Bereichsstatistiken, den Verkehrsstatistiken und den Arbeitsstättenzählungen dagegen das Unternehmen, der Betrieb oder die Arbeitsstätte, die jeweils die Gesamtangaben über ihre Tätigen Personen bzw. Beschäftigten melden. Hieraus folgt u.a.: Personen, die im Berichtszeitraum geringfügige oder aushilfsweise Erwerbstätigkeiten ausüben (z.B. Kellner und Musiker, die nur stundenweise oder am Wochenende tätig sind, arbeitende Studenten, Schüler u.ä.) sowie besondere Personengruppen (z.B. Heimarbeiter, Ordensangehörige im erwerbsfähigen Alter, Strafgefangene, die in der Regel verpflichtet sind, Arbeiten in und außerhalb der Anstalten zu verrichten u.ä.) zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, häufig aber nicht zu den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten.

Während bei den Erwerbstätigen alle Soldaten erfaßt werden, sind bei den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten lediglich die Soldaten auf Wehrübung einbezogen.

Die mithelfenden Familienangehörigen zählen grundsätzlich zu den Erwerbstätigen, und zwar ohne Rücksicht auf die von ihnen geleistete Arbeitszeit; sie werden bei den Beschäftigten, Tätigen Personen und Arbeitskräften in den o.g. Statistiken unterschiedlich berücksichtigt.

Sind Personen in mehreren Unternehmen, Betrieben oder Arbeitsstätten beschäftigt, können sie auch in mehreren Unternehmens-, Betriebs- oder Arbeitsstättenmeldungen enthalten sein. Die o.g. Statistiken weisen daher insofern Beschäftigungsfälle und nicht insgesamt Tätige Personen, Beschäftigte oder Arbeitskräfte aus. Bei den Erwerbstätigen wird dagegen - soweit von der Wohnbevölkerung ausgegangen wird - jede Person nur einmal nachgewiesen, weil die Person selbst bzw. der Haushalt die Erhebungseinheit ist.

Abweichungen ergeben sich auch bei der Zuordnung der Erwerbstätigen und Tätigen Personen bzw. Beschäftigten zu Wirtschaftszweigen, weil die befragten Personen häufig nur ungenauere Angaben über den Wirtschaftszweig als die Unternehmen, Betriebe und Arbeitsstätten machen können.

Bei den Erwerbstätigen werden Personen mit Wohnort im Inland (Inländerkonzept), gezählt, bei den Tätigen Personen bzw. Beschäftigten dagegen Personen (Beschäftigungsfälle) mit Arbeitsort im Inland (Inlandskonzept).

Zwischen den Erwerbstätigen einerseits und der Zusammenfassung der >>> Familienarbeitskräfte und ständigen >>> familienfremden Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt) und der >>> nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte (im Jahresdurchschnitt) beide Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft) bestehen außerdem noch besondere Unterschiede in der begrifflichen Abgrenzung: Die Erwerbstätigen werden nach ihrer Stellung im Beruf unterschieden (in Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende), die Arbeitskräfte in den Landwirtschaftsstatistiken in Familien- und familienfremde Arbeitskräfte gegliedert. Im besonderen ist die Gruppe der Tätigen Inhaber/Mithelfenden Familienangehörigen anders abgegrenzt als die der Familienarbeitskräfte. Zu Einzelheiten hierzu siehe unter >>> Familienarbeitskräfte (im Erhebungsmonat) (Statistik der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft).

Für die Zuordnung von Erwerbstätigen zu den >>> Erwerbstätigen am Wohnort bzw. zu den >>> Erwerbstätigen am Arbeitsort (jeweils Volks- und Berufszählung 1987) ist es zusätzlich erforderlich, daß

sie in der Erfassungsgemeinde zur Wohnbevölkerung zählen bzw. in der Darstellungsgemeinde ihre Erwerbstätigkeit ausüben (s. >>> Bevölkerung).

Die Zusammenfassung der Erwerbstätigen und der >>> Erwerbslosen stellen die >>> Erwerbspersonen dar (alle Volks- und Berufszählung 1987, Mikrozensus); zu den Erwerbslosen zählen Personen, die im Befragungszeitpunkt bzw. -raum nicht unmittelbar am Erwerbsleben teilnehmen, aber eine Erwerbstätigkeit suchen.

### **3. Wanderungsstatistik**

Datennachweis: ab 1984

#### **Begriffsinhalt:**

Personen, die bei >>> Zuzügen bzw. >>> Fortzügen im Anmelde- bzw. Abmeldeschein der Einwohnermeldeämter angegeben haben, erwerbstätig zu sein. Alle übrigen Personen werden unter >>> Nichterwerbstätige nachgewiesen.

## **Erwerbs- und Vermögenseinkommen**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

Zusammenfassende Bezeichnung für (empfangene oder geleistete) >>> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und >>> Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen; nicht eingeschlossen sind Einkommensübertragungen.

Siehe auch die Erläuterungen zum Begriff >>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen Welt (bzw. an die übrige Welt).

## **Erwerbs- und Vermögenseinkommen von der übrigen (bzw. an die übrige) Welt**

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**

Datennachweis: ab 1960

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer aus der übrigen Welt bzw. Gebietsfremde aus dem Inland bezogen haben.

Dazu rechnen neben den Arbeitsentgelten der Aus- bzw. Einpendler und den aus der übrigen Welt empfangenen bzw. an die übrige Welt geleisteten Kapitalerträgen (Zinsen, Dividenden, sonstige Ausschüttungen von bzw. Entnahmen aus Unternehmen) auch Gebühren für Patente, Urheberrechte u.ä. Nicht einbegriffen sind Einkommensübertragungen, wie z.B. >>> soziale Leistungen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Der Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt (aus der übrigen Welt empfangene abzüglich an die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen) ist bei den globalen Einkommensbegriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (z.B. >>> Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt, Volkseinkommen) das Kriterium für die Abgrenzung nach dem Inlands- bzw. Inländerkonzept.

Das Inlandskonzept besagt, daß es sich um Einkommen handelt, die im Zuge der Produktion bei inländischen Wirtschaftseinheiten entstanden sind. Man spricht deshalb im Zusammenhang mit den im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen auch vom Inlandsprodukt. Das Inländerkonzept bezieht sich hingegen auf die den inländischen Wirtschaftseinheiten zugeflossenen Einkommen, unabhängig davon, ob diese Einkommen bei inländischen Wirtschaftseinheiten oder bei Einheiten entstanden sind, die nicht zur eigenen Volkswirtschaft gehören. Die im Inland entstandenen, jedoch nicht von Inländern empfangenen Einkommen werden beim Inländerkonzept nicht mitgerechnet. Die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die von inländischen



Wirtschaftseinheiten letztlich (d.h. nach Abzug der von ihnen an die übrige Welt geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen) verdient bzw. empfangen werden, stellt das Sozialprodukt (Inländerprodukt) dar.

Die Zusammenhänge werden in der folgenden Übersicht noch einmal verdeutlicht:

1. Bruttoinlandsprodukt
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Bruttosozialprodukt
2. Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten
  - (= Nettowertschöpfung
  - = Summe der im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen)
  - + Aus der übrigen Welt empfangene Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - An die übrige Welt geleistete Erwerbs- und Vermögenseinkommen
  - = Nettosozialprodukt zu Faktorkosten
  - (= Volkseinkommen
  - = Summe der den Inländern letztlich zugeflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen)

Siehe auch die Ausführungen unter dem Stichwort >>> Volkswirtschaft.

## **Erwerb von Beteiligungen und dergleichen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgabeart mit den Ausgaben für den Erwerb von Forderungen und Anteilsrechten an >>> Unternehmen, den Erwerb von Aktien, Pfandbriefen und anderen Wertpapieren und für die Erhöhung von Kapitalanteilen.

In der Kassenstatistik sind im kommunalen Bereich die Ausgaben für den Erwerb von Beteiligungen nicht gesondert nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

In der Rechnungsstatistik liegen bis 1973 für die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern keine Angaben vor.

## **Erwerb von beweglichem Sachvermögen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgabeart mit den Ausgaben für den Erwerb von Fahrzeugen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen, sofern die Ausgaben im Einzelfall in der Regel mehr als 10 000 DM (bei Gemeinden/Gemeindeverbände 800 DM) betragen; bei Fahrzeugen besteht keine Wertgrenze. Hierzu rechnen auch Ausgaben für Leasing, wenn der Vermögensgegenstand nach Ablauf der Vertragsdauer ins Eigentum des Erwerbers übergeht.

Die Zuordnung von beweglichen Sachen zu den Sachinvestitionen ist außerdem abhängig von der Nutzungsdauer, die mehr als 1 Jahr betragen soll.

Nicht zum Vermögenserwerb sondern zum >>> laufenden Sachaufwand rechnen nach internationalen Konventionen alle Käufe von militärischen Gütern, unabhängig von ihrem Wert.

In der Kassenstatistik liegen für die Gemeinden/Gemeindeverbände keine gesonderten Angaben vor.

## **Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen**

### **1. Rechnungsstatistik**

Datennachweis: ab 1950

### **2. Haushaltsansatzstatistik**

Datennachweis: ab 1970

### **3. Kassenstatistik**

Datennachweis: ab 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgabeart mit den Ausgaben für den Erwerb von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Anlagen, Erschließungsbeiträge nach dem Bundesbaugesetz und Grunderwerbsnebenkosten (z.B. Notarkosten, Vermessung, Grundstücksschätzungskosten, Grunderwerbsteuer), Renten für die Abtretung von Grundstücken.

In der Kassenstatistik sind bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden die Ausgaben zusammen mit denen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen nachgewiesen.

## **Erzeugnisse der Fischerei**

### **Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Erzeugnisse aus der Gruppe 07 "Fischereierzeugnisse" des Güterverzeichnis für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind frische (lebende oder nicht lebende) Seefische.

Andere Erzeugnisse der Hochsee- und Küstenfischerei sowie Erzeugnisse der Binnenfischerei und der Fischzucht sind nicht berücksichtigt.

## **Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

### **1. Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1956

### **2. Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1950

### **3. Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Sammelposition für Produkte der land-, forst- und fischwirtschaftlichen Erzeugerstufe.

Dazu zählen im wesentlichen:

lebende Tiere, Frischfisch, Eier, Honig;

Getreide, Kartoffeln, andere Hackfrüchte, Hülsenfrüchte, Obst, Gemüse, Südfrüchte;  
Ölfrüchte zur Ernährung;  
Grün- und Rauhfutter;  
Hopfen, Rohkaffee, Tee, Rohtabak, Wein;  
lebende Pflanzen, Erzeugnisse der Ziergärtnerei, nichtölhaltige Sämereien;  
Rundholz, Kork;  
Rohbaumwolle und andere pflanzliche Spinnstoffe;  
rohe Häute und Felle;  
Rohwolle;  
andere Waren tierischen Ursprungs (Haare, Federn u.ä.).

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1975 wurden die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei unter "Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei" nachgewiesen; beide Begriffe sind synonym. Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

Für den Index der Ein- und Ausfuhrpreise wurden jedoch keine Preisrepräsentanten für die Jagdwirtschaft erhoben.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zur Abgrenzung gegenüber der >>> Ernährungswirtschaft (Außenhandelsstatistik, Index der Ein- und Ausfuhrpreise) siehe dort.

Zur Abgrenzung gegenüber dem >>> Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Statistik der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte) siehe dort.

Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7 Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

## **Erzeugnisse der Landwirtschaft**

### **Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Erzeugnisse aus den Gruppen 01 und 02 des Güterverzeichnisses für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind pflanzliche Erzeugnisse der allgemeinen Landwirtschaft, Erzeugnisse des Dauerkulturbauens, Gartenbauerzeugnisse (ohne Baumschulerzeugnisse), lebende Tiere (ohne Geflügel und Bienen) sowie tierische Erzeugnisse der Landwirtschaft einschl. rohe Häute und Felle.

Nicht berücksichtigt sind Erzeugnisse der gewerblichen Gärtnerei sowie Wild.

## **Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung**

### **Index der Großhandelsverkaufspreise**

Datennachweis: ab 1968

#### **Begriffsinhalt:**

Ausgewählte Waren (Warenarten) aus der Warengruppe 30 "Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung" des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Einbezogen sind Drahterzeugnisse sowie Schrauben, Norm- und Fassondrehteile aus Stahl und NE-Metallen. Alle übrigen Erzeugnisse dieser Warengruppe sind nicht berücksichtigt.

# Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes

## 1. Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Datennachweis: ab 1968

### Begriffsinhalt:

Waren der Warengruppen und -zweige

Mineralölerzeugnisse	Warengruppe 22
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25
Eisen und Stahl	" 27
NE-Metalle und Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	" 28
Gießereierzeugnisse	" 29
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke	Warenzweig 301
Chemische Erzeugnisse	Warengruppe 40
Flachglas und Glasfaser	Warenzweige 521,527
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes Holz	Warengruppe 53
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	" 55
Gummiwaren	" 59

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

### Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes als Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien nachgewiesen.

## 2.1 Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1956

## 2.2 Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: 1954 bis 1980

## 2.3 Index der Ausfuhrpreise

Datennachweis: 1954 bis 1980

### Begriffsinhalt:

Wie unter 1., aber ohne Waren der Warenklassen Flachglas und Glasfaser.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2.

### Änderungen im Zeitablauf:

Siehe unter 1.

# Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes

## 1.1 Index der Einfuhrpreise

Datennachweis: ab 1954

## 1.2 Index der Ausführpreise

Datennachweis: ab 1954

### Begriffsinhalt:

Waren der Warengruppen und -zweige

Erzeugnisse der Stahlverformung	Warenzweig	302
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	Warengruppe	31
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Lokomotiven und Ackerschlepper)	"	32
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper und Elektrofahrzeuge)	"	33
Elektrotechnische Erzeugnisse	"	36
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	"	37
Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38
Büromaschinen; Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	"	50
Fertigteilbauten im Hochbau	"	70

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

Die Warengruppe 70 (Fertigteilbauten im Hochbau) ist der Warengruppe 54 (Holzwaren) zugeordnet, da in den Indizes der Einfuhr- und der Ausführpreise nur Fertigteilbauten aus Holz berücksichtigt sind und diese nur eine geringe Bedeutung haben. Holzwaren sind der Gruppe >>> Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes zugeordnet.

### Änderungen im Zeitablauf:

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 sind die Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes als Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien nachgewiesen.

Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2.

## 2. Außenhandelsstatistik

Datennachweis: ab 1956

### Begriffsinhalt:

Wie unter 1., aber zusätzlich die Warengruppen

Wasserfahrzeuge	Warengruppe	34
Luftfahrzeuge (einschl. Flugbetriebs-, Rettungs-, Sicherheits- und Bodengeräte)	"	35

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

### Änderungen im Zeitablauf:

Siehe unter 1.

### Begriffsbeziehungen:

Erzeugnisse der Investitionsgüterindustrien und >>> Investitionsgüter (Außenhandelsstatistik, Index der Ein- und Ausführpreise, Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) sind unterschiedlich abgegrenzt: Als Investitionsgüter gelten ausgewählte Warenarten (Sechsteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von Unternehmen oder vom Staat als Anlagegüter gekauft werden. Als Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes gelten dagegen ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) bzw. Warenzweige (Dreisteller) des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, die von solchen Gewerbezweigen hergestellt werden, die überwiegend Investitionsgüter produzieren. Dadurch sind in den Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes häufig Warenarten (Sechsteller) enthalten, die nicht als Investitionsgüter gelten, da sie entweder als technisch

nicht fertig angesehen werden (z.B. Zubehör-, Einzel- und Ersatzteile) oder da sie überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden (z.B. in der Warengruppe elektrotechnische Erzeugnisse wie Rundfunk-, Fernseh-, phonotechnische Geräte und Einrichtungen). Andererseits sind wesentliche, als Investitionsgüter geltende Warenarten nicht in den Erzeugnissen des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes enthalten, da die betreffenden Gewerbebranchen nicht überwiegend Investitionsgüter herstellen.

## **Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes**

### **1. Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Datennachweis: ab 1968

### **2. Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1976

### **3. Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

### **4. Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Waren der Warengruppen

Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	Warengruppe 68
Tabakwaren	" 69

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975, bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

Dazu zählen im wesentlichen:

Mahl- und Schälmühlenerzeugnisse, Teigwaren, Nahrungsmittel, Stärke und Stärkerzeugnisse,  
Kartoffelerzeugnisse, Brot, Klein- und Feingebäck, Dauerbackwaren, Zucker, Süßwaren  
Verarbeitetes Obst und Gemüse  
Milch, Butter, Käse, Dauermilch, Milchpräparate, Schmelzkäse, Kasein  
Erzeugnisse der Ölmühlen, Margarine, Platten- und andere Nahrungsfette, Erzeugnisse der  
Talgschmelzen und Schmalzsiedereien  
Fleisch und Fleischerzeugnisse  
Fisch und Fischerzeugnisse  
Kaffeemittel, Röstkaffee, bearbeiteter Tee, Bier, Malz, Spiritus, Spirituosen, verarbeitete Weine, Frucht-  
und Obstweine, Tafelwässer und süße alkoholfreie Erfrischungsgetränke  
Essig, Senf, Essenzen, Gewürze  
Futtermittel  
Zigaretten, Tabakfolien (Bandtabak), Zigarren u.ä., Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

Nicht in allen Fällen sind sämtliche hier aufgeführten Waren im Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und in den Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise durch Preisrepräsentanten berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben. Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 sind die Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes als Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittelindustrien nachgewiesen.

**Begriffsbeziehungen:**

Die Begriffe Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes sowie >>> Nahrungsmittel (Preisindizes für die Lebenshaltung) sind unterschiedlich abgegrenzt. Von privaten Haushalten gekaufte Nahrungsmittel sind zwar weitgehend Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie, einbezogen sind aber auch Produkte, die private Haushalte direkt von der Landwirtschaft beziehen. Umgekehrt sind in den Erzeugnissen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes auch Genußmittel (Tabakwaren, alkoholische Getränke, Kaffee, Tee), Futtermittel und gewerbliche Zwischenprodukte (z.B. Backmittel, Stärke, Zuckerrübenschnitzel, Kakaomasse, rohe Öle u.ä.) enthalten, die nicht zu den Nahrungsmitteln rechnen.

Zur Abgrenzung gegenüber der >>> Ernährungswirtschaft (Außenhandelsstatistik) siehe dort.

## Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes

**1. Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

**2. Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

**Begriffsinhalt:**

Alle Waren der Warengruppen

	Warengruppe 21
Bergbauliche Erzeugnisse	22
Mineralölerzeugnisse	24
Spalt- und Brutstoffe	25
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	27
Eisen und Stahl	28
NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	29
Gießereierzeugnisse	30
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	31
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	32
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	33
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	36
Elektrotechnische Erzeugnisse	37
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	38
Eisen-, Blech- und Metallwaren	39
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, Füllhalter u.ä.	40
Chemische Erzeugnisse	50
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	51
Feinkeramische Erzeugnisse	52
Glas- und Glaswaren	53
Schnittholz, Sperrholz u. sonstiges bearbeitetes Holz	54
Holzwaren	55
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	56
Papier- und Pappwaren	57
Druckereierzeugnisse, Lichtpaus- und verwandte Waren	58
Kunststofferzeugnisse	59
Gummiwaren	61
Leder	62
Lederwaren und Schuhe	63
Textilien	64
Bekleidung	68
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	69
Tabakwaren	

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik, Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben.

Zu Einzelheiten über die Auswahl der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor 1980 wurden Spalt- und Brutstoffe in der Statistik der Außenhandelspreise nicht nachgewiesen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes als >>> Industrielle Erzeugnisse nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Zu den Erzeugnissen des Produzierenden Gewerbes zählen die >>> Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes (Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise, Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte). Die Erzeugnisse des Produzierenden Gewerbes umfassen zusätzlich aber noch die >>> bergbaulichen Erzeugnisse (Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Außenhandelsstatistik, Indizes der Einfuhr- und Ausfuhrpreise).

## **Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes**

### **1. Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Datennachweis: ab 1968

### **2. Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

### **3. Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: ab 1954

#### **Begriffsinhalt:**

Waren der Warengruppen

Mineralölerzeugnisse	Warengruppe 22
Spalt- und Brutstoffe (nur in der Statistik der Außenhandelspreise)	" 24
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	" 25
Eisen und Stahl	" 27
NE-Metalle und -Metallhalbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	" 28
Gießereierzeugnisse	" 29
Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung	" 30
Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge	" 31
Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschlepper)	" 32
Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)	" 33
Boote und Yachten (nur in der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte)	" 34
Elektrotechnische Erzeugnisse	" 36
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	" 37



Eisen-, Blech- und Metallwaren	"	38
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte,	"	
Schmuck, Füllhalter u.ä.	"	39
Chemische Erzeugnisse	"	40
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte	"	
und -einrichtungen	"	50
Feinkeramische Erzeugnisse	"	51
Glas und Glaswaren	"	52
Schnittholz, Sperrholz und sonstiges bearbeitetes	"	
Holz	"	53
Holzwaren	"	54
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	"	55
Papier- und Pappwaren	"	56
Druckereierzeugnisse	"	57
Kunststofferzeugnisse	"	58
Gummiwaren	"	59
Leder	"	61
Lederwaren und Schuhe	"	62
Textilien	"	63
Bekleidung	"	64
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	"	68
Tabakwaren	"	69
Fertigteilbauten im Hochbau	"	70

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1975 bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für die Produktionsstatistiken, Ausgabe 1982.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben. Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Anhang 2: Gegenüberstellung der Warengruppen und -zweige des Warenverzeichnisses für die Industriestatistik und der Nummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik.

In der Statistik der Außenhandelspreise sind von Fertigteilbauten im Hochbau (Warengruppe 70) nur solche aus Holz berücksichtigt; diese wurden aufgrund ihrer geringen Bedeutung der Gruppe Holzwaren (54) zugeordnet.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) bestehen geringfügige Abweichungen.

Spalt- und Brutstoffe wurden vor 1980 in den Indizes der Einfuhr- und Ausführpreise nicht gesondert nachgewiesen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1980 = 100 wurden die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes als Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie nachgewiesen.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes stellen einen Teil der >>> Erzeugnisse des produzierenden Gewerbes (Indizes der Einfuhr- und Ausführpreise) dar, zu welchen zusätzlich noch die >>> bergbaulichen Erzeugnisse (Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Außenhandelsstatistik, Indizes der Einfuhr- und Ausführpreise) rechnen. Außerdem zählen bei der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte noch Strom, Gas, Fernwärme und Wasser dazu.

## **Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes**

### **1. Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Datennachweis: ab 1968

**Begriffsinhalt:****Waren der Warengruppen und -zweige**

Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck- waren, belichtete Filme, Füllhalter u.ä.	Warengruppe 39
Feinkeramische Erzeugnisse	" 51
Hohlglas und veredeltes Flachglas	Warenzweige 522, 524
Holzwaren	Warengruppe 54
Papier- und Pappwaren	" 56
Druckereierzeugnisse	" 57
Kunststofferzeugnisse	" 58
Leder	" 61
Lederwaren und Schuhe	" 62
Textilien	" 63
Bekleidung	" 64

des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI), Ausgabe 1970 bzw. 1975, oder des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP), Ausgabe 1982.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Zwischen den verschiedenen, jeweils gültigen Ausgaben des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken bestehen geringfügige Abweichungen.

Vor dem Berechnungszeitraum 1976 = 100 wurden die Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes als Erzeugnisse der Verbrauchsgüterindustrien nachgewiesen.

**Begriffsbeziehungen:**

Siehe unter 2.

**2.1 Außenhandelsstatistik**

Datennachweis: ab 1956

**2.2 Index der Einfuhrpreise**

Datennachweis: 1954 bis 1980

**2.3 Index der Ausfuhrpreise**

Datennachweis: 1954 bis 1980

**Begriffsinhalt:**

Wie unter 1., aber anstelle Warenklasse Hohlglas und veredeltes Flachglas die gesamte Warengruppe Glas und Glaswaren (Warengruppe 52).

In der Statistik der Außenhandelspreise fehlen Preisrepräsentanten für belichtete Filme.

Die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik in der Gliederung nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik (WA) werden auf die entsprechenden Positionen des Systematischen Warenverzeichnisses für die Industriestatistik (WI) bzw. des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP) umgeschlüsselt. Da im WI bzw. GP die Waren in erster Linie nach produktionswirtschaftlichen, im WA dagegen nach zolltechnischen (materialmäßigen) Kriterien gegliedert werden, können sich bei der Gegenüberstellung geringfügige Abweichungen ergeben. Zu Einzelheiten über die Zuordnung der Warennummern siehe Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Anhang 2.

**Änderungen im Zeitablauf:**

Siehe unter 1.

**Begriffsbeziehungen:**

Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes sowie >>> Verbrauchsgüter (Außenhandelsstatistik, Index der Ein- und Ausfuhrpreise, Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte) sind unterschiedlich abgegrenzt: Als Verbrauchsgüter gelten ausgewählte Warenarten aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik, die als technisch fertig angesehen werden und überwiegend von privaten Haushalten gekauft werden. Als Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes gelten dagegen ausgewählte Warengruppen (Zweisteller) und Warenklassen (Viersteller) aus dem Systematischen Warenverzeichnis für die Industriestatistik, die von solchen Industriezweigen hergestellt werden, die überwiegend Verbrauchsgüter produzieren. Dadurch sind in den Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden

Gewerbes häufig Warenarten (Sechssteller) enthalten, die nicht als Verbrauchsgüter gelten, da sie entweder als technisch nicht fertig angesehen werden (z.B. die gesamte Warengruppe 61 (Leder) oder da sie überwiegend von Unternehmen oder vom Staat gekauft werden. Andererseits sind wesentliche, als Verbrauchsgüter geltende Warenarten nicht in den Erzeugnissen des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes enthalten (z.B. Straßenfahrzeuge für den Privatgebrauch, elektrotechnische und chemische Verbrauchsgüter), da die betreffenden Industriezweige nicht dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe zugeordnet sind.

## **Erzeugung von Elektrizität**

### **Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Von Kraftwerken der >>> Elektrizitätsversorgungsunternehmen erbrachte Bruttoerzeugung von Elektrizität.

Als Elektrizitätsversorgungsunternehmen gelten >>> Unternehmen bzw. fachliche Teile von Unternehmen, die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen andere Wirtschaftseinheiten mit Strom versorgen und dafür eine staatliche Genehmigung haben. Zu Einzelheiten siehe Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1451).

Die Bruttoerzeugung wird am Generator gemessen und schließt den Eigenverbrauch der Kraftwerke und die Verluste mit ein.

Sie umfaßt die Erzeugung von Elektrizität aus Wasser (Laufwasser, Speicherwasser, Pumpspeicherung) und aus Wärme (Braunkohle, Steinkohle, Gas, Heizöl, Kernenergie u.a.).

#### **Begriffsbeziehungen:**

Erzeugung von Elektrizität und >>> Stromabgabe an Letztverbraucher (Erhebung bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen) sind unterschiedlich abgegrenzt. Dabei besteht folgender Zusammenhang:

Bruttoerzeugung von Elektrizität

- Eigenverbrauch der Kraftwerke (einschl. Pumpstromverbrauch)
- = Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz
- + Einfuhr
- Ausfuhr
- + Industrie-Einspeisungen in das öffentliche Netz (ohne Durchleitung)
- Netzverluste und Nichterfaßtes
- = Stromabgabe an Letztverbraucher.

## **Erzeugung von Gas**

### **Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen**

Datennachweis: 1950 bis 1974

#### **Begriffsinhalt:**

Bruttoerzeugung der Ortsgaswerke und der Ferngasgesellschaften.

Die Bruttoerzeugung schließt den Eigenverbrauch der Ortsgaswerke und Ferngasgesellschaften und die Verluste mit ein.

#### **Begriffsbeziehungen:**

Erzeugung von Gas und >>> Gasabgabe an Letztverbraucher (Erhebung bei den Gasversorgungsunternehmen) sind unterschiedlich abgegrenzt. Dabei besteht folgender Zusammenhang:

Bruttoerzeugung der Ortsgaswerke und der Ferngasgesellschaften

- Eigenverbrauch der Ortsgaswerke und der Ferngasgesellschaften
- + Bezüge der Gasversorgungsunternehmen von Erzeugungs- und Gewinnungsunternehmen im Inland
- + von Kokereien, Erdgas- und Erdölgasgewinnungsunternehmen an Letztverbraucher abgegebenes Gas
- Verluste
- + Einfuhr

- Ausfuhr
- = Gasabgabe an Letztverbraucher.

Dabei ist zu beachten, daß bei der Gasabgabe an Letztverbraucher die unterschiedlichen Gasqualitäten auf einen einheitlichen Heizwert von 8 400 kcal/cbm umgerechnet sind.

## **Erziehungsbeihilfe**

### **Statistik der Kriegsofferfürsorge**

Datennachweis: ab 1963

#### **Begriffsinhalt:**

>>> Beihilfen zur Erziehung und zur Schul- und beruflichen Ausbildung von Kindern von Beschädigten und Waisen.

Erziehungsbeihilfen werden sowohl Beschädigten, die Grundrente beziehen, für deren Kinder gewährt, als auch Waisen, die Rente oder Waisenbeihilfe beziehen. Waisen sind hier Kinder derjenigen Beschädigten, die an den Folgen einer Schädigung gestorben sind.

Die Erziehungsbeihilfe soll eine Erziehung zu körperlicher, geistiger und sittlicher Reife sowie eine angemessene, den Anlagen und Fähigkeiten entsprechende allgemeine und berufliche Ausbildung sicherstellen. Die Schul- und Berufsausbildung soll dem Auszubildenden dazu verhelfen, einen seiner Eignung, Neigung und Fähigkeit angemessenen Beruf zu erlangen.

Erziehungsbeihilfe wird auch gewährt, wenn der Anspruch auf Versorgung ruht oder der Anspruch auf Zahlung von Grundrente wegen Abfindung erloschen oder übertragen ist oder Witwenversorgung aufgrund einer neuen Ehe entfällt.

Als Waisen bzw. Kinder gelten leibliche Kinder sowie an Kindes Statt angenommene Kinder, in den Haushalt aufgenommene Stiefkinder und Pflegekinder.

Erziehungsbeihilfe wird gewährt, soweit der angemessene Bedarf für Erziehung, Ausbildung und Lebensunterhalt durch das einzusetzende Einkommen und Vermögen des Hilfesuchenden sowie des Kindes des Beschädigten oder dessen Ehegatten bzw. des Elternteils der Waise nicht gedeckt ist. Bei der Ermittlung des Bedarfs für den Lebensunterhalt bleiben Kosten der Unterkunft in der Familie unberücksichtigt.

Die Erziehungsbeihilfe wird längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres des Kindes bzw. der Waise gewährt. Nur in besonderen Fällen (z.B. Erfüllung der gesetzlichen Wehr- und Zivildienstpflicht) ist die Weitergewährung über diesen Zeitpunkt hinaus möglich.

Der Bedarf für den Lebensunterhalt des Auszubildenden richtet sich nach den Regelsätzen des Bundessozialhilfegesetzes; bei einer Unterbringung in einer Einrichtung werden die Kosten der Unterbringung und Verpflegung übernommen und es wird ein Taschengeld gezahlt. Zu Einzelheiten siehe Bundesversorgungsgesetz und Verordnung zur Kriegsofferfürsorge.

Nachgewiesen werden die Aufwendungen der Kriegsofferfürsorge für diese Leistung sowie die Zahl der Personen am jeweiligen Jahresende, die diese Beihilfen laufend erhalten. Erhält ein Beschädigter Erziehungsbeihilfen für mehrere Kinder, so wird jedes dieser Kinder als Empfänger gesondert nachgewiesen.

#### **Änderungen im Zeitablauf:**

Die Zahl der Empfänger von Erziehungsbeihilfen und die Höhe der Ausgaben für diese Hilfeart sind im Zeitablauf von verschiedenen Änderungen von Rechtsvorschriften (z.B. von Änderungen der Regelsätze) beeinflusst worden. Im einzelnen traten u.a. folgende weitere Änderungen ein:

Bis einschl. 1966 wurde Erziehungsbeihilfe im Regelfall nur bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gewährt, bis zum 31.5.1971 nur für unverheiratete Kinder. 1967 und 1970 wurden jeweils die Voraussetzungen, unter denen die Altersgrenze hinausgeschoben werden kann, erweitert.

Seit dem 1.6.1971 werden auch die Mittel des Ehegatten der Waise bei der Bedarfsprüfung berücksichtigt. Seit 1979 sind die Einkommensgrenzen genauer festgelegt.

Bis einschl. 1975 wurden bei der Ermittlung des Bedarfs für den Lebensunterhalt auch die Kosten der Unterkunft in der Familie berücksichtigt.

# Erziehungsgeld

## Sozialbudget der Bundesrepublik Deutschland

Datennachweis: ab 1986

### Begriffsinhalt:

Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz.

Das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub löst die Regelungen über den Mutterschaftsurlaub im Mutterschutzgesetz ab (>>> Mutterschaft, >>> Krankenversicherung). Erziehungsgeld erhalten alle Mütter oder Väter von Kindern, die nach dem 31. Dezember 1985 geboren wurden, also auch Nichterwerbstätige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Das Erziehungsgeld beträgt monatlich 600 DM und wird zehn Monate lang gewährt, für Kinder, die nach dem 31. Dezember 1987 geboren werden, zwölf Monate lang. Eine Minderung des Erziehungsgeldes tritt vom siebenten Monat an ein, wenn bestimmte Einkommensgrenzen überschritten werden.

# Erziehungsheime

## Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: 1967 bis 1981

### Begriffsinhalt:

Einrichtungen zur stationären Betreuung, die zur Durchführung der öffentlichen Erziehung bestimmt sind und überwiegend Minderjährige im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung aufnehmen.

Die Unterbringung in Erziehungsheimen erfolgt im Rahmen der Freiwilligen Erziehungshilfe (§ 62 JWG) bzw. der Fürsorgeerziehung (§ 64 JWG).

Einrichtungen, die der öffentlichen Erziehung dienen, werden seit 1982 der Position >>> Heime für Kinder und Jugendliche zugeordnet.

# Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen

## Statistik der Jugendhilfe

Datennachweis: ab 1967

### Begriffsinhalt:

Einrichtungen, die überwiegend der Beratung in Erziehungs- und Familienfragen sowie in Fragen der Lebensbewältigung dienen.

Erziehungsberatungsstellen leisten Kindern, Jugendlichen und ihren Bezugspersonen Hilfestellung in psychologischen, medizinischen, pädagogischen und sozialen Fragen der Erziehung und der Gestaltung der gegenseitigen persönlichen Beziehungen in Familie und sozialem Umfeld.

Ihre Tätigkeit umfaßt neben ambulanter Diagnose und Beratung durch die Therapie von Beziehungs- und Verhaltensstörungen der o.g. Personen sowie die Prävention.

Die Arbeit der Jugendberatungsstellen dient dem Ziel, Jugendliche zur Selbsthilfe und solidarischen Fremdhilfe zu aktivieren; daneben sollen Verbindungen zur Schule, zu Ausbildungs- und Berufsstellen, zur Arbeitsverwaltung und zu Sozial- und Jugendbehörden hergestellt werden.

Beratungsstellen, die ausschließlich oder überwiegend Drogenberatung durchführen, werden hier nicht ermittelt.

In Familienberatungsstellen werden Einzelpersonen (vor allem Alleinerziehende) oder Paare/Eltern, die mit oder ohne Kinder erscheinen, in Familienfragen beraten.

Hierzu gehört jedoch nicht die Schwangerschaftskonfliktberatung (§ 218 StGB).

### **Änderungen im Zeitablauf:**

Bis einschl. 1981 wurde in der Statistik die Zahl der Erziehungsberatungsstellen zusammen mit der Zahl der Jugendberatungsstellen nachgewiesen; ab Berichtsjahr 1982 erfolgt in vierjährigen Abständen ein getrennter Nachweis. 1986 wurden Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen zusammengefaßt erhoben.

### **Begriffsbeziehungen:**

Ähnliche Aufgaben wie die Erziehungsberatungsstellen nehmen die >>> Jugendberatungsstellen wahr.

## **Essigsäuresteuer**

### **Finanzberichte des Bundesministeriums der Finanzen**

Datennachweis: 1950 bis 1980

### **Begriffsinhalt:**

Verbrauchssteuer, die von der Zollverwaltung verwaltet wurde und dem Bund zustand.

Erhoben wurde die Essigsäuresteuer, um den Kostenvorsprung der synthetisch erzeugten Essigsäure gegenüber der im Wege der Gärung hergestellten Essigsäure auszugleichen.

Der Kostenvorsprung besteht vor allem darin, daß die Rohstoffe für synthetisch erzeugte Essigsäure frei beschafft werden können und keiner Verbrauchssteuer unterliegen. Dagegen war der Rohstoff der Essiggärung - Branntwein bis Ende 1980 mit der Branntweinsteuer von 50 DM je hl Weingeist belastet.

Essigsäure für gewerblich-technische Zwecke war von der Steuer befreit.

Aus Gründen der Steuervereinfachung und wegen ihres geringen Ertrages ist die Essigsäuresteuer - wie auch die Steuer auf die aus Branntwein gewonnene Essigsäure - zum 1.1.1981 abgeschafft worden.

## **Ethische (kriminologische) Indikation**

### **Schwangerschaftsabbruchstatistik**

Datennachweis: ab 1977

### **Begriffsinhalt:**

Indikation nach § 218a Absatz 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuches (StGB) als Begründung für einen

>>> Schwangerschaftsabbruch.

Eine ethische (kriminologische) Indikation nach § 218a Absatz 2 Nr. 2 StGB liegt vor, wenn an der Schwangeren eine rechtswidrige Tat nach den §§ 176 bis 179 StGB begangen worden ist und dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß die Schwangerschaft auf der Tat beruht. Dabei dürfen nicht mehr als 12 Wochen seit der Empfängnis verstrichen sein.

Rechtswidrige Taten im Sinne der §§ 176 bis 179 StGB sind sexueller Mißbrauch von Kindern unter 14 Jahren, Vergewaltigung und sexueller Mißbrauch Widerstandsunfähiger.

## **E-Triebwagen**

### **Eisenbahnstatistik (Bestandsstatistik)**

Datennachweis: ab 1966

### **Begriffsinhalt:**

Triebwagen, die durch Elektromotoren angetrieben werden, unabhängig davon, ob die elektrische Energie von Oberleitungen, Stromschienen oder Akkumulatoren bezogen wird.

Triebwagen sind schienengebundene Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart zum Bewegen von Schienenfahrzeugen und zugleich für die Beförderung von Personen und/oder Gütern bestimmt sind.

Als Bestand an Triebwagen wird der Einsatzbestand angegeben. Dazu zählen elektrische Triebwagen, die der entsprechenden Eisenbahnverwaltung gehören, abzüglich der vermieteten und zuzüglich der von ihr angemie-

teten E-Triebwagen. Berücksichtigt werden auch kurzfristig unbenutzte betriebsfähige E-Triebwagen sowie die in Ausbesserung befindlichen, auf Ausbesserung wartenden oder in gutem oder schlechtem Zustand abgestellten oder in Reserve gehaltenen elektrischen Triebwagen.

Nicht berücksichtigt werden die elektrischen Triebwagen, die zum Verkauf, zur Zerlegung oder zur Ausmusterung abgestellt sind.

**Begriffsbeziehungen:**

Im Unterschied zu den Triebwagen sind Lokomotiven (>>> Diesellokomotiven, >>> E-Lokomotiven) nicht für die Beförderung von Personen und/oder Gütern ausgerüstet.

## **Eugenische Indikation**

**Schwangerschaftsabbruchstatistik**

Datennachweis: ab 1977

**Begriffsinhalt:**

Indikation nach § 218a Absatz 2 Nr. 1 des Strafgesetzbuches (StGB) als Begründung für einen >>> Schwangerschaftsabbruch.

Eine eugenische Indikation nach § 218a Absatz 2 Nr. 1 StGB liegt vor, wenn dringende Gründe für die Annahme sprechen, daß das Kind infolge einer Erbanlage oder schädlicher Einflüsse vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann. Dabei dürfen nicht mehr als 22 Wochen seit der Empfängnis verstrichen sein.

Schädliche Einflüsse vor der Geburt können z.B. Röteln der Schwangeren während der Schwangerschaft oder exogene Umweltschädigungen darstellen.

## **Expreßgutverkehr**

**Eisenbahnstatistik (Statistik der Personen- und Güterbeförderung auf Eisenbahnen)**

Datennachweis: ab 1966

**Begriffsinhalt:**

Frachtpflichtige Beförderung von besonders eiligen Gütern, die besonders gekennzeichnet und verpackt sind und sich nach dem Ermessen des Versandbahnhofes zur Beförderung im Gepäckwagen eignen.

Expreßgut ist Kleingut mit in der Regel bis zu 100 kg Gewicht je Einzelstück. Expreßgut wird grundsätzlich wie Gepäck der Personenzüge befördert, sofern nicht besondere Expreßgutzüge oder -kurswagen eingerichtet sind. Sie werden daher auch abfertigungstechnisch besonders behandelt.

Expreßgut kann weder nach der Art der transportierten Güter noch nach Verkehrsbeziehungen aufgegliedert werden.

Erfast werden alle von Eisenbahnunternehmen (>>> Deutsche Bundesbahn, >>> Nichtbundeseigene Eisenbahnen) transportierten Expreßgüter, deren Versand- und/oder Empfangsort im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) liegt, sowie Expreßgutbeförderungen im >>> Durchgangsverkehr.

**Begriffsbeziehungen:**

Im Expreßgutverkehr werden ähnliche Güter wie im >>> Stückgutverkehr (Eisenbahnstatistik) befördert. Während aber beim Expreßgutverkehr nur Gegenstände zur Beförderung zugelassen sind, die hinsichtlich Umfang, Menge und Gewicht zur Beförderung im Gepäckwagen geeignet sind, unterliegen Stückgüter diesen engen Bedingungen nicht. Sie werden außerdem nicht in Personenzügen, sondern in der Regel in Güterzügen befördert. Expreßgutverkehr und >>> Wagenladungsverkehr (Eisenbahnstatistik) unterscheiden sich hinsichtlich der Dauer des Transports und hinsichtlich der Art des Transports. Wagenladungen werden weniger schnell befördert als Expreßgüter und die transportierten Güter unterliegen weniger strengen Beschränkungen hinsichtlich Verpackung, Größe und Menge.

Im Unterschied zum Expreßgutverkehr ist der >>> Dienstgutverkehr (Eisenbahnstatistik) nicht frachtpflichtig.